

PROLETARIER ALLER LÄNDER
VEREINIGT EUCH!

DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE



N^o.

MOSKAU
KREML.

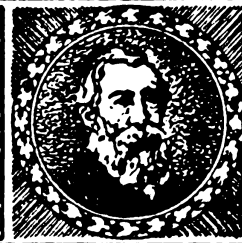
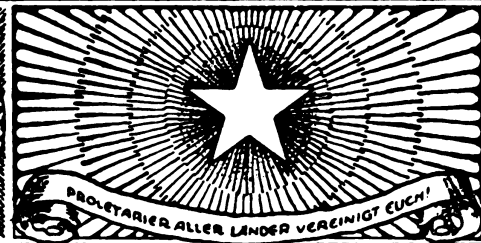


PETROGRAD
SMOLNY

19

Inhalt.

G. SINOWJEW: <i>Alte Ziele — neue Wege. (Ueber die proletarische Einheitsfront)</i>	1
E. VARGA: <i>Steuerfrage und Steuerpolitik</i>	19
W. MILJUTIN: <i>Ueber die internationale Arbeiteranleihe</i>	29
E. PAWLOWSKI: <i>Die Weltwirtschaft im Herbst 1921</i>	33
JOSEPH POGANY: <i>Die Krise der Kleinen Entente und Ungarns</i>	45
KARL BREMER: <i>Der nahende Zusammenbruch der deutschen Bourgeoisie und die K. P. D.</i>	58
WILHELM PIECK: <i>Der Novemberumsturz in Deutschland</i>	71
FRITZ HECKERT: <i>Paul Levis Weg von der Sekte zur Massenpartei</i>	82
N. LENIN: <i>Ein Brief an die russischen Kommunisten</i>	90
J. HUMBERT-DROZ: <i>Die Syndikalisten und Kommunisten in Frankreich</i>	96
W.: <i>Der III. Kongreß der Sozialisten (7.—11. November 1921)</i>	103
M. BORODIN: <i>Der Kongreß zu Cardiff</i>	107
J. CARR: <i>Einige Daten über die Amerikanische Kommunistische Partei</i>	122
J. STEKLOW: <i>Die bürgerliche Intelligenz in der russischen proletarischen Revolution</i>	127
L. TROTZKI: <i>Militärische Doktrin oder pseudomilitärischer Doktrinarismus</i>	137
S. GUSSEW: <i>Die politische Arbeit der Roten Armee</i>	165
A. LUNATSCHARSKI: <i>Nikolaj Alexejewitsch Nkrassow</i>	172
M. N. ROY: <i>Indien in der Uebergangsperiode</i>	177
N.: <i>Die gegenwärtigen Ereignisse in Indien</i>	189
O. UNGER: <i>Die Internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Jugendorganisationen</i>	196
A. KOLLONTAY: <i>Die Arbeit des Internationalen Frauensekretariats</i>	203
BIBLIOGRAPHIE: <i>Einführung. — W. Rud: Georg Lasson, Hegel als Geschichtsphilosoph B. B. Brissenden: Die Industriearbeiter der Welt (Study of American Syndication) M. Borodin: Bulletin des Büros zum Studium der Arbeitsfragen Nr. 1 (Bulletin of Labour Research Departement Nr. 1) F. S.: J. S. Gussew, Die Lehren des Bürgerkrieges u. a. Bücherchronik Notizen</i>	205



DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

ORGAN DES EXEKUTIVKOMITEES DER
KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

ERSCHEINT GLEICHZEITIG IN DEUTSCHER,
RUSSISCHER, FRANZÖSISCHER UND ENGLISCHER SPRACHE

Die Zeitschrift wird redigiert von *G. Sinowjew* und erscheint unter nächster Teilnahme von Bucharin, Kamenew, Lenin, Lunatscharski, Pokrowski, Rakowski, Rjasanow, Trotzki (Rußland), Kuusinen, Manner, Sirola (Finnland), Grimlund, Höglund, Killbom, Nerman, Ström (Schweden), Friis, Grepp, Tranmael (Norwegen), Ravesteijn, Roland-Holst, Rutgers, Wijnkoop (Holland), Strasser, Tomann (Oesterreich), M. Albert, Pieck, Radek, Thalheimer, C. Zetkin (Deutschland), Mac Laine, Quelch, Rotstein (England), Cachin, Delinières, Frossard, Guilbeaux, Lorient, Monatte, Péricat, Sadoul, Souvarine (Frankreich), Balabanowa, Bombacci, Bordiga, Gramsci, Terraccini (Italien), Herzog, Humbert-Droz, Münzenberg, Platten (Schweiz), Alpari, Bela Kun, Rudas, Rudnyanszky (Ungarn), Marchlewsky (Polen), Blagojew, Kabaktschiew, Kolarow (Bulgarien), Jim Larkin (Amerika) u. a.

№ 19
ZWEITER JAHRGANG

VERLAG: PETROGRAD, SMOLNY, ZIMMER 62, TEL. 1—19
REDAKTION: PETROGRAD, SMOLNY, KAB. G. SINOWJEW

*Verlag der
Kommunistischen Internationale.*

*In Kommission:
Carl Hoym Nachf. Louis Cañbley
Hamburg*

Hergestellt bei Konrad Hanf, Hamburg &

1922

Alte Ziele — neue Wege.

(Ueber die proletarische Einheitsfront.)

1. Vor einer neuen Welle.

Die Gegenwart stellt durch die veränderte Lage die Kommunistische Internationale als ganzes und im besonderen ihre größten nationalen Sektionen vor neue Aufgaben. Der alte Liebknecht pflegte gern zu sagen, daß der Revolutionär manchmal seine Taktik „innerhalb 24 Stunden“ ändern müsse. Wie schnell der Gang der Ereignisse heutzutage auch sein mag, „innerhalb 24 Stunden“ kann sich die Lage leider nicht radikal ändern. Trotzdem haben wir, die Teilnehmer des heutigen revolutionären Kampfes, beileibe keinen Anlaß, über die übermäßige Eintönigkeit der Wirklichkeit zu klagen.

Die Entwicklung schreitet sehr schnell vorwärts. Es ist noch nicht lange her, da erlebten wir die Zeit eines unzweifelhaften Stillstandes in der internationalen Arbeiterbewegung. Zur Zeit des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale konnte man mit einer gewissen Berechtigung von einer gewissen Rechtschwenkung der proletarischen Weltbewegung sprechen. Hier und da machte sich sogar so etwas wie ein neues Aufblühen des Reformismus bemerkbar. Die Arbeitermassen, durch den Krieg und durch die in seinem Gefolge schreitende Hungersnot erschöpft, hielten an ihrem Stück Brot fest und liehen der Sozialdemokratie und den gemäßigten Führern der Gewerkschaften, die den ausgemergelten Sklaven die rosigsten Aussichten einer verhältnismäßig erträglichen Existenz, der allmählichen Verbesserungen, des ruhigen Lebens ausmalten, willig ihr Ohr. Die spontane revolutionäre Bewegung der Arbeitermassen, die Ende 1919 und Anfang

1920 besonders hohe Wellen schlug, machte um die Mitte 1920 einem relativen Stillstand Platz. Der Versuch der kommunistischen Vorhut der Arbeiterklasse, die ganze Last des Kampfes auf die eigene Schulter zu nehmen, endete bei der allgemeinen Gleichgültigkeit der Massen mit einem Mißerfolg. Die Vorhut, die aus eigener Kraft die Last zu heben versuchte, der nur die ganze Arbeiterklasse gewachsen war, war nahe daran, unter dieser Last zusammenzubrechen. Diesen Charakter eben trug die Märzaktion der Kommunisten in Deutschland.

Inzwischen vergingen, wenn nicht gerade 24 Stunden, so doch ungefähr 24 Wochen, und die ganze Sachlage beginnt vor unseren Augen zu wechseln. Wenn uns alle objektiven Vorzeichen nicht täuschen, so können wir sagen, daß die internationale Arbeiterbewegung zweifellos vor der Schwelle eines neuen Ausschwunges steht. Vielleicht wird man der Wahrheit noch näher kommen, wenn man sagt, daß dieser Aufschwung bereits begonnen hat. Langsam, aber unauhaltsam vollzieht sich der Prozeß der neuen Radikalisierung der Arbeitermassen in ganz Europa. Und man kann von vornherein sagen, daß, falls der neue Aufschwung sich voll entfalten wird, er schon nicht mehr nur einfach eine spontane, wenig abgeformte Bewegung zustandbringen wird. Nein, es wird eine mächtige revolutionäre Bewegung sein, in welche die ungemein zahlreichen Schichten der parteilosen Arbeiter ihre neuerworbene Erfahrung hineinbringen werden.

Vor einer neuen Welle! — das ist das Charakteristikum des jetzigen Zeitpunktes in der internationalen Arbeiterbewegung.

Die reformistischen Illusionen, die sich noch vor relativ kurzer Zeit in ziemlich breiten Arbeitermassen bemerkbar machten, konnten nicht anders denn abblühen. Die erbarmungslose Wirklichkeit spricht eine allzu beredete und überzeugende Sprache. Die Offensive des internationalen Kapitals auf der ganzen Front gegen die Arbeiter, die Verschärfung der wirtschaftlichen Weltkrise, der Bankrott des Versailler Friedens, die auftauchende Gefahr der neuen Kriege, — alle diese Tatsachen sind zu gewichtig, als daß sie der Aufmerksamkeit der breiten Arbeitermassen entgehen könnten.

Es ist noch nicht lange her, da trösteten die gewerkschaftlichen und die sozialdemokratischen Bonzen die Arbeiter damit, daß nach Kriegsschluß das Leben leichter sein und der Arbeitslohn steigen werde, daß eine Aera der allmählichen Sozialisierung beginnen und es den Führern der Zweiten und der Amsterdamer Internationale unter Mithilfe des internationalen Arbeitsbüros (das, wohlgemerkt, ein Bestandteil des Völkerbundes ist) gelingen werde, die Arbeitergesetzgebung zu verbessern.

. . . Der Zauber der schönen Seifenblasen ist bald, nur zu bald, der nüchternen Prosa gewichen. Die Kapitalisten gingen auf der ganzen Front zur Offensive über. Die Herren „Industriekönige“ sind sich vollkommen darüber klar, daß die Kürzung des nominellen Arbeiterlohnes, als die anschaulichste Aeußerung der Verschlechterung der Lage der Arbeiter, immer eine besonders heftige Abwehr der Arbeitermassen hervorruft. Dessen ungeachtet griffen selbst die „fortschrittlichsten“ Unternehmer — sie sahen sich dazu „gezwungen“ — zur unverhülltesten Kürzung selbst des nominellen Arbeitslohnes. Jener Anschein des wirtschaftlichen Aufschwunges, der sich hier und da bemerkbar machte, zeigte sich — wie es nicht anders zu erwarten war — als nur episodisch. Im großen und ganzen nimmt die Weltkrise an Schärfe nicht ab, sondern eher zu. Die Zahl der Arbeitslosen und der Arbeiter,

die nur die Hälfte der Woche beschäftigt sind, geht nicht mehr in die Hunderttausende, sondern in die Millionen. Die Länder, in denen die Kapitalisten noch keinen Lohnabbau vorgenommen haben, sind keine Regel mehr, sondern nur noch Ausnahmen. Der kapitalistische Feldzug gegen die Arbeiter wird mit jeder Woche dreister. Immer weitere Schichten der Arbeiter, die vorher indifferent und parteilos waren, beginnen sich jetzt durch eigene Erfahrung zu überzeugen, wie falsch die Aussichten waren, auf welche die Sozialdemokraten und die gewerkschaftlichen Führer sie vertrösteten. In England schreckten die Unternehmer nicht davor zurück, eine so wichtige Arbeiterkategorie wie die Bergarbeiter herauszufordern. Die Arbeiter versuchten, ihre früheren wirtschaftlichen Positionen zu verteidigen. Es entstand ein Riesenkampf, der mit der Niederlage der Bergarbeiter endete. Dabei zeigte sich die verräterische Rolle der Amsterdamer Führer in einem wahrlich blendend klaren Licht. Die englischen Kohlenarbeiter und die anderen ihnen nahestehenden Arbeiterkategorien beginnen die Erfahrung der schweren Niederlage erst zu verdauen und darüber nachzudenken, was die Arbeiterklasse denn tun muß, um wenigstens weitere Angriffe der Herren Unternehmer zu verhüten. Es ist nicht schwer vorauszusagen, daß das Nachdenken die englischen Arbeiter nach der gemachten Erfahrung zu bestimmten Schlußfolgerungen führen muß. Je mehr und je besser die englischen Arbeiter diese Erfahrung verstehen, desto sicherer werden sie gegen neue Rückfälle in den Reformismus gefeit sein.

In anderen Formen vollziehen sich ähnliche Molekularprozesse auch in anderen Ländern. In Deutschland teilen sich die Sozialdemokraten und die gewerkschaftlichen Führer in dieser oder jener Kombination die ganze Zeit lang mit der Bourgeoisie in die Staatsgewalt. Weniger aufgeklärte Arbeiterschichten ließen sich

durch diesen Umstand dazu verleiten, die Versprechen der Herren Sozialdemokraten über die allmähliche Sozialisierung usw. für bare Münze zu nehmen. In Wirklichkeit aber gingen die Unternehmer auch in Deutschland zur systematischen Offensive gegen die Arbeiter über, versuchten, ihre Lage zu verschlechtern und die ganze Last der Versailler Reparationen auf den Rücken der Arbeitermassen abzuwälzen. Als sich im März 1921 die kommunistische Vorhut — ein kleines Häuflein im Verhältnis zur Millionenmasse der deutschen Arbeiter — in den Kampf gegen die Kapitalisten stürzte, unterstützte die Hauptmasse der Arbeiterklasse nicht nur ihre Vorhut nicht, sondern nahm hie und da an der Hetze teil, die die Sozialdemokraten gegen die kommunistischen Hitzköpfe entfesselten. Jeder, der die Ereignisse im Lager der deutschen Arbeiterbewegung aufmerksam verfolgt hat, erkennt jetzt klar, daß dieselbe deutsche Arbeitermasse, die noch vor ganz kurzem den Kommunisten entweder gleichgültig oder gar feindselig gegenüberstand, sie jetzt in einem ganz anderen Lichte zu sehen beginnt. Die nachträgliche Einschätzung der Märzaktion fällt jetzt ganz anders aus als noch vor einigen Monaten. Der Respekt vor der kommunistischen Vorhut, die vor den trügerischen Versprechungen der Sozialdemokraten warnte, die in der Zeit einer fast allgemeinen Gleichgültigkeit vor großen Opfern nicht zurückschreckte, steigt zweifellos. Die Arbeitermassen verstehen auch hier die von ihnen gewonnene neue Erfahrung.

In dieser oder jener Form tritt dieser Prozeß in Italien, in Frankreich, in Schweden und in der Schweiz, kurz, überall da hervor, wo große kompakte Arbeitermassen leben und kämpfen.

Andererseits wird die Gefahr neuer Kriege immer drohender. Die Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften versprachen den Arbeitermassen eine allmähliche Verbesserung ihrer Lebensbedin-

gungen. Sie kargten nicht mit den verlockendsten Beteuerungen, daß der verflossene imperialistische Krieg der „letzte“ Krieg gewesen sei, daß sie jetzt durch ihren Druck auf den Völkerbund die allgemeine Abrüstung durchsetzen würden usw. Aber auch diese Versprechungen verwelkten, ohne recht aufgeblüht zu sein. Brest hatte die Arbeiter vieler Länder über vieles aufgeklärt. Versailles hat die Arbeiter noch zahlreicherer Länder über noch vieles mehr aufgeklärt. Washington wird diesen Unterricht zu Ende führen. Brest, Versailles und Washington sind die besten Lehrer. Brest, Versailles und Washington zeigen am anschaulichsten den ganzen Stumpfsinn der Amsterdamer Führer, von denen so mancher auch noch jetzt anscheinend aufrichtig an die Möglichkeit einer Abrüstung ohne Revolution glaubt.

Ein neuer Weltkrieg hängt in der Luft. Niemand kann voraussagen, wann dieser Krieg beginnen wird — ob in drei oder in fünf Jahren. Daß er aber herannaht, daß er unvermeidlich ist, wenn ihm nicht vom internationalen Proletariat vorgebeugt wird, das empfindet jetzt jeder denkende Arbeiter. Nach dem imperialistischen Völkermorden von 1914 bis 1918 gewann jeder durchschnittliche europäische Arbeiter für diese Gefahr ein besonders starkes Gefühl. Und das ist auch kein Wunder. Der erste imperialistische Weltkrieg hatte Europa eine zu grausame Lehre erteilt.

Das vor den Augen des internationalen Proletariats auftauchende Gespenst eines neuen Krieges schafft ebenfalls keinen günstigen Boden für die reformistischen Illusionsblüten. Und man braucht kein Prophet zu sein, um vorauszusagen: je mehr dieses Gespenst Blut und Fleisch annimmt, desto breitere Arbeitermassen werden sich von den alten Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien lossagen und sich vertrauensvoll den Kommunisten zuwenden.

Die Amsterdamer Bonzen haben das Anwachsen der neuen Stimmung in den Arbeitermassen gegenüber der hervortretenden realen neuen Kriegsgefahr bereits herausgeföhlt. Am 15.—16. Oktober tagte in Amsterdam die Vertreterversammlung der internationalen Sekretariate der Transportarbeiter, Bergarbeiter und Metallarbeiter. Die Konferenz beriet über die politische Lage, die die Gefahr eines neuen Krieges in sich birgt. Wieder ertönten alle schon sattsam bekannten Abrüstungsphrasen. Alle Mitglieder der Konferenz betonten die Notwendigkeit, entsprechende Vorsichtsmaßregeln zu treffen. Das Provisorische Komitee wurde beauftragt, eine antimilitaristische Propaganda einzuleiten und eine Protestbewegung gegen die heranreifenden Kriegsgefahren vorzubereiten. Dem Komitee wurden große Vollmachten — einschließlich des Rechtes, Kongresse zur Verhütung eines neuen Krieges einzuberufen — erteilt. Dieselbe Konferenz faßte nebenbei eine Entschlieöung über die Notwendigkeit eines internationalen Kampfes gegen die steigende Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse. Die Führer der Amsterdamer besannen sich auf die guten alten Zeiten und erklärten drohend einen „Krieg dem Kriege“. Ihre Entschlieöung zu dieser Frage lautet folgendermaßen:

„In Anbetracht der Tatsache, daß die reaktionären und militaristischen Bestrebungen in der ganzen Welt im Zunehmen sind und ein neuer Krieg unausweichlich ist, wenn nicht die Arbeiterklasse aller Länder in voller Einheit und Einmütigkeit Front macht, gegen die von der kapitalistischen Klasse drohende Gefahr, richtet die Konferenz an die Arbeiter aller Länder den dringenden Appell, neben dem gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen gerichteten Abwehrkampf ihre Aufmerksamkeit und alle ihre Energie vor allem der Bekämpfung des Kapitalismus selbst und dem mit ihm unlöslich verbundenen Militarismus zuzuwenden.

Mit Berufung auf die von den Internationalen Arbeiterkongressen angenommenen diesbezüglichen Resolutionen erwartet die Konferenz von allen dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Organisationen, daß sie in ihrem eigenen Lande und unter den eigenen Berufsgenossen stärker und mit größerem Nachdruck als je die Propaganda und Aktion gegen den Militarismus und für die allgemeine Abrüstung führen werden.

Im Hinblick auf diesen Zweck appelliert die Konferenz an die Arbeiter aller Länder, sich

zu einer Macht zusammenzuschließen, die imstande ist, im Falle drohender Kriegsgefahr unter der Leitung des Internationalen Gewerkschaftsbundes durch sofortige Proklamation des internationalen Generalstreiks den Ausbruch des Krieges zu verhindern.

In Erwägung der Tatsache, daß ein Krieg ohne das Funktionieren der Transportbetriebe, des Bergbaues und der Metallindustrie nicht geführt werden kann, ist die Konferenz der Meinung, daß es in erster Linie Pflicht der Arbeiter dieser Industriegruppen ist, die Propaganda gegen Reaktion und Militarismus unter dem ganzen Aufgebot ihrer Kräfte zu führen und ihre ganze wirtschaftliche Macht aufzuwenden, um eine Wiederholung der Menschenschlächtereie in der Welt zu verhindern.

Die Konferenz, die im Namen von 24 Millionen organisierter Arbeiter spricht, richtet einen dringenden Aufruf an alle Organisationen, die bereit sind, Krieg und Militarismus tatsächlich zu bekämpfen; sie fordert sie auf, zur Verhütung eines neuen Weltkrieges alle ihre Kräfte mit denjenigen der organisierten Arbeiter zu vereinigen.

Die Konferenz wendet sich besonders an die Millionen von Frauen und Müttern, deren Männer und Söhne in einem neuen Krieg ihr Leben lassen müssen.“

Die Entschlieöung ist, wie man sieht, sehr energisch und geht bis zum Generalstreik. Dennoch zeigen die Herren Kapitalisten unerklärlicherweise gar keine Furcht vor diesen Drohungen. Von dem gleichen Schläge waren die Resolutionen, die die Führer der Zweiten Internationale „im Namen der Dutzende von Millionen Arbeiter“ kurz vor dem Kriege von 1914 gefaßt hatten. Die Amsterdamer wollen den Kapitalisten Angst einjagen, aber die Kapitalisten haben keine Angst.

Und doch kommt diesen Resolutionen zweifellos eine symptomatische Bedeutung zu. Wenn die Amsterdamer Führer sich schon gezwungen sehen, die heranrückende neue Kriegsgefahr zu bemerken und in Worten mit einem Generalstreik zu drohen, so ist das ein Beweis dafür, daß sich in der Tiefe der Arbeitermassen eine ernste Unruhe in bezug auf diese Frage bemerkbar macht. Die Herren Amsterdamer machen nur eine schöne Phrase, wenn sie sich an die „Millionen von Frauen und Müttern“ und an die 24 Millionen Transport-, Berg- und Metallarbeiter wenden. Die Amsterdamer Führer werden selbstverständlich keine

Bedenken tragen, noch einmal dieselbe Komödie der Irrungen und des Verrats in Szene zu setzen, deren Zeugen wir im Jahre 1914 gewesen sind. Daß aber die Erfahrung von 1914—1918 so ganz spurlos an den Millionen von europäischen und amerikanischen Arbeitern vorübergegangen sein könnte, das wagen selbst die Kapitalisten nicht zu hoffen.

Die Offensive des Kapitals gegen die ökonomischen Stellungen der Arbeiterklasse und die immer zunehmende Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges, die durch Washington so grell beleuchtet wurde, — diese zwei Kardinaltatsachen schaffen eine neue Lage in der internationalen Arbeiterbewegung. Die Periode des relativen Stillstandes naht ihrem Ende. Langsam aber unaufhaltsam reift ein neuer kolossaler Aufschwung der internationalen Arbeiterbewegung heran. Es nahen die Kämpfe, die ihrem Massencharakter und ihrer geistigen Klarheit nach alle uns bisher bekannten Kämpfe in den Schatten stellen werden. Es steigt eine neue Welle herauf. Es erstehen neue Aufgaben für die Kommunisten.

2. Um die Frage der Einheitsfront.

Die Radikalisierung der internationalen Arbeiterbewegung wird von einer eigenartigen Erscheinung begleitet: unaufhaltsam wächst das Verlangen nach Einheit bei den Arbeitermassen. Fast in allen Ländern der alten Arbeiterbewegung ist — hauptsächlich unter dem Einfluß des zunehmenden Ansturms des Kapitals gegen die Arbeiterschaft und der wachsenden Gefahr eines neuen Krieges — ein beispiellos mächtiger, manchmal einfach elementarer Einheitsdrang erwacht. Gerade die neuen Schichten der Arbeiter, welche die binnen der letzten ein bis zwei Jahre emporgeblühten reformistischen Illusionen erst mit der eigenen Erfahrung zu überwinden beginnen, gerade diese Schichten der parteilosen Arbeiter.

die gegenwärtig vielleicht zum ersten Mal an dem ernstesten politischen Kampf teilnehmen, treten am wärmsten für die proletarische Einheitsfront ein.

Nicht alle diese Arbeiter sind sich ihrer Forderungen klar bewußt. Es gibt manche, die alle Arbeiterparteien und selbst alle Arbeiterorganisationen überhaupt zu einer einzigen Organisation vereinigen möchten. Andere, die die Unmöglichkeit einer Verschmelzung aller Arbeiterparteien einsehen, streben nach gemeinsamen Aktionskomitees usw. Die dritten begreifen überhaupt nicht, was eine Partei ist. Sie empfinden es aber instinktiv, daß man mit irgendwelchen Mitteln die Einheit aller Arbeiter herbeiführen muß, wenn man den Feind, der immer erbitterter und gleichzeitig auch immer stärker wird, besiegen will.

Dieser spontane Einheitsdrang*) ist das Hauptmerkmal des gegenwärtigen Zeitpunktes. Diese höchst interessante und bedeutungsvolle Erscheinung muß von den Kommunisten ergründet und begriffen werden. Und die Kommunisten müssen lernen, diesen höchst progressiven Drang zur revolutionären Einheit in den Massen von dem diplomatischen und manchmal einfach schwindlerischen Spiel zu unterscheiden, das die Führer der Zweiten und der Amsterdamer Internationale mit der Einheitsparole treiben.

*) In allen Diskussionen über die Einheitsfront, die in verschiedenen Ländern einsetzen, hat man gewöhnlich nur eine Einheitsfront mit den Anhängern der Zweiten und der Amsterdamer Internationale im Sinn. Wir sind der Meinung, daß die Frage der Einheitsfront viel weiter gefaßt werden muß. Es muß sich um die Kampfverständigung gegen das Kapital auch mit den Anarchisten, mit den Syndikalisten und besonders mit den parteilosen Arbeitern handeln. Für die romanischen Länder hat die Frage der Verständigung mit den syndikalistischen und anarchistischen proletarischen Elementen auch eine große praktische Bedeutung. Wir brauchen eine Einheitsfront aller wirklich revolutionären Arbeiter, die zum Gedanken der Notwendigkeit eines einheitlichen Kampfes gegen die Kapitalisten auf dem Gebiete der ökonomischen wie der politischen Forderungen gekommen sind.

Jener spontane Drang zur revolutionären Einheit, den wir jetzt in den breiten Schichten des internationalen Proletariats beobachten, ist ein Produkt geschichtlicher Entwicklungsprozesse. Die Arbeiterklasse wurde während des ersten imperialistischen Weltkrieges hauptsächlich deshalb geschlagen, weil es der Weltbourgeoisie gelang, die Arbeiter und ihre internationale Organisation zu spalten. Nicht genug damit. Auch jetzt, nach Beendigung des internationalen imperialistischen Völkermordens, gelang es dem internationalen Kapital, die Arbeiter verschiedener Länder und verschiedener Berufe vereinzelt und nacheinander zu schlagen, weil es der Bourgeoisie auch jetzt mit Hilfe der Sozialdemokratie gelang, die Arbeiterschaft zu zersplittern. Die Arbeiter empfinden es jetzt direkt physisch, daß die Hauptkraft des Proletariats in seiner Masse, in seiner Zahl besteht. Der Staatsapparat befindet sich ja in den Händen der Bourgeoisie und zum Teil in den Händen ihrer Agenten, der Sozialdemokraten. Diesem mächtigen Apparat können sich die Arbeiter nur dann entgegensetzen, wenn sie eine ungeheure geschlossene, einige Masse bilden. Der Durchschnittsarbeiter begreift oder empfindet wenigstens, daß er sich vor neuen Kriegen nur dann retten kann, wenn die Arbeiterklasse als geschlossenes Ganzes handeln wird. Die Arbeitermasse empfindet es instinktiv, daß das Proletariat seine geschichtliche Mission — die Ablösung des Kapitalismus, die restlose Vernichtung jeder Möglichkeit neuer imperialistischer Kriege — nur dann erfüllen kann, wenn es die Faktoren überwindet, die zur Spaltung der Arbeiterklasse geführt haben. Nach all den ungeheuren Opfern, die die Arbeiterklasse auf dem Altar des imperialistischen Krieges von 1914—1918 bringen mußte, nach dem ungeheuerlichen Betrug, den die schlechten „Seelenhirten“ der Zweiten Internationale, welche die Arbeiterschaft spalteten, am Proletariat verübt haben, nach all der überreichen Erfahrung, die die Arbeiter aller

Länder im Laufe von mehr als zwei Jahren, die seit dem Kriegsschluß vergingen, erworben haben, ist es nur zu natürlich, daß in der sich immer mehr revolutionierende Arbeitermasse dieser leidenschaftliche, dieser geradezu unersättliche Einheitsdrang entsteht.

Das muß man begreifen. Und die Kommunisten müssen diesem Einheitsverlangen entgegenkommen . . . Das ist die Ursache der in der letzten Zeit immer mehr zunehmenden Bedeutung der Losung der proletarischen Einheitsfront. Insoweit diese Losung dem geschilderten Streben der breiten Arbeitermassen Ausdruck verleiht, insoweit ist sie progressiv und revolutionär.

Was man in den letzten Monaten als eine Krise bezeichnete und was gewissermaßen auch wirklich eine Krise in der internationalen Arbeiterbewegung war, war im Grunde genommen ein Resultat der verlorenen Schlachten. Unter Mithilfe der Sozialdemokraten verschiedener Schattierungen ist es der Bourgeoisie gelungen, der Vorhut der Arbeiterklasse eine Reihe von großen physischen Niederlagen zu bereiten. In manchen Ländern ist die Vorhut der Arbeiterklasse geradezu weißgeblutet. Jener Rückschlag, den wir in manchen Ländern während der letzten Monate beobachteten, war eine direkte Reaktion, eine unmittelbare Folge dieser Weißblutung. Heute beginnt die Krise einigermaßen zu verebben, und der beginnende neue Aufschwung vollzieht sich zunächst unter der Losung der revolutionären Einheitsfront der Arbeiterklasse. Darin liegt die Eigenart des Zeitpunktes. Diese Tatsache muß der internationale Kommunismus zum Ausgangspunkt seiner Politik nehmen.

Als erfahrene „Macher“, denen ein gewisser Sinn für Realitäten nicht abgeht, waren die Führer der Amsterdamer und der Zweiten Internationale nicht die letzten, die die in der Arbeitermasse begonnenen Molekularprozesse, die in der Formel der „proletarischen Einheitsfront“ ihren Ausdruck finden, bemerkten. Die Gefahr

witternd, versuchten die Führer der Amsterdamer und der Zweiten Internationale, die genannte Losung dadurch „unschädlich zu machen“, daß sie sie monopolisieren und sich selbst an die Spitze der neuen Bewegung setzen wollten. In allen Tonarten begannen die Amsterdamer das Wort „Einheit“ in allen Fällen zu deklinieren, wobei sie eine kleine, eine ganz kleine Begriffsfälschung begingen: an die Stelle der wirklichen Einheit der werktätigen Millionenmassen der Proletarier im Kampfe gegen das angreifende Kapital versuchten sie die „Einheit“ zwischen den Führern der Zweiten, der Zweieinhalb- und der Amsterdamer Internationale zu setzen. Es begann ein Tuscheln und Beraten in Frankfurt, in Brighton, in Wien, in Paris und in zahlreichen anderen europäischen Städten. Es begannen Beratungen zwischen den Diplomaten der Amsterdamer, der Zweiten und der Zweieinhalb-Internationale. Und gegenwärtig bemühen sich diese Herren mit besonderer Hartnäckigkeit, den spontanen Einheitsdrang der Arbeiter zu ihren Gunsten auszubeuten.

Ihr seid für die Einheitsfront — sagen sie den zu neuem aktiven Kampf erwachenden Arbeiterschichten, — nun, wir sind bereit, diese Einheitsfront herzustellen. Wartet nur ab, wir kommen zusammen in Wien oder in Paris, wir, eure alten Führer, treffen untereinander ein Abkommen, wir schließen selbstverständlich die kommunistischen Bösewichte aus, die bekanntlich gegen die Einheit der Arbeiterklasse sind, — wartet nur ab, und euer Ziel wird erreicht werden. — Die Aufgabe der Führer und der Diplomaten der Amsterdamer und der Zweiten Internationale besteht jetzt darin, der Losung der „proletarischen Einheitsfront“ den revolutionären Stachel zu nehmen. Das erwachende revolutionäre Massenstreben zur revolutionären Einheit wollen sie in das Prokrustesbett der Machinationen und der Abmachungen von Führern hineinzwängen, die in den Werken des Verrats bewährt sind. Einerseits zetern sie gegen die mit der

Washingtoner Konferenz verbundene Kriegsgefahr, andererseits bleiben sie hütsch in dem sogenannten Internationalen Arbeitsbüro, das ein Bestandteil des Völkerbundes, also auch ein Bestandteil Washingtons ist, sitzen! So doppelzünftig sind diese Führer.

Schon im Sommer dieses Jahres haben wir in dem Manifest der Kommunistischen Internationale zur Einheitsfrage darauf hingewiesen, daß in den Streitigkeiten um die Losung der „Einheitsfront“ zwei Sachen auseinanderzuhalten sind: einerseits die verächtlichen Machinationen der gelben Führer, die die aufkeimende neue Massenbewegung ins Schlepptau nehmen und in das stille Fahrwasser einer neuen „Zusammenarbeit“ der Klassen führen wollen; andererseits eine wirklich neue, wirklich bedeutende Erscheinung — das Streben der erwachenden neuen Schichten des Proletariats nach dem Zusammenschluß der Reihen zu einer wirklich revolutionären Einheit, das Streben zur Schaffung einer wirklich revolutionären Einheitsfront, und zwar zunächst einer defensiven, dann aber auch einer offensiven. Einerseits die einfache Gaukelei durchtriebener Politiker, andererseits eine tiefgehende soziale Erscheinung, die die aufmerksamste Würdigung verdient.

Die bürgerliche und sozialdemokratische Presse bemüht sich nicht umsonst schon jahrelang, die Kommunisten als „Zersplitterer“, als ständige Zerstörer der proletarischen Einheit hinzustellen. Besonders komisch berührt es, wenn man diese Anklagen aus dem Mund der rein bürgerlichen Presseorgane hört, die sich als Hüter der proletarischen Einheit aufspielen. Die Herren Bourgeois und ihre sozialdemokratischen Helfershelfer wußten, was sie taten, als sie uns die Zersplitterung der Arbeiterklasse in die Schuhe schoben. Der Einheitsdrang ist ein vollkommen begreifliches Bestreben der unterdrückten Klasse. Und unter den obigen Bedingungen ist die Einheit der Arbeiterorganisationen

selbstverständlich das größte Heil. Aber gerade nur unter diesen Bedingungen. Es gibt Umstände, unter denen die Spaltung, wie es der selige Plechanow sagte, die heilige Pflicht eines Revolutionärs ist. Diese Pflicht besteht dann, wenn eine Partei aus diesen oder jenen Gründen aufgehört hat, ihre geschichtliche Mission zu erfüllen, oder sogar begonnen hat, eine ihrem ursprünglichen Programm gerade entgegengesetzte Mission zu erfüllen. Das eben war der Fall bei allen Parteien der II. Internationale zu Anfang des imperialistischen Krieges. In die alte offizielle Sozialdemokratie, die sich 1914 nach dem ersten Schuß in die Handlangerin Wilhelms des Blutigen verwandelt hatte, die Spaltung hineinzutragen, war die heilige Pflicht eines Karl Liebknecht. Nach einem Vierteljahrhundert der friedlichen revolutionären Entwicklung befand sich der ganze Apparat der internationalen Arbeiterbewegung zu Anfang des imperialistischen Krieges in den Händen der Reformisten. Der revolutionäre Marxismus hatte die größte Mühe, sich auch nur das bloße Recht auf die Propaganda seiner revolutionären Anschauungen zu erobern. Dann kam die Zeit der organisatorischen Scheidung. Die Kommunisten traten an die Schaffung ihrer selbständigen Parteien heran. Es gab keinen anderen Weg, wollte man die Ehre des Sozialismus retten, wollte man die elementarsten Interessen der Arbeiterklasse verteidigen. Doch waren die bati possidentes (glücklichen Besitzer) die Sozialdemokraten der alten Schule. Wir Kommunisten waren gezwungen, zu „meutern“, die revolutionäre Minderheit für uns zu gewinnen und folglich die alte Organisation zu spalten. Das wurde von den Sozialdemokraten und von ihren bürgerlichen Gönnern geschickt ausgenutzt. In der ganzen Welt, in allen Sprachen, in den Hunderten und Tausenden von sozialdemokratischen und bürgerlichen Zeitungen erhoben sie ein wüstes Geschrei darüber, daß wir Kommunisten grundsätzliche Gegner der

Einheit der Arbeiterorganisationen seien. Mit diesem Köder ließen sich viele unerfahrene Arbeiter fangen. In Wirklichkeit waren die Kommunisten sich dessen vollkommen bewußt, daß die Spaltung ein Uebel ist. Sie waren aber der Meinung, daß in einem bestimmten Entwicklungsstadium der internationalen Bewegung dieses Uebel ein unvermeidliches Uebel ist und daß es hundertfach durch den Vorteil aufgewogen wird, der sich aus der Sammlung der vorgeschrittensten Elemente zu einer wirklich selbständigen proletarischen kommunistischen Partei ergibt.

Die Scheidung der Kommunisten von den Sozialpatrioten schließt nicht im geringsten das Wachstum der proletarischen revolutionären Einheitsfront unter der eifrigsten Mitwirkung der Kommunisten aus. Die Scheidungsarbeit ist in groben Umrissen abgeschlossen. Die Kommunisten haben im großen und ganzen die notwendige und unvermeidliche Arbeit der Befreiung der vorgeschrittensten Elemente der Arbeiterklasse vom konterrevolutionären Einfluß der Sozialdemokratie durchgeführt.

Als „Zersplitterer“ traten immer die Neuerer, die kämpfenden Elemente auf, die sich mit der geschaffenen Lage nicht abfanden und die die Bahn für etwas Neues ebneten. Als „Zersplitterer“ mußten naturgemäß die vorgeschrittensten Elemente der Arbeiterklasse auftreten, die sich mit der offiziellen, von Grund aus verfaulten Sozialdemokratie der Zweiten Internationale nicht vertragen wollten. Als „Zersplitterer“ traten daher wir Kommunisten auf.

Heute aber müssen wir „Zersplitterer“ uns als die wärmsten Anhänger der revolutionären Einheitsfront mit den Arbeitermassen gegen die Kapitalisten und gegen das ihnen dienende „sozialdemokratische“ Führertum betätigen. Die Diplomatie und das Spiel der Führer der Zweiten Internationale müssen wir selbstverständlich entlarven. Wenn der gestrige Minister Vandervelde oder der heutige königliche

Minister Branting beginnen, sich für die Losung der revolutionären Einheitsfront zu begeistern, wenn der Henker der deutschen Arbeiter, Noske, in ihren Hymnus einzustimmen und Jouhaux und Henderson sie zu akkompagnieren beginnen, dann ist es selbstredend die Pflicht der Kommunisten, den Arbeitermassen zu zeigen, daß man einen neuen raffinierten Verrat gegen sie spinnt. Diese Aufgabe der Kommunisten ist wichtig. Sie ist aber doch nicht die Hauptsache. Im Vordergrund steht eine andere Aufgabe: zu begreifen, daß die Losung der „proletarischen Einheitsfront“ nicht aus den Fingern gesogen wurde, sondern ein Produkt der Entwicklung der letzten Jahre ist, daß diese Losung der Ausdruck für den Anschluß neuer Millionen und Abermillionen von Arbeitern an den aktiven Kampf ist. Das Wichtigste ist, dieses zu begreifen und den Arbeitern entgegenzukommen, sich zum Sprecher ihrer noch unklaren revolutionären Bestrebungen zu machen, sie zu vereinigen und sich an ihre Spitze zu setzen wissen. Wir dürfen nicht mehr als Vorhut allein stehen, sondern müssen die schweren Hauptmassen der proletarischen Infanterie unter der Fahne des Kommunismus sammeln; nicht mehr Tausende und Zehntausende, sondern Hunderttausende und Millionen müssen wir gewinnen und die Losung des III. Weltkongresses: „Hinein in die Massen!“ wirklich in die Tat umsetzen; wir müssen mit einem Worte die Hauptvoraussetzung für den Sieg der sozialistischen Revolution schaffen.

Der „Bolschewismus“ wurde ein internationaler Begriff. Dasselbe gilt auch für den Begriff des „Menschewismus“. Was die Beziehungen zwischen den Bolschewisten und den Menschewisten in Rußland lehrten, hat unseres Erachtens eine wesentliche Bedeutung auch für die Lösung der vor uns aufgetauchten Frage der Beziehungen zum internationalen Menschewismus. Die ausländischen Genossen wissen sehr gut, wie wir Bolschewisten uns von den Menschewisten getrennt haben; sie

müssen aber doch erfahren, daß in den anderthalb Jahrzehnten unseres Kampfes gegen den Menschewismus wiederholt der Fall eintrat, wo sich ein Kampf um die Einheitslosung zwischen den Bolschewisten und Menschewisten entspann, der in vielen Beziehungen an den heutigen Kampf innerhalb der europäischen Arbeiterbewegung erinnert. Im Laufe der etwa fünfzehn Jahre, die von der Geburt des Bolschewismus bis zu seinem Siege über die Bourgeoisie (1903 bis 1917) vergangen sind, hörte der Bolschewismus nicht auf, einen systematischen Kampf gegen den Menschewismus zu führen. Aber gleichzeitig schlossen wir Bolschewisten im Laufe dieser Zeitperiode wiederholt Uebereinkommen mit den Menschewisten. Zur förmlichen Spaltung zwischen uns und den Menschewisten kam es zuerst im Frühling 1905, obwohl sich diese Spaltung tatsächlich schon 1903 klar bemerkbar gemacht hatte. Im Januar 1912 wurde die förmliche Spaltung zwischen den Bolschewisten und den Menschewisten erneut festgelegt. Aber sowohl 1906—1907 wie dann 1910 wechselte dieser Zustand einer vollkommenen und formellen Spaltung mit einem Zustande der Vereinigung und der Halbvereinigung ab, und zwar nicht nur infolge der Kampfperipetien, sondern auch infolge des Druckes der breiten Arbeiterschichten. Und wenn wir jetzt zurückblicken, sehen wir, daß dieser Druck objektiv dadurch verursacht wurde, daß neue, zum aktiven politischen Leben erwachende Arbeiterschichten die Nachprüfung durch eigene Erfahrung verlangten, daß diese Schichten glaubten, durch die Vereinigung der Bolschewisten und der Menschewisten zu einer Partei ihre Widerstandskraft gegen die Junker und Kapitalisten stärken zu können. Wir wollen damit nicht sagen, daß auch heute noch in irgendeinem Lande der entwickelten Arbeiterbewegung eine förmliche organisatorische Vereinigung der Bolschewisten mit den Menschewisten oder, um in zeitgemäßen Ausdrücken zu sprechen, die der Kommunisten mit den

Anhängern der Zweiten oder der Zweieinhalb-Internationale möglich wäre. Das ist unmöglich. Die gegenwärtige Entwicklungsperiode kann nicht restlos mit jener Entwicklungsperiode verglichen werden, die die russische Arbeiterbewegung in den Jahren 1905—17 durchmachte. Der imperialistische Weltkrieg zog eine Grenze zwischen der alten und der neuen Entwicklungsperiode der Arbeiterbewegung. Die organisatorische Scheidung zwischen den Kommunisten und den Sozialdemokraten begann unvermeidlich im Jahre 1914 in verschiedenen Ländern und wurde eine internationale Erscheinung. In dieser Beziehung führt kein Weg zur Vergangenheit zurück. Dennoch kann manches aus den Episoden des Kampfes und der Verständigungen zwischen den Bolschewisten und den Menschewisten für unsere westeuropäischen und amerikanischen Genossen von Nutzen sein. Außerst lehrreich sind z. B. die Erfahrungen aus dem Jahre 1915 und vom Anfang des Jahres 1914 in der russischen Arbeiterbewegung. Zu jener Zeit machte sich unter den russischen Arbeitern schon eine große Kampfbegeisterung bemerkbar. Nach der Niederlage der Revolution von 1905 und nach den schweren Jahren der Konterrevolution zeigte sich auch bei den russischen Arbeitern jener Zeit ein sehr starker spontaner Drang zur proletarischen Einheitsfront. Die Diplomaten des russischen Menschewismus suchten diesen spontanen Einheitsdrang ungefähr in derselben Weise auszunützen, wie es heutzutage die Führer des internationalen Menschewismus zu tun versuchen. Aber wir russischen Bolschewisten antworteten damals nicht mit einer einfachen Ablehnung jeder Verständigung. Wir traten unter keinen Umständen gegen die proletarische Einheitsfront auf. Im Gegenteil, als Gegenzug gegen das diplomatische Spiel der menschewistischen Führer traten wir Bolschewisten mit der Losung der Einheit von unten auf. Mit anderen Worten, wir verlangten die Einheit der Arbeitermassen selbst in

ihrem gegen die Kapitalisten gerichteten praktischen Kampfe um wirklich revolutionäre Forderungen. Wir riefen die Arbeitermassen auf, sich über die Köpfe der gemäßigten menschewistischen Führer hinweg zu vereinigen. Infolge dieser Taktik, die wir selbstverständlich, je nach den konkreten Zeit- und Ortsverhältnissen, modifizieren mußten, haben wir allmählich den größten Teil der besten menschewistischen Arbeiter für den Bolschewismus gewonnen. Dabei gaben die Bolschewisten auch nicht für einen Augenblick ihre volle Selbständigkeit auf, nicht für einen Augenblick schwächten sie ihre Kritik des Menschewismus ab. Im Gegenteil ging die Propaganda der Losung einer Einheit von unten immer parallel mit der Entlarvung des Spiels der menschewistischen Diplomaten.

Nach der Märzrevolution von 1917 versuchten die Menschewisten, die Einheitsparole wieder auszuspielen. Sie traten mit dem Plan eines Einheitskongresses aller Sozialdemokraten hervor, worunter sie sowohl die Bolschewisten wie die Menschewisten verstanden. Gerade auf einer solchen Versammlung, die von den Menschewisten zur Vorbereitung jener vielversprochenen Vereinigung einberufen worden war, hielt Genosse Lenin seine berühmte Rede, in der er zum ersten Male die Thesen zur Verteidigung des Sowjetsystems vorlegte. Auf diese Vereinigung ließen wir Bolschewisten uns nicht ein. Uns „per Schub“ zu vereinigen, gelang den Menschewisten trotz aller Bemühungen nicht. Gleichzeitig aber setzten wir unsere Propaganda für die Arbeitereinheit von unten her im Rahmen der Sowjets, auf dem Boden des Kampfes um die Sowjetmacht, auf dem Boden der Organisation der politischen und ökonomischen Massenstreiks, auf dem Boden der Bewaffnung des Proletariats, der Entwaffnung der Weißgardisten usw., systematisch, unablässig fort. Der Ergebnisse dieser Propaganda brauchen wir uns bekanntlich nicht zu schämen.

3. Der Stand der Frage in den verschiedenen Ländern.

In den verschiedenen Ländern treten die Sektionen der Kommunistischen Internationale an die Aufstellung der Losung der „proletarischen Einheitsfront“ in verschiedener Weise heran und suchen tastend den Weg zu den Massen, zur neuen Lage. Aber im großen und ganzen läßt sich überall der gleiche Prozeß beobachten.

In D e u t s c h l a n d unterstützte unsere Partei auf ihrer letzten Zentralausschußsitzung mit voller Einmütigkeit die Losung der proletarischen Einheitsfront und erklärte es nicht nur für möglich, sondern auch für notwendig, unter gewissen Verhältnissen die sog. „Arbeiterregierung“, die in Deutschland immer mehr zum Tagesgespräch wird, zu unterstützen. Mehr als in irgendeinem anderen Lande erlangt in Deutschland die Frage der proletarischen Einheitsfront eine aktuelle Bedeutung. Der deutsche Reformismus — ich nehme dieses Wort in seinem weitesten Sinne: mit Einschluß sowohl der Mehrheitssozialisten wie der Zentristen — hat sich in eine Sackgasse verrannt. Selbst den weitsichtigsten Köpfen in den Reihen der Bourgeoisie beginnt es immer klarer zu werden, daß es aus der in Deutschland entstandenen Lage keinen friedlichen revolutionären Ausweg gibt. Wird sich die Kommunistische Partei Deutschlands auf der Höhe zeigen, so wird sie die Früchte der Märzaktion, die (wie dies jetzt immer klarer wird) trotz aller damals gemachten Fehler ein großer Schritt vorwärts war, jetzt in vollem Maße ernten können. Die deutschen Kommunisten müssen in der jetzigen Situation, wo neue Hunderttausende von Arbeitern zum Kampf erwachen, die Früchte der Märzaktion zu ernten wissen. Was die Nörgler und die Sykophanten auch sagen mögen, eine Tatsache bleibt bestehen: die e i n z i g e Partei, hinter der im März 1921, als alle „Sozialisten“ an allen Ecken und Enden die Arbeiter überredeten, doch nicht zu kämpfen,

Hunderttausende von Arbeitern standen, war die K. P. D.

Die Elemente des Putschismus und des Sektierertums, die in der K.P.D. zweifellos vorhanden waren, beginnt die Partei erfolgreich zu überwinden. Unsere deutschen Freunde sind sich darüber klar, daß das Streben nach der revolutionären Einheitsfront unter gewissen Umständen ein ungeheuer revolutionärer Faktor sein kann. Die deutschen Kommunisten hatten Recht, als sie in Thüringen unter Verhältnissen, wo von den kommunistischen Stimmen die Bildung der „sozialistischen“ Regierung abhing, die Sozialdemokraten und Unabhängigen parlamentarisch unterstützten. Die deutschen Kommunisten haben Recht, wenn sie auch auf dem Gebiete des ökonomischen Kampfes in derselben Richtung vorgehen.

Freilich kommen auch Uebertreibungen vor. In dem Rundschreiben der Zentrale der K.P.D. vom 21. November 1921 lesen wir z. B. folgende Worte:

„Es muß ernst darauf geachtet werden, daß die Kommunisten keinen ökonomischen Kampf allein aufnehmen, wo sie isoliert vorgehen würden, daß sie den Lohnkampf nicht selbständig führen, sondern daß unsere Genossen die Massen vorwärtstreiben. Der ökonomische Kampf muß überall von den Gewerkschaften geführt werden.“

Dieser Standpunkt scheint uns unrichtig zu sein. Freilich muß die formelle Leitung des Kampfes in den Händen der Gewerkschaften liegen. Aber die Partei kann unter keinen Umständen auf die leitende Rolle in den ökonomischen Streiks verzichten. In Deutschland hat jeder große ökonomische Streik, und in der gegenwärtigen Epoche mehr als je, eine politische Bedeutung. Im jetzigen Kampfstadium in Deutschland geht der ökonomische Kampf mehr als irgendwo in den politischen über. Brauchen wir die deutschen Genossen daran zu erinnern, wie verräterisch die jetzigen sozialdemokratischen Gewerkschaften sind? Noch vor kurzem teilte der „Vorwärts“ mit Stolz mit, daß von den 48 Millionen Gewerkschaftsmitgliedern der dreißig größten Länder auf Deutschland angeblich 13 Mil-

lionen entfallen sollen. Wir aber sind uns zusammen mit den deutschen Kommunisten darüber klar, daß die jetzigen freien Gewerkschaften Deutschlands in Wirklichkeit jeden ernstesten ökonomischen Kampf der Arbeiter verhindern. Die Unterstützung der Losung der „proletarischen Einheitsfront“ ist notwendig; aber hieraus folgt noch keineswegs, daß wir aus diesem Anlaß in Uebertreibungen in der Art der oben angeführten verfallen sollen.

Indem die deutschen Kommunisten die Losung der Einheitsfront unterstützen, werden sie gleichzeitig mit doppelter Kraft gegen all diejenigen ankämpfen müssen, die die zentristischen Ideen in unsere eigene Partei hineinzutragen versuchen. Ein unversöhnlicher Kampf gegen die neue Partei, die von Paul Levi, Däumig u. a. gebildet wird, ist ein Akt der Selbsterhaltung der Partei. Wir können und müssen jeden praktischen Schritt zur Schaffung der proletarischen Einheitsfront unter den Massen unterstützen; aber gleichzeitig müssen wir jeden „Führer“ aufs rücksichtsloseste abweisen, der die Partei zurückzutreiben sucht. Paul Levi und Konsorten behaupten, daß sie keine besondere Partei schaffen wollen; aber zur selben Zeit schaffen sie tatsächlich eine solche Partei. Wenn Levi schreit, daß seine Partei keine Partei ist, so ist das nur Opportunismus, nur eine Art Mimikry. Levi ist vorläufig nicht imstande, eine bedeutende selbständige Partei zu schaffen, er organisiert daher eine Art formlosen Klub.. Er macht aus der Not eine Tugend. Diesen Liquidatoren, die die kommunistische Partei von innen heraus zu zersetzen versuchen, irgend welche Zugeständnisse machen, hieße das größte Verbrechen gegen die aufkeimende neue revolutionäre Massentbewegung begehen. Ja, wir müssen uns mit den sich radikalisierenden S.P.D.-Arbeitern verständigen und ins Einvernehmen setzen, die zusammen mit uns einen Streik machen, einen Betriebsrätekongreß einberufen oder eine Bewegung unter der

Losung der Amnestie für politische Gefangene organisieren wollen. Ja, wir müssen diesen S.P.D.-Arbeitern gewisse Zugeständnisse machen aus Rücksicht darauf, daß sie mit uns gehen und zu uns kommen und mit uns zusammen zu Hunderttausenden zunächst in die Teilkämpfe und dann in die entscheidenden Kämpfe marschieren werden. Und gleichzeitig müssen wir nicht und dürfen wir nicht den liquidatorischen Gruppen, wie der Renegatengruppe Levis, die die Bewegung rückwärts zieht, auch nur die kleinsten Zugeständnisse machen. Wer diese Dialektik nicht versteht, der versteht überhaupt nichts. Wer aus der Tatsache des spontanen Dranges der Arbeitermassen zu einer Einheitsfront den Schluß zieht, daß die kommunistische Partei den „Führern“ entgegenkommen muß, die zu den Feinden übergelaufen sind, der ist unfähig, die kommunistische Partei aufzubauen, der ist nur fähig, sie zu zerstören.

Manche naive Menschen glauben, daß der Drang zur Einheitsfront den Parteikampf abschwächen, die Polemik mäßigen werde usw. Heilige Einfalt! Das deutsche Beispiel hat gezeigt, daß gerade das Gegenteil der Fall ist. Als die deutschen Sozialdemokraten sahen, daß der Einfluß der Kommunisten steigt und daß sich die Kommunisten mit den S.P.D.-Arbeitern über den gemeinsamen Kampf zu verständigen begannen, trat der Parteivorstand der S.P.D. mit den berüchtigten scharfmacherischen Enthüllungen über die terroristischen Anschläge der Kommunisten in den Märztagen 1921 auf. Annähernd dasselbe taten auch die russischen Menschewiki in den für sie kritischen Augenblicken. Die Steigerung des Dranges der Massen zur Einheitsfront schließt unter gewissen Umständen keineswegs eine Verschärfung des Kampfes zwischen uns und den Führern der Sozialverräter aus. Wer auch diese Dialektik nicht versteht, der versteht wiederum nichts. Das ist eben der Kern der Sache: je mehr wir uns mit den Arbeitern, die bisher indifferent waren oder der Sozialdemokratie

folgten, vereinigen werden, desto mehr werden die Führer der II. Internationale wutschnaubend versuchen, den geistigen Kampf mit „Enthüllungen“, Denunziationen und mit anderen Schurkereien zu vergiften. Und dennoch wird unsere Vereinigung mit den neuen Arbeiterschichten immer weiter fortschreiten, wenn wir nicht selbst Fehler machen werden.

Ein wenig anders liegen die Dinge in Frankreich. Hier hat die kommunistische Partei, soweit es sich um die politisch organisierten Arbeiter handelt, eine unzweifelhafte Mehrheit. Dadurch entsteht eine Lage, die von der Lage in Deutschland wesentlich verschieden ist. Das bedeutet aber keineswegs, daß wir in Frankreich auf die Losung der Einheitsfront verzichten müssen. Vor unseren Augen vollzieht sich in Frankreich die Spaltung der gewerkschaftlichen Bewegung, entstehen zwei Gewerkschaftsbünde. Einer wird von den äußersten Reformisten, der andere von den revolutionären Syndikalisten und Kommunisten geführt. Der zweite Gewerkschaftsbund muß, um nicht zu verkümmern, mit allen Kräften die Fühlung mit der parteilosen Arbeitermasse, die in Frankreich ebenso wie in allen anderen Ländern nach der Einheit verlangt, aufrechterhalten und festigen. Vor jedem großen ökonomischen Streik, vor jeder Massenaktion müssen wir unbedingt mit entsprechenden Vorschlägen an den reformistischen Gewerkschaftsbund herantreten, um ihn vor den Massen zu entlarven, falls er die Unterstützung des Arbeiterkampfes ablehnt, um uns den Arbeitern zu nähern, die ihm noch folgen, falls er sich auf eine Verständigung einläßt. In den beiden Gewerkschaftsbünden sind insgesamt nicht viel mehr als eine halbe Million Arbeiter organisiert. Die Kommunisten und die revolutionären Syndikalisten müssen jetzt nicht eine halbe Million, sondern mindestens zwei Millionen Arbeiter in den Kreis ihres Einflusses hineinziehen. Andernfalls würden die französischen Gewerk-

schaften sehr bald ein verdorrter Zweig der internationalen Bewegung werden. Um die gestellte Aufgabe richtig zu lösen, muß man auch in Frankreich unter steter Anpassung an die eigentümlichen Verhältnisse den Kampf unter der Losung der revolutionären proletarischen Einheitsfront durchführen.

Mancher Weise wird hierauf einwenden: wozu denn der Kampf innerhalb der kommunistischen Partei um die Schranken der gewerkschaftlichen Autonomie usw.? Wozu denn die Polemik zwischen den Kommunisten und revolutionären Syndikalisten, die die leitende Rolle der Partei nicht anerkennen wollen usw.? Das ist eben der Kern der Sache, daß die Partei, die die breiten parteilosen Massen gewinnen will, vor allem in ihrem eigenen Kopfe Klarheit schaffen muß, daß sie sich selbst darüber klar werden muß, was die Gewerkschaften sind und was die kommunistische Partei ist. Wir müssen einerseits die volle gedankliche Klarheit in den Reihen der Partei über diese Frage unablässig anstreben; andererseits müssen wir an die parteilosen Massen selbst herantreten und sie unter der Losung einer revolutionären Einheitsfront gegen die Kapitalisten für uns zu gewinnen wissen. Diese Dialektik muß jeder lernen, der die Rolle eines Führers in der Arbeiterbewegung beansprucht.

Wir wollen uns gar nicht verhehlen, daß die Politik der Einheitsfront in Frankreich mit besonders großen Schwierigkeiten verbunden ist. In der Kommunistischen Partei Frankreichs sehen wir noch heute Leute wie Raoul Verfeuil, Fabre u. a., die noch immer die Scheidung von Renaudel und Longuet beklagen. In dieser Hinsicht ist eine Reihe von Artikeln Raoul Verfeuils im „Journal du Peuple“ ein besonders unerfreuliches Symptom. Diese Artikel haben in der Parteipresse leider fast keinen Widerspruch gefunden. Nicht weniger unerfreulich sind die Artikel Fabres, der vollkommen ins Lager Longuets hinabgleitet. Und besonders traurig (und für einen Marxisten wie Rappoport einfach unver-

zeihlich) ist der Artikel Charles Rappports, der noch nach dem Mailänder Parteitag der Italienischen Sozialistischen Partei vom 24. Oktober 1921 „unseren Freund“ Serrati zu verteidigen versuchte.

Wir sprechen es offen aus, daß, indem wir unseren französischen Genossen raten, die Losung der proletarischen Einheitsfront aufzustellen, wir doch ernste Befürchtungen hegen, ob bei der Schwäche der kommunistischen Traditionen in Frankreich nicht zahlreiche Genossen dem Opportunismus verfallen werden. Beginnt man doch in Frankreich bereits die Frage eines Linksblocks während der Parlamentswahlen aufzuwerfen. Ist doch selbst Daniel Rénould offenbar geneigt, hierbei die schlimmsten Fehler zu begehen. Aus dem bekannten Briefe des Genossen Lenin an die deutschen Kommunisten, in dem Genosse Lenin richtig sagt, daß der Kampf gegen den Zentrismus nicht in einen Sport verwandelt werden darf, zieht Daniel Rénould (um von Fabre nicht zu sprechen) weitgehende Schlüsse im Sinne der Einstellung und des Aufgebens der Parteikämpfe überhaupt. In seiner Zeitung „L'Internationale“ schreibt er in einem Artikel: „Es ist bemerkenswert, daß gerade im jetzigen Zeitpunkt, da die revolutionären Kräfte durch die mitunter rein theoretischen Streitigkeiten auseinandergelassen werden, sie doch durch jedes aktive Auftreten trotz alledem zusammengeschweißt und vereinigt werden. Meines Erachtens sollte man in verschiedenen Organisationen darüber nachdenken und es in Rechnung stellen, daß trotz der scharfen Differenzen und der gegenseitigen Bannflüche die aufrichtigen Revolutionäre verschiedener Schattierungen, solange der Kapitalismus existiert, ihre Anstrengungen unter dem Zwang der Verhältnisse zum Kampf gegen den Kapitalismus doch vereinigen werden.“ Mit einem Wort, umarmt einander in Liebe und vergeßt, daß Judas ein Verräter und das Renaudel Renaudel ist.

Genosse Lorient hatte unseres Erachtens vollkommen recht, als er in dem „Das Ende der Unklarheit“ betitelten Artikel Daniel Rénould antwortete: „Rénould vergißt, daß bei uns in den Gewerkschaften und in großem Maße auch in der Partei der Streit nicht, wie in Deutschland, zwischen der Kommunistischen Internationale und denjenigen geht, die links von der K. I. stehen möchten, sondern zwischen dem Kommunismus und dem Reformismus. Unter diesen Umständen der imaginären Einheit zuliebe den Kampf in dem Augenblick einzustellen, wo Moskau von uns noch die Steigerung dieses Kampfes verlangt, hieße einen Fehler machen, der die verhängnisvollsten Folgen haben kann.“ Und Genosse Lorient hat noch mehr recht, wenn er hinzufügt: „Um unter den Kommunisten und den Proletariern die größte Einheit zu verwirklichen, muß vor allem unsere eigene Partei selbst erst kommunistisch sein, was bei weitem noch nicht der Fall ist.“ Das ist einmal ein treffendes Wort. Um gegen die Reformisten und Halbreformisten richtig zu manövrieren, um unter der Losung der Einheitsfront ihnen immer neue Arbeiterschichten zu entreißen, muß der Manövrierende, d. h. die Kommunistische Partei selbst, fest auf den Füßen stehen und eingedenk sein, daß Renaudel und Longuet Agenten des Kapitals und nicht etwa unsere verirrtten Freunde sind.

In einem Artikel, der der 4. Jahresfeier der Sowjetmacht gewidmet ist, ruft Jean Longuet pathetisch aus: „Wann werden denn die Führer der Bolschewisten, nach dem glücklichen Ausdruck unseres Freundes André Pierre, endlich mit den sozialistischen Mitbrüdern Frieden schließen, nachdem sie (d. h. die Bolschewisten) den Frieden mit ihren Feinden, mit der Bourgeoisie geschlossen haben?“ („Le Populaire“ vom 7. November 1921.) Was in dieser Phrase überwiegt, — die Naivität oder der Zynismus —, ist wirklich schwer zu sagen. „Unser Freund“

André Pierre, ein bekannter Denunziant der Sowjetmacht und Spezialist für antikommunistische „Enthüllungen“, findet, daß die russischen Bolschewisten den Frieden mit der Bourgeoisie geschlossen haben und deshalb auch einen Frieden mit den Sozialpatrioten machen müssen. Und Herr Longuet schreibt diese „glückliche“ Phrase ab. Sollte Herr Longuet wirklich nicht wissen, welchen „Frieden“ eigentlich die Bolschewisten mit der ausländischen Bourgeoisie gemacht haben? Er möge doch endlich aufhören, sich naiv zu stellen.

Jedenfalls müssen die französischen Arbeiter es klar einsehen, daß die Kommunisten mit Longuet und Renaudel keinen Frieden machen können. Aber eine Reihe von Verständigungen auf dem Boden des gemeinsamen Kampfes gegen die Kapitalisten können und müssen die kommunistischen Arbeiter mit den parteilosen, syndikalistischen, anarchistischen usw. Arbeitern sehr wohl abschließen.

Noch anders steht die Frage der Einheitsfront in England. Der II. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale hat sich für den Eintritt der Kommunisten in die Labour Party erklärt, die bekanntlich eine eigenartige Vereinigung aller Arbeiterparteien und Gewerkschaften ist, die jedoch unter der Führung der schlimmsten Opportunisten steht.

Auf dem II. Weltkongreß traten Leute wie Serrati angeblich aus prinzipiellen Gründen gegen den Eintritt in die Arbeiterpartei auf. Doch die Erfahrung hat gezeigt, wie sehr wir im Recht waren, als wir den englischen Kommunisten die genannte Taktik empfahlen.

Henderson und Co. haben die Aufnahme der Kommunisten in die Labour Party abgelehnt. Jetzt macht sich eine Schwenkung in den Reihen der englischen Labour Party bemerkbar. Unter dem unzweifelhaften Einfluß jener tieferen Faktoren, auf die wir oben hingewiesen haben, wurde in den Londoner Organisationen der Labour

Party, allerdings mit knapper Mehrheit, die Entschliebung für die Zulassung der englischen Kommunisten zu dieser Partei angenommen. Die allgemeine Entwicklung der englischen Arbeiterbewegung, die wie ein tief schürfender Pflug neue Arbeiterschichten (wir erinnern nur an den Kohlenarbeiterstreik) aufgewühlt hat, gibt den Kommunisten in England mehr als anderswo Veranlassung, die Losung der revolutionären Einheitsfront aufzustellen. Mittels dieser Losung werden wir am besten an die Massen des englischen Proletariats herankommen. Noch vor kurzem geruhte Herr Henderson in einem Artikel: „Die Volljährigkeit der Labour Party“ zu schreiben: „Auf der Tagesordnung steht die Frage des Anschlusses der kommunistischen Partei. Das Nationale Exekutivkomitee hat nach einer gründlichen Aussprache den Anschluß abgelehnt und hat die Absicht, der Konferenz diesen Beschluß zur Bestätigung vorzulegen. Die Konferenz kann den Beschluß des Exekutivkomitees ablehnen. Es werden aber ernste Gegengründe angeführt werden müssen, um die Delegierten zur Aufhebung des Beschlusses des Exekutivkomitees zu veranlassen.“ Wir hoffen zuversichtlich, daß der Gang der Ereignisse und die Revolutionierung der englischen Arbeiter viele Beschlüsse umstoßen werden, die dem Herrn Henderson unerschütterlich zu sein scheinen.

Sehr lehrreich ist die Lage in Italien. Hier ist die Spaltung zwischen den Kommunisten und den Sozialdemokraten noch ganz neu. Die junge Kommunistische Partei Italiens ist naturgemäß noch ein wenig dogmatisch eingestellt. Nachdem sie sich eben erst von den Fesseln der Einheit mit den Reformisten und Halbreformisten befreit hat, ist sie naturgemäß am wenigsten geneigt, sich mit ihnen zu verständigen. Die italienischen Kommunisten haben noch vor ganz kurzem mit eigenen Augen den unerhörten Verrat an der proletarischen Revolution gesehen,

den die Führer der sozialistischen Partei und der Gewerkschaften begingen. Und doch brachten die Verhältnisse es mit sich, daß die junge kommunistische Partei ihre ganze Agitation auf die Losung der einheitlichen proletarischen Kampffront gegen die kapitalistische Offensive einstellte. Das ist sehr bedeutungsvoll. In Italien vollzieht sich gegenwärtig der Revolutionierungsprozeß innerhalb der Arbeiterbewegung dank einer ganzen Reihe von Umständen in besonders anschaulichen Formen. So war es auch mit der Losung der Einheitsfront. Die Charlatanerie der reformistischen Führer, die nur nach dem Augenblick spähen, um sich ein gutes Plätzchen im Ministerkabinett zu verschaffen, tritt hier besonders zynisch hervor. Und gleichzeitig drängen die Arbeitermassen hier wie in keinem anderen Lande zum Kampf gegen die Kapitalisten und verlangen, um diesen Kampf erfolgreich zu führen, instinktiv nach der Wiederherstellung einer proletarischen Einheitsfront. In Italien macht sich anschaulicher als in jedem anderen Lande der allgemeine Drang aller Arbeiter nach einer Einheitsfront bemerkbar: nicht nur der kommunistischen, sondern auch der anarchistischen und der syndikalistischen Arbeiter, dann auch der breiten Kreise der parteilosen und jener Arbeiter, die noch den Reformisten und den Zentristen folgen. Daraus ergab sich eben die Lage, daß die unveröhnlichen kommunistischen Elemente Italiens die Losung der proletarischen Einheitsfront zu ihrer Kampflosung machten. Auf ihrem eigenen Wege sind die italienischen Kommunisten zu demselben Ziel gelangt.

In Amerika beginnt die Vereinigung aller links stehenden Elemente der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung, die den Kommunisten die Möglichkeit geben wird, einen zentralen Platz in dieser Linksvereinigung einzunehmen und Einfluß auf die breiten Massen des amerikanischen Proletariats zu gewinnen. In diesem Zusammenhang muß im Kampf gegen die

Gompersklique vor allem die Anklage erhoben werden, daß die Gompersgewerkschaften an der Schaffung einer Einheitsfront gegen die Kapitalisten nicht teilnehmen, nicht für die Arbeitslosen eintreten wollen usw.

In Schweden und in der Schweiz, in der Tschechoslowakei und in Norwegen, in den Ländern, wo wir eine Minderheit sind, wie in den Ländern, wo wir unter den politisch organisierten Arbeitern bereits eine bedeutende Mehrheit haben, überall, wenn auch mit verschiedenen Modifizierungen, die sich aus den konkreten Umständen ergeben, rückt die Frage der Einheitsfront in den Vordergrund. Denn überall vollzieht sich im wesentlichen der nämliche Prozeß: die Arbeitermasse erwacht zu neuem revolutionären Kampfe, die Arbeitermasse wird revolutionär. Es ist nicht etwa die Verzweiflung, es ist nicht etwa die Reaktion und der Stillstand, die die deutschen Kommunisten und die Kommunisten anderer Länder zu der Losung der „Einheitsfront“ veranlassen. Im Gegenteil, diese Losung taucht deswegen auf, weil das Eis gebrochen ist, weil die Massen sich wieder in Bewegung setzen.

4. Auf die Gefahren achten!

Wir haben schon flüchtig auf die Gefahren hingewiesen, die die vorgeschlagene Taktik in sich birgt. Diese Gefahren dürfen auf keinen Fall aus dem Auge verloren werden. Nicht alle kommunistischen Parteien sind schon genügend gefestigt und formiert, nicht alle haben sich endgültig von der zentristischen und der halbzentristischen Ideologie befreit. In manchen Parteien werden sich auch „Führer“ finden, die in der vorgeschlagenen Taktik den längst ersehnten Vorwand dazu erblicken werden, um im Ernst nach rechts abzuschwenken und die Preisgabe der ideologischen kommunistischen Positionen zu beginnen. Für solche Führer wird die Losung der Einheits-

front ein Selbstzweck sein und nicht ein Mittel zur Eroberung neuer Massen für die Sache des Kommunismus. Diese falsche Auslegung würde uns in Wirklichkeit statt der Einheitsfront der revolutionären Arbeiter gegen die Kapitalisten eine Einheitsfront der Zentristen mit den schiechten „Kommunisten“ gegen die proletarische Revolution bringen.

Eine Grundbedingung, von der keine kommunistische Partei je abgehen darf, muß darin bestehen, daß unsere Partei ihre vollkommene Selbständigkeit und ihre Freiheit der Kritik gegenüber allen Parteien und Gruppen bewahrt, mit denen wir irgendwelche zeitweisen Verständigungen eingehen. Die Einheit in jeder revolutionären Aktion oder selbst in jeder Halbaktion gegen die Kapitalisten — ja! Die Einheit mit den Führern der Amsterdamer und der II. Internationale zur Verkleisterung jener Differenzen, die zwischen dem Kommunismus und dem Reformismus bestehen — nie und niemals, um keinen Preis und unter keinen Umständen!

Die Kommunisten, die eine Verständigung eingehen, dürfen nicht für einen Augenblick vergessen, daß der Reformismus, nach dem famosen Ausdruck des Genossen Barbusse, ein spezifisches Gift des Sozialismus ist. Je häufiger praktische Verständigungen mit den Arbeitern geschlossen werden, die zu anderen Organisationen gehören, desto fester, klarer und schärfer muß unser geistiger Kampf gegen den Reformismus geführt werden. Sonst kann das Leichengift auch den gesunden Organismus anstecken.

In der letzten Zeit machten die Führer der Amsterdamer und der II. Internationale viel Lärm über die Notwendigkeit eines internationalen Zusammenschlusses und der Bildung einer „einigen machtvollen Internationale“. Als Heiratsvermittler sind die Helden der Internationale Zweieinhalb aufgetreten. Es ist zum Lachen, wenn Ledebour (im Artikel „Die Frage der sozia-

listischen Einheit“ vom 6. November 1921) die Kommunisten als „verirrte Brüder“ bezeichnet. Es ist zum Lachen, wenn Friedrich Adler dem Parteitag der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie gemeinverständlich erläutert, daß die Internationale Zweieinhalb sich unter keinen Umständen auf eine Vereinigung mit der II. Internationale allein ohne die III. Internationale einlassen könne. Alle diese Herren machen die Rechnung ohne den Wirt. Von einer „einigen“ Internationale mit Einschluß der Sozialpatrioten und der Zentristen kann keine Rede sein. Die Kommunistische Internationale befindet sich jetzt auf dem besten Wege dazu, die proletarischen Massen der ganzen Welt endgültig zu erobern. Jedoch ist es richtig, daß, falls die einzelnen Sektionen der Kommunistischen Internationale die Möglichkeit einer Verständigung mit den Parteien der II. und der Amsterdamer Internationale gelten lassen, Verständigungen dieser Art auch im internationalen Maßstabe möglich sind. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale wandte sich schon an Amsterdam mit dem Vorschlag einer gemeinsamen Hilfeleistung für die Hungernden in Rußland. Amsterdam hat diesen Vorschlag zum Teil totgeschwiegen, zum Teil sabotiert. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale wandte sich an Amsterdam mit einem analogen Vorschlag bezüglich der Verteidigung der spanischen Arbeiter gegen den bürgerlichen weißen Terror und der Verteidigung der jugoslawischen Arbeiter gegen den junkerlichen und kapitalistischen Terror. Diese Vorschläge schweigt Amsterdam ebenfalls tot und sabotiert sie. Und dies ist nur zu begreiflich! Die Sozialdemokraten und die gelben Gewerkschaftler, die der II. Internationale und der Amsterdamer Gewerkschaftsvereinigung angehören, unterstützen eifrigst die jugoslawische Regierung in ihrem Banditenkampf gegen die jugoslawischen Kommunisten.

Im Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale wird die Frage er-

örtert, ob es möglich sei, den Amsterdamern bestimmte Vorschläge aus Anlaß der Washingtoner Konferenz zu machen. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden die Führer der Amsterdamer Internationale auch künftighin solche Vorschläge totschrveigen und sabotieren.

Die Kommunisten verschiedener Länder müssen auf beide Eventualitäten vorbereitet sein: in den Fällen, wo die Anhänger Amsterdams eine ihnen angebotene Verständigung ablehnen, muß man sie vor den breitesten Arbeitermassen entlarven und als Zerstörer der proletarischen Einheit an den Pranger stellen. In den Fällen dagegen, wo die Anhänger Amsterdams notgedrungen unsere bestimmten Vorschläge annehmen, muß man vom besonderen zum allgemeinen übergehen, muß man allmählich, unter Anpassung an die konkreten Verhältnisse, die betreffende proletarische Aktion entfalten, sie auf ein höheres Niveau emporheben. In beiden Fällen muß man die Aufmerksamkeit der parteilosen Arbeiter auf alle Stadien der Verhandlungen, auf die Vorbereitung der Aktion usw. lenken.

Indem wir diese Taktik anwenden und alle konkreten Verhältnisse in Rechnung stellen, müssen wir doch gleichzeitig immer auf das eine Ziel — die Festigung unserer selbständigen kommunistischen Partei, die Kräftigung unserer eigenen Roten Gewerkschaftsinternationale — hinsteuern. Den Bestrebungen zur Liquidierung der Roten Gewerkschaftsinternationale, die sich hier und da unter den schwankenden Kommunisten bemerkbar machen, die aus der Losung der „Einheitsfront“ auf die Losung der Auflösung der Gewerkschaftsinternationale schließen, muß auf das nachdrücklichste entgegengetreten werden.

Es steht außer Zweifel, daß diese Taktik sehr kompliziert ist und viel Biegsamkeit und Vorsicht erfordert. Je stärker die kommunistische Partei ist, je mehr ideologische

Klarheit in ihrer Führung herrscht, je geschlossener ihre Reihen sind, desto erfolgreicher kann sie in den Grenzen der bezeichneten Taktik manövrieren, und desto wirksamer wird sie neue Arbeiterschichten für sich erobern. Aber auch die schwächeren Parteien müssen irgendwann damit beginnen, die Kunst der Eroberung der breiten parteilosen Massen zu erlernen. Um schwimmen zu lernen, muß man wohl oder übel ins Wasser springen. Das Wasser ist manchmal kalt und vor allen Dingen ist es immer naß. Während man schwimmen lernt, kann man auch ertrinken. Trotz der Gefahren wird man das Schwimmen lernen.

Die Sowjetmacht in Rußland ist selbstverständlich darauf angewiesen, sich im Tempo ihrer inneren und äußeren Politik nach dem Tempo der internationalen proletarischen Bewegung und des Wachstums der proletarischen Revolution zu richten. Und umgekehrt: die Politik der Sowjetmacht, die die Hauptstütze der internationalen Revolution ist, bestimmt ihrerseits in einem wesentlichen Grade das Entwicklungstempo der internationalen revolutionären Bewegung. In dem Maße, wie die internationale Revolution beginnen wird, sich schneller zu entwickeln, wird auch in den Adern Sowjetrußlands das Blut stärker pulsieren. Bei der geringsten objektiven Möglichkeit wird Sowjetrußland sehr bald seinen Schritt, sein Tempo beschleunigen. Der beginnende Aufschwung der internationalen Arbeiterbewegung eröffnet ungeheure neue Möglichkeiten.

Von allen ideologischen Strömungen und politischen Richtungen, die jetzt in der Mitte des Proletariats untereinander kämpfen — dem Anarchismus, Reformismus, Syndikalismus, Kommunismus usw. — ist der Kommunismus gegenwärtig nicht nur die theoretisch kräftigste, sondern auch die organisatorisch geschlossenste Richtung. Die Zukunft gehört dem Kommunismus. Und zwar ist diese Zukunft

nicht mehr so fern, wie viele glauben. Die Vorgänge, die sich in der internationalen Arbeiterbewegung abspielen, zeigen mit jedem Tage deutlicher, daß ein übertriebener Pessimismus wahrlich nicht am

Platze ist. Der Kommunismus wird das ganze internationale Proletariat und mit ihm auch die ganze Welt erobern.

G. Sinowjew.

Steuerfrage und Steuerpolitik.

Im gegenwärtigen Verfallstadium der kapitalistischen Wirtschaft erhält die Steuerfrage in jenen Ländern, wo der Verfall des Kapitalismus die Form der Unterproduktion annimmt, eine grundlegende ökonomische und politische Bedeutung: Es sind dies die am Krieg beteiligt gewesenen Länder des kontinentalen Europas. Am schärfsten tritt die Frage in den besiegten Ländern auf, wo zu den unerschwinglichen Kosten des eigenen Staatsapparates die an fremde Staaten zu leistende Kriegsschädigung kommt.

Das Wesen der Krise in dieser Ländergruppe besteht in der ungenügenden Produktion, verursacht durch die Verschlechterung des sachlichen Produktionsapparates und durch die verringerte Arbeitsleistung aller Arbeitenden. Die Produktion ist nicht ausreichend, um die Arbeiterklasse zu ernähren, der Kapitalistenklasse zu ihrem gewohnten Luxus zu verhelfen, die Erneuerung und Erweiterung des Produktionsapparates zu ermöglichen und die ins Ungeheure gestiegenen staatlichen Bedürfnisse zu decken. Die ökonomische Krise des Kapitalismus erscheint als finanzielle Krise des Staates. Da der Staat seine Ausgaben aus den laufenden Einnahmen nicht decken kann, ist er genötigt, ununterbrochen neues Papiergeld in die Zirkulation zu werfen. Dies verursacht eine kontinuierliche Entwertung des Papiergeldes sowohl im Inland als auch im Auslande. Die ökonomische Krise erscheint hierdurch als Valutakrise. Die rapide Entwertung aller mittel- und ost-

europäischen Valuten gegenüber dem goldgleichen Gelde der neutralen Staaten zeigt die Verschärfung der ökonomischen Krise. Eine Lösung der Finanz- und Valutakrise wäre nur durch eine Balancierung des Staatshaushaltes denkbar, d. h. wenn diese Staaten imstande wären, aus dem Einkommen ihrer Staatsbürger so viel in der Form von Steuern wegzunehmen, daß hierdurch die staatlichen Ausgaben gedeckt würden. Damit rückt die Steuerfrage in den Mittelpunkt des politischen Kampfes in allen diesen Ländern.

Die Steuerfrage ist wirtschaftlich eine Frage der Einkommenverteilung: Aus welchen Einkommenarten sollen die Steuern gedeckt werden. Jeder Einkommenart entspricht eine Klasse oder eine Schicht im modernen Klassenstaate. Die Steuerfrage wird daher durch die Machtverhältnisse der Klassen entschieden. Selbstverständlich nicht im statischen Sinne: im Kampfe selbst vollzieht sich eine fortwährende Neugruppierung der verschiedenen Klassen und Schichten. Eben dies ergibt für die kommunistische Partei die Möglichkeit, durch eine zielbewußte Politik und kluge Taktik die Führung breiter Volksmassen in diesem Kampfe an sich zu reißen, die latenten Gegensätze zwischen den verschiedenen Schichten der besitzenden Klassen zu verschärfen und hierdurch eine revolutionäre Situation zu schaffen. Dieser historische Zusammenhang macht die theoretische und taktische Erörterung der Steuerfrage aktuell.

Steuern und Gesellschaftsformen.

Die Steuern sind ein Produkt des Klassenstaates. In den ursprünglichen klassenlosen Gesellschaften, in denen es keinen Staat gab, gab es auch keine Steuern und kein Steuerproblem. In der antiken Sklavenwirtschaft gab es staatliche Ausgaben, und daher bestand die Notwendigkeit, einer Besteuerung der Staatsbürger. Da aber die unterdrückten Klassen in dieser Gesellschaftsformation kein selbständiges Einkommen besaßen, so mußten die Steuern von den herrschenden Klassen, von den Freien, getragen werden. Im Mittelalter waren es die Leibeigenen, die für die Steuern aufzukommen hatten. Adel und Klerus waren prinzipiell steuerfrei, ihre Steuerfreiheit war ein Teil des damaligen Staatsrechtes. Wie die Ausbeutung der Arbeitenden in der Form der Abgaben der Leibeigenen und in der unbezahlten Arbeit, die sie den adligen Grundbesitzern auf ihren Gütern zu leisten hatten, offen und unverhüllt zutage trat, so gab es auch in der Steuerfrage kein Problem. Die Kosten des Klassenstaates wurden offen und brutal der ausgebeuteten Klasse aufgelegt.

Die bürgerliche Revolution brachte unter der Devise Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit die allgemeine Steuerpflicht aller Staatsbürger. Aber wie die Ausbeutung der unterdrückten Klassen durch die Form des freien Arbeitsvertrages verschleiert wurde, so wurde auch die Grundfrage der Steuer: welche Einkommensart die Steuer zu tragen hat, verschleiert. Mit dem Profit- und Mehrwertproblem zugleich wird auch die Steuerfrage zu einem Problem der Nationalökonomie.

Indessen war die wirtschaftliche Bedeutung dieses Problems nicht allzu groß. Wenn wir die Schätzungen des Nationaleinkommens vor dem Kriege mit den gesamten Einnahmen der betreffenden Staaten ver-

gleichen, z. B. in Deutschland, Frankreich oder England, so finden wir, daß die Ausgaben 10 Prozent des geschätzten Nationaleinkommens nicht überschreiten. Wir wissen, daß diese Schätzungen nur annähernd stimmen. Trotzdem zeigt dieses Verhältnis, daß die Lösung der Steuerfrage keine grundlegenden Veränderungen in der Einkommenverteilung der kapitalistischen Gesellschaft verursachen konnte. Dies hat Marx schon im Jahre 1850 klar erkannt, indem er schrieb:

„Die Distributionsverhältnisse, die unmittelbar auf der bürgerlichen Produktion beruhen, die Verhältnisse zwischen Arbeitslohn und Profit, Profit und Zins, Grundrente und Profit, können durch die Steuer höchstens im Nebepunkte modifiziert, nie aber in ihrer Grundlage bedroht werden. Alle Untersuchungen und Debatten über die Steuern setzen den ewigen Bestand dieser bürgerlichen Verhältnisse voraus. Selbst die Aufhebung der Steuern könnte die Entwicklung des bürgerlichen Eigentums und seiner Widersprüche nur beschleunigen.“
(Marx, Literar. Nachlaß, Band III, Seite 435.)

Trotz dieser relativen Bedeutungslosigkeit der Steuerfrage haben sich schon im vorigen Jahrhundert scharfe Klassenkämpfe um die Steuern abgespielt. Schon Lassalle stellte fest, daß die Bourgeoisie im allgemeinen mit Erfolg bestrebt ist, die Lasten der Erhaltung des Klassenstaates auf die arbeitenden Klassen abzuwälzen. Die Sozialdemokratie bemühte sich, im Steuerkampfe die Lasten des Proletariats zu vermindern entsprechend der allgemeinen Richtung ihrer tatsächlichen Politik, die darauf ausging, die Lage des Proletariats innerhalb des Kapitalismus möglichst zu verbessern. Wir werden sehen, daß die Auffassung der Sozialdemokratie, wonach die Verbesserung des Loses der Arbeiterklasse an die Akkumulation des Kapitals, an die Bereicherung der Bourgeoisie gebunden ist, ihrer Steuerpolitik einen zwiespältigen Charakter gibt. Um das Grundproblem der Steuerfrage: welche Klasse, bzw. welche Einkommensart eine Steuer zu tragen hat, klarzustellen, sind wir genötigt, vorbereitend einige steuertechnische Grundbegriffe zu bestimmen.

Die Grundbegriffe der Steuerlehre.

Wenn wir in einem kapitalistischen Lande die gegenwärtig tatsächlich bestehenden Steuern durchsehen, so ergibt sich eine ungeheure Mannigfaltigkeit der Steuerarten. In Deutschland z. B. gibt es gegenwärtig mehr als 40 Arten Steuern. Wollen wir aus dieser Mannigfaltigkeit das uns Interessierende herauschälen: welche Einkommenarten von den einzelnen Steuerarten belastet werden, so müssen wir folgende Unterscheidungen machen:

Steuerzahler ist derjenige, der die Steuer unmittelbar an den Staat bezahlt; **Steuerträger**, dessen Einkommen durch die Steuer endgültig belastet wird.

Steuerzahler und Steuerträger. Im feudalen Steuerwesen, wo es keine Warenwirtschaft gab, war der Steuerzahler zugleich Steuerträger: d. h. demjenigen, der die Steuer unmittelbar an den Staat abführte, wurde das Einkommen um den Betrag der Steuer gekürzt. Im modernen Steuerwesen ist dies im allgemeinen nicht der Fall. Die Zuckersteuer z. B. wird von den Zuckerfabrikanten bezahlt, aber offensichtlich sind sie nicht die Träger der Steuer. Ihr Einkommen wird nicht um den Betrag der Steuer gekürzt, da doch die Steuer ein Mehrfaches ihres Einkommens bildet.

Direkte und indirekte Steuern. Diese Unterscheidung deckt sich im allgemeinen mit der vorhergehenden: die direkten Steuern sind im allgemeinen die, bei denen der Steuerzahler zugleich der Steuerträger ist, während bei den indirekten Steuern der Steuerzahler nicht zugleich der Steuerträger ist. Es gibt freilich hierbei Ausnahmen: die Haussteuer z. B. wird durch die bürgerliche Steuerlehre unter die direkten Steuern gerechnet. In Wirklichkeit ist es eine indirekte Steuer, da die eigentlichen Steuerträger die Mieter sind und nicht der Hausherr.

Ueberwälzung der Steuern nennt man den wirtschaftlichen Prozeß, durch den die Steuerzahler die Last der Steuern von sich auf andere abwälzen. Wir werden uns mit der Möglichkeit der Abwälzung eingehender beschäftigen. Vorläufig wollen wir nur bemerken, daß der Steuerkampf vor dem Kriege im allgemeinen unter der Losung: „Direkte oder indirekte Steuern“ geführt wurde. Es wurde im allgemeinen angenommen, daß die indirekten Steuern abwälzbar, die direkten Steuern aber nicht abwälzbar sind. Es wurde angenommen, daß die direkten Steuern die besitzenden Klassen, den Mehrwert belasten, während die indirekten Steuern das Lohneinkommen treffen. Die neueste Entwicklung des Steuerwesens, die unmittelbare Belastung des Arbeitslohnes durch die Einkommensteuer macht diese Unterscheidung hinfällig. Es gibt nunmehr direkte Steuern auf das Lohneinkommen. Die Frage kann daher nicht mehr so gestellt werden: direkte oder indirekte Steuern, sondern klar und deutlich: Steuern auf das Arbeitseinkommen oder Steuern auf den Mehrwert.

Wenn wir, von diesem Gesichtspunkt ausgehend, die Mannigfaltigkeit der Steuern zu gruppieren versuchen, so finden wir folgendes:

1. Gruppe: Steuern auf das Vermögen. Zu dieser Gruppe gehören die Erbschaftssteuer und die Vermögensabgabe, falls diese auf einmal abgetragen wird. Wird sie hingegen in der Form von Jahresraten abgetragen, so hängt es von der Höhe dieser Raten und von der Gesamtheit der steuerlichen Belastung ab, ob es sich um eine wirkliche Vermögenssteuer oder um eine laufende Einkommensteuer handelt. Können die Steuern aus dem laufenden Einkommen gedeckt werden und braucht der Vermögensbestand nicht angegriffen zu werden, so ist die Vermögensabgabe nur formell eine Vermögenssteuer, ihrem wirt-

schaftlichen Wesen nach aber eine Besteuerung des Einkommens.

2. **Gruppe: Einkommensteuern.** Diese teilen sich in zwei Gruppen: in Ertragssteuern, die den im Betrieb enteigneten Mehrwert treffen ohne Rücksicht darauf, welche Personen diesen Mehrwert als Einkommen beziehen, und in **eigentliche Einkommensteuern**, die je nach der unteren Grenze der Besteuerung sowohl das Lohneinkommen als auch das Mehrwertseinkommen treffen können. Bei den Einkommenssteuern ist die Art der Erfassung von Wichtigkeit. Das Einkommen kann wie im englischen System an der Quelle erfaßt werden, d. h. die Steuer muß von jenem Wirtschaftssubjekt bezahlt werden, das das Einkommen dem Steuerträger zukommen läßt. Also ist z. B. der Pächter verpflichtet, die betreffende Quote der Einkommensteuer des Grundbesitzers vom Pachtbetrage abzuziehen und dem Staate zuzuführen. Die Aktiengesellschaft muß sie von den Dividenden, die Bank von dem Zinseinkommen usw. abziehen. Dies ist darum wesentlich, weil die Bezahlung der Steuer Leuten auferlegt ist, die keinerlei Interesse an der falschen, verkleinerten Angabe des zu versteuernden Einkommens haben. Oder aber, das Einkommen kann erfaßt werden, nachdem es bereits in den Besitz des Einkommengenießers gelangt ist. Der Steuerzahlende ist hierbei der Einkommenbesitzer. Sein Einkommen wird in seiner Gesamtheit vor allem nach seinen eigenen Angaben geschätzt. Es besteht daher für ihn der größte Anreiz, einen möglichst großen Teil seines Einkommens zu verleugnen, der Besteuerung zu entziehen.

3. **Gruppe: Verkehrssteuern.** Der Staat kann ohne Rücksicht darauf, welche Person die Steuer zu bezahlen oder zu tragen hat, in den Verkehr eingreifen und einzelne oder alle Waren im Moment des Ueberganges aus dem Eigentum eines Staatsbürgers in den des

andern mit einer Steuer belegen. In diese Gruppe gehören vor allem die Umsatzsteuer, die Verkehrssteuern und formell einige Steuern, die man sonst als Verbrauchssteuern zu bezeichnen pflegt, also Verkehrssteuern, bei dem Uebergang bestimmter, nicht aller Waren in andere Hände erhoben werden. Welches Einkommen von diesen Steuern belastet wird, hängt davon ab, aus welcher Einkommensart der letzte Käufer dieser Waren seinen Lebensunterhalt bezieht.

4. **Gruppe: Zölle.** Die bürgerliche Steuerlehre rechnet die Zölle nicht zu den Steuern. Wenn wir jedoch die Frage untersuchen wollen, welche Einkommensart die Kosten des Staates tragen muß, müssen wir die Zölle zu den Steuern rechnen. Sie sind ihrem Wesen nach Verkehrssteuern, die erhoben werden, wenn die Waren die Landesgrenze passieren. Ihre Besonderheit liegt darin, daß sie eine Verschiebung der Einkommensverhältnisse innerhalb des Landes verursachen können. Wenn nämlich Zölle auf Waren bestehen, die auch im Inlande produziert werden, so ermöglichen die Zölle eine Erhöhung des Inlandspreises. Es ergibt sich die Situation, daß die Konsumenten dieser Waren einen viel größeren Betrag bei dem Verbrauch dieser Waren aus ihrem Einkommen zu bezahlen haben, als in die Kassen des Staates fließt.

5. **Gruppe: Monopole.** Die Monopole unterscheiden sich nur formell von den Verbrauchssteuern. Die Preiserhöhung geschieht hier nicht bei dem Uebergang der Ware aus der einen Hand in die andere, wie bei den Verkehrssteuern, sondern der Staat verteuert diese Waren unmittelbar durch einen Zuschlag zum Produktionspreis.

6. **Gruppe: Abgaben und Gebühren.** Dies sind Steuerarten, die bei verschiedenen Gelegenheiten vom Staate erhoben werden als Bezahlung irgend einer staatlichen Leistung, wobei freilich in den meisten Fällen diese

Leistung in keinem Verhältnis zu der Bezahlung steht.

Die Frage der Abwälzbarkeit von Steuern.

Es wird oft die Ansicht vertreten, daß eine Untersuchung der Frage, welche Steuern abwälzbar sind und welche nicht, überflüssig sei, da alle Steuern letzten Endes vom Produkte der Arbeit der arbeitenden Klassen bezahlt werden müssen. So einfach diese Auffassung erscheint, so unrichtig ist sie theoretisch. Freilich werden alle staatlichen Ausgaben aus dem Arbeitsprodukt der Arbeitenden bezahlt. Aber bevor der Staat mit der Steuerforderung an die einzelnen Staatsbürger herantritt, ist das gesamte Wertprodukt, das durch die Arbeit der arbeitenden Klassen produziert wurde, unter die dem Kapitalismus eigentümlichen Einkommenklassen: Grundrente, Profit, Zins, Arbeitslohn verteilt. Der Staat zieht die Steuern ein, nachdem diese Verteilung des Wertproduktes bereits vollzogen ist. Die Tatsache, daß alle Steuern aus dem Produkte der Arbeit der Arbeitenden bezahlt werden, bedeutet daher absolut nicht, daß alle Steuern aus dem Lohn-einkommen bezahlt werden, daß also jede Art der Besteuerung um ihren ganzen Betrag das Lohn-einkommen verkürzt.

Natürlich besteht die Möglichkeit, daß die Kosten der wachsenden Ansprüche des Staates durch die herrschende Klasse den Arbeitenden auferlegt werden. Es besteht die Möglichkeit, daß die herrschenden Klassen jene Steuern, die ihr Einkommen belasten, dadurch abwälzen, daß sie die ursprüngliche, der Besteuerung vorangehende Einkommenverteilung zu ihren Gunsten verändern, d. h. die realen Löhne herabsetzen, die Mehrwert-rate erhöhen, die unmittelbare Ausbeutung der Arbeiterklasse vergrößern. Ob dies gelingt, hängt von den Machtverhältnissen der Klassen ab. Aber diese Veränderungen der Einkommenverhältnisse, diese Verschärfung der Ausbeutung muß

von dem Prozeß der Abwälzung der Steuern scharf geschieden werden. Sprechen wir von Abwälzung oder Nichtabwälzung von Steuern, so müssen wir die aus den Produktionsverhältnissen unmittelbar hervorgehende Einkommenverteilung als fix, als gegeben betrachten. Tun wir dies nicht, so geht das Problem der Ueberwälzbarkeit der Steuern unterschiedslos, unabgegrenzt in dem allgemeinen Problem der Einkommenverteilung im Kapitalismus auf. Eine derartige Vermischung der Probleme kann aber weder für die Theorie noch für die Praxis von Nutzen sein.

Wenn wir also davon ausgehen, daß die Einkommenverteilung vor der Besteuerung gegeben ist, so bedeutet die Besteuerung einen Abzug von dem Einkommen des Steuerträgers. Es fragt sich, durch welchen ökonomischen Mechanismus der Steuerzahler die von ihm bezahlte Steuer auf andere abwälzen kann. Der Mechanismus ist sehr einfach: von einzelnen Ausnahmen abgesehen*), geschieht die Ueberwälzung durch die Preiserhöhung der vom Steuerträger an andere verkauften Waren.

Nun darf man sich diese Ueberwälzung der Steuern in der Form eines Zuschlages zu dem Warenpreise keinesfalls naiv mechanistisch vorstellen. Der Gedanke, daß der Kapitalist die auf ihn ausgeworfenen Ertragssteuern oder Einkommensteuern ohne weiteres auf die Käufer der Ware überträgt, indem er die Ware entsprechend verteuert, ist absolut unmarxistisch. Wäre bei den gegebenen Marktverhältnissen eine Erhöhung der Preise ohne weiteres durchführbar gewesen, so hätten die Kapitalisten nicht mit der Preiserhöhung auf die Gelegenheit der neuen Besteuerung gewartet. Sie hätten den Preis auch ohnedies erhöht und sich auf diese Weise einen Extraprofit gesichert. Um

*) Es ist z. B. denkbar, daß, wenn eine weiterverarbeitende Industrie mit einer speziellen Steuer belegt wird, diese versucht, die Steuer durch Drücken der Preise der von ihr verwendeten Rohmaterialien auf diejenigen abzuwälzen, von denen sie sie bezieht. Der Fall hat aber nur theoretisches Interesse und keine praktische Bedeutung.

uns über die Möglichkeit der Ueberwälzung in der Form einer Preiserhöhung klar werden zu können, müssen wir die Preisbildung auf Grundlage der Lehren von Marx untersuchen.

Bei der Preisbildung müssen vor allem zwei Hauptgruppen von Waren unterschieden werden. Der ersten Gruppe gehören jene Waren an, die bei der gleichen Ausgabe von Arbeitskraft unbeschränkt vermehrt werden können. Die andere Gruppe besteht aus den Waren, bei denen dies nicht der Fall ist. In der ersten Gruppe deckt sich der Preis — von den Schwankungen, die sich aus der jeweiligen Lage des Marktes ergeben, abgesehen — mit den tatsächlichen gesellschaftlichen Produktionskosten. In der zweiten Gruppe hingegen — hierher gehören vor allem alle Produkte der Landwirtschaft — richtet sich der Preis nach den Produktionskosten der mit der größten Aufgabe von Arbeitskraft produzierten Warenmenge, die zur Deckung des Bedarfes noch nötig ist. Die unter günstigeren Verhältnissen billiger produzierten Waren erlangen einen ebenso hohen Preis wie die unter den schlechtesten Bedingungen produzierten. Die Differenz zwischen den Produktionskosten der unter den schlechtesten Verhältnissen produzierten Ware und jener der billiger produzierten bildet die Quelle einer besonderen Einkommensart: der Grundrente.

Selbstverständlich ist der Preis nicht unmittelbar von der Quantität der in der Ware enthaltenen Arbeitszeit abhängig, sondern infolge der verschiedenen organischen Zusammensetzung des Kapitals steht die Preisbildung unter dem Gesetze der durchschnittlichen Profitrate, d. h. alle im Produktionsprozeß angelegten Kapitalien müssen den gleichen Profit abwerfen, unabhängig davon, wie viel Mehrwert in dem betreffenden Produktionszweig oder Betrieb selbst angeeignet wird. In der zweiten Gruppe gilt das Gesetz der gleichen Profitrate in modifizierter Form: der Ueberschuß

an Profit über den Durchschnitt verwandelt sich in die Differenzialrente.

Setzen wir nun den Fall, daß ein Produktionszweig der ersten Gruppe mit einer besonderen Steuer belastet wird. Würde die Steuer faktisch von dem Einkommen des Kapitals getragen werden, so würde dies bedeuten, daß die Profitrate in diesem Produktionszweig niedriger stehen würde als im Durchschnitt. Dies ist aber unmöglich, es widerspricht dem Gesetz. Die Steuer muß abgewälzt werden. Die Waren werden entsprechend verteuert auf den Markt geworfen. Nun können zwei Fälle eintreten: Der Markt nimmt die Waren trotz des verteuerten Preises weiter glatt auf. In diesem Falle ist die Steuer auf die Konsumenten abgewälzt, ohne daß in dem Produktionsverhältnis eine Aenderung eingetreten ist. Es kann aber der Fall eintreten, daß der Markt den erhöhten Preis nicht akzeptiert. In diesem Falle wird ein Teil des in dem betreffenden Betriebszweig tätigen Kapitals in andere Gebiete abwandern, die Produktion wird eingeschränkt, und infolge des verringerten Angebots werden die Preise auf dem Markte jene Höhe erreichen, bei welcher die Ueberwälzung der speziellen Steuer möglich ist.

Anders steht die Sache, wenn alle Zweige der ersten Gruppe mit einer gleich hohen Steuer — sei es nun eine Ertragssteuer oder Einkommensteuer oder auch Umsatzsteuer — belastet werden. Um die Steuer abwälzen zu können, steht der Ausweg der Abwanderung in einen anderen Produktionszweig nicht offen. Um die Steuer abwälzen zu können, müßten alle Preise entsprechend erhöht werden. Kann diese Erhöhung auf dem Markt durchgeführt werden, so bleibt die Durchschnitts-Profitrate unverkürzt. Aber die Steuer wird das Proletariat nur in dem Maße belasten, als es Konsument ist. Ein Teil der überwälzten Steuern wird von den Kapitalisten selbst getragen, in diesem Falle nicht als Produ-

zenten, sondern als Konsumenten von Gütern, immer vorausgesetzt, daß die ursprüngliche Verteilung des jährlichen Wertproduktes unter den verschiedenen Einkommenklassen gegeben ist. Kann die Preiserhöhung nicht allgemein durchgeführt werden, so würde eine Kürzung der durchschnittlichen Profitrate eintreten. Reell betrachtet, stellt sich die Sache so dar, daß eine Ueberwälzung der Steuer möglich ist bei den unentbehrlichen Gütern, dagegen unmöglich bei den von der Arbeiterklasse verbrauchten, aber irgendwie entbehrlichen Gütern. Denn bleibt das Lohneinkommen der Arbeiterklasse unverändert und sollen Steuern auf dasselbe abgewälzt werden, so bedeutet dies, daß die Arbeiterklasse für ihr unverändertes in Geld ausgedrücktes Lohneinkommen eine geringere Quantität von Waren kaufen kann als bisher. Die Reduktion des Konsums wird sich selbstverständlich bei den am leichtesten entbehrlichen Gütern vollziehen. Bei diesen Güterarten wird also der Markt die Ueberwälzung nicht annehmen, es wird Ueberangebot an diesen Gütern entstehen und die Steuer kann nicht abgewälzt werden. Es muß also eine Abwanderung der Kapitalien aus diesen Betriebszweigen stattfinden, um die durchschnittliche Profitrate wieder herzustellen.

Ganz anders verhält sich die Sache bei der zweiten Gruppe. Wird eine Steuer auf die Differenzialrente ausgeworfen, d. h. auf das Einkommen der Großgrundbesitzer und Großbauern und auf jenes aus Bergwerks- und anderen Renten, so ist eine Ueberwälzung absolut unmöglich. Da der Preis nicht durch die Durchschnittsprofitrate bestimmt ist, sondern durch die Produktionskosten der unter den schlechtesten Verhältnissen produzierten, für die Versorgung des Marktes noch nötigen Produkte, so kann in dem Falle, daß diese letzteren durch die Steuern nicht getroffen werden, eine Ueberwälzung nicht stattfinden. Die Steuer muß von dem Renteneinkommen getragen

werden. Am klarsten zeigt sich dies in der reinen Form der Grundrente bei der kapitalistischen Pacht, wie sie in England üblich ist. Würde man das Renteneinkommen der englischen Landlords mit einer Steuer bis zu 50 oder 80 Proz. belasten, hätte der Grundbesitzer keine Möglichkeit, diese Steuer auf den Pächter und mittels des Pächters auf die Konsumenten abzuwälzen. Der Preis der landwirtschaftlichen Produkte in England wird durch den Weltmarktpreis bestimmt. Der Pächter kann also um keinen Heller mehr an Grundrente bezahlen, mag der Grundbesitzer einen noch so großen Teil seines Renteneinkommens an Steuern zahlen müssen. Unter den festländischen Verhältnissen, wo der Grundbesitzer zugleich landwirtschaftlicher Produzent ist, wo also Grundrente, Profit und eventuell noch Arbeitslohn in eins zusammenfließen, erscheint diese Tatsache nicht so klar: nichtsdestoweniger ist es sicher, daß die Steuer auf die Grundrente auch hier nicht abgewälzt werden kann. Dies ist der Grund, weshalb die Agrarier sich einer ernstesten Besteuerung noch erbitterter entgegenstemmen als die Kapitalisten, die eine größere Möglichkeit der Abwälzung haben. Selbstverständlich können Erbschaftssteuern oder eine einmalige Vermögensabgabe ebenfalls nicht überwälzt werden, da ja keine Ware vorhanden ist, deren Preis in Verbindung damit verteuert werden könnte. Ebensowenig sind die Steuern auf das Lohneinkommen oder die Steuern auf Einkommen aus Leihkapital, das aus dem Zirkulationsprozeß der Ware ausgeschaltet ist, durch Verteuerung der Waren überwälzbar.

Wir sehen also, daß von einer wahllosen Ueberwälzung aller Steuerarten auf das Lohneinkommen, auf das Proletariat keine Rede sein kann. Dies legt jeder kommunistischen Partei die Pflicht auf, die Steuerarten auf ihre jeweilige Ueberwälzbarkeit hin konkret zu untersuchen und sich nicht durch eine allgemeine und unrichtige Phrase dieser Arbeit zu entziehen. Eine

konkrete Untersuchung aller Steuerarten in bezug auf ihre Ueberwälzbarkeit würde über den Rahmen dieser theoretischen Erörterungen hinausgehen. Wir glauben aber, daß sich dies in Anpassung an den gegebenen Gedankengang in jedem Lande leicht bewerkstelligen läßt.

Die Steuerpolitik der Sozialdemokratie.

Die Steuerpolitik der Sozialdemokratie hatte immer einen zwiespältigen Charakter. Einesteils war ihre Steuerpolitik darauf eingestellt, das Lohneinkommen vor der Besteuerung zu schützen und auch das Arbeitseinkommen der Kleinbauern und kleinen Handwerker, die zum Teil die Wählermassen der sozialdemokratischen Parteien bilden. Von diesem Gesichtspunkt aus forderte die Sozialdemokratie die Abschaffung aller indirekten Steuern; direkte Steuern auf das Lohneinkommen gab es vor dem Kriege nicht. Die staatlichen Ausgaben sollten gedeckt werden durch direkte Steuern auf alle Arten von Mehrwertseinkommen: also Einkommensteuern, Erbschaftssteuern, ev. Steuern auf den Luxusaufwand. Das englische Steuersystem vor dem Kriege entsprach so ziemlich, von den Zöllen auf gewisse Verbrauchsartikel der großen Masse abgesehen, den Forderungen der Sozialdemokratie. Um die breiten Massen der kleinbürgerlichen Bevölkerung zu befriedigen, wurde ein steuerfreies Einkommenminimum gefordert und eine progressive Besteuerung der über dieses Minimum hinausgehenden Einkommens, d. h., die Einkommen sollten nicht proportional ihrer Größe besteuert werden, sondern die höheren Einkommen mit einer höheren Skala, ein System, das in allen Steuersystemen bereits mehr oder weniger verwirklicht ist.

Trotzdem Marx, wie wir bereits angaben, die geringe Bedeutung der Steuerfrage im allgemeinen erkannt hatte, gab es unter den

Sozialdemokraten immer Leute, die Anhänger irgend einer Steuerutopie waren. Sie glaubten, durch eine weitgehende Besteuerung der großen Einkommen und großen Vermögen sukzessive in den Sozialismus „hineinwachsen“ zu können. Indessen zeigte es sich bald, daß dieser politische Gedanke mit der revisionistischen Grundauffassung der Sozialdemokratie eigentlich unvereinbar ist. Diese revisionistische Grundauffassung hält daran fest, daß das Wohlergehen des Proletariats an die Akkumulation des Kapitals, an die Ausbreitung der Produktion gebunden sei. Was übrigens ganz richtig ist, wenn man entschlossen ist, die kapitalistische Gesellschaftsordnung selbst auf keinen Fall anzutasten. Das Bestreben der Sozialdemokratie, alle Lasten der Erhaltung des Klassenstaates auf die besitzenden Klassen abzuwälzen, ja event. durch eine Steuerpolitik einen Uebergang vom Kapitalismus zum Sozialismus zu schaffen, steht im Widerspruch mit der revisionistischen Grundauffassung der Sozialdemokratie, welche die fortschreitende Akkumulation des Kapitals für eine unerläßliche Bedingung für das Wohlergehen des Proletariats betrachtet. Der klügste und konsequenteste der Opportunisten, Renner, hat in seiner in ihrer Art sehr guten Arbeit: „Das arbeitende Volk und die Steuern“ dies klar eingestanden. Er sagt u. a.:

„Es ist beklagenswert, daß alle neu zuwachsenden Werte in der heutigen Gesellschaft in die Taschen privater Kapitalisten fließen, aber es ist so! Und also ist jeder Produktionsfortschritt, also die ganze ökonomische Entwicklung daran gebunden, daß die Kapitalisten Teile ihres Einkommens unverzehrt anhäufen.“ (S. 34).

Er erklärt dann ganz offen, daß eine derartig hohe Besteuerung des Mehrwerts, welche die Akkumulation unmöglich machen würde, dem Proletariat schädlich wäre. Er sagt:

„Innerhalb der gegebenen kapitalistischen Wirtschaftsordnung darf der Mehrwert nicht einmal zu hoch besteuert werden, ohne ökonomische Katastrophen im Gefolge zu haben ohne das Proletariat selbst durch Lohndruck und Arbeitslosigkeit in Mitleidenschaft zu ziehen!

Es hieße also einer für die Arbeiterschaft gefährlichen Utopie nachzujagen, wollte man so kurzerhand den Mehrwert hinwegsteuern — ohne im übrigen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung auf den Leib rücken zu wollen. . . . Solange wir nicht direkt verstaatlichen oder vergesellschaften, solange die Betriebe privat sind, haben die Mehrwertsteuern ihre festen Schranken." (S. 43.)

Vor dem Kriege, als die Ansprüche des Staates im allgemeinen keine 10 Proz. des sogenannten Nationaleinkommens in Anspruch nahmen, blieben diese theoretischen Feststellungen ohne praktische Folgen für die Steuerpolitik der Sozialdemokratie. Der Mehrwert, den alle Schichten der Kapitalisten einheimsten, schien groß genug, um daraus ohne Gefährdung der fortschreitenden Akkumulation die staatlichen Ausgaben decken zu können. Die Steuerpolitik der Sozialdemokratie suchte daher das Lohn- und Arbeitseinkommen zu schützen, andererseits aber die unproduktiven Staatsausgaben möglichst einzuschränken, um der Akkumulation keinen zu großen Abbruch zu tun.

Die Lage änderte sich durch den Weltkrieg. Die Ausgaben des Staates erhöhten sich in allen kriegführenden Ländern auf das vielfache der Friedenszeit. In den ost- und mitteleuropäischen Ländern und vor allem in den besiegten Ländern, welche außer ihren eigenen Ausgaben noch Kriegsschadensentschädigungen zu zahlen haben oder zumindest zu zahlen hätten, sind die Erfordernisse des Staates so sehr in die Höhe geschwollen, daß das Mehrwertseinkommen in seiner Gesamtheit zu seiner Deckung ungenügend erscheint. Der Fall, den Renner theoretisch erörtert hatte, gewinnt hierdurch praktische Bedeutung. Und die deutsche Mehrheitssozialdemokratie, welche die konsequenteste Vertreterin jener Politik ist, die auf die Ewigkeit und Uerschütterlichkeit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung aufgebaut ist, zögerte nicht, in Görlitz offen zu erklären, daß Verbrauchssteuern, d. h. eine Belastung des Lohneinkommens zur Deckung der staatlichen Ausgaben, unausbleiblich seien und

daher von der Arbeiterschaft angenommen werden müßten. Der Zwiespalt in der Politik der Sozialdemokratie ist hierdurch endgültig zugunsten des Kapitalismus entschieden.

Es scheint freilich, als ob die Forderung der sozialdemokratischen Parteien in Deutschland und in den anderen Ländern nach einer großen einmaligen Vermögensabgabe, welche in Deutschland die Form der Losung: „Erfassung der Goldwerte“ angenommen hat, mit dieser Politik der Schonung des Kapitalismus in Widerspruch steht. Tatsächlich ist dies nicht der Fall. Es würde hierdurch, wenn sich diese Maßregel innerhalb des Kapitalismus ohne Aenderung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung selbst durchführen ließe, eine Gesundung des Kapitalismus herbeigeführt werden. Gibt es ja sogar bürgerliche Steuerpolitiker, wie z. B. Kuczynski, welche selbst eine 100proz. Enteignung des Kapitals mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung für vereinbar halten. Er meint, daß nach dieser finanziellen Operation der Neuaufbau des Kapitalismus ohne weiteres von neuem beginnen könnte. Und wenn wir das Wiederaufbauprogramm der Zweiten oder der Zweieinhalb-Internationale oder die Reden des Führers dieser Kampagne, Hilferding, lesen, so sehen wir klar, daß für sie die Enteignung eines Teiles des Vermögens der Kapitalisten nicht einen Uebergang zum Sozialismus, sondern eine Maßregel zur Rettung des Kapitalismus bedeutet. Der Grundunterschied zwischen der Auffassung aller Spielarten der sozialdemokratischen Parteien und unserer besteht in folgendem: Jene meinen, daß die gegenwärtige Krise des Kapitalismus in Mittel- und Osteuropa eine vorübergehende Erscheinung sei, welche früher oder später wiederum durch eine Epoche des normalen Kapitalismus abgelöst werden wird. Wir hingegen glauben, daß die gegenwärtige Krise des Kapitalismus in Europa zu einem Zusammenbruch des Kapitalismus führen

muß, entweder in der Form der Errichtung der Diktatur des Proletariats oder in der Form eines Rückfalles in mittelalterliche Barbarei. Diese Verschiedenheit der Grundauffassung hat die Verschiedenheit der Steuerpolitik zur Folge.

Die Grundlagen der Steuerpolitik der kommunistischen Parteien.

Gegenüber der konservativ opportunistischen Grundauffassung aller Schattierungen der sozialdemokratischen Parteien, welche das Eintreffen einer neuen Periode des ruhigen Kapitalismus — ev. Staatskapitalismus — erwarten und in ihrer Steuerpolitik begünstigen, stehen wir auf dem Standpunkte, daß das kontinentale Europa sich in einem Stadium der sozialen Revolution befindet. Für uns sind daher alle jene Gesichtspunkte, wie die Ermöglichung einer kapitalistischen Akkumulation, hinfällig. Unsere Politik hat zum Ziel die ökonomische und finanzielle Krise des Kapitalismus zu verschärfen, um hierdurch die politische Ausweitung der Krise zu beschleunigen. Da aber große Massen des Proletariats und der Kleinbauern und Kleinhandwerker von der Krise der kapitalistischen Gesellschaftsordnung noch nicht überzeugt sind oder sich hierfür nicht interessieren, sondern bei der allgemeinen Verarmung Europas vor allem ihr ohnehin schrecklich zusammengeschmolzenes Einkommen gegen den Zugriff des Staates schützen wollen, müssen wir trachten, alle Lasten auf das Kapital und das Mehrwert-einkommen abzuwälzen. Wir müssen positive Steuerpolitik treiben. Dies bedeutet in der gegebenen Phase der Zerrüttung des Kapitalismus durchaus keine opportunistische Politik. Gelingt es uns, die besitzenden Klassen zu zwingen, die Ausgaben des Staates aus ihrem Einkommen oder ihrem Vermögen zu decken, so bedeutet dies, daß dieselben nicht nur nicht akkumulieren können, sondern auch den

sachlichen Produktionsapparat in seiner bisherigen Ausdehnung nicht erhalten können. Dies bedeutet einen weiteren Rückgang der Produktion, einen weiteren Verfall des Kapitalismus. Daher können und müssen wir alle jene Steuerforderungen, welche die sozialdemokratische Partei seinerzeit ohne Rücksicht auf die Akkumulationsmöglichkeit des Kapitals aufgestellt hatte, später aber aus Rücksicht auf die Akkumulationsmöglichkeit des Kapitals aufgab, uns rücksichtslos zu eigen machen. Konkret müssen wir fordern: das Lohn-einkommen und Arbeitseinkommen darf weder mit einer direkten Steuer belastet werden, noch dürfen solche Steuern geduldet werden, welche in irgend einer Weise auf das Lohn- und Arbeitseinkommen abgewälzt werden können.

Ebenso müssen wir uns die Forderung nach der Enteignung eines möglichst großen Teiles des kapitalistischen Besitzes zu eigen machen. Und zwar müssen wir fordern, daß diese Enteignung in seiner Naturalform erfolgt. Geschieht nämlich die Enteignung in der Form einer Belastung des Besitzes mit einer Geldschuld, so vermindert sich diese Belastung infolge der rapiden Entwertung des Geldes sehr rasch auf einen Bruchteil. Die Enteignung von Vermögensobjekten in ihrer Naturalform und ihre Ausnützung durch den Staat bedeutet einen sogenannten „Staatskapitalismus“.

Wir sagen, einen sogenannten Staatskapitalismus, weil jener Staat, welcher eine, wie wir es fordern, mindestens über die Hälfte hinausgehende Enteignung alles kapitalistischen Eigentums wirklich durchführt, kein kapitalistischer Staat mehr sein wird. Es mögen noch so blendende Theorien ausgedacht werden, welche beweisen, daß eine Enteignung des kapitalistischen Vermögens und dessen gemeinsame rationelle Ausnützung durch den Staat im Interesse der Kapitalisten möglich sei, wir können dies nicht als richtig annehmen. Die Macht der Bourgeoisie liegt,

von der Gewaltorganisation des Staates abgesehen, in ihrer unmittelbaren Verfügung über die Produktionsmittel des ganzen Landes. Die Bourgeoisie herrscht wohl, aber sie regiert nicht. Der staatliche Gewaltapparat hat immer die Tendenz, sich selbständig zu machen und sich den Bedürfnissen der tatsächlich mächtigsten Klasse anzupassen. Gibt die Bourgeoisie die unmittelbare Verfügung über die Produktionsmittel an den Staat ab, und sei es selbst ein noch kapitalistischer Staat, so gibt sie hiermit eine der wichtigsten Machtpositionen auf. Eben deshalb sehen wir, daß sich die Kapitalisten in allen Ländern mit aller Kraft gegen eine Enteignung der Produktionsmittel in ihrer Naturalform, gegen die Aufrichtung eines sogenannten Staatskapitalismus wehren. Eben deshalb ist diese Forderung für die kommunistische

Partei, für die Arbeiterklasse nicht nur nicht opportunistisch, sondern es ist die wirklich richtige Politik. Die Forderung und die sukzessive Erringung der Produktionskontrolle durch die Organisationen des Proletariats, durch das Proletariat als Klasse, ergibt den Uebergang vom Staatskapitalismus in der Richtung zur Diktatur des Proletariats. Die Forderung der Enteignung des kapitalistischen Besitzes zieht notgedrungen die Forderung des sogenannten Staatskapitalismus nach sich. Sicher liegen auf diesem Wege gewisse Gefahren; aber im Stadium des gegenwärtigen labilen Gleichgewichts der Klassen in Mittel- und Osteuropa, in dem Stadium der teils latenten, teils offenen sozialen Revolution, führen nur gefährliche Wege zum Ziele.

E. Varga.

Ueber die internationale Arbeiteranleihe.

I.

Die Festigung der wirtschaftlichen Lage Sowjetrußlands, das gegenwärtig eine äußerst schwere Zeit durchmacht, ist gerade im jetzigen Moment von außerordentlicher Bedeutung für das ganze internationale Leben. Sowjetrußland hat vom Zarismus und vom imperialistischen Kriege eine erschöpfte Volkswirtschaft mit furchtbar untergrabenen Produktivkräften geerbt.

Die Tatsache, daß Sowjetrußland sich an die Spitze der sozialen Weltrevolution stellen mußte und infolgedessen sich der ganzen feindlichen kapitalistischen Welt gegenüberstellen sah, zwang es, die ersten vom vereinigten Kapital aller Länder ausgehenden Schläge auf sich zu nehmen. Im Laufe von drei Jahren, von 1917—1920, tobte ein erbitterter Bürgerkrieg. Gegenwärtig finden zwar keine unmittelbaren großen bewaffneten Angriffe statt, aber in verkappter Form hört

der Kampf des ganzen Weltkapitals gegen Sowjetrußland nicht auf und nimmt die Formen des Wirtschaftskrieges an.

Sowjetrußland hat im Kampfe gegen das Weltkapital standgehalten; es hat ihm dies aber ungeheure, unermessliche Opfer gekostet. Die Folge hiervon war eine furchtbare Erschöpfung des ganzen Organismus des Landes und die tiefste Zerrüttung des Wirtschaftslebens. Es ist erst ein Jahr mehr oder weniger ruhigen Lebens verflossen, seit es uns möglich war, die ganze Arbeit ins Friedensgeleis zu bringen und an den Wiederaufbau des Zerstörten heranzutreten. In diesem Jahr „friedlicher“ Existenz konnte nicht viel erreicht werden, und die Lage bleibt immer noch eine außerordentlich schwere.

Zu allen anderen Schwierigkeiten kam auch noch, wie bekannt, ein Elementarunglück: die außerordentlich starke Dürre, die die Ernte in den fruchtbarsten Rayons ver-

nichtete und über 20 Millionen Menschen der Gefahr des Hungertodes aussetzte.

Die wirtschaftliche Lage Sowjetrußlands kann gestärkt werden: erstens durch Ausnützung der innerhalb Sowjetrußlands selbst vorhandenen Mittel und Kräfte und zweitens durch auswärtige Hilfe, durch Hilfe aus anderen Ländern, durch die internationale Hilfe des Proletariats. An die innere Wirtschaftsfrent sind von der Sowjetregierung bereits alle Kräfte und Mittel geworfen worden.

Rußland war und ist vor allen Dingen ein ackerbautreibendes Land, ein Land der Bauernwirtschaft. Der Bauer in Sowjetrußland ist vom gutsherrlichen Joche befreit. Aber seine Wirtschaft hat auch stark unter jenen Ursachen zu leiden gehabt, auf die wir oben hinwiesen. Die Sowjetmacht hat darum vor allen Dingen ihre Aufmerksamkeit der Kräftigung der Bauernwirtschaft zugewendet, da das Dorf die Verpflegungsbasis der Stadt bildet.

Sie war bemüht, die Lage der Bauernmassen in jeder Weise zu erleichtern und Bedingungen zu schaffen, die für die Entwicklung der Produktivkräfte des Dorfes förderlich sein könnten. Unter Berücksichtigung der realen Sachlage mußte ein Anreiz zur Steigerung der Tätigkeit des Kleinproduzenten gegeben werden, es mußte ihm das Recht des freien Handels mit den Ueberschüssen seiner Produktion eingeräumt werden, die landwirtschaftliche Kooperation in jeder Weise unterstützt, das Dorf mit landwirtschaftlichen Geräten und Maschinen versorgt werden. Diese Richtung schlägt jetzt die Politik der Sowjetmacht in bezug auf die Landwirtschaft ein. Auf diese Weise hofft man die Produktion auf dem Lande heben zu können.

Auf dem Gebiete der Industrie wird ebenfalls eine große Reorganisation vorgenommen. Bei dem fast vollständigen Fehlen von Mitteln und Materialien kann die Sowjetmacht nicht alle nationalisierten Unternehmen in den Händen behalten. Sie behält für sich nur die wichtigsten und größten Unternehmen und verpachtet die übrigen. Das ist zweifellos eine große Abweichung von der früher durchgeführten Wirtschaftspolitik, aber diese Abweichung wurde durch jene Erscheinungen des inneren und äußeren Lebens notgedrungen herbeigeführt, auf die wir eben erst hin-

wiesen. Dafür wird beabsichtigt, jenen Teil der Industrie, der in den Händen der Staatsorgane verbleibt, besser zu versorgen und zu organisieren, um einen Antrieb für ihre bessere Entwicklung zu geben.

Alle diese Maßnahmen verfolgen ein Hauptziel: die Massen der Produzenten zu intensiver Arbeit heranzuziehen, die Produktivität zu steigern, die Hindernisse, die sich der Betätigung der persönlichen Initiative entgegenstellen, zu beseitigen.

Endlich wird eine energische Verringerung der Unterhaltskosten des Staatsapparates und überhaupt der Staatsausgaben vorgenommen.

Das sind in ganz allgemeinen Zügen die Maßnahmen und Bemühungen der Sowjetmacht auf dem Gebiete der Wiederherstellung und Entwicklung der Landwirtschaft und Industrie.

Kein einziges Land der Welt kann heute, im 20. Jahrhundert, auf längere Zeit für sich allein bestehen. Schon die Entwicklung der Produktion in jedem einzelnen Lande verlangt seine Beteiligung an der Weltwirtschaft. Der Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen, den der imperialistische Weltkrieg im Gefolge hatte, hat der Wirtschaft aller Länder einen harten Schlag versetzt. Aber nachdem 1918 der Krieg beendet worden ist, haben die kapitalistischen Länder ihre Wirtschaftsbeziehungen wieder aufgenommen und ihren Handel wiederhergestellt, während sie über das Land, in dem das Proletariat die Macht übernommen hatte, die Blockade verhängten und ihnen den Krieg erklärten. Der Wirtschaftskrieg, der Sowjetrußland von der kapitalistischen Welt erklärt wurde, hat außerordentlich harte Folgen für seine Volkswirtschaft gehabt.

Darum hat Sowjetrußland bei der ersten sich bietenden Möglichkeit eine Politik eingeschlagen, die auf die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Beziehungen zur Außenwelt gerichtet ist, worin eine der wichtigsten Bedingungen seiner wirtschaftlichen Stärkung liegt.

Die schwere wirtschaftliche Lage Rußlands bildet nicht nur eine Gefahr für die Eroberungen des Proletariats, sondern macht sich auch im Wirtschaftsleben der ganzen Welt bemerkbar, was von allen zugegeben wird.

II.

Die kapitalistischen Länder waren gezwungen, unter dem Drucke von zwei Umständen mit Sowjetrußland in Beziehungen zu treten: erstens wurde ihnen dies durch die zugespitzte Wirtschaftskrisis diktiert, und zweitens verlangte die Arbeiterklasse, zuweilen sehr gebieterrisch, die Aufhebung der Blockade und die Herstellung wirtschaftlicher Beziehungen zu Sowjetrußland.

Die Aktionskomitees in England und die Arbeiterdemonstrationen in Deutschland, Amerika und Frankreich veranlaßten die kapitalistischen Regierungen, in der Frage der Beziehungen zu Sowjetrußland Zugeständnisse zu machen. Diese wirtschaftlichen Beziehungen tragen natürlich ganz unnormalen Charakter, und Sowjetrußland muß seinen Platz innerhalb der Weltwirtschaft im Kampf behaupten. Die kapitalistische Welt sieht mit Beunruhigung den zunehmenden Einfluß Sowjetrußlands und tut alles in ihren Kräften Liegende, um diesen Einfluß zu schwächen.

Ein deutliches Beispiel hierfür ist die Forderung der Bezahlung der Schulden im Augenblick der schärfsten Zuspitzung des Hungers, in dem Augenblick, wo das ganze kapitalistische Europa selbst im Begriff ist, die Bezahlung der Kriegsschulden an Amerika zu verweigern. Bedarf es einer besseren Illustration jener Umstände, unter denen die Sowjetmacht ihre Beziehungen zur Außenwelt herstellen muß? Nichtsdestoweniger aber ist es notwendig, die Hindernisse auf diesem Wege zu überwinden, um das Land in wirtschaftlicher Beziehung fest auf die Füße zu stellen.

Die äußeren wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Sowjetrußland und den kapitalistischen Ländern nehmen hauptsächlich die Form von Handelsbeziehungen an.

Die Uebergabe von Unternehmen an Konzessionäre entwickelt sich äußerst langsam, trotz der zahlreichen Angebote sowohl von dieser als auch von jener Seite.

Vorläufig sind im ganzen nur zwei Konzessionen abgeschlossen und unterschrieben. Ueberhaupt muß bemerkt werden, daß die

Heranziehung des ausländischen Kapitals auf industriellem Gebiete erst stattfinden kann, nachdem sich feste Handelsbeziehungen herausgebildet haben. Die Handelsbeziehungen begannen sich seit 1920 zu entwickeln. Die nachfolgende kleine Tabelle illustriert den Verlauf dieser Entwicklung.

Der Außenhandel Sowjetrußlands.

Jahr	Import in 1000 Pud	Export in 1000 Pud
1920 (9 Mon.)	5.223	67.6
1921 (9 Mon.)	35.586	558.2

Wir sehen also, daß der Import um das siebenfache und der Export fast um das zehnfache im Laufe der letzten Monate des Jahres 1921 gestiegen ist: — in einem Monat wird ebensoviel importiert, wie im Laufe des ganzen Jahres 1920.

Aber diese Einfuhr bildet doch nur eine minimale Größe im Vergleich mit dem Quantum an Waren, das in Vorkriegszeiten nach Rußland importiert wurde.

1913 wurden 936 Millionen Pud nach Rußland eingeführt, d. h. 26mal soviel wie 1921 eingeführt worden sind.

Es ist begreiflich, daß die Volkswirtschaft Rußlands unter einer solchen Verringerung der Einfuhr unvermeidlich zu leiden hat.

Zur Wiederherstellung und Kräftigung der wirtschaftlichen Lage Sowjetrußlands ist ein neuer Zustrom von Mitteln von außen her nötig, dieser Zustrom muß vergrößert und verstärkt werden.

Die kapitalistische Welt versetzt Rußland absichtlich in ungünstige Handelsverhältnisse. Vorläufig wird der Handel mit seltenen Ausnahmen gegen Bargeldverrechnung vorgenommen. Unter solchen Umständen kann der Handel natürlich keinerlei bedeutende Ausmaße erreichen. Wir brauchen den Kredit und die Vergrößerung der Umsatzmittel.

Die kapitalistische Welt wird in ihrem Kampfe gegen Sowjetrußland diese Arbeit in jeder Weise hindern, trotzdem die objektiven wirtschaftlichen Verhältnisse sie zum Gegenteil zwingen. Aber in dieser Beziehung muß uns das internationale Proletariat sowohl bei der Herstellung der ersten wirtschaftlichen Beziehungen als auch bei ihrer Entwicklung im nächsten Stadium zu Hilfe kommen, und

diese Hilfe kann die ganze Arbeit sofort um einen großen Schritt weiter bringen.

Die kapitalistischen Regierungen machen Anleihen, sie machen sie im Grunde genommen auf Kosten der Arbeiter. Wenn sich aber Sowjetrußland an sie wenden würde, so würden sie entweder diesem Lande, in dem das Proletariat am Regierungssteuer steht, eine Anleihe verweigern, oder sie würden räuberische und unmenschliche Bedingungen aufstellen. Sie verstehen sich sehr gut darauf. Wir wiederholen, daß uns in dieser Sache nur das internationale Proletariat helfen kann.

Sowjetrußland kann und muß sich wegen einer Anleihe an das internationale Proletariat wenden. Die von uns oben geschilderte Situation verlangt dies.

III.

In welcher Weise kann nun diese Anleihe vorgenommen werden?

Sowjetrußland könnte unseres Erachtens eine internationale Anleihe bei den Arbeitern aufnehmen zum Zwecke der Wiederherstellung seiner Volkswirtschaft und der Hilfe für die Hungernden, etwa in der Höhe von 100 Millionen Dollar. Die Anleihe würde auf eine bestimmte Frist, auf 5—10 Jahre gemacht, wobei die Tilgung der Anleihe von einem bestimmten Termin an, z. B. mit dem Jahre 1923 zu beginnen hätte.

Es wäre wünschenswert, die Obligationen der Anleihe in kleinen Abschnitten herauszugeben, damit diese bequemer unter die Arbeitermassen verteilt werden können (5 Dollar, 10 Dollar und 20 Dollar). Der zu bestimmende Zinssatz wäre im voraus zu zahlen.

Alle technischen Details bedürfen natürlich einer speziellen Ausarbeitung, zu der die Arbeiterorganisationen herangezogen werden müssen. Die Verwirklichung dieser Anleihe wäre durchaus denkbar, wenn sich die Arbeiterorganisationen mit ihrer ganzen Energie für sie einsetzen. Das ist nur bei Beteiligung

der Gewerkschaftsorganisationen und der Arbeiterkooperation möglich.

Für das durch die Realisation der Anleihe erhaltene Geld könnte Rußland Maschinen, landwirtschaftliches Gerät, Materialien, Nahrungsmittel für die Hungernden einkaufen und eine Reihe Bestellungen im Ausland machen. Das wäre eine ernsthafte wirkliche Unterstützung der ganzen Volkswirtschaft Sowjetrußlands; dadurch würde frisches Blut in seinen Organismus hineinströmen und die Wiederherstellung seiner Kräfte würde gefördert.

Die Anleihe könnte als Basis für die Kräftigung, Erweiterung und Entwicklung unserer außenwirtschaftlichen Beziehungen dienen. Die kapitalistische Welt müßte, ob sie wolle oder nicht, mit dieser Tatsache rechnen.

Die Verteilung der Anleihe könnten 40 Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter mit Leichtigkeit zustande bringen.

Die gewerkschaftlichen Organisationen und die großen Zentren der Arbeiterkooperation könnten einen bedeutenden Teil der Anleihe ganz unter sich verteilen. Die Sowjetregierung hätte dann nur mit ihnen zu tun, und sie würden die Anleihe dann unter die kleineren Organisationen und die einzelnen Arbeiter verteilen.

Die für die Hungerleidenden veranstalteten Sammlungen haben bereits gezeigt, daß es in vollem Maße möglich ist, das Proletariat für eine solche Hilfe zu gewinnen.

Die Arbeiterklasse der ganzen Welt muß in der Sache Sowjetrußlands ihre eigene Sache sehen. Die Solidarität der Arbeiterklasse kommt nicht nur in Worten zum Ausdruck, sondern auch im konkreten realen Handeln, das auf ein bestimmtes gemeinsames Ziel gerichtet ist.

Die Durchführung der Kampagne der internationalen Arbeiteranleihe, die die Wiederherstellung und Kräftigung der Wirtschaftslage Sowjetrußlands anstrebt, würde zu gleicher Zeit auch die Kräftigung der Lage des internationalen Proletariats fördern.

W. Miljutin.

Die Weltwirtschaft im Herbst 1921

Während sich die Weltwirtschaft in den ersten acht Monaten des Jahres 1921 im ganzen auf dem früheren niedrigen Niveau bewegte, zeigen die letzten zwei Monate Anzeichen einer Wiederbelebung. Der tote Punkt scheint überwunden zu sein. Dies zeigt vor allem die Tatsache, daß die Preise in den Ländern mit guter Valuta wieder eine Erhöhung erfahren haben. Die betreffenden Zahlen sind die folgenden:

	Ver. Staaten	Japan	Schweiz	Holland
April	117,5	189,9	—	175,—
Mai	115,3	190,6	—	178,—
Juni	110,5	192,1	178,6	179,—
Juli	120,—	190,5	170,9	174,—
August	120,3	199,3	181,6	—
September	—	200,9	—	—

Die Zahlen der anderen Länder sind wegen der Valutaschwankungen minder bezeichnend. Auch in Frankreich und in Italien zeigt sich in den letzten Monaten eine Erhöhung der Preise, während in anderen Ländern der Preisrückgang noch anhält. Auch zeigen die Produktionsdaten der letzten Monate eine Besserung der Konjunktur. Daten werden wir bei den einzelnen Ländern geben.

Die Presse der Bourgeoisie in allen Ländern ist voll guter Hoffnungen. Viele sehen schon den Beginn einer allgemeinen Hochkonjunktur. Diese Hoffnung auf eine neue Hochkonjunktur scheint uns indessen absolut unbegründet zu sein. Jene Gründe, welche bis her die Krise des Kapitalismus verursachten, bestehen in voller Kraft weiter. Die Hauptursache der Wirtschaftskrise: das Auseinanderfallen der kapitalistischen Weltwirtschaft in zwei unverträgliche Teile; die Vereinigten Staaten, die Kolonialländer und Japan einerseits, wo ein Ueberfluß an Produktionsmitteln vorhanden ist, deren Erzeugnisse keinen Absatz finden, — und Deutschland, Polen, Rußland und das übrige Osteuropa andererseits, die an einem Mangel an Produktionsmöglichkeiten leiden, besteht weiter. Die relative Ueberproduktion in dem ersten Gebiete wird durch das Bestehen der Unterproduktionskrise im zweiten Gebiete weiter erhalten. Rein äußerlich dokumentiert sich diese Tatsache in den Valutaverhältnissen.

Wenn wir die gegenwärtigen Kurse auf der Newyorker Börse mit jenen vor einem Jahre vergleichen, so finden wir folgendes Bild:

gezahlt wurden	Parität:	14. 10. 1920	13. 10. 1921	27. 10. 1921
in London: Dollar für 1 Pfund	4,87	3,48	3,81	3,94
in der Schweiz: Cents f. 1 Fr.	19,30	16,—	18,55	—
in Holland: Cents für 1 Guld.	40,20	31,—	33,40	34,01
in Schweden: Cents für 1 Kr.	26,80	19,65	22,90	23,—
in Japan: Cents für 1 Jen . . .	49,85	50,90	47,58	—
in Madrid: Cents für 1 Peso .	19,30	14,42	13,34	—
in Frankreich: Cents für 1 Fr.	19,30	6,57	7,22	7,27
in Italien: Cents für 1 Lire . .	19,30	4,—	3,86	3,93
in Deutschland: Cents f. 1 Mk. (1 Cent = 0,01 Dollar)	23,83	1,45	—	0,56

Während sich die Valuten der westeuropäischen neutralen Länder und jene Englands und Frankreichs während eines Jahres nur wenig verändert haben, ist die deutsche Mark innerhalb eines Jahres fast auf ein Drittel ihres damaligen Wertes gefallen. (Seither schon auf 0,35 am 23. November, also auf fast ein Fünftel seit einem Jahre und auf fast ein Achtzigstel seit 1914.) Die Valuten der osteuropäischen Länder erlitten im Zusammenhange mit dem Kurssturz der Mark ähnliche Einbußen. (Die österreichische Krone z. B. beträgt nur mehr ein Tausendstel ihres Friedenswertes.) Der Zwiespalt zwischen den an Ueberproduktion leidenden und den nicht genügend produzierenden Ländern wurde im Verlauf des letzten Jahres noch schärfer.

Hieraus folgt, daß die Voraussetzung eines sich auf die ganze kapitalistische Weltwirtschaft erstreckenden Konjunkturaufschwunges ganz unbegründet ist. Wenn wir auch die Tatsache finden, daß gleichzeitig in den Vereinigten Staaten und in Deutschland eine Besserung der Konjunktur vorhanden ist, so sind die Gründe und die Bedeutung dieser Erscheinung in beiden Ländern grundverschieden. Es wäre ganz verfehlt, diese Erscheinungen einheitlich erklären zu wollen. Wir müssen sie getrennt behandeln.

Die Konjunktur in den Ländern mit hoher Valuta.

Von allen Ländern dieser Gruppe sind die Vereinigten Staaten von Amerika die wichtigsten. Hier zeigen sich in den Monaten September und Oktober Merkmale einer Besserung der Konjunktur. Wenn wir die Gründe dieser Erscheinung betrachten, so müssen wir berücksichtigen, daß von der Ge-

samtproduktion der Vereinigten Staaten 90 Prozent im Lande selbst konsumiert werden. Mögen die Valutaverhältnisse daher dem Export noch so große Hindernisse bereiten, die innere Kraft des Landes setzt sich langsam durch. Es ist höchst bezeichnend, daß die Besserung ausging von der Baumwollproduktion, in der in diesem Jahr eine Mißernte zu verzeichnen war. Die Gesamternte betrug 6.72 Millionen Ballen, also die Hälfte einer normalen Ernte. Dies hatte eine scharfe Steigerung der Baumwollpreise und eine Belebung der Textilindustrie zur Folge. Laut dem „Manchester Guardian“ vom 13. 10. waren im August von den vorhandenen 36,6 Millionen Baumwollspindeln 33,1 im Betrieb, und zwar durchschnittlich pro Tag 8,6 Stunden. Im Vergleich zu den Verhältnissen im Beginn des Jahres, als fast die Hälfte der Spindeln stillstand, ein sehr großer Fortschritt. Wir sehen also in diesem Lande der Ueberproduktion eine Besserung der Konjunktur infolge einer teils natürlichen, teils systematisch hervorgerufenen Unterproduktion in einem der wichtigsten Produktionszweige.

Sehr bezeichnend ist für diese Tatsache, daß die „Amerikanische Baumwollvereinigung“ in ihrer Jahresversammlung in Birmingham (Alabama-Amerika) eine Resolution angenommen hat, die von den Farmern fordert, die mit Baumwolle bebaute Fläche im Jahre 1922 nicht über diejenige der letzten Saison auszudehnen.

Eine Besserung zeigt sich auch in der Eisen- und Stahl-Industrie. Obwohl im Monat August der Export von Eisen und Stahl niedriger war als in irgendeinem Monat seit August 1909. Die Produktion jedoch zeigte bereits im August eine Erhöhung auf 954 000 Tonnen gegen 864 000 im Juli. Die Einnahmen des Stahltrusts zeigen in den letzten Monaten folgendes Bild:

April	7 337 000
Mai	7 731 000
Juni	6 824 000
Juli	5 157 000
August	6 503 000
September	7 259 000

Nach den letzten Nachrichten sind im September 15 Hochöfen neu angeblasen worden, und die Verschiffungen waren die besten in diesem Jahre. Nach der „Iron Trade Review“ beträgt die Stahl- und Eisenerzeugung der

Vereinigten Staaten gegenwärtig 40 Prozent ihrer Leistungsfähigkeit, während sie im Hochsommer nur 25 Prozent betrug.

Auch in einem dritten Produktionskreis, in der Petroleumindustrie, zeigt sich eine Besserung; zum Teil ebenfalls infolge der Einschränkung der Produktion, vor allem in Mexiko. Der Erdölpreis ist von 2,25 Dollar Ende Juni auf 3 Dollar anfangs Oktober gestiegen.

Trotz dieser Besserung der Konjunktur ist aber die allgemeine Lage in den Vereinigten Staaten noch immer krisenhaft.) Neben den erwähnten Industriezweigen mit einer sich verbessernden Konjunktur gibt es andere, wo eine Verschlechterung vor sich geht. So zum Beispiel ist der Beschäftigungsgrad in der Automobilindustrie im September um 4 Prozent niedriger als im August, und auch im Oktober zeigt sich hier keine Besserung. Den letzten Berichten des „United States Employers Service“ in Washington nach zu urteilen, hat die Beschäftigungslosigkeit um eine Kleinigkeit nachgelassen. Aus 65 der größten Industrieorte wird berichtet, es ständen jetzt 1,6 Proz. mehr Personen in Arbeit als vor einem Monat. Ueber die Zahl der Arbeitslosen haben wir keine neueren Nachrichten; sie dürfte noch immer annähernd 6 Millionen betragen.

In einem Artikel der „Frankfurter Zeitung“ vom 6. Oktober lesen wir folgendes: „Die Not treibt viele Leute dazu, sich durch Zeitungsanzeigen auf eine Anzahl von Monaten gegen Kost und Unterkunft als Arbeiter, richtiger als Sklaven anzubieten. Das in Amerika erscheinende „Giornale d'Italia“ berichtet, daß in Boston eine Versteigerung von 150 Mann, Weißen und Schwarzen, öffentlich vorgenommen wurde; es fehlte aber die Nachfrage, so daß nur 12 „Stück“ abgingen. „Die Geschäfte nehmen ihren Fortgang“, so schreibt das Blatt. „Die Rationen für die Arbeitslosen wurden nur ungenügend verteilt; vor einer öffentlichen Verteilungsstelle in Newyork kam es zwischen den Hungernden zu blutigen Schlägereien.“

*) Die Amerikaner selbst sind viel optimistischer. „Manchester Guardian“ vom 3. 11. meldet unter der Ueberschrift: „Worst over but no immediate boom“, daß seit 14 Monaten der Auftragsbestand des Stahltrusts zum erstenmal den des Vormonats übersteigt, der Baumwollverbrauch im September höher ist als im Juli 1920.

Die Besserung in den Wirtschaftsverhältnissen der Vereinigten Staaten wird durch gewisse innere Verhältnisse gehindert. 1. durch die verringerte Kaufkraft der Farmer, verursacht durch den Preissturz der landwirtschaftlichen Produkte auf dem Weltmarkt; 2. durch die infolge des Krieges stark erhöhten Steuerlasten. Laut der Berechnung des „Wirtschaftsdienst“ Nr. 36 ergibt sich folgendes:

	Nationaleinkommen Milliarden Dollar	Steuerlast Milliarden Dollar	Prozent
1910	30,5	1	3
1921	60,—	5½	9

Unter diesen Umständen ist es natürlich, daß das Großkapital der Vereinigten Staaten alles daran setzt, um durch die Einsetzung der politischen Macht des Staates sich neue Absatzgebiete auf dem Weltmarkt zu sichern. Dieses Bestreben führt zu internationalen Zusammenstößen mit den Kapitalisten Japans, Englands und Frankreichs, die ebenfalls dringend Absatz für die überschüssigen Produkte ihrer Großindustrie auf dem Weltmarkt suchen. Die Washingtoner Konferenz ist ein Versuch der Vereinigten Staaten, ihr finanzielles und wirtschaftliches Übergewicht zu benutzen, um, vorläufig auf friedlichem Wege, Japan und England von dem einzigen, für den Kapitalismus noch zu erschließenden Gebiete, China, wegzudrängen.

Wenn es der amerikanischen Volkswirtschaft infolge der gewaltigen Ausdehnung des inneren Marktes möglich scheint, trotz der exporthindernden hohen Valuta, die Krise zu lindern, so lastet diese doch noch immer mit voller Kraft auf den kleinen europäischen Ländern, die ganz auf den internationalen Verkehr angewiesen sind. So lesen wir zum Beispiel, daß in Schweden im Juli von 134 Hochöfen nur 20 im Betrieb waren und daß der Export von Holz von 200 Millionen im Vorjahre auf 40 Millionen gefallen ist. Die aufliegenden Schiffe betragen im Juni 1921 45 Prozent der Gesamttonnage. Die Arbeitslosigkeit betrug bei den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern 8 Prozent, Lohnherabsetzungen von 20 bis 50 Prozent wurden von den Kapitalisten durchgesetzt. In den ersten acht Monaten des laufenden Jahres ist die Einfuhr um nicht weniger als 64 Prozent, die Ausfuhr um rund 35 Prozent hinter der vorjährigen zurückgeblieben.

Aehnliche Verhältnisse finden wir in Holland und in der Schweiz. In einem Artikel der „Frankfurter Zeitung“ vom 28. Oktober heißt es in einer Amsterdamer Korrespondenz: „Die allgemeine wirtschaftliche Krisis hat Holland um so mehr mitgenommen, als die holländische Ausfuhr zum großen Teil durch die Valutaverhältnisse unterbunden und das eigene Land durch einen Strom billiger Auslandsware überflutet worden ist, so daß die holländischen Fabriken weder für das Ausland noch für das Inland mit Gewinn arbeiten können... Viele holländische Industrieunternehmungen suchen ihre Produktion nach Deutschland zu verlegen. Die Arbeitslosigkeit ist daher sehr bedeutend. Auch dem holländischen Ackerbau geht es schlecht infolge des Preissturzes für Getreide, Hackfrüchte usw. Zusammenfassend sind also die Aussichten für das holländische Geschäftsleben einstweilen sehr wenig erhellend... Eine Wendung zum Besseren dürfte auch in Holland erst eintreten, wenn der Valutamarkt sich beruhigt hat und das Geschäftsleben auf eine stabilere Basis gebracht werden kann.“ Von jenen neutralen Ländern, deren Volkswirtschaft infolge der Kriegskonjunktur einen raschen Aufschwung genommen hatte, ist Spanien bereits vollkommen zusammengebrochen. Die während des Krieges aktive Handelsbilanz zeigt im Jahre 1921, erstes Halbjahr, einen Einuhrüberschuß von 400 Millionen Goldpesos. Die Versuche, durch hohe Schutzzölle die im Kriege entstandene schwache Industrie des Landes künstlich zu züchten, können als fehlgeschlagen betrachtet werden. Die Folge der passiven Handelsbilanz ist der jähe Sturz der spanischen Valuta; bei Kriegsende war sie dem Golde gleichwertig. Heute zeigt sie bereits ein Disagio von beinahe 30 Prozent.

Die Wirtschaftslage Englands zeigt dasselbe unbestimmte Bild wie im ganzen laufenden Jahre. Die schweren sozialen Kämpfe des ersten Halbjahres, welche zu einem fast vollständigen Stillstand der industriellen Produktion während des Kohlenstreiks geführt hatten, wirken noch immer nach. Auch fehlt es England an dem mächtigen inländischen Absatzmarkt, der den Vereinigten Staaten zur Verfügung steht; die englische Industrie ist in viel stärkerem Maße auf den Weltmarkt an-

gewiesen als die amerikanische. Daher macht sich die exporthindernde Wirkung des hohen Valutastandes viel stärker geltend als in Amerika.*)

Wenn wir die wichtigsten Industrien Englands untersuchen, so zeigt sich uns folgendes Bild:

Kohle: Die Konjunktur auf dem Kohlenmarkt ist noch immer sehr schlecht. Die Preise zeigen eine weichende Tendenz, der Absatz ist schwerfällig, viele Kohlengruben werden geschlossen. Andere arbeiten nur verkürzte Zeit. Die Zahl der arbeitslosen Bergarbeiter nimmt von Woche zu Woche zu. Allein in Südwesten gab es Ende Oktober mehr als 12 000 arbeitslose Bergarbeiter („Manchester Guardian“ vom 27. 10.).

Eisen und Stahl: Die Eisen- und Stahlindustrie Englands litt während des Herbstes sehr stark unter der Konkurrenz der französischen, belgischen und deutschen Einfuhr. Erst die sehr starken Preisreduktionen ermöglichten es, dieser ausländischen Konkurrenz standzuhalten. Ende Oktober waren nach dem Bericht der „Times“ vom 29. Oktober im ganzen nur erst 80 Hochöfen in Betrieb. Die Tendenz ist immerhin eine sich bessernde und die Kapitalisten hoffen, daß sich die Konjunktur, wenn auch langsam, so doch dauernd heben wird.

Textilindustrie: In der englischen Textilindustrie zeigt sich eine, wenn auch geringfügige Besserung. Besonders sind es die asiatischen Märkte, die in den letzten Wochen größere Einkäufe machten. Indessen schreiben „Commercial Times“ vom 29. Ok-

*) „Daily Herald“ berichtet, daß das Kabinett die von den Kohlenindustriellen zur Aufrechterhaltung der Bergwerke geforderte Unterstützung von drei Millionen Pfund Sterling abgelehnt hat, ein Beschluß von größter Bedeutung, der schwerwiegende Folgen haben kann. Die Grubenbesitzer erklären, dadurch zu Lohnreduzierungen und zu weiteren Betriebseinschränkungen gezwungen zu sein. Für die Bezirke Northumberland und Durham sehen die schon jetzt bekannten Tarifvorschläge eine Lohnherabsetzung um vier bzw. zwei Schilling pro Schicht vor, in Schottland soll die Reduzierung drei Schilling pro Schicht betragen.

Doch betrachtet „Daily Herald“ die Frage der neuen Lohnreduzierung noch nicht als die wichtigste angesichts des Umstandes, daß schon gegenwärtig im Bergbau 150 000 Arbeitslose gezählt werden und von den noch in Arbeit stehenden Bergarbeitern 75 Prozent nicht voll beschäftigt sind. Die Regierungsunterstützung wäre unbedingt notwendig gewesen, um eine Lösung der Kohlenkrise herbeizuführen.

tober, daß die nach Indien verkauften Textilien dort keinen Absatz finden, sondern sich bei den Großhändlern und Zwischenhändlern aufhäufen. Der Absatz von Textilien nach Mittel- und Osteuropa wird durch die sehr schlechten Valutaverhältnisse gehindert.

Die schwere Lage der englischen Volkswirtschaft widerspiegelt sich in den Zahlen des Außenhandels. Der gesamte Außenhandel Englands in den ersten neun Monaten des Jahres 1921 zeigt dem Vorjahr gegenüber im Import einen Rückgang von 44,6%, im Export einen Rückgang von 48,5%. Wenn wir die einzelnen Posten untersuchen, so sind es vor allem die Textilwaren, die einen ungeheuren Rückgang zeigen. Die wichtigsten Zahlen sind die folgenden:

	in Millionen Pfund	
	1920	1921
Kohle	78,5	77,9
Eisen und Stahl und Waren daraus	95,5	47,9
Baumwollgarn und -Stoffe	309,3	129,1
Wollgarn und -Stoffe	105,6	42,9
Stoffe aus anderen Materialien . .	35,4	13,6

Es könnte scheinen, daß dieser Rückgang bloß durch den großen Preissturz verursacht ist. Dies ist aber nur teilweise der Fall. Die Menge der Baumwollwaren in Quadratyards fiel auf die Hälfte des vorjährigen Quantums, diejenige von Wolle, Leinen und Jute-Gütern auf weniger als ein Drittel.

Sehr interessant ist nun, daß bei dem allgemeinen rapiden Rückgang der englischen Ausfuhr es einige Gütergruppen gibt, deren Ausfuhr trotz des großen Preissturzes im Werte gestiegen ist. Diese Gruppen sind die folgenden:

	in Millionen Pfund	
	1920	1921
Maschinen	42,2	57,4
Elektrizitätswaren	8,0	10,6
Fahrzeuge (Lokomotiven, Schiffe usw.)	40,1	41,5

Diese Tatsache zeigt, daß die Industrialisierung der überseeischen Länder auch während der Krisenperiode anhält. Für einen Teil dieser Ausfuhr, für die Ausfuhr von Textilmaschinen, besitzen wir detailliertere Daten. Dieser Produktionszweig zeigt seit dem Oktober vorigen Jahres eine wirkliche Hochkonjunktur. Die Ausfuhr ist größer als im Jahre 1913. Die Hauptabnehmer sind: Frankreich, die Vereinigten Staaten, Japan und China. Es mag sich hierbei zum Teil um Ersatz der während des Krieges vernutzten Maschinerie handeln. Immerhin ist es bemerkenswert, daß Japan und China in der Periode der schlechtesten Konjunktur in der Textil-

industrie ihren Produktionsapparat ununterbrochen ergänzten und erweiterten.

Die Gesamtlage der englischen Volkswirtschaft ist aber trotz der kleinen Anzeichen einer Besserung sehr schlecht. Nach den amtlichen Daten gab es am 21. Oktober 1 423 000 Vollarbeitslose und 287 000 Kurzarbeiter. Die Zahl der Arbeitslosen, die Ende Juli über zwei Millionen betrug, nahm seither langsam ab. Nur in der dritten Oktoberwoche zeigt sich eine neue Zunahme von 40 000 und in der vierten Oktoberwoche eine solche von 160 000 Arbeitslosen. Indessen scheint der Arbeitsminister recht zu haben, wenn er sagt, daß diese Zunahme nur eine scheinbare sei: infolge der Neuregulierung der Arbeitslosenunterstützung wurden die Arbeitslosen, die laut dem alten Gesetz ihre Unterstützungsberechtigung bereits verloren hatten, neuerdings in die Listen aufgenommen. Die Berichte der führenden englischen Blätter geben keine Anhaltspunkte für eine tatsächlich erfolgte, so bedeutende Verschlechterung der Wirtschaftslage in England Ende Oktober.

Das Bild der schlechten Wirtschaftslage Englands wird durch die Tatsache ergänzt, daß seit dem 31. März 1921 die Staatsschulden sich neuerdings um 178 Millionen Pfund vermehrt haben, vor allem infolge des Kohlenarbeiterstreiks.

Die englische Bourgeoisie und die englische Regierung suchen krampfhaft nach Mitte'n, um den Export wiederherzustellen. Die englische Bourgeoisie fordert vor allem eine Erhöhung der Arbeitsleistung, die Abschaffung des Achtstundentages und eine Einschränkung der Arbeitslosenunterstützung. Die englische Regierung versucht, durch staatliche Garantien die Exporteure vor den Valutaverlusten zu schützen. Die Ueberzeugung, daß England seine Rolle als die industrielle Werkstatt der Welt nicht wird weiter behaupten können, gibt sich in zwei interessanten Strömungen kund: in der immer wiederholten Forderung nach einer Entwicklung der englischen Landwirtschaft und Zurückführung der in der Industrie überflüssigen Arbeitskräfte auf das Land; zweitens in der staatlich unterstützten Auswanderung nach den englischen Kolonien. Diese Erscheinungen sind das Spiegelbild der fortschreitenden Industriali-

sierung der überseeischen Länder; es geht eine weltwirtschaftliche Nivellierung vor sich.

In der Wirtschaftslage Frankreichs und Italiens zeigt sich in den letzten Monaten keine nennenswerte Veränderung. Auch ist die wirtschaftliche Berichterstattung so lückenhaft und widersprechend, daß es sehr schwer ist, ein klares Bild zu bekommen. Durch Angliederung Elsaß-Lothringens und den Wiederaufbau der nordfranzösischen Werke hat sich das industrielle Bild Frankreichs in den letzten Jahren stark verändert. Frankreich ist zu einem Ausfuhrland schwerindustrieller Produkte geworden. Dies zeigt sich am meisten in den Daten des Außenhandels.

	1920	1921
	tausend Tonnen	
Einfuhr erstes Halbjahr:		
Roheisen	59	15
Stahlerzeugnisse	164	64
Ausfuhr erstes Halbjahr:		
Roheisen	191	283
Stahlerzeugnisse	164	236

In den letzten Monaten wurden in Nordfrankreich und in Luxemburg einige neue Hochöfen angeblasen; im allgemeinen aber klagen die französischen Industriellen darüber, daß sie mit der deutschen Konkurrenz nicht fertig werden können. Die hohen Zölle nützen nichts, da die deutschen Preise sich über Belgien geltend machen, Belgien gegenüber aber keine Ausnahmezölle anwendbar sind.

Die Lage der französischen Eisenindustrie wird scharf gekennzeichnet in einem Brief, den der französische Wirtschaftspolitiker Francis Laur an Rathenau gerichtet hat. Er schreibt darin folgendes:

„Wir haben jetzt die beste Fabrikausstattung von ganz Europa und haben nichts zu tun. Man gibt sein Kapital hin und hat nicht einmal etwas zur Amortisation. Man geht dem Untergang entgegen. Wenn wir nur ebensoviele Werke hätten wie vor dem Kriege — ... könnten wir, wenn unsere Ausfuhr nur ein wenig stärker wäre als im Jahre 1914, nahezu unsere gesamte Erzeugung im Inlande absetzen. Aber zu unserer eigenen Produktion kommen jetzt weitere 5 Millionen Tonnen derselben Erzeugnisse, die uns die annektierten deutschen Werke liefern. Was

sollen wir mit diesen neuen 5 Millionen Tonnen tun? Unsere Erzeugung hat sich verdoppelt, und wir müssen sie absetzen. Wir haben jedoch keine ernst zu nehmende Kundschaft im Auslande, und sie läßt sich nicht von heute auf morgen schaffen. Wir erstickten in unserer Ueberproduktion. Das ist unsere Lage auf dem Gebiete der Eisenindustrie." („Kölnische Zeitung" vom 25. Oktober 1921.)

Der Autor schließt daraus, daß die deutsche und französische Eisenerzeugung eine gemeinsame Verkaufsorganisation für den Weltmarkt gründen sollte.

Im großen und ganzen scheint sich aber die Wirtschaftslage Frankreichs eher zu bessern als zu verschlechtern. Der stark agrarische Charakter des Landes ermöglicht es, die Schäden des Krieges rascher zu überwinden, als es Ländern mit einer stärker entwickelten Industrie möglich ist. Die Ernte war viel besser als im vorigen Jahr und hat die Kaufkraft der ländlichen Bevölkerung erhöht, was auf die Fertigungsindustrie von gutem Einfluß war. Die Arbeitslosigkeit, zumindest die amtlich aufgewiesene, vermindert sich von Monat zu Monat und ist gegenwärtig mit Ausnahme der in Paris nicht größer als in Friedenszeiten. Wenn wir die Ziffern des Außenhandels betrachten, so finden wir für die letzten vier Monate folgendes:

	Einfuhr	Ausfuhr
	Millionen	Francs
Juni	1,723	1,750
Juli	1,469	1,563
August	1,731	1,776
September	2,225	1,776

In den ersten fünf Monaten war die Handelsbilanz Frankreichs im Gegensatz zu der Vorkriegszeit aktiv. Es wurde aber von Kennern des Wirtschaftslebens darauf hingewiesen, daß diese Aktivität durch einen stark verminderten Import von Rohmaterialien hervorgerufen wurde. Im Monat September zeigt sich nun wieder eine starke Passivität der Handelsbilanz, verursacht durch den vermehrten Einkauf von industriellen Rohprodukten. Hierdurch werden alle Kombinationen, die sich auf die Aktivität der

französischen Handelsbilanz bezogen, wieder zunichte gemacht.")

Am schwersten lasten auf dem französischen Wirtschaftsleben die ungeheuren Kosten des Militarismus und die noch immer ungeordneten Staatsfinanzen. Der französische Staat deckt kaum die Hälfte seiner Ausgaben durch seine Einnahmen. Alle Ausgaben für den Wiederaufbau, Renten und Pensionen aus dem Kriege, jährlich ca. 16 Milliarden Mark, werden einfach zu Lasten Deutschlands gebucht, obwohl der französische Anteil an den Reparationszahlungen, selbst wenn Deutschland imstande wäre, sie voll zu leisten, jährlich keine 4 Milliarden Francs ausmacht. Außerdem werden die Zinsen der riesigen Auslandsschuld Deutschlands von England und den Vereinigten Staaten noch immer gestundet. Die französischen Kapitalisten setzen einer Besteuerung des Einkommens einen scharfen Widerstand entgegen. Es ist unter diesen Umständen eine beachtenswerte Leistung, daß der Kurs des französischen Francs noch immer ca. 30% des Goldwertes beträgt.

Die Wirtschaftslage Italiens ist bedeutend schlechter als die Frankreichs. Die im Kriege künstlich hochgezogene Schwerindustrie hat bei dem gegenwärtigen freien Wettbewerb einen noch schwereren Stand als jene Frankreichs. In der Textilindustrie scheint der Höhepunkt der Krise überwunden zu sein. Ende Juni betragen die Betriebseinschränkungen in den Spinnereien 38%, in den Webereien 15%. Gegenwärtig arbeiten die italienischen Textilfabriken wieder normale Arbeitszeit, und die Spinnereien sind durchschnittlich auf über 3 Monate hinaus mit Aufträgen versehen. Es sind hauptsächlich die Balkanländer, Kleinasien und der Orient, die Abnehmer der italienischen Textilien sind. Der niedrige Stand der italienischen Valuta begünstigt dies. („Frankfurter Zeitung" vom 31. Oktober 1921.)

Im allgemeinen aber ist die wirtschaftliche Lage Italiens, besonders was die Staatsfinanzen anbelangt, weiterhin sehr schwierig. Die

*) Die Außenhandelsdaten für die ersten 9 Monate sind die folgenden:

	Import	Export	Import	Export
	Millionen	Francs	Millionen	Tonnen
1920	38,0	19,6	36,2	9
1921	15,8	15,9	24,8	10,7

Besserung der Valuta, die sich im Frühjahr zeigte, hat nicht angehalten, und das Disagio ist heute noch etwas größer als vor einem Jahre.

Die Konjunktur in den Ländern des Unterproduktionsgebietes.

Während sich in den Ländern mit guter Valuta bisher nur Zeichen einer kleineren und wahrscheinlich rasch vorübergehenden Besserung der Konjunktur zeigen, erleben wir in den Ländern des Gebietes der weltwirtschaftlichen Unterproduktion eine spekulative Hochkonjunktur. Diese Gebiete werden durch die niedrige und sich inmitten großer Schwankungen kontinuierlich verschlechternde Valuta gekennzeichnet. Jede neue Niedergangswelle im Valutakurse löst hier eine stürmische Nachfrage des Auslandes nach fertigen Gütern aus. Dem folgt eine neue Preissteigerung, bis sich das Preisniveau wieder dem Weltmarktpreis annähert. An diesem Punkte stockt das Auslandsgeschäft, der Geschäftsgang wird flau. Da die Produktion dieser Länder den Inlandsbedarf nicht deckt, da ihre Zahlungsbilanz dem Auslande gegenüber ungeheuer passiv ist, da der Staatshaushalt mit riesigem Defizit arbeitet, muß sich die Verschlechterung des Valutakurses im Zeitraum von einigen Monaten von neuem wiederholen. Das ganze Wirtschaftsleben wird hierdurch von dem Valutakurse abhängig; jedes geschäftliche Unternehmen artet in eine Valutaspekulation aus.

Typisch für diesen Kreis der Länder sind die gegenwärtigen Vorgänge in Deutschland. Die verhältnismäßig langsame Entwertung der deutschen Valuta im Verlaufe der ersten neun Monate des laufenden Jahres machte im Monat Oktober, im Anschluß an die Reparationszahlungen und den Verlust von Oberschlesien, einer katastrophalen Entwertung der Mark Platz. Die wichtigsten Valuten notierten an der Berliner Börse

	Ende Juli	Mittl. Okt.	Ende Okt.
100 holl. Gulden	2478.—	4945.—	6519.—
1 Pfund Sterling	290.—	576.—	744,25
1 Dollar	81.—	150.—	181.—
100 französische Francs	621.—	1064.—	1321.—
100 Schweizer Francs	1321.—	2877.—	3496.—
100 österreich. Kronen, abgest.	9,13	7,98	9,48
100 tschechische Kronen	101,25	159,80	193,30

Dieser katastrophale Rückgang der Mark löste die bekannten Ausverkauferscheinungen aus. Die deutschen Fabriken erhalten aus dem Auslande große Bestellungen. Die deutschen Textilfabriken sind bis tief in das Frühjahr 1922 mit Aufträgen voll versorgt. Auch die deutsche Schwerindustrie ist wiederum fast voll beschäftigt. Die ausländischen Käufer überschwemmen die Geschäfte der deutschen Städte und kaufen alle Waren, womöglich die besten Qualitäten, auf. Die großen Warenhäuser in Berlin werden von den Fremden förmlich ausgekauft. „Eines der größten Berliner Warenhäuser beispielsweise beschäftigt, um dem Andrang der ausländischen Käufer gerecht zu werden, allein 10 vereidigte Dolmetscher; hierzu kommen noch etwa hundert sprachkundige Angestellte, die jetzt als Führer für die Ausländer benutzt werden. Die eifrigsten Käufer sind die Skandinavier und Holländer, Südamerikaner, Engländer, Schweizer und Japaner. Sie kaufen in kleineren und größeren Mengen das Beste und das Teuerste, hauptsächlich fertige Konfektion, Damen- und Herrenwäsche, Leder- und Goldwaren, alle Sorten von Textilwaren, elektrische, wirtschaftliche und sonstige Gebrauchsartikel.“ („Berliner Tageb'att".) Dazu kommt noch der Grenzverkehrsverkauf.

An den sich lang hinziehenden Landesgrenzen Deutschlands erscheinen Dänen, Holländer, Belgier, Franzosen, Schweizer und im letzten Monate bereits auch Tschechoslowaken als Käufer. Der Ausverkauf nahm so stürmische Formen an, daß die deutsche Regierung sich gezwungen sah, den sogenannten „kleinen Grenzverkehr“, d. h. die freie Ausfuhr beschränkter Mengen von Textilien, Schuhwaren usw., zu verbieten.

Der Andrang der ausländischen Käufer, die täglich steigenden Preise und das offenkundige Leerwerden der Geschäfte bewegt das vermögende deutsche Publikum zu Vorratseinkäufen: alles, was sich aufbewahren läßt, wird von reichen Leuten gekauft und aufgespeichert. Der ohnehin vorhandene Mangel an Gütern wird hierdurch weiter erhöht.

Alle diese Erscheinungen ergeben vom Standpunkte der Geschäftsleute ein Bild der Hochkonjunktur und die Möglichkeit riesiger spekulativer Gewinne. Wenn wir aber vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus die

Sache betrachten und die Frage aufwerfen, ob sich die Wirtschaft Deutschlands hierdurch gestärkt habe, ob sich die Produktion gehoben habe, so können wir hierauf keine bejahende Antwort geben. Es bleibt die Tatsache bestehen, daß es gegenwärtig in Deutschland eine Arbeitslosigkeit von größerer Ausdehnung nicht gibt. Die Arbeitslosigkeit ist nicht größer als in normalen Friedensjahren.^{*)} Die Produktion aber ist bedeutend kleiner. Die Arbeitsleistung ist geringer, weil die Arbeiterschaft schlecht genährt ist, weil die im Kriege vor sich gegangene Verschlechterung des sachlichen Produktionsapparates noch durchaus nicht wettgemacht ist, weil die Vorteile der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung von Deutschland infolge der Valutaschwierigkeiten nicht ausgenützt werden können. Große Teile der Bourgeoisie ziehen es vor, mit Valuten und Gütern zu spekulieren, anstatt sich mit Eifer an der Produktion zu beteiligen.

Bei der verspäteten Veröffentlichung der wirtschaftsstatistischen Daten ist es schwer, ein konkretes zahlenmäßiges Bild der Produktion zu geben. Auch werden wichtige Daten aus politischen Gründen systematisch verschwiegen.

Eine Besserung der Produktion zeigt die Landwirtschaft: auf Grund der geschätzten durchschnittlichen Hektarerträge und Anbauflächen ergeben sich folgende voraussichtlichen Gesamterntemengen für das Jahr 1921,

^{*)} Die letzte Nummer des „Reichsarbeitsblatt“ gibt von der Lage des deutschen Arbeitsmarktes folgendes Bild: Die Zahl der aus Mitteln der öffentlichen Erwerbslosenfürsorge unterstützten Voll-erwerbslosen (Familienangehörige nicht mit inbegriffen) ging im Berichtsmonat von 233 006 (Stand am 1. September) auf 189 407 (Stand am 1. Oktober) zurück. Das entspricht einer Abnahme um 43 599 oder 18,7 v. H. (im Vormonat 13,2 v. H.). Besonders stark machte sich der Rückgang in der Inanspruchnahme der Erwerbslosenfürsorge beim weiblichen Geschlecht geltend... Es ist nicht uninteressant, die vorliegenden Erwerbslosenziffern mit den Vorkriegsziffern zu vergleichen. Nach einer Statistik der Arbeitnehmerverbände ist die Zahl der Arbeitlosen seit dem Juli dieses Jahres geringer, als sie vor der Hochkonjunktur 1913 war. Auf Hundert vom Bericht erfaßte Mitglieder kamen nach dem Bericht im Juli 1921 2,6 Arbeitslose gegen 2,9 im gleichen Monat des Jahres 1913. Im August lauten die entsprechenden Ziffern 2,2 und 2,8; im September 1,3 und 2,7. Ein Vergleich der Arbeitslosenziffern im September der Jahre seit 1907 zeigt, daß die Arbeitslosigkeit — abgesehen von den abnormen Kriegsjahren 1917 und 1918 — nie so gering war wie in diesem Jahre.

denen zum Vergleich die endgültigen Erntermittlungen für die Jahre 1920 und 1913 gegenübergestellt sind.

	Gesamterntemengen in Tonnen:		
	1921	1920	1913
Weizen	2 661 460	2 255 055	4 061 099
Roggen	6 608 023	4 971 800	19 219 606
Winter-Spelz	201 816	178 864	477 971
Sommergerste	1 792 904	1 799 713	3 052 057
Hafer	4 715 672	4 870 126	8 718 485

Der Abstand gegenüber 1913 ist noch immer ungeheuer.

Die Kohlenproduktion Deutschlands zeigt in den ersten neun Monaten des Jahres immerhin eine Steigerung von ca. 10 %, bleibt aber noch immer stark hinter der Förderung des letzten Friedensjahres zurück, trotz der gesteigerten Arbeiterzahl.

Die Förderziffern für die Zeit Januar bis September betragen bezw. vergleichen sich mit den entsprechenden statistischen Daten der Vorjahre wie folgt (in 1000 To.):

	1921	1920	1913
Steinkohlen	107 601	95 736	130 177
Braunkohlen	90 820	81 192	64 132
Koks	20 761	19 293	22 768
Steinkohlen-Briketts	4 274	3 571	4 406
Braunk.-Briketts	21 237	17 919	15 993

Die Förderung im September zeigt August gegenüber einen kleinen Rückschritt.

	September 1921	August 1921
Steinkohlen	11 607	11 726
Braunkohlen	10 358	10 606
Koks	2 278	2 296
Steinkohlen-Briketts	520	529
Braunkohlen-Briketts	2 471	2 582

Die Oktoberzahlen sind noch nicht veröffentlicht.

Interessant ist es nun, daß im Momente, wo die Ausverkaufskonjunktur einsetzt, sich dem Aufschwung der Produktion der Kohlenmangel und der schlechte Zustand des Transportes entgegenstellt.

So lesen wir in der „Kölnischen Zeitung“ vom 28. Oktober: „Um die Kohlenversorgung Süddeutschlands steht es zur Zeit wieder so schlecht wie kaum je zuvor. Die Verkehrsmittel versagen gleichzeitig für die Zufuhr auf dem Wasser- und Landwege... Ganz trostlos sieht es in Süddeutschland aus. Der Wasserstand des Rheins ist wieder so tief gesunken, daß die Schifffahrt kaum noch lohnt und nur noch ganz geringe Mengen bis Mannheim gebracht werden können. Die Fahrt zu den höher gelegenen Umschlagplätzen hat ganz eingestellt werden müssen. Aussicht auf eine Besserung dieses Zustandes besteht nicht... Die etwas besseren Schifffahrtsverhältnisse der verflossenen Monate haben zur Vorbe-

reitung auf diesen schon lange voraus-
zusehenden Zustand leider nicht ausgenützt
werden können, weil es dem Kohlsyndikat
wegen der Lieferungsverpflichtungen aus dem
Friedensvertrag und wegen der Notwendig-
keit, für die oberschlesischen Ausfälle im
Norden und im Osten helfend einzuspringen,
nicht möglich gewesen ist, die erforderlichen
Mengen für eine Vorratsversorgung Süd-
deutschlands zur Verfügung zu stellen, und
jetzt scheint es der Warenmangel unmöglich
zu machen, auf dem Bahnwege die Mengen
nach Süddeutschland zu schaffen. . . Nirgends
ist Vorrat, und die wieder besser beschäftigte
Industrie kann wegen Mangels an Brenn-
stoffen ihre Aufträge nicht ausführen. . . Die
Lage ist wieder so gespannt wie nur je wäh-
rend des Krieges und der späteren langen
Arbeiterausstände. . . Es bestände zwar die
Möglichkeit, jedem Mangel an Kohle durch
Lieferung von Saarkohle abzuhelpen, die sich,
da sie nicht abgesetzt werden kann, trotz
regelmäßig eingelegter Feierschichten wieder
in Saarbrücken, Lauterburg, Straßburg und
Kehl in guter Ware zu Bergen anhäuft. Eine
Organisation für ihren Vertrieb ist zwar vor
zwei Monaten geschaffen worden und seit
dem 1. September in Tätigkeit. Die in Frank-
reich gestellten Preise sind jedoch infolge des
Niedergangs des Markkurses so unverhältnis-
mäßig hoch, daß nur Verbraucher mit beson-
ders günstigen Auslandsaufträgen sie bezahlen
können."

Die Leistungen des Eisenbahntransportes
zeigen für die Mitte des Jahres folgende
Ziffern:

Im Güterverkehr, in Tausend Achsenkilometer:		
	1920	1921
April	1 223 764	1 758 563
Mai	1 273 913	1 108 168
Juni	1 287 579	1 225 758
Juli	1 270 719	1 271 782
	5 055 765	5 020 271

gegen 1920 35 301 weniger.

Die ungenügende Leistung der Eisenbahnen
macht sich vor allem in dem großen Mangel
an Kartoffeln geltend. Die Kartoffelfrage,
Teuerung und Warenmangel, verursacht zum
Teil durch spekulative Zurückhaltung der
Ernte durch die Agrarier, ist überhaupt eine
der brennendsten Fragen für alle Schichten
der ärmeren Bevölkerung. Der Reichsver-
kehrsminister gibt einen Ausweis heraus, dem-
zufolge die Zustellung von Güterwagen in den
Monaten August—September—Oktober dieses

Jahres bedeutend größer war als im Jahre
1920. Daß das Verkehrswesen dennoch ver-
sagt, liegt an dem ungemein niedrigen Wasser-
stand der Flüsse und in erster Linie an der
Spekulation. Während im vorigen Jahr die
wichtigsten Massengüter noch staatlich bewirt-
schaftet wurden und daher im allgemeinen
nur einen Weg von der Produktionsstätte
zur Verteilungsstelle durchmachten, werden
gegenwärtig große Warenmengen spekulativ
von einer Ecke Deutschlands in die andere
verschoben, je nach dem momentanen Valuta-
kurs und Preisstand.

Für die Preisbewegung stehen uns die
Oktoberindexzahlen noch nicht zur Verfügung.
Die Preisnotierungen der einzelnen Waren
sind aber infolge des Kurssturzes der Mark
rapid in die Höhe gegangen: der Wirtschafts-
teil der Zeitungen enthält kaum etwas anderes
als Nachrichten über tägliche Preis-
erhöhungen. Die Lebenshaltungs-Index-
ziffern des Monats Oktober werden daher
sicherlich eine ungeheure Erhöhung zeigen.
Große Lohnbewegungen werden in der näch-
sten Zeit durchgeführt werden müssen, um
auch nur annähernd die bisherige Lebenslage
der Arbeiter zu erhalten.

Wir sehen also, daß das Wirtschaftsleben
Deutschlands ganz von der Gestaltung des
Markkurses, d. h. von dem Verhältnis zum
Auslande abhängt.

Unter diesen Umständen wäre eine rasche
und verlässliche Statistik des Außenhandels
von großer Wichtigkeit, um so mehr, da die
ganze ausländische kapitalistische Presse mit
Klagen über den deutschen Schleuderelexport
angefüllt ist.

Nun besitzen wir bisher nur eine Statistik
über die Außenhandelsziffern in den Monaten
Juli und Juli, und zwar nur dem Werte nach
und keine detaillierten Mengedaten. Von der
Einfuhr entfällt der dritte Teil auf landwirt-
schaftliche Erzeugnisse, während in der Aus-
fuhr die Fabrikate überwiegen.

Demnach wäre der Außenhandel Deutsch-
lands fortwährend passiv, was — von den Re-
parationskosten abgesehen — die kontinuier-
liche Verschlechterung des Markkurses zur
Genüge erklärt. Doch muß betont werden, daß
die Bewertung nach alten Preisen erfolgt. Die
Daten geben daher nicht das tatsächliche Bild
des Außenhandels.

Aus den Ausfuhrzahlen ergibt sich aber die relative Bedeutungslosigkeit der deutschen Ausfuhr. Die Ausfuhr betrug im Juli 6 Milliarden Papiermark, bei dem damaligen Valutakurs etwa 300 Millionen Goldmark. Dies würde einer Jahresausfuhr von beiläufig 3,6 Milliarden Goldmark entsprechen. Wenn wir 50 Prozent für zu niedrige Bewertung dazuschlagen, erhalten wir rund $5\frac{1}{2}$ Milliarden, d. h. die deutsche Ausfuhr beträgt die Hälfte der Vorkriegsausfuhr. Es ist bezeichnend für das vollkommen zerrüttete System der Weltwirtschaft, daß die Begrenzung dieser relativ kleinen Ausfuhr zu einem der Angelpunkte der Wirtschaftspolitik aller kapitalistischen Länder geworden ist.

Mit den Konzentrationserscheinungen in der deutschen Wirtschaft werden wir uns demnächst beschäftigen.

Das Bild über die Wirtschaftslage Deutschlands gilt im großen und ganzen für alle Länder des Unterproduktionsgebietes: Deutschösterreich, Ungarn, Polen, Rumänien, Jugoslawien usw. Der Preissturz der Mark wurde von einem parallelen Sturz der Valuta dieser Länder begleitet. Ueber die Produktion dieser Länder haben wir nur sehr lückenhafte Nachrichten.

Ueber Polen gibt ein Bericht des „Economist“ vom 15. Oktober 1921 folgende Daten: „Die industrielle und landwirtschaftliche Produktion hat im Verhältnis zum letzten Jahre zugenommen: um 17% in der Kohlenindustrie, 40% in der Salzindustrie, 75% in der Landwirtschaft, 80% in der Eisenindustrie, 50% in der Textilindustrie und um 34% in der Zuckerindustrie. In den polnischen Fabriken sind zur Zeit 340 000 Arbeiter beschäftigt gegenüber 260 000 des Vorjahres.“

In dem Gebiet der Unterproduktion mit geringwertiger Valuta bildet die T s c h e c h o s l o w a k e i eine selbständige Insel. In der Tschechoslowakei, die gegenüber den angrenzenden Staaten eine hochwertige Valuta hat, zeigt sich die Krise als Ueberproduktionskrise. Die tschechische Industrie konnte schon im Hochsommer der deutschen Konkurrenz nicht standhalten. Schon im August wurden die Hochöfen von Kladno und Königinhof, die im letzten Kriegsjahr fast 4 Millionen Tonnen Roheisen erzeugt hatten, ausgeblasen. Als Ursache wurde die deutsche

Konkurrenz angegeben. Anfang August kostete böhmisches Stabeisen 315 tschechische Kronen pro Meterzentner, deutsches Stabeisen dagegen nur 210 Mk.; tschechisches Grobblech 395 tschechische Kronen, deutsches 182 Mark. Diese Preise galten Anfang August, also in einer Zeit, wo tschechische Kronen und deutsche Mark ziemlich gleich standen. („Industrie- und Handelszeitung“ vom 29. 8. 1921.) Gegenwärtig ist die tschechische Krone ungefähr doppelt so viel wert wie die deutsche Mark. Es läßt sich leicht denken, daß nunmehr die tschechische Industrie der deutschen gegenüber noch viel weniger konkurrenzfähig ist als im August. Aus allen Grenzorten Deutschlands wird der Aufkauf aller fertigen Waren durch tschechische Grenzbewohner und Spekulanten gemeldet. So sehen wir, daß in dem gegenwärtigen zerrütteten Zustand der europäischen Wirtschaft sowohl ein niedriger als ein hoher Stand der Valuta zu Krisen in der Wirtschaft führt.

Ueber die wirtschaftlichen Verhältnisse der überseeischen Länder werden wir bei anderer Gelegenheit ausführlich berichten.

Wie wiesen bereits darauf hin, daß die Industrialisierung dieser Gebiete auch in der gegenwärtigen Krisenperiode trotz der scharfen Konkurrenz fortdauert, zum Teil mit staatlicher Unterstützung der europäischen Industrie.

Das Chaos der Wirtschaftspolitik.

Beim gegenwärtigen Krisenzustand der kapitalistischen Weltwirtschaft muß natürlich auch in der Wirtschaftspolitik der verschiedenen Staaten ein Chaos entstehen. Das Wesen der Krise ist eine Störung des weltwirtschaftlichen Gleichgewichts, indem — wie wir schon ausführten — in einigen Teilen der kapitalistischen Welt ein Ueberfluß an Produktionsmitteln und ein Mangel an Absatzmöglichkeiten besteht, während im anderen Teil die Produktion für den eigenen Bedarf nicht genügt und eine fortschreitende Verarmung der Volkswirtschaft vor sich geht. Dieses Auseinanderfallen der Weltwirtschaft dokumentiert sich äußerlich in der Kluft, welche zwischen der Bewertung der Valuten dieser beiden Gebiete vorhanden ist. Alle wirtschaftspolitischen Versuche zielen dahin, das Gleichgewicht der Weltwirtschaft wiederher-

zustellen. Selbstverständlich werden die diesbezüglichen Versuche in den Ländern mit Ueberproduktion ganz andere sein als in den Ländern, wo eine Unterproduktionskrise vorhanden ist.

Das Bestreben jener Länder, also vor allem der Vereinigten Staaten, Japans und Englands, die einen Ueberfluß an Produkten haben und daher an Absatzmangel leiden, geht dahin, neue Gebiete für ihren Ueberfluß zu erschließen. Dazu gibt es zwei Wege: 1. solche Gebiete in die kapitalistische Wirtschaft einzubeziehen, die bisher nicht oder nur in geringem Maße einbezogen waren; 2. jene Gebiete, welche vor dem Weltkriege Teile der kapitalistischen Weltwirtschaft waren, aber infolge ihrer Verarmung als Käufer unterschieden, wirtschaftlich wieder aufzurichten.

Das erste Gebiet der ersten Kategorie ist China mit seinen 400 Millionen Einwohnern, die bisher dem Kapitalismus nur zu einem sehr geringen Teil untertan waren. Das Bestreben der drei großen Weltmächte Amerika, England und Japan geht dahin, sich diese Gebiete möglichst monopolistisch zu erschließen. Während des Weltkrieges hatte vor allem Japan hier Fuß gefaßt. Der ökonomische Sinn der Washingtoner Konferenz geht dahin, Japan aus dieser Vollmachtstellung durch Anwendung von politischen Drohungen zu verdrängen.

Die aus dem Weltverkehr im wesentlichen ausgeschiedenen Gebiete sind Rußland, Polen, Kleinasien, der Balkan, die Teile der gewesenen österreichisch-ungarischen Monarchie und Deutschland, zusammen beiläufig 300 Millionen Menschen, also $\frac{3}{8}$ der Bevölkerung der kapitalistischen Welt. Die von den verständigsten Führern der kapitalistischen Welt geforderte Wirtschaftspolitik geht dahin, diese Gebiete wirtschaftlich wieder aufzurichten. Dies könnte nur geschehen, wenn die in den Ländern der Ueberproduktionsgebiete überflüssigen Produktionsmittel im Wege einer großzügigen internationalen Kreditaktion in diese verarmten Gebiete übertragen würden. Nun ist in den letzten zwei Jahren eine ganze Reihe von Plänen internationaler Kreditorganisationen aufgetaucht, ohne daß auch nur einer derselben durchgeführt worden wäre*). Der neueste davon ist die geplante

*) Die ohne praktischen Folgen gebliebenen Beratungen über internationale Kreditaktionen haben den Zentralverband des deutschen Bank- und

Europa-Bank Vanderlips. Gegründet mit amerikanischem Gelde, mit dem Rechte, dem amerikanischen Dollar gleichwertige Dollarnoten für den europäischen Verkehr auszugeben, bedeutet diese Bank ihrem Wesen nach eine großzügige, sehr stark fundierte und profitable Kreditaktion des amerikanischen Kapitals.

Eine andere Strömung in der Wirtschaftspolitik faßt dasselbe Problem von der negativen Seite an. Wie bekannt, ist Europa mit zirka 12 Milliarden Dollar an die Vereinigten Staaten verschuldet. Andererseits schulden die kontinentalen Staaten Europas England ähnlich hohe Summen. Diese Auslandsschulden sind für Frankreich und Italien sehr drückend. Sie zwingen diese Länder dazu, Deutschland unerträglich hohe Lasten aufzuerlegen, und verhindern auf diese Weise die wirtschaftliche Gesundung Deutschlands. Andererseits ist Deutschland infolge der Wiedergutmachungslasten gezwungen, große Warenmengen zu billigen Preisen auf den Weltmarkt zu werfen und hierdurch den Ländern mit hochwertiger Valuta eine unerträgliche Konkurrenz zu machen. Diese Sachlage wird besonders den englischen Politikern immer klarer. Nacheinander erklärten zuerst Asquith: „Vor allem müssen wir uns der internationalen alliierten Schulden entledigen“, kurz darauf äußerte sich der ehemalige Minister Mac Kennan: „was die Forderungen Englands anbelangt, hoffe ich nicht nur, daß sie niemals bezahlt werden, sondern, wenn ich die Macht dazu hätte, würde ich sie annullieren.“ Trotzdem es offiziell von der englischen Regierung dementiert wird,

Bankiergewerbes veranlaßt, die Einladung zu der von der „South Currency Association“ für Anfang Dezember d. J. in Aussicht genommene internationale Währungskonferenz in London abzulehnen. „Der Vorstand des Zentralverbandes hat der englischen Vereinigung seinen Dank für ihre Aufmerksamkeit ausgesprochen, der Einladung indessen nicht Folge geben zu können geduldet, da die Beteiligung an internationalen Sachverständigenberatungen über die Gesundung der kranken Währung Deutschlands und anderer Länder solange zwecklos erscheint, als keine Gewähr dafür besteht, daß die Beschlüsse der Sachverständigen bei den Regierungen der maßgebenden Länder die erforderliche Beachtung finden, insbesondere, soweit die notwendigen politischen Voraussetzungen für die Wiederherstellung geordneter Währungen in Betracht kommen.“ (Berliner Tageblatt.) Diese Ablehnung ist von der deutschen Presse scharf kritisiert worden.

besteht kein Zweifel, daß sie sich um folgende Lösung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten bemüht, welche bereits seinerzeit von Keynes vorgeschlagen wurde: Die Vereinigten Staaten sollen den Alliierten die Schulden erlassen; England verzichtet auf seine Forderungen an die europäischen Ententeländer, und Frankreich reduziert seine Forderungen an Deutschland auf ein für dieses erträgliches Maß. Dieser vom bürgerlichen Standpunkt aus sehr vernünftige Vorschlag scheiterte wiederum an dem Widerstande der Vereinigten Staaten, welche diese Forderungen als machtpolitisches Druckmittel Europa gegenüber behalten wollen. Die Senatskommission, welche neuerdings zur Regelung dieser Frage in den Vereinigten Staaten eingesetzt wurde, hat den Auftrag bekommen, keine Annullierung der Schulden der europäischen Staaten zuzulassen. (Trotzdem ist dieser Plan auf der Washingtoner Konferenz wieder aufgetaucht.)

Das Reparationsproblem ist nur ein besonderer Teil der allgemeinen Krise der Weltwirtschaft. Die Frage hat einen zwiespältigen Charakter und verursacht ein fortwährendes Schwanken in der Politik der Entente-Länder. Frankreich besteht darauf, daß Deutschland alle Verpflichtungen aus dem Versailler Friedensvertrage bezahlen soll. Die französische Presse wiederholt immer wieder, daß die Zahlungsunfähigkeit des deutschen Staates keineswegs identisch sei mit der Zahlungsunfähigkeit des deutschen Volkes. Auch Briand erklärte in seiner Senatsrede, daß die deutschen Kapitalisten, die Mitglieder der Deutschen Volkspartei, bezahlen können und bezahlen müssen.^{*)} Andererseits aber ist offenbar, daß der auf Deutschland ausgeübte Zwang einen immer schärferen Rückgang in der Bewertung der deutschen Mark und daher eine immer unerträglichere Konkurrenz der deutschen Waren auf dem Weltmarkt nach sich zieht.^{**)}

*) „Der Vertrag sagt nicht, daß der deutsche Staat zahlen muß, sondern Deutschland mit allen seinen beweglichen und unbeweglichen Reichtümern . . . Es gibt Zahlungsmöglichkeiten in Deutschland, besonders in jenen Kreisen, die der Deutschen Volkspartei angehören.“

**) In einer Rede, die der frühere Schatzkanzler im Constitutional Club hielt, erklärte er, daß „die Bezahlung der ersten Milliarde durch Deutschland und die Rückzahlung der Schulden an die Verbündeten eher ein Uebel als eine Wohltat sei. Solange Deutschland zu den Zahlungen auf dreißig

Während also einerseits Deutschland zu einem Schleuderelexport gezwungen wird, wehren sich eben jene Staaten, denen der Ertrag dieses Exports im Sinne des Versailler Friedens zufallen sollte, mit Absperrungsmaßnahmen gegen das Eindringen deutscher Industrieartikel. England, das klassische Land des Freihandels, hat bekanntlich ein „Antidumping-Gesetz“ beschlossen. Frankreich hat bekanntlich seine Zölle um 300 Prozent erhöht. Alle neutralen Länder: Schweiz, Holland, Schweden, aber auch die Vereinigten Staaten haben in der letzten Zeit Maßnahmen gegen das Eindringen deutscher Waren getroffen.

Nun ist natürlich durch den neu eingetretenen ungeheuren Kurssturz der Mark dieses ganze Schutzsystem hinfällig geworden. Es ist für den wirren Zustand der kapitalistischen Weltwirtschaft nichts bezeichnender, als daß kapitalistische Kreise in den Ländern mit hochwertiger Valuta das weltwirtschaftliche Gleichgewicht durch eine künstlich hervorgebrachte Entwertung der Valuta des eigenen Landes erreichen wollen. So hat z. B. der Verband der britischen Industrie vorgeschlagen, die Einkommensteuer drastisch herabzusetzen und den Ausfall in den staatlichen Finanzen durch Notendruck auszugleichen. („Frankfurter Zeitung“ 28. 10. 1921.)

Am 31. Oktober fand in Bern eine vom schweizerischen Volkswirtschaftsminister einberufene Konferenz von Finanzleuten statt. Hier wurde ebenfalls der Plan erörtert, durch

Jahre hinaus verpflichtet ist, werde England seine zwei Millionen Arbeitslose haben . . . Ich würde es lieber sehen, wenn unser Volk selbst produziert, anstatt auf die Abfälle des deutschen Reichtums zu warten. . . . Möge man Deutschland kleine Jahreszahlungen auferlegen, die es unter der Bedingung leisten könnte, daß seine Ausfuhr die Einfuhr überschreitet. Es muß den Wert der deutschen Mark immer wieder herabdrücken, wenn die in so ungeheuren Mengen unterschiedslos auf die auswärtigen Märkte geworfen wird. Je größere Anstrengungen wir machen, um unsere Preise herabzusetzen, in desto größerem Maße werden sich die Mengen der auf die ausländischen Märkte geworfenen deutschen Mark vermehren. Das Ergebnis ist, daß die Deutschen unter unseren Preisen verkaufen können. Der Preis, den England und auch Amerika für die deutschen Wiederherstellungsleistungen zu bezahlen haben, besteht in Millionen von Arbeitslosen, die so lange keine Beschäftigung finden werden, wie die englischen Waren nicht verkauft werden können.“ (Kölnische Zeitung vom 27. Oktober 1921.)

eine künstliche Vermehrung des Papiergeldes das Steigen des Schweizer Franken zum Stillstand zu bringen und die schweizerische Valuta zu verschlechtern. Der vorgeschlagene Plan wurde jedoch abgelehnt. Auch wird allgemein behauptet, wenn es auch dokumentarisch nicht bewiesen ist, daß die amerikanische Regierung tatsächlich Maßregeln zur künstlichen Niederhaltung der amerikanischen Währung getroffen habe.

Dasselbe Problem präsentiert sich, von den valutaschwachen Ländern aus gesehen, als Ausverkauf der für das eigene Land wichtigen Waren. Als Gegenmaßregeln setzen Ausfuhrverbote, Ausfuhrabgaben und künstliche Erschwerung der Warenausfuhr ein. Wir sehen also einen ganz chaotischen Zustand: einerseits die Notwendigkeit für Deutschland, Waren zu exportieren, um die Reparationslasten bezahlen zu können; andererseits Maßregeln der Länder mit hochwertiger Valuta

gegen die deutsche Einfuhr, und schließlich Maßregeln in Deutschlands zur Verhinderung der Ausfuhr. Es ist selbstverständlich, daß das Reparationsproblem nur durch eine internationale Organisation, durch internationale Abkommen gelöst werden könnte. Das Wiesbadener Abkommen, der Besuch der deutschen Gewerkschaftler in Nordfrankreich sind Versuche in dieser Richtung. Dagegen ist die geplante Kredithilfe der deutschen Industrie für die deutsche Regierung ein Versuch, die Uebertragung der in den Gebieten der Ueberproduktion überflüssigen Produktionsmittel von Deutschland aus zu bewerkstelligen. Wir sehen: Die wirtschaftspolitischen Bestrebungen kreuzen sich und zeigen einen ähnlich chaotischen Zustand wie die kapitalistische Weltwirtschaft selbst.

31. Okt. 1921.

Eugen Pawlowski.

Die Krise der Kleinen Entente und Ungarns.

In den aus der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie hervorgegangenen Staaten spielen sich gegenwärtig sehr lehrreiche Ereignisse ab, die für die gesamte europäische Politik von Bedeutung sind. Es sind Tendenzen vorhanden, die nicht nur für das Schicksal des tschechischen, österreichischen, südslavischen, rumänischen, ungarischen und bulgarischen Proletariats von entscheidender Bedeutung sein können, sondern auch die Politik großkapitalistischer Staaten wie Italien und Frankreich und auch die internationale Lage Sowjetrußlands beeinflussen.

Die aggressiven Tendenzen gehen in drei Richtungen: erstens: militärische Vorbereitung Rumäniens gegen Sowjetrußland, zweitens: Bewaffnetes Vorgehen Ungarns in Westungarn, drittens: die in Albanien begonnenen militärischen Aktionen Südslaviens.

Diese drei aggressiven Tendenzen treten mit großer Schärfe in der Politik der Staaten der Kleinen Entente und der Balkanstaaten

hervor. Sie unterstützen sich zuweilen oder sie kreuzen sich, aber jedenfalls wirken sie gemeinsam und gleichzeitig.

Untersuchen wir diese treibenden Kräfte einzeln.

1. Rumänien gegen Sowjetrußland.

Das Magnaten-Rumänien trifft fieberhafte militärische Vorbereitungen gegen Sowjetrußland. Bessarabien und Transsylvanien sind zu ungeheuren Waffenlagern gemacht worden. Rumänien mobilisiert immer größere Truppenmassen. Immer größere Mengen von Waffen und Ausrüstungsgegenständen kommen aus Frankreich. Die französischen offiziellen Kreise können den Waffentransport nicht mehr leugnen, aber sie motivieren ihn mit verlogenen Versicherungen, daß Rumänien gezwungen sei, sich gegen die aggressiven Absichten Sowjet-Rußlands zu schützen usw. Jeder Arbeiter weiß, daß Sowjet-Rußland alle seine

Kräfte für den Kampf gegen den Hunger sammelt und nicht an Rumänien denkt, und noch besser wissen dies die Diplomaten der Entente. Rumänien bereitet sich auf Befehl Frankreichs für den Angriff gegen Sowjetrußland vor.

Die innere Lage Rumäniens macht dieses während des Weltkrieges gewachsene Land für militärische Aktionen wenig geeignet. Seine Industrie ist unentwickelt, die Landwirtschaft befindet sich im Verfall. Bestechlichkeit und allgemeine Käuflichkeit haben einen ungeahnten Umfang erreicht. Das Transportwesen ist durchaus ungenügend. Das finanzielle Defizit wird gröber und größer. Die im Weltkriege geraubten neuen Provinzen: Bessarabien, die Bukowina, Transsylvanien und die Dobrudscha werden nur durch grobe Gewalt gehalten. Die Bürokratie ist noch jung, ihrer Zusammensetzung nach zufällig, unertahren und grenzenlos bestechlich. Gegen das nach dem allgemeinen Streik 1920 besiegte Proletariat, gegen die zu illegaler Existenz verurteilte Kommunistische Partei, gegen die in ihren Traditionen revolutionäre Bauernschaft und gegen die verschiedenen irredentistischen Bewegungen kämpfen die an der Macht stehenden Magnaten mit drakonischen Maßnahmen. Das nach dem Kriege entstandene Groß-Rumänien wird nur durch eine riesige Armee, eine zahlreiche Gendarmerie und durch den politischen Geheimdienst vor dem Zusammenbruch bewahrt. Der Unterhalt einer derartigen militärischen Macht kostet ungeheure Summen. Diese Gelder kann der an chronischem Defizit leidende Staat der rumänischen Magnaten nur von Frankreich erhalten. Die rumänische militärische Macht existiert nur dank dem französischen Gelde und den französischen Waffen. Frankreich erhält die rumänische Armee und verfügt über sie nach seinem Belieben. Unterhalt und Bewaffnung der rumänischen Armee sind für Frankreich Unkosten, mit deren Hilfe es die dem Zarenrußland geliehenen Milliarden zurückzuerhalten hofft. Und je weiter der innere Zusammenbruch in Rumänien fortschreitet, je mehr sich die Macht der Magnaten auf Gewaltmaßnahmen stützt, desto wichtiger wird die Armee für die rumänischen herrschenden Klassen und um so gewichtiger wird das

Wort Frankreichs. Das bedeutet wiederum, daß Rumänien umso schneller durch die nach ihren Milliarden dürstende französische Bourgeoisie zum Kriege gezwungen werden kann, je weniger es einem Kriege gewachsen ist. Rumänien fürchtet den Krieg. Es fühlt, daß ein Krieg mit Sowjetrußland, das die Aufteilung des Bodens verwirklicht hat, für Rumänien sehr verhängnisvoll werden kann. Die rumänische Bauernschaft hat nach dem Kriege einen Teil jenes Bodens an sich gerissen, den man ihr schon seit Jahrzehnten versprochen hatte. Die neue Bodenreform ist zum Teil nichts anderes als eine Sanktionierung dieser revolutionären Handlung, zum anderen Teil ist sie ein Versuch der rumänischen Agrarier, den verlorenen Boden zurückzugewinnen. Die rumänischen Magnaten haben die entsetzlichen blutigen Bauernaufstände noch nicht vergessen. Bei der Erörterung der Bodenreform im rumänischen Parlament fragte einer der Deputierten der Opposition angstzitternd: „Was fangen wir mit den Bauern an im Falle eines neuen Krieges? Was werden wir ihnen dann zu versprechen haben, wenn wir die großen Güter schon jetzt aufteilen?“ Das ist in der Tat die Frage, die für die rumänischen Magnaten aktuell wird, sobald es zu einem neuen Kriege kommt, besonders aber, wenn es zu einem Krieg gegen Sowjetrußland kommt. Der Krieg würde in Rumänien nicht nur die Bauernfrage in den Vordergrund stellen, sondern auch die Frage des unterdrückten Proletariats. Außerdem würde er auch die Frage nach der Bukowina, nach Bessarabien, Transsylvanien und der Dobrudscha aufwerfen, ferner die Frage der Irredenta. Wenn indessen Frankreich befiehlt, so muß diesem Befehl Folge geleistet werden, oder die rumänische Armee würde zusammenbrechen, und damit würden diese Fragen sofort aktuell. Frankreich wird den Befehl geben, und die von ihr ausgehaltene rumänische Armee wird sich auf die Ukraine stürzen.

2. Das Ungarn des Admirals Hortfy gegen die Kleine Entente.

Ungarn durchlebt jetzt eine ernste Krise. Einerseits verschärfen die Folgen des Frie-

dens von Trianon und die ökonomische Krisis den Kampf der einzelnen herrschenden Klassengruppen gegeneinander, andererseits vergrößern sie den vom Proletariat ausgeübten Druck. Die „christliche Richtung“, die die Macht nach der Niederwerfung der proletarischen Diktatur usurpiert hat, liegt in den letzten Zügen. In der ersten Periode ihres Bestehens war sie eine Herrschaft der kleinen städtischen Bourgeoisie und der Intelligenz, mit Unterstützung der Bauernmasse. Diese Herrschaft kam in der Unterdrückung der industriellen und landwirtschaftlichen Arbeiter und in dem Kampfe gegen das Großkapital und den Großgrundbesitz zum Ausdruck. Es ist ihnen allerdings gelungen, das Proletariat niederzuschlagen, aber der Kampf gegen das Kapital und den Großgrundbesitz endete mit einem schmachvollen Fiasko. Die Bodenreform, die den Agrariern den Boden wegnehmen sollte, ist allerdings Gesetz geworden, aber dank dem Umstände, daß die örtliche komitatistische Verwaltung in den Händen der Agrarier ruht, ist es nicht gelungen, dieses Gesetz durchzuführen. Bisher haben die Bauern weniger als 5 000 Joch (also weniger als 2 900 Hektar) erhalten. Der Kampf gegen das Großkapital ist zu einer Karikatur geworden. Sein einziges Ergebnis war die Abschaffung der Kinokonzessionen.

Der von der „christlichen Richtung“ angekündigte Kreuzzug gegen das jüdische Bankkapital fand seinen Abschluß in der Berufung des Direktors einer der jüdischen Unternehmungen, der Pester Commersbank, auf den Posten des Finanzdiktators des Landes. Das Großkapital, das zunächst durch Hintertüren einen Weg zu den bestechlichen Vertretern der „christlichen Richtung“ fand, betrat jetzt erhobenen Hauptes die Staatsarena. Die Parolen der ersten Periode der christlichen Richtung waren: Kampf den jüdischen Pächtern, dem jüdischen Kapital und den großen Wohnungen der reichen Juden. Die Führer selbst nannten es — den weißen Bolschewismus. Dieser weiße Bolschewismus kam jedoch in eine katastrophale Lage, und — das Defizit der staatlichen Budgets machte ihn zum treuen Diener der Banken. Das nationale und das ausländische Großkapital forderte rechtliche Verhältnisse, d. h. die Ab-

sage an die gegen das Kapital gerichteten Maßnahmen und energisches Vorgehen gegen jene Offiziersbanden, die auf eigene Faust gegen die reichen Juden kämpften. Wohl oder übel mußte der „christliche Bolschewismus“ seinen kleinbürgerlichen Antimilitarismus aufgeben. Aber auch das half ihm nichts. Die Folgen des Friedens von Trianon und die allgemeine ökonomische Krise zogen ihn mit größter Schnelligkeit in die Katastrophe hinein. Die industrielle Produktion verringerte sich immer mehr, und der Verfall der Landwirtschaft vergrößerte sich mit jedem Tage. Der mit großem Lärm unternommene Versuch zur Festigung der Valuta endigte mit einem völligen Zusammenbruch der ungarischen Krone. Die ungeheure Teuerung und die kolossale Armee verschlangen alle staatlichen Einnahmen. Die Diktatur des Finanzdiktators führte im Laufe eines Jahres dazu, daß die für die Regulierung der Staatsfinanzen bestimmte große Summe für die Erhöhung der Beamtengehälter verwandt werden mußte. Nach einer längeren Pause mußte wieder die Nctenpresse in Tätigkeit gesetzt werden; die erste Emission betrug schon 10 Milliarden Kronen.

Die finanzielle Krise verschärfte die Spannung in den Beziehungen der Klassen, die bisher unter der christlichen Masse geherrscht hat, außerordentlich. Die agrarischen Aristokraten veranstalteten eine richtige Hetze gegen die Führer der Partei der kleinen Landwirte, und die Dorfbourgeoisie drohte offen mit einer Bauerndiktatur. Im Schoße der christlich-nationalen Partei nahmen die Zwistigkeiten zwischen der Bourgeoisie und den Agrariern auf der einen Seite und den städtischen kleinbürgerlichen Elementen auf der anderen immer mehr zu. Daher vollzieht sich in der Partei eine Spaltung und eine Umgruppierung auf der ganzen Linie. Es wurden Versuche unternommen zum Zweck der Vereinigung der Landwirte aus der Partei der kleinen Bodenbesitzer mit der Bourgeoisie und den Großgrundbesitzern aus der christlich-nationalen Partei, sowie der Kleinbauern-elemente aus der Partei der kleinen Bodenbesitzer mit der städtischen Kleinbourgeoisie und der Intelligenz. Jener Teil des Großgrundbesitzes, der mit dem Finanzkapital verbündet ist und ursprünglich zu der alten libe-

ralen Partei gehörte, später aber zur Partei der „nationalen Arbeit“ (Richtung Stephan Tisza) übergang, verkündete offen, nachdem er von der politischen Arena verdrängt worden war, den Kampf gegen die Nationalversammlung der Kleinbourgeoisie und der Kleinbauern. Er zweifelte die Rechtmäßigkeit der Nationalversammlung an und forderte die Einberufung der alten Deputiertenkammer und des Oberhauses. Der andere mehr zum Katholizismus neigende und sich eher der Großindustrie anschließende Teil des Großgrundbesitzes (Richtung Andrassy) ging ebenfalls zum Angriff über und forderte die Beseitigung der Bauernherrschaft. Beide Richtungen stimmten darin überein, daß eine aggressive Gegenrevolution im Grunde genommen auch eine Revolution sei, und forderten daher die Wiederherstellung der alten „Ordnung und Ruhe“. Beide Richtungen sind legitimistisch, habsburgisch und karlistisch. Die typisch christliche Richtung des Karlismus lehnt übrigens die Unterstützung der Juden nicht ab. Die Liberalen sind mit dem jüdischen Bankkapital verbündet, der Großgrundbesitz der Richtung Andrassy dagegen erstrebt die Vereinigung mit der städtischen demokratischen jüdischen Kleinbourgeoisie.

Die Königsfrage macht die Politik aller dieser Klassen immer verwickelter. Wenn wir unwesentliche Nuancen außer acht lassen, finden wir zwei immer schärfer hervortretende Hauptrichtungen. Die erste sind die Karlisten. Sie wollen die Habsburger wieder auf den Thron bringen. Diese Richtung stützt sich auf die Agrarier, die Großkapitalisten, die Bourgeoisie überhaupt, auf die Juden und einen Teil der Intelligenz, d. h. auf solche Klassen, die unter den Habsburgern an der Macht waren oder bei deren künftiger Herrschaft die Macht in ihre Hände zu bekommen hoffen. Die Rückkehr der Habsburger bedeutet die endgültige Aufgabe der Agrarreform, das Ende des weißen Bolschewismus, das Aufhören der Judenpogrome und außerdem — die Wiederaufrichtung des früheren Ungarns, die Wiedereroberung der Slowakei, Transsylvaniens, der Patschkei, Bannatas und Westungarns.

Die zweite Richtung bilden die Anhänger der freien Königswahl. Ihre Stütze sind die Bauernschaft, der größte Teil des unteren Offizierskorps und ein Teil der Intelligenz.

Unter der ungarischen Bauernschaft leben noch immer die Traditionen der Revolutionen von 1848. Die Befreiung der Leibeigenen wurde von Koshut und der Revolution gegen den Willen der Habsburger bewirkt. Die Intelligenz und ein Teil der Offiziere wurden von der schwarz-gelben Richtung stets verfolgt. Daher sind sie den Habsburgern feindlich und bis zu einem gewissen Grade antiklerikal. Im Laufe der Zeit unterstützte diese Richtung immer häufiger das Regime Horthy. Horthy hat seinerzeit die Macht als Stellvertreter der Habsburger an sich gerissen, aber mit der Zeit wird er immer selbständiger. Jetzt beabsichtigt er, jene Macht in seinen Händen zu behalten, die er im Namen des rechtmäßigen Königs erhalten hat. Der Kampf zwischen Karlisten und Horthysten ist in alle Teile der christlichen Richtung gedrungen. Die Offiziersabteilungen der Armee sind in zwei Teile zerfallen: in Anhänger Proneis (Horthysten) und in die Anhänger Ostenburgs (Karlisten). Die großen öffentlichen Organisationen des weißen Terrors sind ebenfalls in zwei Lager zerfallen; die „Erwachenden Magyaren“ sind Karlisten; die zwischen der Donau und Tisza stationierten Organisationen sind Horthysten. Die Organisation des niederen Offizierskorps steht auf der Seite Horthys, die Organisation des obersten Offizierskorps ist den Habsburgern günstig gestimmt.

Es gibt zwei Schichten, die in diesem von Klassen, Parteien und Cliques geführten Kampf um die Macht entscheidend eingreifen können. Die eine ist das Proletariat. Das industrielle und landwirtschaftliche Proletariat hat sich in den letzten Jahren nach den erlittenen Niederlagen schon etwas erholt. Gegenwärtig existiert in Ungarn wieder eine Arbeiterbewegung. Eine Viertelmillion organisierter Arbeiter steht unter demselben Banner. Auch landwirtschaftliche Arbeiterorganisationen haben sich wieder gebildet. Aber immer noch machen die allmächtige Staatsgewalt, der beispiellos gemeine Verrat der Sozialdemokratie und die Schwäche der kommunistischen Partei es dem Proletariat unmöglich, wieder ein aktiver Faktor des politischen Lebens zu sein. In den letzten Wochen folgte ein Streik dem anderen, eine Aussperrung der andern. Verhaftungen von Mitgliedern der unabhängig voneinander auf-

tauchenden kommunistischen Organisationen finden fast wöchentlich statt. Die Sozialdemokratie ist in politischer Hinsicht eine einfache Ergänzung des Bündnisses der Bourgeoisie mit den Arbeitern, in dem die Großindustriellen die Hauptrolle spielen; bei den letzten Deputiertenwahlen sank sie herab bis zur Rolle des „abstimmenden Viehs“, indem sie ihre Stimmen zugunsten der industriellen Kandidaten abgab. Die wechselseitige Bekämpfung der herrschenden Klassen hat der gewerkschaftlichen Bewegung schon jetzt eine gewisse Freiheit gewährt, und in nächster Zeit wird die Ungarische Kommunistische Partei den von der Kommunistischen Internationale vorgezeichneten Weg beschreiten. Gegenwärtig leitet indessen nicht das Proletariat, sondern die Intelligenz das politische Leben des Landes. Sie bildet jetzt die aggressivste und tätigste Schicht der ungarischen Bevölkerung. Ohne sich die Rolle der Intelligenz klar zu machen, kann man weder die äußere noch die innere Politik des Admirals Horthy begreifen. Das Abenteuer im westlichen Ungarn war hauptsächlich eine Idee der Intelligenz. Sie war es, die das Banner des weißen Bolschewismus und die Idee der territorialen Unantastbarkeit erhob.

Woraus besteht nun diese Intelligenz? Aus Beamten der komitatischen Bürokratie, Schreibern und Sekretären der Ministerien, Richtern und Notaren, Finanzleuten, Rechtsanwälten, Lehrern und Professoren, Gendarmen und Geistlichen, Schriftstellern, Schauspielern, Künstlern und Studenten. Die Intelligenz war von Anfang an das wütendste und lauteste Element des weißen Terrors. Die genannten Gruppen hassen nicht nur das Proletariat, sondern auch die andere moderne kapitalistische Klasse — die Bourgeoisie. Während des Krieges und der ökonomischen Krisis waren sie ebenso wie die ihnen entsprechenden Schichten in ganz Mitteleuropa vom völligen Ruin bedroht. Sie haben nichts mehr zu verlieren, daher sind sie zu Aufständen bereit. Sie leben von einem bestimmten Gehalt, das weit hinter den heraufschnellenden Preisen zurückbleibt. Die Zahl der Beamten in Ungarn beträgt gegenwärtig 25 000. Der Konsumverein der Beamten versorgt 800 000 Menschen. Zehn Prozent der Bevölkerung sind also staatliche

Angestellte. Die Unzufriedenheit und Aggressivität dieser Schichten verstärkt sich noch außerordentlich durch den Zulauf von Hunderttausenden von Flüchtlingen. Aus früheren ungarischen Gebieten, die dreimal größer waren als das gegenwärtige Ungarn, flüchtet die gesamte ungarisch sprechende Intelligenz in das jetzige kleine Ungarn. Im alten Ungarn war ungarisch die Muttersprache der Intelligenz; denn das ehemalige ungarische Reich war für die ungarisch sprechenden Klassen nur ein Instrument zur systematischen Unterdrückung und Ausbeutung nicht allein der werktätigen Massen, sondern auch der Bourgeoisie der anderen Nationalitäten. In allen staatlichen zentralen und lokalen Institutionen, in der komitatischen Verwaltung, in den Schulen und der Presse, in Kirche, Literatur, Theater und Wissenschaft, war obligatorisch die ungarische Sprache eingeführt, die rumänischen, slowakischen und serbischen Gebiete nicht ausgeschlossen.

Alle diese ungarisch sprechenden Richter und Vizenotare, Bürgermeister, Lehrer und Professoren, Rechtsanwälte, Eisenbahner, Journalisten und Beamten aller Kategorien verließen zu Hunderttausenden die „abgetretenen“ Gebiete und siedelten nach Ungarn über. Das durch den Krieg und die auf die Diktatur des Proletariats folgende Besetzung durch rumänische Truppen verarmte Ungarn war natürlich nicht imstande, die gesamte Intelligenz des früheren dreimal größeren Ungarns zu unterhalten; es war nicht einmal imstande, das Offizierkorps der weißen Garde und den Beamtenstab des aktiv wirksamen, gegenrevolutionären Apparates zu bezahlen. Hunderttausende Beamtenflüchtlinge leben von armseligen Unterstützungsgeldern und haben in der Mehrzahl der Fälle nicht einmal ein Obdach. Allerdings werden in Budapest große Wohnungen reicher Juden gewaltsam requiriert, aber trotzdem wohnt ein Teil der Flüchtlinge in Eisenbahnwagen. Das offizielle Regierungsorgan „Uj Nemzedek“ schreibt: „Die Wohnungsnot untergräbt auch das ungarische Transportwesen. Bekanntlich werden 4500 Güterwagen der ungarischen staatlichen Eisenbahn zu Wohnzwecken benutzt. Es ist festgestellt worden, daß ein Drittel des Eisenbahnwagenbestandes seiner

Aufgabe immer noch nicht zugeführt werden kann." Die Güterwagenbewohner haben zum Schutze ihrer Interessen sogar einen besonderen Verband gegründet.

Diese vor der Not geflüchtete, elend lebende Intelligenz ist das wichtigste und aktivste Element des weißen Bolschewismus. Sie fordert eine Wohnungsdiktatur, d. h. Requisition von Wohnungen der reichen Juden. Sie fordert die Uebergabe der im Besitz von Juden befindlichen Konzessionen auf Kinos, Kioske und Hotels in ihre Hände. Diese Elemente zwingen die Regierung, die ihnen gegenüber vollkommen hilflos dasteht, antikapitalistische Parolen herauszugeben. Wenn sich das landwirtschaftliche oder industrielle Proletariat auch nur zu rühren wagt, so kann die Regierung ohne weiteres mit Maschinengewehren antworten. Im Falle des Aufstandes der gegenrevolutionären Intelligenz dagegen würde es der Regierung des weißen Terrors sehr schwer fallen, Gewaltmittel anzuwenden, denn diese Intelligenz ist Blut von ihrem Blut und Fleisch von ihrem Fleische. Die weißen terroristischen Offiziersbanden sind im Grunde genommen auch nur ein Bestandteil derselben Intelligenz. Der Apparat des weißen Terrors ist für die Unterdrückung dieser aufrührerischen gegenrevolutionären Intelligenz ganz untauglich. Sie ist in Ungarn die einzige gesellschaftliche Schicht, die Versammlungs-, Vereins- und Pressefreiheit genießt. Ihre Organisation besteht aus zahlreichen Offiziersabteilungen, der Offiziersorganisation „Move“, dem „Verband der Erwachenden Magyaren“, aus ministeriellen und Universitätsbataillonen. Die sich immer mehr auf den Großgrundbesitz und die große Bourgeoisie stützende Regierung klagt immer häufiger darüber, daß diese Organisationen ein Staat im Staate seien, daß sie sich den Verfügungen der Regierung nicht unterordnen, daß sie mit ihren „individuellen Aktionen“ der Durchführung der Regierungsmaßnahmen im Wege stehen, daß sie terroristischer seien als der weiße Terror der Regierung. Das sind jene Elemente, die nicht nur die Budapester Arbeiter kastrieren, sondern auch reiche Kaufleute und Juden totschiessen und berauben. Sie veranstalten nicht nur Raubzüge auf Arbeiterkassen und dringen in die Büros der Gewerkschaften

ein, sondern sie berauben mit vorgehaltenen Revolvern das Publikum in bürgerlichen Cafés und Klubs. Sie werfen nicht nur die Proletarier aus den ihnen von der Diktatur zur Verfügung gestellten Wohnungen hinaus, sondern quartieren mit bewaffneter Gewalt die bisher in Güterwagen wohnenden Flüchtlinge in die Bankierswohnungen der Leopoldstadt ein. Sie verjagen nicht nur das Landproletariat aus den während der proletarischen Diktatur sozialisierten Landsitzen, sondern sie organisieren auch bewaffnete Banden für die Ausraubung der den reichen Juden und Magnaten gehörenden Güter im ungarischen Teil Ahlfelds. Die Führer dieser Elemente sind Friedrich und Heyas.

Die äußerst zahlreiche Masse der Beamten und der geflüchteten Intelligenz ist im Hinblick auf ihre verzweifelte Lage die aggressive Trägerin der Großungarischen Idee. Das gegenwärtige kleine Ungarn kann diese Schichten nicht befriedigen. Um nicht endgültig zugrunde zu gehen, um nicht in die Reihen des Proletariats hinabzusinken — diese Elemente hassen und fürchten nichts so sehr wie die physische Arbeit —, müssen sie das ehemalige Großungarn wiederherstellen. Der Verlust der Slowakei, Transsylvaniens und des westlichen Ungarns bedeutet für sie den Verlust von Stellungen, während eine Wiedereroberung dieser Gebiete ihnen die Rückkehr in ihre Stellung, sowie Gehalt, Wohnung und allen früheren Einfluß verspricht. Die Parole dieser Elemente ist: „Groß-Ungarn war ein Paradies, jetzt ist es eine Hölle“. Auf ihren Fahnen steht geschrieben „Niemals! Niemals! Niemals!“ als Protest gegen den Frieden von Trianon und gegen die Zersplitterung des Landes. Die unter der tschechischen, rumänischen und serbischen Herrschaft stehenden Komitate veranstalten noch immer allgemeine Versammlungen in Budapest. Die aus den besetzten Gebieten geflüchteten Universitäten behielten bis jetzt noch ihre alten ungarischen Bezeichnungen. Diese verzweifelte, mit furchtbarer Not kämpfende, mit Größenwahn und krankhaftem Chauvinismus erfüllte Intelligenz bildet gegenwärtig die aktivste und aggressivste Kraft der ungarischen Politik. An sie schließt sich das vom Kapitalismus ruinierte Element des städtischen Kleinbürgertums an, das ebenfalls gegen die Prole-

tarisierung ankämpft, und jenes Offizierselement, das seine frühere Stellung durch den Frieden von Trianon zwar eingebüßt, sich aber beim Regime des Admirals Horthy in verschiedenen weißgardistischen Formationen und unter Bezeichnungen wie „Stadtschutz“, „Feuerwehrtruppe“ usw. recht gut eingerichtet hat; aber es hat immerhin allen Grund, um seine Zukunft besorgt zu sein. Ferner schließen sich ihr Studenten an, die die Universität nicht beendet haben, stellenlose Beamte, ruinierte Kaufleute, kurz alle diejenigen, die der langjährige Krieg aus dem früheren Geleise gebracht und denen er die Möglichkeit genommen hat, die gewohnte Lebensweise weiter zu führen, — alle diejenigen, die der Frieden von Trianon und die ökonomische Krisis für immer der Existenzmittel beraubt haben.

Alle diese verzweifelten, in Armut gebrachten und die endgültige Proletarisierung fürchtenden unruhigen Elemente haben anfangs Horthy und die christliche Richtung unterstützt. Aber Enttäuschung folgte auf Enttäuschung. Die christliche Richtung war nicht imstande, ihnen Wohnung und Existenzmittel zu geben. Horthy unterschrieb den Frieden von Trianon, Horthy traf Vereinbarungen mit den Tschechen, Horthy lieferte sich der Entente aus. Horthy unternahm keinen Schritt für die Wiederaufrichtung Groß-Ungarns. Diese verzweifelten und ernüchterten Massen treten immer schärfer gegen Horthy auf und gehen in großen Mengen in das karlistische Lager über. In ihnen sehen wir ein merkwürdiges Gemisch eines rot-weiß-grünen Chauvinismus mit schwarzgelbem Legitimus, des Rakocsigesistes mit einer Verehrung der Habsburger. Im selben Maße, wie sich die christliche Richtung in eine Herrschaft der Agrarier und Kapitalisten verwandelte, d. h. in dem Grade, wie der weiße Bolschewismus ein liberaler Katholizismus geworden ist und der ursprünglich auf dem Standpunkt des territorialen Ungarns stehende Horthy den Frieden von Trianon unterzeichnet hat und ein Stellvertreter der Entente geworden ist, — im selben Maße haben sich diese Elemente aus einer Stütze des Staates Horthy in ein Werkzeug seiner Zerstörung verwandelt.

Nur wenn man sich über die Rolle der genannten Schichten klar ist, kann man die gegenwärtige ungarische Politik und die ganze westungarische Frage verstehen. Die Organisatoren und Regisseure des westungarischen Abenteuers — Friedrich und Heyas — sind die Führer dieser Schichten. Friedrich, der Hauptführer des linken Flügels der karlistischen Bewegung, des Irredentismus, des Hasses gegen den Frieden von Trianon und des Antihorthysmus, hat klar und offen die neue Parole ausgegeben: „Der einzige Ausweg ist, daß man sich das Vaterland selbst erobert. Der Rest des ungarischen Staates ist nicht imstande, die Beamten und diesen ungeheuren Apparat zu unterhalten Großungarn widme ich meine Abenteuerpolitik Ich bin kein Politiker, kein Deputierter mehr, sondern nur ein Soldat, und als Soldat werde ich bis zum letzten Blutstropfen für die Wiedereroberung der verlorenen Gebiete kämpfen!“

Das westungarische Abenteuer bildet den ersten Versuch, die abgetretenen Gebiete zurückzugewinnen. In Westungarn haben die Banden Friedrichs nicht nur um dieses selbst, sondern auch um Transsylvanien und die Slowakei gekämpft. Sie bestehen hauptsächlich aus der Intelligenz angehörenden Flüchtlingen, Transsylvaniern, Seklerzern, Hörern der landwirtschaftlichen Bergakademie, aus Studenten, Offizieren aller Kategorien und Beamten-Flüchtlingen. Ein Teil dieser Leute (Seklerzer und die Hörer der landwirtschaftlichen Bergakademie) kämpften auch in den Reihen der Armee der proletarischen Diktatur in der Hoffnung, daß die Diktatur des Proletariats die verlorenen Gebiete zurückgewinnen würde.

Kaum begannen sich Friedrich und die Karlisten zu rühren, konnte auch Horthy nicht mehr passiv bleiben. Sogar unter seinen überzeugtesten Anhängern beginnt seine Popularität zu schwinden. Wenn er die Idee Großungarn endgültig aufgibt, wird er sich sein eigenes Grab graben. Daher mußte er das karlistische Abenteuer der Friedrichleute unterstützen, obwohl er sich dessen bewußt ist, daß die Banden Friedrichs im Falle eines Erfolges sich gegen ihn kehren werden. Horthy beteiligte sich an dem westungarischen Abenteuer gegen seinen Willen, denn es

widerspricht seinen Interessen. Er hält sich jetzt hauptsächlich dank dem Umstande, daß die Kleine Entente sein Verbleiben auf dem ungarischen Thron gegenüber der Aussicht einer Rückkehr der Habsburger als geringeres Uebel betrachtet.

Solange die gesamte christliche Richtung Horthy unterstützte, war die äußere Politik der Regierung klar und verständlich. Ihre Quintessenz war der „abgeschlossene Vertrag“. Dieser Vertrag war im Grunde genommen nichts anderes als eine Verpachtung der ungarischen nationalen Armee an Frankreich zum Zweck des Feldzugs gegen Sowjet-Rußland. Dieser Vertrag hätte Ungarn in dieselbe Lage gebracht, in der sich gegenwärtig Polen und Rumänien befinden. Ungarn hätte sich in einen Vasallen Frankreichs im Kampfe gegen Sowjet-Rußland verwandelt. Die endgültige Unterzeichnung dieses Vertrages wurde durch den Widerstand Englands und der Kleinen Entente verhindert. Seitdem sich die Wege Horthys und der Karlisten trennen, rivalisieren in der ungarischen äußeren Politik zwei Richtungen. Die erste ist die Richtung Horthys. Sie strebt der Großen Entente zu, will sich mit der Kleinen Entente verständigen und ist bereit, nicht nur auf die Habsburger, sondern auch auf die „abgetretenen“ Gebiete zu verzichten, wenn man ihr eine nationale Armee gönnen und kleine territoriale Zugeständnisse machen würde. Die zweite Richtung bilden die Karlisten. Sie wollen sich mit dem Frieden von Trianon nicht abfinden und einen Kampf, wenn nicht mit Polen, so doch mit der Kleinen Entente beginnen. Mit Hilfe gewisser Kreise der französisch-englischen Diplomatie wollen sie die Habsburger wieder auf den Thron setzen und planen eine Rückeroberung der Slowakei und Transsylvaniens.

An dem westungarischen Abenteuer beteiligten sich bewaffnete Kräfte beider Richtungen. Horthy wußte, daß dieses Abenteuer für ihn verhängnisvoll werden könnte, denn er begriff, daß, wenn es Friedrich gelänge, einen „selbständigen, unabhängigen und neutralen“ westungarischen karlistischen Staat zu begründen, dieser letztere dann mit ihm bis auf den Tod kämpfen und Karl Habsburg auf den Thron setzen würde. Wenn dieser Versuch

aber nicht gelänge, wenn die Große oder die Kleine Entente das Abenteuer mit bewaffneter Hand niederschlagen würde, so könnte auch er mit den Karlisten untergehen. Ungeachtet dessen war er gezwungen, sich an dem Abenteuer zu beteiligen, und er hofft jetzt, mittels Verhandlungen die ganze Angelegenheit loszuwerden. Er ist bereit, sich mit kleinen territorialen Zugeständnissen zufrieden zu geben. Aber damit steht er allein. Die Karlisten sind damit nicht einverstanden.

Vergeblich evakuiert jetzt Horthy das Burgenland. Die Karlisten evakuieren dieses Gebiet nicht.

Somit ist das Ungarn Horthys und Friedrichs mit allen seinen inneren Gegensätzen eine Art Keil im Körper der Kleinen Entente, ein Hindernis für ihre Festigung, für ihre endgültige einheitliche Organisation. Da aber der einzige Zweck des Bestehens der Kleinen Entente die Bedrohung Sowjet-Rußlands ist, so erscheint es als eine merkwürdige Ironie des Schicksals, daß ausgerechnet der antibolschewistischste Staat Europas, das Ungarn des Admirals Horthy, gegenwärtig das größte Hindernis für die Aufrichtung einer einheitlichen, starken antibolschewistischen Front in Mitteleuropa ist.

3. Die Vereinbarung der Kleinen Entente mit Horthy.

Unter dem Druck der Bourgeoisie der Großen Entente und zur Verringerung der Kräfte des eigenen Proletariats wollen die Regierungen der Kleinen Entente unter allen Umständen eine Verständigung mit Horthy herbeiführen. Angesichts der verschiedenen karlistischen Bewegungen (die aktivsten Karlisten finden sich in der Slowakei, Oesterreich, Ungarn und Horwathien) läge diese Verständigung nicht nur im Interesse Horthys, sondern auch in dem der Kleinen Entente. Die letztere ist bestrebt, ihre Hegemonie in den Staaten der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie zu errichten. In Oesterreich ist dies im wesentlichen gelungen, jetzt ist die Reihe an Ungarn. Dieses Ziel verfolgen die Besprechungen in Bratislav und Brünn. Zu demselben Zweck setzte sich

der „Demokrat“ und „Republikaner“ Benesch an einen Tisch mit dem Vertreter des jetzigen Ungarns, dem Royalisten Grafen Banri.

Die Kleine Entente hat im großen und ganzen eine bedeutende Evolution durchgemacht. Sie entstand im Zeichen der „Demokratie, Republik und des Einverständnisses mit Sowjet-Rußland“. Aber der innere Klassenkampf in den zu ihr gehörenden Staaten ändert immer mehr die Richtung ihrer äußeren Politik. Die großen Erfolge der kommunistischen Bewegung in Südslawien, der allgemeine Streik Ende 1920 in Rumänien und der grandiose allgemeine Streik in der Tschechoslowakei waren ein Wendepunkt nicht nur der inneren, sondern auch der äußeren Politik dieser Länder. In der inneren Politik trat der weiße Terror gegen die Arbeiterbewegung in Rumänien und Südslawien und die Verfolgungen der Kommunisten in der Tschechoslowakei an die Stelle der demokratischen Prinzipien. In der äußeren Politik trat an die Stelle einer Verständigung mit Sowjet-Rußland der Krieg mit diesem. Der Rumäne Avarescu begann mit einem Friedensangebot gegenüber Sowjet-Rußland, jetzt leitet er die gegen Sowjet-Rußland und die Ukraine gerichtete rumänische Mobilisation.

Rumänien, das sich seiner inneren Schwäche bewußt ist, kann nur dann ein Kriegsabenteuer gegen Sowjet-Rußland riskieren, wenn ihm außer französischem Gelde und französischer Ausrüstung von der Tschechoslowakei und Südslawien aktive Unterstützung gewährt wird. Die Kleine Entente ist nicht nur ein politischer, sondern auch ein militärischer Bund. Solange zwischen Rumänien, Südslawien und der Tschechoslowakei das noch nicht entwaffnete Ungarn liegt, solange es eine ungarische nationale Armee gibt und solange die Kleine Entente nicht genau weiß, gegen wen diese Armee ihre Waffen gebrauchen wird, — solange kann sie sich nicht zu einem Einfall in Sowjet-Rußland entschließen. Die Verständigungsversuche mit Horthy haben somit den Zweck, der Kleinen Entente für den Kampf mit Sowjet-Rußland Bewegungsfreiheit zu verschaffen. Sie muß sich mit Horthy verständigen, seinen Kampf gegen das Proletariat und die Karlisten unter-

stützen, damit Rumänien seine Truppen aus Transsylvanien nach Besarabien schicken kann ohne zu befürchten, daß die Armee Horthys ihm in den Rücken stoßen und die ungarische Irredenta in Transsylvanien im entscheidendsten Augenblick einen Aufstand inszeniert. Die Kleine Entente muß sich mit Horthy verbünden, damit die Tschechoslowakei imstande ist, ihre Truppen sorglos in den Kampf gegen die Rote Armee zu werfen, ohne um das Schicksal der Slowakei besorgt sein zu müssen. Ohne eine Verständigung mit Ungarn wäre die Vorbereitung der Kleinen Entente für den Krieg mit Sowjet-Rußland sowohl in diplomatischer als auch in militärischer Hinsicht unvollständig. Nur die Verständigung mit Horthy, nur die Stärkung seiner Position gegen die Karlisten und die Lösung der westungarischen Frage mittels eines Kompromisses auf Kosten Oesterreichs und zugunsten Horthys — was der karlistischen Agitation den Boden nehmen würde — wird der Kleinen Entente gestatten, an die Verwirklichung ihrer Hauptaufgabe, die Erdrosselung Sowjet-Rußlands, heranzutreten, ohne die Habsburger fürchten zu müssen.

Die Verständigung der Kleinen Entente mit Horthy würde folgendes bedeuten:

1. Festigung des Horthy-Regimes und damit ein neuer starker Angriff gegen die erwachende ungarische Arbeiterbewegung.

2. Völlige Isolierung des österreichischen Proletariats und seine Auslieferung an das Schicksal angesichts der habsburgischen Gefahr.

3. Endgültige Vernichtung der letzten Reste der tschechischen Demokratie, grausame Verfolgungen des tschechischen, durch die ökonomische Krisis zur Aktion gezwungenen Proletariats nach rumänischem Muster.

Die Verständigung mit Horthy würde also unmittelbar nach sich ziehen: bedeutende Verringerung der Widerstandskräfte des gesamten Proletariats auf dem Territorium der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie, starke Festigung der Bourgeoisie in den Staaten der Kleinen Entente und in den Balkanländern, und mittelbar — durch die Bedrohung Sowjet-Rußlands — Schwächung des ganzen mitteleuropäischen Proletariats.

4. Endgültiger Zerfall Oesterreichs.

Durch ihre Verständigung mit Horthy haben die Große und Kleine Entente Oesterreich verraten. Das von den Sozialdemokraten regierte Oesterreich hat sich früher als alle anderen Länder der Herrschaft der Entente unterworfen. Auf den Wunsch der Entente hin haben die Sozialdemokraten Oesterreich endgültig entwaffnet. Dem Willen der Entente folgend, haben die Sozialdemokraten seinerzeit die ungarische Sowjet-Republik verraten, jetzt verraten sie die russische Republik. Oesterreich baute unter der Leitung der Sozialdemokraten seine gesamte Politik hauptsächlich auf der Hoffnung auf, von der Entente-Bourgeoisie Kredite zu erhalten, d. h., es rechnete mit einer durchaus problematischen Größe. Die Helden der Zweieinhalb-Internationale, Otto Bauer, Fritz Adler und Renner, behaupteten stets, daß nur die Orientierung nach der Entente hin und ein Bündnis mit der christlich-sozialen Bourgeoisie das österreichische Proletariat vor dem weißen Terror und dem Hungertode retten würden. Das Ergebnis dieser Politik — wie sie jetzt täglich anerkennen — war, daß das österreichische Proletariat noch niemals so sehr vom Terror der habsburgischen Restauration und der furchtbaren Gefahr des Hungertodes bedroht war.

Oesterreich ist in den tiefsten Abgrund geraten. Der finanzielle Krach ist vollständig, die Valuta ist entwertet, die Lebensmittelversorgung hängt vom Auslande ab, aber Oesterreich ist nicht imstande, mit ausländischen Devisen zu zahlen. Verzweifelte Panik der Konsumenten und Valutaspekulation der Geschäftemacher haben das Land aller Waren beraubt. Die Aufkäufer erzielen immer größere Profite, die Zahl der Arbeitslosen wächst unausgesetzt. Die Regierung macht eine Krise nach der anderen durch. Durch die schwankende finanzielle und politische Lage wird die Unsicherheit der Produktion geradezu unerträglich. Die Entente verspricht täglich Kredite, aber bisher hat man von diesen Krediten nichts gesehen. Die Sozialdemokratie arbeitet ein Finanzprogramm aus, das den bürgerlichen Staat

retten soll, aber die undankbare Bourgeoisie will sich nicht um seine Rettung kümmern. Anstatt der Kredite schenkte die Entente der österreichischen Republik das westliche Ungarn, d. h., sie verpflichtete sie, eine Grenze von 250 Kilometern Länge gegen das Eindringen der ungarischen karlistischen Banden zu verteidigen. Das Ergebnis ist: an Stelle der Kredite von der Entente — militärische Milliarden-Ausgaben. Das Sinken der Valuta zieht allwöchentlich eine Verteuerung um hundert Prozent nicht nur der industriellen Produkte, sondern auch der Lebensmittel nach sich; ein Teil der Arbeiterschaft nach dem anderen streikt, und die Beamten fordern andauernd Gehaltserhöhung. Der Staat druckt unaufhörlich neue Geldmilliarden, deren jede die Teuerung um hundert Prozent steigert. Die Gewerkschaftsbürokratie tut ihre Pflicht: sie gibt sich alle erdenkliche Mühe, die Arbeiter vermittelt ihrer Bremspolitik zu weiterem Hungern zu verurteilen und den bürgerlichen Staat, so lange dies noch möglich ist, zu retten. Aber das Proletariat ist nicht mehr so gehorsam wie früher. Der große Eisenbahnerstreik, der gegen den Willen der Gewerkschaftsbürokratie begonnen hat und den die Bürokratie und sozialdemokratische Partei trotz aller Anstrengungen nicht zu hintertreiben vermochten, zeigt deutlich, wie sehr der Einfluß der Gewerkschaftsbürokratie erschüttert ist. Das leitende Organ der österreichischen Beamenschaft, „Neue Freie Presse“, hatte durchaus recht, als es im Zusammenhang mit dem Eisenbahnerstreik von der Krisis des Staates und der Gewerkschaften sprach. Der österreichische bürgerliche Staat existiert jetzt nur dank der Gewerkschaftsbürokratie, so daß eine Krise der Gewerkschaften wirklich auch eine Krise des Staates bedeutet. In den proletarischen Massen macht sich schon eine starke Gärung bemerkbar, ein Massenaustritt aus der Sozialdemokratischen Partei hat begonnen, obwohl die zweite Phase dieser Bewegung — der Anschluß an den Kommunismus — noch nicht angefangen hat. Immer deutlicher kommt die Tendenz der proletarischen Massen zum Ausdruck: „Fort von der Sozialdemokratie“, und diese wird ergänzt von der Tendenz der kleinbürgerlichen und Bauernmassen: „Fort von Wien, fort von

Oesterreich". Diese separatistische Bewegung ist in Tirol und Salzburg erstarkt. Es kommen zwei Richtungen zur Geltung: die eine erstrebt die Befreiung vom sozialdemokratischen Wien, um sich Bayern unter der Macht der Wittelsbacher anzuschließen. Die zweite Richtung ist die karlistische. Ihr Ziel ist die Vereinigung mit Ungarn, d. h. die Wiedererrichtung, wenn auch im verkleinerten Maßstabe, einer österreichisch-ungarischen klerikalen Monarchie mit den Habsburgern auf dem Thron. Von den zwei österreichischen Regierungsparteien neigen die christlichen Sozialisten den Karlisten zu, die antikarlistischen Alldeutschen blicken auf Bayern. Aber die Politik der Regierung wird im Grunde genommen von keiner der beiden an ihr beteiligten Parteien bestimmt. Diese Politik wird vor allen Dingen von den gutorganisierten Arbeitermassen beeinflusst.

Die finanzielle, ministerielle, staatliche und gewerkschaftliche Krisis erreichte ihre äußerste Schärfe infolge der Krise in der äußeren Politik, im Zusammenhang mit der westungarischen Frage. Auf Befehl der Entente sandte Oesterreich seine Gendarmen in das westliche Ungarn. Diese wurden von den Banden Friedrichs und Heyas geschlagen und zum Rückzug gezwungen. Das war keine große Leistung, denn die österreichisch-karlistischen Gendarmen wollten ohnehin nicht mit den ungarischen Karlisten kämpfen. Unter dem Druck der sozialdemokratischen Partei unternahm die österreichische Regierung gegen ihren eigenen Willen den Versuch, Westungarn durch die schwache österreichische Armee zu besetzen. Die Schutzherrn des Admirals Horthy, die Generale der Entente, ließen dies nicht zu. Die dadurch ermunterten Banden Friedrichs fielen in österreichisches Gebiet ein. Oesterreich sah sich gezwungen, seine Landwehr von der ungarischen Grenze fortzunehmen. Obwohl die Sozialdemokraten aus dieser Landwehr alle kommunistischen Elemente entfernt haben, so besteht sie dennoch aus Proletariern, der Offiziersbestand aber aus Karlisten. Nicht nur ein Teil der österreichischen Zivilbehörden und des Kommandos der Gendarmerie, sondern auch die Offiziere der Landwehr unterhalten Beziehungen zu den un-

garischen Banden. Im Falle eines ernsthaften Zusammenstoßes könnte die nur aus 18 000 Mann bestehende Landwehr (obwohl der Friedensvertrag ihre Erhöhung bis auf 30 000 Mann gestattet) unter keinen Umständen den Kampf gegen die ungarische und österreichische Reaktion aufnehmen. Die über bewaffnete Organisationen verfügende reaktionäre Bourgeoisie Tirols und Steiermarks würde in diesem Falle, wie sie offen erklärt, nicht gegen Horthy kämpfen, sondern das österreichische Proletariat im Rücken angreifen. In Wien selbst folgt eine gegenrevolutionäre Verschwörung der anderen, die „Schwarz-gelbe Partei“ der Royalisten und der „Offiziersbund“ konkurrieren sozusagen offen miteinander.

Oesterreich steht am Vorabend eines Bürgerkrieges. Die Offiziere und die örtlichen Bauerngruppen sind schon bewaffnet. Das Proletariat fordert immer dringender Waffen. Die christlichen Sozialisten suchen, obwohl sie Horthy feindselig gesinnt sind, die Bewaffnung des Proletariats zu verhindern. Die Alldeutschen, die die Habsburger hassen, fürchten die Bewaffnung des Proletariats und ziehen es vor, das „Volk zu bewaffnen“, d. h. die sie unterstützenden bürgerlichen und bäuerlichen Schichten.

Indessen dauert der Kampf mit den Banden an der österreichisch-ungarischen Grenze fort. Die Beschlüsse der Konferenz von Venedig sind vergessen, und die karlistischen Banden Friedrichs werden in einem ihnen günstig scheinenden Augenblick in Oesterreich einfallen und gegen Wienerneustadt und Wien vorgehen, ohne mit einem ernsthaften Widerstand rechnen zu müssen. Der Führer der ungarischen Karlisten hat laut erklärt, daß die westungarischen Aufständischen nur einen Tagesmarsch von Wien entfernt sind. Schon jetzt wird in der österreichischen Armee und auf österreichischem Gebiet offen karlistische Propaganda getrieben. In ihren Proklamationen drucken sie den habsburgischen Hymnus „Gott erhalte, Gott beschütze“ usw. ab.

Welche Ironie! Die ungarischen Karlisten verdammen den „Bolschewismus“ jener christlich-sozialen, alldeutschen, österreichischen Regierung, die mehr als irgendeine an der

Festigung der karlistischen Herrschaft mitgewirkt hat. Die österreichischen Sozialdemokraten, die allen erdenklichen Verrat verübt haben, um die ungarische Sowjetrepublik zu stürzen und die Macht in die Hände Horthys zu legen, erwarten jetzt mit Schrecken den Einfall der ungarischen nationalen Armee. In seiner Eigenschaft als österreichischer Minister des Auswärtigen erklärte Renner im August 1920, im Augenblick des Abschlusses des Präliminarvertrages, daß er die Notwendigkeit der ungarischen militärischen Vorbereitungen im Hinblick auf die russische Gefahr durchaus einsehe und nicht dagegen protestiere, sondern nur bitte, daß sie nicht gegen Oesterreich gerichtet würden. Er hätte schon damals wissen müssen, daß die Bajonette Horthys nicht so sehr dem „östlichen Bolschewismus“ gelten, für den einige ungarische Divisionen wahrlich keine Gefahr bedeuten, sondern der österreichischen halb sozialdemokratischen Regierung, die die Anhänger Horthys mit dem Namen „westlicher Bolschewismus“ getauft haben. Vor einem Jahre faßte der Sozialdemokrat Renner die Bewaffnung der Horthy und Friedrich als gegen das russische Proletariat gerichtet auf, obwohl sie in erster Linie gegen die ungarischen Arbeiter gerichtet war.

Jetzt, da die Bajonette Friedrichs und Horthys den Lebensfaden der österreichischen Sozialdemokratie zu zerreißen drohen, stürzt dieser weise Mann nach Prag, hilft die Meinungsverschiedenheiten zwischen der tschechischen und deutschen Bourgeoisie beseitigen, ist bestrebt, die deutsche Sozialdemokratie in den Dienst des tschechischen Staates zu stellen, alles nur deshalb, um für die österreichische Sozialdemokratie und die Bourgeoisie eine diplomatische und nötigenfalls militärische Unterstützung bei Benesch und Masaryk zu erbetteln. Für den völligen Zerfall Oesterreichs waren der Weltkrieg und der Vertrag von Saint Germain, die ökonomische Krisis und der Angriff der westungarischen Banden, die karlistische Gefahr und Horthy nicht ausreichend, — dazu war die endgültige Zersetzung der österreichischen Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbürokratie notwendig.

5. Die Notwendigkeit, die Unstimmigkeiten der bürgerlichen Staaten zu verwerfen.

Außer der Mißstimmung der Kleinen und Großen Entente, den Interessengegensätzen der tschechischen und ungarischen Bourgeoisie, den Parteizwistigkeiten zwischen den Horthysten und Karlisten und dem Kampfe inmitten der österreichischen christlichen Nationalisten, gibt es noch andere Interessengegensätze, die die Bourgeoisie der Donau- und Balkanstaaten hindern, geschlossen gegen das Proletariat und gegen Rußland vorzugehen. Einer der wichtigeren Gegensätze besteht zwischen Südslavien und Italien. Diese Meinungsverschiedenheit zwischen der italienischen und südslavischen Bourgeoisie ist durch die Fragen über Albanien, Fiume und über den längs des westlichen Ungarns sich hinziehenden südslavischen und tschechischen Korridor hervorgerufen. Der Kampf zwischen dem südslavischen und italienischen Proletariat führte zu einer Vermittlung Italiens zugunsten der Horthysten in der westungarischen Frage. Dieser Zwist veranlaßte Italien, gegen den Willen der Kleinen Entente die Konferenz von Venedig einzuberufen. Neben der Unterstützung durch die französischen Royalisten war der italienisch-südslavische Konflikt der Hauptgrund dafür, daß die Horthysten in der westungarischen Frage nicht ein gänzlichcs Fiasko erlitten, außerdem verhinderte er die Intervention der Kleinen Entente zugunsten Oesterreichs. Der Konflikt zwischen Italien und Südslavien wird immer mehr zu einem wichtigen Faktor des internationalen Lebens. Er führt zu einem immer größeren Auseinandergehen zwischen Italien und Frankreich und zwingt Italien, die Freundschaft des horthystischen Ungarns gegen Südslavien und nötigenfalls auch gegen die Tschechoslowakei zu suchen.

Das Proletariat muß in seinem eigenen Interesse den zwischen den Klassen der kapitalistischen Gesellschaft sich abspielenden Kampf und alle Konflikte zwischen den bürgerlichen Staaten ausnützen. Nur eine feste, geschlossene internationale Politik der Donau- und Balkanstaaten wird es vor dem organisierten bürgerlichen Terror bewahren und die dem russischen Proletariat drohende

Kriegsgefahr vermindern. Weder die die Rettung des bürgerlichen Staats und die Regierungen der Kleinen Entente unterstützende Politik der Sozialdemokratie, noch eine inhaltlose pazifistische Politik können die Politik des Proletariats sein. Es ist nicht im Interesse des Proletariats, eine Politik zu verfolgen, zu der einige Arbeiterführer der Tschechoslowakei neigen: wir opfern keinen einzigen tschechischen Proletarier um der Säuberung Westungarns willen! Diese verschwommene pazifistische Politik ist auch vom pazifistischen Gesichtspunkte aus eigentlich kurzsichtig, denn der Friede mit dem Ungarn Horthys bedeutet bei der gegenwärtigen internationalen Lage nichts anderes als den Krieg gegen Sowjetrußland. Ein neuer Krieg gegen Sowjetrußland aber wäre ein Weltkrieg der Bourgeoisie gegen das Proletariat. Im Hinblick auf die Möglichkeit eines Durchbruchs der proletarischen Front, der Front Sowjetrußlands, muß sich das Proletariat mit dem Gedanken an die Möglichkeit eines lokalen Krieges zwischen Tschechien und Ungarn aussöhnen. Die pazifistische Politik, den Frieden unter allen Umständen zu wahren, ist keine kommunistische Politik, und bei der gegenwärtigen Lage ist sie nicht einmal vom pazifistischen Standpunkte aus eine weitsichtige Politik.

Auch die Politik der tschechischen und österreichischen Sozialdemokratie ist für das Proletariat undiskutabel. Die tschechischen Sozialdemokraten folgend blindlings Benesch; die mit merkwürdiger Perversität den Kapitalismus unterstützende österreichische Sozialdemokratie bildet dank den Exkursionen Renners nicht nur in Oesterreich, sondern auch in der Tschechoslowakei gegenwärtig die Hauptstütze des Staats.

Die Politik der ungarischen Sozialdemokratischen Partei aber ist ein gemeiner Verrat der proletarischen Interessen: sie schwankt andauernd zwischen Horthysten und

Karlisten, und nur in dem Verrat dem Proletariat gegenüber ist sie konsequent. Sie wird würdig ergänzt durch die Politik der bürgerlichen Radikalen und der unabhängigen Sozialisten der ungarischen Emigration, die in immer getäuschter Hoffnung auf den Sturz Horthys das Bündnis der tschechischen, rumänischen und südslavischen Bourgeoisie befürwortet. Die Politik der Herren Renner, Kunfy und Jaczy stützt sich in gleicher Weise auf Benesch und Masaryk. Aber keiner von ihnen kann sich entschließen, sich auf die Kraft des Proletariats zu stützen, auf die allein die kommunistische Politik begründet sein kann. Wir müssen die internationale Vereinigung des Proletariats der Donau- und Balkanstaaten erzwingen, damit diese vereinigten proletarischen Kräfte imstande sind, die sich jetzt schließende Front der Kleinen Entente und des horthystischen Ungarns zu durchbrechen. Die Kommunistische Partei Deutschösterreichs muß die Bewaffnung der Arbeiter fordern, die Kommunistische Partei Ungarns muß energisch die wiedererwachende ungarische Arbeiterbewegung unterstützen und mit einer breitorganisierten militärischen Propaganda die von Horthy mobilisierten Bauernmassen desorganisieren. Die Bulgarische Kommunistische Partei darf eine Vereinigung der rumänischen und bulgarischen Bourgeoisie nicht zulassen. Aber die wichtigste Aufgabe fällt der Tschechischen Kommunistischen Partei zu: unsere tschechischen Genossen müssen eine Verständigung zwischen Benesch und Horthy verhindern. Die in verschiedenen Ländern zerstreuten Abteilungen der Kommunistischen Internationale müssen geschlossen den Kampf mit der Kleinen Entente aufnehmen, die gegenwärtig auf politischem und diplomatischem Wege bestrebt ist, ihre Armeen zu einer Einheit zusammenzuschweißen.

Josep̃ Pogany.

Der naßende Zusammenbruch der deutschen Bourgeoisie und die K. P. D.

1 Die Bilanz der drei Jahre.

Zum dritten Mal jährte sich vor kurzem der Tag, an dem der deutsche Imperialismus zusammengebrochen ist, der Tag, an dem die Zügel des Reiches den Händen der feudalen Kaste entfielen, die, getrieben von den Expansionsbedürfnissen des Kapitals, Deutschland in den Krieg geführt, den Krieg verloren und damit für absehbare Zeit die Rolle der deutschen Bourgeoisie als eines selbständigen Welt-Faktors ausgespielt hat. Dieser Jahrestag fiel in eine Situation, die den Feudal-Elementen die Möglichkeit gab, an die Bourgeoisie die Gegenfrage zu richten: Ihr sagt, daß wir, die Junker, uns unfähig gezeigt haben, Deutschland zu regieren. Wie aber habt Ihr es drei Jahre lang geleitet und geführt? Die Bürgerlichen wiederum können die Bilanz der drei Jahre den Sozialdemokraten zur Unterzeichnung vorlegen, denn in diesen drei Jahren haben sie zusammen geherrscht, die Herren vom Bankier-Kontor und die Herren vom sozialdemokratischen Sekretariat und vom Gewerkschaftskartell. Die Bilanz der drei Jahre ist die Bilanz der Koalition der Bourgeoisie und der Führer der Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse. Die Tage dieser Koalition sind gezählt, selbst wenn sie noch vorübergehend ausgeweitet würde zu einer Koalition von Stinnes bis zu Scheidemann. Die Zeit ist gekommen, wo die deutschen Arbeiter die Bilanz dieser Koalition einer Prüfung unterziehen werden. Sich auf diesen Moment vorzubereiten, ist die Aufgabe aller jener, die das Proletariat gewarnt haben vor dem Bündnis mit der Bourgeoisie.

Als im November des Jahres 1918 die Regierung den Händen des Kaisers ent schlüpfte, war die Bourgeoisie nicht weniger geschlagen als die Junker. Die Macht fiel in die Hände der Arbeiterklasse. Aber die Führer der Mehrheit der Arbeiterklasse glaubten keinen Augenblick an die Möglichkeit, diese Macht selbständig handhaben zu können. Sie waren von vornherein überzeugt, daß die Arbeiter-

klasse den ungeheuren Aufgaben nicht gewachsen sei, vor die der Zusammenbruch des deutschen Imperialismus sie stellte. Von der Unfähigkeit, die Politik Deutschlands selbständig zu leiten, waren die Unabhängigen ebenso überzeugt wie die Sozialdemokraten. Die Heranholung der Schiffer und Erzberger (nicht nur der militärischen Sachverständigen) zur politischen Leitung der Republik, die nach außen hin vertreten war durch die Regierung der Volksbeauftragten, ist der beste Beweis, daß die gesamte deutsche Sozialdemokratie, die rechte wie die linke Richtung, einer Meinung war darüber, daß nur gemeinsam mit der Bourgeoisie das Proletariat imstande sein würde, der Schwierigkeiten Herr zu werden.

Koalition mit der Bourgeoisie im Innern, Kapitulation vor der Entente, die Hoffnungen auf die Hilfe Amerikas, das war das A und O der Politik der Führer der großen Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse. Und nach allen Erfahrungen der revolutionären Massenbewegung in Deutschland in den letzten drei Jahren wäre es eine vollkommene Selbsttäuschung, wenn wir nicht klipp und klar uns darüber Rechenschaft geben würden, daß diese Politik die Politik der Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse war. Die deutschen Arbeiter nahmen keinesfalls an, daß sie damit vor der Bourgeoisie kapitulierten. Sie hatten Machtbewußtsein, sie waren überzeugt, daß sie bei der Koalition nicht nur nicht kapitulierten, sondern daß sie ihre Lage sehr bessern würden. Nach Jahren der schwersten Entbehrungen, nach Jahren der Not und des Elends glaubten sie, ihre Lage zu bessern, wenn sie von der Bourgeoisie Lohnerhöhungen und den Acht-Stunden Tag erzwangen. Nach Jahren der vollkommenen Kriegssklaverei konnten sie sagen: wir haben die Demokratie errungen, die vollkommene Freiheit der Bewegung; unsere Gewerkschaftsführer sind Minister, und nichts kann ohne ihren Willen im Staate geschehen. Nicht verzagt waren sie, als sie im Dezember des Jahres 1918 auf dem ersten Rätekongreß beschlossen, die Wahlen zur Nationalversamm-

lung ausschreiben zu lassen. Sie rechneten mit dem Siege der Arbeiterklasse auf demokratischem Wege, und — sollte er auch nicht errungen werden — so waren sie doch davon überzeugt, daß die Arbeiterklasse bei den Wahlen eine so starke Position erobern und auf dem Wege der Demokratie den Ereignissen so stark ihren Stempel aufdrücken würde, daß sie nach ihren Früchten beurteilend, die Nation ihr bei den nächsten Wahlen das Ruder der Regierung in die Hand drücken würde. Schritt für Schritt gingen diese Hoffnungen in die Brüche. Sie gingen in die Brüche in erster Linie dank der Politik der Sozialdemokratie. Die Mehrheitssozialdemokratie erklärte der Arbeiterklasse, der einzige Weg, der aus dem Elend und aus der Not herausführe, sei der Weg der Demokratie, aber die Mehrheitssozialdemokratie verließ diesen Weg an demselben Tage, an dem sie ihn proklamiert hatte. Sie wußte ganz gut, daß die einzige revolutionäre Organisation, die ihr ernster Gegner war, der Spartakusbund, nur eine schwache Strömung in den Arbeitermassen war, ohne jede Massenorganisation. Seitens des Spartakusbundes drohte dem Weg, den die Sozialdemokratie beschritten hatte, keine große Gefahr. Trotzdem ging die Sozialdemokratie zu Gewaltmaßnahmen gegen die kommunistische Bewegung über. Sie provozierte sie zu einer Kraftprobe, mit der Berechnung, die kommunistische Bewegung niederzuwerfen, bevor sie erstarkt war. Von dem Moment an, wo Ebert die Kanonen gegen die Matrosen im Marstall auffahren ließ, über die Provokation der Januar-Unruhen durch die Absetzung Eichhorns, über die Märztage hinweg, in denen Noske bewußt durch die Lichtenberger Greuelnachrichten ein Pogrom aller revolutionäre herbeizuführen suchte, war das Bestreben der Sozialdemokratie darauf gerichtet, mit den Waffen in der Hand die kommunistische Bewegung niederzuwerfen. Gleichzeitig verzichtete die Ebert-Republik auf jeden Kampf gegen die konterrevolutionären Elemente: weil sie die revolutionäre Arbeiterbewegung mit den Waffen in der Hand niederzuwerfen suchte, mußte sie sich auf die Elemente stützen, die am besten für das Schlächterwerk vorbereitet waren, auf die Offiziersleute, die unter dem Mantel der Verteidigung der Ebert-Republik die Er-

oberung der Machtmittel für den konterrevolutionären Umsturz suchten. Das Resultat des Kampfes der S. P. D. gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung war die Eroberung aller Gewaltpositionen im Staate durch das alte Offizierskorps. Im Kapp-Putsch kam das Kraß zum Ausdruck, aber die Niederlage der Kapp-Leute brachte keinesfalls eine Aenderung. Der Machtapparat des Staates befindet sich bis heute in den Händen der weißen Offiziere. Der Unterschied besteht nur darin, daß die unvorsichtige Lüttwitz-Clique der sehr klugen und sehr vorsichtigen Clique des Generals Seeckt, die zu warten weiß, Platz machte. Die deutsche Republik hält ihren Kopf dauernd in der Schlinge des alten wilhelminischen Offizierskorps und es hängt nur von dem Urteil der deutschen Offiziere ab, wann sie den Moment für gekommen halten werden, diese Schlinge zuzuziehen.

Die Mehrheits-Sozialdemokraten gaben die politische Machtposition in die Hände der Offiziere, wirtschaftlich kapitulierten sie zugunsten des kartellierten Kapitals. In ihrer Agitation erklärten sie, man könne den Sozialismus nicht auf einmal durchführen, man müsse systematisch, Schritt für Schritt vorgehen, die reifsten Industriezweige in die Hände des Staates übernehmen und die Verwaltung der so verstaatlichten Industrie Schritt für Schritt demokratisieren. Durch die gesetzlichen Betriebsräte sollten die Arbeiter praktisch lernen, wie man die Industrie verwaltet. Die Studien und die Untersuchungen der Sozialisierungskommission füllen jetzt schon eine Bibliothek an, aber auf der Tagesordnung steht jetzt die Frage der Uebergabe der Staatseisenbahnen an die Privat-Unternehmer! Und es ist lächerlich, auch nur anzunehmen, daß die Herren Stinnes und Kompagnie diese Pläne auch nur für einen Augenblick aufgegeben hätten. Sie haben zuerst plump, wie es die politische Manier von Stinnes ist, ihre Forderungen gestellt, ohne zu berücksichtigen, daß nach fünfzig Jahren Existenz eines deutschen Reiches man nicht ohne weiteres den Ausverkauf seiner wirtschaftlichen Einrichtungen an die Privatindustrie proklamieren kann. Nachdem sie sich durch ihre Brutalität und Plumpheit die

Finger verbrannt haben, lancieren die Stinnesleute ihre Pläne jetzt vorsichtiger. Jetzt wird über die Frage verhandelt, wie man die Eisenbahnen den Fabrikanten ausliefern könne unter Beibehaltung der formellen Staatsoberhoheit. Die Sozialdemokraten haben sich mit großer Entrüstung gegen die Stinnespläne gewandt, und niemand hat in Deutschland, das — wie es scheint — jetzt nicht einmal seine eigene politische Literatur verfolgt, ihnen vorgehalten, daß der Plan der Auslieferung der Eisenbahnen an die Privatkapitalisten ausgeheckt wurde von dem wirklichen geistigen Führer der deutschen Mehrheitssozialdemokratie, von Parvus, der in seinem Buche über den wirtschaftlichen Neuaufbau Deutschlands diesen Plan weit und breit entwickelt. Und Parvus tut es nicht, weil er selbst einer von denen ist, die sich an dem Ausverkauf Deutschlands beteiligen. Parvus zieht nur die Schlüsse aus der Politik der deutschen Sozialdemokratie. Es ist klar, daß das Chaos der deutschen Wirtschaft nicht weiter andauern kann. Verzichtet die demokratische Republik darauf, den Ausverkauf Deutschlands durch Tausende und Abertausende von Einzelschiebern einzudämmen, indem sie die Industrie syndiziert und sie unter die Kontrolle des Staates nimmt, so werden die großen deutschen Kartelle diese Aufgabe durchführen. Die großen Haifische werden natürlich nicht ruhig zusehen, wie die Produktionselemente Deutschlands von den kleinen verschleppt werden. Und man kann nicht einmal sagen, daß vom wirtschaftlichen Standpunkt aus die Stinnesierung nicht der Versklavung vorzuziehen sei. Indem die Sozialdemokraten jeden Versuch der Organisierung, ja auch nur der Kontrolle der Volkswirtschaft aufgegeben haben, haben sie den Boden vorbereitet für eine Situation, in der Stinnes als Retter des Vaterlandes auftreten kann. Das Geschrei der Sozialdemokraten gegen Stinnes, gegen die Versklavung der Republik durch die deutschen Kohlen- und Eisenbarone kann und wird den Raubzug der großen Industrien und

Banken nicht aufhalten. Die Sozialdemokratie selbst glaubt nicht daran, daß der jetzige Zustand der unkontrollierten Wirtschaft von Privat-Spekulanten besser ist als die Herrschaft der Trusts und Kartelle, die eine Organisation der Industrie im Interesse des Groß-Kapitals darstellen, aber jedenfalls ein Ausweg aus dem Chaos sind. Und wenn die Sozialdemokraten sich nicht zu einer Politik der Organisation, der Kontrolle der Produktion durch den Staat aufrufen, so werden sie jeden Kampf gegen die Stinnesierung Deutschlands aufgeben. Wenn Parvus in seinem Buche dies vorschlägt, spricht er nur aus, wozu die Scheidemänner objektiv genötigt sein werden. Die Arbeiterklasse Deutschlands muß wissen, daß es sich jetzt nicht um eine Koalition mit Stinnes handelt; es handelt sich um die letzte Stunde vor der vollständigen Kapitulation der deutschen Arbeiterklasse vor den Trusts und Kartellen, vor den Eisen- und Kohlenkönigen.

Die Kapitulation vor der deutschen Bourgeoisie ist ein Teil der Kapitulation vor der Weltbourgeoisie. Im November des Jahres 1918 war Deutschland militärisch zusammengebrochen. Die deutschen Sozialdemokraten glauben, daß das eine Erklärung für ihre Politik ist. Sie sagen, der militärische Zusammenbruch des deutschen Imperialismus, der Unwille der Arbeitermassen, weiter zu kämpfen selbst auch für den Schutz der Republik, habe zwangsläufig zu dieser Kapitulation geführt. Diese Behauptung ist nachweislich unwahr. Es genügt, jetzt die zahlreichen Bücher über die Versailler Konferenz aufzuschlagen, um zu sehen, wie sehr die Sieger selbst empfanden, daß sie auf einem Vulkan saßen. Keynes sagt: Man hat den Eindruck gehabt, daß alles, was in Versailles vorgeht, vollkommen unreal ist. Ja, Deutschland hatte im Moment des militärischen Zusammenbruchs die Möglichkeit, sich auf Sowjetrußland zu stützen: ein irgendwie kampffähiges Polen trennte damals Deutschland von Sowjetrußland nicht. Ohne Waffen in die Hand zu nehmen, konnte Deutschland in dieser Situation der Entente, in der große innere Gegensätze bestanden, diplomatisch die größten Schwierigkeiten machen. Bei dem großen Bedürfnis nach Frieden, das in den

Massen der Völker der Entente bestand, war die Möglichkeit der Entente, militärisch gegen Deutschland vorzugehen, sehr beschränkt. Die deutsche Sozialdemokratie lieferte aus Angst vor dem revolutionären Teil des Proletariats gemeinsam mit der Bourgeoisie Deutschland an die Entente aus. Die deutsche Bourgeoisie wollte, koste es was es wolle, Frieden mit der Entente schließen, um freie Hände für die Liquidation der revolutionären Krise im Lande zu bekommen. Sie tröstete sich dabei immer noch, daß später, wenn der Friede einmal unterzeichnet sein werde, die Entente etwas von ihrer Rechnung ablassen werde. Schon im November 1918 erklärte Schiffer, der als Demokrat kostümierte Nationalliberale, in seiner Rede über die Finanzlage Deutschlands, daß die Entente nicht imstande sein werde, Deutschland selbst zu verwalten, und darum werde sie die deutschen Kapitalisten als ihre Fronwächter schonen. Diese Hoffnung auf die Amnestie seitens der Entente hat sich als eine große Illusion erwiesen. Die Lage Frankreichs erlaubt ihm nicht, auf die Ausplünderung Deutschlands zu verzichten. Es kann Zugeständnisse in dieser oder jener Form machen. Es kann aber nicht einmal solche Formen der Ausbeutung Deutschlands zulassen, bei denen Deutschland zwar seine Schulden an die Entente allmählich abzahlen, aber gleichzeitig sich selbst wirtschaftlich langsam aus dem Chaos herausarbeiten würde. Die Spekulation auf die Amnestie seitens der Entente ist jetzt zu einem Schwindel geworden, an den kein einziger ernst zu nehmender Mensch mehr glaubt. Ja, wenn Deutschland endgültig wirtschaftlich zusammenbricht, wird die Entente vor die Frage gestellt sein, welche Tribute und wie sie sie aus dem zusammengebrochenen Lande herauschinden soll. Sie wird vielleicht dann die deutschen Gruben und Eisenbahnen als Pfandobjekte behandeln und die Entwicklung Deutschlands von einem selbständigen wirtschaftlichen Körper zu einer Ruine beenden. Etwas anderes kann sie nicht tun aus dem einfachen Grunde, weil sie das, was sie den Deutschen von ihrer Schuldrechnung abläßt, bei Frankreich selbst zuschießen müßte. Wie sehr England und Amerika eilen, die Schulden der schwächeren Alliierten zu streichen, das zeigen sie doch in der Behand-

lung der Frage der gegenseitigen Annullierung der Schulden! Amerika, das Hauptgläubigerland, hat natürlich keine Ursache, ein solches Druckmittel auf die europäische Politik, wie es die Schulden der Alliierten sind, aus der Hand zu geben. Die deutsche Bourgeoisie ist finanziell bankrott. Die Zahlung der ersten Milliarde hat eine solche wirtschaftliche Erschütterung verursacht, daß nur blinde Menschen nicht sehen, daß Deutschland nicht mehr lange imstande sein wird, die Politik der Erfüllung der Versailler Verpflichtungen weiter zu führen. Parvus, dessen Buch über den wirtschaftlichen Wiederaufbau zweifelsohne die am schärfsten durchdachte bürgerliche Analyse der wirtschaftlichen Lage Deutschlands und des Reparationsproblems ist, erklärt ausdrücklich und mit vollem Recht, daß Deutschland bankrott ist. Wenn die deutsche Bourgeoisie diese Bankrott-Erklärung nicht abgibt, so aus dem Grunde, weil sie fürchtet, Frankreich werde auf eine solche offene Bankrott-Erklärung mit der Besetzung des Ruhrgebietes antworten. Wird aber Deutschland in dem Moment, wo es nicht mehr imstande sein wird, seine Verpflichtungen zu erfüllen, den guten Willen zur Weiterzahlung und zu einem neuen Abkommen bekunden, dann wird Frankreich sich mit der Stundung der Schulden einverstanden erklären. Die Spekulation auf die Einsicht des Pariser Shylocks ist das glatte Eingeständnis des vollen Bankrotts der bürgerlichen und sozialdemokratischen Politik in Deutschland.

Die Bilanz der drei Jahre besteht also darin: Die Republik befindet sich in den Händen der Konterrevolutionäre, die sie jeden Tag erdrosseln können. Die Konterrevolution verfügt über die Armee, sie verfügt über die Verwaltung, sie kann vollkommen straflos jedes Verbrechen begehen, ohne zu fürchten, daß sie gefaßt, geschweige denn bestraft wird. Wirtschaftlich ist das Land bankrott. Der äußerlich funktionierende Apparat der Industrie und die krampfhaften Versuche der Kapitalisten, ihn in Gang zu halten, täuschen nur sehr oberflächliche Beobachter. Das Wachstum des Exportes auf der Basis der fallenden Mark bedeutet natürlich die dauernde Verringerung der Wirtschaftskräfte Deutschlands, denn bei der geringen Einfuhr der Rohstoffe

zehrt die Ausfuhr am Mark der wirtschaftlichen Kräfte des Reiches. Die wachsende Verelendung der Arbeiterklasse trotz der Schwindelkonjunktur ist eine Tatsache, die man dem deutschen Arbeiterpublikum nicht erst zu beweisen hat. Die einfache Tatsache, daß der Gesamt-Index für deutsche Waren nach den Berechnungen der „Frankfurter Zeitung“ im Juni 128, am 6. November 248 betrug, ohne daß sich in dieser Zeit die Löhne verdoppelt haben, besagt alles. Der Bankrott des Staates, der mit raschen Schritten naht, wird die Wirtschaftslage des Proletariats katastrophal verschlimmern. Die deutsche Sozialdemokratie, ohne deren Unterstützung die ganze Zeit lang keine bürgerliche Regierung existieren konnte, steht vor dem blanken Nichts. Ihre Methode der Koalition mit der Bourgeoisie hat bankrottiert wie selten eine in der Geschichte.

Die deutsche Sozialdemokratie klopft die russischen Kommunisten auf die Schulter, und Herr Scheidemann läßt die „Scheidemänner“ in Moskau grüßen. Die deutsche sozialdemokratische Presse wird ganz gewiß auf diese unsere Bilanz mit der Bilanz der vier Jahre der russischen Sowjetrepublik antworten und fragen: Sind die russischen Kommunisten nicht genötigt, jetzt, nach vier Jahren, die größten Zugeständnisse an das Weltkapital zu machen? Haben sie vermittelst der diktatorischen revolutionären Methode mehr erreicht als wir? Die Antwort auf diese Frage kann sehr kurz sein. Wenn an eine Armee, die vier Jahre lang blutend und darabend im Kampfe stand und sich auf neue Positionen zurückzieht, die Hauptverbindungen und Machtmittel in den Händen behaltend, auf ihrem Rückzug Deserteure herantreten und höhnen würden: „Na, dann waren wir doch klüger, wir haben überhaupt nicht gekämpft; wir sind ausgerissen!“, so würden die Kämpfer den Deserteuren auf diese Frage eine Antwort geben, die wir hier nicht niederschreiben können!

Für uns handelt es sich nicht um alten Streit, sondern um das, was weiter kommen soll: nicht um Scheidemann, sondern um die Millionen deutscher Proletarier, die noch hinter der Mehrheitssozialdemokratie ste-

hen. Und wir sagen diesen Millionen: Niemals haben die russischen Kommunisten geglaubt, daß man in Rußland allein, isoliert den Kommunismus einführen kann. Sie gingen dem europäischen Proletariat voran, weil sie mußten und weil sie nur durch ihr Beispiel auf die Arbeiterklasse der anderen Länder wirken konnten. Sie haben im vierjährigen Kampfe durch die Diktatur des Proletariats die Unabhängigkeit ihres Landes gesichert. Da die Arbeiterklasse Westeuropas nicht imstande ist, so schnell der russischen Sowjet-Republik zu helfen, wie wir Kommunisten es erhofften, so ist die Sowjet-Republik genötigt, dem Weltkapital Zugeständnisse zu machen; für Maschinen, die sie von dem Proletariat nicht bekommt, muß sie mit Konzessionen zahlen. Sie muß ihre geschwächten Kräfte darauf konzentrieren, die wichtigsten Industriezweige in ihren Händen zu behalten, sie muß darum die mittlere und die kleine Industrie in Pacht an die Kapitalisten geben. Aber sie behält ihre Macht und diese Macht gilt dem Schutze der Arbeiterklasse. Noch auf dem Rückzuge ist Sowjetrußland eine Macht, mit der der Gegner rechnen muß. Und wie er sie fürchtet, das zeigt er am besten dadurch, daß er sich nicht entschließen kann, auf ihre Zugeständnisse einzugehen, weil er fürchtet, ihre revolutionäre Macht zu stärken. Deutschland aber ist eine Ruine, deren demokratische Regierungen Puppen in der Hand der Londoner oder Pariser Regierungen sind. Das liegt nicht nur daran, daß die geographische Lage Deutschlands schlechter ist als die Rußlands, es liegt auch daran, daß die führende Partei des deutschen Proletariats, die Sozialdemokratie, von vornherein jeden Kampf, jede Vorbereitung für den Kampf, jeden Gedanken an den Kampf aufgegeben, vor dem Kampf kapituliert hat. Alles andere ist die Folge dieser Tatsachen. Jetzt stehen die deutsche Sozialdemokratie und die deutschen Arbeitermassen an einem Scheidewege. Sie haben vielleicht zum letzten Mal darüber zu beschließen, ob sie diesen Weg verlassen wollen, ob sie, auf die Kräfte der großen deutschen Arbeiterklasse vertrauend, einen neuen Abschnitt beginnen, einen

Ausweg aus der Lage suchen, oder ob sie blind der Katastrophe entgegengehen wollen.

2. Der Ausweg.

Das wirtschaftliche Problem Deutschlands besteht darin, daß zweifelsohne weniger produziert wird als vor dem Kriege, daß weniger exportiert und weniger eingeführt wird. Und trotz dieser Einengung des deutschen Wirtschaftslebens muß Deutschland an die Entente große Abgaben zahlen, es muß Milliarden an Werten ausführen, ohne Gegenwerte zu erhalten. Gleichzeitig hat zweifelsohne eine Verschiebung in der Verteilung des Einkommens innerhalb Deutschlands stattgefunden. Die Spitzen der Bourgeoisie verbrauchen viel mehr als sie jemals verbraucht haben. Die Industrie hat sich zum großen Teil eingestellt auf den Luxuskonsum der Besitzenden, wie auf allerhand Machinationen, deren einziger Zweck ist, möglichst viel auszuführen, um fremde Devisen zu erlangen, die im Auslande bleiben und so dem Zugriff der deutschen Steuerbehörden entzogen werden. Aus dieser Sachlage ergibt sich, was zu tun ist.

Die erste Vorfrage lautet: Kann Deutschland die Zahlung des Tributs an die Entente ohne weiteres einstellen? Die Antwort auf diese Frage kann nur verneinend sein. Eine kurzer Hand vorgenommene Kündigung des Versailler Friedens würde zweifelsohne die Besetzung Deutschlands oder seiner wichtigsten industriellen Bezirke nach sich ziehen. Es ist eine andere Frage, ob diese Besetzung der französischen Regierung helfen würde, auf die Dauer auf ihre Rechnung zu kommen. Die Kosten dieser Besetzung, ihre politischen Folgen in Frankreich selbst, die Steigerung der wirtschaftlichen Deroute Deutschlands, würden ganz gewiß die Aussichten Frankreichs auf Erlangung des Tributes nicht erhöhen, sondern mindern. Aber einstweilen würde eine solche Politik die schrankenlose Herrschaft der Alliierten in Deutschland herbeiführen und die soziale Katastrophe unter Umständen eintreten lassen, in denen sie keinesfalls ein Chaos bedeuten würde, das einen neuen Stern gebiert. Denn unter den Fittichen der Okkupationsbehörden würde sich das schlimmste Geschmeiß der deutschen Bourgeoisie mit den Okkupanten in die

Herrschaft teilen. Sie würden zusammen die Arbeiterklasse niederhalten und ausplündern. Sogar wenn in Deutschland die Arbeiterklasse die Macht ergreifen würde, würde sie kein *va banque* spielen dürfen. Schon im Jahre 1919 wurde in der Polemik gegen Laufenberg und Wolffheim geschrieben, daß die Kommunistische Partei, die keine Verantwortung für den Versailler Frieden übernommen hat, sich keinesfalls verpflichten darf, im Falle der Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse den Versailler Frieden sofort zu zerreißen. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß die Entente im Falle der Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse viel größere Schwierigkeiten zu überwinden hätte, um militärisch gegen Deutschland vorzugehen. Sie müßte einen viel stärkeren Widerstand der Arbeiterklasse in ihren eigenen Ländern überwinden, als wenn sie mit einem bürgerlichen Deutschland zu tun hätte. Aber einstweilen ist die Arbeiterklasse Deutschlands nicht so weit, die Gewalt zu erobern. Ihre Herrschaft hat sich psychologisch auf die Massen in den Ententeländern noch nicht ausgewirkt, und wir haben von der Tatsache auszugehen, daß Deutschland nicht umhin kann, in der nächsten Zeit mit der Tributpflicht an die Entente zu rechnen. Eine deutsche Regierung, von der die Entente weiß, daß sie nicht nur mit äußeren Notwendigkeiten, sondern auch mit inneren Unmöglichkeiten rechnet, eine Regierung, von der die Entente weiß, daß sie nicht nur wägen, sondern auch wagen wird, würde darauf rechnen können, daß es ihr gelingen wird, Stundungen und Kürzungen der Reparationspflicht zu erlangen. Jedenfalls müßte diese Regierung darauf eingestellt sein, daß angesichts der Verpflichtung, in absehbarer Zeit den Tribut an das kapitalistische Ausland zu zahlen, neue Quellen für die Zahlung in Deutschland zu suchen sind.

Wie kann die Zahlung erfolgen, ohne die Arbeiterklasse zu erdrossen? Sie kann nur erfolgen durch die höchste Steigerung der Produktivkräfte Deutschlands. Die Steigerung der Produktivkräfte Deutschlands erfordert die Ausrottung und Ausschaltung erstens aller Parasiten, die an dem Körper der deutschen Volkswirtschaft schmarotzen. Die zweite Maßregel wäre die Ueberwindung des

wirtschaftlichen Chaos, die Ausschaltung der Produktion des Unnotwendigen, des Verschiebens wichtiger Produktionselemente. Das alles erfordert Produktionskontrolle und Handhaben, die der Regierung erlauben, das Notwendige durchzuführen. Die Sozialdemokraten und die U. S. P.-Leute fordern die Erfassung der Goldwerte; der Gewerkschaftsbund hat die Höhe der zu erfassenden Goldwerte mit 25 Prozent angegeben. Was bedeutet die Erfassung der Goldwerte? Der Staat bekommt als Steuer einen Teil der Aktien. Was unternimmt er mit diesen Aktien? Das ist der springende Punkt. Wenn er diese Aktien an das Ausland verkaufen würde, um dafür fremde Valuta zur Begleichung der Reparationsschulden zu bekommen, so würde daraus nur eine Verschlimmerung der Lage entstehen. Die Arbeiterklasse muß verstehen, daß die Erfassung der Goldwerte nur dann einen Ausweg bedeutet, wenn sie dem Staate die Möglichkeit geben würde, die Richtung der Produktion, ihre Art, ihren Umfang und die Höhe der Preise mit zu bestimmen. Kurz und gut, wenn sie den Ausgangspunkt bilden würde für die Neuorganisation der Produktion, für die Ueberwindung der kapitalistischen Anarchie. Es ist nicht wichtig, jetzt schon zu bestimmen, wie groß der Aktienbesitz des Staates sein muß. Das kann man nur tun vom Standpunkt der Steuerbedürfnisse, nicht vom Standpunkt der Kontrolle der Produktion aus. Von diesem Standpunkt aus wird z. B. die Höhe der Teilnahme an dem Besitz der Schlüssel-Industrien größer sein müssen als der an den anderen. Der Staat muß einen solchen Anteil an der Produktion haben, der ihm erlauben würde, die Industrie zu beherrschen, ohne sie vollkommen zu verstaatlichen.

Der Verzicht auf die vollkommene Verstaatlichung ist begründet nicht nur in der Tatsache, daß zur Enteignung aller wichtigsten Produktionsmittel der Industrie und des Großgrundbesitzes eine Ueberwindung der Bourgeoisie im offenen Kampfe notwendig ist. Sogar, wenn die Arbeiterklasse die Macht erobert hätte, würde sie nicht imstande sein,

auf einmal die Leitung der gesamten Produktion zu übernehmen. Sie müßte stufenweise vorgehen. Auch die russische Arbeiterklasse, auch die Kommunistische Partei Rußlands hatte keinesfalls im Jahre 1917 vor, auf einmal die ganze Produktion zu sozialisieren. Sie wurde dazu später durch die Zeitumstände gezwungen. Einstweilen würde es sich, wie gesagt, darum handeln, durch die leitende Teilnahme des Staates an der Industrie die Produktion zu heben und die Verschleuderung ihrer Ergebnisse zu verhindern. Der Staat würde die Industrie unter seiner Leitung syndizieren, ohne ihre Verwaltung in eigene Hände zu nehmen. Die Vertreter der bisherigen Privat-Industrie, die Vertreter der Arbeiterorganisationen und die Vertreter der Staatsgewalt hätten gemeinsam die Produktion zu leiten. Da das Geschäftsgeheimnis auf diese Weise sich in den Händen des Staates befinden würde, so hätte der Staat die Möglichkeit, die Produktionsergebnisse zur Tragung der Reparationslasten ganz anders heranzuziehen, als es bisher der Fall war. Ohne die Produktionsmittel an das Ausland zu verkaufen, hätte der Staat neue große Unterlagen zur Gewinnung ausländischer Kredite. Die Arbeiterorganisationen hätten die Gelegenheit zur Beteiligung an einer wirklichen Kontrolle und Leitung der Produktion; das, was ihnen das Gesetz über die Betriebsräte an Einsicht in die Wirtschaftsverhältnisse bisher erlaubte, ist nichts anderes als ein Hohn.

Die wirkliche Erfassung der Sachwerte als Anfang einer Politik der Neuorganisation der Produktion, einer Politik, die über den Rahmen des Kapitalismus hinausführen würde, würde natürlich die größten Widerstände bei der Bourgeoisie hervorrufen. Gestützt auf die konterrevolutionär gesinnte Verwaltung, gestützt auf die reaktionäre Leitung der Reichswehr, gestützt auf die weißen Organisationen, würde das Industrie- und Finanzkapital alles tun, um diese Politik zu sabotieren. Die Regierung, die ernsthaft die Arbeitermassen vor der Erdrückung durch die Steuerlasten zu retten versuchen würde, die ernsthaft den Kampf um die Neuorganisation der Industrie führen würde, wäre genötigt, von vornherein Maßregeln zu ergreifen, damit sie nicht über den

Haufen geworfen wird. Sie müßte an die Spitze der Reichswehr Offiziere stellen, denen die Rettung Deutschlands näher liegt als die Rettung der Profite der Schieber. Sie müßte in ihrem Sinne die Reichswehrtruppen bearbeiten, alle feindlichen Elemente ausschalten und durch gewerkschaftlich organisierte Arbeiter ersetzen. Sie müßte dafür sorgen, daß die Verwaltung aus den Händen der Reaktionsäre genommen wird, müßte sich auf die Massen des Proletariats und des bisher zermalnten und zermürbten Kleinbürgertums stützen, sie müßte verstehen, Verbindung mit den ärmeren Schichten im Dorfe zu finden, ihnen allen beizubringen, daß es sich hier nicht um Experimente auf ihre Kosten handelt, sondern um eine Politik, die nicht minder in ihrem Interesse wie in dem der Arbeiterklasse eingeleitet wurde. Gibt es eine bürgerliche Partei, die eine solche Politik mitmachen würde? Mögen einzelne Personen aus der bürgerlichen Klasse, vor die Wahl gestellt: mit den Schiebern oder mit der Arbeiterklasse, vor die Wahl gestellt: Kapitulation vor dem kapitalistischen Auslande, Untergang Deutschlands und seine Verwandlung in eine fremde Kolonie oder Arbeiterregierung, sich für das Proletariat entscheiden. Daß es keine bürgerliche Partei gibt, die sich dafür entscheiden würde, unterliegt nicht dem geringsten Zweifel. Das Aufgeben der Koalition mit der Bourgeoisie bildet eine unumgängliche Vorbedingung der oben geschilderten Politik. Ohne Bruch mit der Koalition ist jedes Gerede von der Erfassung der Goldwerte, von der Entlastung der Massen ein Betrug oder ein Selbstbetrug. Für die Durchführung dieser Politik ist eine andere Koalition notwendig: die Koalition der Arbeiter in Land und Stadt, der physischen wie der geistigen, eine Regierung, die sich stützt auf die Millionen und Abermillionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter und Angestellter, eine Koalition aller Werktätigen, die sich weder erdrücken lassen wollen von der Not, noch Deutschland zum Dünger fremder Kapitalisten hergeben wollen.

Die Losung einer Arbeiterregierung als der Regierung der Rettung des deutschen Volkes muß aus den Arbeitermassen hervorgehen, sie muß sich sammeln zu einer eisernen

Phalanx. Nicht als bloße Kombination der in die Enge getriebenen Parteiführer, sondern nur als Politik der breitesten Arbeitermassen kann diese Politik siegen. Nicht die Parteileitungen, nicht die parlamentarischen Fraktionen werden den Kampf auszukämpfen haben, sondern die breitesten Arbeitermassen, und nur wenn sie von dem Willen erfüllt sind, für ihre Sache einzustehen, für sie zu kämpfen, ist es möglich, wenn auch nicht ganz aus der Not und dem Elend herauszukommen, so doch wenigstens einen Schritt vorwärts zu machen.

3. Die Angst vor dem Staatskapitalismus.

Ist der geschilderte Weg gangbar für die Kommunistische Partei Deutschlands? Um diese Frage zu verneinen, müßte man beweisen, daß dieser Weg den Interessen der deutschen Arbeiterklasse nicht dient, daß es einen anderen, besseren Weg gibt, der die Arbeiterklasse Deutschlands aus der Situation, in der sie sich befindet, herausführen könnte. Einen anderen Weg gibt es nicht. Wenn dem aber so ist, so handelt es sich bei allen Erwägungen, die gegen den vorgeschlagenen Weg vorgebracht werden, nur um eine Beklommenheit darüber, daß die Entwicklung Deutschlands nicht den Weg gegangen ist, den wir Kommunisten vorgezogen hätten. Aber nicht wir können der Geschichte ihre Wege vorschreiben, sondern sie schreibt uns das Gesetz des Handelns vor. Die Argumente, die gegen diesen Weg vorgebracht werden; sind theoretisch unhaltbar. Der erste Einwand bezieht sich auf den Zustand, den wir im besten Falle auf dem hier geschilderten Wege erreichen können: es ist nicht der Kommunismus, sondern der Staatskapitalismus, der so erreicht werden könnte, hören wir von verschiedenen Seiten, und sie berufen sich auf die alten Debatten, die in der internationalen Sozialdemokratie über die Frage des sogenannten Staatssozialismus, in Wirklichkeit über den Staatskapitalismus geführt wurden. Alle Argumente, die jetzt von einem Teil der Genossen ins Treffen geführt werden, bilden nur eine Aufwärmung der

Argumente, die vor vierzig Jahren von Jules Guesde und anderen wortradikalen Führern der Sozialdemokratie angeführt wurden. Wir können hier aus Mangel an Platz nicht die Schriften und Reden Guesdes zitieren. Jeder parteigeschichtlich interessierte Genosse kann sie in der dokumentarisch belegten Arbeit von Max Schippel: Parteigeschichtliche Rückblicke (Monopolfrage und Arbeiterklasse, Berlin 1917, Verlag: Vorwärts) finden.

Die Argumente bezogen sich darauf, daß der kapitalistische Staatsbetrieb die Machtmittel des kapitalistischen Staates erweitere, daß er die Krisen banne und dadurch die kapitalistische Gesellschaft in ihrem Bestande stärke. Diese Argumente wurden gründlich überholt durch die ökonomische Entwicklung. Heute herrschen in allen kapitalistisch entwickelten Ländern Trusts und Kartelle mit ihrem System der schwarzen Listen, vor denen der einzelne Arbeiter keine Zuflucht in Privatbetrieben finden kann. Der Staatsbetrieb kann auf diesem Gebiete keine Verschlechterung der Lage herbeiführen. Umgekehrt, gegen die arbeiterfeindliche Politik des Staates kann das Proletariat in breiter Front ankämpfen, während bei der Zerbröckelung der Front der Arbeiter in Einzelkämpfen der einzelnen Betriebe die Arbeiter den Kürzeren ziehen. Denn die Kapitalisten sind imstande, hinter den Kulissen ihrer Verbände Solidarität zu üben, während die Arbeiter den Eindruck haben, es handele sich hier nicht um gemeinsame Interessen, sondern um die Interessen der einzelnen Gruppen. Was die Stabilisierung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung durch den Staatskapitalismus anbetrifft, so kann jeder deutsche Arbeiter auf diese Frage selbst eine Antwort geben. In der ganzen Welt sucht das Privatkapital alle Ueberreste sogar der kriegswirtschaftlichen Regelungen abzuschaffen. In dieser Situation bedeutet die Forderung der Teilnahme des Staates an der Industrie den schärfsten Kampf gegen die Bourgeoisie. In einer Lage wieder in Deutschland, wo es sich darum handelt, daß der Staat auf dem Wege der Besteuerung, d. h. ohne Entgelt, große Teile der Produktionsmittel konfiszieren soll, ist der Weg zum „Staatskapitalismus“ der

Weg des revolutionären Kampfes, der in der gegebenen Situation zum Kampfe um die Macht der Arbeiterklasse werden kann.

Manche Genossen befürchten, daß die Kommunistische Partei, wenn sie ähnliche Forderungen aufstellt, zugibt, daß wir erst durch eine Epoche des Staatskapitalismus hindurch müssen, bevor die Arbeiterklasse siegen kann. Somit wäre eingestanden, daß Marxisten vom Schlage Cunows Recht hatten, als sie sagten, die Zeit sei noch nicht reif für den Sieg der Weltrevolution, wir müßten noch durch die Epoche des Staatskapitalismus hindurch. Die Auffassung Cunows ist ganz gewiß unrichtig. Der Sieg der Weltrevolution geht nicht auf so mechanischem Wege vor sich, daß die kapitalistische Klasse zuerst uns überall die Sache möglichst gemächlich einrichtet, indem sie die zentralisierte Produktion in die Hände des Staates überführt, worauf wir später nur die Staatsgewalt in die Hand zu nehmen brauchen, um alles schön eingerichtet und vorbereitet vorzufinden.

Die proletarische Revolution kann ausbrechen — und brach in Rußland aus —, bevor noch der Privatkapitalismus in den Staatskapitalismus verwandelt wird. Und sie kann überall in der Welt siegen, ohne daß früher der Staatskapitalismus gesiegt hat. Daraus folgt aber nicht, daß wir in den Ländern, wo sich die Revolution langsam und mühevoll durchsetzt, nicht ein Interesse haben, das kapitalistische Privatmonopol in ein staatliches zu verwandeln und so eine große organisatorische Vorarbeit für den Sozialismus zu leisten. Dies um so weniger, als dies die Lage der Arbeiterklasse fordert, da staatskapitalistische Aenderungen die Arbeiterklasse vor einer großen neuen Belastung durch Steuern schützen sollen und schützen können.

Haben wir aber nicht immer gesagt, daß, solange die Arbeiterklasse die Macht nicht erobert hat, es ein Unsinn ist, von Sozialisierung zu sprechen? Haben wir nicht die Sozialisierungspläne der Sozialdemokraten als Schwindel bekämpft? Ja, wir haben es getan, tun es heute und werden es morgen tun. Der Augenblick des Sozialis-

mus wird kommen, wenn das Proletariat über die Bourgeoisie gesiegt haben wird. Eine Beteiligung des Staates, selbst bei der Existenz einer Arbeiterregierung, geschweige denn bei der Existenz einer Koalitionsregierung mit der Bourgeoisie, ist kein Sozialismus und keine Sozialisierung. Es ist eine Herrschaft des Kapitalismus, der vom Staate kontrolliert wird. Unser Kampf richtete sich gegen die Verdeckung dieser Tatsache. Als die Arbeiterklasse Ende 1918 und Anfang des Jahres 1919 wild die Bastillen des Kapitalismus berannte, suchten die Koalitionsregierungen ihren Ansturm aufzuhalten, indem sie erklärten: Die Sozialisierung ist auf dem Marsche. Wir aber sagten den Arbeitern: Ohne Eroberung der politischen Macht keine Sozialisierung. Wollt Ihr den Sozialismus erobern und die Produktionsmittel zum Gemeineigentum der Arbeiterklasse machen, so müßt Ihr die Macht in die Hand nehmen und mit ihrer Hilfe den Widerstand der Bourgeoisie brechen. Die Arbeiterklasse ließ sich durch die Sozialdemokraten irre führen. Sie hat nicht nur den Sozialismus nicht erobert, sondern sie steht jetzt vor dem Versuch des Privatkapitals, alle Produktionsmittel, die noch dem Staate gehören, zum Privatmonopol des Kapitals zu machen und alle Lasten der Arbeiterklasse aufzubürden. Demgegenüber sagen wir: Da die Arbeiterklasse in ihrer Mehrheit nicht gewillt ist, die Bourgeoisie niederzuwerfen und sich zum Besitzer der Produktionsmittel zu machen, so muß sie sich wenigstens ihrer Haut gegen die neuen Steuern wehren. Sie muß wenigstens dafür Handhaben erwerben, daß sich ihre Lage nicht katastrophal verschlechtert. Indem sie um das staatskapitalistische Etappenziel kämpft, beginnt sie den Kampf, der zu weiteren Zielen führen wird, — den Kampf um die Kontrolle der Produktion.

Die Genossen, die für die Erfassung der Goldwerte eintreten, die Kontrolle der Produktion fordern, aber gleichzeitig das Wort „Syndizierung der Industrie“, „Staatskapitalismus“ fürchten, gleichen jenem getauften Juden, der Freitags einen Ochsenbraten aß und ihn „Fisch“ nannte mit der Erklärung, wie er durch die Besprengung mit Wasser vom Juden zum gläubigen Christen geworden sei, so habe er den Ochsen durch einen

Spruch in einen Fisch verwandelt. Aber die Leute, die den Ochsenbraten rochen, glaubten nicht, daß es ein Fisch sei, wie die frommen Katholiken kaum einen getauften Juden für einen vollwertigen Jünger Jesu Christi halten. Die Kommunistische Partei Deutschlands hat nicht die geringste Ursache, durch fromme Sprüche das Wesen ihrer Forderungen den Massen zu verhüllen. Umgekehrt. Sie hat die Pflicht, den Arbeitern zu helfen, klar zu erfassen, was sie tun und wofür sie kämpfen. Und warum sollten wir fürchten, den Arbeitern zu sagen, daß es in ihrem Interesse liegt, wenn die Industrie, wenn die Banken staatlich syndiziert und kontrolliert werden? Diese Forderung ist keine neue. Sie war schon aufgestellt, als wir die Kontrolle der Produktion im Jahre 1919 forderten. Was ist die Kontrolle der Produktion? Die Arbeiter sollen nicht nur erfahren, was der Fabrikant produziert, wie er es verkauft, sondern sie wollen seine Geschäftsgeheimnisse kennen, um gegen das Chaos in der Produktion, gegen die Verschleuderung der Produktion anzukämpfen. Darum haben die Arbeiter, als sie die Losung der Kontrolle der Produktion aufstellten, schon im Jahre 1919 verstanden, daß sie nicht ausgeübt werden kann in jeder Fabrik besonders, von kleinen Gruppen von Arbeitern auf eigene Faust. Sie kämpften dafür, daß sich die Betriebsräte nach Wirtschaftszweigen zusammenfassen, daß sie zentral jeden Zweig der Produktion kontrollieren und daß sie sich nach Bezirken und im ganzen Reiche zusammenfinden zur gemeinsamen Kontrolle des ganzen Wirtschaftsbetriebes. Wenn sich die Betriebsräte zwar zusammenschließen, aber eine jede Fabrik ihre Produktion für sich regelt, indem sie auf eigene Faust Maschinen und Rohstoffe einkauft und Waren verkauft, wie kann da von einer zentralen Kontrolle der Produktion die Rede sein? Dann klafft ein Gegensatz zwischen der zentralen Zusammenfassung des menschlichen Elements in der Produktion und dem Dezentralismus des sachlichen Elements.

Diese Frage vom Zusammenhang der staatlichen Syndizierung der Industrie und der Kontrolle der Produktion konnte nicht klar vor den Augen der Massen stehen, weil die

Kontrolle der Produktion in eine Parodie der gesetzlichen Betriebsräte ausmündete. Der Kampf um die Erfassung der Sachwerte bedeutet den Wiederbeginn des revolutionären Kampfes um die Kontrolle der Produktion. Nicht vertuschen sollen wir ihre Bedingungen, sondern sie den Arbeitern klarmachen.

4. Die Arbeiterregierung und die Kommunistische Partei Deutschlands.

Ohne Arbeiterregierung kann die Arbeiterklasse zwar um die Kontrolle der Produktion und die Steuerentlastung kämpfen, aber sie kann sie nicht durchführen. Aber — so wenden verschiedene Genossen ein — das Ziel der Kommunistischen Partei Deutschlands ist die Räteregierung. Nur an einer Räteregierung können sich die Kommunisten beteiligen, hieß es in einer Resolution über die thüringische Regierungsfrage. Das ist ein vollkommener Trugschluß.

Die Räteregierung ist die Form der Herrschaft der Arbeiterklasse. Sogar durch ein Parlament, in dem sich eine bürgerliche Minderheit befindet, kann der Sozialismus nicht durchgeführt werden. Nicht allein darum, weil die bürgerliche Minderheit durch parlamentarische Kniffe jedes schnelle und energische Handeln der proletarischen Regierung zu verhindern suchen würde. Nicht nur darum, weil die Bourgeoisie sich nicht auf die Dauer die Eingriffe auch einer parlamentarischen Mehrheit in ihre Eigentumsrechte gefallen lassen, sondern einen Bürgerkrieg gegen diese parlamentarische Mehrheit und ihre Regierung eröffnen würde. Der Boden für ein gemeinsames Parlament der Arbeiter und der Kapitalisten würde dadurch zerstört. Die Notwendigkeit der Räteregierung, d. h. der Regierung, die ausgeübt wird durch proletarische Organisationen, die zusammengesetzt sind aus Vertretern der Proletarier nach Betrieben, liegt darin begründet, daß die Arbeiterregierung in erster Linie die wirtschaftlichen Verhältnisse zu ändern hat. Sie muß sich darum stützen auf allgemeine proletarische Organisationen nach der Zusammenfassung des Proletariats in Betrieben. Die Fundierung der proletarischen

Regierung auf Räten sichert ihr auch den innigsten Zusammenhang mit den Betrieben. Die Räteregierung wird darum die Regierungsform der siegreichen Arbeiterklasse sein. Aber damit ist nichts darüber gesagt, auf welchem Wege wir zur Räteregierung gelangen.

Wir können zur Räteregierung gelangen auf dem Wege, daß die Arbeiterklasse solange eine beherrschte und unterdrückte Klasse bleibt, bis sie in ihrer überwiegenden Mehrheit verstehen lernt, daß sie nur auf dem Wege der Aufrichtung der Diktatur und der Räteherrschaft zum Siege gelangen kann. Wir können aber auch zur Räteregierung dadurch gelangen, daß die Arbeiterklasse zuerst den demokratischen Weg solange beschreitet, bis sie auf demokratischem Wege die parlamentarische Mehrheit erobert, eine Arbeiterregierung einsetzt und erst durch die Erfahrung mit dieser Arbeiterregierung, durch den Kampf, den die Bourgeoisie vermittelt der demokratischen Rechte gegen diese Regierung eröffnet, gezwungen wird, in den Kampf um die Diktatur einzutreten. Kommunisten, die die zweite Möglichkeit prinzipiell ablehnen würden, wären starrköpfige, wirklichkeitsfremde Doktrinäre, unfähig, den Kampf auf dem Boden zu führen, der gegeben ist. Sie wären wie jene Tänzerinnen, die nur vom Ofen den Tanz zu beginnen verstehen.

Warum aber haben wir im Jahre 1918 und 1919 nur den ersten Weg im Auge behalten? Aus einfachen Gründen. Die kapitalistische Welt befand sich damals in einer akuten revolutionären Krise, in der Demobilisations-Krise. In solchen Krisen reifen die Massen sehr schnell, und es war die Möglichkeit vorhanden, auf kürzerem Wege zum Ziel zu gelangen. Wir hatten die Pflicht, dem Proletariat Umwege zu ersparen. Die Müdigkeit des Proletariats und die Traditionen haben sich stärker gezeigt, als wir glaubten. Die Bourgeoisie überwand die Demobilisationskrise. Das Proletariat wurde zurückgeschlagen; es beginnt sich erst allmählich unter den Schlägen der Weltwirtschaftskrise, unter den Schlägen der Reaktion, unter dem Drucke des wirtschaftlichen Zerfalles in Bewegung zu setzen. Es hat seine

demokratischen Illusionen noch nicht überwunden. Es hat sich noch nicht zu eiserner Entschlossenheit ermannt. Zaghaft beginnt es zu kämpfen. Aber es beginnt. Und die Lage wird es zu immer energischerem Kampfe zwingen. Wir können ihm die Erfahrungen nicht ersparen. Es ist sehr wahrscheinlich, daß es in vielen Ländern die Erfahrung mit der Arbeiterregierung machen muß. Was haben in dieser Situation die Kommunisten zu tun? Sollen sie sich vom Proletariat absondern und seinem heutigen Tage den übermorgigen entgegenstellen? Das wäre eine gefährliche Politik. Sie haben ihm zu helfen, seine Illusionen im Kampfe zu überwinden.

Zu diesem Zweck müssen sie eine doppelte Aufgabe erfüllen. Sie haben erstens durch Teilnahme am Kampfe um die Ziele, wie sie durch die Ereignisse und durch den Reifegrad des Proletariats gesteckt sind, der Arbeitermehrheit zu zeigen, daß sie keine Eigenbrödlar, sondern seine besten Kämpfer sind. Sie haben gleichzeitig das Proletariat darauf hinzuweisen, daß die Methoden, an denen seine Mehrheit noch hängt, nicht genügen, daß es sich ein schärferes Schwert anschaffen muß. Sie haben also zusammen mit dem Proletariat auf dem demokratischen Wege um die Arbeiterregierung zu kämpfen und das Proletariat zu lehren, mit welchen Mitteln es die Arbeiterregierung sichern, ihren Kampf gegen das Kapital stützen und stärken soll. Nur auf diesem Wege gelangen wir zur proletarischen Diktatur, zur Räteherrschaft.

Wie können wir die nicht-kommunistische Arbeiterregierung stützen? Indem wir in Reih und Glied mit den Arbeitern aller anderen Parteien für die notwendigen Uebergangsforderungen kämpfen und, ohne die Kampfdisziplin zu brechen, jede Halbheit, jedes Schwanken dieser Arbeiterregierung sachlich kritisieren. Sollen wir uns also nicht an dieser Regierung beteiligen? Sollen wir sie nur von außen stützen, insoweit sie das Kapital bekämpft? Oder sollen wir uns selbst an dieser Regierung beteiligen? Wenn die Arbeiterregierung sich ver-

pflichtet, das zu tun, was in der gegebenen Situation für den Kampf gegen das Kapital notwendig ist, so hat die Kommunistische Partei sich an einer solchen Regierung zu beteiligen. Würden die Sozialdemokraten, die Unabhängigen und die Gewerkschaftsführer — um auf die konkrete Lage in Deutschland einzugehen — sich verpflichten, im Falle der Uebernahme der Regierung auf dem Steuerwege einen so großen Anteil an der Industrie zu erlangen, daß die Arbeiterregierung imstande wäre, die Produktion wirklich zu kontrollieren, um auf diese Weise die Reparationspflicht, solange es nötig ist, zu leisten; würden sie sich verpflichten, zur Sicherung dieser Politik die Staatsverwaltung von den reaktionären Elementen zu befreien, Maßnahmen zu ergreifen, um aus der Reichswehr ein Organ zur Verteidigung der Republik und der Arbeiterinteressen zu machen; würden sie sich verpflichten, alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, um den gemeinsamen Wirtschaftsaufbau Deutschlands und Rußlands zu ermöglichen — ohne die wirtschaftliche Verbindung des Industrielandes mit dem Ackerbaulande ist kein Wiederaufbau Deutschlands möglich —, so wäre es die Pflicht der Kommunisten, sich an einer solchen Arbeiterregierung zu beteiligen, die Verantwortung für ihre Politik vor der Arbeiterklasse der Welt zu übernehmen. Würde diese Regierung aber noch zu zaghaft sein, um sich für diesen einzig möglichen Weg zu entscheiden, so wäre es nicht möglich, die Verantwortung für sie zu tragen. Die Kommunistische Partei müßte sich damit begnügen, sie nur insoweit zu unterstützen, als sie für die Interessen der Arbeiterklasse kämpft. Aber auch dann müßte die Kommunistische Partei bei ihrer Kritik der Arbeiterregierung immer im Auge behalten, daß sie der Bourgeoisie nicht helfen darf, die Arbeiterregierung zu stürzen. Ein Schritt vorwärts zur Räteregierung wäre nur möglich, wenn die überwiegende Mehrheit des Proletariats sich für sie aussprechen würde. Jeder Putsch, jeder Versuch der kommunistischen Minderheit, den Bruch mit der Bourgeoisie auszunützen, um die Arbeiter-

regierung über den Haufen zu rennen, wäre mehr als ein Verbrechen. Er wäre eine bodenlose Dummheit. Denn der Sozialismus kann in Deutschland nur siegen, gestützt auf die Mehrheit der Arbeiterklasse; einen anderen Weg zum Siege gibt es nicht.

Wir glauben, daß diese Ausführungen in der Kommunistischen Partei Deutschlands auf keinen Widerstand stoßen werden. Sie hat aus den großen Erfahrungen des Leidensweges der deutschen Arbeiterklasse, aus den eigenen Siegen und Niederlagen genug gelernt, um für diese Politik reif zu sein. Das haben die Beratungen des Zentralausschusses der Partei gezeigt. Wenn bisher die Sozialdemokraten immer gesagt haben, die Koalition mit der Bourgeoisie sei notwendig, weil in der Arbeiterklasse keine Einigkeit auch über die nächsten Aufgaben herrsche, so wollen wir jetzt nicht darüber streiten, wer an dieser Uneinigkeit schuld ist. Wir stellen nur fest: an der Kommunistischen Partei Deutschlands wird es jetzt nicht fehlen, wenn es sich um die Zusammenfassung der Arbeiterklasse zum Kampfe um das nackte Leben, um den ersten Schritt aus dem Sumpfe handeln wird. Von den sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaftsführern wird es jetzt abhängen, ob dieser nächste Schritt gemacht wird.

5. Die Sozialdemokratie am Scheidewege.

Würde die Entscheidung nur von der Mehrheit der Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften abhängen, so würde die hier vorgeschlagene Politik ganz gewiß vollkommen illusorisch sein. Die Mehrheit der Sozialdemokratie, die sich in Görlitz entschieden hat für das Bündnis mit den ausgesprochensten Vertretern des deutschen Großkapitals, des deutschen Imperialismus und der Hohenzollern-Monarchie, für das Bündnis mit der Deutschen Volkspartei, sie wird natürlich alles tun, um dem Kampfe mit dem Kapital, den die Bildung einer Arbeiterregierung bedeuten würde, aus dem Wege zu gehen. Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß es der Mehrheit der sozialdemo-

kratischen Parteiführer noch heute vor diesem Kampfe graut, und daß sie auch heute, wo Stinnes mit der Forderung der Verramschung der Eisenbahnen an das Privatkapital gezeigt hat, wohin der Weg geht, noch keinesfalls verzichtet haben auf die Koalition mit ihm. Aber es handelt sich nicht nur um das, was die Führer der Sozialdemokraten wollen oder nicht wollen, sondern auch darum, was sie gegebenenfalls müssen. Der wirtschaftliche Zerfall Deutschlands schreitet ununterbrochen weiter vorwärts. Vielleicht wird es trotz des katastrophalen Marksturzes noch gelingen, den nächsten Tribut an die Entente zu bezahlen. Das wird den Zerfall nur beschleunigen. Was dann, wenn die Entente die weiteren Raten nicht stundet, den Versailler Frieden nicht revidiert? Ohne die tiefsten Eingriffe in die Wirtschaftsordnung, ohne Appell an die Arbeiterklasse der andern Länder, wie er nur von einer Arbeiterregierung ausgehen könnte, wird sogar die bloße Rettung der staatlichen Existenz Deutschlands unmöglich sein. Und werden die Arbeitermassen die Verelendung ohne Ende über sich ergehen lassen? Die letzten Stürme auf die Läden sind ein Menetekel für die Sozialdemokratie. Es können Situationen eintreten, wo es sogar für die Aale der Sozialdemokratie unmöglich sein wird, durchzuschlüpfen, wo es heißen wird, entweder die Verantwortung zu übernehmen für den vollkommenen Zerfall, für die vollkommene Versklavung der deutschen Arbeiterklasse, oder zu kämpfen! Für diese Möglichkeit muß die Kommunistische Partei nicht nur selbst geistig gerüstet sein, sondern sie muß alles tun, um den Druck der Massen in den Gewerkschaften auf die Sozialdemokratie zu stärken, um die Sozialdemokratie vor die Frage zu stellen, ob sie nicht nur die deutsche Arbeiterklasse ins Sklavenjoch führen will, sondern ob sie auch als Partei untergehen will? Es gilt, die Arbeitermassen in den Gewerkschaften aufzurütteln und durch ihre Stimmung die Führer der Sozialdemo-

kratie vor die Frage zu stellen: Wollt Ihr Euch in elfter Stunde zum Kampfe entscheiden?

Es ist möglich, daß die Krise einen mehr schleichenden Charakter tragen wird, daß die Entente im letzten Augenblick, um das Werden der Arbeiterregierung zu verhüten, der deutschen Bourgeoisie Zugeständnisse macht. Es ist möglich, daß die Sozialdemokratie, zerfressen durch die Folgen ihrer eigenen Politik im Krieg und nach dem Kriege, sich auch im letzten Augenblick nicht ermannt. Nun, dann würde die Verelendung der deutschen Arbeiterklasse ins Uferlose steigen. Verwirrt durch die Politik der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Führer, würde sie nicht imstande sein, in geschlossener Front aufzutreten. Und wir Kommunisten würden nicht imstande sein, sie vor dem Schlimmsten zu bewahren. Wir würden dann unsere Arbeit des Weckens und des Organisierens der Massen geduldig, mit zusammengebissenen Zähnen, weiterführen müssen bis zu dem Moment, wo sich die große Mehrheit der Proletarier um uns sammelt zum entschlossenen Kampfe auf Leben und Tod. Aber auch in diesem Falle werden wir keinen Augenblick die jetzt eingenommene Position zu bedauern haben. Sie wird den Massen zeigen, daß wir als ihr bester Teil, als ihre Vorkämpfer im wirklichen Sinne des Wortes gehandelt haben, und sie werden über alle Parteischranken hinweg zu uns kommen. Wir, die wir alle trennenden Parteiunterschiede zur Seite zu schieben gewillt waren für die gemeinsame Sache des Proletariats, wir

werden dann als ihre einzigen Verfechter dastehen und siegen.

6. Die nächsten Aufgaben.

Die nächste Aufgabe besteht darin, die Partei einzustellen auf diese einzig mögliche revolutionäre Politik, den letzten Kommunisten zum Agitator dieser Gedanken der Sammlung der Arbeiterkräfte für eine Schlacht zu machen, die ganze Partei mit dem Gedanken zu erfüllen, daß wir vor einem Wendepunkt stehen, der die Partei groß und stark finden muß.

Die zweite Aufgabe besteht darin, im letzten Betrieb Deutschlands die Arbeiter mit dem Standpunkte der Partei bekannt zu machen, sie zu begeistern für den Zusammenschluß der Reihen, sie zusammenzufassen über alle Parteischranken hinweg zum gemeinsamen Kampfe. Nach dieser agitatorischen, organisatorischen Arbeit würde der nächste Schritt sein, zu versuchen, alle Parteien, die sich Arbeiterparteien nennen wollen, zusammenzuschließen für den Kampf um die Auflösung des Reichstages und für den Wahlkampf in geschlossener Front für eine Arbeiterregierung, die mutig und entschieden den Kampf gegen die wachsende Versklavung des deutschen arbeitenden Volkes übernehmen würde.

Das sind die Aufgaben der nächsten Monate. Nur wenn die Partei ihnen gewachsen sein wird, wenn sie sie unermüdlich mit größtem Elan und Enthusiasmus erfüllt, wird sie sich sagen können, daß sie ihre Pflicht vor dem Proletariat getan hat.

Karl Bremer.

Der Novemberumsturz in Deutschland.

Ueber den Novemberumsturz 1918 in Deutschland, über seine Ursachen, die ihn begleitenden Vorgänge sind bereits eine Reihe von Büchern geschrieben worden, in denen recht widerspruchsvolle Darstellungen gegeben werden. Insbesondere gehen die Anschauungen über das Wirken der eigentlichen

revolutionären Kräfte auseinander, die sich in dem Spartakusbunde zusammengefunden hatten. Liest man die Ausführungen, die Ledebour in seinem Prozeß 1919 über die Ursachen und den Verlauf des Novemberumsturzes bis zu den Januarkämpfen machte, in denen er sich als der Vater der Revolution

gerierte, liest man das Buch von Emil Barth: „Aus der Werkstatt der Revolution“, in der dieser sich als den Organisator der Revolution bezeichnet, liest man das Buch von Eduard Bernstein: „Die deutsche Revolution“ und liest man die Schriften, die von sozialdemokratischen Führern geschrieben worden sind und die sich den Novemberumsturz ebenfalls als Verdienst anrechnen, so erhält man wohl ein recht buntes, aber keineswegs ein den wirklichen Vorgängen entsprechendes Bild. Die Darstellungen stimmen alle überein in der Verurteilung der Spartakusbewegung und ihrer Führer, und zur Begründung ihres Urteils greifen sie zu Fälschungen und Verleumdungen oder übernehmen sie ohne Kenntnis der Dinge. Das letztere trifft besonders auf Bernstein zu, der in seinem Buche selber zugeibt, daß er nicht so im Vordergrund der damaligen Bewegung gestanden hat, um von „eigenem Tun“ sprechen zu können. Er geniert sich aber nicht, besonders über Karl Liebknechts damaliges Wirken die fälschlichen Darstellungen zu wiederholen, die von ihren Urhebern aus politischer Demagogie oder krankhafter Eitelkeit gegeben worden sind. Und diese haben dazu allen Anlaß, denn Spartakus war der einzige revolutionäre Kern der damaligen Bewegung, und seine Führer waren gleichzeitig die Ankläger gegen den Verrat, mit dem die Führer der S. P. D. und U. S. P. D. ihre Tätigkeit am Tage nach dem Novemberumsturz begannen und fortsetzten. Es ist deshalb an der Zeit, in kurzen Zügen wenigstens ein Bild von der Beteiligung der Spartakusbewegung an dem Novemberumsturz bis zu den Januarkämpfen 1919 zu geben, wozu der Verfasser wohl berufen ist, weil er während dieser Zeit in der Zentrale des Spartakusbundes, wie insbesondere in engster Gemeinschaft mit Karl Liebknecht arbeitete und an den Kämpfen teilnahm.

Soweit eine bewußte und planmäßige Vorbereitung des Novemberumsturzes in Deutschland möglich war, kann allein die Spartakusbewegung dieses Verdienst für sich in Anspruch nehmen. Sie setzte damit ein, als im August 1914 der unerhörte Verrat an den proletarischen internationalen Grundsätzen von den sozialistischen Parteien, mit wenigen Ausnahmen, begangen wurde. Wurde der Name Spartakus auch erst später gewählt, so war es doch der gleiche Kreis von Genossen, der

sich unmittelbar nach Kriegsausbruch trotz aller Denunziationen durch die sozialdemokratischen Führer und trotz aller Verfolgungen zusammenfand, um durch Diskussionen und Flugblätter die Arbeiterschaft über das Verbrechen aufzuklären, das an ihr verübt wurde. Trotz aller Beschimpfungen und Verleumdungen, trotz Schutzhaft und militärischer Einziehung setzten die Genossen und Genossen ihre Aufklärungsarbeit fort, immer mit dem Bestreben, durch eine internationale Verständigung mit den gleichgesinnten Arbeitern der anderen Länder dem Völkermord ein Ende zu machen. Die sozialdemokratischen Führer hofften von einer Offensive zur anderen, daß durch den Sieg ihrer Regierungen und die Unterwerfung der anderen dem Kriege ein Ende gemacht würde. Sie bewilligten Kredite auf Kredite, schrieben für die Notwendigkeit der Verteidigung und die „gerechte Sache“ und scheuten nicht davor zurück, auf die Anwendung der barbarischsten Kriegsmittel ihre Hoffnungen zu setzen. Demgegenüber organisierte Spartakus seine Kräfte im ganzen Lande mit dem Erfolge, daß der Widerstand der Arbeiterschaft gegen die Kriegspolitik, den Burgfrieden zwischen den Gewerkschaftsführern und Unternehmern, das Hilfsdienstgesetz und die Kohlrübenperioden von Monat zu Monat wuchs und sich schließlich zu elementar ausbrechenden Streiks steigerte. Besonders trug zur Anfachung dieses Widerstandes das mutige Verhalten Karl Liebknechts bei, der sich zwar bei der ersten Kreditbewilligung im Reichstage durch die Fraktionsdisziplin noch veranlassen ließ, seiner Gegnerschaft gegen den Krieg nicht offenkundigen Ausdruck zu geben, der dann aber bei der zweiten Kreditbewilligung im Dezember 1914 in klaren Worten sich gegen die Kriegspolitik wandte und damit auch über die Grenzen des Deutschen Reiches hinaus kundgab, daß in Deutschland der internationale sozialistische Gedanke nicht von dem Blutrausch erstickt, daß das Gerede von der Einheit des deutschen Volkes Schwindel sei.

Wie eine Meute wilder Hunde fielen die Führer der Sozialdemokratie über den „Disziplinbrecher“ her und konnten sich nicht genug tun in Beschimpfungen über den Vaterlandsfeind, mit dem sie jede Fraktionsgemeinschaft aufhoben. Liebknecht wurde als Ar-

mierungssoldat ins Heer gesteckt, um ihn dadurch mundtot zu machen. Tausende von Spürhunden wurden hinter die Spartakusflugblätter und ihre Verbreiter gehetzt, Tausende von Arbeitern, die für die Spartakusbewegung tätig waren, wurden an die Front geschickt mit dem Erfolg, daß sich auch dort der Geist des Widerstandes gegen den Völkermord verbreitete. Der Ruf Liebknechts „Nieder mit dem Kriege“, den er am 1. Mai 1916 bei einer Demonstration in Berlin als Armierungssoldat ausstieß, wurde das Fanal für die immer mehr um sich greifende Spartakusbewegung. Und ob man Liebknecht ins Zuchthaus sperrte und Rosa Luxemburg in Schutzhaft nahm, ihre Propaganda gegen den Krieg wurde durch keine Gefängnisstrafen gebannt. In den Spartakusbriefen und kleinen Flugblättern, die aus ihren Federn flossen, fanden die Genossen der Spartakusbewegung das Material gegen den Krieg, das von ihnen in die fernste Hütte, in die Fabriken, in die Etappen und die Fronten getragen wurde. Wenn deshalb gegen Spartakus auch die Beschuldigung von der Erdolchung der Front erhoben worden ist, so ist das ein Zeugnis für die Tätigkeit der Spartakusbewegung, auf die sie stolz sein kann. Dabei ist nicht außer acht zu lassen, daß die Spartakusbewegung gegen den Krieg ihre beste Unterstützung fand in der geradezu wahnsinnigen Kriegsführung eines Ludendorff, die Tausende von Soldaten offensichtlich in den Tod führte, die ihre Nerven zerrüttete und ihnen das Gefängnis als ein Paradies erscheinen ließ. Im Innern des Landes fand die Spartakusbewegung ihre Unterstützung in der menschenmordenden Unterernährung, der Kinder und Erwachsene in Massen zum Opfer fielen.

Auch innerhalb der Sozialdemokratie wuchs der Widerstand gegen die von den Führern betriebene Kriegspolitik, und die von diesen getroffenen Maßnahmen gegen die Opposition (Entlassung der oppositionellen Vorwärtsredaktion und Parteifunktionäre und Ausschluß von Führern der Opposition aus der Partei) zwang diese zu Gegenmaßnahmen, die in der Sperrung der Beiträge und des offenen Kampfes gegen den Parteivorstand bestanden. Die Spaltung der Parlamentsfraktion erweiterte sich schließlich zu einer Spaltung der ganzen Parteiorganisation, die zur Gründung

der Unabhängigen Sozialdemokratie im April 1917 führte. Obgleich die Mitglieder des Spartakusbundes auch in Opposition zu der schwankenden Politik standen, die von den Führern der U. S. P. getrieben wurde, schlossen sie sich doch der U. S. P. an, um wenigstens deren Politik im Sinne ihrer Bewegung in entscheidender Weise zu beeinflussen.

Die Februarrevolution 1917 in Rußland, durch die der Zarismus gestürzt wurde, und mehr noch die russische Oktoberrevolution, durch die der Krieg für Rußland beendet und die Diktatur des Proletariats errichtet wurde, gab den revolutionären Kräften in Deutschland die Aussicht, daß ihre Arbeit nicht nur mit einer Beendigung des Krieges, sondern auch mit einem Sturz der Militärmonarchie gekrönt werden könnte. Die Arbeiter- und Soldatenräte, die schon in der russischen Revolution 1905 entstanden waren, hatten in Rußland die politische Macht übernommen, sie hatten in der Oktoberrevolution die bürgerliche Demokratie gestürzt, unter der Führung der Bolschewiki die Kapitalisten und Grundeigentümer enteignet und den kommunistischen Aufbau begonnen. So sehr auch die deutsche Regierung und ihre Hilfsorgane bemüht waren, die Ereignisse in Rußland den deutschen Arbeitern vorzuenthalten, so mußte sie doch nach dem Brester Frieden die Errichtung einer Gesandtschaft der russischen Arbeiter- und Bauernregierung in Deutschland gestatten. Sie konnte nicht verhindern, daß die bolschewistischen Leiter der Gesandtschaft in engste Beziehungen mit der immer mehr erstarkenden revolutionären Bewegung traten und diese nach besten Kräften unterstützten.

Diese Bewegung wurde nur getragen von den Spartakusgruppen, die über das ganze Reich ihre Propagandazellen hatten, deren Mitglieder wohl in der U. S. P. organisiert waren, zu deren Führern sie aber ebenfalls in wachsender Opposition standen. In Berlin hatte sich außerdem anlässlich eines Streiks der Metallarbeiter im Januar 1918 eine Vereinigung von gewerkschaftlichen Vertrauensleuten der Metallbetriebe gebildet, die zunächst Gelder sammelten zur Unterstützung der Familien, deren Ernährer wegen der Beteiligung an dem Streik an die Front geschickt oder ins Gefängnis gesteckt worden waren.

Aus diesen Unterstützungsorganisationen entwickelte sich der Kreis der revolutionären Obleute, der fast ausschließlich aus Metallarbeitern bestand, die ihre Zusammenkünfte sehr geheim abhielten und die deshalb auch eine sorgfältige Auslese der Mitglieder dieses Kreises hielten. An der Spitze dieses Kreises stand der Vorsitzende der Unterstützungskommission, Emil Barth, der sich bei allen sonstigen schlechten Eigenschaften doch in sehr rühriger Weise um den Ausbau dieses Kreises der revolutionären Obleute bemühte. Leider war er politisch in keiner Weise geschult und betrachtete die Wirksamkeit der revolutionären Obleute mehr vom Gesichtspunkt eines Verschwörers, indem er den Sieg der Revolution abhängig machte von einigen hundert Revolvern und Handgranaten in den Händen der revolutionären Arbeiter in Berlin. Der Spartakusbewegung stand er völlig fremd gegenüber, hatte für die Dialektik des revolutionären Kampfes kein Verständnis, und es zeugt nur von Unkenntnis der Spartakusbewegung, wenn man ihr Barth an die Rockschöße hängt, wie das von Bernstein und anderen geschehen ist. Trotzdem galt es für die Spartakusbewegung, sich auch diesen Kreis der revolutionären Obleute in Berlin dienstbar zu machen. Da sich dieser im wesentlichen zum Ziel gesetzt hatte, zuverlässige, in den Berliner Metallgroßbetrieben beschäftigte Genossen zu bewaffnen, die im Falle eines Aufstandes als Stoßtrupp Verwendung finden sollten, so vermittelte der Spartakusbund diesem Kreise einen erheblichen Teil der dafür erforderlichen Gelder, die in die Hände von Barth flossen.

Die Zuspitzung der politischen Krisis in Deutschland, wie sie sich im Sommer 1918 aus den militärischen Niederlagen an der Westfront und dem aufs äußerste gesteigerten Widerstand der Arbeiter- und Soldatenmassen gegen die Fortführung des Krieges ergab, drängte zur Entscheidung. Der Spartakusbund hatte am 7. Oktober 1918 in Gotha eine geheime Konferenz abgehalten, in der u. a. auch beschlossen wurde, die Arbeiterschaft zur Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten aufzufordern und den Krieg durch eine revolutionäre Erhebung zu beenden. Als Liebknecht am 21. Oktober von der Prinz-Max-Regierung aus dem Zuchthaus entlassen wurde, nahm er sofort gemeinsam mit den

Genossen Meyer und Pieck an den Sitzungen der revolutionären Obleute in Berlin teil, in denen bereits über die Organisierung eines bewaffneten Aufstandes für die allernächste Zeit beraten wurde. Als in diese Beratungen hinein die Meldungen von den Matrosenaufständen durch Kuriere überbracht wurden, wurde beschlossen, zu Sonnabend, den 2. November, eine über den Aufstand entscheidende Sitzung der Obleute einzuberufen. In dieser Sitzung schloßen die Vertreter des Spartakusbundes, die Genossen Liebknecht, Meyer und Pieck, vor, die Erhebung zunächst durch einen Generalstreik um die Forderungen: Sofortiger Waffenstillstand, Freilassung der politischen Gefangenen und Aufhebung des Belagerungszustandes zu beginnen und gleichzeitig die Arbeiterschaft und die Soldaten zur Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten aufzufordern. Erst nachdem sich herausstellen würde, daß die Arbeiterschaft diesen Parolen Folge leistet, sollte die Erhebung durch den bewaffneten Aufstand zum Sturz der Regierung gesteigert werden. Diese Vorschläge wurden aber von Barth, Richard Müller, Ledebour und Däumig als revolutionäre Gymnastik bekämpft, sie wollten gleich aufs Ganze gehen und sofort mit dem bewaffneten Aufstand zum Sturze der Regierung beginnen. Zu seiner militärischen Vorbereitung hatte Ledebour einen Oberleutnant Walz herangezogen, der der Kompanieführer einer Pionierabteilung war. Dieser hatte einen Aufstandsplan für Berlin entworfen, bei dem besonders mit der Verbrüderung der Berliner Garnisonstruppen mit der Arbeiterschaft gerechnet wurde; denn für einen Kampf gegen diese Truppen war die Bewaffnung der Arbeiterschaft mit Revolvern und Handgranaten nicht einmal für den Anfang ausreichend. In der Sitzung der Obleute vom 2. November wurde von der Leitung vorgeschlagen, mit dem Aufstand am Montag, den 4. November, zu beginnen. Der Oberleutnant Walz sollte mit seiner Pioniertruppe und den Arbeitern der Großbetriebe der südlichen Vororte Berlins vor eine Anzahl Kasernen ziehen und die Soldaten zur Beteiligung am Aufstande zu veranlassen suchen. Es sollten dann die Gebäude der Regierungs- und Militärbehörden besetzt und alle weiteren Maßnahmen von dem Verlauf der Erhebung abhängig gemacht werden. In der Sitzung der Obleute stellte

sich aber heraus, daß die Obleute selbst sich nicht die Kraft zur Durchführung des Aufstandes zutrauten; sie verschanzten sich dahinter, daß die Arbeiter in den Betrieben noch nicht ausreichend mit Revolvern bewaffnet und auch noch nicht vorbereitet und sich deshalb nicht in genügendem Maße an der Erhebung beteiligen würden. Die ganze Kläglichkeit dieser Organisation, von deren angeblicher Bedeutung für die Revolution Barth immer in recht geheimnisvoller Weise sprach, offenbarte sich in einer Stunde, in der die Revolution in den Nord- und Ostseehäfen bereits begonnen hatte. Dort hatten sich bereits am 28. Oktober die Matrosen eines Linienschiffes geweigert, in See zu fahren, weil sie sich nicht weiter als Kanonenfutter gebrauchen lassen wollten. Diese Gehorsamsverweigerung steigerte sich in den nächsten Tagen zur offenen Revolte, die am 3. November zur Bildung eines Soldatenrates und am 5. November zur Bildung eines Arbeiterrates in Kiel führte. Von hier aus griff die Bewegung mit rasender Geschwindigkeit auf die übrigen Städte Nordwestdeutschlands und dann auf Süddeutschland über. Die revolutionären Obleute in Berlin lehnten in ihrer Sitzung am 2. November sowohl den Aufstand als auch den Generalstreik ab und verpflichteten sich, in den nächsten Tagen nachzuholen, was bis dahin nicht möglich gewesen war. Diese Vertagung der revolutionären Erhebung in Berlin führte zu einer Ueberraschung. Der Oberleutnant Walz, der alles auf eine Erhebung am 4. November eingestellt hatte, lief zu seinem Vorgesetzten, denunzierte sich selbst und verriet alle Absichten der revolutionären Obleute. Wider seinen Willen trieb er damit diese zu einer schnellen Entscheidung. Diese hatten in ihrer Zusammenkunft am Mittwoch, den 6. November, beschlossen, erst am 11. November die Arbeiterschaft Berlins zum Aufstand aufzufordern. Von Liebknecht und den anderen Spartakusvertretern wurde unausgesetzt zu einem früheren Losschlagen gedrängt, aber die Barth, Ledebour, Däumig und Müller konnten sich nicht dazu entschließen. Die Dittmann und Haase waren überhaupt gegen eine gewaltsame Erhebung und malten deren Folgen schwarz in schwarz, obwohl sie bisher gegen die ihnen bekannte Bewaffnung der Arbeiter mit Revolvern nichts eingewendet hatten. Als

dann am Freitag, den 8. November, die Militärbehörde auf Grund des Walz'schen Verrats mit der Verhaftung Däumigs vorging und der schriftliche Aufstandsplan, den Däumig bei sich hatte, in die Hände der Polizei fiel, beschloß sofort die Leitung der revolutionären Obleute, die Arbeiterschaft Berlins aufzufordern, am Sonnabend, den 9. November, die Betriebe zu verlassen und den Kampf für Frieden, Freiheit, Brot und die sozialistische Republik aufzunehmen. Ein eilig entworfenen Aufruf, der die Unterschrift trug: Der Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrats: Barth, Brühl, Eckert, Franke, Haase, Ledebour, Liebknecht, Neuendorf, Pieck, Wegmann, wurde gedruckt und in die Betriebe geworfen. Gleichzeitig war vom Spartakusbund, unterzeichnet mit Liebknecht und Meyer, ein Flugblatt verteilt worden, in dem ebenfalls die Arbeiterschaft zum Kampf für die Republik aufgefordert wurde. Die Führer der Sozialdemokratie, die zum Teil schon in der Regierung saßen, versuchten, durch Verhandlungen mit dem Reichskanzler über die Abdankung des Kaisers und den Thronverzicht des Kronprinzen die Erhebung der Arbeiterschaft zu verhindern. Zu einer Forderung nach der Republik vermochten sie sich nicht aufzuschwingen; sie verlangten nur den vermehrten Einfluß der Sozialdemokratie in der Reichsregierung. Sie ließen sich vom Reichskanzler tagelang hinziehen, und erst als sich die Arbeiterschaft im ganzen Reiche erhoben und schon einen Teil der Fürsten zum Teufel gejagt hatten und die Aufrufe des Spartakusbundes und der revolutionären Obleute in den Berliner Großbetrieben verteilt wurden, entschlossen sich auch die Führer der Sozialdemokratie, die Arbeiterschaft Berlins zum Generalstreik aufzufordern. Der Vormittag des 9. November sah einen Riesenaufmarsch des gesamten Berliner Proletariats, vor dem die Regierung und auch die sonst so schneidigen Generale es nicht wagten, die Truppen zum Kampfe gegen die Arbeiter aufzufordern. Eine solche Aufforderung hätte auch keinen Erfolg gehabt, weil die Truppen sich sofort mit den Arbeitern verbündeten. Sie waren froh, der militärischen Disziplin entrinnen zu können, und viele von ihnen rafften zusammen, was sie greifen konnten, und nahmen von der Kaserne Abschied. Es war deshalb völlig überflüssig, noch durch

einen besonderen Erlaß des Reichskanzlers bekannt zu geben, daß das Militär von der Waffe keinen Gebrauch machen werde. Wie ein morsches Gebäude stürzte die Militärmonarchie zusammen, der Kaiser und der Kronprinz, die ausgerückt waren, dankten ab, und Fritz Ebert stieg aus dem Chaos zunächst als Reichskanzler empor. Er hatte nichts Eiligeres zu tun, als die Bevölkerung aufzufordern, die Straßen zu verlassen und für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Philipp Scheidemann gefiel sich in der Rolle, vom Reichstagsgebäude aus die freie deutsche Republik auszurufen und die Mitbürger ebenfalls zur Ruhe und Ordnung zu ermahnen. Das waren die Menschen, die mehr als vier Jahre lang vor Wilhelm II. gekatzenbuckelt hatten, eine Kreditvorlage nach der anderen bewilligten und nicht genug sich in Verleumdungen und Beschimpfungen gegen die ergeben konnten, die die Arbeiterschaft zum Kampfe gegen den Krieg und die Kriegsverbrecher aufgefordert hatten. Sie paßten sich schnell der neuen Situation an, um den Verrat der Arbeiterinteressen fortzuführen. Fast zu leicht war das alte Regime gestürzt und die Staatsmacht in die Gosse gefallen. Die bisherigen Machthaber hatten sich feige verkrochen, und die Macht brauchte nur von den Arbeitern aufgegeben zu werden. Aber vielleicht trug gerade dieser Umstand dazu bei, daß sie die ihnen in den Schoß gefallene Macht nicht zu schätzen und keinen rechten Gebrauch davon zu machen wußten. Nicht die Arbeiterschaft eignete sich die Macht an, sondern sie überließ sie denen, die bisher die Arbeiter am Gängelbande geführt hatten.

Die Frage der Regierungsbildung der jungen Republik war die erste Probe, die das Proletariat zu bestehen hatte. Von den Soldaten war ein Soldatenrat gebildet worden, dessen Mitglieder fast durchweg politische Analphabeten waren, die von den sozialdemokratischen Führern gegen die revolutionäre Arbeiterschaft ausgespielt wurden. Sie drängten darauf, daß in die neue Regierung auch die Vertreter der Sozialdemokratie Aufnahme fanden, obwohl die Arbeiterschaft das größte Mißtrauen gegen sie hatte. Die Verhandlungen über die Regierungsbildung fanden am späten Nachmittag des 9. November statt, und, wie Bernstein berichtet, war sogar Herr Ebert bereit, Karl Liebknecht in

die Regierung aufzunehmen. Ebert wußte nur zu gut, welches Mißtrauen in der Arbeiterschaft gegen ihn vorhanden war, und er glaubte, durch die Heranziehung Liebknechts dieses Mißtrauen gegen die Regierung zu beseitigen. Ueber die Bereitwilligkeit Liebknechts, in die Regierung einzutreten, hat sich eine Legende gebildet, die sogar dahin geht, daß Liebknecht tatsächlich der ersten Regierung der Republik angehört hat. Das ist aber ein Schwindel, der besonders von den Unabhängigen aufgebracht wurde, um ihre Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Verrätern in der Regierung in milderem Lichte erscheinen zu lassen. Wie verhält es sich mit dieser Bereitwilligkeit Liebknechts, in die Regierung einzutreten? Liebknecht wurde von den Soldatenräten bestürmt, in die Regierung einzutreten, weil ihnen eingeredet worden war, daß nur durch seine Weigerung das Zustandekommen einer Regierung gehindert werde und dadurch ein Waffenstillstand an der Front nicht abgeschlossen werden könne. Es wurde ihm zum Vorwurf gemacht, daß er durch seine Weigerung an dem Tode eines jeden Soldaten schuld sei, der noch an der Front falle. Unter diesem moralischen Druck, der von den Soldaten auf Liebknecht ausgeübt wurde, erklärte sich dieser schließlich bereit, unter gewissen Bedingungen in eine gemeinsam aus Sozialdemokraten und Unabhängigen gebildete Regierung einzutreten, aber nur für drei Tage, bis der Waffenstillstand abgeschlossen sei. Die Bedingungen, die Liebknecht stellte, waren folgende:

1. Deutschland soll eine soziale Republik sein.
2. In dieser Republik soll die gesamte exekutive, legislative und jurisdiktionelle Macht ausschließlich in den Händen von gewählten Vertrauensmännern der gesamten werktätigen Bevölkerung und der Soldaten liegen.
3. Ausschluß aller bürgerlichen Mitglieder aus der Regierung.
4. Die Beteiligung an der Regierung gilt nur für drei Tage als ein Provisorium, um eine für den Abschluß des Waffenstillstandes fähige Regierung zu schaffen.
5. Die Ressortminister gelten nur als technische Gehilfen des eigentlichen und entscheidenden Kabinetts.
6. Gleichberechtigung der beiden Leiter des Kabinetts.

Liebknecht hat keine Gelegenheit gehabt, sich mit den führenden Genossen des Spartakusbundes über diese Forderungen, wie überhaupt über den von ihm geforderten Eintritt in die Regierung zu verständigen. Rosa Luxemburg war noch nicht von Breslau zurück, wo sie in Schutzhaft gesessen hatte. Einige andere Genossen des Spartakusbundes hatten die Redaktion des „Berliner Lokalanzeiger“ besetzt und diese bisher der Schwerindustrie dienende Zeitung in „Die Rote Fahne“, das Organ des Spartakusbundes, umgewandelt. Als die Genossen von den Verhandlungen über den eventuellen Eintritt Liebknachts in die Regierung erfuhren, wandten sie sich sofort gegen einen solchen Plan, der aber schon dadurch gegenstandslos wurde, daß die Vertreter der Sozialdemokratie die Forderungen Liebknachts, die sich auch die Führer der U. S. P. D. zu eigen gemacht hatten, ablehnten. So hat Liebknacht weder der Regierung auch nur eine Minute angehört, noch war er bereit, mit den Sozialverrätern auch nur eine Minute länger zusammenzuarbeiten, als es bis zum Abschluß des Waffenstillstandes notwendig war. Daß die Sozialdemokraten die Forderungen Liebknachts ablehnten, ließ deutlich erkennen, was sie mit der Uebernahme der Regierung im Schilde führten. Sie hetzten die politisch ungeschulten Soldaten in den Kasernen gegen die Spartakisten auf, redeten ihnen ein, daß sie den Bolschewismus nach Deutschland verpflanzen wollten, von dem sie den Soldaten ein wahres Schreckensbild vormachten. Neben Ebert, Scheidemann und Landsberg traten noch die Unabhängigen Haase, Dittmann und Barth in den Rat der Volksbeauftragten ein. Letzterer wurde fälschlicherweise als Vertreter des Spartakusbundes bezeichnet, um bei den Arbeitern den Glauben zu erwecken, als beteilige sich dieser an der Regierung. Als am Sonntag, dem 10. November, die in den Kasernen und Betrieben gewählten Soldaten- und Arbeiterräte zur Wahl der Regierung und des Vollzugsausschusses der Arbeiter- und Soldatenräte zusammentraten, wurde ihnen vom Spartakusbund durch einen Handzettel folgende Losung unterbreitet:

„Es darf keine Stimme einem Regierungssozialisten gegeben werden. Sie haben die Revolution vier Jahre lang verraten und werden es weiter tun.“

Es darf keine Stimme einem Sozialisten gegeben werden, der bereit ist, gemeinsam mit den Bürgerlichen oder den Regierungssozialisten in eine Regierung zu treten. Parteigenossen! Die Bürgerlichen und Regierungssozialisten wollen Euch in die Regierung haben, damit Ihr ihnen helft, ihre Sünden zu verdecken. Dazu seid Ihr zu gut. Sie mögen endgültig abdanken oder selbst die Folgen ihrer verbrecherischen Kriegspolitik tragen.“

Die erste Versammlung der Arbeiter- und Soldatenräte spiegelte die ganze Jämmerlichkeit der Revolution wider, sie ließ schon deutlich erkennen, daß eine Veränderung der Machtverhältnisse nicht eintreten und daß nach wie vor die Bourgeoisie, wenn auch in veränderter Staatsform, die Herrschaftsgewalt ausüben würde. Es war eine sehr bunte Versammlung, bei der die politisch ungeschulten Soldaten fast zwei Drittel der Teilnehmer stellten. Eine Kontrolle der Mandate wurde nicht ausgeübt, so daß es mehr eine öffentliche Versammlung denn eine Versammlung der Arbeiter- und Soldatenräte war. Zum Vorsitzenden dieser Versammlung wurde neben Richard Müller sogar der schon erwähnte Oberleutnant Walz gewählt, der noch wenige Tage vor dem Umsturz zum Verräter geworden war. So war es nur zu natürlich, daß ein großer Teil der Versammlung heftig gegen Liebknacht protestierte, als er in einer Rede darauf hinwies, daß die Konterrevolution bereits mitten unter ihnen sei und die Arbeiter und Soldaten deshalb eine Reihe von Maßnahmen schnellstens durchführen müßten, wenn sie sich vor der Konterrevolution sichern wollten, so u. a. die Entwaffnung sämtlicher Offiziere und Soldaten, die nicht auf dem Boden der neuen Ordnung stehen, Uebernahme sämtlicher Kommandostellen durch die Beauftragten der Arbeiter- und Soldatenräte, Beseitigung aller bürgerlichen Parlamente und Dynastien, an ihre Stelle die einheitliche sozialistische Republik und eine Regierung der Arbeiter- und Soldatenräte; ferner sei die sofortige Rückberufung der am 4. November ausgewiesenen Gesandtschaft der Arbeiter- und Bauernregierung Rußlands herbeizuführen. Diese Rede Liebknachts wurde besonders von den Soldaten als eine Störung der holden Eintracht empfunden; sie waren von den Sozialdemokraten viel zu sehr gegen die Spartakisten in wüster Weise aufgehetzt worden, als daß sie sich auch nur ruhig überlegt hätten, was ihnen Liebknacht sagte.

Ihnen war von den Sozialdemokraten eingeredet worden, daß nur durch eine aus Sozialdemokraten und Unabhängigen gleichmäßig zusammengesetzte Regierung eine geordnete Weiterentwicklung der Revolution gesichert würde. Sie schlugen die Warnung des Spartakusbundes, Sozialdemokraten zu wählen, in den Wind. Da außerdem der Vollzugsausschuß, der die oberste Staatskörperschaft und das Kontrollorgan der Regierung sein sollte, aus Arbeitern und Soldaten je zur Hälfte, und die Arbeiterhälfte aus Sozialdemokraten und Unabhängigen zusammengesetzt wurde, so stand die überwiegende Mehrheit des Vollzugsausschusses auf dem Boden der Sozialdemokratie, deren Führer sich also die kompakte Majorität gesichert hatten. Damit war das Schicksal des Novemberumsturzes besiegelt, und es war nur natürlich, daß die Vertreter des Spartakusbundes es unter diesen Umständen ablehnten, in den Vollzugsausschuß einzutreten.

Rosa Luxemburg traf erst nach dieser Versammlung spät am Abend in Berlin ein, sie kam von Breslau, wo sie aus der Schutzhaft durch die Revolution befreit worden war. Auch Leo Jogiches hatte die Gefängnismauern verlassen, und so fanden sich am Abend nach der Versammlung in den Redaktionsräumen des „Berliner Lokalanzeigers“ eine Anzahl Genossen wieder zusammen, die durch die Militärgewalten jahrelang voneinander getrennt worden waren. Der „Berliner Lokalanzeiger“ war, wie schon erwähnt, am Tage vorher von Spartakusgenossen besetzt und unter dem Titel: „Die Rote Fahne“ herausgegeben worden. Enthielt diese Nummer neben dem bereits gesetzten Inhalt nur am Kopfe eine kurze Mitteilung von der Uebernahme des Blattes, so wurde von den Genossen, die die Redaktion übernommen hatten, in der Morgennummer des 10. November bereits ein Programm für die revolutionären Arbeiter veröffentlicht. Die Arbeiter und Soldaten wurden aufgefordert, nicht den Aufforderungen des „Reichskanzlers“ Ebert zu folgen, die Straßen nicht zu verlassen, sondern bewaffnet zu bleiben und jeden Augenblick auf der Hut zu sein. Die Aufforderung des Reichskanzlers verfolge nur den Zweck, die alte „Ordnung“ wieder herzustellen. In einem Aufruf an die Arbeiter und Soldaten wurden 10 Forderungen aufgestellt, durch

deren Durchführung die Arbeiter und Soldaten ihre Macht befestigen müßten. Heftig wurden die Regierungssozialisten, mit denen jede Gemeinschaft abgebrochen werden müsse, wegen ihrer Kriegspolitik und ihres Verrats an der Arbeiterklasse angegriffen. Mußten dieser Aufruf und einige kleine Notizen in aller Hast am Abend des 9. November geschrieben werden, so kündigte die Redaktion an, daß die nächste Nummer vollständig mit eigenen Arbeiten erscheinen werde. Dazu sollte es jedoch nicht kommen. Die Besitzer des schwerindustriellen „Lokalanzeiger“ hatten Ebert um den Schutz Eigentums vor den Eingriffen der Spartakisten gebeten, was dieser ihnen auch zusagte. Sie kauften sich deshalb einen Trupp Soldaten, mit dem sie am nächsten Tage, als Rosa Luxemburg mit einigen anderen Genossen die Redaktion der nächsten Zeitungsnummer besorgen wollte, die Räume absperreten. Sie hatten auch das Setzerpersonal bestochen, so daß dieses sich weigerte, Arbeiten von der Redaktion der „Roten Fahne“ entgegenzunehmen. Es hätte nicht viel gefehlt und Rosa Luxemburg wäre — am Tage nach der Revolution — auf Veranlassung der „Lokalanzeiger“-Kapitalisten wegen Hausfriedensbruchs von den Soldaten verhaftet worden. An diesem Fall sollte sich aber auch die ganze Ohnmacht und Kläglichkeit des Vollzugsausschusses offenbaren, der auf unsere Veranlassung hin anordnete, daß die Besitzer des „Lokalanzeiger“ die „Rote Fahne“ weiter zu drucken hätten. Die höchste Körperschaft der jungen Republik hatte aber nicht einmal die Macht, einer einzelnen Kapitalistengesellschaft gegenüber ihren Willen durchzusetzen. Und auch zum Kompetenzstreit zwischen Vollzugsausschuß und Regierung führte dieser Fall, indem diese, um den Schutz des kapitalistischen Eigentums besorgt, dem Vollzugsausschuß das Recht seiner Anordnung absprach. Die Besitzer des „Lokalanzeiger“ hatten den Schutz des Herrn Ebert, und so wurde verhindert, daß die „Rote Fahne“ weiter erschien, obgleich diese viel mehr das Sprachrohr der großen Arbeitermassen Berlins war als der „Vorwärts“ oder die von den Unabhängigen herausgegebene „Internationale“, aus der später die „Freiheit“ wurde. Eine volle Woche verging, bevor es dem Spartakusbund möglich war, einen bür-

gerlichen Drucker zu finden, der zum Druck der „Roten Fahne“ bereit war. Das Bürgertum empfand schon nach einigen Tagen, daß die neue Regierung völlig auf seiner Seite war und ihm nur eine Gefahr von den Kreisen drohte, die durch den Spartakusbund geführt wurden. Die Regierung, oder wie sie sich nannte: der Rat der Volksbeauftragten hatte am 12. November einen Aufruf an das deutsche Volk erlassen, in dem sie den durch den Umsturz hervorgerufenen Veränderungen „Gesetzeskraft“ gab, in dem aber mit keinem Wort weder von den Arbeiter- und Soldatenräten die Rede war, noch von der Regelung der Kommandogewalt, noch der Republik, noch der Rückberufung der russischen Gesandtschaft, wohl aber vom Schutz des Eigentums, der geordneten Produktion und der Freiheit der Person und daß spätestens vom 1. Januar ab der achtstündige Maximalarbeitstag eingeführt werden sollte. Auch von der Einberufung einer konstituierenden Versammlung und dem Wahlrecht für alle Personen war die Rede, ohne erkennen zu lassen, um was für eine Versammlung es sich handelt, ob Räteversammlung oder bürgerliche Nationalversammlung.

In dieser Zeit, wo es galt, die Arbeitermassen mobil zu machen gegen die offenkundigen reaktionären Absichten der Regierung, in der sich die Zeitungen der Sozialdemokratie und der Unabhängigen rückhaltlos hinter diese Regierung stellten, fehlte dem Spartakusbund eine Zeitung, durch die täglich die revolutionären Losungen in die Massen geworfen und sie zum Kampf dafür aufgefordert werden konnten. Am 12. November konstituierte sich die Zentrale des Spartakusbundes, der organisatorisch immer noch zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei gehörte, der sich aber die volle Freiheit der Propaganda und der Agitation wahrte. Rosa Luxemburg legte in der Sitzung das Arbeitsprogramm für die nächste Zeit dar, in dem die Herausgabe einer täglichen Zeitung, eines wissenschaftlichen Organs, einer Frauenzeitung, einer Soldatenzeitung vorgesehen war; ferner sollten die Soldaten in einer besonderen Organisation, dem Roten Soldatenbund, zusammengefaßt werden, und eine intensive Agitation sollte unter ihnen entfaltet werden. Auch sollten im ganzen Reiche die bisherigen Spartakusgruppen zu

einer festen Organisation zusammengefaßt und ständig mit Agitationsmaterial versehen werden. Die Spartakisten bildeten in der Unabhängigen Partei das eigentliche Arbeitselement, so daß die Parteileitung sich diese Sonderorganisation des Spartakusbundes gefallen lassen mußte, obgleich dieser Zustand für eine Partei ein ganz unhaltbarer war. Die Vertreter der Unabhängigen im Rate der Volksbeauftragten gingen mit den Scheidemännern in deren reaktionärer Politik durch dick und dünn; jedenfalls ließen sie nach außen in keiner Weise erkennen, daß sie nicht damit einverstanden waren. Und die Vertreter der Unabhängigen im Vollzugsausschuß hatten nicht den Mut, gegen diese Politik aufzutreten; sie diskutierten wohl viel unter Ausschluß der Öffentlichkeit, riefen aber nicht die Massen zum Kampfe gegen die reaktionären Tendenzen auf, die sich in dem immer frecheren Auftreten der Offiziere und der Bourgeoisie sehr offen zeigten. Die von der Front zurückkehrenden Soldaten wurden von ihren Offizieren gegen Berlin aufgewiegelt, wo nach ihrer Darstellung von den Spartakisten eine wüste Wirtschaft getrieben würde. Diese Hetze gegen die Spartakisten wurde auch von den Sozialdemokraten und Unabhängigen betrieben, weil jene ihre Tätigkeit täglich bei den Massen anklagten. So konnte es nicht ausbleiben, daß bereits drei Wochen nach dem Novemberumsturz, am 6. Dezember, ein reaktionärer Putsch zum Sturz der Räteregierung, wie sie dem Namen nach durch den Vollzugsausschuß und den Rat der Volksbeauftragten bestand, unternommen wurde. Dazu gehörte natürlich auch, daß die Redaktion der „Roten Fahne“ von den irreführten Soldaten gestürmt, nach den angeblichen Millionen gesucht und eine Verhaftung der Genossin Luxemburg und des Genossen Liebknecht beabsichtigt wurde. Und es ist kein Zufall, daß am gleichen Tage in einem anderen Stadtteil Berlins von aufgewiegelt Truppenteilen auf einen von dem unabhängigen Polizeipräsidenten genehmigten Demonstrationzug revolutionärer Soldaten geschossen wurde, bei dem es eine Anzahl Tote und Verwundete gab. Durch diese Ereignisse wurde offenkundig, daß sich nicht nur die Bourgeoisie wieder völlig obenauf fühlte, sondern daß auch die Regierung nicht die geringste Neigung hatte, sich auf die

revolutionären Arbeitermassen zu stützen, sondern im Gegenteil deren Kräfte mit allen Mitteln zu schwächen versuchte.

Zu diesen revolutionären Kräften gehörten auch damals noch die Matrosen in Berlin, die in der Volksmarinedivision sich zusammengefunden hatten. Wenn die Matrosen auch nicht politisch geschult waren, so hielten sie doch ziemlich enge Verbindung mit den revolutionären Arbeitern, mit denen sie sich mehr verbunden fühlten als mit der Regierung. Diese versuchte deshalb, die Matrosen aus Berlin hinauszubringen, und zwar dadurch, daß sie ihnen die Löhnung vorzuenthalten versuchte. Da die Matrosen sich diese Behandlung nicht gefallen ließen, so rief die Regierung die Hilfe des General Lequies mit seinen von ihm verhetzten Truppen herbei, die dann am 24. Dezember den Matrosen eine blutige Weihnacht bereiteten. Doch die Regierung wurde durch die den Matrosen zu Hilfe eilenden Arbeiter gezwungen, von der restlosen Durchführung ihrer Absicht Abstand zu nehmen. Es gelang ihr nicht, die Matrosen aus Berlin zu vertreiben, ja sie hatte nicht einmal den Mut, öffentlich dafür einzustehen, daß sie die Niederkartätschung der Matrosen befohlen hatte. Der Spartakusbund rief sofort die Berliner Arbeiterschaft zum Protest gegen dieses frevelhafte Spiel der Regierung auf, die in einer gewaltigen Demonstration diesem Rufe folgte. Es bedurfte der ganzen Kraft des Spartakusbundes, zu verhüten, daß die erregten Volksmassen nicht die Regierungsgebäude stürmten, wobei es zweifellos zu noch größerem Blutvergießen gekommen wäre. Es konnte nicht verhütet werden, daß ein größerer Trupp von Arbeitern das Gebäude des „Vorwärts“ besetzte und die Redakteure, die tagtäglich ihre Schlammkübel von Beschimpfungen und Verleumdungen über die Spartakusbewegung ausgossen, aus dem Gebäude jagten. Besonders richteten die Redakteure ihre Angriffe gegen unsere beiden Führer Liebknecht und Luxemburg, und sie bewegten sich dabei in demselben Jargon, in dem von bürgerlicher Seite täglich zur Ermordung der beiden Genossen aufgefordert wurde. Eine aus Arbeitern zusammengesetzte Redaktion gab an Stelle des „Vorwärts“ den „Roten Vorwärts“ heraus, doch mußten sie am nächsten Tage das Gebäude wieder verlassen, ohne daß die Lektion, die den Vor-

wärts-Redakteuren von der Arbeiterschaft erteilt worden war, irgendwelche Früchte getragen hätte. Durch die Maßnahmen gegen die Matrosen war die Regierung bei den Arbeitern derart kompromittiert, daß die Vertreter der Unabhängigen es für geraten hielten, aus der Regierung auszuschneiden. Aber die Schuld, die sie in den wenigen Wochen auf sich geladen hatten, konnte durch dieses Ausschneiden nicht mehr beglichen werden. Die Mitglieder, die dem Spartakusbunde angehörten, forderten von der Parteileitung der Unabhängigen die sofortige Einberufung eines Parteitages, der zu diesem Verhalten Stellung nehmen sollte. Die Parteileitung weigerte sich, angeblich aus Verkehrsschwierigkeiten, den Parteitag einzuberufen, und so kam es zum Ausschneiden der Mitglieder des Spartakusbundes aus der Unabhängigen Partei und zur Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands, die um die Jahreswende erfolgte. Es war nur zu natürlich, daß die Zahl der Mitglieder, die der Partei beitraten, bei weitem nicht der Anhängerschaft der Spartakusbewegung entsprach. Viele blieben in der Unabhängigen Partei, um den Parteitag abzuwarten und bis dahin im Sinne der Spartakusbewegung zu wirken und die Entscheidung des Parteitages im revolutionären Sinne zu beeinflussen. Dazu kam bei der damals schon sehr heftigen Verfolgung der Spartakisten, daß die Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei die Entschlossenheit erforderte, die mit den Verfolgungen verbundenen Opfer auf sich zu nehmen und bei den Kämpfen in der vordersten Front zu stehen. Doch an dieser Entschlossenheit fehlte es noch bei vielen Arbeitern.

Die Regierung, die nach dem Austritt der Unabhängigen nur noch aus Sozialdemokraten bestand, war durch die Beschlüsse des Mitte Dezember stattgefundenen ersten Rätekongresses vollständig gedeckt, wenn sie nunmehr auch noch den letzten Hort des revolutionären Teils der Berliner Arbeiterschaft beseitigte. Und das war das Berliner Polizeipräsidium, das sich unter der Leitung des Unabhängigen Eichhorn befand. Die ihm unterstehende Sicherheitswehr bestand zu einem großen Teil aus Arbeitern, die ebenfalls mit der Regierungspolitik nicht einverstanden waren. Die Regierung hoffte,

wenn sie dem Sozialdemokraten Ernst das Polizeipräsidium übertrage, auch die Sicherheitswehr anderen Sinnes zu machen. Sie befahl die Amtsenthebung Eichhorns, der sich aber weigerte, diesen Posten zu verlassen. In gemeinsamer Sitzung der Parteileitungen der Berliner Unabhängigen, der Kommunistischen Partei und der revolutionären Obleute wurde beschlossen, den Kampf gegen diese Maßnahme der Regierung aufzunehmen. Die zentrale Parteileitung der Unabhängigen hielt sich jedoch vollständig im Hintergrunde, trug sie doch den größten Teil Schuld daran, daß es zu diesem Kampfe kommen mußte. So kam es am 5. Januar zu dem blutigen Januaraufstand, der in der Geschichte als der Spartakusaufstand bezeichnet wird, obgleich die Leitung dieses Aufstandes nicht in den Händen der Kommunistischen Partei lag. Gewiß war die „Rote Fahne“ die einzige Zeitung, die sich mit Energie und Entschlossenheit dieses Kampfes annahm und täglich in ihren Spalten die Lösungen ausgab, aber über die eigentlichen praktischen Maßnahmen dieses bewaffneten Aufstandes der Arbeiter beschloß ein von den revolutionären Obleuten gewählter Ausschuß, dem allerdings von der Zentrale der Kommunistischen Partei die Genossen Liebknecht und Pieck angehörten. Leider war es diesen beiden Genossen infolge der Arbeitslast, die ihnen die Aufstands-Bewegung aufbürdete, nicht möglich, die enge Verbindung mit den übrigen Genossen der Spartakuszentrale zu halten, um dauernd mit ihnen in Uebereinstimmung zu handeln. Schon am ersten Tage des Aufstandes stellte sich heraus, daß der Ausschuß nicht über die Kräfte verfügte, die zur Leitung des Aufstandes notwendig waren. Es fehlte an militärisch geschulten Genossen, die die zu Tausenden bewaffneten Arbeiter nach strategischen Gesichtspunkten hätten leiten können, so daß diese ziel- und planlos durch die Straßen marschierten; es fehlte dem Ausschuß auch eine einheitliche politische Leitung, die sich über das politische Ziel und die Bedingtheiten dieses Aufstandes von vornherein klar war. So war alles dem Zufall preisgegeben, und die Stunden und Tage verstrichen in nutzlosen Beratungen. Die Führer der Unabhängigen verhandelten im geheimen mit der Regierung um eine Beilegung des Kampfes, die Massen wurden nach tagelangem

Umherirren müde, während die Regierung die Kräfte zum Niederschlagen des Aufstandes sammelte. Als die Zentrale der Kommunistischen Partei sah, wie durch diese Mängel und Schwächen der Aufstandsleitung und durch die Verhandlungen der unabhängigen Führer die Niederlage der Arbeiter unausbleiblich sein mußte, verlangte sie von Liebknecht und Pieck deren Austritt aus dem Ausschuß, um nicht für die Maßnahmen verantwortlich zu sein, die sich aus dieser verfahrenen Situation ergaben. Selbstverständlich hatten Liebknecht und Pieck von vornherein gegen diese Verhandlungen mit der Regierung protestiert, weil dadurch die Regierung Zeit gewann und bei den Arbeitern Hoffnungen auf eine friedliche Beilegung des Kampfes geweckt wurden und so die Position der Arbeiter geschwächt und die der Regierung gestärkt wurde. Beide Genossen hatten sich im Ausschuß vom ersten Tage an bemüht, die Kräfte der Arbeiter zu konzentrieren auf die Schwächen, die die Regierung in den ersten Tagen bot. Leider erfüllten sich auch die Zusagen, die bei der Beschlußfassung über den Aufstand hinsichtlich der Solidarisierung der Berliner Truppen mit den Arbeitern gemacht wurden, nicht, sie standen zunächst abwartend und später sogar feindlich den Arbeitern gegenüber. Zweifellos hat die Unfähigkeit des Ausschusses, den Aufstand zu leiten, mit zu dieser Haltung der Truppen beigetragen. Selbst die Volksmarinedivision, die doch schon durch die Unterstützung, die ihr die Arbeiterschaft in den Weihnachtskämpfen gewährt hatte, gestärkt war, konnte sich nicht einmal zu einer Unterstützung des Aufstandes entschließen, und als ihr Führer Dorrenbach auf kurze Zeit sich entfernt hatte, ließen sich die übrigen Führer von der Regierung bestechen und gingen in deren Lager über. Sie sollten in wenigen Wochen für diesen Verrat an der Arbeiterschaft dadurch belohnt werden, daß die Regierung sie vollends niederkartätschte und 32 Matrosen durch den Oberleutnant Vogel erschossen wurden. Als die Regierung genügend Truppen herangeholt hatte, befahl sie am 11. Januar den Sturm auf das revolutionäre Berlin, und die von der Regierung besonders ausgesuchten und von den Generalen besonders verhetzten Truppen verübten ein fürchterliches Blutbad unter den

kämpfenden Arbeitern. Alle Kommunisten waren vogelfrei, es genügte der Besitz einer Mitgliedskarte der K. P. D., um erschossen zu werden. Unter der Maske der Waffensuche wurden die Häuser nach Kommunisten durchsucht, es folgten Denunziationen über Denunziationen, und alle Greuel vom Standrecht bis zum Meuchelmord an wehrlosen Gefangenen, mit denen eine siegreiche Bourgeoisie unter den niedergekämpften Arbeitern stets gehaust hat, wiederholten sich in diesen Tagen.

So sehr die nächsten Mitarbeiter von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht um deren Leben besorgt waren und immer wieder darauf drangen, daß sie wenigstens vorübergehend in Sicherheit gebracht wurden, wollten beide nicht von ihrem Posten, der Redaktion der „Roten Fahne“, weichen, um auch in diesen schweren Stunden der Arbeiterschaft zur Seite zu stehen. Fast täglich mußte die Wohnung, wo sie ihre Redaktionsarbeiten verrichteten, gewechselt werden, weil die Mitbewohner auf den Verkehr, den die beiden Genossen mit anderen Mitarbeitern hielten, aufmerksam wurden und man vor Verrat nicht sicher war. Es waren hohe Belohnungen für den Verrat oder die Ermordung der beiden Genossen ausgesetzt, der „Vorwärts“ hatte in einem Gedicht es geradezu bedauert, daß Rosa Luxemburg, Liebknecht und Radek nicht unter den erschlagenen Kämpfern seien, und sogar von der Regierung nahestehenden Personen ist zur Ermordung der beiden Genossen aufgefordert worden. So konnte es nicht ausbleiben, daß es zu dem gräßlichen Meuchelmord an den beiden Führern der Spartakusbewegung kam, als beide durch Verrat den Weißgardisten in die Hände fielen. Diese glaubten sicherlich, ein der Regierung gefälliges Werk zu tun, denn diese unternahm nichts zum Schutze wehrloser Gefangener, sondern versuchte, die

Greuelthaten mit der Erregung der Soldaten zu entschuldigen. Die der Regierung unterstehenden Offiziere waren aber gar nicht so erregt; sie haben mit kühler Ueberlegung die Meuchelmorde vorbereitet, und sie wußten, daß sie damit nicht nur ihrer Klasse, sondern auch der sozialdemokratischen Regierung einen Dienst erwiesen.

Groß ist der Verlust, den die revolutionäre Bewegung der deutschen Arbeiter durch die Ermordung dieser beiden Führer erlitten hat. Aber die von ihnen vertretenen Ideen waren nicht zu vernichten. Ihr Geist wirkt fort in der Arbeiterschaft, und doch: wie mancher Fehlschlag und Irrgang wäre der Arbeiterschaft erspart geblieben, wenn sie dieser beiden Führer nicht beraubt worden wäre. Das Vertrauen zu ihrer Kraft wäre stärker gewachsen und hätte vermocht, daß sich die revolutionäre Bewegung in Deutschland nicht zersplittert, sondern fest zusammengefaßt die Macht geworden wäre, durch die das Proletariat seinen Entscheidungskampf mit der Bourgeoisie führt. Heute ist in Deutschland von den Errungenschaften, die der Novemberumsturz den Arbeitern brachte, so gut wie nichts mehr vorhanden, und mehr denn je leidet die Arbeiterklasse unter dem Zerfall der kapitalistischen Wirtschaft und Bourgeoisieherrschaft, die sich das Mäntelchen der demokratischen Republik umgehängt hat. Aus der politischen und wirtschaftlichen Krisis, in der sich alle kapitalistischen Länder befinden, gibt es für die Arbeiterklasse nur einen Ausweg, das ist die Eroberung der politischen Macht, um durch ihre Diktatur die feindlichen Kräfte niederzuringen und die kapitalistische Profitwirtschaft durch den Kommunismus zu ersetzen. Und diesen Weg muß und wird auch die deutsche Arbeiterschaft gehen, trotz aller Hemmnisse, die ihr durch eigene Unkenntnis oder durch ihre Feinde bereitet werden. *Wilhelm Pieck.*

Paul Levis Weg von der Sekte zur Massenpartei.

Nach Paul Levi ist die Kommunistische Internationale nicht eine Institution zur Vereinigung der breiten Arbeitermassen

zur Durchführung der proletarischen Revolution, sondern ein Instrument zu deren Verhinderung. Diese Schuld erblickt er

nicht in der Kommunistischen Internationale an und für sich, sondern in ihrer arroganten, die Massen des Proletariats abstoßenden oder als Hampelmänner benutzenden Leitung und in den durch diese Führung erzwungenen unglücklichen Beschlüssen des II. Weltkongresses. Die Leitung der Kommunistischen Internationale und die Beschlüsse des II. Weltkongresses sind nach ihm nur geeignet, die Arbeiterklasse zu spalten, zu verhetzen und den Gegnern der kommunistischen Bewegung den Sieg über das Proletariat zu sichern. Paul Levi behauptet, die Leitung der Kommunistischen Internationale wolle „bewußt oder unbewußt, was noch schlimmer sei“, die proletarischen Massenparteien in Sekten engstirniger Fanatiker verwandeln. Kurz: Paul Levi wiederholt, nur mit anderen Worten, die Behauptungen der Dittmann, Longuet, Serrati etc. Es erscheint deshalb doch angebracht, den Mann und seine Führung breiterer Proletarierschichten etwas genauer zu betrachten, damit wir aus seinen Behauptungen ersehen können, ob ein ehrlicher, fähiger Mensch schweren Herzens unverzeihliche, das Proletariat schädigende Fehler kritisiert oder ob nur ein Kritiker spricht. Paul Levis Kritik kann nicht getrennt werden von seiner Person. Denn er ist nicht ein Mensch, der seine Kritik in solcher Schärfe von sich gibt, weil ihm kein anderer Weg möglich war, sondern er war der Führer der deutschen Kommunisten nach der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts bis zu seinem freiwilligen Ausscheiden aus der Parteileitung im Februar 1921. Paul Levi hatte also reichlich Zeit, und, wie wir zeigen werden, auch reichlich Gelegenheit, zu beweisen, daß er ein Führer ist, der imstande ist, einer nach höchster Kraftentwicklung sich sehnenen und alles für die Sache opfernden revolutionären Arbeiterschicht Ziel und Richtung zu geben und die breiten Proletariatenmassen an die Kommunistische Partei zu fesseln. Sein Weg soll es beweisen.

Auf dem Gründungsparteitag der deutschen Kommunistischen Partei Ende Dezember 1918 hatte Paul Levi die erste Gelegenheit, auf die Delegierten der revolutionär gesinnten Arbeiter einzuwirken. Hier sprach er über die Notwendigkeit der Beteiligung an den Nationalversammlungs-Wahlen. Es war keine leichte Aufgabe. Wissen wir doch, daß es nicht einmal Rosa Luxemburg mit ihrem viel größeren Einfluß gelang, die Mehrzahl der Kongreßteilnehmer von falschen Entschlüssen abzuhalten. Levis Rede aber war kalt und nicht überzeugend, ihr fehlte die Leidenschaftlichkeit, die notwendig ist, um die anderen mitzureißen. Die Versammelten hatten damals nicht den Eindruck, daß Paul Levi einstmals der geeignete Führer der Partei sein werde. Als dann im Januar Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ermordet wurden, war unter den Parteigenossen ein banges Gefühl darüber, wem man die Parteileitung anvertrauen solle. Paul Levi entwickelte in diesen Tagen der Not der Partei nicht eine solche Initiative, wie es im Interesse der aus tiefen Wunden blutenden Spartakusbewegung notwendig gewesen wäre. Er hätte dies tun können, denn er galt schon damals als klug genug und war schon damals als Freund Rosas in der Öffentlichkeit bekannt, so daß er keinen ernststen Widerspruch gefunden hätte, wenn er die Geschicke der Partei fest in seine Hände genommen hätte. Seine Abneigung gegen Karl Liebknechts letztes politisches Auftreten ließ ihn abseits stehn. Im März traf die Kommunistische Partei ein neuer Schlag durch die Ermordung Leo Jogiches. Die Partei wurde illegal, und in diesen Tagen schrie direkt alles nach den Händen, die das Schicksal des Spartakusbundes führen sollten. Kein Hindernis war für Paul Levis Aufsteigen zum maßgebenden Parteiführer mehr vorhanden. Er tat aber keinen Schritt dazu. Im Gegenteil, es bedurfte in einer illegalen Tagung im Mai 1919 in Berlin der ganzen Ueberredungskunst Clara Zetkins und einer

Ueberschüttung mit Lob für seine Tüchtigkeit, um Paul Levi zu veranlassen, die Leitung der Partei zu übernehmen. Er tat es nur mit größtem Widerstreben. Auf dieser Tagung fiel ein Wort von ihm, das damals ohne Bedeutung schien, heute aber den Kern des Mannes hell beleuchtet. Die Kommunistische Partei hatte sich ein Statut gegeben bei ihrer Gründung. Es entstand ein Streit, ob man entsprechend dem Statut gehandelt habe, wobei Paul Levi geringschätzig über die Paragraphen des Statuts sich äußerte: „Ich habe sie noch niemals gelesen“. Dabei war er der Meinung, diese blasierte Redensart sei ein gescheiter Gedanke.

Im Mai 1919 begannen dann die großen Kämpfe der Arbeiter zur Verteidigung der revolutionären Errungenschaften in Mitteldeutschland, am Rhein, an der Wasserkante und in Berlin. Die Gewerkschaften, die in den ersten Wochen der Revolution sich kaum bemerkbar gemacht haben, waren mittlerweile zu gewaltigen Organisationen angeschwollen. Ihre Führer nahmen wieder größeren Einfluß auf die revolutionäre Bewegung, und zwar im Sinne der Kapitalisten. Da entstand eine heftige Reaktion gegen die Gewerkschaftsbürokratie bei den revolutionären Arbeitern. Der Ruf: „Heraus aus den Gewerkschaften!“ machte sich verstärkt bemerkbar. Hätte die Kommunistische Partei in diesen Tagen ein klares, eindeutiges Gewerkschaftsprogramm besessen, so hätte sie sicherlich großen Einfluß bei den Arbeitern erringen können. Die Partei hatte aber kein Programm in der Gewerkschaftsfrage, es herrschte in ihr das tollste Durcheinander. Allerhand Experimentier-Künstler mit alleinseligmachenden Rezepten traten auf, und sicher war es schwer, in diesem Durcheinander Ziel und Richtung zu finden. Paul Levi fand beides nicht. Er unterstützte positiv die Schaffung von Bergarbeiterunionen, und er unterstützte und befürwortete die Schaffung eines kommunistischen Landarbeiter- und eines kommunisti-

schen Eisenbahnarbeiterverbandes. Er kokettierte mit der Spaltung der Gewerkschaften und fand dabei nur eine einschränkende Regel: man müsse sich nicht einzeln, sondern ortsgruppenweise abspalten. Die Genossen, die damals gegen die Spaltungstheorien und gegen die Gründungsexperimente auftraten, fanden in der Partei keine Unterstützung, auch von ihrem „erlauchtsten Kopf“ nicht; dafür hatten sie später das Vergnügen, die Experimente liquidieren zu dürfen und bei der Verteidigung von offensichtlichen Fehlern der Kommunistischen Partei in der Gewerkschaftsfrage mit ihren Namen und ihrem Einfluß bei den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern zahlen zu müssen. Solche Dinge sind natürlich bei Paul Levi für die anderen selbstverständliche Pflichten. Noch nach dem Heidelberger Parteitag kostete es große Mühe, wenigstens einigermaßen das Gesicht der Partei zur Gewerkschaftsfrage von blamablen Zufälligkeiten zu bewahren. Die Gewerkschaftsorgane fütterten jede Woche ihre Leser mit der Aneinanderreihung der sich ständig widersprechenden Parolen der kommunistischen Parteileitung in der Gewerkschaftsfrage. Und wenn man diese Parolen so beieinander sah, konnte man sich eines bitteren Lächelns wahrhaftig nicht erwehren. Paul Levi hat sicher nicht das größte Verdienst, wenn jetzt in der Gewerkschaftsbewegung die Kommunistische Internationale und die deutsche Partei eine klare Richtung gewonnen haben, die das Vertrauen der Massen wiederbringt.

Auf dem Heidelberger Parteitag erwarb sich Paul Levi ein großes Verdienst, daß er mit Rücksichtslosigkeit gegen den Antipolitizismus und die keimenden syndikalistischen Bewegungen ankämpfte, mit denen Wolffheim, Laufenberg, Rühle usw. den Parteikörper zu vergiften suchten. Die Art und Weise aber, wie durch Levi in organisatorischer Hinsicht gegen diejenigen Genossen der Feldzug eröffnet wurde, die zwar sachlich einverstanden waren mit den

beschlossenen Leitsätzen, aber Bedenken hatten wegen ihrer Anwendung zur Bestrafung für vergangene Sünden, war eine Operation, die dem Kranken Arme und Beine und auch einen Teil der Eingeweide herausriß.

Die Arbeiter in der Partei hatten kolossale Opfer gebracht, sie wollten die Einheit ihrer Organisation erhalten. Sie konnten nicht verstehen, daß mit ihnen solche plötzlichen Experimente gemacht wurden, solche Dr.-Eisenbart-Kuren. Man ließ den Mitgliedern der Partei keine Zeit, die Beschlüsse von Heidelberg durchzudenken, und da die Parteiorgane in fast allen bedeutenden Orten verboten waren, wurde die Auseinandersetzung erschwert. Es ist Paul Levis Schuld, durch die brutale Art seines Vorgehens breite kommunistische Schichten in das Lager der K. A. P. getrieben zu haben und daß die Kämpfe innerhalb der kommunistischen Arbeiterschaft zum Gaudium ihrer Gegner solche maßlose Formen annahmen. Levis persönliche Abneigung gegen die Schröder, Rühle, Wolffheim und Laufenberg ließ ihn das Maß verlieren in der Auseinandersetzung mit den Arbeitern, ließ ihn den Ton der Arroganz, statt den der Belehrung wählen und versperrte damit der Partei die Verständigung mit vielen braven und tüchtigen Genossen auf lange Zeit.

Auf dem Heidelberger Parteitag hatte Paul Levi unter anderem die Prophezeiung aufgestellt, daß die Krise des deutschen Kapitalismus erst im Jahre 1926 ihren Höhepunkt erreichen werde. Er betrachtete die Krise des deutschen Kapitalismus nur im Maße seiner Zahlungsschwierigkeiten gegenüber der Entente. Die anderen Widerstände, die sich der kapitalistischen Restaurierung in Deutschland entgegenstellten, sah er nicht im genügenden Ausmaß. Dieses veranlaßte ihn, die politische und wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland nicht krisengeschwängert zu sehen. Am besten kommt diese Anschauung über die revolutionäre Entwicklung auf lange

Sicht zum Ausdruck in seiner Rede vor dem Militärgericht in Berlin, Anfang März 1920. Diese etwas sonderbare Verteidigung unserer kommunistischen Gedankenwelt und unserer Anschauungen über die taktische Anwendung revolutionärer Kampfmittel zum Sturz der Bourgeoisie wünschte Paul Levi als Broschüre erscheinen zu lassen. Die Partei fand es aber für angebracht, die Rede ihres Vorsitzenden der Öffentlichkeit zu verschweigen, um nicht eine Katerstimmung bei den kämpfenden Proletariern aufkommen zu lassen. Welche Rolle würde Paul Levi auch als Parteiführer gespielt haben mit dieser Rede als Pronunziamento zum Kapp-Putsch? Er machte später die Genossen wegen ihres Verhaltens im Kapp-Putsch lächerlich, die ihn wenige Tage vorher selbst vor der Lächerlichkeit gerettet hatten. Seine Kritik an der Taktik der Partei in den ersten Tagen des Kapp-Putsches ist nicht geboren aus der schärferen und tieferen Erkenntnis der Möglichkeiten des Kampfes gegen die Bourgeoisie in diesem Moment. Sie ist nur intuitiv aus einer schon erlebten Situation geboren. Seine nichtgedruckte Verteidigungsrede ist der Beweis dafür. Vielleicht gibt Paul Levi in seiner Zeitschrift diese Rede der Mitwelt noch bekannt, damit diese bewundern kann, wie er vorausgesehen hat, was kommt und was man tun muß. Ein Führer sollte seine Sterne tragen.

In den Tagen der Mitkonferenz der U. S. P. in Leipzig übte sich Paul Levi in Diplomatie zur Beeinflussung der U. S. P. Er reiste des öfteren zu Besprechungen mit linken U. S. P. - Führern, und wir gehen wahrscheinlich nicht fehl, wenn wir die drei Artikel Kurt Geyers über die Diktatur des Proletariats seinem Einfluß zuschreiben. In diesen Artikeln machte Kurt Geyer in wildem Radikalismus. Die Diktatur des Proletariats dürfe die Diktatur einer Minderheit sein, die sich auch gegen rückständigere Teile der Arbeiterschaft richte, gegen die, die noch in der S. P. D. ihr Heil

sahen. Also Diktatur der revolutionären Vorhut. Es ist heute sehr interessant, die Reden und Schriften der Leute zu vergleichen, die um Paul Levi sind, mit dem, was sie vor anderthalb Jahren sagten und schrieben. Es ist doch nicht unser Fehler, daß sich die Leute politisch so lächerlich machten. Sie sind in ihren Aeußerungen vollständig abhängig von der revolutionären Konjunktur.

Als Paul Levi vom II. Internationalen Weltkongreß zurückkam, war er von einem inneren Zwiespalt zerrissen. Er machte der Zentrale Vorwürfe, daß sie nicht energisch genug politische Situationen ausnütze, sie sei nicht offensiv genug, verpasse den Anschluß an die kämpfenwollende Masse. Beim Vormarsch der Russen auf Warschau sei in Ostpreußen die Situation reif gewesen. Nach einigen Tagen zeigte sich aber, daß dieser Radikalismus nur ein äußerer Firnis war. Paul Levi begann jetzt den Kampf gegen die sogenannte Linke in der Partei. Er konstruierte einen neuen Feind, der wie ein Wurm die kommunistische Partei zerfresse. Ueberall witterte er Gefahr. Er entdeckte nichtbestehende Konspirationen. Er säte Mißtrauen, so daß niemand mehr wußte, ob er in der Partei nicht verraten und verkauft sei. Seine Reden waren voll dunkler Andeutungen. Nie sagte er Konkretes. Die mit ihm umgingen, hatten das Gefühl, daß er voller Zweideutigkeiten stecke. Besonders erfüllte ihn mit Wut, daß man die K. A. P. D. als sympathisierendes Mitglied in die Kommunistische Internationale aufgenommen hatte. Er fühlte sich von Moskau schlecht behandelt, nicht seiner Bedeutung entsprechend gewürdigt und suchte hinter diesen persönlichen Dingen allerhand politische Ursachen. Unter diesen neurasthenischen Aeußerungen litt die Führung der Partei.

Sein Eintritt in den Reichstag gab ihm die Möglichkeit, zu zeigen, worin sich der revolutionäre Parlamentarismus unterscheidet von dem opportunistischen Parla-

mentarismus, dem die anderen Arbeiterparteien anhängen. Dies wäre um so notwendiger gewesen, weil gerade die parlamentarische Frage die wichtigste Ursache zur Spaltung der Kommunistischen Partei gewesen war. Paul Levi hatte die Behauptung aufgestellt, parlamentarische Betätigung und revolutionäre Betätigung sei zweierlei. Der Revolutionär im Parlament könne der gewaltige Rufer zum Streit werden, Karl Liebknecht war ja ein Beispiel dafür. Paul Levi wurde aber kein Karl Liebknecht, er redete im Parlament nicht zu den Massen, war nicht der Wutschrei der Geknechteten, nicht das Feldzeichen der Kämpfenden. Er redete wie ein literarisch gebildeter Advokat. Er zeigte den Staatsmännern, wie dumm sie sind, wieviel Widersprüche in ihrem Reden und Handeln zu finden seien, verbrämte seine Reden mit Zitaten aus der klassischen Literatur des Altertums oder aus einem Schriftsteller der Renaissance und bewies jedenfalls damit, daß unter den Kommunisten ein Mensch mit humanistischer Bildung lebt, der auch noch ein guter Advokat ist, wie er wenigstens selber versicherte. Gab ihm seine parlamentarische Tätigkeit nicht die Gelegenheit, die Stimme der Revolution zu werden, so doch die Möglichkeit des trauten Tête à tête mit den U. S. P.-Führern. Er wendete sich von der eigenen Partei immer mehr ab und näherte sich denen, mit welchen man sich später einmal verbünden sollte. So wurde er der Führer der linken U. S. P., ohne ihr Mitglied zu sein, und entfernte sich von dem Spartakusbund, dessen Vorsitzender er war. Beschwerten sich die Genossen über sein Verhalten, so machte er über sie abfällige, höhnische Bemerkungen. Zur Ehre der Wahrheit wollen wir aber hier bemerken, daß er von den künftigen Genossen aus der U. S. P. noch weniger hielt als von den eigenen Genossen in der Leitung des Spartakusbundes. So äußerte er sich oft besonders abfällig über Geyer und Däumig und die, mit denen er sich heute

innigst verbunden fühlt, die er seinerzeit aber mit Namen aus dem Tierreich belegte.

Nach dem Parteitag in Halle kam es darauf an, die Verschmelzung der Parteigenossen der linken U. S. P. mit dem Spartakusbund schnellstens vorzunehmen. Jeder Zeitverlust war ein Gewinn für den Gegner, der in den meisten Gegenden den Parteiapparat beherrschte. Levi förderte nicht die Beschleunigung des Verschmelzungsprozesses in dem Maße, wie es politisch notwendig war. Er unterstützte opportunistische Gedanken bei den anderen. Kurz vor dem Verschmelzungs-Parteitag erklärte er, daß er sich aus dem politischen Leben zurückziehen werde, er habe Schritte unternommen zur Wiederaufnahme seiner Advokatur, wobei er ein besseres Leben führe und sich nicht zu ärgern brauche. Die meisten seiner Mitarbeiter in der Leitung des Spartakusbundes waren über diese Launenhaftigkeit Levis so empört, daß sie ihm nur deswegen noch zuredeten, das Vorsitzendenamt in der neuen Partei zu übernehmen, weil sie sicher waren, daß Levi außerhalb der Parteileitung der Partei nur gefährlich werden könne. Sie hatten schon oft bemerkt, daß die Disziplin nur für die anderen, aber nicht für ihn eine Bindung in Parteiangelegenheiten bedeutet. Nach langem Drängen erklärte er sich bereit, seinen ultimativen Rücktritt zurückzunehmen, wenn die Partei sich zwei Vorsitzende gäbe mit größerer Machtvollkommenheit, denn mit einem so großen Wasserkopf wie ein aus 14 Genossen bestehender Parteivorstand könne keine vernünftige Arbeit geleistet werden. Trotz der Beleidigung der anderen Mitglieder der Parteileitung, die in der so begründeten Forderung lag, stimmte man seinem Antrag zu, weil man wollte, daß die Partei eine wirklich einheitliche, straffe Leitung bekommt. Jeder war bereit, sich gern unterzuordnen.

Paul Levi trat mit Ernst Däumig das Amt als Parteivorstand an, und man hätte viele Erwartungen hegen dürfen. Die Partei war

jetzt keine kleine Sekte mehr: durch die Verschmelzung waren Hunderttausende von Mitgliedern in der Partei vereinigt, die Kommunistische Partei war eine Massenpartei geworden. Auf dem Vereinigungs-Parteitag hatte Levi zu dem deutschen Proletariat gesprochen und ihm auseinandergesetzt, daß es sein Heil nur in der kommunistischen Partei finden würde. Er schloß seine Ausführungen mit den Worten: „In unserer Stellung und für ihre Stellung gilt gegenüber allen revolutionären Arbeitern, die heute noch außerhalb der Kommunistischen Partei stehen: *introite, nam hic dii sunt* — trete ein, denn hier, bei uns, sind die Götter.“ Diese große Phrase legte ihrem Sprecher Verpflichtungen auf. Er mußte den Arbeitern außerhalb der kommunistischen Partei beweisen, daß die Götter bei ihr sind. Im anderen Falle mußte die Partei lächerlich erscheinen. Und Paul Levi verhielt sich so, daß sein Wort von den Göttern, die bei uns sind, den deutschen Arbeitern als eine größtenwahnsinnige Redensart erschien. Nicht einen Tag hat er in der neuen Partei gezeigt, daß er der Führer ist. Man gab ihm die Macht und er benutzte sie nicht. Man bat ihn, sie zu benützen, und er ließ sie absichtlich unbenutzt. Er führte nicht den Vorsitz. Er bereitete keine Tagesordnung vor. Er las während der Sitzungen seine Zeitungen und hörte nicht darauf, was gesprochen wurde. Wenn die Mittagszeit herannahte, machte sich der Hunger bei ihm bemerkbar, und er verließ die Sitzung, um diesen zu stillen. Er mußte seinen regelmäßigen Schlaf haben. Und auf all dies mußte Rücksicht genommen werden. Er verlangte Pünktlichkeit von den anderen und ließ die Genossen in den Versammlungen, in denen er sprechen sollte, in der Regel eine Stunde auf sein Erscheinen warten. Kurz, durch sein ganzes persönliches Verhalten machte er seinen Mitarbeitern und den Mitgliedern in der Partei das Arbeiten schwer, so daß niemand eine rechte Freude unter seiner

Leitung empfinden konnte. Er war nicht mit dem Herzen bei der Partei und bei den Arbeitern. Sie waren ihm nur ein Exerzierplatz für seine plötzlichen Ideen.

Levi war ein fähiger Mensch, aber er hatte keine Art, von seinen Fähigkeiten andere gewinnen zu lassen. Wie konnte er ein Führer der Partei sein, wenn es ihm nicht einmal gelang, die Führung über seine eigene Person zu erhalten. Zwei Vorsitzende in der Partei, ausgerüstet mit höherer Machtvollkommenheit, und doch eine Führung von erschreckender Hilflosigkeit. Ein täglicher lebendiger Beweis, daß die Vorsitzenden die Partei nicht leiteten, sondern daß sie unter der Führung der Partei litten.

Levis Stellung in der italienischen Frage ist bekannt. Hier gab er den Kampf auf, ehe er begonnen wurde. Als man ihn aufmerksam machte auf das Doppelspiel der Serratianer, auf die Gefahren, die eine Unterstützung Serratis bedeute, als man die Schuld nicht einseitig bei den Vertretern der Exekutive suchen wollte, da warf er den anderen Parteigenossen den Fehdehandschuh hin. Er bewies seine Behauptungen nicht. Er stellte sie nur auf. Er verdächtigte die Internationale. Und als man den Beweis für seine Behauptungen forderte, nannte er die Prager Dummköpfe und Esel, die nicht verstünden, was hinter den Kulissen von der Leitung der Internationale gespielt würde. Er legte den Vorsitzenden-Posten nieder. Man bat ihn, trotz seiner unqualifizierten Aeußerungen gegen seine Genossen, die Partei nicht zu schädigen durch seinen Rücktritt. Er solle doch versuchen, seine Anschauungen über die Fehler der Kommunistischen Internationale zur Geltung zu bringen, damit diese gesunde. Darauf erwiderte er, daß sei ein vollständig aussichtsloses Beginnen, und seine Widersacher in der Parteileitung seien nur ein charakterloses Gesindel, wenn sie ihn zur weiteren Mitarbeit veranlaßten.

Von der Stunde an, wo er außerhalb der Parteileitung stand, beginnt sein Feldzug der Rache. Der Mann, der bislang an der verantwortlichsten Stelle der Partei Initiative, Kraft, Klarheit und Ausdauer vermissen ließ, fühlte sich jetzt wie ein junger Siegfried. Er sah mit Vergnügen eine sogenannte Linke Fehler machen. Er wünschte diese Fehler, denn er hat es oft ausgesprochen, diese Linke müsse gründlich abwirtschaften. Die Märzaktion dünkte ihm das Ereignis, das der Linken in der Partei das Genick brechen werde, daß aber gleichzeitig durch diese Märzaktion die verhaßte Leitung der Kommunistischen Internationale stürze, daß ihr Niederbruch die Todesstunde der Beschlüsse des II. Weltkongresses sei — vielleicht auch der Tag, an dem Paul Levi gleich einem leuchtenden Stern als Retter und Mittelpunkt der kommunistischen Bewegung der Welt aufgehen könne. Seine Kritik wird eine maßlose. Er pfeift auf jede Disziplin, er provoziert durch sein Verhalten alle Parteigenossen. Er legt sein Mandat zum Reichstag nicht nieder, trotzdem er sein Ehrenwort gegeben hat, es zu tun, wenn ihn die Partei dazu auffordere. Der Bezirk, in dem er gewählt wurde, tat dies einstimmig. Levi benutzte diese Gelegenheit, die Partei und die Parteidisziplin zu diskreditieren und lächerlich zu machen, indem er vor dem bürgerlichen Reichstag erklärte, er werde sein Mandat behalten, auch wenn die Kommunistische Partei die Niederlegung desselben durch seine unterschriebene Blankovollmacht anzeige. In der Anklageschrift „Unser Weg“ setzte er an die Spitze das Wort Florian Geyers: „Blitz und Donner, was liegt itzt daran! Reue oder nit, gezwungen oder nit. Wißt ihr denn, was Ihr getan habt? Den besten Handel, die edelste Sache, die heiligste Sache . . . eine Sache, die Gott einmal in Eure Hand gab und vielleicht nimmer, in Euren Händen ist sie gewest, wie ein Kleinod im Saustall.“

Auf diese harte Anklage fragten die Arbeiter in der Partei nur: „Was hat Paul Levi getan, um zu verhindern, daß er die Partei schuldig spricht? Und sie gaben sich die Antwort aus seinem Verhalten während seiner dreijährigen Führerschaft. Das Urteil war so: Du hast das Recht nicht, so zu sprechen, denn Du hast nichts getan, um Dir dieses Recht zu erwerben. Du sagst, Du wolltest die Partei erretten, Dein Verhalten ist aber darauf gerichtet, sie in den Abgrund zu stoßen. Du sagtest, Du seist ihr wärmster Freund und hast Dich mit ihren Todfeinden verbunden, Du warst nicht ihr Anwalt in schwerer Not, Du wurdest ihr Ankläger, Du hast nicht die Disziplin gehalten, Du hast sie verächtlich gemacht und mit Füßen getreten. Du bist mit dem Herzen nicht mit der Partei verbunden. Du bist nur ein maßlos eitler Mensch, dem die Partei ein Mittel war, seine Person leuchtend zu machen, an Dir hat die Partei nichts verloren. Vielleicht urteilte man ein wenig zu hart über ihn. Doch noch niemals isolierte ein Parteiführer durch sein Verhalten sich so von der Masse, wie es Paul Levi getan hat.

Er hat alle Brücken zur Kommunistischen Internationale und zur K. P. D. hinter sich abgebrochen, doch nicht ohne vorher den Versuch zu machen, erst noch die Partei von innen heraus zu sprengen. Er organisierte die Konspiration in der Partei nach seinem Ausschluß. Er hetzte ihm Vertrauende zu parteischädigenden Handlungen auf. Er tat alles, um die Partei zu schädigen, denn er hatte sie ja totgesagt, als sie nicht seinen Weg ging, und da sie trotz seiner Prophezeiung innerlich gesundet und weiterwächst, treibt er ihr gegenüber eine Politik der Bösartigkeit, um sie zu töten. Es gibt einige, die diesen

Weg mit ihm gehen aus Neigung, und einige andere, die ihm folgen, weil sie glauben, er sei ein tüchtiger und verkannter Mensch, der noch etwas werden wird. Die letzteren sind aber solche, die den Glauben an sich und die Sache verloren haben, die zurückschrecken vor dem Riesenmaß der Aufgaben, die die Kommunistische Partei vollbringen muß, und die sich nicht zutrauen, diesen Aufgaben gewachsen zu sein. Paul Levi klagte die Partei und die Internationale an, daß sie nicht Massen organisieren, sondern Sekten bilden wolle. Allerdings Sekten aktiver putschistischer Elemente, Bakunisten, Blanquisten. Sein Weg führte wirklich zu einer Sekte — zur Sekte der Impotenten.

Levis Begabung ist eine wirklich große, und er hätte eine hervorragende Kraft der Kommunistischen Internationale sein können, wenn ihn nicht seine Ueberheblichkeit, sein antidisziplinärer Sinn, seine immer wieder durchbrechende Arroganz gegen die Masse jeglicher Führeigenschaften beraubt hätten. Solche Menschen müssen zerbrechen, müssen einer Bewegung letzten Endes Schaden bringen. Wir haben seine Person und seine Tätigkeit innerhalb der Kommunistischen Partei Deutschlands noch einmal ausführlich beleuchtet, weil Menschen mit solchen Eigenschaften auch in anderen Parteien zu finden sind und weil es nützlich ist, aus ihrem Verhalten zu lernen. Sie reden viel mit schönen Worten von der Mobilisation der proletarischen Masse, und ihren Worten schenkt man Glauben, auf ihre Personen baut man wie auf einen Felsen, um eines Tages zu merken, daß der Weg mit ihnen wegführt von der Masse — zu der Sekte.

Fritz Heckert.

Ein Brief an die deutschen Kommunisten.

Werte Genossen!

Ich hatte vor, in einem ausführlichen Artikel meine Ansicht über die Lehren des Dritten Kongresses der Kommunistischen Internationale zu äußern. Ich war krankheitshalber verhindert, meine Absicht bis jetzt auszuführen. Der Beschluß, den Parteitag der V. K. P. D. zum 22. August einzuberufen, zwingt mich, meinen Brief so schnell als möglich in einigen Stunden fertig zu stellen, um ihn rechtzeitig nach Deutschland abgehen zu lassen.

So weit ich das beurteilen kann, ist die Lage der Kommunistischen Partei in Deutschland eine besonders schwierige. Das ist begreiflich.

Erstens, und das ist die Hauptsache, hat die internationale Lage Deutschlands sehr rasch und scharf seit 1918 ihre innere revolutionäre Krise verschärft und die Avantgarde des Proletariats zur sofortigen Eroberung der Macht getrieben. Gleichzeitig hat sich die ausgezeichnet organisierte und bewaffnete deutsche und internationale Bourgeoisie, durch die russische Erfahrung gewitzigt, mit einem wilden Haß auf das revolutionäre proletarische Deutschland gestürzt. Zehntausende der Besten in Deutschland, seine revolutionären Arbeiter sind erschlagen und gemartert von der Bourgeoisie, durch ihre Helden Noske und Kompagnie, durch ihre unmittelbaren Lakaien Scheidemann u. a., ihre mittelbaren und „feinen“ (und daher für sie besonders wertvollen) Helfershelfer, die Ritter der Zweieinhalb-Internationale mit ihrer niedrigen Charakterlosigkeit, ihren Schwankungen, ihrer Pedanterie und ihrem Kleinbürgertum. Die bewaffnete Bourgeoisie stellte den wehrlosen Arbeitern Fallen, hat sie in Massen gemordet, mordete ihre Führer systematisch einen nach dem anderen, wobei sie sehr geschickt das konterrevolutionäre Geheul aus den Reihen der Sozialdemokraten beider Schattierungen, der Schattierung Scheidemann und Kautsky, ausnützte. Eine wirklich revolutionäre Partei hatte die deutsche Arbeiterschaft im Augenblick der Krise infolge der Verzögerung der Spaltung, infolge des Einflusses der verfluchten Einigkeitstradition der feilen Scheidemann, Legien, David und

Co. und der charakterlosen Kautsky, Hilferding und Co., der ganzen Bande der Lakaien des Kapitals noch nicht gehabt. In jedem ehrlichen, klassenbewußten Arbeiter, der das Baseler Manifest von 1912 für bare Münze und nicht für Ausflüchte der Schurken des 2. und 2½ Ranges hielt, erwachte mit unglaublicher Schärfe der Haß gegen den Opportunismus der alten deutschen Sozialdemokratie. Und dieser Haß — das edelste und das erhabenste Gefühl der besten Menschen aus der Masse der Geknechteten und Ausgebeuteten — verblendete, raubte die Möglichkeit, kaltblütig zu überlegen, die eigene richtige Strategie als Abwehr gegenüber der glänzenden Strategie der bewaffneten, organisierten, durch die russischen Erfahrungen gescheit gewordenen, von Frankreich, England und Amerika unterstützten Kapitalisten auszuarbeiten. Dieser Haß trieb zu vorzeitigen Aufständen.

Das ist der Grund, warum die Entwicklung der revolutionären Arbeiterbewegung in Deutschland seit Ende des Jahres 1918 einen so schweren und qualvollen Weg gegangen ist. Aber sie schritt und schreitet unaufhaltsam vorwärts. Die allmähliche Verschiebung nach links, die sich bei den Arbeitermassen, bei der wirklichen Mehrheit der Arbeitenden und Ausgebeuteten in Deutschland, sowohl derjenigen, die in den alten menschwistischen Organisationen (d. h. solchen, die den Zwecken der Bourgeoisie dienen) organisiert sind, als auch der gänzlich oder fast gänzlich Unorganisierten vollzieht, ist eine unbestreitbare Tatsache. Kaltes Blut und Ausdauer zu bewahren; systematisch die begangenen Fehler in der Vergangenheit zu verbessern; immer darauf bedacht zu sein, die Mehrheit unter den Arbeitermassen, in den Gewerkschaften und außerhalb derselben zu gewinnen; geduldig eine kluge und feste Kommunistische Partei aufzubauen, die fähig ist, tatsächlich die Massen in allen Situationen zu leiten; eine Strategie auszuarbeiten, die der internationalen Strategie der gewitzten (durch die langjährige Erfahrung überhaupt und durch die russische Erfahrung insbesondere) fortgeschrittenen Bourgeoisie gewachsen ist. — das ist es, was das deutsche Proletariat

zu machen hat und machen wird. Und das ist es, was ihm seinen Sieg garantiert.

Andererseits wird die augenblickliche schwierige Lage der deutschen Kommunistischen Partei durch die Absplitterung der kleinlichen Kommunisten von links (Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands) und von rechts (Paul Levi mit seinem Blättchen „Unser Weg“ oder „Sowjet“) erschwert. Wir haben die Linken oder K. A. P. Disten genügend auf der internationalen Tribüne seit dem zweiten Kongreß der Kommunistischen Internationale gewarnt. So lange wenigstens in den maßgebenden Ländern noch keine gefestigten, erfahrenen und einflußreichen kommunistischen Parteien vorhanden sind, müssen wir auf unseren internationalen Kongressen die Teilnahme der halbanarchistischen Elemente noch dulden, und das ist bis zu einem gewissen Grade sogar vorteilhaft. Sie nützen uns insofern, als diese Elemente ein konkretes „abschreckendes Beispiel“ für die unerfahrenen Kommunisten bilden und auch soweit sie selber noch Lehren annehmen können. In der ganzen Welt zerfällt der Anarchismus — und nicht seit heute, sondern seit dem imperialistischen Krieg 1914—18 — in zwei Richtungen: Für die Sowjets oder gegen die Sowjets, für die Diktatur des Proletariats oder gegen die Diktatur des Proletariats. Man muß diesen Prozeß der Gegensätze in der anarchistischen Bewegung anwachsen und ausreifen lassen. In Westeuropa gibt es fast niemand, der irgendwelche nennenswerte Revolutionen durchgemacht hätte. Die Erfahrung der großen Revolution ist dort fast gänzlich vergessen, und der Uebergang vom Revolutionärsein-wollen (von Gesprächen und Resolutionen über Revolution) zur wirklichen revolutionären Tätigkeit ist ein sehr schwieriger, langsamer und qualvoller Prozeß. Selbstverständlich muß und darf man nur bis zu einem gewissen Maße halbanarchistische Elemente dulden. In Deutschland haben wir sie sehr lange geduldet. Der Dritte Kongreß der Kommunistischen Internationale stellte ihnen ein befristetes Ultimatum. Wenn sie jetzt selber aus der Kommunistischen Internationale ausgeschieden sind, ist es um so besser: erstens haben sie uns die Mühe erspart, sie auszuschließen, zweitens lieferte diese Tatsache allen noch schwankenden Arbeitern,

allen, die noch aus dem Hasse gegen den Opportunismus der alten Sozialdemokratie geborene Sympathie für den Anarchismus hegten, mit großer Deutlichkeit und Anschaulichkeit einen neuen, durch Taten bekräftigten Beweis der Duldsamkeit der Kommunistischen Internationale, die nicht auf den sofortigen und unbedingten Ausschluß der Anarchisten drängte und bemüht war, sie zu verstehen und ihnen zur richtigen Orientierung zu verhelfen.

Wir dürfen jetzt nicht mehr den K. A. P.-Disten so viel Aufmerksamkeit schenken. Durch unsere Polemik gegen sie machen wir für sie nur Reklame. Sie sind zu unvernünftig; sie ernst zu nehmen, wäre falsch, ihnen böse zu sein, wäre unklug. Einfluß auf die Massen besitzen sie nicht und werden ihn nie gewinnen, wenn wir selber keine Fehler machen. Wir wollen diese Richtung eines natürlichen Todes sterben lassen, die Arbeiter werden selbst einsehen, wie wenig Lebenskraft sie besaß. Wir wollen eine zweckentsprechende Propaganda führen und die taktischen und organisatorischen Beschlüsse des Dritten Kongresses der Kommunistischen Internationale in Wirklichkeit umsetzen und weniger Reklame für die K. A. P.-Disten durch unsere Polemik machen. Die Kinderkrankheit des Radikalismus geht vorüber und wird mit dem Wachstum der Bewegung gänzlich überwunden.

Genau so helfen wir jetzt P a u l L e v i. Es ist ganz falsch, daß wir durch unsere Polemik Reklame für ihn machen. Er wartet ja nur darauf, daß wir mit ihm streiten. Man muß ihn nach den Beschlüssen des Dritten Kongresses der Kommunistischen Internationale vergessen und die ganze Aufmerksamkeit, die ganze Kraft auf die friedliche (ohne Streit, ohne Polemik, ohne Aufwühlung des Vergangenen) sachliche, positive Tätigkeit im Sinne der Beschlüsse des Dritten Kongresses der Kommunistischen Internationale richten.

Gegen diese einmütigen Beschlüsse des Dritten Kongresses der Kommunistischen Internationale versündigt sich nicht wenig meiner Auffassung nach Genosse R a d e k durch seinen Artikel „Der Dritte Internationale Kongreß über den Märzaufrastand und die weitere Taktik“ (in dem Zentralorgan der V. K. P. D. „Rote Fahne“ Nr. 14 und 15 vom Juli

1921). Dieser Artikel, den mir ein polnischer Kommunist zugesandt hatte, ist bedauerlicherweise — und was für die Bewegung direkt schädigend ist — nicht nur gegen Paul Levi (das wäre noch nicht sehr wichtig), sondern auch gegen Klara Zetkin zugespitzt. Und Klara Zetkin hat selber während des Dritten Kongresses der Kommunistischen Internationale den „Friedensvertrag“ mit der Z. K. (Zentrale) der V. K. P. D. zwecks gemeinschaftlicher, fraktionsloser Arbeit geschlossen. Und dieser Vertrag wurde von uns allen gebilligt. Genosse Radek ging in dem Eifer seiner unangebrachten Polemik bis zu einer direkten Unwahrheit, indem er der Genossin Zetkin den Gedanken unterstellte, „daß sie jede allgemeine Aktion der Partei auf den Tag, wo die großen Massen aufstehen werden, verlege.“ Selbstverständlich leistet der Genosse Radek durch derartige Handlungen Paul Levi einen solchen Dienst, wie er sich ihn nicht besser wünschen könnte. Paul Levi will ja nichts anderes, als daß die Streitigkeiten sich verewigen, daß immer weitere Kreise darin verwickelt werden, daß man die Genossin Zetkin durch die Polemik, die den Friedensvertrag verletzt, den sie selber geschlossen hat und der von der ganzen Kommunistischen Internationale gebilligt war, von der Partei abstößt. Genosse Radek lieferte durch seinen Artikel das beste Beispiel dafür, wie man „von links“ Paul Levi hilft.

Bei dieser Gelegenheit muß ich den deutschen Genossen erklären, warum ich so lange Paul Levi auf dem Dritten Kongreß verteidigt habe: Erstens deswegen, weil ich Levi durch Radek 1915—1916 in der Schweiz kennen gelernt habe. Levi war schon damals Bolschewik, und ich kann mich eines gewissen Gefühls des Mißtrauens nicht erwehren gegenüber den Genossen, die zum Bolschewismus erst nach seinem Siege in Rußland und einer ganzen Reihe seiner Siege auf der internationalen Arena gekommen sind. Aber selbstverständlich ist diese Ursache eine verhältnismäßig geringe, da ich doch Paul Levi persönlich ziemlich wenig kenne. Unvergleichlich wichtiger war die zweite Ursache, eben die, daß Levi in vielen Punkten seiner Kritik an dem Märzaufruf 1921 in Deutschland im Wesen recht hatte. (Freilich nicht darin, daß die Märzaktion ein Putsch wäre. Diese Behauptung von Levi ist ein Unsinn.)

Freilich hat Levi alles Mögliche und Unmögliche getan, um die Wirkung seiner Kritik abzuschwächen und zu zerstören, um sich und den anderen das Verständnis für das Wesen der Dinge durch eine Menge Kleinigkeiten, wo er offensichtlich nicht recht hatte, zu erschweren. Levi hat seiner Kritik eine unzulässige und schädliche Form verliehen. Levi, der den anderen Vorsicht und überlegene Strategie predigte, hat sich selber wie ein grüner Junge benommen, indem er sich in den „Kampf“ so voreilig, so unvorbereitet, so blind und unbesonnen stürzte, daß er unbedingt den „Kampf“ verlieren mußte (und für viele Jahre sich die Arbeit erschwerte), trotzdem dieser „Kampf“ gewonnen werden konnte und mußte. Levi handelte wie ein „intellektueller Anarchist“ (wenn ich nicht irre, heißt es deutsch Edel-Anarchist), anstatt als organisiertes Mitglied der proletarischen Kommunistischen Internationale zu handeln. Levi brach die Disziplin.

Durch die vielen unglaublich dummen Fehler hat Levi verhindert, daß die Aufmerksamkeit auf das Wesen der Dinge gerichtet wurde. Und das Wesen der Dinge, d. h. die Bewertung der Verbesserung der zahlreichen Fehler, die die V. K. P. D. bei der Märzaktion 1921 begangen hatte, sind wirklich von großer Bedeutung. Zur Klärung und Gutmachung dieser Fehler (die von gewisser Seite als Perle der marxistischen Taktik gepriesen werden), mußte man sich auf den rechten Flügel während des Kongresses der Kommunistischen Internationale stellen. Sonst wäre die Linie der Kommunistischen Internationale falsch gewesen. Ich verteidigte Levi und mußte ihn verteidigen, soweit ich vor mir Gegner von ihm hatte, die einfach über „Menschewismus und Zentrismus“ geschrien haben, ohne die Fehler der Märzaktion und die Notwendigkeit ihrer Klärung und Gutmachung einsehen zu wollen. Solche Leute verwandelten den revolutionären Marxismus in eine Karikatur, den Kampf mit dem Zentrismus in einen lächerlichen Sport. Solche Leute bedeuteten die größte Gefahr für die allgemeine Sache, denn „niemand in der Welt ist imstande, die revolutionären Marxisten zu kompromittieren, wenn sie sich nicht selber kompromittieren.“ Ich sagte solchen Leuten: Angenommen, daß Levi ein Menschewist geworden ist; da

ich ihn persönlich wenig kenne, will ich es nicht bestreiten, wenn es mir bewiesen wird. Aber vorläufig ist es noch nicht bewiesen. Vorläufig ist nur bewiesen, daß er den Kopf verloren hat.

Deswegen einen Menschen zum Menschewisten zu stempeln, ist eine Kinderei. Die Heranbildung von erfahrenen und einflußreichen Parteiführern ist eine langwierige, schwere Arbeit, und ohne diese wird die Diktatur des Proletariats, die „Einheit seines Willens“ nur eine Phrase sein. Bei uns in Rußland dauerte die Ausbildung einer solchen Führergruppe 15 Jahre (1903 bis 1917). 15 Jahre des Kampfes mit dem Menschewismus, 15 Jahre zaristischer Verfolgung, 15 Jahre, die die große und mächtige Revolution 1905 miteingeschlossen haben, und trotzdem kamen auch bei uns traurige Fälle von „Kopfverlieren“ seitens ausgezeichneten Genossen vor. Wenn die westeuropäischen Genossen sich einbilden, daß sie vor solchen „traurigen Fällen“ gesichert sind, so ist das eine solche Kinderei, daß gegen sie angekämpft werden muß. Levi mußte für den Disziplinbruch ausgeschlossen werden. Aber die Taktik mußte bestimmt werden auf Grund eingehender Klärung und Verbesserung der Fehler der Märzaktion 1921. Wenn dann Levi seine vorherige Haltung nicht aufgeben wollte, so würde er die Richtigkeit seines Ausschlusses bestätigen und das um so stärker, je überzeugender den schwankenden und unklaren Arbeitern die völlige Richtigkeit der Beschlüsse des III. Kongresses über Paul Levi bewiesen werden konnte. Je vorsichtiger ich auf dem Kongreß Levis Fehler behandelte, mit um so größerer Ueberzeugung kann ich jetzt sagen, daß Levi sich beeilte, meine schlimmsten Erwartungen zu bestätigen. Vor mir liegt die Nummer 6 seines Blättchens „Unser Weg“ (vom 18. Juli 1921) mit einer Erklärung der Redaktion, die auf der Titelseite der Zeitschrift abgedruckt ist, aus der hervorgeht, daß die Beschlüsse des III. Kongresses Paul Levi bekannt sind. Was antwortet er darauf? Menschewistische Wörtchen über den „großen Bann“, über das „kanonische Recht“ darüber, daß er diese Beschlüsse „in vollständiger Freiheit“ besprechen wird. Wo gibt es denn noch eine größere Freiheit, als wenn man jemand von der Partei und von der

Kommunistischen Internationale vollständig frei macht? Und sogar, man stelle sich vor! an seinem Blättchen, bei ihm — Levi — werden Parteimitglieder anonym mitarbeiten.

Zuerst ein Untergraben der Partei, ein Kampf aus dem Hinterhalt, ein Stören der Parteiarbeit, dann „sachliche Besprechung“ der Kongreßbeschlüsse.

Das ist ausgezeichnet.

Dadurch schlägt sich Levi endgültig tot.

Paul Levi möchte aber den Streit verlängern. Der größte strategische Fehler wäre Erfüllung dieses seines Wunsches. Ich würde den deutschen Genossen empfehlen, die Polemik mit Levi und seinem Blättchen in der Tagespresse zu verbieten. Man darf ihm keine Reklame machen. Man muß ihn daran hindern, daß er die Aufmerksamkeit der kämpfenden Partei von dem Wesentlichen auf Unwesentliches ablenkt. In den notwendigsten Fällen kann man in Wochen- und Monatsschriften oder in Broschüren polemisieren. Aber möglichst den K. A. P. Disten und Paul Levi nicht das Vergnügen bereiten, das sie empfinden, wenn man ihren Namen nennt, sondern einfach über „einige nicht sehr kluge Kritiker, die sich unbedingt für Kommunisten ausgeben wollen“, sprechen. Mir wird mitgeteilt, daß auf der letzten Sitzung des Zentralaussschusses sogar der linke Friesland sehr scharf gegen Maslow, der mit dem Radikalismus spielt und sich im Sport der „Zentristenhetze“ üben will, auftreten mußte. Die Unvernunft (milde gesprochen) der Haltung dieses Maslow hat sich auch in Moskau offenbart. Fürwahr, die Kommunistische Partei Deutschlands hätte für ein paar Jahre diesen Maslow und zwei, drei seiner Anhänger und Mitkämpfer, die den Friedensvertrag nicht halten wollen und sich sehr unklug ereifern, nach Nordrußland schicken sollen. Wir hätten dort für sie nützliche Verwendung gefunden. Wir hätten sie verdaut. Das wäre für die Internationale und für die deutsche Bewegung von großem Vorteil. Die deutschen Kommunisten müssen um jeden Preis die inneren Streitigkeiten beenden, die streitsüchtigen Elemente von beiden Seiten absondern, Paul Levi und die K. A. P. Disten vergessen und zur positiven Arbeit schreiten. Arbeit gibt es genug.

Die taktischen und organisatorischen Resolutionen des III. Kongresses der Kommunistischen Internationale zeugen von einem gewaltigen Schritt vorwärts. Man muß alle Kräfte anspannen, um diese Resolutionen in die Wirklichkeit umzusetzen. Das ist schwer, aber es kann und muß gemacht werden.

Zunächst mußten die Kommunisten in alle Welt ihre Prinzipien ausrufen. Das wurde auf dem I. Kongreß vollbracht. Das war der erste Schritt. Der organisatorische Aufbau der Kommunistischen Internationale und die Ausarbeitung der Aufnahmebedingungen in die Kommunistische Internationale, die die tatsächliche Trennung von den Zentristen, von den direkten und indirekten Agenten der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung bedeuten, das war der zweite Schritt. Das wurde auf dem II. Kongreß getan. Der III. Kongreß mußte eine positive Tätigkeit beginnen. Er mußte auf Grund der praktischen Erfahrungen des schon begonnenen kommunistischen Kampfes konkret bestimmen, in welcher Weise die taktischen und organisatorischen Arbeiten weiter geführt werden sollen. Diesen dritten Schritt haben wir jetzt getan. Wir haben eine kommunistische Armee in der ganzen Welt. Sie ist noch schlecht ausgebildet, schlecht organisiert. Der größte Schaden für die ganze Sache wäre es, wenn wir diese Wahrheit vergessen wollten oder Angst hätten, sie einzugestehen. Diese Armee muß ausgebildet, organisiert, in verschiedenartigsten Bewegungen und Kämpfen, in Angriffs- und Rückzugsoperationen erprobt werden, wobei man mit der größten Vorsicht und Strenge sich selber und die Erfahrungen seiner eigenen Bewegung studieren muß; ohne diese langwierige und harte Schule kann der Sieg nicht errungen werden. Der „Haken“ in der Lage der internationalen kommunistischen Bewegung im Sommer 1921 war der Umstand, daß einige aus den besten und einflußreichsten Teilen der Kommunistischen Internationale diese Aufgabe nicht richtig erfaßt haben, ein klein wenig den Kampf mit dem Zentrismus übertrieben haben, ein klein wenig die Grenze überschritten, wo dieser Kampf sich in einen Sport verwandelt, wo die Kompromittierung des revolutionären Marxismus beginnt.

Das war der Haken des III. Kongresses. Die Uebertreibung ist nicht groß, aber ihre Gefahren sind ungeheuer. Der Kampf gegen diese Uebertreibung war deswegen schwer, weil diese Uebertreibung von den wirklich besten und opfermütigsten Elementen ausging, ohne die vielleicht eine Kommunistische Internationale nicht zustande gekommen wäre. In den Ergänzungen zu den Thesen der Taktik, die in der Zeitung „Moskau“ in französischer, englischer und deutscher Sprache erschienen und von der deutschen, ungarischen und italienischen Delegation unterzeichnet waren, ist diese Uebertreibung besonders kraß in die Erscheinung getreten, um so krasser, weil die Ergänzungen nach dem Abschluß des Resolutionsentwurfes (der nach langer und eingehender Durchberatung angenommen wurde) eingebracht worden sind. Die Ablehnung dieser Ergänzungen war der Ausgleich der Linie der Kommunistischen Internationale, war der Sieg gegenüber der Gefahr der Uebertreibung. Wenn man diese Uebertreibung nicht bekämpft hätte, würde sie unbedingt die Kommunistische Internationale zugrunde richten. Niemand in der Welt ist imstande, den Sieg der Kommunisten über die 2. und 2½-Internationale zu verhindern (und das bedeutet mit anderen Worten — auf die westeuropäischen und amerikanischen Verhältnisse des 20. Jahrhunderts nach dem ersten imperialistischen Kriege übertragen — den Sieg über die Bourgeoisie), wenn die Kommunisten ihn nicht selber verhindern. Und die Uebertreibung, wenn sie auch in ganz kleinem Maße geschieht, ist nichts anderes als eine Verhinderung des Sieges. Den Kampf mit dem Zentrismus zu übertreiben, heißt den Zentrismus retten, seine Position, seinen Einfluß auf die Arbeiterschaft stärken.

Einen erfolgreichen Kampf mit dem Zentrismus im internationalen Maßstabe zu führen, haben wir in der Periode zwischen dem II. und III. Kongreß gelernt. Das ist an Tatsachen bewiesen. Diesen Kampf werden wir (der Ausschluß von Levi und Serratis Partei) bis zu Ende führen.

Aber einen Kampf gegen unangebrachte Uebertreibung im Streit gegen den Zentrismus im internationalen Maßstabe zu führen, haben wir noch nicht gelernt. Aber wir haben

diesen unseren Mangel erkannt, und das hat der Verlauf und das Ergebnis des III. Kongresses bewiesen. Und eben darum, weil wir unsere Fehler erkannt haben, werden wir uns von ihnen frei machen können. Und dann sind wir unbesiegbar, denn ohne die Unterstützung des Proletariats selbst (durch die Agenten des Kapitals von der 2. und 2½-Internationale) kann die Bourgeoisie von Europa und Amerika ihre Macht nicht behaupten.

Eine sorgfältigste, gründlichste Vorbereitung der neuen, immer mehr entscheidenden sowohl Angriffs- wie Verteidigungskämpfe — das ist das Grundlegendste und Wichtigste in den Beschlüssen des III. Kongresses.

Das sind die wesentlichsten Stellen der taktischen Resolution des III. Kongresses.

„... Der Kommunismus wird zu einer Massenkraft in Italien, wenn die kommunistische Partei Italiens, ununterbrochen, unbeugsam gegen die opportunistische Politik des Serratismus kämpfend, gleichzeitig imstande sein wird, sich mit den Massen des Proletariats in den Gewerkschaften, in den Streiks, in den Kämpfen gegen die konterrevolutionären Organisationen der Faschisten zu verbinden, ihre Bewegungen zu verschmelzen, ihre spontanen Aktionen in sorgfältig vorbereitete Kämpfe zu verwandeln . . .“

„... Die V. K. P. D. wird desto erfolgreicher ihre Massenaktionen durchzuführen in der Lage sein, je mehr sie in der Zukunft ihre Kampflosungen den wirklichen Situationen besser anpaßt, diese Situationen auf das sorgfältigste studiert und die Aktionen in der einheitlichsten Weise durchführt . . .“

Die Eroberung der Mehrheit des Proletariats — das ist die „wichtigste Aufgabe“. (Der Titel des § 3 in der taktischen Resolution.) Die Eroberung der Mehrheit fassen wir freilich nicht formal auf, wie es die Ritter der kleinbürgerlichen „Demokratie“ der 2½-Internationale tun. Wenn im Juli 1921 in Rom das ganze Proletariat sich hinter die Kommunisten im Kampfe gegen die Faschisten stellte, sowohl das Proletariat aus den reformistischen Gewerkschaften als auch das Proletariat aus der zentristischen Serrati-partei, so war das die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse für unsere Sache.

Das war noch lange, lange keine Eroberung, die entscheidend wäre, es war nur ein Teilsieg, eine vorübergehende lokale Eroberung. Aber das war die Eroberung der Mehrheit.

Ein solcher Sieg ist auch dann möglich, wenn die Mehrheit des Proletariats formal mit den Führern aus der Bourgeoisie oder den Führern, die eine bourgeoise Politik machen (wie alle Führer der 2. oder 2½-Internationale geht oder wenn die Mehrheit des Proletariats noch schwankt. Eine solche Eroberung geht unaufhaltsam in der ganzen Welt vor sich. Wir wollen den Kampf um eine solche Eroberung sorgfältig und gründlich vorbereiten. Wir dürfen keine ernste Situation ungenützt vorübergehen lassen, in der die Bourgeoisie das Proletariat zu Kämpfen treibt. Wir wollen es lernen, die Momente richtig einzuschätzen, wo die Proletarier gemeinsam mit uns den Kampf aufnehmen müssen.

Dann ist unser Sieg gesichert, so schwer die einzelnen Niederlagen und die einzelnen Etappen in unserem großen Feldzuge auch sein mögen.

Unsere taktischen und strategischen Maßnahmen stehen noch (in internationalem Maßstabe gesehen) hinter der glänzenden Strategie der Bourgeoisie zurück, die durch die russischen Erfahrungen gelernt hat und sich nicht überrumpeln lassen wird. Aber an Kräften sind wir unvergleichlich reicher, die Kunst der Taktik und der Strategie eignen wir uns an. Wir haben diese „Wissenschaft“ durch die Erfahrungen der Märzaktion im Jahre 1921 einen großen Schritt vorwärts gebracht. Wir werden diese Wissenschaft völlig bewältigen.

Unsere Parteien sind in den meisten Ländern noch sehr weit von dem Wesen einer richtigen kommunistischen Partei entfernt, von dem Wesen der richtigen Avantgarde einer wirklich revolutionären und einzig revolutionären Klasse, wo alle Mitglieder bis auf den letzten Mann sich an der Bewegung, an dem Kampf um die Bedürfnisse des täglichen Lebens beteiligen. Aber wir erkennen unsere Mängel. Wir haben sie in den Thesen über die Methoden und den Inhalt der Arbeit der Partei besonders deutlich aufgedeckt. Und wir werden diese Mängel beseitigen.

Deutsche Genossen! Gestattet mir noch, Euch am Schluß den Wunsch auszusprechen, daß Euer Parteitag am 22. August endgültig mit fester Hand aufräumt mit dem kleinen Kampf gegen die Abgesplitterten von links

und von rechts. Genug mit den innerparteilichen Streitigkeiten! Nieder mit allen, die beabsichtigen, direkt oder indirekt diesen Kampf zu verlängern! Wir beurteilen unsere Aufgaben viel klarer, konkreter, bestimmter als früher. Wir fürchten uns nicht, unsere Fehler offen einzugestehen, um sie dadurch gutzumachen. Wir wollen alle Kräfte der Partei dem besseren Aufbau ihrer Organisa-

tionen widmen, der Erhöhung der Qualität und des Inhalts und der Tätigkeit, der Bildung einer engen Fühlung mit den Massen, der Ausarbeitung einer immer besseren und genaueren Taktik und Strategie der Arbeiterklasse.

Mit kommunistischem Gruß

14. August 1921.

N. Lenin.

Die Syndikalisten und die Kommunisten in Frankreich.

Die ernsteste und zu gleicher Zeit die heikelste Frage, die sich gegenwärtig vor dem französischen revolutionären Gedanken erhebt, ist zweifellos die Frage des Syndikalismus. Das Problem besteht hier nicht so sehr in der Tätigkeit der Partei in den Syndikaten als in den Beziehungen zwischen der kommunistischen Partei und den wirklichen revolutionären Syndikalisten. Wie kann ein Einverständnis, eine Vereinigung und ein fruchtbringendes Zusammenarbeiten aller revolutionär-kommunistischen Elemente in Frankreich erreicht werden? Diese Frage ist darum so schwer zu lösen, weil auf ihr die ganze Vergangenheit, die Traditionen der alten Arbeiterbewegung lasten. Bei dem Studium dieser Frage und bei Versuchen ihrer Lösung muß man unbedingt mit diesen Traditionen rechnen, von denen sich die Revolutionäre, ungeachtet aller Umstände, noch nicht ganz frei gemacht haben. Die kommunistische Partei ist noch jung: sie ist erst nach der Spaltung in Tours entstanden. Sie trat an die Säuberung ihrer Reihen und die Ausrichtung ihrer politischen Linie heran, wodurch sie die Sympathie der Arbeitermassen und aller Revolutionäre auf sich lenkte. Die Vorgänge in Tours waren aber nur ein Anfang, der den Beginn einer neuen Ära ankündigte. In dem ersten Jahr ihres Bestehens hat die Partei nicht jene Hoffnungen gerechtfertigt, die die Revolutionäre auf sie gesetzt hatten; in ihrer Politik legte sie Unentschlossenheit, Schwanken und Unsicherheit an den Tag; auf ihr lastete die reformistische Vergangenheit der sozialistischen Partei der Jaurès, Renaudel und Longuet. Zwar ist es richtig, daß sie nach dem Kongreß zu Tours ernsthafte und große Organisationsarbeit geleistet hat: sie hat 130 000 ihrer Anhänger zusammengeschlossen, sie auf eine feste Basis gestellt und ihre Presse vergrößert,

ihre Propaganda entwickelt. Aber es fehlte ihr an der politischen Leitung. Ihr Zentralkomitee, das durch organisatorische und administrative Kleinarbeit ganz in Anspruch genommen wurde, war kein politisches Organ, das von Tag zu Tag die ganze Tätigkeit der Partei lenkt; in diesem ersten Jahr des Bestehens der kommunistischen Partei fehlte es ihr an Disziplin und Kollektivbewußtsein.

In der Allgemeinen Konföderation der Arbeit waren die Politiker der Kriegszeit die Herren der Lage geblieben; aber die sich gegen sie erhebende revolutionäre syndikalistische Minderheit nahm immer mehr zu und wurde bei jedem Kongreß stärker. Noch vor dem Kongreß zu Lille war die Mehrheit der Konföderation bemüht, die Minderheit loszuwerden und eine Spaltung durch Ausschluß der Minderheit hervorzurufen. Jouhaux und seine Adjutanten schlugen auf dem Kongreß zu Lille Alarm, als sie das feindliche Verhalten der Arbeitermassen zu ihrer Politik der Hineintragung einer Spaltung in die Gewerkschaftsbewegung sahen. Aber nach Lille dauert die Spaltungspolitik fort, die Mehrheit der Konföderation fürchtet sich vor einem neuen Kongreß, auf dem ihr eine Niederlage droht, und bemüht sich unter Benützung jeglichen Anlasses, die Minderheit zur Spaltung zu treiben. Die Fälle der Ausschließung von Syndikaten der Minderheit werden häufiger, so daß der Minderheit Zersplitterung und Erschöpfung bis zum nächsten Kongreß droht. Man darf nicht vergessen, daß die Allgemeine Konföderation der Arbeit zwar während des Krieges über zwei Millionen Anhänger gesammelt hat, aber sie hat es nicht verstanden, ihre Stellungen zu halten. Das Mißlingen der Streikbewegung im Mai 1920 infolge des Verrates der Führer der Konföderation hat eine Massenflucht

aus den Organisationen hervorgerufen, in denen jetzt nur ihre früheren Kaders zurückgeblieben sind.

Jene Elemente, die in der Allgemeinen Konföderation der Arbeit einen erbitterten und harten Kampf gegen den Reformismus führten und sich heute zu den Revolutionär-syndikalistischen Komitees zusammengeschlossen haben, haben bis jetzt noch keinerlei bestimmtes Programm. Sie unterstehen nach wie vor der Macht der revolutionär syndikalistischen Traditionen der früheren Allgemeinen Konföderation der Arbeit. Ihr mehr oder weniger klares und bewußtes Ziel besteht darin, die Allgemeine Konföderation der Arbeit wieder auf jenes revolutionäre Geleis zu bringen, auf dem sie vor dem Kriege rollte und kämpfte. Die Syndikalisten begreifen natürlich, daß sich in der Welt Dinge von großer historischer Bedeutung ereignet haben und daß alle Revolutionäre mit diesen Ereignissen zu rechnen haben. Sie wissen, daß diese Ereignisse eine exakte Orientierung der revolutionären Idee und Taktik erfordern. Aber die Revolutionär-syndikalistischen Komitees haben diese unbedingt notwendige Gedankenarbeit nicht geleistet und sich nur auf das seinem Wesen nach negative Programm des Kampfes gegen Jouhaux, Merrheim und den Reformismus der Konföderation konzentriert; in positivem Sinne beschränkten sie sich lediglich auf die Wahrung der Treue gegenüber den Traditionen und der Vergangenheit des revolutionären Syndikalismus.

Dieses Fehlen einer positiven revolutionären Idee und eines ebensolchen Programms bildet die schwache Seite der syndikalistischen Minderheit. Es paralyisiert fast ihre ganze Tätigkeit, denn sobald diese Minderheit die enge Arena des Kampfes gegen die Mehrheit verläßt und an die großen Forderungen des revolutionären Gedankens herantritt, trifft sie in ihrer eigenen Mitte auf Opposition, auf verschiedene Strömungen, die von dem Tage an, da diese Minderheit zur Mehrheit wird, unvermeidlich ihre fruchtbringende Arbeit hindern werden.

Die Tendenzen der Minderheit.

In den Revolutionär-syndikalistischen Komitees lassen sich vier besonders deutlich ausgesprochene Richtungen beobachten, deren Kraft und Bedeutung verschieden groß, aber veränderlich sind, denn wie diese Organisation selbst, haben sie ihren Grundgedanken noch nicht geäußert und haben noch kein exaktes, klar ausgesprochenes Programm. In dem allgemeinen Wirrwarr kristallisieren sich die verschiedenen Gruppen allmählich um die vier folgenden Pole.

1) Die Anarchisten. Sie stehen unter dem Einfluß des „Libertaire“ und gehören zu den ausgesprochenen Gegenrevolutionären. Sie halten fest an ihrer Ideologie, wie die Gläubigen an ihrem Glauben, wie die Fanatiker an ihrem Zeremonialkult — und haben nichts gelernt und wollen auch aus der Geschichtserfahrung nichts lernen. Sie gehen ihren eigenen Weg, indem sie die vor dem Kriege und vor der russischen Revolution auswendig gelernten Dogmen wiederholen und an die Priester erinnern, die unermüdlich das Glaubenssymbol oder die Worte eines Gebetes hersagen. Wie alle Dogmatiker sind sie außerstande, ihr Denken aufzufrischen. Sie sind nur in Worten Revolutionäre. In Wirklichkeit aber verstehen sie nichts von der Revolution und sind zu ihren Feinden geworden, denn die Grundsätze des alten vourgeois Liberalismus, die in ihrer „libertairen“ Ideologie weiterbestehen, hindern sie am Verständnis der Forderungen der sozialen Revolution. Ihr Einfluß in den Revolutionär-syndikalistischen Komitees ist minimal, aber es unterliegt keinem Zweifel, daß er im Zusammenhang mit den Versuchen einiger Genossen aus den Reihen der Kommunisten, die Gewerkschaftsbewegung der Parteiführung unterzuordnen, stärker werden wird.

2) Die reinen Syndikalisten. So nennen sich die Anarcho-Syndikalisten, die Vertreter jener alten Richtung sind, die vor dem Kriege in der Allgemeinen Konföderation der Arbeit herrschte. Ihre Anschauungen werden heute durch Verdier, Bennard und Kenton zum Ausdruck gebracht, die ihrerseits unter dem Einflusse Griffuels stehen. Nicht wie die Anarchisten in den Formeln der Vergangenheit erstarrend, einen engeren Kontakt mit dem Leben und dem Kampf bewahrend, den die Arbeiterklasse führt, und vor allem als Männer der Tat begreifen sie sehr gut, daß die Geschichte im Laufe der letzten zehn Jahre manches Neue gebracht hat, womit die Revolutionäre rechnen müssen. Aber auch sie sind nicht an die Erneuerung ihrer Ideologie herangetreten und ziehen es vor, ihre alten Schablonen abzuleiern und sich auf die Traditionen der Vergangenheit zu berufen. Die Chartre von Amiens, die Autonomie der Syndikate, der Föderalismus, der Kampf gegen die Gwalt Herrschaft des Staates, der sich selbst genügende Syndikalismus — das sind jene „Tabus“, jene Heiligenformeln, zu denen sie in allen Fällen greifen, statt nachzudenken und ihre eigenen Gedanken zu entwickeln. Aber hinter diesen Formeln der Vergangenheit macht sich ihre Unruhe und ihr seelisches Schwanken bemerkbar. Unter vier Augen geben sie gern zu, daß die Chartre von Amiens veraltet ist und daß die Geschichte eine Revision und Korrektur der Theorie

der Vorkriegszeit verlangt. Sobald sie aber zu denken anfangen, geraten sie wieder in das Geleise der Tradition. Sie leugnen die revolutionäre Rolle der Kommunistischen Partei; ihrer Meinung nach bleibt die aktive Minderheit die Verwirklicherin der Revolution, jene Minderheit, die sich im Schoße der Allgemeinen Konföderation der Arbeit zusammengeschlossen hat und sich organisieren muß, um zur Führung des ganzen Verlaufes der Revolution befähigt zu werden. Diese Genossen reservieren für die Partei innerhalb des Kampfes der Arbeiterklasse den engen Raum des politischen Kampfes, der gemäß ihrer Phraseologie der „parlamentarische“ Kampf genannt wird. Ihrer Meinung nach spielt die Partei eine zweitwichtige und vielleicht sogar ganz unnötige Rolle. Zweifellos haben sich in dieser Tendenz die Theorien des französischen Vorkriegssyndikalismus kristallisiert, die in jenem Augenblick, als sie von der Allgemeinen Konföderation der Arbeit — im Gegensatz zum reformistischen Sozialismus — formuliert und proklamiert worden waren, tief revolutionär und fortschrittlich waren; aber heute nach der Erfahrung der russischen Revolution und der anderen revolutionären Bewegungen, die nach dem Kriege entstanden sind, sind diese Theorien in vielem durch das Leben selbst widerlegt. Die Versuche, unter neuen, veränderten historischen Bedingungen die Vergangenheit wieder erstehen zu lassen, die einstmals eine revolutionäre war, zeugen noch nicht von wahrhaft revolutionärem Geiste.

Diese Tendenz, die zwar noch von den Sekretären der Revolutionär-syndikalistischen Komitees vertreten wird, ist in der Minderheit der Konföderation nicht mehr die herrschende Tendenz. Aber gleich der anarchistischen Tendenz wird auch sie dank den Versuchen, die Gewerkschaften der Partei unterzuordnen, immer stärker.

3) Die Syndikalisten-Kommunisten, die sich um die „Vie Ouvrière“ gruppieren und an deren Spitze Monatte, Montmoussot und Rosmer stehen, haben die geistige Führung in der syndikalistischen Minderheit. Als wahre Revolutionäre und Männer der Idee und der Tat haben sie ihre revolutionären Ideen unter dem Einfluß der geschichtlichen Erfahrung von Grund auf erneuert. Sie haben den Kommunismus auf den alten, aber gesunden und lebensfähigen Stamm des revolutionären Syndikalismus aufgepfropft. Wenn sie ihre Anschauungen über alle großen Fragen der Revolution formulieren, so tun sie das im Geiste der Kongresse der Kommunistischen Internationale. Frei von den Schablonen irgendeiner Ideologie, sind sie bereit, ohne Vorurteil alles das anzunehmen, was für den Sieg der Revolution notwendig ist. Aber auch sie stehen unter dem Ein-

fluß der Vergangenheit und der Traditionen der Konföderation und haben sich darum bisher noch nicht bemüht, ihren heutigen Gesichtspunkt klar zu formulieren und haben nichts dafür getan, um diesen Gesichtspunkt über die Grenzen der kleinen Kreise ihrer Gesinnungsgenossen hinaus zu verbreiten und ihm die Form eines positiven, exakten und breiten Programms zu geben. Sie haben ihre Ansichten über alle großen Fragen der Revolution einer Erneuerung unterzogen, taten dies aber nicht mit genügender Großzügigkeit. Sie schwanken und fürchten sich vielleicht vor den unvermeidlichen logischen Folgen ihrer theoretischen Evolution auf dem Gebiete der Taktik. Indem sie danach streben, unter allen Umständen einen Sieg über die Konföderationsmehrheit zu erreichen, vermeiden sie in den Revolutionär-syndikalistischen Komitees eine klare Formulierung ihrer Ansichten, da sie die kämpfende Minderheit nicht durch geistige Streitigkeiten und Widersprüche schwächen wollen.

4) Die Kommunisten, die Anhänger der Unterordnung der Syndikate unter die Partei sind. Das Vollzugskomitee der Kommunistischen Internationale hat anlässlich des dritten Kongresses die Tätigkeit der Partei auf dem Gebiete der syndikalistischen Bewegung einer Kritik unterzogen und verlangt, daß sie einen bestimmten Standpunkt annähme und durch ihre den Gewerkschaften angehörenden Mitglieder die Ideen des Kommunismus durchführe, in der gleichen Weise, wie die Anarchisten und Syndikalisten für ihre Ansichten agitieren. Einige Genossen, darunter Loriot und Tommasi, die, wie mir scheint, die kritischen Bemerkungen und Verfügungen des Vollzugskomitees unrichtig ausdeuteten, proklamierten die Idee der Unterordnung der Gewerkschaftsbewegung unter die kommunistische Partei. Diese Tendenz rief in den Revolutionär-syndikalistischen Komitees große Aufregung und leidenschaftliche Diskussionen über die Autonomie oder die Unterordnung der Gewerkschaftsbewegung unter die Partei hervor. Schließlich führten diese Bestrebungen, die syndikalistische Bewegung der Leitung der Partei unterzuordnen, zu einer Kräftigung der anarchistischen und rein syndikalistischen Tendenzen und rief zu gleicher Zeit Dispute und Streitigkeiten unter den Syndikalisten-Kommunisten hervor.

Der Standpunkt der Partei.

Was für einen Standpunkt nahm und nimmt die französische Partei in diesem Kampf der Richtungen und in dieser wichtigen Frage der Gewerkschaftsbewegung ein?

Die Partei wahrte lange Zeit Schweigen. Sie machte bei keinem der Gesichtspunkte Halt. Sie öffnete weitherzig die Spalten der „Humanité“ für die Vertreter aller Tendenzen, sogar für jene, die ihre revolutionäre Rolle leugnen. Uebrigens gibt es in der Partei Vertreter aller Richtungen, vielleicht mit Ausnahme der anarchistischen. In der kommunistischen Partei gibt es sogar Mitglieder, die Jouhaux unterstützten und auf den Kongressen der Föderation für ihn stimmten. Alle angesehenen Führer des reinen Syndikalismus — Verdier, Kenton und Griffuel selbst — sind Mitglieder der Partei. Uebrigens bildet die Mehrzahl der Parteimitglieder die Hauptkaders der Syndikalisten-Kommunisten. Eine solche Situation kann selbstverständlich in der Partei nicht geduldet werden, und auf dem Kongreß zu Marseille, der zum Dezember einberufen werden wird, wird die Partei die Frage des Syndikalismus besprechen, ein entsprechendes Programm ausarbeiten und eine klare politische Linie festlegen müssen. Wie muß diese Politik beschaffen sein? Wie muß die Taktik der Kommunistischen Internationale in bezug auf diese Frage beschaffen sein?

Die Partei muß klar und offen erklären, daß sie es für ihr Recht und ihre Pflicht hält, sich aktiv mit allen Fragen zu beschäftigen, die das Leben und die Entwicklung der Arbeiterbewegung angehen, d. h., daß sie es als ihr Recht und ihre Pflicht betrachtet, auch in den Fragen der Gewerkschaftsbewegung ein Wort mitzureden. Sie muß in den Kampf gegen alle Richtungen eintreten, mit Ausnahme jener, der die Syndikalisten-Kommunisten folgen; sie muß energisch und erbarmungslos kämpfen und in diesem Kampfe die ihr zur Verfügung stehende mächtige Waffe der periodischen Presse anwenden. Nach dem Kongreß zu Marseille darf weder in dem Zentralorgan der Partei, noch in ihren Organisationen ein Platz für die Anhänger der Konföderationsmehrheit und für die reinen Syndikalisten übrig bleiben, die die revolutionäre Rolle der Partei leugnen oder danach trachten, sie null und nichtig zu machen. Die Partei muß sich ebenso entschlossen allen Bestrebungen zur Unterordnung unter die Gewerkschaften widersetzen. Um alle Mißverständnisse zu zerstreuen, wollen wir hier versuchen, unsere Ansicht genau zu formulieren. Gleich allen Formeln haben die Worte *Unterordnung und Autonomie* in Frankreich eine Art von absoluter Bedeutung bekommen. Um diese Worte wird Krieg geführt, wobei jedoch bis jetzt ihre exakte Bedeutung nicht festgesetzt und die durch sie zum Ausdruck gebrachten Ideen nicht formuliert sind. Nach Ansicht unserer Genossen aus der „Vie Ouvrière“ bedeutet Unterordnung mechanische organisatorische Unterordnung der gewerkschaftlichen Orga-

nisation unter das führende Organ der Partei. Es muß ein für alle Mal deutlich erklärt werden, daß eine solche Unterordnung der Gewerkschaften unter die Partei bisher nie und nirgends zu den Plänen der Kommunistischen Internationale gehört hat. Diese hat nur von allen Parteien verlangt, daß ihre Mitglieder, die den Gewerkschaften angehören, die revolutionären Ideen des Kommunismus in die breiten Massen der Gewerkschaftsbewegung hineinleiten und daß jene Kommunisten, die Mitglieder der Gewerkschaften sind, zugleich auch immer disziplinierte und bewußte Mitglieder der Partei bleiben. Wir haben ja stets behauptet, daß unsere Partei das Vertrauen der Arbeiterklasse und den Einfluß in den Gewerkschaften nur durch ihre Arbeit, ihre Propaganda und die Treue der Kommunisten zur Sache der Gewerkschaften erreichen werde. Es ist dies eine Frage des Vertrauens und nicht des Zwanges. Wenn die Partei durch ihre vernünftige revolutionäre Politik den Kampf der Arbeiterklasse geschickt leiten wird, indem sie diese letztere durch ihre Hinweise unterstützt und sie zum Siege führt, so wird sie ohne Zweifel das Vertrauen der breiten Massen und jene sittliche Autorität gewinnen, die gerade durch Vertrauen geschaffen wird und nicht durch mechanische Macht über die Massen und ihre Gewerkschaftsorganisationen. Wir denken, daß in Frankreich wie auch in anderen Ländern eine solche Propaganda von kleinen Komitees oder kommunistischen Zellen betrieben werden könnte, die in allen gewerkschaftlichen Organisationen verstreut sind. Unser schlecht kommentierter und falsch verstandener Standpunkt hat eine Opposition von seiten eines bedeutenden Teiles unserer Genossen, der Syndikalisten-Kommunisten, hervorgerufen. Das Wort „Zelle“ ist in Frankreich zu einem jener Schwefelbrände geworden, die nicht als genauer Ausdruck dieses oder jenes bestimmten Gedankens, sondern als Schreckmittel dienen.

Unsere Beziehungen zu den Syndikalisten.

Wir sagten bereits, daß in allen Fragen der sozialen Revolution die Syndikalisten mit uns einverstanden sind. Eine beliebige Nummer der Zeitung „Vie Ouvrière“ gibt einen ganz klaren und beredten Beweis hierfür. In häufigen Gesprächen und freundschaftlichen Diskussionen mit Monatte, Montmoussot und anderen Genossen dieser Richtung berührten wir verschiedene Fragen, in denen wir mit ihnen mehr oder weniger hätten auseinander gehen können: die Fragen der Diktatur des Proletariats, des revolutionären Zentralismus der Roten Armee, der revolutionären Polizei, die

Frage der Aufhebung der Freiheiten für alle Gegenrevolutionäre; in allen diesen Punkten gingen aber unsere Meinungen nicht auseinander. Vollständige Uebereinstimmung zeigte sich ebenfalls in bezug auf die von den Kongressen der Kommunistischen Internationale angenommenen Thesen. Die genannten Genossen sind selbst nicht abgeneigt, zuzugeben, daß ihre heutigen Ansichten den unseren viel näher stehen als denen des früheren revolutionären, von Anarchismus durchtränkten Syndikalismus. Wir benutzen die Gelegenheit, sie nochmals zu bitten, sich im Interesse unserer gemeinsamen Sache nicht darauf zu beschränken, diesen neuen Gesichtspunkt nur in engen Kreisen oder in gelegentlichen Artikeln zu äußern, sondern ihn klar und offen durchzuführen und dadurch jene gemeinsame Grundlage zu schaffen, auf der wir uns mit ihnen bei einem möglichen Auseinandergehen unserer Einzelansichten einigen können und auf der wir stets alle praktischen Fragen einer kameradschaftlichen Besprechung unterziehen können, die durch die Wechselbeziehungen zwischen den revolutionären Syndikalistern und Kommunisten entstehen.

Wir sind mit ihnen ebenfalls darin vollständig einverstanden — wir erklären dies ohne jegliche Vorbehalte und Hintergedanken —, daß die Beziehungen der Kommunistischen Partei und der revolutionären Gewerkschaften zueinander nicht auf der Unterordnung des einen Teiles unter den anderen aufgebaut werden dürfen. Aber für die Lösung dieser Frage genügt noch nicht die Erklärung der organischen Unabhängigkeit der gewerkschaftlichen Bewegung von den politischen Parteien. Ob unsere Genossen dies nun wollen oder nicht, die Kommunistische Partei besteht und strebt danach, zu einer revolutionären Partei zu werden; sie verfügt über mächtige Presseorgane und genießt einen unbeschreiblichen Einfluß unter den Arbeitermassen und den zahlreichen Schichten der Kleinbauernschaft. Die Syndikalistern können diese revolutionäre Partei nicht ignorieren. Jeder Revolutionär wird die ganze Notwendigkeit enger Koordinierung und des Zusammenschlusses aller revolutionären Kräfte gegen die vereinigte Bourgeoisie verstehen. In der „Vie Ouvrière“ wiesen die syndikalistischen Genossen mehrfach auf die Notwendigkeit hin, mit der kommunistischen Partei zu rechnen. In Nr. 120 dieser Zeitung vom 19. 8. 1921 erklärt Semar unter anderem folgendes:

„Man kann und muß gegen die Politikanten und Karrieristen jeder Art kämpfen; aber gegen den Kommunismus wegen der wenigen in seinen Reihen vorhandenen Politikanten zu kämpfen entspräche der Verringerung des Wertes der revolutionären Erfahrung, es entspräche einem

Kampf gegen das Ideal, das von der sozialen Revolution angestrebt wird.

Die Kommunistische Partei ist nicht Eigentum einiger Politikanten; sie ist eine Organisation, die sich auf Tausende außerhalb der Einflußsphäre der Gewerkschaften stehende Arbeiter und Bauern erstreckt, die die Syndikalistern bei ihren öffentlichen Aktionen unterstützt haben und unterstützen werden.

Der Syndikalismus ist eine sich selbst genügende Macht, aber er kann die organisierten Elemente nicht geringerschätzen, die in der Lage sind, ihm in der Sache der sozialen Umgestaltung behilflich zu sein, und darf nicht gegen den Kommunismus kämpfen, der eine Waffe der Befreiung, eine Etappe zur radikalsten Umgestaltung der Gesellschaft bildet: — ein solcher Kampf wäre ein Kampf gegen die Revolution.“

In der gleichen Nummer schreibt Monatte selbst von der Charte von Amiens, daß sie den Forderungen des heutigen Tages „nicht entspricht.“

„Seit 1906 hat sich die Stellung der Syndikalistern und der Partei zueinander verändert. Wir haben eine Allgemeine „Millerand“-Konföderation der Arbeit und eine Kommunistische Partei, die sich bemüht, revolutionär zu werden.

... Kann der Syndikalismus die anderen revolutionären Kräfte ignorieren und sich geringerschätzig zu ihnen verhalten? Nein, er kann es nicht.“

Er sagt dann weiter:

„Unsere Formulierung der Autonomie und Unabhängigkeit der syndikalistischen Bewegung, die durch die vom Leben selbst diktierten Forderungen korrigiert und ergänzt ist, entspricht vollkommen dem heute sich bemerkbar machen den tiefen Bedürfnis.“

Die revolutionären Syndikalistern rechnen also mit dem Vorhandensein der kommunistischen Partei, aber zu gleicher Zeit herrschen hinsichtlich der Rolle, die diese Partei in der sozialen Revolution spielen kann und muß, vollständig verwirrte Ansichten. Indessen kann man die Frage der gegenseitigen Beziehungen der Syndikalistern und Kommunisten nur lösen, indem man die Frage der Rolle der Partei klärt. Viele Syndikalistern-Kommunisten schlossen sich nach dem Kongreß zu Tours an die Partei an. Aber sie blieben gleichsam außerhalb ihrer Organisation und außerhalb ihrer Tätigkeit. Die allerschärfste und leidenschaftlichste Kritik der Tätigkeit der Partei bekam ich gerade von jenen Syndikalistern zu hören, die Mitglieder der Partei sind. Diese Genossen betrachten die Partei als etwas ihnen Fremdes, als persönliches Eigentum einiger Politiker und Berufsjournalisten. Sie begreifen nicht, daß die Partei sie selbst sind und daß deren schwache Seiten eine Widerspiegelung ihrer eigenen Mängel sind. Warum haben sie sich der Partei angeschlossen, wenn sie sich nicht an ihrem Leben beteiligen wollen, wenn sie ihren Einfluß nicht für die erfolgreiche Beendigung der in

Tours begonnenen Säuberung ihrer Reihen und dafür verwenden wollen, diese Reihen zu revolutionieren? Auf einer kleinen Versammlung, auf der sich etwa dreißig solcher Genossen befanden, sagten einige von ihnen, auf diese Frage antwortend, daß sie sich an die Partei einerseits zu dem Zwecke angeschlossen haben, um ihr ihre Sympathien in jenem Moment auszudrücken, als sie ihre politische Linie ausrichtete, andererseits aber deshalb, um durch sie dort revolutionäre Propaganda zu betreiben, wohin der Syndikalismus nicht durchdringen kann. Indem sich diese Genossen an die Partei anschließen, ignorieren oder leugnen auch sie ihre Rolle als tätige Wirklicherin der Revolution. Ihrer Meinung nach fällt diese Rolle ausschließlich dem revolutionären Syndikalismus zu.

In solchen Fesseln fährt der Gedanke unserer syndikalistischen Genossen fort, sich herumzuschlagen. Ihnen ist vom früheren Syndikalismus der Gedanke von der sich selbst genügenden Bedeutung der gewerkschaftlichen Bewegung geblieben, und zwar rechnen sie mit dem Vorhandensein einer revolutionären Partei, aber dies Vorhandensein beunruhigt sie stark: sie wissen nicht, welche Rolle sie ihr im allgemeinen Kampfe zu teilen sollen, und betrachten sie, so traurig dies auch ist, als einen Konkurrenten, mit dem sie vielleicht werden kämpfen müssen. Monatte sagt in dem gleichen Artikel der „Vie Ouvrière“:

„Wenn die Tätigkeit des Syndikalismus sich nicht selbst genügen kann, so muß er seine Bestrebungen darauf richten, ein Maximum von Resultaten zu erzielen, um den allergrößten Teil der revolutionären Arbeit auszuführen . . . An dem Tage, da der Gedanke des Generalstreiks entstand, kam auch die Idee der syndikalistischen Autonomie auf die Welt, und jede syndikalistische Bewegung, die den Generalstreik anerkennt, kann für sich das Recht der Selbständigkeit beanspruchen, sie kann sich weigern, sich der Partei unterzuordnen, sie kann erklären, daß das Syndikat seinem Wesen nach eine revolutionäre Organisation ist . . . Die Vereinigung aller Arbeiter, die vom revolutionären Gedanken begeistert werden, geschieht instinktiv und mechanisch in der Allgemeinen Konföderation der Arbeit, und in dieser Klassenorganisation werden sich alle Richtungen treffen, um in ihr ihre Kräfte zusammenzuschließen und zu verzehnfachen.“

Der leitende Gedanke Monattes, der in seinen Artikeln oftmals durchblickt und von dem er in unseren persönlichen Gesprächen zu uns sprach, ist nichts anderes als die alte syndikalistische Idee: eine bewußte revolutionäre Minderheit, die in Syndikaten zusammengeschlossen ist, zieht die Arbeitermassen in den Kampf hinein und bereitet sie zur Revolution vor. Wenn der Syndikalismus allein für die Verwirklichung der Aufgaben der Revolution nicht genügt, so muß er danach trach-

ten, seine Organisation zu entwickeln und seine Tätigkeit zu erweitern, indem er danach strebt, die Verwirklichung eines großen Teiles dieser Aufgaben auf sich zu nehmen, und indem er alle Kräfte anspannt, um diese ganz zu verwirklichen. Monatte begreift sehr gut, daß, wenn der Syndikalismus die Revolution durch seine eigenen Mittel verwirklichen wollte, er seinen gewerkschaftlichen Charakter verlieren und aufhören würde, die breiten proletarischen Massen zum Kampfe um die wirtschaftlichen Interessen zusammenzuschließen, daß er sich allmählich in eine politische Partei verwandeln würde. Und es ist selbstverständlich, daß dies eine spezielle politische Partei sein wird, die ausschließlich aus syndikalistischen Arbeitern besteht, deren Propaganda und Tätigkeit die Syndikate als Hauptarena benutzen wird. Monatte stimmt uns zu, daß dies eine politische Partei, eine uns verwandte Organisation sein würde. Da aber ihr Programm sich im wesentlichen nicht von dem kommunistischen unterscheiden würde, so wäre diese Organisation eine zweite kommunistische Partei. Monatte nimmt an, daß diese der revolutionären Arbeitsteilung unter zwei selbständige Organisationen nicht schaden würde, daß zwischen diesen beiden kommunistischen Parteien eine Art von Wetteifer entstehen würde, der für die Entwicklung der Revolution sehr günstig wäre.

Dieser Gedanke hält aber der Kritik nicht stand. Frankreich ist nicht so reich an revolutionären und kommunistischen Kräften, um sich den Luxus zweier kommunistischer Parteien leisten zu können, die auf der revolutionären Arena gegeneinander in Wettkampf treten würden. Dieser Wettkampf würde sehr schnell zu einem gegenseitigen Kampf ausarten und zu traurigen Konflikten führen, deren eigentliches Wesen die Arbeiterklasse nicht werde verstehen können. Wenn sich die Bewegung unter dem Einfluß zweier verschiedener Anziehungspole befände, die sich gegenseitig den Einfluß über sie streitig machen, so würde diese Bewegung in die Situation des Esels Buridans geraten. Uebrigens irrt sich Monatte auch — und es erscheint uns dies sehr merkwürdig — wenn er behauptet, daß die Vereinigung aller Arbeiter instinktiv und mechanisch in der revolutionären und kommunistischen Allgemeinen Konföderation der Arbeit stattfinden werde, wo sich die verschiedenen Richtungen treffen werden. Denn zu je größerer Exaktheit diese syndikalistische Partei in ihren Ansichten und in ihrem revolutionärem Programm streben wird, je mehr sie zur Verwirklichung aller Aufgaben der Revolution streben wird, desto mehr werden die heute in den Revolutionär-syndikalistischen Komitees beobachteten Richtungen und Tendenzen aufeinander prallen und sich gegenseitig bekämpfen.

Schon allein eine, allerdings die allerwichtigste Frage, die Frage der Diktatur des Proletariats, kann alle Anarchisten und reinen Syndikalisten von der revolutionären Allgemeinen Konföderation der Arbeit abspalten.

Monatte ist mit dem inneren Zustand der Revolutionär-syndikalistischen Komitees zu gut vertraut, um ernsthafte Illusionen hinsichtlich der Versuche der Bildung einer solchen neuen Partei der Kommunisten-Syndikalisten zu hegen. Diese Partei ist vorläufig noch sehr weit davon entfernt, Wirklichkeit zu werden, aber selbst wenn sie schon existierte, so bliebe die Frage ihrer Beziehungen zu der anderen kommunistischen Partei eine offene und ungelöste, und es wäre Pflicht aller Revolutionäre, ihre Arbeit in gegenseitige Uebereinstimmung zu bringen.

Wie wir uns bei unseren persönlichen Gesprächen mit Monmoussot überzeugt haben, hat er diesen Umstand begriffen; er ist damit einverstanden, daß der Partei eine gewisse Rolle sowohl bei der Vorbereitung der Revolution als auch bei der Verwirklichung der Revolution selbst überlassen werden muß. Seiner Meinung nach sollte die Arbeit geteilt werden: während die Syndikalisten das Proletariat zur Revolution vorbereiten, solle die Partei sich auf die Propaganda unter den sich außerhalb der Einflußsphäre der Gewerkschaften befindenden Kreise der Intelligenz und Bauernschaft beschränken und danach trachten, diese wenn auch nicht in die Revolution hineinzuziehen, so doch wenigstens in dem sich entfaltenden Kampfe zu neutralisieren. Monmoussot meint, daß nach der Revolution die Partei der proletarischen Regierung der neuen Ordnung Diplomaten und Finanzleute geben könne, da die Gewerkschaften keine für diese Arbeit genügend ausgebildeten Leute stellen könne. Es ist ganz klar, daß eine solche Arbeitsteilung, bei der den Syndikaten eine rein proletarische Tätigkeit überlassen wird, während der Partei die Arbeit in den mittleren Klassen und der kleinen Bauernschaft eingeräumt wird, für uns ganz unannehmbar ist. Die Partei würde sich sehr schnell in eine kleinbürgerliche Organisation verwandeln. Keine kommunistische Partei wird sich jemals damit einverstanden erklären, auf die Arbeit unter dem Proletariat zu verzichten. Ihr Werk der Neutralisierung und Hineinziehung der Kleinbauernschaft und Intelligenz in die Revolution kann nur in jenem Falle wahrhaft revolutionäre Ausmaße gewinnen, wenn es von der proletarischen Partei unter der Kontrolle und ständigen Einwirkung des Fabrik- und Werkproletariats durchgeführt werden wird. Zudem setzt eine solche Arbeitsteilung eine allgemeine Leitung und einen Zusammenhang in den Organisationen voraus, die für die gleiche Sache zusammenarbeiten,

und die Frage bleibt auf diese Weise wiederum eine offene Frage. Die einzige Lösung der Aufgabe scheint uns der reale und aktive Anschluß aller Syndikalisten-Kommunisten an die Partei und ihr Verzicht auf den Gedanken, daß der Syndikalismus allein die Verwirklichung aller Aufgaben der Revolution auf sich nehmen könne.

Zu diesem Schlusse kam logischerweise auch Rosmer, der diese Ansicht in den Diskussionen mit seinen alten Freunden aus der „Vie Ouvrière“ vertrat. Wir wissen natürlich, daß diese Lösung der Frage auf eine gewisse Art instinktiven Vorurteils gegen alles das stößt, was politische Partei ist. Dieses Vorurteil ist zweifellos eine Erbschaft, die man von der früheren Allgemeinen Konföderation der Arbeit übernommen hat, aber Revolutionäre müssen sich von allen alten Vorurteilen befreien, sogar von jenen, die ihnen von der teuren Vergangenheit übrig geblieben sind und durch die heutige falsche Taktik der Kommunistischen Partei unterstützt werden. Denn dieses Vorurteil erklärt sich teilweise daraus, daß die Partei im Laufe dieses Jahres nicht alle auf sie gesetzten Hoffnungen gerechtfertigt hat. Aber die Syndikalisten-Kommunisten sollten, statt diesen Vorwand zu benutzen und ihn für die Unterstützung ihrer alten Vorurteile hinsichtlich der Partei in Umlauf zu setzen, es im Gegenteil für ihre revolutionäre Pflicht halten, diese neue und junge Partei mit ihrer mächtigen Presse und ihrem Einfluß in einen wahrhaft revolutionären Faktor, in eine ihnen verwandte Gruppe zu verwandeln, in der sich alle Kommunisten zusammenschließen werden, ebenso wie in den neben ihr bestehenden roten Gewerkschaften, in denen sie den Kampf gegen den Reformismus und Anarchismus in seinen verschiedenen Formen und Äußerungen führen werden.

Unsere Genossen aus der „Vie Ouvrière“, die durch alle diese Fragen natürlich sehr beunruhigt werden, schweigen gewöhnlich und warten ab. Wir haben mit ihnen lange Diskussionen in einer Reihe privater Gespräche gehabt. Wir sind überzeugt daß sich für diese Fragen die ganze Arbeiterklasse Frankreichs, und nicht nur ein kleiner Kreis aktiver Arbeiter, interessiert; darum fordern wir sie zu öffentlicher kameradschaftlicher Besprechung dieser Fragen auf, in der Hoffnung, daß sie versuchen werden, nach unserem Vorbilde ihre Ansichten genau zum Ausdruck zu bringen, und daß wir schließlich ganz ehrlich und bewußt zu einer solchen Lösung kommen werden, die von sektiererischen Bewegungen frei sein und zu gleicher Zeit den Interessen der Entwicklung der revolutionären Bewegung in Frankreich entsprechen wird.

J. Humbert-Droz.

Der III. Kongreß der Fasziſten. (7. bis 11. November 1921)

Solche Aeufferungen über die Fasziſten wie „der Fasziſmus iſt als eine revolutionäre Bewegung zu betrachten“ oder umgekehrt „der Fasziſmus iſt die weiße Garde der Gegenrevolution“ ſind oberflächlich und unrichtig. Der Fasziſmus iſt die Kampfgruppe des Finanz- und Industriekapitals; die Richtung und die Methoden dieſes Kampfes hängen von den entſprechenden wirtſchaftlichen und politiſchen Verhältniſſen ab.

Seine erſte Aktion fand Ende 1914 ſtatt. Mit dem Beginn des Weltkrieges ſpitzte ſich der Gegenſatz zwiſchen der Bourgeoisie und den Agrariern zu. Im Laufe der letzten zwei Jahrzehnte war der italieniſche Kapitalismus zu einer Macht geworden, die in Oberitalien von entſcheidendem Einfluſſe war; er war jedoch noch nicht imſtande, ſich in ganz Italien feſtzusetzen. Der imperialiſtiſche Krieg erſchien der Bourgeoisie als der bequemſte Weg für die Verwirklichung ihrer Ziele: des unmittelbaren, in der Erreichung wirtſchaftlicher Vorteile und Möglichkeiten der Weiterentwicklung beſtehenden Zieles, und des indirekten Zieles, das darin beſteht, ſich der Staatsmacht zu bemächtigen. Die Agrarier, die am allerwenigſten am Kriege intereſſiert waren, leiſteten mit Hilfe ihrer ſtaatlichen Organe (Parlament, Regierung, Dynaſtie) und ihrer Preſſe verzweifelten Widerſtand, indem ſie gegen die Beteiligung am Kriege kämpften. Die Bourgeoisie, die moralisch und materiell durch Vertreter der ausländiſchen Bourgeoisie (in erſter Linie der franzöſiſchen) unterſtützt wurde, verſtärkte ihre Propaganda immer mehr. Muſſolini gründete Anfang 1914 ſeine Zeitung „Popolo d'Italia“ mit dem einzigen Ziele, die energiſchſte Propaganda zum Zwecke des Eintritts Italiens in den Krieg zu entfalten. Der Kampf zwiſchen den Agrariern und der Bourgeoisie ging auf Leben und Tod. Frühjahr 1914 proklamierten die Interventioniſten die Loſung: „Krieg oder Republik“, denn ſowohl das eine wie das andere verſprach der Bourgeoisie letzten Endes die gleichen Vorteile. Die Agrarier wurden in den Hintergrund zurückgeſchoben: im Intereſſe des imperialiſtiſchen

Kapitals wurde der Krieg erklärt, und zu gleicher Zeit nahm die Bourgeoisie den Staatsapparat in die Hand.

Dieſer große Sieg ſicherte der Bourgeoisie eine langwährende Ruhe an den inneren Fronten. Die ſporadiſchen Bauernaufſtände (wie z. B. in Turin 1917) unterdrückte ſie durch die Macht des Staatsapparats. Erſt im letzten Kriegsjahr hatten die „Fasziſten“ wieder Gelegenheit, neuerdings auf der Bildfläche zu erſcheinen, um zu verſuchen, durch verſtärkte Propaganda unter den Maſſen die Kriegsbegeiſterung künstlich aufrecht zu erhalten.

Der italieniſche Kapitalismus, ſowie auch ſein Staatsapparat iſt entkräftet, desorganisiert und erſchöpft aus dem Kriege hervorgegangen. Dieſmal waren es die Fasziſten (Muſſolini und Genossen), die als erſte zur Beſinnung kamen, und ſie traten jetzt zum erſten Mal unter dem Namen der Fasziſten auf (im März 1921).

Die Verhältniſſe waren jetzt ganz anders als 1914—1915. Die Agrarier waren gleichſam ausgeſtorben; die Herren der Lage waren die Arbeiter. Dieſer Situation entſprach auch die Propaganda der Fasziſten mit ihren Loſungen: „Wiederherſtellung der Autorität der Staatsmacht um jeden Preis!“ uſw. Dieſe Propaganda war natürlich vorläufig noch ſehr beſcheiden: es waren mehr ſchüchterne Wünſche als eine Propaganda. Der Kapitalismus war zu ſehr zerrüttet, um ernſthafte Schritte für die Organisation ſeines Staates zu unternehmen. Als ſich aber trotz der grandioſen Opferbereiſchaft der Maſſen die Unfähigkeit der Führer der Werk-tätigen immer mehr bemerkbar machte, da ſtanden „die Toten“ auf, d. h. alſo die Agrarier. Anfang Sommer 1920 übernahm Giolitti die Regierungsbildung. Auch er hielt ſich an das Programm der „Wiederherſtellung der Autorität der Staatsmacht um jeden Preis!“, jedoch hatten dieſe Worte in ſeinem Munde einen anderen Sinn als im Munde der Kapitaliſten.

Die Fasziſten zögerten keine Minute: ſie erneuerten ſofort den Krieg nach beiden Fronten: gegen Giolitti (die Regierung und die

Dynastie waren natürlich in diesem Falle nur ein Deckmantel für die Agrarier) und gegen die Arbeiter aller Kategorien.

Der gefährlichste Feind waren aber doch zweifellos die proletarischen Massen, sowohl für Giolitti als auch für die Faschisten. Darum rückte der Kampf zwischen den Agrariern und der Bourgeoisie für längere Zeit in den Hintergrund. Erst als es Giolitti gelang, mit Hilfe des größten Verrats, den die Geschichte der italienischen Bewegung kennt, die Arbeiter zu entwaffnen (September 1920), nahm der Kampf zwischen den Agrariern und der Bourgeoisie schärfere Formen an und spitzte sich immer mehr und mehr zu. Zu gleicher Zeit mit Strafexpeditionen gegen die Arbeitsbörsen und Genossenschaften eröffnen die Faschisten einen erbitterten Feldzug gegen die Regierung und die Dynastie (die die Interessen der Agrarier zum Ausdruck bringen). Frühjahr 1921 verlangen sie bereits den Kopf Giolittis und den Sturz des königlichen Hauses. Der Herzog von Aosta (Mitglied des königlichen Hauses) organisiert von Kopf bis zu Fuß bewaffnete Stoßtrupps für Aktionen gegen die Faschisten. . . . Diese Ereignisse geben dem oberflächlichen Beobachter Anlaß, im Faschismus eine eigenartige „revolutionäre Bewegung“ zu sehen.

Wir nähern uns dem April 1921. Die Bourgeoisie kämpft mit einer außerordentlich großen Krisis, die sich dank der Finanzpolitik der Regierung bedeutend verstärkt hat (Verbesserung des Valutakurses, Stockung im Außenhandel, Stilllegung der Fabriken, Sinken der Preise); ihre weiße Garde, in die sich jetzt der Faschismus verwandelt hat, stürzt sich in die verwegenen Abenteuer. Die wehrlosen Arbeitermassen werden von weißen Banden terrorisiert; die Organisationen sind zerschlagen. Giolitti benützt die Gelegenheit und macht den glänzendsten Schachzug seiner ganzen Politik: er entläßt das Parlament und setzt auf den 15. Mai neue Wahlen fest.

Der Wahlkampf. Statt eines scharfen Auftretens gegen die Faschisten (wodurch die Arbeiter eine Atempause bekommen hätten, was aber Giolitti unter allen Umständen vermeiden wollte), räumt er ihnen volle Aktionsfreiheit ein (Neutralität der Staatsmacht im Kampfe der politischen Parteien!) und treibt

teils hierdurch *) und teils auch durch die Bildung eines Wahlblocks mit den Faschisten**) die Agrarier in die Reihen der Faschisten hinein. Die Ueberfüllung der faschistischen Gruppen, der sogenannten „faszi“, d. h. „der Rutenbündel“, durch die Agrarier fand in einer unglaublich kurzen Zeit statt; seit Anfang Mai hören in den „faszi“ und ihrer Presse alle Angriffe auf die Agrarier auf. Zu gleicher Zeit werden die „faszi“ des bisher bestehenden selbständig leitenden Zentrums beraubt, was wiederum für die Agrarier günstig ist. Das ist gerade jene Periode, in der der Faschismus gleichsam als Kampftruppe der vereinigten Gegenrevolution erscheint. Wir betonen: dies fand ohne Einverständnis der Bourgeoisie und entgegen ihren Absichten statt.

Als die „richtigen“ Faschisten (die Faschisten des Jahres 1919, wie sie sich nennen) endlich den wahren Sinn aller Ereignisse begriffen, veröffentlichte Mussolini sofort ein langes Interview, in welchem er den republikanischen Charakter des Faschismus betont und den eben erst gewählten Faschistendeputierten verbietet, bei der Verlesung der Thronrede anwesend zu sein, „denn ein Faschist soll und kann nicht ‚Es lebe der König!‘ rufen.“

Die Ueberfüllung der faschistischen „Rutenbündel“ mit Agrariern rief innerhalb des Faschismus eine tiefe Krisis hervor, die noch bis heute fort dauert. Nach dem erwähnten Interview gingen sofort 15 Deputierte in andere Parteien über. Von den übrigen 35 erklärte die Mehrheit, daß sie zwar Royalisten, aber durchaus nicht geneigt sind, die Reihen der Faschisten zu verlassen. Es wurde eine gemeinsame Beratung der Deputierten und der Rayonsekretäre einberufen, auf der Mussolini in der Minderheit blieb! Da erklärte er, daß er keine Spaltung im Faschismus hervorrufen wolle.

Jetzt beginnt ein heimlicher, aber vollständiger bewußter Kampf innerhalb der faschisti-

*) Strafexpeditionen auch gegen die Dorf-arbeiter, im besonderen in Mittelitalien und den an dieses angrenzenden Gebieten Oberitaliens, wo die Agrarier auch heute noch das zahlreichste Element unter den Faschisten bilden (Toskana, Emilia, Venedo).

**) Die Faschisten waren fast vollständig ihrer Anhänger unter den Wählern beraubt, was sich aus der Lage des Kapitalismus erklären läßt. Ohne die Blockbildung mit den Agrariern hätten sie nicht einmal 10 Mandate bekommen.

schen Bewegung für deren Säuberung. Die „richtigen“ befinden sich von Anfang an in der Defensive.

Die Uebereinkunft über einen Waffenstillstand, die mit Mussolini sozusagen hinter dem Rücken der Agrarier mit den Sozialisten getroffen wurde, sollte ihm größere Aktionsfreiheit gegen die Agrarier verschaffen.

Der Hauptpunkt des Programms des III. Kongresses, die Umgestaltung der Bewegung in eine Partei, bezweckt vor allem das endgültige Beiseiteschieben der Agrarier und soll zu gleicher Zeit als Ausgangspunkt für die Verwirklichung sehr weitgehender Pläne dienen.

Dem Kongreß wurden nach Mussolinis Angabe drei Aufgaben vorgelegt: 1. Liquidation der Vergangenheit; 2. Annahme des neuen Programms; 3. Konstituierung des Faschismus (der bis jetzt eine Bewegung war) als Partei („als Partei, die keiner der bestehenden Parteien ähnlich sieht; als Partei, die im wahrsten Sinne des Wortes eine Armee ist und ihrem Führer gehorcht!“ — nämlich ihrem Führer Mussolini im „Popolo d'Italia“).

Wir stellen fest, daß der Kongreß diese Aufgaben nicht gelöst, sondern ihre Lösung nur verschoben hat. Das Kräfteverhältnis innerhalb des Faschismus war noch nicht endgültig ins Gleichgewicht gekommen, obgleich die Entwicklungstendenz in der letzten Zeit für Mussolini günstiger ist.

Mussolini erklärte vor dem Kongreß, daß er einen Generalangriff vorbereitete, als er aber die Stimmung *) des Kongresses sah, da umarmte er Grandi und Marsik (die Führer der gegnerischen Seite), die auf ihn zustürzten, um ihn zu küssen, oder richtiger, er fing sie in seinen Armen auf.

Was die erste der drei Aufgaben anbelangt, so wurde die Vergangenheit in der Weise „liquidiert“, daß der Kongreß angesichts der Drohungen Mussolinis kein Wort über sie verlor.

Ueber die Frage des Programms der Faschisten hielt Mussolini eine lange Rede. Am Schlusse derselben wurde ihm eine Ovation

*) Man kann nur von einer Stimmung sprechen. An dem Kongreß beteiligte sich außer 4000 Delegierten auch das Publikum. Es kam gar nicht zu einer regelrechten Abstimmung. Die bürgerliche Presse gibt zu, daß sie noch auf keinem Kongreß eine derartige Unordnung gesehen habe.

bereitet . . . und der Kongreß beschloß, daß das Programm durch das neue Präsidium ausgearbeitet und dem nächsten Kongreß zur Begutachtung vorgelegt werden solle. In das Präsidium wurden aber Gegner Mussolinis gewählt, und infolgedessen weigern sich Mussolini und seine Freunde bis jetzt, in das Präsidium einzutreten.

Wir wollen die bemerkenswertesten Auszüge aus der Rede Mussolinis anführen:

a) „Die Demokratie

kann vielleicht Mittel, aber niemals Ziel sein! Wenn uns morgen eine allumfassende demokratische Entwicklung unseres Nationallebens z. B. der Gefahr des Verfalles der Nation gegenüberstellen würde, so würden wir uns gegen die Demokratie erheben und unser „veto“ einlegen.“

b) Ueber die Nation und den Staat:

„Was ist ein Staat? — Wir sind eine Nation. Und wir wollen, daß der Staat durch einen bestimmten Prozeß mit der Nation identisch werde, d. h. wir wollen, daß der Staat der höchste Ausdruck der Seele und des Willens der Nation werde und daß er seine Autorität für alle und gegen alle geltend mache.“

c) Ueber den Krieg.

„Wir sind stolz darauf, daß wir es waren, die im Jahre 1915 die ernste und erhabene Formel „Krieg oder Republik!“ aufstellten. Und wenn heute Italien in Washington unter wenigen Großmächten die Schicksale der ganzen Welt bespricht, so ist das ein Verdienst der Interventionisten des Jahres 1915.“

d) Ueber die Regierungsform.

„Viele nahmen damals an, daß ich Italien in eine republikanische Bewegung hineinziehen wollte. Ich hatte die Absicht nicht. Wer von Ihnen würde sich zu schwören entschließen, daß die bestehende konstitutionelle Regierungsform stets in intensivster Weise die Interessen der Nation vertreten könne? Es ist möglich, daß morgen eine solche historische Situation entstehen wird, bei der die Faschisten, um eine schlimmere Schmach (!) zu verhindern, genötigt sein werden, an die Zerstörung der bestehenden konstitutionellen Regierungsform heranzutreten. Gegenwärtig wäre aber eine solche Zerstörung unzumutbar; die antinationalistischen Elemente würden sie für ihre eigenen Vorteile ausnützen.“

e) In der Frage der staatlichen Verwaltung

spricht er sich für unbedingte Zentralisation aus.

„Die Faschisten müssen jede separatistische Bewegung bekämpfen.“

f) Anlässlich des Imperialismus sagt er:

„Jedes einzelne Subjekt ist in jenem Sinne Imperialist, als es bemüht ist, seine Ent-

wirkungsmöglichkeiten zu erweitern; und wenn irgend ein Volk nicht das gleiche Bedürfnis empfindet, so hört es auf, ein lebendiger Organismus zu sein. Wenn ein Volk sich hinter seinen Grenzen verschließt, indem es sich bemüht, die Bedingungen seiner häuslichen Existenz zu verbessern, und sich in Wilde verwandelt, so nähert sich ein solches Volk seinem Verfall, seinem Tode."

g) Ueber die Wirtschaftspolitik.

„In den Fragen der Wirtschaftspolitik sind wir Liberale im klassischen Sinne des Wortes, d. h. wir sind der Meinung, daß die Schicksale der nationalen Wirtschaft nicht in die Hände einer mehr oder weniger kollektiven und bürokratischen Macht gelegt werden sollen. Ich wäre geneigt, nach Möglichkeit die Eisenbahnen, die Post, die Telegraphen usw. privaten Unternehmern teils auch aus dem Grunde zurückzugeben, um den Staat von der Last dieser ökonomischen Funktionen zu befreien, die in Wirklichkeit sehr unökonomisch sind."

Und er schließt mit den Worten:

„Liberale in bezug auf die Oekonomie, sind wir keineswegs Liberale in der Politik. Wenn wir den Liberalismus aus der Politik vertrieben haben werden, so werden wir die Nation retten!" („Popolo d'Italia" vom 9. November 1921.)

Mussolini legte dem Kongreß den Entwurf eines Statuts der neuen Partei vor. Grandi, der Führer der gegnerischen Seite, erklärte zur Frage der Partei:

„Um jegliche Mißverständnisse zu vermeiden, erkläre ich direkt, daß ich kein Gegner der Gründung einer Partei bin, daß ich aber Gegner einer bestimmten Partei form bin die den Idealismus der faszistischen Bewegung nicht widerspiegelt. Denn das Wort „Partei" läßt zweierlei Auslegung zu: wenn man unter dem Worte „Partei" eine politische Macht versteht, die im Lande durch Wettkampf bei den Wahlen und im Parlament — durch Vermittlung einer bestimmten Zahl ihre politischen Vertreter — tätig ist, so sind wir bereits eine Partei und erscheinen als solche seit den letzten Wahlen. Wenn man aber unter dem Worte „Partei" eine solche Bewegung versteht, die ihre eigene Ideologie, ihre eigene Physiognomie, ihre eigene Differenziertheit hat, so sind wir noch keine Partei, und um zu einer solchen zu werden, muß der Kongreß die Programmlinien einer breiten Bewegung abstecken!"

Der Kongreß faßte folgende Resolution:

„Der dritte Kongreß erklärt, daß er die von Mussolini in seiner Rede illustrierten und in den Reden der Referenten ergänzten Postulate als Grundforderungen des Faschismus betrachtet, und er bittet den Nationalrat, sich vor Ablauf dieses Jahres zu versammeln um dem Programm und Statut der Nationalen Faschistenpartei endgültige Form zu geben."

Obgleich Mussolini sich nicht genauer über die Frage der Wirtschaftsorganisationen äußert hat, — die Berichte über diese Frage

waren überhaupt sehr spärlich und inhaltslos — so ist doch aus allem zu ersehen, daß diese Resolution auch die Schaffung wirtschaftlicher Organisationen vorsieht (Syndikate, Kooperative usw.).

Der Kampf innerhalb des Faschismus nähert sich seinem letzten Stadium. Die Bourgeoisie sieht ihre Ziele vollständig klar. Am Tage nach dem Kongreß schrieb Mussolini im „Popolo d'Italia":

„Von der Konstituierung des Faschismus zu einer Partei dürfen wir keine unmittelbaren Resultate erwarten: für die erste Zeit wird der Faschismus das bleiben, was er bisher war: eine negative Kraft in jenem Sinne, daß er stets bereit ist, auf einen gewaltsamen Kampf der Antinationalistischen Parteien ebenfalls durch Gewalt zu antworten; zu gleicher Zeit beginnt er aber eine wirklich politische Vorbereitungsarbeit, die es ihm ermöglichen wird, teilweise oder ganz die Schicksale der Nation in die Hand zu nehmen. Der Umstand, daß, wenn auch nur in der Form einer Hypothese, die Idee der Bildung eines faszistischen Staates aufgetaucht ist, dient als Beweis dafür, daß der Faschismus in seiner Tendenz schon heute fähig ist, die Schicksale der Nation zu lenken."

Dem Bericht des Generalsekretärs der Faschisten über den Kongreß entnehmen wir folgende Angaben:

März 1919 beginnt Mussolini seine Tätigkeit und gründet die ersten „Rutenbündel" („faszi").

Oktober 1919 (Erster Kongreß in Florenz) werden 56 „faszi" mit einer Gesamtzahl von ungefähr 17 000 Mitgliedern gezählt.

Mai 1920 (Zweiter Kongreß in Mailand) — annähernd 100 „faszi" und ungefähr 30 000 Mitglieder.

Dezember 1920 erreicht die Zahl der „faszi" ungefähr 800.

Februar 1921 übersteigt sie die Zahl 1000. Mai 1921 gab es über 2000 „faszi".

Auf dem III. Kongreß beteiligten sich die Vertreter von 2200 „faszi" mit einer Gesamtzahl von 320 000 Mitgliedern. (Diese Angaben sind unseres Erachtens alle stark übertrieben.)

Ueber die soziale Zusammensetzung der an der Bewegung Beteiligten sprechen die Angaben einer Rundfrage, die unter 151 644

Mitgliedern vorgenommen wurde. Diese Angaben sind folgende:

Kaufleute	13 878
Fabrikanten	4 269
Freien Berufen angehörnde Personen	9 981
Angestellte staatlicher Insti- tutionen	7 208
Angestellte privater Institu- tionen	14 989
Pädagogen	1 680
Studenten	19 783
Gutsbesitzer	18 084
Arbeiter industrieller Unter- nehmen	23 418
Dorfarbeiter	36 847
Seeleute	1 506

Zusammen 151 643

Zu diesen Angaben müssen wir jedoch bemerken, daß die angeführte Arbeiterzahl mehr als zweifelhaft ist. Es ist zwar richtig, daß in die „faszi“ einige Elemente des „Lumpenproletariats“ eingetreten sind (größtenteils ehemalige Arbeiter, die Kriegsauszeichnungen bekommen haben), aber auch ihre Zahl in den faszistischen Gruppen ist in Wirklichkeit verblüffend gering. Die angeführten Zahlen lassen sich am ehesten dadurch erklären, daß die Fasziisten 614 Berufsgruppen und 138 Kooperative mitzählen! Das sind jene durch systematische „Strafexpeditionen“

verängstigten Organisationen, die, um sich vor einer Sprengung zu retten, in die „faszi“ eingetreten sind, um bei der ersten besten Gelegenheit an ihren Vergewaltigern Rache zu nehmen, was bereits vielerorts geschehen ist.

Von Erfolgen der Fasziisten unter den breiten Arbeitermassen kann gar keine Rede sein.

Der Kampf zwischen Arbeitern und Fasziisten, dessen Verlauf nur von Zeit zu Zeit sich in Abhängigkeit davon etwas ändert, ob die Fasziisten die Agrarier unterstützen oder einen mehr oder weniger offenen Kampf gegen sie führen, dauert mit der früheren Erbitterung fort. Hiervon zeugen die getöteten und verwundeten Arbeiter, die heute wie früher fast täglich von der Hand der Fasziisten fallen. Davon zeugt auch der Generalstreik in Rom, der den Fasziistenkongreß selbst paralyisiert hat. Dieser Generalstreik wurde nicht nur von der Kommunistischen Partei Italiens erklärt und kameradschaftlich unterstützt, sondern auch von allen anderen lokalen proletarischen Organisationen und sogar von den Republikanern. Die Fasziisten zeigten sich den Arbeitern gegenüber ebenso machtlos wie die Regierung, die gerade aus diesem Grunde die von Giolitti in solchen Fällen angewandte Taktik der „Neutralität“ befolgen mußte. Mussolini aber gab den Befehl des Rückzuges und der eiligen Abreise der Fasziisten.

III.

Der Kongreß zu Cardiff.

I.

Der Kongreß der englischen Gewerkvereine zu Cardiff hat jene Hoffnungen nicht gerechtfertigt, die die bewußtesten Arbeiter auf ihn gesetzt hatten. Dem Kongreß lag vor allen Dingen ob, die Frage der Einigung der Arbeiterbewegung in England an der ganzen Arbeitsfront zu lösen. Diese Hauptfrage hat der Kongreß nicht nur nicht gelöst, sondern er hat auf jede Weise alles vermieden, was zu seiner Lösung beitragen konnte. So wurde z. B. eine Resolution, die die Untersuchung der Ursachen des Verkrachens des Dreiverbandes verlangte, von der Tagesordnung abgesetzt, und der Vorsitzende Poulton hat sogar nicht einmal eine Diskus-

sion über diese äußerst wichtige Frage zugelassen. Auf diese Weise war der Kongreß durch Verschulden seiner rechten Führer der Möglichkeit beraubt, das Verhalten der Leiter des Dreiverbandes während des Kohlenarbeiterstreiks einer Kritik zu unterwerfen. Dies geschah natürlich unter dem Vorwande der Erhaltung der Einheit der Arbeitsfront, die, nebenbei bemerkt, noch nicht besteht und die nicht ohne sorgfältige Berücksichtigung der bitteren Erfahrung der Vergangenheit geschaffen ziehen. Dies geschah natürlich unter dem Vorwande, wie er existiert hat, zu keinerlei Führung der Arbeiterbewegung fähig war und darum dem Proletariat keinerlei realen Nutzen brachte, so war er diesmal sogar eine schlechte „Diskussionsver-

sammlung" (wie ihn einstmal die Ehegatten Webb genannt haben). Dadurch, daß dem Kongreß in einer so wichtigen Frage wie die der Aufklärung über die Ursachen der katastrophalen Niederlagen der Arbeiterklasse Englands in den letzten drei Jahren der Mund verschlossen wurde, haben die rechten Führer noch einmal ihre unglaubliche Feigheit gezeigt, haben sie noch einmal zum Ueberfluß gezeigt, wie sie in der Praxis den wahren Demokratismus im Gegensatz zu den „Kommunistendiktatoren“ durchführen.

Indem der Kongreß die Kardinalfrage, die brennendste Frage der Einigung der Arbeiterbewegung nicht gelöst hat, indem er die für die Leitung des Kampfes des Proletariats notwendigen Organe nicht geschaffen hat, sondern die alte nichtsnutzige Sprechkammer geliebt ist, die er bisher war, hat er die Arbeiter zu neuen, noch katastrophaleren Niederlagen verurteilt, denn die Arbeiter können sich nicht mit der heutigen Lage versöhnen. Die Millionen von Arbeitslosen können nicht endlos in den Wartezimmern der Stadtverwaltungen herumstehen (wie man dies gegenwärtig in London und anderen Industriezentren beobachten kann) und auf Almosen für ihre Ernährung und die ihrer Familien warten. Hunderttausende von Arbeitern, die nur einen Teil ihrer Zeit arbeiten und für ihre Arbeit nicht das Existenzminimum erhalten, werden nicht ohne Murren darauf warten, bis man sie endgültig auf die Straße hinauswerfen wird. Millionen von Arbeitern, deren Arbeitslöhne mit unerhörter Geschwindigkeit sinken, werden nicht ewig schweigen. Der ganze Entwicklungsverlauf wird die Arbeiter unvermeidlich und unabwendbar zum Kampf treiben.

Die Kongreßleiter wissen sehr gut, wie die Dinge liegen, sie wissen, daß die Arbeiter keinen anderen Ausweg haben als den Kampf. Sie wissen, daß die Bourgeoisie besonders jetzt, da sie keinen Bedarf an Arbeitskräften hat, sich nicht vor den leeren Drohungen der Arbeiterpolitikanten fürchtet, sie wissen, daß man die Bourgeoisie unter der heutigen Situation nur durch schweren, hartnäckigen Kampf zu Zugeständnissen zwingen kann. Sie verstehen das alles sehr gut, haben aber indessen in Cardiff nichts dafür getan, um das Proletariat zu einem erfolgreichen Kampf vorzubereiten. In dem Moment einer bisher noch nicht dagewesenen ökonomischen Krisis, den wir heute erleben, mit vielen Millionen von Arbeitslosen, mit ständig sinkenden Arbeitslöhnen, bei dem Fehlen irgendwelcher bemerkbarer Besserungsanzeichen in der internationalen Wirtschaftslage, von der das Wirtschaftsleben Englands abhängt, ist die einzige Waffe des Proletariats im Kampf gegen die Bourgeoisie und die bourgeoise Regierung die Einigkeit der Arbeiterbewegung bei höchster Zentralisation und Zusammenschlossenheit aller proletarischen Kräfte. Eine solche Einigkeit

mußte der Kongreß vor allen Dingen und zu allererst schaffen. Seine Losung sollte der Aufruf sein: „Proletarier ganz Englands, vereinigt Euch!, vereinigt Euch um das einige Fabrikkomitee, um die bestehenden (aber durch Verschulden der Führer der Rechten bisher eine elende Existenz führenden) städtischen Arbeiterräte, um den Generalstab, der durch einen speziell einberufenen Kongreß der Vertreter der Massen gewählt worden ist.“ Diesem Aufruf wären Millionen von Proletariern gefolgt, das Resultat davon wäre gewesen, daß die Arbeiterbewegung vereinheitlicht, zentra'isiert, zusammengeschlossen und in Kampfbereitschaft versetzt worden wäre. Der Statistiker Drake sagt, die Existenz von 28 Millionen der insgesamt 43 Millionen betragenden Gesamtbevölkerung von Subsidiern in dieser oder jener Form abhängt. Die Arbeitslosen sind durch große Entbehrungen bedroht, die Kaders der Arbeitslosen wachsen von Tag zu Tag, der reale Arbeitslohn der vorläufig noch in der Produktion beschäftigten Arbeiter wird immer geringer. Das sind in den Hauptzügen die objektiven Verhältnisse, die die unausschiebbare Einigung der Arbeiterklasse an der ganzen Front eindringlich fordern.

Doch der Kongreß hat diese kategorische Forderung nicht berücksichtigt. Er hat der Besprechung der Fragen der Liga der Nationen, der allgemeinen Abrüstung viel Aufmerksamkeit gewidmet, er hat dem Präsidenten Harding für seine philantropischen Bestrebungen im Sinne des allgemeinen Friedens sein Lob ausgesprochen. In der gleichen Weise haben diese Politikanten einstmal Wilson für seine Bestrebungen zur Errettung der Demokratie gelobt. Die Führer des Kongresses griffen die Regierung an, aber die Hauptfragen der Arbeiterbewegung haben sie gänzlich umgangen, und selbst wenn sie dieselben berührten, so legten sie dabei Schwanken und Unentschlossenheit an den Tag. Ueber diese Auswahl von Themen durch die Führer braucht man sich natürlich nicht zu wundern. Die Arbeiterbewegung verlangt nach klaren und konkreten Antworten auf jene Probleme, die durch die gegenwärtige Krisis aufgeworfen werden. Der Kongreß hat keine solchen Antworten gegeben. Von der Liga der Nationen und von der allgemeinen Abrüstung kann man beliebig viel reden und beliebige Resolutionen hierüber fassen; dadurch wird niemand zu irgend etwas verpflichtet.

Kurz vor dem Kongreß der Gewerkvereine in Cardiff hat sich die Kommunistische Internationale und die Gewerkschaftsinternationale mit einem Aufruf über die Aufgaben der Arbeiterbewegung in England an die englischen Arbeiter gewendet. Ueber den Kongreß der Gewerkvereine sagt der Aufruf unter anderem folgendes: „Der Kongreß der Gewerkvereine erscheint in jener Form, in der er bisher bestanden hat, und unter seiner heutigen

Leitung als eine Organisation, die nicht nur unfähig ist, die Arbeiterklasse zum Siege zu führen, sondern sogar unfähig ist, sie gegen die Angriffe des Kapitalismus zu verteidigen. Die jährlichen Sitzungen des Kongresses geben einigen Führern Gelegenheit, sich vor einer Zuhörerschaft von Arbeitern im Schönreden zu üben. Die praktische Tätigkeit des Kongresses läuft aber darauf hinaus, seinen guten Willen zu zeigen und eine Unzahl Resolutionen zu fassen." Weiter heißt es in dem Aufruf, daß jetzt, wo die Arbeiterklasse mehr als jemals einer autoritären Kampfleitung bedarf, der Kongreß der Gewerkvereine nicht Reales unternimmt. Der Aufruf lenkt die Aufmerksamkeit der Arbeiter darauf, daß in der letzten Zeit die Führer des Kongresses selbst von der Notwendigkeit der Bildung eines Generalstabes der werktätigen Arbeit zu sprechen begonnen haben. Das beweist nur, daß sie das Vorhandensein einer starken Strömung zugunsten der Einigung der Arbeiterbewegung unter dem Proletariat zugeben. Wenn aber die Führer der Rechten vom Generalstab der werktätigen Arbeit sprechen, so wollen sie nur neue Illusionen unter die Massen ausstreuen, als beabsichtigen sie etwas Neues, wodurch die verzweifelte Lage der Arbeiter tatsächlich verbessert werden könne. Tatsächlich geht aber dies „Neue“ nicht über die neuen Formen der Vereinigung der alten Führer hinaus, die schon zur Genüge ihre Unfähigkeit bewiesen haben, die Arbeiter zum Sturmangriff gegen die Zitadelle der kapitalistischen Gesellschaftsordnung anzuführen. In der Tat werden sie die frühere Zersplittertheit und Desorganisation unterstützen. Der Aufruf warnt die englischen Arbeiter vor jenen Machinationen, zu denen die Führer der Rechten greifen werden, um die Einigung der Arbeiterbewegung lediglich auf eine Veränderung der Namen der alten Organisationen hinauslaufen zu lassen.

Ein ausführlicherer Bericht über den Kongreß wird zeigen, daß unsere an die englischen Arbeiter gerichteten Warnungen ganz richtig und vollständig am Platze waren.

II.

An dem Kongreß der Gewerkschaften zu Cardiff beteiligten sich die Vertreter von 6 400 000 Arbeitern, die in den Gewerkvereinen organisiert sind. Diese Zahl ist etwas niedriger, als die Zahl der auf dem vorjährigen Kongreß zu Portsmouth vertretenen Anzahl von Arbeitern, jedoch im Vergleich mit dem Jahre 1913 bedeutet sie eine riesenhafte Vergrößerung der Zahl der organisierten Arbeiter um fast 4 Millionen.

Die Rede Poultons bei der Eröffnung des Kongresses zeigte sofort, daß auch in diesem Jahre — und sogar unter jenen Ausnahmeverhältnissen,

unter denen sich der Kongreß versammelt hatte — nicht die Absicht vorliegt, die allgemeinen Fragen der Arbeiterbewegung zum Gegenstand der Besprechung zu machen; das war die inhaltsloseste, farbloseste, konservativste Rede, die jemals auf dem Kongreß der Gewerkvereine gehalten worden ist. Diese Rede war sogar für die Bourgeoisie überraschend, die für diesmal ein entschiedeneres Auftreten von seiten der Führer der Gewerkvereine erwartet hatte. Der „Manchester Guardian“ zweifelte sogar daran, ob Poulton mit seiner Rede tatsächlich die Stimmung der Arbeitermassen zum Ausdruck gebracht hat. Es ist gefährlich, sagte das bourgeoise Organ, nach den Reden des Vorsitzenden des Kongresses die Arbeiterbewegung zu beurteilen, gefährlich, sich eine endgültige Meinung von ihren Zielen zu bilden.

Der „Manchester Guardian“ hat wahrscheinlich erwartet, daß der Ernst des gegenwärtigen Moments die Führer zu entschiedeneren Aktionen als bisher veranlassen würde. Aber bereits diese erste Rede des Vorsitzenden hat die Bourgeoisie beruhigt, hat ihr zu verstehen gegeben, daß der Kongreß auch für diesmal keine Gefahr bildet, und ihre Herrschaft in keiner Weise bedroht. Poulton wiederholte nur die üblichen Phrasen über die Notwendigkeit der Ersetzung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung durch die sozialistische, ohne natürlich den Zusatz zu vergessen: „auf dem Wege der Evolution, ohne Blutvergießen“.

Seine Rede war aber nicht nur konservativ, sie strotzte nicht nur von Phrasen, die abgebraucht sind wie eine alte Kupfermünze, sondern sie verdient allerschärfste Verurteilung auch in bezug auf ihren „faktischen“ Teil, im besonderen in bezug auf jene Stellen, an denen von der früheren Tätigkeit des Kongresses die Rede ist. „Wir müssen“, sagte der Vorsitzende, „uns zu den Erfolgen beglückwünschen, die wir im Kampfe gegen die Versuche der Bourgeoisie, die Arbeitslöhne herabzusetzen und die Lage der Arbeitslosen zu verschlechtern, erzielt haben. Das ist umso erfreulicher, da es uns gelungen ist, diese Erfolge trotz der vorhandenen Mängel im Apparat der Arbeiterbewegung zu erreichen.“ Eine derartige Erklärung aus dem Munde eines der Führer der Arbeiterbewegung erscheint besonders jetzt als direkte Verspottung der Arbeiter. Keine einzige Aktion der Arbeiter im Laufe der letzten drei Jahre war von Erfolg gekrönt, trotzdem bei jeder neuen Aktion die Ziele, die sich die Arbeiter stellten, immer mehr herabgesetzt und ihre Forderungen immer bescheidener wurden. Von der Forderung der Nationalisierung und der Arbeiterkontrolle, die im Jahre 1919 aufgestellt worden war, sind die Kohlenarbeiter bei ihrem letzten Streik bis auf die Forderung des spärlichsten Existenzminimums herabgegangen. Und trotz ihrer Bescheidenheit erduldeten die Arbeiter dennoch

eine Niederlage nach der anderen, und zwar gerade deshalb, weil sie in vereinzelt Gruppen, ohne vereinheitlichende Kampfleitung von seiten des Kongresses der Gewerksvereine und bei vollständiger Nichteinmischung der parlamentarischen Vertreter der Arbeiterpartei kämpften. Heute, da die Arbeitslöhne von Millionen von Arbeitern verkürzt sind und von Tag zu Tag immer mehr verkürzt werden, heute, da bereits über 2 Millionen Arbeitslose gezählt und diesen allmählich ihre Subsidien entzogen werden, heute, da annähernd eine Million Menschen nur die Hälfte der Zeit arbeiten, wagt Poulton (in Anwesenheit einer Delegation der Arbeitslosen) zu sagen, „wir können uns zu den Erfolgen beglückwünschen, die wir im Kampfe gegen die Versuche der Bourgeoisie, die Arbeitslöhne herabzusetzen und die Lage der Arbeitslosen zu verschlechtern, erzielt haben!“

Poulton hat aber den Gipfel der Unverschämtheit erreicht, als er sein Entzücken über den heroischen Kampf der Kohlenarbeiter beim letzten Streik zum Ausdruck brachte. Die Führer des Dreiverbandes haben die Kohlenarbeiter verraten, als die letzteren in ihrem Kampfe gegen die Bourgeoisie und gegen die Regierung der Hilfe bedurften; heute aber, da die besiegten Kohlenarbeiter unter Verhältnissen zu arbeiten gezwungen sind, die von den Arbeitgebern diktiert werden, bringen diese selben Führer ihr Entzücken anlässlich des heroischen Kampfes der Kohlenarbeiter zum Ausdruck!

Was die Einigung der Arbeiterbewegung anbelangt, so machte Poulton auch hier ein Zugeständnis an die Linksrichtung, indem er die Notwendigkeit „neuer Methoden“ im Aufbau der Gewerkschaftsorganisationen anerkannte. „Die Gewerksvereine werden zugeben müssen, daß die Anerkennung der Notwendigkeit der Einheit und der gute Wille in dieser Richtung allein ungenügend sind.“ Die Frage der Vereinigung der Arbeiterklasse um ihre Zentren faßt aber Poulton sehr eigenartig auf. „Es ist notwendig“, sagte er, „daß bei großen Zusammenstößen zwischen Arbeit und Kapital sofort ein Meinungs-austausch zwischen dem Generalrat und den Gewerksvereinen stattfindet.“ Für ihn läuft die komplizierte und wichtige Frage der Koordinierung und Zentralisation der Arbeiterbewegung auf einen einfachen Meinungs-austausch zwischen den autonomen Gewerksvereinen und dem Generalrat hinaus.

Hinsichtlich der Frage der Arbeitslosigkeit hat sich Poulton auf einige Phrasen über die aussichtslose Lage der Arbeitslosen und darüber, daß die Zahl der Arbeitstage in der Woche verringert werden müsse, um den Arbeitslosen Arbeit zu geben, beschränkt. Darüber aber weiter unten.

Kurz, aus der Rede des Vorsitzenden ging klar hervor, daß die Arbeiten des Kongresses auch in diesem Jahre — auch unter den Ausnahmeverhält-

nissen einer nie dagewesenen wirtschaftlichen Krisis — sich wenig von den Arbeiten der vorhergehenden Kongresse unterscheiden werden. Einige abgedroschene Phrasen über den friedlichen Sozialismus, einige Worte über die Einigung der Arbeiterbewegung, Palliative für den Kampf mit der Arbeitslosigkeit — das ist der Inhalt der ganzen Arbeit des Kongresses.

III.

Der neue Generalrat.

Fred Bramlay, der stellvertretende Sekretär des Parlamentskomitees des Kongresses der Gewerksvereine, sagt (im „Daily Herald“ vom 5. September), daß wir jetzt zum ersten Male in der Geschichte der Arbeiterbewegung eine autoritäre Organisation mit deutlich ausgesprochenen Funktionen vor uns sehen, eine Organisation, deren Pflicht die Schaffung einer über alle notwendigen Mittel verfügenden, arbeitsfähigen und aktiven Verwaltungszentrale ist, die die Arbeit der Gewerksvereine koordinieren wird. Gemeint ist der neue Generalrat, der auf dem Kongreß zu Cardiff an Stelle des Parlamentskomitees geschaffen worden ist. Weiter unten werden wir diese zwei Organe des Kongresses der Gewerksvereine miteinander vergleichen und werden sehen, ob tatsächlich der Generalrat jenes Organ ist, das ein die Arbeiterbewegung koordinierendes Zentrum schaffen kann.

Was die von Bramlay gegebene Bewertung des Charakters der Arbeiterbewegung und die Ursachen anbelangt, warum das Proletariat Niederlagen erduldet hat, so sind wir mit ihm vollständig einverstanden. Bramlay sagt, daß die Arbeiterbewegung in der Form, in der sie bisher existiert hat, deshalb katastrophale Niederlagen erlitten hat, weil keine Einheitsfront nationalen Maßstabes und keine zentralisierte und autoritäre Leitung vorhanden war, die alle Kräfte des Proletariats zu mobilisieren fähig gewesen wäre. Er zählt alle Niederlagen, vom Oktober 1919 beginnend, auf und führt sie auf die gleiche Ursache zurück, nämlich auf das Fehlen einer beständigen, die ganze Macht in den Händen habenden und unternehmungslustigen Zentrale.

Das ist alles zweifellos so. Unser Aufruf an die englischen Arbeiter hat den Zustand der Arbeiterbewegung in England in derselben Weise charakterisiert, wie dies jetzt Bramlay tut. Unsere Schlußfolgerungen unterscheiden sich aber von denen, zu denen er gekommen ist. Die Analyse der Arbeiterbewegung im Laufe der letzten drei Jahre sowie auch der ganzen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse, unter denen die Arbeiter den Klassenkampf zu führen genötigt sind, bringt

uns zu dem Schlusse, daß der einzige Ausweg aus der Situation, in der sich gegenwärtig das englische Proletariat befindet, in seiner vollständigen Vereinigung besteht, beginnend von den Fabrik- und Werkkomitees, den städtischen Arbeiterräten bis zum Genera!stab der ganzen Arbeiterbewegung, der ein Stab ist, der tatsächlich die volle Macht in den Händen hat, und alle Aktionen der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung koordiniert und leitet. Bramlay kommt auf Grund der gleichen Analyse zu dem Schluß, daß der neu geschaffene Generalrat gerade jenes Organ ist, das die Arbeiterbewegung vereinigen wird; nach seiner Meinung wird der Generalrat alle Vorbereitungen zum Generalstreik treffen, wenn ein solcher erklärt werden muß. Wenn der Streik bereits erklärt sein wird, so wird der Rat das ständige Organ sein, das den Kampfplan ausarbeitet und die proletarische Armee mobilisiert. Er bewaffnet und versorgt die Arbeiter in der gebührenden Weise und leitet ihre Aktionen. Wenn mit dem Feind in Verhandlungen eingetreten werden muß, so wird der Generalrat auch in Verhandlungen eintreten. Das alles klingt sehr kriegerisch, aber der Generalrat würde auch dann nichts tun können, selbst wenn er alle Funktionen ausführen wollte, die ihm Bramlay zuteil werden läßt, und zwar aus dem einfachen Grund, weil er ein Stab ohne Armee ist. Der Charakter dieser Einrichtung, der Sinn, den die Führer der Gewerkvereine in sie hineinlegen, entspricht durchaus nicht jenen Aufgaben, die Bramlay für sie geplant hat. Er lullt sich entweder selbst einfach mit der Illusion ein, daß das neue Parlamentskomitee eine gleichsam autoritäre Organisation, ein Stab der werktätigen Arbeit ist, oder er macht der Arbeiterklasse bewußt weiß, versucht sie zu überzeugen, daß die Führer den Bedürfnissen nach neuen Organisationsformen des Klassenkampfes entgegengekommen sind, und möchte dadurch die Aufmerksamkeit der Arbeiter von den wichtigsten Aufgaben ablenken. Die bewußten Arbeiter werden sich nicht irreleiten lassen. Was aber die noch zurückgebliebenen Arbeiter anbelangt, so werden diese bei dem nächsten Zusammenstoß mit der Bourgeoisie sich schon von dem wahren Charakter und der Bedeutung des Generalrats überzeugen. Außerdem werden die englischen Kommunisten es nicht versäumen, den wahren Sinn dieses Stabes ohne Armee zu entlarven, und werden den Kampf für den wirklichen Generalstab der werktätigen Arbeit fortführen.

Die Grundthesen der Verfassung des Parlamentskomitees schrieben diesem vor: 1. die Gesetzgebung im Interesse der Arbeiter zu überwachen, 2. bei Parlamentsabgeordneten die Durchführung von gesetzgeberischen Maßnahmen zu befürworten, die vom Kongreß der Gewerkvereine ausgearbeitet worden sind. Seit aber die Arbeiterpartei ent-

standen ist, ist das Parlamentskomitee aus dem Grunde ein Anachronismus geworden, weil es seine Hauptfunktionen — die Gesetzgebung im Interesse der Arbeiter zu überwachen, oder eine solche Ueberraschung durch „lobbying“, d. h. Couloirpolitik, zu erreichen zu suchen, die einfach nichts anderes bedeutet als ein Betteln in den Vorzimmern des Parlaments — verloren hat. Die Sorge für die Ausübung der politischen Funktionen der Arbeiterbewegung hat die Arbeiterpartei auf sich genommen. Dem Parlamentskomitee blieb nur die rein technische Arbeit der Aufstellung der Tagesordnung des Kongresses und der Vorbereitung des Textes der Resolutionen, sowie überhaupt die technische Vorbereitung des Kongresses. Von irgend einem Koordinieren, geschweige denn von einer Leitung der Arbeiterbewegung kann hier gar keine Rede sein.

In seinen Grundzügen unterscheidet sich der neugewählte Generalrat wenig vom früheren Parlamentskomitee. Was das Parlamentskomitee in politischer Hinsicht war, wird der Generalrat in wirtschaftlicher Hinsicht sein. Das erstere konnte nur die Arbeitergesetzgebung überwachen, der letztere wird nur die Arbeiterbewegung überwachen. In der gleichen Weise wie das Parlamentskomitee die Abgeordneten des Unterhauses nicht zur Durchsetzung gesetzgeberischer Maßnahmen zugunsten des Proletariats zwingen konnte, sondern diese nur bei ihnen befürworten und ihnen zureden konnte, so kann auch der Generalrat die Führer der Gewerkvereine nicht zwingen, sich seinem Willen zu beugen.

„Der Generalrat überwacht die ganze Arbeiterbewegung (innerhalb der Industrie) und versucht, wo dies möglich ist, den Wirtschaftskampf zu koordinieren. Der Rat unterstützt die allgemeinen Aktionen der Arbeiterbewegung usw. Dort, wo Meinungsverschiedenheiten entstehen, oder wo die Gefahr von Meinungsverschiedenheiten zwischen Verbänden besteht, muß der Rat seinen Einfluß anwenden, um diese beizulegen. Bei alledem bleibt volle Autonomie der Gewerkvereine gewahrt.“ Das sind die Grundthesen der Verfassung des Generalrats.

Es handelt sich hier nicht um die Autonomie der Gewerkvereine in politischer Hinsicht, im Sinne der Unabhängigkeit von dieser oder jener politischen Partei. In dieser Hinsicht steht die englische Gewerkschaftsbewegung auf einer vollständig vernünftigen und gesunden Plattform, soweit sie ihre eigene politische Partei hat. Es handelt sich um die Unabhängigkeit der Gewerkvereine vom Kongreß und seinem Zentralorgan, dem Generalrat, der auf diese Weise als Stab ohne Armee oder als Stab von freiwilligen unabhängigen Teilen erscheint. Je nachdem, ob unter diesen zerstreuten, nicht miteinander verschmolzenen Teilen

der gute Wille hierzu vorhanden ist, können sie sich dem Generalrat unterordnen oder nicht. *)

Aus den oben angeführten Hauptthesen der Verfassung des Generalrates ist nicht schwer zu ersehen, was in Wirklichkeit die Erklärung Bramlays zu bedeuten hat: „zum ersten Mal in der Geschichte der Arbeiterbewegung sehen wir eine autoritäre Organisation der Gewerkvereine, mit deutlich ausgesprochenen Funktionen, eine Organisation, deren Pflicht die Schaffung (developing, also eigentlich „Entwicklung“) einer über alle notwendigen Mittel verfügenden arbeitsfähigen und aktiven Verwaltungszentrale ist, die die Arbeit der Gewerkvereine koordinieren wird.“ In Wirklichkeit sehen wir, daß der neue Generalrat noch weit davon entfernt ist, ein Generalstab zu sein, daß es dem Generalrat erst bevorsteht, ein solches Organ zu schaffen.

Aber selbst die „Pflicht“ des Generalrates, ein autoritäres Zentrum der Arbeiterbewegung zu schaffen, ist in Wirklichkeit nicht von ernsthafter Bedeutung, und wenn man nach dem Verhalten der Kongreßleiter zur Frage der Wahl eines ständigen Vorsitzenden für den Generalrat urteilen wollte, so kann man sich leicht eine Vorstellung davon bilden, was diese „autoritäre Zentrale“ sein wird. Der Kongreß lehnte den Vorschlag ab, einen ständigen Vorsitzenden für den Generalrat zu wählen mit der Begründung, daß dadurch eine Doppelherrschaft des Sekretärs und des Vorsitzenden geschaffen würde. Der Abgeordnete des Nationalen Verbandes der Eisenbahner war aus dem Grunde gegen einen ständigen Vorsitzenden, da er, wie er sich ausdrückte überhaupt Gegner der „Zinnbögen“ sei. Der Abgeordnete der Föderation der Kohlenarbeiter gab zu, daß die Wahl eines Vorsitzenden wohl eine revolutionäre Maßnahme sein würde, daß es aber besser sei, die Frage um 12 Monate zu vertagen.

In Wirklichkeit hat aber der Kongreß diesen Antrag aus dem Grunde abgelehnt, weil er den Beigeschmack von Zentralisation hat und folglich eine Verletzung der Autonomie der Gewerkvereine dar-

*) Diese Sachlage spiegelt sich natürlich auch in der politischen Tätigkeit der Arbeiterklasse wider. Sobald alle Beschlüsse des Kongresses und seines Generalrates überhaupt für die Gewerkvereine nicht verpflichtend sind, so sind seine Beschlüsse im besonderen auf dem Gebiete der Politik für die Gewerkvereine ebenfalls nicht verpflichtend. Die der Arbeiterpartei nicht angelegentlich, die sie für politische Zwecke ausgeben und die ihnen gestatten, ihre eigenen Kandidaten ins Parlament zu entsenden. Dadurch erklärt sich unter anderem die große Masse alter Männer unter den Abgeordneten der Arbeiter im Parlament. Um ihre zu alt gewordenen Führer los zu werden, schicken die Gewerkvereine sie ins Parlament, wo sie ihre alten Tage unbehelligt und in einer gewissen Wohlhabenheit verbringen.

stellt. Wenn der Vorsitz auch nur eine Andeutung der Zentralisation innerhalb der Arbeiterbewegung bedeute, so müsse er umgehend beseitigt werden, was der Kongreß auch tat.

In einer anderen Frage hat der Kongreß noch deutlicher bewiesen, was er vom Generalrat in der Angelegenheit des Koordinierens der Arbeiteraktionen erwartet. Es war das anlässlich des blutigen Konfliktes zwischen den Arbeitern auf den Schiffsbauwerften in Belfast (Irland). Ueber diesen Konflikt sagt der Korrespondent des „Daily Herald“ in der Nummer der Zeitung vom 8. September:

„Bereits im vorigen Jahre hat das Parlamentskomitee eine Kommission für die Untersuchung des Konfliktes zwischen den Carsonisten und den Sinnfeinern, Mitgliedern der gleichen Gewerkvereine, eingesetzt, aus denen die Carsonisten die Sinnfeiner ausgeschlossen hatten. Die Kommission des Parlamentskomitees war außerstande, diesen Konflikt beizulegen. Hill und Purcell, Mitglieder des Parlamentskomitees, beantragten beim Kongreß, die Kommission mit Vollmachten auszustatten, um die Gewerkvereine in Belfast zur Beilegung des Konfliktes zu veranlassen. Wenn der Kongreß diesen Fall ausgenutzt hätte, um seine Autorität zu zeigen, so hätte er zum ersten Mal während der ganzen Zeit seiner Existenz seine Funktionen erweitert, indem er sich aus einer zu nichts verpflichtenden Diskussionsversammlung in eine Organisation verwandelt hätte, die über die Macht verfügt hätte, die sich ihm anschließenden Gewerkvereine unter seinen Willen zu beugen. Die Pflichten des neuen Generalrates sehen auch eine Einmischung desselben in solche Konflikte vor, wie es der Konflikt in Belfast war. Nichtsdestoweniger hat sich der Kongreß nicht in diesen Konflikt eingemischt und sich nur darauf beschränkt, die Kommission zu beauftragen, solange an Ort und Stelle zu bleiben, bis der Konflikt beigelegt wird“.

Wenn schon der Kongreß selbst sich als nicht genügend kompetent erachtet hat, um sich in der gebührenden Weise in den brudermörderischen Streit der Arbeiter in Belfast einzumischen, was soll dann in der Praxis jener Punkt der Verfassung zu bedeuten haben, in dem es heißt, daß der Generalrat die Arbeiterbewegung überwacht und ihre Aktionen koordiniert. Eine Einmischung des Kongresses in den Belfast Konflikt, eine autoritäre Erklärung seinerseits, daß er es nicht dulden werde, daß die Führer der Gewerkvereine der Aufhetzung der Arbeiter gegeneinander teilnahmslos zusehen, die Drohung, jene Führer aus der Mitte der an der Arbeiterbewegung Beteiligten auszuschließen, die die Sinnfeiner aus ihren Organisationen hinausgeworfen haben, und deren Brandmarkung, ein Befehl an den Generalrat, diese Drohung auszuführen — eine solche Handlungsweise hätte gezeigt, daß der Kongreß tatsächlich den Weg der Koordinierung der Arbeiterbewegung eingeschlagen hat und daß er

tatsächlich die Zentralisation anstrebt. Aber der Kongreß hat nichts dergleichen getan, er hat es vor allem deshalb nicht getan, weil er immer noch auf dem Standpunkt der Autonomie der Gewerksvereine steht und sich immer noch als eine Diskussionsversammlung betrachtet. Der Kongreß hat es abgelehnt, den blutigen Konflikt zwischen den Arbeitern in Irland als seine eigene Angelegenheit anzuerkennen. Durch diesen seinen Schritt hat er natürlich die Idee der Autonomie gerettet, zu gleicher Zeit aber auch jegliche Hoffnung darauf zerstört, daß der Generalrat ein einigendes Organ der Arbeiterbewegung sein wird.

Ehe wir zur Betrachtung der übrigen Arbeiten des Kongresses übergehen, wollen wir einige Worte anlässlich des Artikels im „Daily Herald“ vom 17. September sagen. Der Verfasser tritt als Verteidiger der Gewerksvereine gegen die Ausfälle seiner „Kommunistischen Freunde“, besonders aus dem Lager der ehemaligen Sozialistischen Arbeiterpartei auf. Der Verfasser spricht von einem Nutzen, den die Gewerksvereine den Arbeitern gebracht haben oder bringen. Er zählt einige Produktionszweige auf, mit denen er selbst im Laufe der letzten 40 Jahre in Verbindung stand, und spricht von sich als von einem Augenzeugen jener Erfolge, die die Gewerkschaftsbewegung im Laufe des letzten halben Jahrhunderts erzielt hat. „Die Arbeiter der Textilindustrie haben vor 30—40 Jahren 56 und mehr Stunden in der Woche gearbeitet. Dank den Gewerksvereinen ist die Arbeitswoche auf 48 Stunden verkürzt worden. Früher haben die Arbeiter ihren Tee aus hölzernen Kannen getrunken, heute trinken sie ihn aus Tassen und Gläsern. Früher haben die Arbeiter an einem Tisch ohne Tischdecke gegessen, heute dagegen werden die Tische mit Wachstuch bedeckt.“ Das Problem der Arbeitslosigkeit, sagt der Verfasser, ist natürlich unverändert geblieben. Die Arbeitslosigkeit ist ein Uebel, das sich aus dem zu nichts tauglichen System des Kommerzialisismus erklärt (man beachte wohl, nicht des Kapitalismus). Ferner sagt der Verfasser, daß die Gewerksvereine solange notwendig sind, als Arbeitslöhne existieren.

Ben Tanner trat als Verteidiger der Gewerksvereine gegen die Angriffe der Kommunisten gerade damals auf, als der Kongreß seine Sitzungen abhielt. Warum hielt er das für nötig? Jeder, der einigermaßen mit der Lage der Kommunisten vertraut ist (ich spreche hier nicht von den Kommunisten vom Typus der deutschen K.A.P.D.-Leute, oder der Sylvia Pankhurst oder der Gruppe Spoor oder der Glasgower S. R. P.), der weiß oder sollte wenigstens wissen, daß sie nicht die Gewerksvereine als Klassenorganisationen der Arbeiter angreifen, sondern deren Führer, die ihre Führer-Stellung nicht im Interesse des Proletariats, sondern im Interesse der Bourgeoisie ausnützen und stets und

immer die Vereinheitlichung der Arbeiteraktionen verhindern. Ben Tanner sollte eigentlich wissen, daß namentlich die Kommunisten ununterbrochen den Kampf gegen jegliche Bestrebungen zum Verlassen der Gewerksvereine und der Schaffung neuer Vereine neben den bestehenden führen. Gerade die Kommunisten sind verpflichtet, in den Gewerksvereinen zu bleiben und sich an ihrem alltäglichen Kampfe für jene unbedeutenden Verbesserungen zu beteiligen, von denen Ben Tanner spricht.

Die Kommunisten sagen, daß die Gewerksvereine nicht nur heute notwendig sind, solange noch die kapitalistische Gesellschaftsordnung besteht, sondern daß sie auch noch notwendig sein werden, wenn die Herrschaft des Kapitalismus beseitigt sein wird. Die Kommunisten greifen die Gewerksvereine als solche nicht an, sie streben nur danach, diese historisch notwendigen Klassenorganisationen von jenen führenden Elementen zu befreien, die die Gewerksvereine im Interesse der Klassenfeinde der Arbeiter ausnützen. Die Kommunisten sind die wahren Verteidiger der Gewerksvereine gegen alle Elemente, die diese dem Untergange entgegen führen.

Das Auftreten Ben Tanners mit einigen Ausfällen gegen die Kommunisten gerade zur Zeit des Kongresses hatte nicht die Verteidigung der Gewerksvereine gegen die Angriffe von seinen kommunistischen „Freunden“ zum Ziele, sondern es verfolgte ein ganz anderes Ziel, nämlich die Aufmerksamkeit der Arbeiter gerade von der von den Kommunisten aufgeworfenen Frage abzulenken. Die Kommunisten sagen, daß die Hauptaufgabe der Arbeiterbewegung im gegenwärtigen Moment die Vereinigung, Zentralisation und Kampfbereitschaft der proletarischen Organisationen sei, wenn nötig, selbst gegen den Willen jener Führer, die sich dem entgegensetzen. Statt nun im wesentlichen über diese Kardinalfrage zu sprechen, macht Ben Tanner den Arbeitern vor den Kommunisten dadurch Angst, daß sie angeblich die Aufhebung der Gewerksvereine anstreben. Dieser Begriffsverwirrung und gegen die Kommunisten gerichteten Beleidigung muß ganz entschieden entgegengetreten werden.

Ben Tanner nimmt nicht nur die Gewerksvereine, sondern auch deren Führer in Schutz, wobei er sagt, daß jeder Führer der Gewerksvereine sich wohlwollend zur positiven und aufbauenden Kritik verhält; es ist deshalb ungerecht und unvernünftig, wenn unsere Freunde von der äußersten Linken alle Führer, die ihre Ueberzeugungen nicht teilen, mit unanständigen Worten schimpfen und sie Schurken und Betrüger nennen. (Ich will nebenbei bemerken, daß in der Sitzung des Kongresses der Gewerksvereine gerade am Tage vor dem Erscheinen des zitierten Artikels von Ben Tanner ein Abgeordneter, der durchaus nicht der äußersten Lin-

ken angehörte und dem von der Tribüne sprechenden Thomas gegenüber saß, diesen einen Betrüger nannte.) Hier entstellt der Verfasser wiederum die Tatsachen. Wir kritisieren nicht die Führer überhaupt, sondern bestimmte Führer. Und wir kritisieren sie nicht darum, weil sie unsere Ueberzeugungen nicht teilen, sondern weil sie bei jeder Gelegenheit das Proletariat verraten. Wir fragen den guten Ben Tanner, ob es wohl nötig sei, jene Führer zu kritisieren, die für das schmachliche Verkrachen des Dreiverbandes und für die Niederlage einer Million von Kohlenarbeitern verantwortlich waren, und wir fragen ihn, in welcher Form man kritisieren soll, wenn man sie kritisieren muß? Ben Tanner möchte uns überzeugen, daß die Führer vom Typus Thomas kleine Kinder sind, die man nur durch Güte und Freundlichkeit belehren und unterweisen kann. Statt sie offen als Verräter zu bezeichnen und sie an den Pranger zu stellen, sollte man nach Ben Tanner ihnen vorsichtig erklären, daß es unanständig und häßlich ist, hinter dem Rücken der Kohlenarbeiter gemeinsam mit Lloyd George Intrigen gegen sie einzufäden, infolge deren eine Million Kohlenarbeiter nach unerhörten Entbehrungen und verzweifeltstem Kampfe zu ihrer Arbeit in ihre dunklen Schächte zu den faktisch von ihren Arbeitgebern diktierten Bedingungen zurückzukehren gezwungen waren. Dieser Mann strebt den Posten eines Premierministers der Arbeiterregierung an, schreibt Vorworte in Bankiersbücher, denen er Lobgesänge singt, und Ben Tanner stellt uns das Ansinnen, sich zu ihm wie zu einem irrenden Kinde zu verhalten, das sich nicht zu orientieren weiß, nicht genügend Erfahrung hat und darum einer „aufbauenden“ Kritik bedarf. Ja, den wenig bewußten, zurückgebliebenen, aber ehrlichen Arbeitern in den Gewerksvereinen muß man helfen, sich in den Fragen des Klassenkampfes zurechtzufinden, sie muß man belehren; was aber die Führer vom Typus Thomas angeht, so müssen diese in der erbarmungslosesten Weise entlarvt werden. . . .

Durch den Kongreß ist auch das Nationale Vereinigte Komitee für die Koordinierung der wirtschaftlichen und politischen Seiten der Bewegung geschaffen worden. Dieses Komitee besteht aus Vertretern des Kongresses der Gewerksvereine, des Vollzugskomitees der Arbeiterpartei und der Parlamentsfraktion der Arbeiterpartei. Dieses vereinigte Komitee organisiert vier allgemeine „Departements“: 1. Departement für Ermittlungen, 2. Departement für Propaganda, 3. Departement für Rechtsberatung, 4. Departement für internationale Angelegenheiten. Diese vier Departements werden unter der Kontrolle des Generalrats und des Vollzugskomitees der Arbeiterpartei stehen.

IV.

Der Kongreß und die Arbeitslosigkeit.

In dem Artikel „Industrielle Perspektiven“ definiert Mariot in folgender Weise die wirtschaftliche Lage Englands („Contemporary Review, August d. J.): über 2 Millionen sind der Arbeit beraubt, Hunderttausende arbeiten nur einen Teil der Zeit. Warum? — fragt Mariot und antwortet hierauf — nicht deshalb, weil kein Bedarf an englischen Waren vorhanden ist. Der Bedarf an diesen war noch niemals so groß wie jetzt; der Grund ist vielmehr der, daß wir die Waren nicht zu dem Preise herstellen können, den die ausländischen Käufer zu zahlen imstande sind. Wir können mit den ausländischen Produzenten nicht einmal auf unserem eigenen Markt, geschweige denn auf dem Außenmarkt konkurrieren.

Der amerikanische Stahl und das amerikanische Eisen kommt dem englischen Käufer um 4 oder 5 Pfund Sterling pro Tonne billiger zu stehen als der Stahl und das Eisen englischer Produktion. England kauft belgisches Eisen für Kessel zum Preise von 7—9 Pfund Sterling pro Tonne, während die innere Produktion des gleichen Eisens auf 14—15 und sogar auf 17 Pfund Sterling zu stehen kommt. Fast alle Länder Südamerikas, Zentraleuropas usw. geben ihre Bestellungen auf Maschinen bei den deutschen und österreichischen Fabriken auf. Das Gleiche läßt sich in der Textilproduktion in Lancashire usw. beobachten.

Im Jahre 1913 betrug die Gesamt-Kohlenförderung in England 287 Millionen Tonnen, wobei von diesem Quantum 77 307 000 Tonnen exportiert wurden. Dadurch wurde es England ermöglicht, im Austausch hierfür billige Baumwolle und Wolle für die Webstühle in Lancashire und Yorkshire zu bekommen. Im Jahre 1920 betrug die Kohlenförderung 229 Millionen Tonnen, was eine Verringerung um 20% bedeutete. Die Zahl der Arbeiter war um fast 100 000 gestiegen, die mittlere Förderung war von 258 auf 193 Tonnen pro Kohlenarbeiter gesunken. Der Arbeitslohn war von 6 Schilling 3,5 Pence auf 23 Schilling 0,5 Pence gestiegen, während die Kohlenpreise in den Minen von 8 Schilling 8 Pence auf 38 Schilling 9 Pence gestiegen waren. Die Produktion aber verlangt eine Kohle zum Preise von 30—32 Schilling pro Tonne.

Der Verfasser kommt zu dem Schlusse: „Wenn wir nicht in kürzester Zeit einen industriellen Frieden erreichen, so werden nicht weniger als drei Viertel unseres Volkes genötigt sein, ihren Arbeitsverdienst in anderen Ländern zu suchen.“ Wenn sie keine Arbeit haben, werden sie in ihrer Heimat hungern müssen. Mariot sieht keinen anderen

Ausweg als den industriellen Frieden, d. h. den Frieden zwischen Arbeit und Kapital. Das bedeutet, daß die Arbeiter sich mit solchen Zugeständnissen im Sinne der Verringerung der Arbeitslöhne einverstanden erklären müssen, unter denen es den englischen Kapitalisten ermöglicht ist, auf dem Außenmarkt zu konkurrieren.

Der Vorsitzende der Firma Cammel-Laird und Co. schreibt in der Morning Post vom 3. Juli d. J., daß im Jahre 1919 der englische Export in Tonnen der Hälfte des Exportes vom Jahre 1918 gleichkam. (45 993 000 t gegen 91 803 000 t.) Im Jahre 1920 ging der Export noch mehr zurück und sank auf 39 509 000 t. Die ersten 5 Monate dieses Jahres sind noch katastrophaler. Der allgemeine Export von Januar bis Mai 1921 betrug 9 439 000 t gegen 37 006 000 t in der gleichen Periode des Jahres 1913. Wenn man sogar die Kohlen nicht mitrechnet, so stellt sich heraus, daß der Export im Mai 1921 im Vergleich zum Mai 1913 um 65% gesunken ist.

Noch neuere Zahlen über den Export lassen keinerlei bedeutende Verbesserung bemerken, trotzdem die Zahl der Arbeitslosen sich etwas verringert hat. England entgehen immer noch Aufträge auf dem Außenmarkt. In China z. B. hat statt England Belgien die Bestellungen auf Eisenbahnmaterial übernommen. Während Belgien die Lieferung von Lokomotiven zu 10 000 Pfund Sterling übernahm, verlangte England 18 000 und konnte sich mit einem Preis unter 13 000 nicht einverstanden erklären. Das ist die wahre wirtschaftliche Lage des Landes. Die bürgerlichen Volkswirtschaftler sehen keinen anderen Ausweg als eine schroffe Herabsetzung der Arbeitslöhne, damit England mit jenen Ländern konkurrieren könne, deren Valuta niedriger und in denen die Arbeitslöhne nicht so hoch sind, wie in England. Von diesem Ausweg sprachen sie bereits, bevor die Arbeitslöhne zu sinken begannen. Im Laufe der letzten Monate sind die Arbeitslöhne bedeutend herabgesunken, so z. B. in der Kohlenindustrie, in der die Arbeiter einen langen und hartnäckigen Kampf für die Beibehaltung des früheren Lohnminimums geführt hatten, oder in den anderen Produktionsarten, in denen die Arbeitslöhne auf Grund gegenseitigen Uebereinkommens der Arbeitnehmer und Arbeitgeber herabgesetzt worden waren. Und doch ist trotz der Herabsetzung der Arbeitslöhne der Export englischer Ware nicht gestiegen. Zugleich mit dem Sinken der Arbeitslöhne in England beobachten wir einen Valutasturz in den anderen Ländern, z. B. in Deutschland, was den Unternehmern dieser Länder den Absatz ihrer Waren zu noch niedrigeren Preisen ermöglicht. Das muß wiederum eine weitere Herabsetzung der Arbeitslöhne in England nach sich ziehen.

Von dem Kongreß der Gewerkvereine, in dem die über drei Viertel aller organisierten Arbeiter Englands umfassenden Gewerkvereine vertreten sind, sollte man ein machtvolles Wort anlässlich jener kolossalen Arbeitslosigkeit erwarten, die gegenwärtig im Lande herrscht. Aber die ganze Machtlosigkeit des Kongresses ist gerade in seinem Verhalten zur Arbeitslosigkeit zutage getreten. Der Kongreß hat keinerlei erschöpfende Analyse weder der Ursachen noch der Ausmaße der Wirtschaftskrise gegeben, die gegenwärtig die ganze bürgerliche Welt und im speziellen England durchmacht. Er ging darüber mit einigen Phrasen über die harte Lage der Arbeitslosen und ihrer Familien hinweg. Die einen Delegierten kritisierten die Regierung für die unzureichenden Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die andern kritisierten die Spekulanten, wieder andere schrieben das ganze Unglück der Weigerung der Arbeitgeber zu, auf ihren Profit zu verzichten. Clynes erklärte die harte Lage der Arbeitslosen durch das feindselige Verhalten des Parlaments zu ihnen. Poulton brachte die Hoffnung zum Ausdruck, „die Delegierten werden agitieren, bis sie Gerechtigkeit für jene Unglücklichen erreichen, die gegen ihren Willen zur Arbeitslosigkeit und zum Hungertode verurteilt sind.“ Er fügte hinzu, er wundere sich nicht darüber, daß einige Arbeitslose die äußersten Methoden zur Beseitigung der Armut verteidigen. Der Kongreß sprach viel und mit großem Lobe von jenen Stadtverordneten, die sich weigerten, die Steuern zu vergrößern, die auf die arme Bevölkerung entfallen, unter der sich viele Arbeitslose befinden, und sich auf diese Weise weigerten, den einen Arbeitslosen Geld abzunehmen, um den anderen zu helfen, wofür sie ins Gefängnis kamen, wie dies z. B. in Poplar der Fall war.

Im allgemeinen macht die Diskussion über die Frage der Arbeitslosigkeit den Eindruck, als wenn sich an ihr nicht Vertreter der Arbeiterklasse, sondern Liberale beteiligt hätten, die aus „humanitären“ Erwägungen und dem Gefühle der „Gerechtigkeit“ nicht kaltblütig zusehen können, wie Millionen von Männern, Frauen und Kindern hungern.

Die Führer des Kongresses der Gewerkvereine sind gar nicht an die Prüfung der wirtschaftlichen Situation herangetreten und haben sich auch nicht im geringsten mit ihrer Analyse beschäftigt; es war für sie viel vorteilhafter, jene Tatsache mit Schweigen zu übergehen, daß die bürgerliche Gesellschaftsordnung bankrott gemacht hat und daß nur ihre Angst vor der Herrschaft des Proletariats und ihre Bereitschaft, die Herrschaft der Bourgeoisie zu unterstützen, das Bestehen dieser Ordnung verlängern können. Aber die Herrschaft der bürgerlichen Gesellschaftsordnung kann in England

nur dadurch verlängert werden, daß das Proletariat in Bettelarmut und Hunger gestürzt wird. Eines von beiden: entweder muß die Herrschaft der kapitalistischen Klasse vernichtet werden, oder die Arbeiter müssen endgültig alle Eroberungen der letzten Jahre aufopfern, müssen sich mit einem weiteren, noch schärferen Sinken der Arbeitslöhne und mit einer Verlängerung des Arbeitstages einverstanden erklären und müssen auf diese Weise eine ständige Armee von Arbeitslosen schaffen, die zu einer Bettelexistenz verurteilt sind, um es ihrer Bourgeoisie zu ermöglichen, sich neuerdings eine günstige Situation auf dem Außenmarkt zu schaffen. Aber auch das würde noch nicht genügen, denn eine Herabsetzung der Arbeitslöhne in England wird unvermeidlich und unumgänglich in den anderen mit England konkurrierenden Ländern ein Sinken der Preise, und folglich auch ein Sinken der Arbeitslöhne und zunehmende Arbeitslosigkeit hervorrufen, was wiederum eine weitere Verringerung der Arbeitslöhne in England nach sich ziehen wird. Kurz, eine Analyse der weltwirtschaftlichen Situation und der Art und Weise ihrer Widerspiegelung in der wirtschaftlichen Lage Englands hätte die Führer der englischen Arbeiterbewegung, wenn sie tatsächlich die Klasseninteressen des Proletariats und nicht enge Zunftinteressen vertreten würden, zu dem Schlusse führen müssen, daß man durch Palliative gegen die Arbeitslosigkeit und die Herabsetzung der Arbeitslöhne die Aufmerksamkeit der Arbeiter nur auf kurze Zeit von der wirklichen Sachlage ablenken kann.

Aber der Kongreß wollte der Wirklichkeit nicht offen in die Augen sehen. In dieser Beziehung ist von der ganzen Diskussion über die Arbeitslosigkeit (der Kongreß hat im ganzen nur 2 Stunden auf diese Diskussion verwendet) die Rede Bevins von der Docker Union, die charakteristischste; er erklärte, daß er vom „Unvermeidlichen“ nichts wissen wolle. „Für uns“, sagt er, „als Vertreter der Arbeiterklasse gibt es nichts Unvermeidliches. Die durch die wirtschaftliche Lage des Landes geschaffenen Schwierigkeiten (difficulties) können vermieden werden, wenn man sein Gehirn anstrengt.“ Für Führer vom Typus Bevins ist die heutige Lage der englischen Arbeiter nur eine vorübergehende Schwierigkeit, mit der man bei genügender Findigkeit fertig werden kann. Es ist selbstverständlich, daß man mit der Psychologie eines Krämers die Analyse der weltwirtschaftlichen Situation schwer in Angriff nehmen kann. In einer gemeinsamen Sitzung mit den Vertretern des Dreiverbandes während des Streiks der Kohlenarbeiter sagte Lloyd George, als er ihnen zuredete, die streikenden Kohlenarbeiter zu den Arbeiten für den Sicherheitschutz der Schächte

gegen Ueberschwemmung, Explosionen usw. zurückzuholen, daß wir alle sehr gut aus Erfahrung wüßten, daß die ersten Versuche (der Annäherung zwischen Arbeit und Kapital) gewöhnlich erfolglos sind und daß es sehr oft scheint, als gebe es keinen Ausweg; daß aber zuguterletzt der englische gesunde Verstand einen Ausweg findet, wenn er ihn tatsächlich sucht. Ganz wie Bevin — man muß nur sein Gehirn anstrengen, und es wird ein Ausweg gefunden werden.

Als Resultat der von Bevin empfohlenen Gehirnarbeit nahm der Kongreß eine Resolution an, welche die durch die wirtschaftliche Lage geschaffenen Schwierigkeiten, d. h. die Arbeitslosigkeit und die Verringerung der Arbeitslöhne, beseitigen soll. Die Resolution fordert von der Regierung die Unterstützung der Arbeitslosen. Aber die Regierung hat schon bis jetzt Unterstützungen ausgezahlt und wird diese Zuwendungen auch künftig nicht verweigern. Die Resolution verlangt eine sofortige Einberufung des Parlaments zur Lösung der Frage der Arbeitslosigkeit. Aber Clynes hat erklärt, daß das heutige Parlament sich zu den Arbeitslosen feindselig verhält. Die Resolution weist auch darauf hin, daß die Mitglieder des Staatesrates in Poplar der Nation einen großen Dienst erwiesen haben. Tatsächlich aber haben diese Stadtratsmitglieder, unter denen sich 2 Kommunisten befanden, sich geweigert, die Steuern zu erhöhen, die auf die arme Bevölkerung entfallen, und haben verlangt, daß die reichen Vororte zugunsten der Arbeitslosen besteuert werden; wenn sie jetzt im Gefängnis sitzen, so nicht deshalb, weil sie die „Interessen der Nation“, sondern die Interessen des Proletariats verteidigten. Die Resolution beauftragt den Generalrat gemeinsam mit dem Vollzugskomitee der Arbeiterpartei und der Parlamentsfraktion der Arbeiterpartei, sofortige Maßnahmen zu treffen, um genügende Unterstützungen für die Arbeitslosen zu erreichen.

In der Praxis kamen diese Maßnahmen darin zum Ausdruck, daß das Vereinigte Komitee des Kongresses der Gewerksvereine und der Arbeiterpartei unter Ablehnung des Regierungsprojektes der Unterstützung der Arbeitslosen seinen eigenen Plan vorlegte, der außer der Erzielung einer sofortigen Hilfe für die Arbeitslosen nach der Meinung seiner Verfasser die Industrie beleben, die Produktivität der Arbeit heben soll usw. Dieser Plan besteht darin, daß die Regierung den englischen Unternehmen staatliche Bestellungen auf Waren für den staatlichen Bedarf innerhalb des Landes, sowie auch für den Export geben soll; d. h. die Regierung soll zum Verkäufer der von ihr in England bestellten Waren im Auslande werden, indem sie zu diesem Zwecke in unmittelbare Handelsbeziehungen mit anderen Regierungen tritt. Hier-

bei müssen die englischen Arbeitgeber auf den üblichen Profit verzichten. Zweitens enthält der Plan die Aufzählung einer Reihe von öffentlichen Arbeiten und die Angabe der Zahl der Arbeiter, die bei diesen beschäftigt werden können. Besonders unterstrichen wird die Wichtigkeit und Bedeutung der Erbauung neuer Wohnhäuser. Drittens sieht die Resolution verschiedene Vorschüsse in Form von Darlehen für verschiedene öffentliche Arbeiten vor. Viertens verlangt sie genügende Unterstützungen für jene Arbeiter, für die keine Arbeit gefunden werden kann, aber auch in diesem Falle ist die Beschaffung von Arbeit die erste Pflicht der Regierung.

Das ist das Resultat der Arbeit des Kongresses, und so sieht der Plan aus, der von dem bisherigen Komitee des Kongresses der Gewerksvereine und der Arbeiterpartei zum Zwecke der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorgelegt worden ist. Die aus diesem Plan hervorgehenden Palliative unterscheiden sich nur wenig von den Palliativen des Nationalverbandes der Arbeitgeber und Arbeiter. Diese Organisation der Arbeit und des Kapitals besteht auch darauf, daß die Regierung von den lokalen Behörden und öffentlichen Unternehmen die Ausarbeitung eines Planes der öffentlichen Arbeiten verlangt, als da sind: Wegebau, Trambahnbau, Bau von Stationen und Bearbeitung unbestellten Landes, und die auch verlangt, daß die Regierung den lokalen Behörden und Gesellschaften der staatlichen und städtischen Unternehmen Darlehen gewähre. Das für die öffentlichen Arbeiten notwendige Material muß im Lande produziert werden.

Aber selbst der Nationalverband der Arbeitgeber und Arbeiter zweifelt daran, daß diese öffentlichen Arbeiten geeignet sein werden, eine bedeutende Anzahl von Arbeitslosen, besonders von arbeitslosen Frauen zu beschäftigen, deren Kräfte diese Arbeiten übersteigen.

Das Vereinigte Komitee des Kongresses der Gewerksvereine und der Arbeiterpartei empfiehlt, wie schon oben gesagt, auch andere „wirksamere“ Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, und zwar soll die Regierung die Rolle des Exporteurs auf sich nehmen, der mit den anderen Ländern in Handelsbeziehungen tritt, während die Arbeitgeber auf den üblichen Profit verzichten sollen. Die Führer der Gewerksvereine verstehen nicht oder wollen nicht verstehen, daß, wenn die Arbeitgeber auf ihren Profit verzichten und der Regierung zu handeln überlassen würden auf dem Außenmarkt, dies nichts anderes als eine Nationalisierung des Außenhandels bedeuten würde. Ohne die Frage zu berühren, ob die Nationalisierung des Außenhandels die wirtschaftliche Lage

Englands bessern kann, würden wir gerne wissen, wie das Vereinigte Komitee des Kongresses der Gewerksvereine und der Arbeiterpartei die Nationalisierung des Außenhandels erreichen will. Wir wissen, in welcher Weise der Dreiverband die Schaffung eines nationalen Profitfonds während des Kohlenarbeiterstreiks zu erreichen suchte. Wir wissen, welche Rolle der Kongreß der Gewerksvereine und das Komitee der Arbeiterpartei spielte, als die Arbeiter die Nationalisierung der Kohlenindustrie im Jahre 1919 zu erreichen suchten, also in einer Periode der Hochkonjunktur, in der die Lage der Arbeiterklasse eine günstige war, in der es keine Arbeitslosigkeit gab und das Proletariat in der Lage war, unter der Bedingung einer Einheitsfront und einer zentralisierten Führung die Regierung zu Zugeständnissen bis zu einer Nationalisierung der Kohlenindustrie usw. zu zwingen. Wir wissen, daß die Führer der Rechten die günstige Lage der Arbeiter nicht ausgenützt haben, nicht in den entschiedenen Kampf für die Nationalisierung eingetreten sind, für die sie selbst so viele Jahre agitiert haben, die sie aber in den Whitley-Räten vergessen hatten. Die Regierung kannte damals die Gefahr sehr gut, die die Arbeiterklasse darstellte, wenn sie auf die Arena des Kampfes geschlossen und geeinigt genug herausgetreten wäre, und sie präsentierte darum den Führern die Whitley-Räte der Arbeit und des Kapitals. Die Führer ließen jeden Gedanken an Kampf fallen, klammerten sich an diese Räte und ermöglichten es dadurch der Regierung, jenem Sturm zuvorzukommen, der sich entladen konnte. Einige vereinzelte Aktionen der Arbeiter mit Führern an der Spitze, die in den Whitley-Räten neben der Bourgeoisie saßen, erlitten natürlich Niederlagen. Heute aber, da die Lage der Arbeiterklasse eine verzweifelte ist und die Bourgeoisie nicht jene Gefahr empfindet, die ihr im Jahre 1919 drohte, jetzt beginnen jene Führer, die man der Whitley-Erfindungen beraubt hat, von einer Nationalisierung des Außenhandels zu sprechen an, ohne zu diesem Zwecke eine Einigung der Arbeiterklasse an der ganzen Front geschaffen zu haben, während die Arbeiterklasse nur bei einer solchen Einigung auf einen erfolgreichen Kampf rechnen kann. Aber das Vereinigte Komitee beabsichtigt gar nicht, für die Nationalisierung des Außenhandels einen Kampf zu führen. Es baut seinen ganzen Plan auf die Berechnung auf, daß die Arbeitgeber selbst freiwillig auf den Profit verzichten werden.

Der ganze Plan des Kongresses der Gewerksvereine und der Arbeiterpartei im Kampfe mit der Arbeitslosigkeit wird also auf die Forderung öffentlicher Arbeiten für die Arbeitslosen hinauslaufen, wodurch die Frage natürlich gar nicht gelöst wird.

U.

*Man hat nichts vergessen,
aber auch nichts gelernt.*

Wie erleichtert atmete der Kongreß auf, als er zur Frage der allgemeinen Abrüstung überging! Die Arbeitslosigkeit, die Verringerung der Arbeitslöhne, die Einigung der Arbeiterbewegung, das Verkrachen des Dreiverbandes, die Niederlage der Arbeiter bei ihren Aktionen — das alles sind „die verfluchten Fragen“, auf die „direkte Antworten“ gegeben werden müssen. Diese Fragen will der Kongreß möglichst schnell los werden. Etwas ganz anderes ist die Frage der allgemeinen Abrüstung auf der Washingtoner Konferenz, die Frage der Liga der Nationen usw. Hier kann man endlos reden, beliebige Resolutionen fassen, kann sich mit Radikalismus brüsten und den Arbeitern Sand in die Augen streuen, indem man ihnen beweist, daß ihre Führer nicht nur um ihre unmittelbaren Interessen besorgt sind, sondern auch an die zukünftigen Interessen ihrer Klasse denken.

Aber auch die allgemeine Abrüstung ist eine kitzelige, eine gefährliche Frage, man muß an sie vorsichtig herantreten, um um Gottes willen nicht merken zu lassen, daß, solange der Kapitalismus besteht, Kriege ebenso unvermeidlich sind wie die Arbeitslosigkeit. An dieses Thema muß man in der Weise herantreten, daß die Grundlagen der Herrschaft der Bourgeoisie nicht erschüttert werden und in den Massen kein Mißtrauen erregt werde. So vorsichtig auch die Kongreßleiter an diese Frage herantreten, so geraten sie doch in eine dumme Situation und verraten sich ganz. „England“, sagen sie, „muß auf die Washingtoner Konferenz mit reinen Händen gehen, zu diesem Zwecke muß es aber den Bau der begonnenen Panzerschiffe einstellen.“ Die Regierung lacht natürlich über derartige Forderungen von Leuten, die keinen Finger rühren, um ihre Forderungen durch irgendwelche aktiven Aktionen, durch irgendwelche reale Macht zu unterstützen. Die Regierung weiß sehr gut, daß, selbst wenn der Krieg beginnen würde, diese pazifistischen Führer ihr als erste zu Hilfe kommen werden. Sie werden immer irgendeinen Vorwand finden, um die Regierung „in der für die Nation schwierigen Minute“ zu unterstützen. Ben Tilot wird wie auf dem Kongreß sagen, „wenn 95% der Arbeiter für den Krieg sind, so bin ich mit ihnen, ohne Unterschied, ob sie recht haben oder nicht.“ Wenn aber der Krieg beginnen sollte, wer wird denn dann beweisen, daß nicht 95%, sondern nur 5% der Arbeiter für den Krieg sind? Gleichzeitig mit der Kriegserklärung werden Ausnahmegesetze eingeführt, die den Arbeitern jede Möglichkeit nehmen, durch

Abstimmung ihr Verhältnis zum Kriege zum Ausdruck zu bringen, denn an die Stelle der Wahlzettelkisten treten die Kisten mit Patronen und Maschinengewehren. Außerdem setzen die gleichen pazifistischen Führer den ganzen Apparat der Arbeiterbewegung in Gang, um unter den Massen jede Opposition gegen den Krieg zu beseitigen.

Unsere Sozialpatrioten aus dem Kongreß der Gewerkvereine sagen aber, daß die heutige Lage eine andere ist, sie verlangen jetzt eine Vertretung der Arbeiter in den Konferenzen, die „den Zweck der allgemeinen Abrüstung verfolgen“, wie z. B. auf der Washingtoner Konferenz, und sie werden keinerlei Intrigen „der Militaristen und Bankiers, die den Krieg hervorrufen könnten“, (siehe die Rede Ben Tilots auf dem Kongreß) zulassen. Es braucht gar nicht erwähnt zu werden, daß die Führer die Intrigen der „Militaristen und Bankiers“ in der gleichen Weise verhindern werden, wie sie die Arbeitslosigkeit und die Herabsetzung der Arbeitslöhne mit Hilfe der Arbeiterbüros in der Liga der Nationen verhindern.

Ich will möglichst ausführlich die Diskussion über die allgemeine Abrüstung wiedergeben, die am 8. September auf dem Kongreß stattfand. Wenn man diese kennen gelernt hat, so wird man sich leicht vorstellen können, mit welcher Art von Führern man es in der englischen Arbeiterbewegung zu tun hat. Diese Diskussion zeugt deutlich von jenen Schwierigkeiten, die die englischen Kommunisten im Kampfe um die Beeinflussung der Arbeitermassen zu überwinden haben.

D. G. Thomas brachte die Resolution ein, die die Solidarität des Kongresses mit dem Beschluß des Präsidenten der Vereinigten Staaten zum Ausdruck bringt, durch den die Konferenz über die Frage der allgemeinen Abrüstung einberufen wurde zugleich erklärt aber die Resolution, daß eine derartige Konferenz ohne genügende Vertretung der werktätigen Arbeit unbefriedigend ist. Die Resolution proklamiert ferner das Recht des Kongresses, Vertreter der Arbeiterklasse für die Konferenz zu bestimmen. Die Resolution protestiert gegen die kürzliche Entschliebung der britischen Regierung über die Ausführung eines umfassenden Rüstungsprogramms, das dem Geiste der Entwaffnung und des Friedens widerspricht. Die Resolution beantragt die Einstellung aller Kriegsvorbereitungen solange, bis die Washingtoner Konferenz ihre Arbeiten abgeschlossen hat.

In der Motivierung dieser Resolution sagt Thomas:

„Erst vor kurzem ist der Krieg zum Abschluß gekommen, dessen Ziel die Beseitigung aller weiteren Kriege war. Millionen von Menschenleben sind zugrunde gerichtet worden. Nichtsdestoweniger wird heute für die Armees, die See- und Luftflotte, zweieinhalbmal soviel ausgegeben wie vor dem Kriege.“

Die Liga der Nationen ist nutzlos, wenn sie nicht die Ursachen der Rüstung beseitigt. Heute kann jedermann über den Krieg schimpfen und über den Frieden reden, so war es immer nach dem Kriege: was aber not tut, das ist, die neue Generation von den Schrecken des Krieges zu überzeugen und die Regierungen der Mittel zu berauben, die sie für die Kriegsführung verwenden könnten."

Indem Thomas die gleichen Lobgesänge über Harding zu singen fortfuhr, die er früher über Wilson sang, sagte er, daß der Präsident der Vereinigten Staaten „durch die Einberufung der Washingtoner Abrüstungskonferenz eine edle und ruhmvolle Tat vollbracht hat". Thomas brachte sein Bedauern darüber zum Ausdruck, daß die englische Regierung, ohne die Beschlüsse dieser Konferenz abzuwarten, mit dem Bau von vier neuen Kriegsschiffen begonnen hat. Mit gemachter Entrüstung rief Thomas aus: „Es ist ein Hohn und eine Farce, denn dies bedeutet, daß die englischen Vertreter in Washington nicht frei sein können. (Da ja neue Kriegsschiffe gebaut werden.) Haben wir denn kein Recht, zu wissen, gegen wen diese Kriegsschiffe gebaut werden?" Unter den Delegierten ertönten Ausrufe: „Gegen Amerika." Ferner brandmarkte Thomas die Feinde Englands und Amerikas, die „diese Idee (des Krieges) in die Gehirne der Völker einpflanzen. Aber", rief er wieder aus, „es wird sich kein vernünftig denkender Mensch weder in Amerika noch in England finden, der sich solche Verhältnisse auch nur vorstellen könnte, die ein Zerwürfnis zwischen diesen Völkern rechtfertigen könnten. Unser Land muß mit reinen Händen auf die Washingtoner Konferenz gehen. Zu diesem Zwecke muß es den Bau von Kriegsschiffen einstellen. England muß den anderen Großmächten mit gutem Beispiel vorangehen. Thomas schloß seine Rede mit der Erklärung: „Die Arbeiterklasse hat am meisten unter dem Kriege gelitten, darum muß sie in Washington vertreten sein."

Einer der Abgeordneten (von den Postangestellten) sieht keinen Grund für Rüstungen, da kein Feind vorhanden ist, gegen den man sich rüsten müßte.

Genosse Pollitt (von den Kesselarbeitern) wendete sich gegen die Resolution, da er sie für unzulänglich hielt. Er unterwirft Thomas und dessen Argumente einer ganz berechtigten Kritik, indem er sagt, daß die Gespräche über die Abrüstung als einer praktischen Aufgabe leere Zeitvergeudung sind. Die bürgerlichen Regierungen brauchen die Rüstungen schon allein dafür, um die Arbeiter in Gehorsam zu halten. Die Rüstungen sind für die Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaft ebenso notwendig wie die Arbeitslosigkeit. Das einzige Mittel zur Befreiung von dem Kriege ist die Beseitigung des Kapitalismus. Genosse Pollitt fragt,

was Thomas dafür getan hat, um den Waffentransport nach Irland zum Kriege gegen das irische Volk zu verhindern. Thomas ist bereit, bei der nächsten besten Gelegenheit wieder zum Sozialpatrioten zu werden, denn er begreift nicht die Hauptursachen, durch die Kriege hervorgerufen werden. „Ist Thomas bereit, die Arbeit auf den Schiffsbauwerken in Botan Davenport und Clyde einstellen zu lassen?" Genosse Pollitt antwortet selbst auf diese Frage: „Natürlich nicht, aber selbst wenn er das tun würde, so würden die bewaffneten Abteilungen, die unter dem Vorwand der Aufrechterhaltung der Ordnung gegen die Arbeiter entsandt werden, durch die Mitglieder des Nationalen Verbandes transportiert, dessen Sekretär er, Thomas, ist" (Gelächter und Beifallklatschen). Genosse Pollitt analysiert ferner die Ursachen eines möglichen Zerwürfnisses zwischen England und Amerika und kommt zu dem Schlusse, daß diesen Ursachen die Naphthakonzurrenz dieser zwei imperialistischen Länder zugrunde liegt. Genosse Pollitt sagt zum Schlusse, daß einige der Führer, die jetzt eine Abrüstung verlangen, im Laufe des imperialistischen Krieges die Arbeiter der Munitionsfabriken von der Notwendigkeit der Entwicklung der maximalen Produktivität zu überzeugen suchten; sie schlugen dem Volke vor, sich bis zum letzten Mann zu schlagen. „Die Washingtoner Konferenz", schloß Genosse Pollitt, „wird eine verstärkte Rüstung nach sich ziehen, ebenso wie seinerzeit die Haager Konferenz. Die soziale Revolution ist es, die den Kriegen ein Ende machen wird."

Ben Tilot versuchte die Delegierten davon zu überzeugen, daß er ein Revolutionär sei; und daß er zwar heute nicht mehr soweit gehen könne, wie seine jüngeren Genossen, daß er aber dennoch ein Revolutionär bleibe; aber er trete für eine Revolution ein, die „systematisch und verständig" durchgeführt wird. „Wenn 95% der Arbeiterklasse für den Krieg oder Frieden sind, so mögen sie Recht haben oder nicht, ich stehe auf ihrer Seite. Der Krieg ist furchtbar, aber als unser Land sich an ihm beteiligte, mußte ich jene unterstützen, die „für unser Vaterland" kämpften. . . . Welchen Nutzen, fragt Ben Tilot, hat die Rede des standhaftesten Kommunisten, wenn Maschinengewehre gegen ihn gerichtet sind? Er beschwor den Kongreß, die Resolution anzunehmen, da sie (Thomas und Co.) die Welt vor einem neuen blutigen Kriege retten wollen. Er versicherte dem Kongreß, daß man dieses Ziel leichter erreichen könnte, „wenn die lästige Kritik nicht wäre."

Robert Smillie, dem der Kongreß, als er auf der Tribüne erschien, eine Ovation bereitere, unterstützte die Resolution. „Es ist jetzt nicht die Zeit", sagte er, „um sich mit Streitigkeiten abzugeben. Was da auch in der Vergangenheit ge-

schehen sein möge, man hätte keine Flotte bauen können, wenn die Kohlenarbeiter keine Kohlen für die Produktion von Eisen und Stahl förderten. Ungeheure Massen von Kohlenarbeitern sind gegenwärtig arbeitslos, ich spreche aber im Namen der Arbeitslosen, wenn ich erkläre, daß sie eher die Qualen der Arbeitslosigkeit ertragen, als Kohlen für die Vorbereitung eines neuen Krieges fördern werden." (Zustimmung.)

Smillie unterstützte die Resolution, sagte aber, daß Resolutionen auf die kapitalistische Regierung wenig Eindruck machen werden. „Leider befindet sich die ganze Welt unter der verfluchten Herrschaft kapitalistischer Regierungen. Es ist mehr notwendig als nur Resolutionen. Eines unterliegt keinem Zweifel — kein Volk kann allein das Problem des Krieges lösen. Wenn ein allgemeiner Friede erreichbar ist, so ist dies nur durch den Sturz des Kapitalismus in nationalem und internationalem Maßstabe möglich.“ Smillie teilte dem Kongreß mit, daß die Internationale der Kohlenarbeiter vor kurzem in Genf beschlossen hat, daß im Kriegsfall, bevor die gelbe Presse sich ihren Einfluß zunutze macht, die Internationale der Kohlenarbeiter zusammentreten wird, um die Arbeit sofort zum Zwecke der Kriegsverhinderung einzustellen. „Der Erfolg wird davon abhängen, wie stark die Abneigung der Arbeiter gegen den Krieg sein wird. Die organisierte Arbeiterklasse wird den Kohlenarbeitern folgen müssen.“

Andere Delegierte, wie Birdworth, Woker u. a., traten mit einer Kritik jener Führer hervor, die im letzten Kriege auf der Seite der Bourgeoisie standen, und sie zweifelten stark daran, ob diese Führer im künftigen Krieg auf der Seite des Proletariats stehen würden.

Arthur Henderson, der im Namen der Arbeiterpartei sprach, richtete einige Komplimente an die Adresse des Kongresses, der zur Hineintragung größerer Einheit und Solidarität in die Arbeiterbewegung beigetragen hat. Henderson kritisierte darauf den Friedensvertrag, „in dem kein Tropfen Idealismus enthalten ist und der die Ursache der Leiden vieler Millionen unschuldiger Menschen sowohl in den Siegerländern, als auch in den besiegten Ländern bildet. Unter diesen Verhältnissen besteht für den Arbeiter die Möglichkeit, das Parlament selbst in die Hände zu nehmen. Es ist besser, sich des parlamentarischen Apparates zu bemächtigen, als Ströme von Blut zu vergießen.“

Die oben angeführte Diskussion über die Frage der allgemeinen Abrüstung bedarf wohl kaum irgend welcher Kommentare unsererseits. Sie spricht beredsam genug für sich selbst. Die Führer der Arbeiterbewegung in England sind die gleichen geblieben, die sie bisher waren. Die Erfahrung der

Vergangenheit ist für sie spurlos verloren gegangen. Früher zogen diese pazifistischen Dummheiten die Aufmerksamkeit kleinbürgerlich-radikaler Auditorien auf sich, jetzt aber haben die Führer der Arbeiterbewegung Englands diese aufgegriffen und wiederholen sie in den verschiedensten Tonarten auf ihren Kongressen. Sie kritisieren nach wie vor den Kapitalismus als die Ursache der Rüstungen und Kriege, tun aber nach wie vor nichts dafür, um die Beseitigung der kapitalistischen Herrschaft vorzubereiten. Nach wie vor streuen sie unter den Arbeitermassen Illusionen aus, man könne auf den Konferenzen der bürgerlichen Regierungen zu einer Einigung über die Abrüstungsfrage kommen. Die Diskussion zeigt deutlich genug, daß die Führer der englischen Arbeiterbewegung nichts vergessen und nichts hinzugelernt haben.

UL

Schlußwort.

Die kommunistischen Delegierten haben es nicht fertig gebracht, dem Verlauf der Arbeit des Kongresses der Gewerksvereine ihr Gepräge aufzudrücken, aber ihre vorläufig noch schwache Stimme ist diesmal lauter als je erklingen. Die Reden der Genossen Pollitt, Bamber u. a. haben Leben in jenen Sumpf hineingebracht, in den die Mehrzahl des Kongresses versunken war. Ihre Reden haben Hunderttausenden von Arbeitern geholfen, sich in den Fragen des Klassenkampfes zurechtzufinden, sie haben dazu beigetragen, in ihnen das Klassenbewußtsein zu wecken. Mögen unsere Genossen auch in der Minderheit gewesen sein, und mögen sie infolge ihrer geringen Zahl nicht auf den Kongreß haben einwirken können, aber unter den Delegierten waren nicht nur Führer vom Typus Thomas, sondern auch von den Massen auf den Kongreß entsandte Arbeiter. Sie lauschten den Reden unserer Genossen und sind mit klarerem und tieferem Verständnis für jene Aufgaben nach Hause zurückgekehrt, vor die das Leben selbst das Proletariat stellt.

Leider können wir hier nicht die Reden aller Kommunisten oder der mit den Kommunisten sympathisierenden Delegierten anführen. In den Zeitungen, die bisher in unsere Hände kamen, sind diese Reden nicht zu finden, aber auch nach jenen bruchstückartigen Angaben, die wir haben, kann man mutig behaupten, daß die Tribüne des Kongresses der Gewerksvereine von den Kommunisten soweit wie möglich ausgenützt worden ist, wenn man die Umstände in Betracht zieht, unter denen sie auftreten mußten. Sie haben ihre Meinung angesichts von 6,5 Millionen Arbeitern gesagt, und

das ist von ungeheurer Bedeutung. Die Wirtschaftskrise, die England gegenwärtig durchmacht, und die vollständige Unzulänglichkeit der Maßnahmen, die der Kongreß gegen die Arbeitslosigkeit und die Verringerung der Arbeitslöhne getroffen hat, ermöglichen es den englischen Kommunisten, eine umfassende Agitation unter den Massen zu entfalten. Das Auftreten der Kommunisten auf dem Kongreß wird für diese Agitation zweifellos von großem Nutzen sein.

In der letzten Zeit beginnt man nicht nur in der bürgerlichen Presse, sondern auch in solchen Organen wie der „Labour Leader“ u. a. von einer wachsenden Macht auf dem linken Flügel der Arbeiterbewegung zu sprechen. Das Auftreten der Kommunisten auf dem Kongreß der Gewerksvereine, die prächtige Agitations- und Propagandaarbeit während der Parlamentswahlen, von Caerphilly in Süd-Wales, wo zum ersten Mal über einen Kandidaten der kommunistischen Partei abgestimmt wurde und dieser 2500 Stimmen, d. h. also viel mehr, als der Kandidat der liberalen Partei erhielt — das alles zeigt, daß die Kommunisten den Weg der Massentätigkeit betreten haben, daß sie ernsthaft danach streben, mit den breiten Arbeitermassen in Verbindung zu treten. Dieser Umstand hat sofort die Kreise der kleinbürgerlichen Sozialisten der unabhängigen Arbeiterpartei in Aufregung und Verwirrung versetzt. Der „Labour Leader“ sagt, daß es ein großer Fehler war, die Bedeutung der für die Kommunisten abgegebenen Stimmen zu ignorieren. Vergeblich versichert das Organ der Nationalen Arbeiterkomitees, daß die Zeit und die Mittel, die für die Agitation und für die Propaganda zugunsten der Wahl eines Kommunisten ins Parlament aufgewendet worden sind, sich durchaus nicht durch die erzielten Resultate bezahlt machen. Vergeblich stellt dieses Organ die Arbeit der Fabrik- und Werkkomitees der Arbeit der Kommunisten in Caerphilly gegenüber. Die erstere ist zweifellos wichtig, wir bestreiten dies nicht. Jeder Kommunist begreift, daß seine Hauptarbeit gerade im Fabrik- und Werkkomitee betrieben werden muß, das ganz besonders alle fortgeschrittenen proletarischen Kräfte braucht, um die äußerst schädliche Gruppierung nach Zünften in ein und derselben Fabrik zu beseitigen. Der Kommunist findet in der englischen Fabrik viel, sehr viel Arbeit, aber wer da behauptet, daß dies die einzige Arbeit sei, und daß jede andere Be-

tätigung, wie z. B. die Ausnutzung der Parlaments- und Stadtverordnetenwahlen zum Zwecke der kommunistischen Propaganda und Agitation, keinerlei Beachtung verdient, — der verzichtet einfach auf die anderen geeigneten Kampfmittel und verhindert auf diese Weise das Erstarken des kommunistischen Einflusses auf die Massen.

Cardiff und Caerphilly — das sind die zwei Hauptrichtungen, die uns zu dem gleichen Ziele, zur Massenpartei und der Beeinflussung der Massen führen. In Cardiff traten die Kommunisten im Lager der kleinbürgerlichen Sozialisten auf, inmitten der verknöcherten bürokratischen Masse der Vertreter der Gewerksvereine und der gegenrevolutionären Führer, um diesen jenen Einfluß aus den Händen zu reißen, den sie noch auf die Massen ausüben. In den Fabrik- und Werkkomitees, in den Gewerksvereinen, in den städtischen Arbeiterräten müssen die Kommunisten alle ihre Kräfte anspannen, damit die Arbeiter sie als ihre Vertreter auf den Kongreß der Gewerksvereine entsenden. Schon jetzt muß der ganze Parteiapparat auf die Beine gestellt werden, um möglichst viel Abgeordnete auf den nächsten Kongreß zu schicken, der lange vor der beabsichtigten Frist sich versammeln wird, denn die wirtschaftliche Lage Englands ist eine derartige, daß ein außerordentlicher Kongreß unvermeidlich ist.

In Caerphilly sind die Kommunisten in den Kampf gegen den Regierungskandidaten und gegen den Kandidaten der kleinbürgerlichen Unabhängigen Arbeiterpartei um die Beeinflussung der Massen eingetreten.

Energische Arbeit ergab im Laufe der kurzen Zeit das Resultat, daß 2500 Arbeiter (fast der vierte Teil aller Mitglieder der kommunistischen Partei) für den Kommunisten stimmten.

Cardiff und Caerphilly geben uns eine prächtige Lektion darüber, auf was die Kommunistische Partei Englands rechnen kann, wenn sie den Weg der Annäherung an die Massen einschlägt. Möge diese Lektion für jene Kommunisten nicht spurlos vergehen, die noch auf dem Standpunkt des „Zirkelwesens“ stehen und die immer noch denken, daß sie durch die Absonderung von den Massen die Reinheit der Fahne des Kommunismus wahren. Nur jene Genossen, die diese Fahne nach Cardiff und Caerphilly getragen haben, sind wahre Kampfkommunisten. Diesen Kommunisten gehört die Zukunft.

M. Borodin.

Einige Daten über die Amerikanische Kommunistische Partei.

Von der Entwicklung der kommunistischen Bewegung in den Vereinigten Staaten wissen die Kommunisten anderer Länder sehr wenig, weniger als von der Bewegung irgend eines anderen großen Landes. In der internationalen Presse findet man nichts über den amerikanischen Kommunismus, die Literatur der Amerikanischen Kommunistischen Partei (A. K. P.) dringt nicht über die Grenzen Amerikas hinaus, selbst die amerikanischen Zeitungen enthalten gewöhnlich nur sehr wenige Angaben über die Entwicklung unserer Partei.

Einer der Gründe dafür ist die illegale Lage der Bewegung; öffentliche Mitteilung von Tatsachen könnte zu Repressalien gegen die Kommunisten von seiten der amerikanischen Behörden führen. Die äußersten Reaktionäre, die in den U. S. A. gegenwärtig unbegrenzten Einfluß ausüben, halten alles, was auf die kommunistische Partei irgendwie Bezug hat, für „illegal“. Aus dem gleichen Grunde wird vieles in diesem Aufsatz unerwähnt bleiben müssen, und manches wird der Leser nur erraten können.

Es ist indessen für die Kommunisten aller Länder äußerst wichtig, eine Vorstellung von den Verhältnissen des amerikanischen Lebens zu erhalten und die Entwicklung der Bewegung zu verfolgen, um dies alles bei der Bewertung der Aussichten auf die Weltrevolution in Rechnung ziehen zu können. Die Vereinigten Staaten sind gegenwärtig das Zentrum des Weltkapitalismus, der Sammelpunkt des reaktionären Imperialismus, und sie werden aller Wahrscheinlichkeit nach diese Rolle bis zum letzten Tage des Kapitalismus behalten. Der Weltkrieg, der die Lage der führenden Klassen in allen europäischen Ländern sehr geschwächt hat, hat das Prestige und die Macht dieser Klassen in den Vereinigten Staaten im Gegenteil überaus gesteigert. Die Vereinigten Staaten, die vor dem Kriege Schuldner der anderen Länder waren, sind jetzt Weltgläubiger geworden und verfügen über mehr als 60% des Goldvorrats der Welt, und wir haben allen Grund zu der Annahme, daß der Goldstrom noch jahrelang wie bisher in die Kassen der amerikanischen Kapitalisten fließen wird. New-York ist jetzt die Finanzmetropole der Welt, die Ausbeuter aller Länder berechnen ihre Gewinne in Dollar.

Seit Beginn des Weltkrieges tauchten in den Vereinigten Staaten mehr als 30 000 neue Millionäre auf, d. h. mehr, als es bis dahin in der ganzen übrigen Welt von dieser Sorte Menschen gab. Diese herrschende Klasse Amerikas ist jung, mutig und

unternehmungslustig und giert nach Macht. Sie fühlt festen Boden unter den Füßen und kommandiert die amerikanische Arbeiterklasse nach ihrem Belieben. Mittels ihrer gedruckten und mündlichen Propaganda hält sie die Arbeiterschaft im Zustande geistiger Sklaverei. Ohne erst revolutionäre Aktionen abzuwarten, unterdrückt sie die ersten Symptome revolutionärer Stimmung mit eiserner Faust und kümmert sich nicht viel um die Dekorationen demokratischer Prinzipien. Es ist die stärkste, bestorganisierte Bourgeoisie der Welt, ihre Herrschaft über die amerikanischen Arbeitermassen ist nahezu unbegrenzt. Dieser Umstand darf nicht außer acht gelassen werden, und die Internationale als Führerin der Weltrevolution muß mit ihm rechnen. Solange die Kraft der amerikanischen Bourgeoisie unerschüttert ist, wird auch die Kraft des Weltimperialismus ungebrochen dastehen. Solange die revolutionäre Bewegung in den Vereinigten Staaten unterdrückt ist, können sich die Kommunisten in keinem einzigen Lande der Welt völlig sicher fühlen. Die Entwicklung der kommunistischen Bewegung in den Vereinigten Staaten ist daher von der größten Wichtigkeit für die Kommunisten aller übrigen Länder.

Die Amerikanische Kommunistische Partei zählt gegenwärtig 12 bis 13 Tausend Mitglieder. Sie bilden annähernd 1700 Gruppen, deren jede nicht mehr als 10 Mitglieder umfaßt. Jede Gruppe veranstaltet regelmäßige ihre Sitzungen, und alle ihre Mitglieder müssen sich an der Parteiarbeit aktiv beteiligen. Um zu der Partei zugelassen zu werden, muß eine dreimonatige Prüfungsperiode in einer besonderen Kandidatengruppe durchgemacht werden, und der ganze Parteiapparat hat einen streng konspirativen Charakter. Die Aufnahme in die Partei ist also mit einer weit größeren Schwierigkeit verknüpft als in jene Organisationen, die offen existieren können und an ihre Mitglieder keine so hohen Anforderungen stellen.

Für die Parteiarbeit ist das Gebiet der Vereinigten Staaten entsprechend der Einteilung der wichtigsten Industrieregionen in 12 Kreise gegliedert. In jedem Kreise besteht ein besonderes Kreis-Komitee und ein ständiger Kreisorganisator, der ein Vertreter des Zentralen Vollzugskomitees ist. Unter den zur Partei zählenden Genossen werden 23 Sprachen gesprochen: englisch, armenisch, bulgarisch, ungarisch, griechisch, hebräisch, spanisch, italienisch, lettisch, litauisch, deutsch, polnisch, rumänisch, russisch, türkisch, ukrainisch, finnisch,

französisch, schwedisch, tschechisch, estnisch, serbisch und japanisch. Zehn von diesen nationalen Gruppen bilden nationale Föderationen; diese sind: die finnische, deutsche, ungarische, hebräische, lettische, litauische, polnische, russische, südslawische und die ukrainische. In den meisten übrigen Gruppen wird die Propaganda ebenfalls in fremden Sprachen geführt. Obwohl die Partei bisher über keine englische Tageszeitung verfügt, besitzt sie doch schon acht Zeitungen in fremden Sprachen und mehr als dreißig wöchentliche, vierzehntägliche und monatliche Zeitschriften. Außerdem stehen einige Zeitungen mit einer Auflage von mehr als einer Million Exemplaren unter ihrem Einfluß.

Obwohl die relative Bedeutung der slawischen Föderation in der amerikanischen Partei allmählich zurückgeht und der Einfluß der englisch sprechenden Mitglieder stetig wächst, werden doch die Föderationen der ausländischen Arbeiter zweifellos immer einen wesentlichen Bestandteil der A. K. P. bilden. Die Vereinigten Staaten sind zum größten Teil ein Emigrantenland. Mehr als der sechste Teil ihrer Bevölkerung setzt sich aus Ausländern zusammen. Im Hinblick darauf, daß der größte Teil von diesen der Arbeiterklasse angehört, ist der Prozentsatz von Ausländern unter der Arbeiterschaft noch größer. In einigen der wichtigsten Industriezweige sind mehr als die Hälfte der gesamten Arbeiterzahl Ausländer, so z. B. auf den Stahlwerken Pittsburgs, im Staate Pennsylvania, und in Harry, im Staate Indiana. In jeder der größeren Städte Amerikas gibt es große Ausländerviertel, eigentlich ganze Städte. So leben z. B. in Chicago über 300 000 Polen und ebensoviel in Detroit; in New-York zählt man über 400 000 Italiener, annähernd eine halbe Million Russen und über eine Million Juden. Hunderttausende dieser im Auslande geborenen Arbeiter sprechen kaum englisch. Die revolutionäre Bewegung in den Vereinigten Staaten muß natürlich diesen Umstand in Rechnung ziehen. Die A. K. P. organisierte einen besonderen Apparat für die Verbreitung der kommunistischen Ideen in allen jenen Sprachen, in welchen die amerikanischen Arbeiter sprechen. Die hieraus resultierenden besonderen Schwierigkeiten nahmen den amerikanischen Kommunisten in den letzten drei Jahren sehr viel Zeit. Da in Amerika alle Nationalitäten ihre eigenen kulturellen und nationalen Organisationen haben, so ist es durchaus natürlich, daß auch die revolutionären Elemente einer jeden Nationalität ihre besonderen sprachlich vereinigten Föderationen gebildet haben. Einstmals bestand die „Amerikanische Sozialistische Partei“ vorwiegend aus solchen ausländischen Föderationen. Die meisten von ihnen bildeten ursprünglich unabhängige Organisationen und behielten ihre Selbständigkeit sogar

nach dem Anschluß an die sozialistische Partei. Im Grunde genommen verbanden sich nur die Spitzen der Parteien, verständigten sich mit Hilfe von Dolmetsch-Sekretären und verkehrten sehr wenig mit englisch sprechenden Parteimitgliedern.

Vor dem Kriege waren diese ausländischen Organisationen der Rückhalt der reaktionären Richtung Berger-Hillquits. Sie kämpften gemeinsam mit den Rechten gegen die sogen. „Roten“, die die Leitung der sozialistischen Partei in ihre Hände zu bekommen suchten. Aber die Lage der Dinge veränderte sich seit der russischen Revolution. Es ist durchaus natürlich, daß die russische und die anderen slawischen Föderationen sehr bald unter den Einfluß der russischen Revolution gerieten und die Hauptstütze des linken Flügels wurden. Ihre selbständige Lage gab ihnen die Möglichkeit, die kommunistische Propaganda in der Sozialistischen Partei“ unbehindert zu führen. Dank eben dieser Selbständigkeit vermochten sie auch eine durchgreifende Spaltung herbeizuführen. Als aber dann die Zeit kam, eine einheitliche kommunistische Partei zu bilden, bestanden diese Föderationen eifersüchtig auf ihre Selbständigkeit. Hier wirkte der Wunsch mit, auch in der neuen Partei eine gewisse Unabhängigkeit zu bewahren als eine Art Garantie und Waffe gegen die menschevistische Gefahr. Eben diese Frage der Autonomie der Föderation brachte auch den linken Flügel zur Spaltung und führte im September 1919 zu der Entstehung von zwei kommunistischen Parteien. Im Laufe der Zeit widersetzten sich die leitenden Kreise der russischen und anderen Föderationen offen der Vereinigung mit der anderen kommunistischen Partei, der vorwiegend englisch sprechende Genossen angehörten, denn diese wollte die Autonomie der ausländischen Organisationen nicht anerkennen und bestand auf die Zentralisation des gesamten Parteiapparates.

Im Frühjahr 1921 endlich beriefen beide Parteien, der Autorität der Kommunistischen Internationale folgend, eine gemeinsame Konferenz ein. Hier zeigte es sich, daß zwischen den Parteien keinerlei grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten bestanden. Beide Teile erkannten dies an und arbeiteten zur allgemeinen Befriedigung ein gemeinsames Programm für die vereinigte Partei aus. Große Schwierigkeiten entstanden nur im Zusammenhang mit der Frage der ausländischen Föderationen. Es war schwer, die Führer der einzelnen Föderationen zu zwingen, auf eine durchgehende Zentralisation der Führung der Partei einzugehen. Schließlich wurde eine Organisationsform für fremdsprachliche Mitglieder gefunden, die allen Erfordernissen der Propaganda in verschiedenen Sprachen gerecht wurde und die gleichzeitig die ausländischen Sektionen in einen unlösbaren Kon-

takt mit der in dem jeweiligen Ort vorhandenen englischen Sektion brachte. Die Föderationen wurden aller disziplinarischen Rechte ihren Mitgliedern gegenüber entzogen, ebenso des Rechtes, Mitgliederbeiträge einzusammeln. Die „Autonomie“ wurde ein für allemal beseitigt, und die ganze Partei erhielt einen einheitlichen, zentralistischen Aufbau, der die Exekutivrechte in die Hände des Vollzugskomitees legte.

Das von der Vereinigungs-Konferenz gewählte neue Vollzugskomitee hatte vor allen Dingen die Aufgabe zu lösen, die abgesonderten konspirativen Gruppen zu einer einheitlichen Organisation zusammenzufassen. Im Laufe von annähernd drei Monaten wurde diese Aufgabe gelöst und die organische Vereinigung der kommunistischen Kräfte der Vereinigten Staaten vollzogen. Darauf wandte sich das Parteikomitee einer Angelegenheit zu, die bisher durchaus vernachlässigt war: es richtete alle seine Aufmerksamkeit auf die Herstellung des Kontaktes mit den breiten Massen der amerikanischen Arbeiterschaft, bemüht, die Partei zum Lebensfaktor des Kampfes dieser Massen mit der Ausbeuterklasse zu machen. Es stellte sich indessen bald heraus, daß der illegale Parteiapparat für die breite kommunistische Arbeit unter den Massen ungeeignet ist und daß man andere Hilfsmittel finden mußte, um „diese Massen im Kampfe gegen den amerikanischen Kapitalismus politisch zu vereinigen“.

Die Lösung dieser Aufgabe ist in Amerika mit einer größeren Schwierigkeit verknüpft als in den Ländern Europas. In Europa sehen die Arbeiter die Notwendigkeit des Klassenkampfes ein, es sind unter ihnen mächtige politische Bewegungen und starke Klassenorganisationen geschaffen worden. Die revolutionären Elemente standen von jeher in enger Fühlung mit den Massen, sie brachten es zu einer führenden Stellung unter ihnen und eigneten sich eine gewisse Erfahrung an. Den amerikanischen Arbeitern fehlen die Traditionen des Klassenbewußtseins, die bewußteren Elemente aber sind vom Sektierertum angesteckt, und es mangelt ihnen an jeder Erfahrung.

Das Zentralkomitee ist der Ansicht, daß die Partei ihre Aufgabe nicht erfüllen kann, ohne entsprechende Methoden und Organisationsformen auszuarbeiten, denn diese Aufgabe kann nicht gelöst werden, solange lediglich der illegale Apparat zur Verfügung steht. Es muß ein Apparat geschaffen werden, mittels dessen alle legalen Möglichkeiten verwertet werden können. Die Kommunistische Internationale hat erklärt, daß sie die Schaffung von „großen revolutionären Massenparteien erstrebt und den Gedanken an die Organisation von kleinen kommunistischen Sektiererguppen, die auf die Arbeitermassen keinen Einfluß ausüben können“.

ablehnt. Sie fordert die kommunistischen Parteien auf, „sich nicht auf die Propaganda zu beschränken, sondern alle jene Möglichkeiten zu verwerten, die die bürgerliche Gesellschaft gezwungen ist, offen zu halten, und mit deren Hilfe die Agitation unter dem Proletariat und seine Organisation vorwärts zu treiben.“

Es war nicht nur die Disziplin, die die A. K. P. veranlaßte, der Direktive der Internationale folgend, jene legalen Möglichkeiten zu verwerten, die in den Vereinigten Staaten gegeben sind. Der Verlauf der Ereignisse selbst zwang sie dazu. Die industrielle Krisis spitzte sich mehr und mehr zu. Unter den Arbeitslosen, deren Zahl bereits sechs Millionen überstieg, setzte eine Gärung ein, so daß diese Millionenmassen nicht nur eine Möglichkeit für eine breite Propaganda lieferten, sondern auch zu einer ernsthaften Gefahr für die Bourgeoisie wurden. Alle Verbände waren äußerst beunruhigt im Hinblick auf den bürgerlichen Feldzug zugunsten der freien Arbeitereinstellung, d. h. des Prinzips der „offenen Türen“, und infolge der Drohung, „industrielle Gerichte“ einzuführen mit ihren zwangsmäßigen Arbeitsbedingungen. Im Zusammenhang damit kam es in Kansas zum Zusammenstoß der Bergarbeiter mit den Beamten und mit den Führern des reaktionären Bergarbeiterverbandes. Ueberdies waren alle Arbeiter, ungeachtet ihrer Zugehörigkeit zu diesem oder jenem Verbands, sehr beunruhigt und die immer mehr wachsende Preissteigerung und die beginnende Aktion der Verringerung des Arbeitslohnes. Eine durchaus geheime und konspirative Organisation konnte auf alle diese Fragen, die die öffentliche Aufmerksamkeit immer mehr auf sich zogen, nicht in gehöriger Weise reagieren. Die Partei stand jetzt vor dem Dilemma: entweder einen Weg für eine legale offene Massenpropaganda zu finden oder das Schlachtfeld anderen zu überlassen und den Anspruch, Avantgarde der amerikanischen Arbeiterklasse zu sein, aufzugeben. Diese Situation einsehend, entschloß sich die Partei entschieden für die Taktik der Verwertung aller in den Vereinigten Staaten bestehenden Möglichkeiten für eine offene Massenpropaganda.

Bei der Durchführung dieser Taktik tauchen natürlich eine Menge heikler Fragen auf, die wir hier nicht weiter berühren wollen. Bei den kürzlich stattgefundenen Wahlen stellte die Partei einige Kandidaten auf. Dieser erste Schritt zur Teilnahme an den Parlamentswahlen war natürlich sehr bescheiden, aber er blieb nicht ohne jeden Einfluß. Die auf diese Weise gewonnene Erfahrung wird die Partei bei den nächsten Kongresswahlen verwerten. Das Eis ist gebrochen: dem traditionellen Irrtum, als könnten die Kommunisten

sich in den Vereinigten Staaten nicht am Wahlkampf beteiligen, ist der Todesstoß versetzt. Die Partei kann sich jetzt auf die künftigen Schlachten auch auf diesem Kampfplatz vorbereiten.

Die Partei hat an der Einsammlung von Spenden zur Abhilfe der Hungersnot in Rußland regen Anteil genommen, und es ist ihr gelungen, eine sehr bedeutende Summe aufzubringen. Ferner führte die Partei eine sehr energische Agitation für die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland und für die offizielle Anerkennung der russischen Sowjetrepublik.

Die aktive Arbeit der Parteimitglieder an den Gewerkschaftsverbänden wird immer intensiver. Jedes Parteimitglied arbeitet jetzt nicht nur in seiner Parteigruppe, sondern auch in den Zellen, die innerhalb der Gewerkschaftsverbände anderer Arbeiterorganisationen gebildet wurden. Die Parteizellen sind bestrebt, größere Gruppen von Sympathisierenden um sich zu bilden. Diese Arbeit geht nicht so rasch vorwärts, wie es wünschenswert wäre, aber da die alte Tradition der Absonderung der Rechtgläubigen jetzt überwunden ist, und da alle Kommunisten eine stetig wachsende Erfahrung in der Politik der Durchdringung der Massen gewinnen, können wir nicht daran zweifeln, daß diese Arbeit ein immer rascheres Tempo annehmen wird. Zwischen den Parteizellen und den Gruppen von Sympathisierenden ist sowohl in einzelnen Ortschaften als auch im ganzen Lande ein enger Kontakt hergestellt. Im Winter des laufenden Jahres wird der ganze Apparat der Zellen gemeinsam mit den legalen Organisationen der Partei an dem geplanten großen Feldzug anlässlich der Arbeitslosigkeit regen Anteil nehmen.

Die überwiegende Mehrzahl der Parteimitglieder erweist der Durchführung aller dieser Maßnahmen des Zentralkomitees tätige Unterstützung. Es besteht indessen eine Opposition der organisierten Minderheit, die die Anwendung von legalen politischen Kampfmethoden mit der Begründung zurückweist, daß sie angeblich eine Liquidation der konspirativen Organisationen zur Folge haben könnte. Die Haltlosigkeit dieser Begründung springt in die Augen, denn die illegale Organisation wird bei der Verwertung der legalen Möglichkeiten keineswegs liquidiert. Sie ändert nur etwas ihren Charakter: sie wird zu einer kontrollierenden, die verschiedenen Zweige der Parteiarbeit korrigierenden Organisation. Bei ihren legalen Aktionen wird die Partei die Mitwirkung aller jener erstreben, die gewisse elementare Grundsätze anerkennen. Aber alle diese Elemente werden natürlich nicht von der Partei aufgenommen: sie wird wie vordem nur die bewußten aktiven Elemente in ihre Reihen zulassen. Die Schaffung einer legalen Organisation läßt den konspirativen Teil durchaus

unangetastet, aber sie bietet die weitestgehende Möglichkeit zur Heranziehung neuer Mitglieder, für den Zustrom neuer Kräfte in die Partei und für deren Wachstum. Die Exekutive der Kommunistischen Internationale hat alle geplanten Maßnahmen der A. K. P. auf dem Gebiet der Heranziehung der breiten Arbeitermassen gebilligt und forderte alle Mitglieder auf, diesen zu folgen.

Das Arbeitsgebiet der A. K. P. verbreitert sich stetig. Die Partei hat eine besondere Organisation für die Propaganda unter den zehn Millionen in Amerika lebenden Irländern geschaffen, und auch eine Gruppe für die Agitation unter den 12 Millionen Neger in den Vereinigten Staaten und für die Organisation der revolutionären Elemente dieser Negermasse. Die Organisation der landwirtschaftlichen Arbeiter wurde noch nicht aufgenommen, aber die Partei hat mehr als sechs Monate für spezielle Untersuchungen auf diesem Gebiete verwandt; das so gewonnene Material wird die Grundlage für das Agrar-Programm der Partei abgeben. Die Partei weiß sehr gut, daß die Revolution in den Vereinigten Staaten unmöglich ist, solange die zahlreichen landwirtschaftlichen Arbeiter und die kleinen Landwirte ihr feindlich gesinnt bleiben, und daß vor allen Dingen die Frage gelöst werden muß, auf welche Weise diese Elemente vom Großkapital losgerissen werden können.

Die Partei bereitet weiter eine Aktion für die Rote Gewerkschaftsinternationale in verschiedenen links gerichteten Arbeiterorganisationen vor. Einige der energischsten Gewerkschaftsarbeiter der Vereinigten Staaten stehen schon auf unserer Seite. Aber die Gompers-Organisation ist einstweilen noch so stark, daß wir für die nächste Zeit nicht allzu große Hoffnungen hegen dürfen.

Die aufklärende Parteiarbeit war während der Parteizwistigkeiten natürlich sehr vernachlässigt worden. Gegenwärtig aber haben beinahe in allen Sektionen die regulären Gruppenarbeiten wieder begonnen. Das in den Vereinigten Staaten kürzlich erschienene „ABC des Kommunismus“ von Bucharin dient vornehmlich diesem Zwecke.

Das Ergebnis dieser verschiedenartigen Wirksamkeit ist der stetige Zuzug von kommunistischen Elementen aus anderen Arbeiterparteien in die Partei oder in ihre legale Organisation.

Wie klein unsere Partei auch sein mag: gegenwärtig ist sie nicht nur die stärkste, sondern auch die größte politische Organisation der Arbeiterklasse in den Vereinigten Staaten.

Die Farmer-Arbeiterpartei, die bei den Wahlen von 1920 als brüllender Löwe auftrat, zog als nasses Huhn von den Wahlen heim und zerfiel.

Die besten Leute der anarchistischen Arbeiterbewegung sind bereits der kommunistischen Partei beigetreten. Offenbar hat die bolschewistische Revolution ihre Reihen gekübert, indem sie die Arbeiterelemente von den Intellektuellen schied. Von diesen letzteren führen jetzt einige die erbitterteste gegenrevolutionäre Propaganda.

Die Zahl der Mitglieder des „Verbandes der Industriearbeiter der Welt“ verringert sich. Einige ihrer Zeitungen griffen im vorigen Jahre offen die Bolschewisten an, nannten sie eine „Bande von Politikern“, aber in diesem Jahre mußten sie im Hinblick auf die Gefahr des eigenen Zerfalls die „Angriffe gegen die Kommunisten“ aufgeben. Die Mitglieder der Industrie-Arbeiter und der Kommunistischen Partei unterhalten sehr freundschaftliche Beziehungen, wobei viele Genossen beiden Organisationen angehören und sowohl in der einen als auch in der anderen arbeiten.

Von der „Proletarischen Partei“ sind nur einige Ortsgruppen übrig geblieben, alle übrigen Mitglieder sind der Kommunistischen Partei beigetreten.

Die „Sozialistische Arbeiter-Partei“ hat schon seit langem jeden politischen Einfluß verloren. Als sie sich weigerte, der Kommunistischen Internationale beizutreten, und in ihrer Presse die „21 Punkte“ verhöhnte und damit gegenrevolutionär wurde, verließen sie alle revolutionären Elemente, in letzter Zeit aber kehrten ihr auch die größten Sektionen der bulgarischen Föderation den Rücken, gerade jene Sektionen, die bisher die Hauptstütze dieser Partei waren.

Dieselbe Frage der Kommunistischen Internationale führte auch die gelbe „Sozialistische Partei“ zum gänzlichen Zerfall; seit März 1919 hat sie 99 000 Mitglieder verloren und zählt jetzt nach offiziellen Angaben weniger als 6 000 Mitglieder. Viele Tausende verlor sie, als Hillquit und andere Sozialisten, Mitglieder der Gesetzgebenden Versammlung in New-York, allen Parteiprinzipien untreu wurden, um sich die elenden Vorteile ihrer politischen Stellung zu sichern. Nach der nationalen Konferenz im Frühjahr dieses Jahres, auf der die „Sozialistische Partei“ sich wieder gegen die proletarische Revolution aussprach, verließen sie weitere Tausend Mitglieder. Den letzten vernichtenden Schlag erhielt sie im Dezember d. J. durch den Austritt der jüdischen und tschechischen Föderation, denen 20 der bekanntesten linken englisch sprechenden Führer folgten, indem sie sich zu der Kommunistischen Internationale bekannten. Diese Gruppe von 20 Leuten nahm die Bezeichnung „Komitee zur Verteidigung der Kommunistischen Internationale“ an und begann mit der Veröffentlichung eines monatlichen Organs unter dem Titel „Arbeiter-Sowjet“ („Workers Council“). Sie

haben Anhänger unter den Hunderttausenden Parteiloosen, die früher Mitglieder der Sozialistischen Partei waren; aus diesen versuchen sie jetzt, die sogen. „Arbeiter-Sowjets“ zu organisieren.

Sie erklären zwar, daß sie sich den 21 Bedingungen der Kommunistischen Internationale bedingungslos anschließen, aber es kann kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß es unter ihnen mehr Däumig und Levi als Liebknecht gibt. Auch jetzt bekunden sie ausgesprochen zentristische Tendenzen. Ihre „bedingungslose“ Anerkennung der 21 Punkte beteuern, fügen sie meist hinzu, daß „alle Diskussionen über die Anwendbarkeit dieser oder jener von der Kommunistischen Internationale aufgestellten taktischen Bedingungen in den Vereinigten Staaten erst innerhalb und nicht außerhalb dieser Internationale geführt werden müssen“.

Obwohl die kommunistische Partei gegen diese Schwächen nicht blind ist, gestaltet sich doch das Verhältnis unserer Mitglieder zu dieser Gruppe sehr freundschaftlich. Diese Leute sympathisieren mit manchen Seiten der Wirksamkeit der kommunistischen Partei, wollen sich aber nicht der Parteidisziplin unterwerfen. Und sie werden sich ihr so lange nicht fügen, bis sie nicht auf ihre Hoffnung verzichten gelernt haben, es werde ihnen einmal gestattet sein, sich der Kommunistischen Internationale anzuschließen, ohne der konspirativen Organisation der kommunistischen Partei beizutreten.

Sie wollen Hunderttausende ehemaliger Mitglieder der sozialistischen Partei organisieren, sie versprechen ihnen den Beitritt zur Kommunistischen Internationale ohne einen obligatorischen Anschluß an die A. K. P. Wenn ihrer Agitation unter dieser Parole nicht ein Ende gemacht wird, so steht zu befürchten, daß es ihnen wirklich gelingt, eine zentristische Partei aus Elementen zu bilden, die unter dem Einfluß unserer legalen Organisation stehen müßten.

So verwirklicht sich auf mancherlei Art die Parole des Zentralkomitees der A. K. P.: „Unsere Partei muß eine Partei der Aktion werden!“ Solange es zwei getrennte Parteien gegeben hat, vergaßen sie natürlich, an den Klassenkampf in Amerika zu denken, und vergeudeten ihre kostbaren Kräfte in fruchtlosem Bruderkampf. Solange die Frage der Organisationsform nicht gelöst war, konnten wir der richtigen Arbeit unter den proletarischen Massen nicht genügende Aufmerksamkeit schenken. Jetzt, nach der Vereinigung der kommunistischen Kräfte auf einer anscheinend durchaus festen Basis, geht die genannte Aufgabe der Herstellung eines engen Kontakts mit den amerikanischen Arbeitermassen einer schnellen

Lösung entgegen. In der amerikanischen kommunistischen Bewegung beginnt eine neue Aera. Die Periode der revolutionären Phrasen gehört der Vergangenheit an. Das Stadium der revolutionären Arbeit hat begonnen. Das gibt uns das Recht, zu hoffen, daß die Amerikanische Kommunistische Partei in einer nicht mehr fernen Zukunft von

jenem Verantwortungsgefühl durchdrungen sein wird, das eine Partei besitzen muß, die im Lande des mächtigsten Weltimperialismus arbeitet und der die Geschichte einen Platz unter den wichtigsten Sektionen der Kommunistischen Internationale zuweisen wird.

J. Carr.

Die bürgerliche Intelligenz in der russischen proletarischen Revolution.

Das kürzlich unter großem Aufsehen erschienene Buch „Smjena Wjeh“¹⁾, das als erstes den großen Stimmungsumschwung der russischen bürgerlichen Intelligenz gegenüber der proletarischen Revolution in systematischer Form zum Ausdruck brachte, kam vielen völlig überraschend. Man war sogar geneigt, es lediglich als Ausdruck des psychologischen Zustandes einiger Gruppen der bürgerlichen Emigration zu betrachten. In Wirklichkeit ist es jedoch das Spiegelbild des in den Tiefen des russischen Lebens sich vollziehenden geistigen Prozesses. Wir haben es in dem Buch zu tun mit dem literarischen Ausdruck der tatsächlichen Sachlage, wie sie sich in Rußland gestaltet hat. Wie immer, so war im Anfang die Tat. Und diese Tat geschah in Rußland weit früher, als der Widerhall aus den Reihen der geflüchteten Intelligenz kam. Uebrigens besaß die „Smjena Wjeh“ auch in rein literarischer Beziehung ihre Vorgänger. Man braucht nur an die zahlreichen Artikel und Vorlesungen des früheren Kadetten Professor Gredeskuhl in Rußland und N. Stankiwitsch im Auslande zu erinnern.

Wenn wir diese publizistischen Erzeugnisse vom soziologischen Gesichtspunkt aus betrachten, so sehen wir in ihnen den Ausdruck der Wechselbeziehungen zwischen dem Proletariat und dem Kleinbürgertum im Prozeß der sozialen Revolution. Seit dem Oktober-Umsturz waren wir wiederholt Zeugen einer Annäherung und Abstoßung dieser beiden Grundelemente des sogenannten „werk-tätigen Volkes“. Und jedes Mal entsprach dieser Flut und Ebbe eine Veränderung der Beziehung der einen oder anderen, die Interessen und Stimmungen des Kleinbürgertums wiedergebenden intellektuellen Gruppie-

rung zur kommunistischen Partei, welche ihrerseits die Bestrebungen des Proletariats zum Ausdruck bringt. Die Unterordnung der kleinbürgerlichen Massen unter die politische Führung der Arbeiterklasse im Entwicklungsprozeß der sozialen Revolution spiegelte sich ideell wider in dem sich immer öfter und öfter wiederholenden Uebertritt von Menschewisten, Sozialrevolutionären und teilweise auch von Anarchisten in die Reihen der kommunistischen Partei, besonders jedoch in der Haltung der Fraktion der sogenannten „Linken Sozialrevolutionäre“ während der ersten Monate nach der Oktoberumwälzung.

Dies entsprach der ersten Massenannäherung des Bauerntums an das Proletariat auf dem Boden der Enteignung des großen Landbesitzes und der Landaufteilung. Die mangelnde Dauerhaftigkeit der revolutionären Stimmungen des Kleinbürgertums kam zum Ausdruck in dem Aufstand der „Linken Sozialrevolutionäre“ im Juli 1918 gegen die Bolschewiki, in periodischen Revolten und Skandalen verschiedener anarchistischer Gruppierungen, darunter auch der „Machnowzen“, und in der schwankenden Haltung der Sozialrevolutionäre und Menschewiki. Jedesmal, wenn der Angriff der von den Gutsbesitzer-Kapitalisten geführten Gegenrevolution in Gestalt eines Bürger- oder äußeren Krieges einen besonders gefährlichen Charakter annahm und die Errungenschaften der Revolution und die Landeroberungen des Bauerntums in Gefahr zu bringen drohte, eilte letzteres unter das Banner des Proletariats und schwächte damit die Opposition der kleinbürgerlichen Parteien. In einigen, wenn auch seltenen Fällen tat sogar die reaktionärste von ihnen, die Partei der Rechten Sozialrevolutionäre, ihre Bereitwilligkeit kund, den bewaffneten Kampf gegen die Sowjetmacht zeitweilig

¹⁾ Etra: „Routenwechsel“.

einzustellen, wie dies beispielsweise während des polnischen Angriffs der Fall war.

Die Klassenpolitik der kommunistischen Partei im Dorf (die Institution der sogenannten Komitees der Dorfarmut) und besonders die Anwendung des Systems des staatlichen Getreidemonopols in Form der Kontingentierung riefen eine gewisse Abkühlung des Verhältnisses zwischen dem Kleinbürgertum und dem Proletariat hervor. Politisch kam diese Abkühlung zum Ausdruck durch spontanes Aufkommen von Bandenwesen und heftigen Angriffen seitens der Menschewiki, Anarchisten und Sozialrevolutionäre, ganz abgesehen von der bürgerlichen Intelligenz im wahren Sinne des Wortes.

Entgegen unseren Erwartungen und den Berechnungen aller Theoretiker des Sozialismus, die vor der Revolution geschrieben und die Ueberzeugung ausgedrückt hatten, daß im Kampf gegen das Großkapital die meisten zwischenschichtlichen Gesellschaftsgruppierungen und besonders die sogenannte Intelligenz auf die Seite der Arbeiterklasse treten oder wenigstens auf ihren Posten verbleiben würden und vom siegreichen Proletariat zum gemeinsamen Aufbau der neuen Gesellschaft verwendet werden könnten, trat die Mehrheit der bürgerlichen Intelligenz in offener oder versteckter Form auf die Seite der Großbourgeoisie und des Gutsbesitzeradels.

Zum mittleren und Kleinbürgertum gehörend, war diese Intelligenz materiell und geistig mit der Großbourgeoisie verbunden und war stärker, als wir vermutet hatten. Die materielle Abhängigkeit zog auch die ideelle nach sich. Andererseits kann man sagen, daß keine andere Gesellschaftsgruppe unter der sozialen Revolution in einem solchen Grade materiell und moralisch gelitten hat wie diese Klein- und mittlere Stadtbourgeoisie, aus deren Mitte die Intelligenz vorwiegend hervorging. Der Aufbau des Sozialismus traf ihre Vorurteile und Gewohnheiten ganz besonders empfindlich durch die schwierigen Verhältnisse des Bürgerkrieges. Ihre Interessen wurden damit auf das schonungsloseste zerstört, ganze Kategorien von ihnen, wie z. B. die zahlreiche Gruppe der Juristen und Journalisten, beseitigt und anderen keine Gelegenheit gegeben, sich schnell und ohne schweren Schaden den neuen Existenzbedingungen anzupassen. Was jedoch das wesentlichste ist, es versetzte ihrem Selbstbewußtsein, das in der Meinung bestand, gerade sie, diese Intelligenz, sei dazu berufen, die Revolution zu leiten und ihr den Weg zu weisen, einen unbarmherzigen Hieb.

Die Besitzergreifung der Macht durch die werktätigen Massen unter Führung des Proletariats beantwortete die Intelligenz mit Sabotage und späterhin sogar mit direkten Revolten. Es ist bekannt, daß die weißgardistischen Armeen außer aus den Kosaken- und Cadreeoffizieren vorwiegend aus Vertretern der Intelligenz bestanden (Gymnasiasten, Studenten, Junkern und Beamten). Die Teilnehmer der meisten gegenrevolutionären Verschwörungen in Rußland gehörten ebenfalls vorwiegend der Intelligenz an, welche in politischer Erbitterung der Großbourgeoisie nicht nachstand, sie manchmal sogar noch übertraf. Als ideologische Maske, durch welche die Intelligenz ihre schamlose Taktik in ihren eigenen Augen zu rechtfertigen suchte und durch die sie sich bis zum Weißglühen zu entzünden strebte, diente das Gefühl des tief gekränkten Patriotismus, der nicht nur in Rußland, sondern auch in anderen Ländern unter dem Kleinbürgertum stark entwickelt ist. Um einen Hund zu ertränken, muß er für tollwütig erklärt werden. Um sich von dem letzten Rest der Scham zu befreien und die Hände zum unerbittlichen Kampf gegen die werktätigen Massen frei zu bekommen, stempelte man deren Führerin, die kommunistische Partei, zum „Agenten des deutschen Imperialismus“.

Immerhin wurde dieser offene Uebergang auf die Seite der Gegenrevolution niemals zu einer allgemeinen Erscheinung. Nicht die gesamte Intelligenz trat zu den weißen Banden über, leitete Verschwörungen und ging in die Emigration. Ein erheblicher Teil von ihr blieb in Rußland. Hier gab es Leute, die geduldig jede Macht hinnahmen, solche, die unter der Peitsche des Hungers arbeiteten, und wiederum andere, die bewußt zurückblieben, um der Sowjetmacht Schaden zuzufügen und sie von innen heraus zu stürzen. Doch gab es auch ehrliche Menschen, die, ohne hinterhältige Absichten zu haben, bereit waren, für das Volk zu arbeiten, wenn sie auch das Wesen der sich vor ihren Augen abspielenden historischen Ereignisse nicht begriffen. Viele von ihnen paßten sich den neuen Verhältnissen vollkommen an, begannen sich von der Selbstüberhebung der Intelligenz freizumachen und wurden allmählich zu guten Mitarbeitern des die neue Ordnung unter Schmerzen aufbauenden Proletariats.

Dies waren die wirklichen Vorläufer der gesellschaftlichen Strömung, welche augenblicklich die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zieht, weil sie aus dem Kreise der kürzlich noch aktiven Feinde der Sowjetmacht, aus dem Kreise der im Ausland weilenden weißgardistischen Emigration hervorgeht. Anfänglich waren es einzelne In-

genieure, Agronomen, Professoren, Pädagogen, Büro- und Bankangestellte, selbst Offiziere der alten Armee, alsdann erschienen auch organisierte Kollektiven, die auf dem Boden der Arbeitsgemeinschaft der Intelligenz mit der Sowjetmacht standen und hierin eine neue Form des seit langen Zeiten zum Glaubenssymbol der Intelligenz gehörenden „Volksdienstes“ sahen; als Beispiel hierfür kann man auf das „Institut der roten Professur“ usw. hinweisen. Und nicht nur in Rußland selbst, sondern auch im Ausland gab es unter der bürgerlichen Emigration — wenn auch nicht zahlreiche — Vorläufer der gesellschaftlichen Strömung, welche jetzt mit der „Smjena Wjech“ verbunden ist. Ein solcher Vorgänger war der Trudowik Stankiewitsch, früheres Mitglied des Zentral-Exekutivkomitees der ersten Zusammenberufung in den Jahren 1917—1918, der gegen die Sowjetmacht einen aktiven Kampf führte und dann als Emigrant ins Ausland ging. Hier leitete er die Zeitschrift „Wjestnik Mira i Truda“ (Friedens- und Arbeitsbote) und später die Zeitung „Golos Rossij“ (Die Stimme Rußlands), in denen er eintrat für Völkerversöhnung, Anerkennung der Revolution und Rückkehr nach Rußland zur organischen Arbeit. Er war jedoch ein früher Vorläufer, und seine Stimme mußte bald verstummen.

Damals stand auf der Tagesordnung nicht die Anerkennung der Revolution, sondern der unerbittliche Kampf gegen sie im Namen der Restauration. Die heftigsten Kämpfe des Bürgerkrieges und die anmaßenden ausländischen Interventionen standen noch bevor. Die Bourgeoisie war voller Glauben an den endgültigen Sieg, und die bürgerliche Intelligenz als Masse wollte von einer Versöhnung mit der Arbeiter- und Bauernrevolution nichts hören. Sie glaubte nicht an die Standhaftigkeit der Sowjetmacht und hielt sie für ein historisches Mißverständnis. Fest auf die Eigentumsinstinkte der bäuerlichen Masse und auf die in ihnen wurzelnden alten monarchistischen Vorurteile bauend, hoffte die Gegenrevolution, mit Leichtigkeit einen Keil zwischen das Bauerntum und das Proletariat treiben zu können und, nachdem so die Stadt vom Dorf isoliert worden wäre, mühelos erst mit der ersten und dann mit dem zweiten fertig zu werden. Andererseits rechnete sie nicht minder stark auf das materielle und technische Uebergewicht der weißgardistischen Armeen, die über eine große Anzahl Cadreeffiziere verfügten und von der ganzen Macht der kapitalistischen Staaten unterstützt wurden.

Jeder weiß, daß sich diese Hoffnungen nicht erfüllt haben. Angesichts der Angriffe der weißgardistischen Armeen, in denen das Dorf die ver-

haften Gestalten der Gutsbesitzer und alten zaristischen Verwaltung erblickte, zerstoben alle vorhandenen Mißstimmigkeiten zwischen dem Bauerntum und dem Proletariat, und das Bauerntum scharte sich um das Proletariat wie um seinen natürlichen Führer zur Abwehr der Gegenrevolution. Seit diesem Augenblick war letztere zur Niederlage verurteilt. Nacheinander wurden alle weißgardistischen Armeen zertrümmert — Kolttschak, Miller, Denikin, Judenitsch, Wrangel — und die Ueberfälle der ausländischen Gegenrevolution, der französischen, englischen, finnländischen, lettischen, estnischen und polnischen, abgeschlagen. Mehr als dies verstärkte der während des Bürgerkrieges ans Tageslicht gekommene Bund zwischen der inneren Gegenrevolution und dem fremdländischen Kapital, in dessen Händen die erstere nichts anderes als ein Mittel zur politischen und wirtschaftlichen Unterjochung Rußlands durch die internationale Börse war, die Stellung der Sowjetmacht, die das Land gleichzeitig gegen die innere Reaktion und gegen die ausländischen Eroberungen verteidigte. Die Verhältnisse gestalteten sich derart, daß das internationale Proletariat als Beschützer der nationalen Interessen Rußlands auftrat, wodurch es das revolutionär gestimmte Kleinbürgertum noch stärker zu sich herüberzog, wogegen die nationalistische Bourgeoisie die nationalen Interessen verriet und fremdländischen Eroberungen Vorschub leistete.

Die Niederlage der sich offen auf die Hilfe des ausländischen Kapitals stützenden Gegenrevolution der Generalsclique wurde zu einer unzweifelhaften Tatsache. Doch einzelne Gruppen der Bourgeoisie in der Emigration wie auch im Lande zogen aus dieser Tatsache verschiedene Schlüsse. Die unversöhnlichsten Elemente, welche die Stimmung der Spitzen der Gutsbesitzer und Kapitalisten zum Ausdruck brachten, neigten zu der Annahme, daß die Gegner der Revolution aus dem Grunde eine Niederlage erlitten hätten, weil sie nicht genügend reaktionär vorgegangen seien, dem Geiste der Revolution, wenn auch nur in Worten, Konzessionen gemacht und sich die Wiederaufrichtung der vorrevolutionären Ordnung einschließlich der Monarchie nicht zum offenen Ziel gesetzt hätten. Hierzu gehören die monarchistischen Gruppen, welche Deutschland zu ihrem Zentrum gemacht haben und sich der Unterstützung der deutschen Gegenrevolutionäre erfreuen; sie bilden die Ueberbleibsel der Landaristokratie und der höchsten zaristischen Monarchie. Weiter die Handels- und Industriekreise, die in Paris das „Nationale Zentrum“ mit Abzweigungen in allen

Emigrantenkolonien geschaffen haben, mit führenden französischen Sphären in Verbindung stehen und bestrebt sind, sich auf die um Wrangel versammelten bonapartistischen Militärelemente zu stützen. Schließlich gehört hierzu der rechte Flügel der „liberalen“ Kadettenpartei mit dem Zentrum in Berlin, der die Unterstützung der Deutschen Volkspartei Stinnes' genießt. Diese Gruppierung hat sowohl dem Proletariat als auch dem Kleinbürgertum, darunter dem Bauerntum, einen unversöhnlichen Krieg erklärt und rechnet in der Hauptsache auf eine ausländische Intervention (teils durch Frankreich, mehr jedoch durch die sieggewohnte deutsche monarchistische Partei).

Die andere gegenrevolutionäre Gruppierung, die auf den aktiven Kampf gegen die Sowjetmacht nicht verzichtet hat, ist etwas anders eingeteilt. Sie erkennt die Tatsache einer Niederlage der weißgardistischen Armeen an, die sie jedoch gerade durch den reaktionären Charakter der Gegenrevolution erklärt. Die letztere habe gerade darum eine Niederlage erlitten, weil sie einen stark ausgeprägten Gutsbesitzer-Kapitalistencharakter getragen und dadurch die Bauernmassen von sich abgestoßen habe. Der bäuerliche Besitzer ist gegen die Diktatur der Arbeiterklasse gestimmt, doch zwingt ihn die Bedrohung durch eine Restauration und den Verlust seiner Landerwerbungen, solidarisch mit dem Proletariat gegen die Gegenrevolution in Aktion zu treten. Dessen sind auch die bürgerlichen Elemente des rechten Blocks eingedenk, und dies ist auch der Grund, warum die Finanzleute und Fabrikherren, die sich im März 1921 auf dem „National“-Kongreß in Paris zusammenfanden, dem Bauerntum gleichfalls die Unantastbarkeit seiner Landerwerbungen versprochen. Doch ihnen schenkt der Bauer keinen Glauben, denn er sieht in ihren Reihen die früheren Gutsbesitzer und zaristischen Beamten. Deshalb muß die Gegenrevolution ohne diese kompromittierenden Elemente gemacht werden. Zum erfolgreichen Kampf gegen das kommunistische Proletariat müssen alle kleinbürgerlichen Kräfte der Stadt und des Dorfes zusammengefaßt werden. Auf diesem Gedanken ist der Block der Anhänger der Konstituierenden Versammlung aufgebaut, der die Partei der Rechten Sozialrevolutionäre mit Tschernow und den linken Flügel der Kadettenpartei mit Miljukow an der Spitze umfaßt (auf der Konferenz der früheren Mitglieder der Konstituierenden Versammlung, Januar 1921).

Die Partei der Rechten Sozialrevolutionäre hat sich zur Zeit der Revolution als typische Partei der ländlichen Kulaki offenbart. Nach der Oktoberrevolution versuchte sie anfänglich, gemeinsam mit der Großgrundbesitz-Reaktion zu handeln (an der

Wolga und in Sibirien), wurde von dieser jedoch geschickt ausgenützt und alsdann rücksichtslos über Bord geworfen. Daraufhin suchte sie Verbündete, welche ihrem Geist und ihrer Klassenphysiognomie näher standen und fand sie auch in Gestalt der „linken“ Kadetten.

Die Kadettenpartei zeichnete sich immer durch ihre bunte Zusammensetzung aus. In ihr waren vertreten Elemente der mittleren Gutsbesitzer, des Handels- und Industriekapitals, des Kleinbürgertums und der Intelligenz. Die Elemente dieser Gruppe, welche aus den Gutsbesitzer- und kapitalistischen Kreisen hervorgegangen waren, (die Gruppe hat ihren Sitz in Berlin und verfügt über die Mehrheit unter den führenden Kadettenkreisen in allen Emigranten-Kolonien), neigten zu einem Bündnis mit den Monarchisten. Dagegen hat sich das Zentrum der Partei, an dessen Spitze Miljukow steht und das sich auf die breiten Massen der sogenannten Intelligenz, jeder Art dienstfertigen Beamtentums und der Vertreter der liberalen Berufe stützt, den schwankenden Stimmungen der Intelligenz folgend, für eine „neue Taktik“ ausgesprochen. Diese neue Taktik läuft hinaus auf den Bruch mit den reaktionären Gutsbesitzer- und offen monarchistischen Elementen und auf die Annäherung an die reaktionäre Bourgeoisie des von den Sozialrevolutionären vertretenen demokratischen Dorfes. Da die Kadetten selbst vorwiegend eine städtische Partei sind, hoffen sie durch ein Bündnis mit den Sozialrevolutionären auch mit dem ländlichen Kleinbürgertum in engere Verbindung zu kommen, um einen einigen Kleinbesitzerblock zu schaffen, der gegen das Proletariat und die Dorfarmut, diese beiden anerkannten Stützen des Kommunismus, gerichtet ist.

Während der rechte Block offen alle Errungenschaften der Revolution verneint und nach der vollständigen Restauration und Aufrichtung der Diktatur in einer Person in legitimistischer oder bonapartistischer Form strebt, ist der zentristische Block der linken Kadetten und Rechten Sozialrevolutionäre unter Ausschaltung der Errungenschaften der sozialen Oktoberrevolution bereit, sich auf eine teilweise Restauration zu beschränken und die Errungenschaften der Februarrevolution anzuerkennen, d. h. ein liberales oder „demokratisches“ bürgerliches Regime zu errichten. Ihrem Wesen nach sind diese beiden Blocks jedoch gleich reaktionär und tatsächlich auf gegenseitige Hilfe angewiesen.

Bis jetzt schien es, daß es in den Reihen der bürgerlich-demokratischen Intelligenz, soweit sie nicht völlig apolitisch ist, andere Strömungen nicht gibt. Es erwies sich jedoch, daß dem nicht so ist. Die Opposition trat schon auf den Julisitzungen

der Pariser Gruppe der Kadettenpartei hervor, als die Fragen über den Wert der „neuen Taktik“ Miljukows und der alten Taktik der ein Bündnis mit der Reaktion vorziehenden Mehrheit der Kadettenpartei diskutiert wurde. Damals trat auf diesen Sitzungen Professor Kliutschnikow zur Verteidigung einer „dritten Taktik“ auf, deren Wesen im vollständigen Verzicht auf jeden Kampf gegen die Sowjetmacht besteht.

Prof. Kliutschnikow behauptete, daß erstens alle Träume von der Schaffung einer anti-bolschewistischen Einheitsfront jeden realen Boden vermissen ließen, und daß sie ebenso scheitern müßten, wie alle früheren Versuche gleicher Art; zweitens käme außer reaktionären Intrigen nichts dabei heraus. Alle Redensarten über einen nahen Sturz der Bolschewisten seien eitles Geschwätz. Ebenso unsinnig sei die Versicherung, daß die bürgerlichen Staaten die Sowjetmacht niemals anerkennen würden. Die Tatsachen hätten schon den Beweis für das Unhaltbare solcher Versicherungen geliefert. Hieraus zog Professor Kliutschnikow folgenden Schluß: in anbetracht dessen, daß der russische Antibolschewismus sich in der Einschätzung der Ereignisse in Rußland grausam getäuscht habe und daß die Beibehaltung des Prinzips des Kampfes gegen die Sowjetmacht bedeute, den Aufbau der Welt bis ins Unendliche zu verschleppen, müsse mit aller Bestimmtheit erklärt werden, daß die Zeit gekommen sei, Aufrufe zum Kampf gegen die Sowjetmacht zu unterlassen. „Es muß endlich ausgesprochen werden,“ führte Prof. Kliutschnikow aus, „daß vieles von dem, was von ihr getan wird, voll und ganz mit den nationalen Interessen Rußlands und den Interessen des internationalen Fortschritts im Einklang steht. Es muß endlich offen und gerade die Frage gestellt werden über die Notwendigkeit einer Rückkehr nach Rußland und die Bedingungen, unter denen diese Rückkehr möglich ist. . . Das Wohl Rußlands erfordert es, daß Mittel und Wege zu einer Aussöhnung mit der Sowjetmacht gefunden werden. Folglich muß diese Aussöhnung versucht werden ohne Rücksicht darauf, was später jeden einzelnen persönlich erwartet.“ Und Professor Kliutschnikow fuhr spöttisch fort: „Miljukow ist schon bereit, die Sowjets anzuerkennen, doch nur ohne Bolschewiki. Er braucht also nur noch einen Schritt zu tun und sich mit den Sowjets unter den Bolschewiki auszusöhnen.“ Professor Kliutschnikow schloß seine Rede mit folgenden Worten: „Den zwei Taktiken des Kampfes gegen Sowjet-Rußland muß eine dritte Taktik gegenübergestellt werden — die Aussöhnung mit der Sowjetmacht.“

Wessen Stimmung gab Prof. Kliutschnikow wieder? Die Stimmung derselben Kreise der kleinbürgerlichen Intelligenz, die sich durch das verhängnisvolle historische Mißverständnis in das Lager der Feinde der Sowjetmacht versetzt sahen. Der Umwandlungsprozeß ihrer Stimmung vollzog sich sowohl in Rußland selbst, als auch in der Emigration, wobei er hier augenfälliger vor sich ging, weil die verschiedenen nichtsowjetistischen Gruppierungen in der Emigration vielleicht mehr Gelegenheit hatten, sich offen auszusprechen, oder aber die Klassenunterschiede hier schärfer zum Vorschein kamen.

Das Streben nach einer Aussöhnung mit der Sowjetmacht begann sich in den demokratischen Kreisen der bürgerlichen Emigration schon nach der Niederlage Koltschaks und Denikins bemerkbar zu machen. Solange die Emigration noch die Hoffnung hegen konnte, auf den Schultern der weißgardistischen Soldaten nach Rußland zurückzukehren, kam für sie eine Versöhnung nicht in Frage. Als jedoch diese Hoffnung durch die Vernichtung Koltschaks und Denikins, die ihr den ersten vernichtenden Schlag versetzte, zum Erschüttern gebracht wurde und zu gleicher Zeit die Aussichten auf eine ausländische Intervention immer schwächer wurden, verfielen viele Emigranten in tiefes Nachdenken. Unter den russischen Emigranten gab es neben bestimmten Vertretern der früheren herrschenden Klassen, den Gutsbesitzern und Kapitalisten, eine ziemlich bedeutende, vielleicht sogar die Mehrheit unter der Emigration darstellende Schicht mittlerer und kleinerer Leute: Aerzte, Pädagogen und verschiedene Beamtenelemente. Dem mittleren und Kleinbürgertum und der sogenannten Intelligenz angehörend, verbanden sich die Vertreter dieser sozialen Gruppe materiell und ideell mit der Großbourgeoisie und wollten ihr Schicksal mit ihr teilen. Seite an Seite mit ihr konspirierten und sabotierten sie in Rußland und sind ihr ins Ausland nachgefolgt.

In der Fremde mußten sich diese Intellektuellen davon überzeugen, daß ihre Stimmungen und Aufgaben sich nicht ganz mit den Stimmungen und Aufgaben der früheren herrschenden Klassen decken, um derentwillen sie sich den Kopf blutig geschlagen und oft sogar ihr Leben geopfert hatten. Ueberdies gerieten sie in eine ziemlich schwere materielle Lage. Während die Fabrikanten und Gutsbesitzer bedeutende Kapitalien ins Ausland zu schaffen vermochten und dort herrlich und in Freuden lebten, mußten die breiten Massen der demokratischen Emigration sich kümmerlich durchschlagen und gerieten oft in die schrecklichste Not. Solange ihnen das Emigrantenleben als kurze

Episode erschien und sie mit gepackten Koffern dasaßen, jeden Augenblick erwartend, daß das Volk sie reuevoll zurückrufen wird, hielten sie es noch aus; als es sich jedoch zeigte, daß das trotzige werktätige Volk nicht an Reue denkt, sondern vielmehr jeden mit blutigem Schädel heimschickt, der seine Hand nach der Macht ausstreckt, als dann die in vielen Fällen schon stark gelichteten Koffer wieder ausgepackt werden mußten und der prosaische Kampf um ein Stückchen trockenes Brot einsetzte, da begann in den Reihen dieser „Emigranten aus Mißverständnis“ ein geistiger Umschwung einzusetzen. Einerseits mußten sie sehen, wie gut die Emigranten aus den „oberen Zehntausend“ lebten, die sich dabei den Luxus erlauben konnten ihre Unversöhnlichkeit der Sowjetmacht gegenüber zu bewahren, hartnäckig immer neue Verschwörungen gegen sie anzuzetteln und den Kampf gegen das russische Volk bis zur Unendlichkeit fortzusetzen, andererseits drangen zu ihnen Nachrichten über den heldenmütigen Kampf und die fieberhafte Arbeit, die im Innern Rußlands vor sich ging. Sie sahen, wie das dunkle, grobe und analphabetische Volk, auf das sie bis jetzt von oben herabgeblickt hatten, von seiner Intelligenz verlassen, ringsherum von Feinden eingeschlossen, im Unglück und Kampf durchhaltend, seine schwierige Arbeit verrichtet und einen Stein nach dem anderen zum Bau eines neuen und kameradschaftlichen Lebens herbeiträgt. Gleichzeitig mußten sie erfahren, daß ein großer Teil der sogenannten Intelligenz in Rußland verblieben und nach der Periode des aktiven und passiven Widerstandes in der einen oder anderen Weise in den allgemeinen Arbeitsprozeß hineingezogen worden war und ihren Platz in der strengen Werkstätte, in die sich die Sowjetrepublik verwandelt hat, gefunden hatte. Und die besten Elemente der ausgewanderten Intelligenz mußte bei dem Anblick des neuen Lebens, das ohne sie und ihnen zum Trotz aufgehaut wird, ein Gefühl des Neides und der Reue erfassen, in ihnen mußte der Gedanke wachgerufen werden, daß sie durch ihre freiwillige Flucht aus der Heimat zu überflüssigen Menschen geworden sind und sich den Weg versperrt haben zur lebendigen und schöpferischen gesellschaftlichen Arbeit.

Mit der Zertrümmerung Wrangels, der letzten Hoffnung der Restauration, ging die Revidierung der alten Positionen der Intelligenz immer schnelleren Schrittes vor sich. Zur selben Zeit entschwanden die Hoffnungen auf eine Intervention der Entente zugunsten der russischen Gegenrevolution immer mehr. Sowjet-Rußland stand vor der bürgerlichen Welt als Tatsache einer unabänderlichen Wirklichkeit auf, und ein kapitalistischer Staat nach dem andern bequemte sich dazu, mit den Bolschewiki Verträge

abzuschließen. Mit dem Schwinden jeder Hoffnung auf einen tatsächlichen Sieg der Gegenrevolution trat auch deren anti-nationaler Charakter immer klarer hervor. In unverhüllter Nacktheit offenbarte sich jetzt ihre Rolle als Zuträger des ausländischen Kapitals und als Werkzeug der internationalen Börse für die politische und wirtschaftliche Versklavung Rußlands. Nach historischen Bedingungen zeigte sich dies besonders markant während des Ueberfalls der polnischen Imperialisten, die sich die Besitzergreifung der von russischer Bevölkerung bewohnten Gebiete zum Ziel gesetzt hatten und dabei von dem von der Krim aus angreifenden Wrangel unterstützt wurden. Dies brachte selbst steinharte Leute zum Schwanken. Gerade in diesem Augenblick bot eine Gruppe alter zaristischer Generale mit Brussilow an der Spitze der Arbeiter- und Bauernregierung ihre Dienste an und sogar die Partei der Rechten Sozialrevolutionäre drückte zum ersten Mal während der ganzen Revolutionszeit ihre Bereitwilligkeit aus, der Sowjetmacht Unterstützung zu leisten und ihr bei der Abwehr des polnischen Angriffes behilflich zu sein (ohne jedoch etwas zu tun!).

Besonders stark kam jedoch seitens der Intelligenz die Ueberschätzung ihres Wertes nach der Verkündung der neuen Wirtschaftspolitik durch die Sowjetmacht zum Vorschein.

Diese neue Politik gab der Intelligenz die Hoffnung, ihre Fähigkeiten in ihr vertrauteren und gewohnteren Verhältnissen zur Anwendung zu bringen und sich in materieller Hinsicht einigermaßen erträglich einzurichten. So denken natürlich nicht einzelne Personen, und vielleicht würden sie eine so materialistische Erklärung für ihre seelischen Leiden als Beleidigung empfinden. Zum richtigen Verständnis von Massenerscheinungen ist aber nur die soziologische Methode geeignet. Zweifellos liegen gerade solche Motive den vielen Erörterungen der Autoren des erwähnten Journals „Smjena Wjech“ zugrunde. Aus diesem Grunde beeilten sich die Menschewiki, für die die Ausöhnung ihrer hauptsächlichsten sozialen Stütze, der bürgerlichen Intelligenz, mit der Sowjetmacht einen Dolchstich bedeutet, die Ansichten der Erneuerer als Ideologie der Sowjetbourgeoisie hinzustellen. Zum Teil ist dies richtig. Wenn dem jedoch auch so wäre, so sehen wir nicht ein, warum die auf jeden aktiven Kampf gegen die Errungenschaften der Revolution verzichtende Sowjetbourgeoisie schlechter sein soll als die weißgardistische oder menschestisch-sozialrevolutionäre Bourgeoisie, welche die Errungenschaften der Revolution nicht anerkennt.

Aber auch sonst ist der Anschlag der Menschewiki, soweit er den Versuch einer soziologischen Auslegung der fraglichen Erscheinung durch deren moralische Verurteilung und öffentliche Beschimpfung ihrer Träger ersetzt, viel zu ungeschickt und grob. Die Ideologie der „Smjena Wjech“ ist die Ideologie der bürgerlichen Intelligenz, die in der ersten Periode der sozialen Revolution ihr Schicksal mit der Klasse des Großbesitzes verband, durch den beständigen Gang der Ereignisse jedoch zu der Ueberzeugung gekommen ist, daß ihre materiellen und geistigen Interessen sie bedeutend näher zu den werktätigen Massen stellt als zu den Ausbeutern und unversöhnlichen Reaktionären. Als die Intelligenz zu dieser Ueberzeugung gelangte, begann sie naturgemäß auch weitere Schritte zu machen, so u. a. auf ideellem Gebiet: denn nicht umsonst ist sie ja die Intelligenz, d. h. eine soziale Gruppe, die vorwiegend von theoretischer und geistiger Arbeit lebt. Psychologisch sich der Klasse anpassend, mit der gemeinsam zu arbeiten sie sich jetzt entschlossen hatte, begann sie die tiefe moralische Wahrheit zu verstehen, die der proletarischen Revolution zugrunde liegt, und konnte sich nicht enthalten, sich vor dieser Wahrheit zu beugen. Vorläufig geschieht dies noch schüchtern, mit Ausflüchten, mit für den Anfang unvermeidlichen Fehlern und Ungeschicklichkeiten und ab und zu mit offenem Mißverständnis der Dinge, doch mit der Zeit wird dies — für viele wenigstens — vorübergehen.

Wenn die Menschewiki, die vorwurfsvoll den Einfluß der neuen Wirtschaftspolitik auf diese Evolution der Intelligenz betonen, etwas nicht verstehen, so ist es die Kette der unmittelbaren physiologischen Leiden, durch die dieser Einfluß zur Geltung gekommen ist. Die Sache war hier nicht so einfach, wie es den Menschewisten scheint, die den Marxismus im Sinne der eigenen Bereicherung auffassen. Sie stellen sich die Sache ungefähr so vor: die Sowjetmacht hat eine neue Wirtschaftspolitik verkündet, die allen Geschäftemachern eine famose Gelegenheit gibt, ihre Geschäfte zu machen; kaum roch es in der Luft nach Braten, da floß vielen Herrschaften auch schon der Speichel im Munde zusammen: „Väterchen“, sagten sie, „die Sowjetmacht ist ja garnicht so schlecht, wie man von ihr spricht; auch kluge Leute können ja unter ihr leben.“ Das lasen sie in den Artikeln der „Smjena Wjech“, deren Grundgedanken ihnen von den gleichen Glückspilzen zu stammen schienen, die es schon früher verstanden hatten,

sich an den Sowjetbraten heranzumachen (die sogenannte „Sowjetbourgeoisie“). Diese Erklärung war zwar nicht der Form, aber doch dem Wesen nach nicht weit entfernt von den publizistischen Uebungen der Schwarzhundert-Publizisten Burzew, Hessen u. a.

Der Einfluß der neuen Wirtschaftspolitik auf die Psyche der Intelligenz ging kompliziertere Wege, als sich dies die oberflächlichen Publizisten vorstellen. Es ist richtig, daß die Stimmung der Verfasser der „Smjena Wjech“ die Stimmung bestimmter russischer Kreise wiedergibt, doch nicht die der Sowjetspekulanten, sondern der in Rußland gebliebenen Intelligenz-Massen. Ihrerseits ist jedoch diese Stimmung abgeleitet von der Stimmung bedeutend breiterer und sozial wichtigerer Gruppen, nämlich der zahlreichen Schicht der vorwiegend dem Bauerntum angehörenden kleinen Besitzer.

Wir haben schon oben darauf hingewiesen, daß die Annäherung der Intelligenz an die Kommunisten das Spiegelbild der im Entwicklungsprozeß der sozialen Revolution erfolgten Annäherung des Bauerntums an das Proletariat war.

Viele stellen sich die neue Wirtschaftspolitik der Sowjetmacht viel zu einseitig vor. Sie sehen in ihr nur Konzessionen an das Kapital (wobei sie diese unglaublich übertreiben). In Wirklichkeit liegt ihre größere Wichtigkeit vielmehr in den Konzessionen an die Interessen des mittleren Bauerntums, dieser vorherrschenden kleinbürgerlichen Kategorie des heutigen Rußlands. Die Ablösung der Kontingentierung durch die Naturalsteuer und die hiermit verbundene Erlaubnis zum freien Handel mit den Uberschüssen der bäuerlichen Produktion nehmen in der neuen Wirtschaftspolitik einen erheblich sichtbareren und wichtigeren Platz ein als die Verpachtung einiger mittlerer und kleinerer Unternehmungen oder die vorgesehenen Konzessionen usw. Hatte auch die frühere Politik der Sowjetmacht im Dorfe, die vor allem durch die Kriegsverhältnisse, teilweise jedoch auch durch die Fehlwirkungen unseres „unreifen Gedankens“ hervorgerufen worden war, eine gewisse Entfremdung zwischen dem Bauerntum und dem Proletariat geschaffen, eine Entfremdung, die alle gegenrevolutionären, kleinbürgerlichen und intellektuellen Parteien, besonders die Sozialrevolutionäre und Menschewiki auszunutzen sich beilten, so schuf die neue Politik einen psychologischen Umschwung im Dorfe, brachte von Neuem das Bauerntum der Arbeiter-

klasse näher, entzog den unversöhnlichen Gruppierungen der Intelligenz in der Art der Menschewiki und Sozialrevolutionäre den Boden und gab der Masse der apolitischen Intelligenz den Anstoß, ihr Verhältnis zur Sowjetmacht zu revidieren. Die Niederlage Wrangels und der Verlust jeder Hoffnung auf die Entente spielte selbstverständlich in der Aenderung der Orientierung der Intelligenz eine Rolle, ausschlaggebend war jedoch die politische Niederlage der menschewistischen und sozialrevolutionären Parteien. Die neue Wirtschaftspolitik der Sowjetmacht war nun für sie gleichfalls eine Niederlage, entzog ihrer auf den Leiden des kleinen Besitzers aufgebauten Agitation den Boden und nahm ihnen jede Hoffnung auf einen Aufstand des Bauerntums gegen die proletarische Diktatur, von dem sie in der letzten Zeit geträumt hatten.

Fassen wir alle Faktoren zusammen: die endgültige Vernichtung der Militärmacht der Gegenrevolution; die Zersetzung der Entente und der Verlust jeder Hoffnung auf deren Hilfe; das Auftreten Rußlands auf den Schauplatz der Weltgeschichte als unbestreitbare, selbst von seinen Feinden immer mehr anerkannte Macht; die innere Spaltung im Lager der Gegenrevolution und der wachsende Unwille ihrer demokratischen Masse gegen die unzuverlässige Politik der Führer; die eigenartige patriotische Stimmung, die eine neue Richtung eingeschlagen und sich ein neues Objekt der Feindschaft ausgesucht hat; die völlige Unmöglichkeit, statt der bisher zerstörenden, jetzt eine fruchtbringende, schöpferische Anwendung der Kräfte der Intelligenz zu finden; das Einsetzen eines schwachen Verständnisses für den Sinn und die historische Bedeutung der großen proletarischen Revolution; — hauptsächlich jedoch die allen diesen Erscheinungen zugrunde liegende Aussöhnung des Bauerntums mit der Arbeiterklasse als Ergebnis der neuen Wirtschaftspolitik, — alle diese Faktoren haben denn auch in der Psyche der Intelligenz den Umschwung geschaffen, der am populärsten in der Artikelsammlung „Smjena Wjeh“, die das Ergebnis aus allen Schwankungen und Verirrungen der Intelligenz zieht, zum Ausdruck kommt.

Der psychologische Umschwung, welcher sich im Geiste einiger Gruppen der bürgerlichen Intelligenz vollzog, sie zur Anerkennung ihrer früheren Fehler und zur Anerkennung der Sowjetmacht und der Ergebnisse der sozialen Revolution getrieben hat, hat bereits eine solche Form angenommen, daß er einen klaren literarischen Ausdruck gefunden hat. Im August dieses Jahres erschien in Prag eine Artikelsammlung bekannter früherer Kadetten und sogar früherer Oktobristen, deren Verfasser, nachdem sie die Ergebnisse des Bürgerkrieges gezogen und ihr Gewissen geprüft hatten, in sich den Mut fanden, ihre alten Götzenbilder zu zertrümmern und sich vor dem neuen Gott der Revolution zu verneigen.

Um den Sinn des Titels *) zu verstehen, den sie für ihre Artikelsammlung gewählt haben, muß man wissen, daß er seinen Vorgänger und gleichzeitig Antipoden hat.

Im Jahre 1909, nach der Niederwerfung der Revolution, gab eine Gruppe Kadetten und abtrünnig gewordener Intellektueller (Berdjajew, S. Bulgakow, Herschensohn, Isgojew, Kistjakowski, Struwe und Frank), die viel Aufsehen hervorrufende Zeitschrift „Wjechi“ heraus, die das Spiegelbild des Renegatentums dieser Leute war. In dieser Zeitschrift schlugen die Autoren das Kreuz über der Revolution, zogen die besten Traditionen der revolutionären Intelligenz in den Schmutz und lieferten das literarische Fundament für die tatsächliche Herrschaft der von Stolypin geführten Schwarzen Hundert. Die Erinnerung an diesen Akt der Selbstausspeisung der Intelligenz stand vor den Augen der Autoren der neuen, im Juli 1921 in Prag herausgegebenen Zeitschrift nach der Niederwerfung der Gegenrevolution. Sie nannten daher gewissermaßen als Fortsetzung und gleichzeitig als Gegengewicht zu „Wjechi“ ihre Zeitschrift „Smjena Wjeh“. Und in der Tat, der Wechsel ist ein radikaler.

Unter den Autoren der neuen Zeitschrift finden wir Leute wie den früheren Minister Koltshaks, Professor J. Kliutschnikow, den Leiter der Agitations- und Propaganda-Abteilung unter der Regierung Koltshaks, Professor N. Ustrjalow, den bekannten Petrograder Advokaten A. W. Bobrischtschew-Puschkin, der 1919 vor der Sowjetmacht zu Denikin flüchtete und ihm aktiven Beistand leistete, usw. (außer den erwähnten Autoren haben noch S. S. Lukjanow, S. S. Tscha-hotkin und J. H. Potjehina der Zeitschrift Aufsätze gegeben). Alles Leute, die hohes Ansehen genossen und nicht

*) Anfang Oktober 1921 begann eine die gleiche Stellung wie die Autoren der „Smjena Wjeh“ einnehmende Gruppe in Paris eine Wochenzeitschrift unter demselben Titel herauszugeben, der offenbar das Motto einer ganzen Richtung zu werden verspricht.

zu dem simplen „dritten Stand“ gehört hatten, sondern zur richtigen Intelligenz, die einen nicht unwichtigen Teil der bürgerlichen Klasse ausmacht. Diese durch die bittere Erfahrung der letzten vier Jahre belehrten Leute sprechen nun Worte aus, die wir aus diesen Kreisen zu hören bis jetzt nicht gewohnt waren.

Das Wesen aller Artikel der Zeitschrift liegt in der Anerkennung der Oktoberrevolution und im Verzicht auf jeden Kampf gegen ihre Ergebnisse. Es ist geradezu erstaunlich, wie schnell die Leute, die noch gestern mit der Waffe in der Hand gegen das werktätige Rußland kämpften, dessen Geist und historische Berufung verstehen gelernt haben.

Die Autoren beklagen nicht den Bankrott der Februarrevolution und den Sieg der Oktoberrevolution, weigern sich vielmehr, die Februarrevolution als Revolution anzuerkennen und nennen sie einfach Umwälzung (bekanntlich wurden manchmal die Menschewiki und Sozialrevolutionäre dieses Wort mit besonderer Betonung auf die Oktobertage an). Als wirkliche Revolution erkennen sie nur die Oktoberrevolution an. „Die Ergreifung der Macht durch die Massen im Oktober 1917 bedeutet eine wahre Revolution.“ Sie sprechen es offen aus, daß der Sieg der Kadetten, Menschewiki und Sozialrevolutionäre eine Gegenrevolution gewesen wäre, daß „der Retter Rußlands die Sowjetmacht ist“ und „daß ihre Vernichtung bedeutet, Rußland das Rückgrat zu brechen“.

„Eine dritte Revolution wird es nicht geben“ — so beginnt Bobrischtschew-Puschkin seinen Artikel „Der neue Glaube“. Er weist darauf hin, daß alle Hoffnungen der Kadetten, Sozialrevolutionäre und Menschewiki vergeblich sind, alle ihre Hoffnungen auf eine Intervention, einen inneren Aufstand oder auf den Zusammenbruch der Sowjetmacht durch wirtschaftliche Zerrüttung. Mehr noch! Er und seine Mitarbeiter an der „Smjena Wjeh“ stehen fest auf dem Standpunkt, daß es in Rußland „eine andere Macht nicht geben kann“ (Bobrischtschew-Puschkin) und daß „die Revolution und der Bolschewismus für Rußland eins ist“ (J. Kliutschnikow). Spöttisch verwerfen sie alle Beschuldigungen und Verleumdungen gegen die Oktoberrevolution und die Sowjetmacht. Sie erkennen letztere an einschließlich ihrer „Extreme“, denn sie verstehen wohl, daß die sogenannten „Exzesse“ von jeder großen historischen Bewegung unzertrennlich sind.

Sie beginnen jetzt die tiefe Wahrheit zu begreifen, die der Oktoberrevolution zugrunde liegt. Sie bemerken die in den zu Herren des Lebens gewordenen Massen waltenden schöpferischen Kräfte. Sie enthüllen den Betrug der

bürgerlichen Demokratie, des Parlamentarismus und anderer von der Gegenrevolution aufgestellten „demokratischen“ Lösungen. „Die Revolution hat alle Hindernisse überwunden, ist selbstbewußt und machtvoll ins russische Leben eingetreten und hat in ihm festen Fuß gefaßt. Dies ist ihr gerade darum gelungen, weil sie die Liberalen und alle ihnen verwandten Elemente beiseite geschoben hat, weil sie ein kühnes Spiel gespielt und sich große Ziele gesteckt hat.“ Auch ihnen, den aus dem Bürgertum stammenden, ist die engstirnige Verblendung und dumpfe Wut der „gemäßigten Revolutionäre“, der Menschewiki und Sozialrevolutionäre, nicht verständlich, die „organisch unfähig sind, das internationale Wesen und den Weltsinn der russischen Revolution zu begreifen und unablässig die internationale Reaktion anfeuern, in der natürlich — wenn es nicht widersteht — das leidende Rußland als erstes ersticken wird.“ Doch sie wissen, daß Rußland standhalten wird, wie es bis jetzt allen Stürmen getrotzt hat denn es hat — auch die Autoren der Zeitschrift betonen dies wiederholt — die Sympathien der breiten arbeitenden Massen der ganzen Welt auf seiner Seite.

Die Revolution hat sich gerechtfertigt, beweisen die Autoren der Zeitschrift. Alle Reden der Gegenrevolutionäre, mit den Sozial-Revolutionären an der Spitze, daß die Polchewiki ihre Versprechungen nicht gehalten hätten, werden von den Herausgebern der Zeitschrift als übles und dummes Geschwätz widerlegt. Die Sowjetmacht, die das Bauerntum beständig zur Staatsverwaltung und zum Aufbau heranzieht, macht diejenigen, welche sich noch gestern in elementaren Aufständen gegen sie erhoben haben, zu besten Lenkern des Schicksals Rußlands.

„Ohne es selbst zu bemerken, wohnen wir der Geburt eines wirklichen russischen Bürgertums bei... Das riesige Wachsen des staatlichen, nationalen, wirtschaftlichen und sozialen Bewußtseins der Volksmassen in Rußland während der Revolution — das ist das unbestreitbar und unendlich Wertvolle, was uns die russische Revolution schon gegeben hat, die in ihrem Schöpfungsprozeß eine mächtige soziale Basis für das Neue Rußland schafft.“

Aber die Zerrüttung? Die Autoren der Zeitschrift streiten sie nicht ab. Doch sie behaupten erstens, daß die Hauptschuldigen an der russischen Zerrüttung und selbst an dem Hunger nicht die Bolschewiki sind, sondern ihre Gegner, und zweitens, daß nur die bolschewistische Macht das Land aus der Zerrüttung herausführen kann. Wenn sie bis jetzt auf diesem Gebiete nicht so glänzende Resultate erzielt hat wie auf dem Gebiete der Politik, so dies hauptsächlich nur darum, weil sie von den

Gegenrevolutionären an der Arbeit gehindert wurde.

Die Autoren der Zeitschrift zweifeln nicht daran, daß die Sowjetmacht die Kraft hat, standzuhalten, daß sie alle Schwierigkeiten überwinden und gemeinsam mit den werktätigen Massen den freien Weg einer breiten Entwicklung beschreiten wird. Für immer ist es vorbei mit der Wiederaufrichtung der Autokratie, der konstitutionellen Monarchie oder bürgerlichen Republik. „Es wird etwas Eigenartiges, von der Revolution Geborenes und Geschmiedetes sein. Denkmäler wird man entweder überhaupt nicht setzen oder aber nur für Lenin.“

Aus allem diesen ziehen die Autoren logisch den Schluß. — „Nach Canossa!“ — ist ein Artikel Tschachotkins betitelt. Der Autor schlägt der Intelligenz vor, offen ihre Schuld und Fehler einzugestehen, nicht nur auf jeden bewaffneten Kampf gegen die Sowjetmacht zu verzichten, sondern auch entschlossen gegen jeden Versuch zur Fortführung dieses Kampfes aufzutreten. „Die Ereignisse haben uns gelehrt, daß wir uns geirrt haben und unser Weg in falscher Richtung lag. Und nachdem wir dies eingesehen und erkannt haben, was die Interessen der Heimat von uns fordern, sind wir bereit, unseren Fehler zu gestehen und einen anderen Weg einzuschlagen. Wir fürchten uns nicht, jetzt zu sagen: Heimwärts! Nach Canossa! Wir hatten unrecht. Wir haben uns geirrt. Wir werden uns nicht fürchten, dies für uns und andere einzugestehen.“ Und sie rufen die Intelligenz auf, sich in den Dienst des frei gewordenen russischen Volkes zu stellen, an die Arbeit zur Aufklärung der Massen zu gehen und unter Durchführung des Prinzips der rationellen Produktion auf das aktivste an der wirtschaftlichen Aufrichtung Rußlands teilzunehmen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß in den Autoren der Artikelsammlung hin und wieder ein nationalistisches Gefühl spricht: sie nehmen die Sowjetmacht als patriotische Macht hin, die Rußland geschützt, seinen internationalen Einfluß sogar gestärkt und es zum moralischen Anziehungspunkt für alle Völker gemacht hat. In der Politik der Sowjetmacht sehen sie eine eigentümliche Verwirklichung der historischen Aufgaben des russischen Volkes durch unvorhergesehene Methoden und Kräfte der werktätigen Massen allein.

Hin und wieder bricht bei ihnen eine slavophile Note durch: Rußland zeigt der Welt den Weg, und die Geschichte hat es gewollt, daß dies durch die Hände der internationalistischen Regierung geschah. Auch hier haben wir wiederum das eigentümliche und in der traditionellen Terminologie der national-bürgerlichen Ideologie ausgedrückte Spiegelbild der tatsächlichen Sachlage in den Köpfen der Intelligenz.

In ihnen sprechen auch bürgerliche Motive. Die Aussöhnung mit den Bolschewiki und die Anerkennung der Sowjetmacht wird ihnen durch die neue Wirtschaftspolitik erleichtert, in der sie die Elemente eines tieferen Realismus sehen, in dem viele von ihnen sogar einen Verzicht auf den Kommunismus erblicken wollen. Die neue Wirtschaftspolitik soll der Entwicklung der Produktivkräfte des Landes den stärksten Anstoß geben und den gesunden Elementen der bürgerlichen Intelligenz erlauben, ihre Kräfte und Kenntnisse zur Anwendung zu bringen. Durch aktive Teilnahme am schöpferischen Aufbau des revolutionären Rußlands ist die Intelligenz nach ihrer Meinung dazu berufen, den schmerzhaften Prozeß der radikalen Umgestaltung zu lindern, wobei sie in der Masse der Parteilosen den sozialen Boden für ihre neuen politischen Gruppierungen, die ihrer Ansicht nach in Rußland noch unvermeidlich sind, zu finden hoffen. Nach Meinung Tschachotkins wird in Rußland neben der Arbeiterpartei noch eine Partei des Bauerntums und der Intelligenz entstehen, die jedoch der Sowjetmacht nicht feindlich gegenübersteht, sondern in ihrem Rahmen arbeiten und ihr freundlich gesinnt sein wird.

Es wäre jedoch ein Fehler, hieraus den Schluß zu ziehen, daß die Vertreter der neuen Richtung zur Anerkennung der Sowjetmacht und (im bekannten Sinne) des Bolschewismus gekommen wären hauptsächlich oder sogar nur aus der Erwägung eines eigentümlichen Patriotismus oder sozialen Opportunismus. Zwar sind diese Motive in ihnen stark (vielleicht stellen übrigens einige von ihnen diese Motive auf, um ihren scharfen Umschwung in den eigenen Augen zu rechtfertigen). Doch kann das Vorhandensein bürgerlicher Motive in der neuen Weltanschauung der wiedervereinigten (ralliée) Intelligenz die Bedeutung ihres Hervortretens und des sich darin widerspiegelnden Umschwunges in den Stimmungen der breiten Kreise der Intelligenz in unseren Augen nicht verringern.

Selbstverständlich haben wir es in ihnen mit einer bürgerlichen Bewegung zu tun. Sie deckt sich jedoch nicht mit der Terminologie „Sowjet-bourgeoisie“ oder „National-Bolschewismus“. Sie ist gleichzeitig breiter und enger. Einen Bolschewismus im eigentlichen Sinne dieses Wortes gibt es in dieser Bewegung nicht, doch gleichzeitig geht sie weit über den Rahmen der Interessen und Bestrebungen der „Sowjet-Bourgeoisie“ im engen Sinne hinaus. Mögen alle oder einige von ihnen auch Hintergedanken haben, mögen sie hoffen, die Revolution zu überlisten, mögen sie die neue Wirtschaftspolitik der Sowjetmacht als Rück-

kehr zu den Prinzipien der bürgerlichen Ordnung auslegen und deren Wiederherstellungs-Prozeß durch eigene Einmischung zu beschleunigen hoffen (obgleich solche Berechnungen in der vollendeten Form ihnen wahrscheinlich sehr fern liegen). Doch dies ist eine andere Frage. Es wäre auch sonderbar und gewiß unnatürlich, wenn Leute, die gestern noch mit beiden Füßen im gegenrevolutionären Sumpf steckten und einen aktiven Kampf gegen die Sowjetmacht führten, von ähnlichen Gedanken und Hoffnungen völlig frei wären. Trotzdem haben sie jedoch einen bedeutend größeren Schritt vorwärts getan in der Richtung auf die Sowjetmacht, als letztere auf dem Gebiete der zeitweiligen Konzessionen an das Prinzip des Privateigentums.

Ja, die Anhänger der „Smjena Wjeh“ drücken die Stimmung bestimmter bürgerlicher Gruppen aus. Dieses Kleinbürgertum, das auf jeden aktiven Kampf gegen die Sowjetmacht verzichtet und die Grundprinzipien der Revolution anerkannt hat, ist dennoch in jedem Falle besser und objektiv fortschrittlicher als das Kleinbürgertum, das in Gestalt der Sozialrevolutionäre und „demokratischen“ Kadetten (in schwächerer Form auch der Menschewiki) als bewußtes oder unbewußtes Werkzeug des russischen und internationalen Großkapitals den Kampf gegen den Arbeiter- und Bauernstaat fortsetzt.

Nicht etwa, weil die Sowjetmacht, wie es die Menschewiki hinstellen (die übrigens immer die Kapitulation vor dem Kapital als höchste Staatsweisheit empfohlen hatten), besser geworden ist und dem Kapitalismus

Konzessionen gemacht hat, hat dieser Umschwung in den Köpfen der Intelligenz stattgefunden, sondern weil sich die Sowjetmacht als stark und standhaft erwies und vor der Bourgeoisie nicht kapituliert hat. Nicht wir sind zu ihnen gekommen, sondern sie zu uns. Wenn es anders wäre, würden unsere Feinde nicht so schimpfen und der bußfertigen Intelligenz Verrat an der Sache der Gegenrevolution und „Renegatentum“ vorwerfen.

Das Kleinbürgertum hat keine selbständige politische Stellung. Im Kampf der beiden Grundklassen der heutigen Gesellschaft stellt es sich abwechselnd bald auf die Seite der einen oder anderen, der Bourgeoisie oder des Proletariats. Bis jetzt folgte es vorwiegend der Großbourgeoisie; jetzt ändert es die Front, heißt die Arbeiterrevolution gut und klagt sich ihrer früheren Handlungen gegen sie an. Ebenso würde es jedoch die Gegenrevolution gerechtfertigt haben (und es hatte sie gerechtfertigt und war ihr gefolgt), wenn diese als Siegerin hervorgegangen wäre, und den Prozeß vor dem Tribunal der Geschichte gewonnen hätte. Doch die Revolution hat gesiegt. Sie wird anerkannt als eherne Tatsache, der sie, die Historiker und Juristen die abstrakte Idee des Rechts unterordnen; und dies zeugt am anschaulichsten und klarsten von dem objektiven Sieg der Revolution, vor der sich selbst ihre ehemaligen unversöhnlichen Feinde beugen müssen.

J. Stoklow.

Militärische Doktrin oder pseudomilitärischer Doktrinarismus?

„Wie manche Pflanzen nur Früchte tragen, wenn sie nicht zu hoch in den Stengel schießen, so müssen in praktischen Künsten die theoretischen Blätter und Blumen nicht zu hoch getrieben, sondern der Erfahrung, ihrem eigentümlichen Boden, nahegehalten werden.“

Clausewitz, „Vom Kriege“, Vorrede.

1. Unsere Orientierungsmethode.

In der Roten Armee macht sich zweifellos eine Belebung kriegswissenschaftlichen

Denkens und ein Aufschwung der theoretischen Interessen bemerkbar. Mehr als drei Jahre lang formierten wir uns unter dem feindlichen Feuer und kämpften; dann demobilisierten wir und dislozierten unsere Kräfte. Dieser letzte Prozeß ist auch heute noch nicht zu Ende, aber die Armee hat sich doch unverkennbar organisatorisch konsolidiert und einigermaßen territorial festgesetzt. Sie empfindet ein immer wachsendes Bedürfnis, auf den zu-

rückgelegten Weg zurückzublicken und die notwendigsten theoretischen und praktischen Folgerungen zu ziehen, um sich für den kommenden Tag besser zu rüsten.

Was verspricht uns aber der kommende Tag? Neue Ausbrüche des von außen unterstützten Bürgerkrieges? Oder einen offenen Angriff der bürgerlichen Staaten auf uns? Welcher Staaten dann? Wie haben wir uns zur Abwehr vorzubereiten? Alle diese Fragen erfordern eine außenpolitische, innenpolitische und kriegspolitische Orientierung. Die allgemeine Lage ändert sich fortwährend; es ändert sich folglich auch die praktische (nicht die prinzipielle) Orientierung. Bisher haben wir die Kriegsaufgaben, die die internationale und die innenpolitische Lage Sowjetrußlands uns stellte, erfolgreich gelöst. Unsere Orientierung hat sich richtiger, weitsichtiger, tiefgreifender gezeigt als die Orientierung der bedeutendsten imperialistischen Großmächte, die nacheinander oder gemeinsam versuchten, uns niederzuwerfen, sich aber nur die Finger verbrannten. Unsere Ueberlegenheit besteht darin, daß wir eine unersetzliche wissenschaftliche Orientierungsmethode — die marxistische Methode — besitzen. Es ist dies ein mächtiges, aber gleichzeitig auch ein sehr feines Werkzeug: es zu handhaben ist nicht leicht, man muß es lernen. Die Vergangenheit unserer Partei hat uns durch langjährige Prüfungen gelehrt, die marxistischen Methoden inmitten der komplizierten Verflechtung der Faktoren und der Kräfte einer geschichtlichen Umwälzungsepoche anzuwenden. Mit dem Werkzeug des Marxismus bestimmen wir auch die Grundlagen unserer militärischen Aufbauarbeit.

Ganz anders liegen die Dinge in dieser Hinsicht bei unseren Feinden. Hatte die vorgeschrittene Bourgeoisie aus dem technischen Gebiet jede Trägheit, Routine und alle Vorurteile verbannt, hatte sie danach gestrebt, jede Unternehmung auf exakten

wissenschaftlichen Grundlagen aufzubauen, so zeigte sie sich auf dem Gebiete ihrer sozialen Orientierung kraft ihrer Klassenlage unfähig, sich zur Höhe wissenschaftlicher Methoden aufzuschwingen. Unsere Klassenfeinde sind Empiriker, d. h. sie handeln von Fall zu Fall und lassen sich nicht von der Analyse der geschichtlichen Entwicklung, sondern von der praktischen Erfahrung, von der Routine, vom Augenmaß und vom Instinkt leiten.

Freilich gab uns die englische imperialistische Kaste — auf empirischer Grundlage — ein Beispiel des weitesten Raubritterschwunges, der siegreichen Weitsichtigkeit und der klassenmäßigen Konsequenz. Ueber die englischen Imperialisten ist ja mit Recht gesagt worden, daß sie in Jahrhunderten und in Kontinenten denken. Diese Gewohnheit, die wichtigsten Faktoren und Kräfte praktisch abzuwägen und einzuschätzen, erwarb die leitende britische Kaste dank besonderer Umstände: sie befand sich auf der sicheren Warte ihrer Insel und häufte ihre kapitalistische Macht relativ langsam und planmäßig an; die parlamentarischen Methoden der persönlichen Kombinationen, der Bestechungen, der Ueberredung, des Schwindels und die kolonialen Methoden des Blutvergießens der Scheinheiligkeit und aller Arten der Schurkerei — alle diese Waffen waren in dem reichen Arsenal der regierenden Clique des größten Imperiums gleicherweise vertreten. Die Erfahrung des Kampfes der englischen Reaktion mit der großen französischen Revolution verfeinerte außerordentlich die Methoden des englischen Imperialismus, machte ihn biegsamer, mannigfaltiger bewaffnet, also gesicherter vor geschichtlichen Ueber-raschungen.

Nichtsdestoweniger erweist sich die große Klassenroutine der weltbeherrschenden englischen Bourgeoisie in der Epoche der gegenwärtigen vulkanischen Erschütterungen des bürgerlichen Regimes immer mehr als bankrott. Wie geschickt die

britischen Empiriker der Verfallsepoche — deren vollendetster Vertreter Lloyd George ist, — auch lavieren mögen, sie werden sich unvermeidlich den Hals brechen.

Der deutsche Imperialismus erhob sich als ein Antipode des britischen. Die fieberhafte Entwicklung des deutschen Kapitals ermöglichte es den regierenden Klassen Deutschlands, sehr viel materiell-technische Werte, aber viel weniger an internationaler oder kriegspolitischer Orientierung und Erfahrung anzuhäufen. Der deutsche Imperialismus erschien auf der weltpolitischen Bühne als ein Parvenü, — er verrannte sich, stürzte ab und zerfiel in tausend Stücke. Und doch sahen noch vor kurzem, in Brest-Litowsk, die Vertreter dieses deutschen Imperialismus uns für Phantasten an, die nur zufällig und auf kurze Zeit an die Oberfläche kamen.

Unsere Partei hat Schritt für Schritt die Kunst der allseitigen Orientierung gelernt, von den ersten illegalen Zirkeln durch ihre ganze Entwicklung, mit ihren endlosen theoretischen Diskussionen, mit praktischen Versuchen und Mißerfolgen, mit den Angriffen und Rückzügen, mit den taktischen Streitigkeiten und Wendungen. Die russischen Emigrantenmansarden in London, Paris und Genf zeigten sich letzten Endes als Beobachtungsposten von ungeheurer geschichtlicher Bedeutung. Die revolutionäre Ungeduld wurde diszipliniert durch die wissenschaftliche Analyse des historischen Prozesses. Der Aktionswille vereinte sich mit der Zähigkeit des Ueberlegens. Im Prozeß ihres Handelns und ihres Denkens hat unsere Partei gelernt, die marxistische Methode anzuwenden. Und jetzt kommt ihr dies Können sehr zu-statten . . .

Wenn man von den weitsichtigsten Empirikern des englischen Imperialismus sagen kann, daß sie in ihrem Bündel eine große Auswahl Schlüssel haben, die für viele typische geschichtliche Situationen

passen, so verfügen wir über einen Universalschlüssel, der uns erlaubt, uns in allen Situationen richtig zu orientieren. Und wenn der ganze überlieferte Schlüsselvorrat Lloyd Georges, Churchills und anderer offenbar ungeeignet ist, einen Ausweg aus der revolutionären Epoche zu erschließen, so ist unser marxistischer vor allem für diese Epoche bestimmt. Diese unsere größte Ueberlegenheit über unsere Gegner scheuen wir uns nicht, offen zu verraten, denn sie sind außerstande, sich unseren marxistischen Schlüssel anzueignen oder ihn nachzumachen.

Wir haben die Unvermeidlichkeit des imperialistischen Krieges als Vorspiel zur Epoche der proletarischen Revolution vorausgesehen. Unter diesem Gesichtswinkel beobachteten wir dann den Fortgang des Krieges, seine Methoden, die wechselnden Gruppierungen der sozialen Klassenkräfte, und an Hand dieser Beobachtung gestaltete sich schon unmittelbar die — wenn man große Worte gebrauchen will — „Doktrin“ der Sowjetmacht und der Roten Armee. Die wissenschaftliche Voraussicht des weiteren Entwicklungsganges gab uns eine unerschütterliche Gewißheit, daß die Geschichte für uns arbeite. Diese optimistische Ueberzeugung bildete und bildet auch weiterhin die Grundlage unserer Arbeit.

Der Marxismus liefert keine fertigen Rezepte. Und am wenigsten könnte er solche auf dem Gebiete der militärischen Aufbauarbeit liefern. Aber auch hier gab er uns eine Methode. Denn wenn es richtig ist, daß der Krieg eine Fortführung der Politik nur mit anderen Mitteln ist — so ist die Armee die Fortführung und die Krönung der gesamten sozialen und staatlichen Organisation, nur mit dem aufgepflanzten Bajonett.

Wir traten an die Kriegsfragen nicht vom Ausgangspunkte irgendeiner „militärischen Doktrin“, als Summe dogmatischer Postulate heran, sondern von der marxistischen

Analyse der Selbstschutzbedürfnisse der Arbeiterklasse, die die Macht in ihre Hand genommen hat und vor der Notwendigkeit steht, sich zu bewaffnen, die Bourgeoisie zu entwaffnen, die Bauern hinter sich gegen die Junker führen, die Großbauern Demokratie an der Bewaffnung der Bauern gegen den proletarischen Staat zu hindern, sich ein zuverlässiges Kommandopersonal zu schaffen usw.

In der Arbeit am Aufbau der Roten Armee nützten wir sowohl die Rotgardistenabteilungen, als auch die alten Satzungen, die bäuerlichen Anführer und die früheren Zarengenerale aus, was man natürlich auch als Mangel an einer „einheitlichen Doktrin“ in bezug auf die Formierung der Armee und ihres Kommandopersonals bezeichnen kann. Aber eine solche Einschätzung würde nur von pedantischem Banausentum zeugen. Allerdings haben wir uns auf keine dogmatische „Doktrin“ gestützt. Wir schufen die Armee tatsächlich aus jenem historischen Material, das uns zur Verfügung stand, und faßten diese Arbeit unter dem Gesichtspunkt des proletarischen Staates zusammen, der um seine Selbsterhaltung, Befestigung und Erweiterung ringt. Will jemand das metaphysisch kompromittierte Wort „Doktrin“ absolut nicht entbehren, so kann man ihm sagen, daß wir, indem wir die bewaffnete Macht, die Rote Armee, auf der neuen Grundlage des Klassenkampfes aufbauten, damit auch die neue militärische Disziplin schufen. Denn ungeachtet der Mannigfaltigkeit der praktischen Mittel und des Wechsels der Methoden, gab es in unserer militärischen Aufbauarbeit und konnte es in ihr geben weder einen ideenlosen Empirismus, noch eine subjektive Willkür: die ganze Arbeit wurde vom Anfang bis zum Ende durch die Einheit des revolutionären Klassenziels, durch die Einheit des darauf hinarbeitenden Willens, durch die Einheit der marxistischen Orientierungsmethode zusammengeschweißt.

2. Mit Doktrin oder ohne Doktrin?

Versuche, der Arbeit am Aufbau der Roten Armee die proletarische „Militärdiktatur“ vorzuschicken, wurden wiederholt gemacht und erneuert. Als Gegenspiel zum imperialistischen Prinzip des „Stellungskrieges“ wurde außerdem schon seit dem Ende 1917 das absolute Prinzip des Bewegungskrieges hervorgehoben. Der revolutionären Bewegungsstrategie wurde die Organisationsform der Armee untergeordnet: Korps, Divisionen, selbst Brigaden wurden als zu schwerfällige Körper erklärt. Die Verkünder der proletarischen „Militärdiktatur“ schlugen vor, die ganze bewaffnete Macht der Republik in einzelne kombinierte Abteilungen oder Regimenter aufzulösen. Im Grunde genommen war dies eine nur leicht frisierte Ideologie des Partisanenkrieges. Auf dem extremen „linken“ Flügel verteidigte man offen den Partisanenkrieg. Allen Satzungen wurde ein heiliger Krieg erklärt: den alten, — weil sie der Ausdruck der überlebten Militärdoktrin, den neuen — weil sie den alten allzu ähnlich seien. Dabei legten die Anhänger der neuen Doktrin damals weder einen Entwurf zu neuen Satzungen vor, noch konnten sie auch nur einen Artikel zusammenbringen, der unsere Satzungen einer ernsten, prinzipiellen oder sachlichen Kritik unterzogen hätte. Die Heranziehung des alten Offiziertums, besonders für Kommandostellungen, wurde als unvereinbar mit der Durchführung der revolutionären Militärdoktrin erklärt usw.

In Wirklichkeit waren die lärmenden Neuerer selbst die Gefangenen der alten Kriegsdoktrin: sie suchten nur überall, wo dort ein Plus gestanden hatte, ein Minus zu setzen. Darin bestand ihre ganze Selbständigkeit. Die wirkliche Arbeit an der Schaffung der bewaffneten Macht des proletarischen Staates ging jedoch ganz andere Wege. Wir bemühten uns, — besonders im Anfangsstadium — so weit wie

möglich die uns von der alten Armee überlieferten Fertigkeiten, Methoden, Kenntnisse und Mittel auszunützen, ohne uns darum zu kümmern, in welchem Maße die neue Armee in formal-organisatorischer und technischer Hinsicht sich von der alten unterscheiden oder aber ihr gleichen würde. Wir bauten die Armee aus dem vorhandenen menschlichen und technischen Material, suchten nur immer und überall, in ihrer Organisation, d. h. in ihrer persönlichen Zusammensetzung, ihrer Verwaltung, ihrem Bewußtsein und ihren Stimmungen die Herrschaft der proletarischen Vorhut sicherzustellen. Die Einrichtung der Kommissare ist beileibe kein marxistisches Dogma und kein notwendiger Bestandteil der proletarischen „Kriegsdoktrin“. Sie erschien unter bestimmten Verhältnissen als notwendiges Werkzeug der proletarischen Kontrolle, Leitung und politischen Einziehung in der Armee und gewann dadurch eine ungeheure Bedeutung im Leben der bewaffneten Kräfte der proletarischen Republik. Wir kombinierten das alte Kommandopersonal mit dem neuen und erreichten nur auf diese Weise das notwendige Ergebnis: die Armee zeigte sich kampffähig, und zwar im Dienste der Arbeiterklasse. Ihren Zielen, der überwiegenden Klassenzusammensetzung ihres Kommando- und Kommissarenpersonals, ihrem Geiste, ihrer politischen Moral nach, unterscheidet sich die Rote Armee von Grund aus von allen übrigen Armeen der Welt und ist ihr Gegenteil. Auf dem formal-organisatorischen und technischen Gebiet aber wurde und wird sie ihnen umso ähnlicher, je mehr sie sich entwickelt. Mit den Gelüsten allein, auf diesem Gebiete ein neues Wort zu sagen, ist es nicht getan.

Die Rote Armee ist der militärische Ausdruck der proletarischen Diktatur. Wer nach einer feierlicheren Formel verlangt, kann sagen, daß die Rote Armee die militärische Verkörperung der „Doktrin“ der proletarischen Diktatur ist, und zwar

erstens deshalb, weil in der Roten Armee selbst die Diktatur des proletarischen Elements sichergestellt ist, zweitens, weil die proletarische Diktatur als Staatsform ohne die Rote Armee eine Unmöglichkeit wäre.

Bedauerlich ist es nur, daß die Belebung des kriegswissenschaftlichen Interesses zunächst die Wiederbelebung mancher doktrinärer Vorurteile der ersten Periode zeitigte, die zwar ein wenig anders formuliert werden, aber dadurch nicht um ein Jota besser geworden sind. Manche der tiefsinnigeren Neuerer haben auf einmal entdeckt, daß wir ohne jede Kriegsdoktrin leben oder eigentlich nicht leben, sondern nur so dahinvegetieren, ähnlich wie der Andersensche Märchenkönig unangekleidet ging ohne es zu wissen. „Es ist wirklich notwendig, endlich die Doktrin der Roten Armee zu schaffen,“ sagen die einen; — „Wir irren in allen praktischen Fragen des Armeeaufbaus, weil wir bisher die Grundfragen der Kriegsdoktrin: Was ist die Rote Armee? Welche geschichtlichen Aufgaben hat sie? Wird sie revolutionäre Defensiv- oder Offensivkriege führen? usw. nicht gelöst haben,“ so stimmen die anderen bei.

Die Dinge scheinen also so zu liegen, daß wir eine Rote Armee und dazu noch eine siegreiche geschaffen, ihr aber leider keine Kriegsdoktrin gegeben haben. Und die Rote Armee lebt nun so in den Tag hinein, ohne sich viele Gedanken zu machen. Auf die direkte Frage: „Wie soll denn die Doktrin der Roten Armee beschaffen sein?“ antwortet man uns, sie müsse eine Zusammenfassung der Aufbau-, Erziehungs- und Anwendungsprinzipien unserer bewaffneten Macht sein. Aber diese Antwort hat nur rein formelle Bedeutung. Auch die heutige Rote Armee hat ihre „Aufbau-, Erziehungs- und Anwendungsprinzipien“. Die Frage besteht also darin, welche Doktrin uns noch fehlt, d. h. welchen Inhalt jene neuen Prinzipien haben, die dem Programm des Armeeaufbaus einverleibt werden sollen. Und eben hier beginnt die heillosste Ver-

wirung. Der eine macht die aufsehenerregende Entdeckung, daß die Rote Armee eine Klassenarmee, eine Armee der proletarischen Diktatur sei. Ein anderer fügt hinzu, daß die Rote Armee, als revolutionäre und internationale Armee, offensiv sein müsse. Ein dritter empfiehlt, für Offensivzwecke ein besonderes Augenmerk auf die Kavallerie und die Luftwaffe zu richten. Schließlich empfiehlt der vierte, die Anwendung der Machnoschen „Tatschanki“ nicht zu vergessen. Doch muß man sagen, daß in diesen Entdeckungen der kleine Kern gesunder, zwar nicht neuer aber doch richtiger Gedanken unter dem Wust des leeren Geschwätzes vollkommen verschwindet.

3. Was ist eine Kriegsdoktrin?

Wir werden keine allgemeinen Definitionen suchen, die uns für sich allein kaum aus der Schwierigkeit heraushelfen. *) Treten wir lieber an die Frage historisch heran. Die alte Anschauung ging dahin, daß die Grundlagen der Kriegslehre ewig und für alle Zeiten und Völker gemeinsam seien. Dagegen habe die konkrete Spiegelung dieser ewigen Wahrheiten einen nationalen Charakter. Daher gebe es eine

*) Genosse Frunse schreibt: Man könnte die „einheitliche Kriegsdoktrin“ in folgender Weise definieren: sie ist die in der Armee des betreffenden Staates angenommene einheitliche Theorie, die die Aufbauformen der bewaffneten Armeekräfte, die Methoden der militärischen Heeresausbildung und ihrer Führung bestimmt auf Grund der im Staate herrschenden Anschauungen über den Charakter der vor ihm liegenden Kriegsaufgaben und über die Mittel zu ihrer Lösung, die sich aus dem Klassenwesen des Staates und aus dem Zustande seiner Produktivkräfte ergeben“ (die „Krasnaja Nowij“ Nr. 2, S. 94. M. Frunses Artikel „Die einheitliche Kriegsdoktrin und die Rote Armee“).

Diese Definition kann mit Vorbehalten angenommen werden. Doch bereichern, wie der Artikel des Genossen Frunse es am besten darlegt, die Schlüsse zu der angeführten Definition in keiner Weise das geistige Arsenal der Roten Armee. Uebrigens werden wir darauf später noch näher eingehen.

deutsche, russische, französische usw. Kriegsdoktrin. Wenn wir jedoch das Inventar der ewigen Wahrheiten der Kriegslehre einer Prüfung unterziehen, werden wir nicht viel mehr als einige logische Axiome und euklidische Postulate herausbekommen. Der Flankenschutz, die Sicherung der rückwärtigen Verbindungen, der Stoß in den am wenigsten geschützten Punkt des Gegners usw. usw., all diese Regeln gehen in ihrer allumfassenden Formulierung, im Grunde genommen, weit über die Schranken der Kriegskunst hinaus. Der Esel, der aus einem zerrissenen Sack Hafer stiehlt (die am wenigsten geschützte Stelle des Gegners) und sein Hinterteil in die der erwarteten Gefahr entgegengesetzte Seite richtet, macht dies auf Grund der „ewigen“ Grundsätze der Kriegslehre. Indessen kann man kaum im Zweifel sein, daß der Esel, der den Hafer frißt, Clausewitz und selbst Leer nicht gelesen hat.

Der Krieg, von dem wir reden, ist eine soziale und historische Erscheinung, die entsteht, sich entwickelt, ihre Formen ändert und schließlich verschwinden muß. Schon aus diesem Grunde allein kann der Krieg keine ewigen Gesetze haben. Aber das Subjekt des Krieges ist der Mensch, der gewisse stabile anatomische und psychologische Merkmale und die sich aus ihnen ergebenden Methoden und Bräuche hat. Der Mensch handelt in einem bestimmten und verhältnismäßig stabilen geographischen Milieu. Daher traten an allen Kriegen aller Völker gewisse gemeinsame, verhältnismäßig stabile (aber keineswegs absolute) Merkmale hervor. Auf ihrer Grundlage entwickelt sich die historische Kriegskunst. Die Methoden und Mittel dieser Kunst wechseln ebenso wie die gesellschaftlichen Verhältnisse, die diese Kunst bestimmen (Technik, Klassenbau der Gesellschaft, Formen der Staatlichkeit).

Unter einer nationalen Kriegsdoktrin verstand man eben einen verhältnismäßig

stabilen, aber doch zeitweiligen Komplex militärischer Berechnungen, Methoden, Mittel, Gewohnheiten, Losungen, Stimmungen — der ganzen sozialen Ordnung, und vor allem gemäß dem Charakter der herrschenden Klassen.

Was ist z. B. die Kriegsdoktrin Englands? Zu dieser Doktrin gehören oder gehörten offenbar: die Anerkennung der Notwendigkeit der Seeherrschaft, Ablehnung des stehenden Landheeres und der allgemeinen Dienstpflicht, oder noch genauer: die Anerkennung der Notwendigkeit für die englische Flotte, immer stärker zu sein, als die zwei nächststärksten Flotten zusammengenommen, um sich dadurch die Möglichkeit zu sichern, nur eine kleine Freiwilligenarmee zu unterhalten. Damit war die Erhaltung eines Zustandes in Europa verbunden, bei dem keine kontinentale Großmacht das entscheidende Übergewicht auf dem Kontinent erlangen konnte.

Zweifelsohne war diese englische „Doktrin“ die stabilste aller Kriegsdoktrinen. Ihre Stabilität und Klarheit wurde bedingt durch die andauernde, planmäßige, ununterbrochene Entwicklung der britischen Macht, ohne Ereignisse und Erschütterungen, die die internationalen (oder die europäischen, was früher ein und dasselbe war) Kräfteverhältnisse radikal ändern konnten. Heute aber wurde diese Sachlage endgültig beseitigt. Den stärksten Schlag hat England seiner „Doktrin“ während des Krieges versetzt, indem es gezwungen war, seine Armee auf der allgemeinen Dienstpflicht aufzubauen. Das „Gleichgewicht“ auf dem europäischen Kontinent ist gestört. Der Stabilität der neuen Machtverhältnisse will niemand recht trauen. Die Macht der Vereinigten Staaten schließt jede Möglichkeit aus, weiterhin die Herrschaft der britischen Flotte automatisch aufrechtzuerhalten. Es wäre noch zu früh, den Ausgang der Washingtoner Konferenz vorauszusagen. Es steht aber außer Zweifel, daß seit dem imperialistischen Weltkriege die

„Kriegsdoktrin“ Großbritanniens unhaltbar, unzureichend und einfach untauglich wurde. Ein Ersatz aber wurde noch nicht beschafft und es ist sehr zweifelhaft, ob dieser Ersatz überhaupt auftauchen kann, denn die Epoche der militärischen und der revolutionären Erschütterungen, der radikalen Umgruppierung der Weltkräfte, läßt für die eine Kriegsdoktrin in dem Sinne, wie wir sie oben für England bestimmt haben, nur einen sehr engen Spielraum: eine „Kriegsdoktrin“ setzt eine relative Stabilität der äußeren und der inneren Lage voraus.

Einen viel weniger bestimmten und stabilen Charakter erhält die Kriegsdoktrin — selbst in der Vergangenheit — wenn wir uns zu den Ländern des europäischen Kontinents wenden. Was war — sagen wir nur während des Zeitraums zwischen dem deutsch-französischen Kriege von 1870-71 und dem imperialistischen Weltkriege von 1914 — der Inhalt der französischen Kriegsdoktrin? Die Feststellung, daß Deutschland der Erbfeind, der unversöhnliche Feind ist, die Revanche-Idee, die Erziehung der Armee und der jungen Generation im Geiste dieser Idee, die Kultivierung des franko-russischen Bundes, die Verbeugung vor der militärischen Macht des Zarismus, endlich die, wenn auch nicht sehr selbstsichere Unterstützung der bonapartistischen Kriegstradition der kühnen Offensive. Die langandauernde Epoche des bewaffneten Friedens (1871 bis 1914) gab trotz allem der kriegspolitischen Orientierung Frankreichs eine gewisse Stabilität. Aber die rein militärischen Elemente der französischen Kriegsdoktrin waren doch außerordentlich dürftig. Der Krieg hat die Doktrin der Offensive einer schweren Prüfung ausgesetzt. Die französische Armee grub sich gleich nach den ersten Wochen in die Erde ein und obwohl die hurrapatriotischen Generale und die hurrapatriotische Presse während der ersten Kriegsperiode unablässig behaupteten, daß der unterirdische Krieg, der

Schützengrabenkrieg, eine niedrige deutsche Erfindung sei und dem Heldengeiste des französischen Kriegers nicht entspreche, spielte sich doch der ganze Krieg als Stellungen- und Ermattungskampf ab. Gegenwärtig stößt die Doktrin der reinen Offensive, obwohl sie in die neuen Satzungen überpflanzt wurde, wie wir sehen werden, auf einen scharfen Widerspruch auch in Frankreich selbst.

Die Kriegsdoktrin des Nachbismarckdeutschen war, dem Wesen nach, im Einklang mit der Politik des Landes, ungleich aggressiver, aber doch ihrer strategischen Formulierung nach vorsichtiger. „Die strategischen Prinzipien erheben sich in keiner Hinsicht über den gesunden Menschenverstand“ lehrte die deutsche Instruktion für höhere Heeresführer. Doch hob das schnelle Wachstum des kapitalistischen Reichtums und der Bevölkerung die führende Oberschichten, und vor allem die junkerliche Offizierskaste Deutschlands auf eine immer größere Höhe. Die regierenden Klassen Deutschlands besaßen keine Erfahrung in einer Tätigkeit im Weltmaßstabe, sie verrechneten sich in ihren Kräften und Mitteln, sie gaben ihrer Diplomatie und ihrer Strategie einen hochaggressiven Charakter, der sich vollkommen vom „gesunden Menschenverstande“ entfernte. Der deutsche Imperialismus fiel seinem unbedingten offensiven Geiste zum Opfer.

Was folgt hieraus? Es folgt, daß man unter einer nationalen Doktrin in verflochtenen Epochen einen Komplex der stabilen, leitenden diplomatischen und kriegspolitischen Ideen und der mit ihnen mehr oder weniger verbundenen strategischen Grundsätze verstand. Dabei zeigte sich die sog. Kriegsdoktrin — die Formel der Kriegsorientierung der herrschenden Klasse eines Landes auf internationalem Gebiet — umso vollendeter, je bestimmter, stabiler und in ihrer Entwicklung planmäßiger die innere und internationale Lage des Landes war.

Der imperialistische Krieg und die ihm entsprungene Epoche der größten Unstabilität auf allen Gebieten entzogen den nationalen Kriegsdoktrinen vollkommen den Boden und setzten die Notwendigkeit einer schnellen Einschätzung der wechselnden Sachlage, ihrer neuen Gruppierungen und Kombinationen eines „prinzipienlosen“ Lavierens im Zeichen der täglichen Sorgen und der Rücksichten auf die Tagesordnung. Die Washingtoner Konferenz bietet in dieser Beziehung ein besonders lehrreiches Bild. Es ist völlig unbestreitbar, daß jetzt, nachdem die alten Kriegsdoktrinen der Prüfung im imperialistischen Weltkriege unterzogen wurden, kein Land mehr über stabile Prinzipien und Ideen verfügt, die noch als eine nationale Kriegsdoktrin bezeichnet werden könnten.

Man kann freilich zur Annahme neigen, daß die nationalen Kriegsdoktrinen sich wieder herausbilden werden, sobald sich die neuen internationalen Machtverhältnisse und der Platz jedes Staates in diesen Machtverhältnissen geklärt haben werden. Jedoch setzt diese Annahme die Liquidierung der revolutionären Epoche voraus, ihre Ablösung durch eine neue Epoche der organischen Entwicklung. Und gerade zu dieser Voraussetzung haben wir keinen Grund.

4. Gemeinplätze und leeres Geschwätz.

Es könnte scheinen, daß der Kampf gegen Sowjetrußland allen kapitalistischen Staaten der Gegenwart ein genügend stabiles Element für eine „Kriegsdoktrin“ liefern könnte. Doch ist nicht einmal dies der Fall: die Kompliziertheit der Weltlage, die ungeheuerliche Verflechtung der einander widersprechenden Interessen, und vor allem die Unsicherheit der sozialen Basis der bürgerlichen Regierungen schließen die Möglichkeit der konsequenten Durchführung auch nur einer „Kriegsdoktrin“ — des Kampfes gegen Sowjetrußland — aus.

Oder, um es genauer auszudrücken: der Kampf gegen Sowjetrußland ändert so oft seine Form und entwickelt sich in einer so sonderbaren Zickzacklinie, daß es eine tödliche Gefahr für uns bedeuten würde, wollten wir unsere Wachsamkeit mit doktrinären Schlagworten und „Formeln“ der internationalen Verhältnisse einschläfern. Die einzige richtige „Doktrin“ für uns ist: auf der Hut sein und gut anpassen. Selbst wenn wir die Frage in größten Umrissen nehmen und uns fragen, wo der Hauptschauplatz unserer Kriegssaktionen in den nächsten Jahren — ob im Osten oder im Westen? — liegen wird, können wir keine sichere Antwort geben. Dazu ist die internationale Lage zu kompliziert. Der allgemeine Gang der geschichtlichen Entwicklung ist klar, aber die Ereignisse halten sich an keine Reihenfolge und reifen nicht nach dem Kalenderprogramm heran. Und praktisch müssen wir doch nicht auf den „Entwicklungsgang“ sondern auf Tatsachen, auf Ereignisse reagieren. Es ist nicht schwer, sich solche historische Alternativen vorzustellen, bei denen wir gezwungen werden, uns vorwiegend im Osten oder auch umgekehrt im Westen festzulegen, die Entwicklung der Revolution durch eine Defensivpolitik zu unterstützen oder umgekehrt zur Offensive überzugehen. Nur die marxistische Methode der internationalen Orientierung, der Einschätzung der Klassenkräfte, ihrer Kombinationen und Aenderungen wird uns helfen können, in jedem konkreten Fall die richtige Lösung zu finden. Eine allgemeine Formel auszudenken, die das „Wesen“ unserer Kriegsaufgaben im Laufe der nächsten Periode zum Ausdruck bringt, ist ein Ding der Unmöglichkeit.

Man kann aber — und dies wird nicht selten getan — dem Begriff der Kriegsdoktrin einen konkreteren und engeren Inhalt geben, und sie als die Hauptprinzipien der reinen Kriegskunst auffassen, die alle Seiten der militärischen Organisation, Technik und Strategie regulieren. In diesem

Sinne kann man sagen, daß die Kriegsdoktrin unmittelbar den Inhalt der militärischen Satzungen bestimmt. Aber um welche Prinzipien handelt es sich hier? Manche Doktrinäre stellen die Sache in folgender Weise dar: man müsse das Wesen und die Bestimmung der Armee, die vor ihr stehende Aufgabe definieren und daraus schon auf ihre Organisation, ihre Strategie und Taktik schließen und diese Schlüsse in den Satzungen festlegen. In der Tat aber ist diese Auffassung der Frage scholastisch und blutleer.

Welche Banalitäten und welche nichtsagenden Phrasen man unter den Begriff der Grundprinzipien der Kriegskunst fassen will, erhellt aus den feierlich zitierten Worten Fochs, daß das Wesen des modernen Krieges darin besteht, „die feindlichen Armeen aufzufinden, um sie dann zu vernichten, und zwar unter Zugrundelegen einer Handlungsrichtung und einer Taktik, die am schnellsten und sichersten zum Ziele führen“. Aeußerst inhaltsreich! Aeußerst horizonterweiternd! Zur Vervollständigung dieser Worte braucht man nur zu sagen, daß das Wesen der modernen Ernährungsmethoden darin besteht, die Mundöffnung zu finden, dort die Nahrung einzuführen und diese nach ihrer Zerkleinerung unter möglichst geringem Energieaufwand zu verschlucken. Deshalb sollte man nicht versuchen, aus diesem Prinzip, das dem Fochschen Prinzip in nichts nachsteht, deduktiv zu folgern, welche Nahrung die richtige ist, wie man sie zu bereiten hat, wann und von wem sie zu verzehren ist und vor allen Dingen, wie man sich diese Nahrung verschaffen kann?

Die Kriegskunst ist eine sehr empirische, sehr praktische Kunst. Die Versuche, sie zu einem System zu erheben, aus dessen Grundprinzipien man sowohl die Feldsatzungen, als die Divisionsstärken und die Uniformschnitte ableiten kann, sind sehr riskante Uebungen. Das verstand schon der alte Clausewitz sehr gut.

„Es ist vielleicht nicht unmöglich“, schrieb er, „eine systematische Theorie des Krieges voll Geist und Gehalt zu schreiben, unsere bisherigen aber sind weit davon entfernt. Ihres unwissenschaftlichen Geistes gar nicht zu gedenken, strotzen sie, in dem Streben nach Zusammenhang und der Vollständigkeit des Systems, von Alltäglichkeiten, Gemeinprüchen und Salbadereien aller Art.“ („Vom Kriege“. Vorrede.)

5. Haben wir eine „Kriegsdoktrin“ oder nicht?

Brauchen wir also eine Kriegsdoktrin oder nicht? Es haben mir manche vorgeworfen, daß ich der Antwort auf diese Frage „ausweiche“. Um aber zu antworten, muß man wissen, worüber man befragt wird, also was die Fragenden unter Kriegsdoktrin verstehen. Solange diese Frage nicht klar und vernünftig gestellt wird, muß man leider der Antwort „ausweichen“. Um sich der richtigen Fragestellung zu nähern, wollen wir, nach allem Obengesagten, die Frage selbst in ihre Bestandteile zerlegen. Von diesem Standpunkte können in der Kriegsdoktrin folgende Elemente vertreten sein.

1. Die grundlegende (klassenmäßige) Orientierung unseres Landes, in der Zusammensetzung seiner Regierung, in den Fragen der Wirtschaft, der Kultur usw. d. h. in der Innenpolitik.

2. Die internationale Orientierung des proletarischen Staates. Die großen Linien unserer Weltpolitik und, im Zusammenhang damit, die Hauptschauplätze unserer Kriegsaktionen.

3. Die Zusammensetzung und der Bau der Roten Armee im Einklang mit der Natur des Arbeiter- und Bauernstaates und mit den Aufgaben seiner bewaffneten Macht.

4. Die strategische und taktische Theorie der Roten Armee.

Die Theorie der Heeresorganisation

(p. 3) mitsamt der strategischen Theorie (p. 4) wird offenbar die Kriegsdoktrin in eigentlichem (oder engem) Sinne des Wortes bilden. Die Zerlegung könnte aber auch weitergeführt werden. So kann man aus den verzeichneten Punkten die Fragen der Technik der Roten Armee, der Organisation der Armeepropaganda usw. ausscheiden.

Ist es nötig, daß die Regierung, die führende Partei, das Kriegskommissariat in allen diesen Fragen bestimmte Anschauungen hat? Selbstverständlich ist dies nötig. Kann man die Rote Armee aufbauen, ohne bestimmte Ansichten darüber zu haben, welches ihre soziale Zusammensetzung sein soll, woher das Offiziers- und Kommissarenkorps zu ergänzen ist, wie die Armeeteile zu uniformieren, auszubilden und zu erziehen sind usw.? Und weiter, man kann auf diese Frage keine Antworten geben, ohne sich vorher über die innen- und außenpolitischen Grundaufgaben des Arbeiterstaates klar zu werden. Mit anderen Worten, das Kriegskommissariat muß leitende Prinzipien besitzen, auf Grund deren es die Armee aufbaut, erzieht und reorganisiert.

Muß man (und kann man) die Gesamtheit dieser Prinzipien als Kriegsdoktrin bezeichnen?

Darauf antwortete ich und antwortete auch jetzt: wenn jemand die Gesamtheit der Prinzipien und der praktischen Methoden der Roten Armee durchaus als Kriegsdoktrin bezeichnen will, so werde ich, obwohl ich diese Vorliebe für den verblaßten Plunder der alten Amtspraseologie nicht teile, doch darum allein keinen Kampf führen (mein „Ausweichen“!). Aber falls jemand zu behaupten wagt, daß wir diese Prinzipien und diese praktischen Methoden überhaupt nicht besitzen,*) daß unser

*) Genosse Solomin wirft uns in der kriegswissenschaftlichen Zeitschrift „Wojennaja Nauka i revoluzja“ („Kriegswissenschaft u. Revolution“) vor, daß wir die Frage: Welche Armee schaffen wir, und für welche Aufgaben schaffen wir sie: bis jetzt nicht beantwortet hätten.

Kollektivdenken darüber nicht gearbeitet hat und nicht arbeitet, so antworte ich: Ihr redet Unwahrheiten, Ihr berauscht Euch selbst und die anderen mit leerem Wortgebimmel. Statt über mangelnde Kriegsdoktrin zu schreien, legt uns vor, demonstriert uns, zeigt uns auch nur ein kleines Teilchen jener Kriegsdoktrin, die der Roten Armee fehlt. Aber das ist eben das Unglück: sobald unsere militärischen „Doktrinäre“ vom Jammern über den Nutzen der Doktrin zu den Versuchen übergehen, eine solche vorzubringen, oder wenigstens auch nur ihre allgemeinsten Umrisse zu skizzieren, wiederholen sie entweder schlecht und recht das, was schon längst gesagt worden, was in das Bewußtsein eingegangen ist, was durch Beschlüsse der Parteitage und der Sowjetkongresse, durch Dekrete, Gesetze, Satzungen, Instruktionen viel besser und genauer als von unseren Neuerern ausgedrückt wurde, oder sie kommen in Verwirrung, überschlagen sich und geben ein ganz unmögliches Gewäsch zum besten.

Wir werden es gleich an jedem der Bestandteile der sogenannten Kriegsdoktrin im einzelnen zeigen.

6. Welche Armee schaffen wir, und für welche Aufgaben schaffen wir sie?

„Die alte Armee fungierte als Werkzeug der Klassenunterdrückung der werktätigen Massen durch die Bourgeoisie. Mit dem Uebergang der Staatsgewalt auf die werktätigen und ausgebeuteten Klassen entstand die Notwendigkeit, eine neue Armee zu schaffen, die ein Bollwerk der Sowjetmacht in der Gegenwart, eine Grundlage für die Ersetzung des stehenden Heeres durch die Volksbewaffnung in der nächsten Zukunft und eine Stütze für die sozialistische Revolution in Europa sein soll.“

So lautet das Dekret des Rates der Volkskommissare vom 12. Januar 1918 über die Bildung der Roten Armee. Es tut mir sehr leid, daß ich hier nicht alles anführen kann, was unser Parteiprogramm und die Resolutionen unserer Kongresse über die Rote Armee sagen. Ich empfehle den Lesern

die Lektüre dieser Entschlüsse auf eindringlichste: es ist dies eine sehr nützliche und lehrreiche Literatur. Dort wurde sehr klar gesagt, „welche Armee wir schaffen und für welche Aufgaben wir sie schaffen.“ Was wollen also die neugebackenen Kriegsdoktrinäre in dieser Beziehung noch hinzufügen? Anstatt eine Umformulierung der genauen und klaren Formulierungen auszuklügeln, sollte man sich lieber die propagandistische Aufklärung der jungen Rotarmisten über diese Leitsätze vornehmen. Das wäre viel nützlicher.

Aber, wird man uns sagen, und sagt es auch jetzt: in den Resolutionen und in den Dekreten wurde die internationale Rolle der Roten Armee und insbesondere die Notwendigkeit, sich für die relationären Offensivkriege vorzubereiten, nicht genügend betont. Darauf legt Solomin besonderes Gewicht: „... Wir schaffen eine Klassenarmee des Proletariats, schreibt er an derselben Stelle (S. 22) — eine Arbeiter- und Bauernarmee nicht nur zum Zwecke der Verteidigung gegen die bürgerlich-junkerliche Konterrevolution, sondern auch für die Revolutionskriege, (sowohl defensive, wie offensive) gegen die imperialistischen Mächte, für die Kriege vom Typus der Halbbürgerkriege (?), in denen die Offensivstrategie eine große Rolle spielen kann.“ Dies ist also die Offenbarung, dies das revolutionäre Fastenevangelium von Solomin. Aber leider irrt unser Verfasser gewaltig — wie dies Aposteln oft zustößt — wenn er sich einbildet, daß er etwas Funkelnagelneues entdeckt. Er formuliert nur schlecht das Alte. Gerade deshalb, weil der Krieg die Verlängerung der Politik mit dem Gewehr in der Hand ist, konnte es und kann es für unsere Partei keinen prinzipiellen Streit über die Rolle geben, die revolutionäre Kriege in der Entwicklung der Weltrevolution der Arbeiterklasse spielen können und müssen. Diese Frage wurde in der russischen marxistischen Presse nicht erst seit gestern gestellt und gelöst. Ich könnte ein Dutzend Leit-

artikel in der Parteipresse, besonders seit der Zeit des imperialistischen Krieges anfüllen, in denen der revolutionäre Krieg eines Arbeiterstaates als etwas ganz Selbstverständliches behandelt wird. Ich greife aber auf eine noch weitere Vergangenheit zurück und führe die Zeilen an, die ich selbst 1905 geschrieben habe.

„Dies (die Entwicklung der russischen Revolution) gibt den sich aurollenden Ereignissen von Anfang an einen internationalen Charakter und eröffnet die größte Perspektive: die politische Befreiung, die von der Arbeiterklasse Rußlands geleitet wird, hebt die Leiterin selbst zu einer in der Weltgeschichte nie dagewesenen Höhe empor, legt kolossale Kräfte und Mittel in ihre Hände und macht sie zur Bahnbrecherin der Weltliquidierung des Kapitalismus, für die alle objektiven Voraussetzungen bereits durch den Gang der Weltgeschichte geliefert wurden.“

Wird das russische Proletariat, wenn es die Macht zeitweilig in die Hände bekommt, nicht aus eigener Initiative die Revolution auf den europäischen Boden tragen, so wird es dazu durch die europäische feudal-bürgerliche Reaktion gezwungen werden.

Es wäre selbstverständlich unnütz, jetzt die Wege voraussehen zu wollen, auf denen die russische Revolution auf das alte kapitalistische Europa übergreifen wird: diese Wege können ganz unerwartet sein. Eher um unsere Gedanken zu illustrieren, als um zu prophezeien, wollen wir uns bei Polen, als Bindeglied zwischen dem revolutionären Osten und dem revolutionären Westen aufhalten.

Der Triumph der Revolution in Rußland bedeutet unvermeidlich den Sieg der Revolution in Polen. Es ist nicht schwer, sich zu denken, daß das revolutionäre Regime in den zehn Gouvernements Russisch-Polens unvermeidlich Galizien und Posen wecken wird.) Die Hohenzollernsche und die Habsburgische Regierung werden hierauf mit der Zusammenziehung ihrer Truppen an der polnischen Grenze antworten, um diese dann zu überschreiten und den Feind in seiner Hauptstadt, in Warschau zu schlagen. Es ist klar, daß die russische Revolution ihre westliche Vorhut nicht in den Händen der preußisch-österreichischen Soldateska lassen kann. Der Krieg mit den Regierungen Wilhelms II. und Franz Josephs wird unter solchen Umständen zum Selbsterhaltungsgesetz für die revolutionäre Regierung Rußlands werden. Welche Stellung wird dabei das deutsche und österreichische Proletariat einnehmen? Es ist klar, daß es dem konterrevolutionären Kreuzzug seiner nationalen Armeen nicht gleichgültig zusehen kann. Ein Krieg des feudalbürgerlichen Deutschlands gegen das revolutionäre Rußland bedeutet unvermeidlich eine proletarische Revolution in Deutschland. Wem

) Ich erinnere daran, daß diese Worte 1905 geschrieben worden sind.

eine solche Behauptung zu kategorisch scheint, der möge sich ein anderes geschichtliches Ereignis ausdenken, das mehr geeignet wäre, die deutschen Arbeiter und die deutsche Reaktion auf den Weg einer offenen Machtprobe zu stoßen.“ (Siehe Trotzki „Unsere Revolution“, S. 280, russisch.)

Selbstredend sind die Ereignisse nicht in derselben geschichtlichen Reihenfolge eingetreten, die nur hypothetisch, der Anschaulichkeit wegen in diesen Zeilen vor 16 Jahren vorgezeichnet wurden. Aber der allgemeine Entwicklungsgang bestätigte und bestätigt auch weiterhin die Voraussage, daß die Epoche der proletarischen Revolution unvermeidlich zu einer Epoche der revolutionären Kriege werden wird und daß die Machteroberung durch das junge russische Proletariat es unvermeidlich auf den Krieg mit den Mächten der Weltreaktion stoßen wird. Schon vor anderthalb Jahrzehnten also waren wir uns im Hauptsächlichen darüber klar, „welche Armee“ und „für welche Aufgaben“ wir sie werden schaffen müssen.

7. Revolutionäre Politik und Methodismus.

Also existiert für uns in bezug auf den revolutionären Offensivkrieg prinzipiell keine Frage. Aber bezüglich dieser „Doktrin“ muß der proletarische Staat dasselbe sagen, was bezüglich der revolutionären Offensive der Arbeitermassen im bürgerlichen Staate (der „Offensivtheorie“) der letzte Kongreß der Kommunistischen Internationale sagte: Nur ein Verräter kann die Offensive prinzipiell ablehnen; nur ein Einfaltspinsel aber die ganze Strategie auf die Offensive beschränken.

Bedauerlicherweise finden sich unter unseren neugebackenen Doktrinen sehr viele solcher offensiven Einfaltspinsel, die unter der Flagge der Kriegsdoktrin in unseren militärischen Betrieb dieselben einseitigen „linksradiakalen“ Tendenzen hineinzuschmuggeln versuchen, die zur Zeit des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale ihren vollkom-

menen Ausdruck in der „Offensivtheorie“ gefunden hatten: „Da (!) wir in einer revolutionären Epoche stehen, folgt (!), daß die Kommunistische Partei eine Offensivpolitik führen muß.“ Die Uebersetzung des „Linkradikalismus“ in die Sprache der Kriegsdoktrin bedeutet eine Potenzierung des Fehlers. Indem die marxistische Taktik die prinzipielle Grundlage des unversöhnlichen Klassenkampfes wahrte; zeichnet sie sich gleichzeitig durch eine außerordentliche Biagsamkeit, Beweglichkeit oder, um in der militärischen Sprache zu reden, durch ihre Manövrierfähigkeit aus. Gegen diese prinzipielle Festigkeit bei gleichzeitiger Biagsamkeit der Methoden und der Form tritt nur ein steifer Methodismus auf, der aus der Beteiligung oder Nichtbeteiligung an der parlamentarischen Tätigkeit, aus der Anerkennung oder Ablehnung der Verständigung mit den nichtkommunistischen Parteien und Organisationen eine absolute, angeblich für alle Verhältnisse geeignete Methode macht.

Das Wort „Methodismus“ selbst wird am häufigsten in der militärisch-strategischen Literatur angewandt. Das Streben, eine bestimmte Handlungsweise, die bestimmten Verhältnissen entspricht, zu einem ständigen System zu erheben, charakterisiert Epigonen, mittelmäßige Heerführer und Routiniere. Da die Menschen sich nicht unausgesetzt, sondern nur mit großen Unterbrechungen bekriegen, ist der Druck der Methoden und Mittel des letzten Krieges auf das Bewußtsein der Kriegsleute der Friedensepoche eine gewöhnliche Erscheinung. Der Methodismus äußert sich daher am grellsten auf dem Gebiete der Kriegswissenschaft. Es steht außer Zweifel, daß die irrigen Tendenzen des Methodismus, gerade in den Versuchen zum Ausdruck kommen, eine Doktrin des „revolutionären Offensivkrieges“ zu konstruieren.

Diese Doktrin enthält zwei Elemente: das international-politische und das operativ-strategische. Denn erstens handelt es sich darum, eine, wie man in der Kriegs-

sprache sagt, „offensive Außenpolitik“ zum Zwecke der Beschleunigung der revolutionären Lösung zu entfalten, zweitens darum, der Strategie der Roten Armee selbst einen offensiven Charakter zu geben. Diese zwei Fragen müssen, obwohl sie in gewisser Beziehung verknüpft sind, hier doch auseinandergehalten werden.

Daß wir auf revolutionäre Kriege nicht verzichten, zeigen nicht nur die Artikel und Resolutionen, sondern auch die großen historischen Ereignisse. Nachdem die polnische Bourgeoisie uns im Frühjahr 1920 einen Verteidigungskrieg aufgezwungen hatte, versuchten wir, unsere Verteidigung zur revolutionären Offensive zu entwickeln. Dieser Offensive war zwar kein Erfolg beschieden, aber eben daraus ergibt sich eine nicht unwichtige zusätzliche Folgerung: der revolutionäre Krieg, der unbestreitbar ein Werkzeug unserer Politik unter bestimmten Umständen ist, kann unter anderen Umständen ein unseren Berechnungen direkt entgegengesetztes Ergebnis zeitigen.

In der Periode des Brester Friedens mußten wir zum ersten Mal in einem breiten Maßstabe den politisch-strategischen Rückzug anwenden. Damals glaubten viele, daß dies uns zum Verderben gereichen werde. Aber schon nach einigen Monaten hat es sich gezeigt, daß die Zeit gut für uns gearbeitet hatte. Im Februar 1918 war der deutsche Militarismus, obwohl schon untergraben, doch noch stark genug, um unsere damals noch verschwindend geringen Kräfte zu erdrücken. Im November ging er schon in die Brüche. Unser Brester außenpolitischer Rückzug war unsere Rettung geworden.

Nach Brest mußten wir einen ununterbrochenen Krieg gegen die weißen Armeen und die fremden Okkupationstruppen führen. Dieser Kleinkrieg war sowohl defensiv als auch offensiv, und zwar sowohl in politischer als auch in militärischer Hinsicht. Als Ganzes jedoch war unsere staatliche Außenpolitik während dieser Periode vornehmlich eine Verteidigungs-

und Rückzugspolitik. (Verzicht auf die Sowjetisierung der Ostseestaaten, unsere wiederholten Friedensangebote, mit der Bereitschaft zu den weitestgehenden Zugeständnissen, die „neue“ Wirtschaftspolitik, die Anerkennung der Schulden usw.) Wir zeigten insbesondere die größte Nachgiebigkeit gegenüber Polen, dem wir günstigere Bedingungen anboten, als sie ihm von der Entente in Aussicht gestellt wurden. Unsere Bemühungen hatten keinen Erfolg. Pilsudski griff uns an. Der Krieg nahm einen auf unserer Seite offenbar defensiven Charakter an. Diese Tatsache trug im höchsten Grade dazu bei, die öffentliche Meinung nicht nur der Arbeiter und der Bauern, sondern auch der zahlreichen bürgerlich-intellektuellen Elemente um uns zu scharen. Die erfolgreiche Verteidigung entfaltete sich naturgemäß zur siegreichen Offensive. Wir überschätzten jedoch den revolutionären Charakter der damaligen inneren Lage Polens. Diese Ueberschätzung kam in der außerordentlichen, d. h. unseren Machtmitteln nicht entsprechenden Offensivität unserer Operationen zum Ausdruck. Wir stürmten allzu unbesorgt vorwärts und das Ergebnis ist bekannt: wir wurden zurückgeworfen.

Fast gleichzeitig mit diesen Ereignissen zerschellte eine machtvolle revolutionäre Welle in Italien, weniger am Widerstande der Bourgeoisie als an der verräterischen Passivität der leitenden Arbeiterorganisationen. Der Mißerfolg unseres Augustfeldzuges gegen Warschau und die Niederlage der Septemberbewegung in Italien änderten die Machtverhältnisse in ganz Europa zugunsten der Bourgeoisie. Die politische Lage der Bourgeoisie wurde seitdem fester, ihr Verhalten selbstsicherer. Der Versuch der Kommunistischen Partei Deutschlands, durch eine künstliche Generaloffensive die Lösung zu beschleunigen, ergab nicht das gewünschte Ergebnis und konnte es nicht ergeben. Die revolutionäre Bewegung zeigte ein langsames Tempo, als wir es 1918—19 erwartet hatten. Der

soziale Boden blieb indessen unterminiert. Die Industrie- und Handelskrise nahm ungeheuerliche Dimensionen an. Jähe Wendungen der politischen Entwicklung, in der Form von revolutionären Ausbrüchen, sind in der nächsten Zukunft vollkommen möglich. Aber im allgemeinen erhielt die Entwicklung einen mehr schleppenden Charakter. Der III. Kongreß der Internationale rief die kommunistischen Parteien zur sorgfältigen und unermüdlichen Vorbereitung auf. In vielen Ländern waren die Kommunisten gezwungen, weitgehende strategische Rückzüge auszuführen und auf die unmittelbare Lösung jener Aufgaben zu verzichten, die sie sich noch kurz vorher gestellt hatten. Die Angriffsinitiative wurde auf eine gewisse Zeit von der Bourgeoisie übernommen. Die Tätigkeit der kommunistischen Parteien hat zur Zeit einen vorwiegend defensiven und organisatorisch-vorbereitenden Charakter. Unsere revolutionäre Defensive bleibt nach wie vor elastisch, d. h. fähig, sich bei einem entsprechenden Wechsel der Verhältnisse in eine Gegenoffensive zu verändern, die ihrerseits mit einer Entscheidungsschlacht endigen kann.

Der Mißerfolg des Feldzuges gegen Warschau, der Sieg der Bourgeoisie in Italien, die zeitweilige Ebbe in Deutschland hatten uns gezwungen, einen großen Rückzug zu vollziehen, der mit dem Rigaer Vertrag begann und mit der bedingten Anerkennung der alten Schulden endete.

Auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Aufbaus hatten wir im Laufe dieser Periode einen nicht weniger großen Rückzug vollzogen: Zulassung von Konzessionen, Abschaffung des Getreidemonopols, Verpachtung von zahlreichen Industriebetrieben usw. Die Grundursache dieser aufeinanderfolgenden Rückzugsbewegungen ist die Tatsache der fortbestehenden kapitalistischen Einkreisung d. h. der relativen Stabilität des kapitalistischen Regimes.

Was wollen also eigentlich jene Verkünder der Kriegsdoktrin, (wir nennen sie

kurz Doktrinäre — sie verdienen es wohl) die verlangen, daß wir die Rote Armee unter dem Gesichtswinkel des revolutionären Offensivkrieges orientieren? Wollen sie die bloße Anerkennung des Prinzips? Dann rennen sie offene Türen ein. Oder sind sie der Meinung, daß in der internationalen Lage oder in unserer inneren Lage solche Bedingungen eingetreten sind, die den revolutionären Offensivkrieg für uns auf die Tagesordnung stellen? Dann müßten unsere Doktrinäre ihre Hiebe nicht gegen das Kriegskommissariat, sondern gegen unsere Partei und gegen die Kommunistische Internationale richten, denn niemand anders als der Weltkongreß hat im Sommer 1921 die revolutionäre Offensivstrategie als unzeitgemäß abgewiesen, alle Parteien zur sorgfältigen Vorbereitungsarbeit aufgerufen und die defensive Bewegung in der Politik Sowjetrußlands als den Verhältnissen entsprechend gebilligt.

Oder ist etwa irgendeiner unserer Doktrinäre der Meinung, daß während die „schwachen“ kommunistischen Parteien in den bürgerlichen Staaten die vorbereitende Arbeit zu führen hätten, die „allmächtige“ Rote Armee einen revolutionären Offensivkrieg entfalten müsse? Vielleicht schicken sich manche ungeduldigen Strategen auch wirklich an, die Last des internationalen oder auch nur des europäischen „letzten Gefechtes“ der Roten Armee aufzubürden. Wer eine derartige Politik im Ernst predigt, der wird besser tun, sich einen Mühlstein an den Hals zu hängen und auch im übrigen dem bekannten Hinweis des Evangeliums gemäß zu handeln.

8. Die Erziehung im „Offensivgeiste“.

In dem Bestreben, sich aus den Widersprüchen der Offensivdoktrin im Zeitalter des defensiven Rückzugs herauszuwinden, gibt Genosse Solomin der „Doktrin“ des revolutionären Krieges eine . . . erzieherische Bedeutung. Gegenwärtig — gibt er zu, —

seien wir wirklich am Frieden interessiert und wir würden ihn mit allen Mitteln schützen. Aber trotz unserer Verteidigungspolitik seien revolutionäre Kriege unvermeidlich. Wir müßten uns auf sie vorbereiten und folglich auch den „Offensivgeist“ für die Zukunftsbedürfnisse züchten. Die Offensive ist also nicht im Fleisch, sondern im Geiste und in der Wahrheit zu verstehen. Mit anderen Worten, Genosse Solomin will neben dem Mobilisationsvorrat an Militärzwieback auch einen Mobilisationsstock der offensiven Begeisterung haben. Immer besser! Haben wir oben bei unserem gestrengen Kritiker das Unverständnis für die Methoden der revolutionären Strategie gesehen, so stellen wir hier die Verkennung der Gesetze der revolutionären Psychologie fest.

Wir brauchen den Frieden nicht aus Rücksichten der Doktrin, sondern deshalb, weil die Werktätigen kriegsmüde sind. Unsere Anstrengungen sind darauf gerichtet, für die Arbeiter und Bauern eine möglichst langandauernde Friedensperiode zu erkämpfen. Wir setzen es der Armee selbst auseinander, daß wir nur deshalb nicht demobilisieren können, weil uns neue Ueberfälle drohen. Aus diesen Verhältnissen zieht Solomin den Schluß, daß wir die Rote Armee in der Ideologie des revolutionären Offensivkrieges „erziehen müssen“. Welch' idealistische Auffassung der „Erziehung“! „Wir sind außerstande Krieg zu führen und beabsichtigen es auch nicht“, — räsontiert Genosse Solomin melancholisch, — „wir müssen aber bereit sein, und darum müssen wir uns zur Offensive vorbereiten, — so ist die widerspruchsvolle Formel, zu der wir gekommen sind . . .“ Die Formel ist wirklich widerspruchsvoll. Wenn aber Solomin denkt, daß dieser Widerspruch ein „guter“, ein dialektischer ist, so irrt er gewaltig: er ist einfach ein Widersinn.

Unsere innere Politik stellte sich in der letzten Periode die Annäherung an die

Bauernschaft als eine ihrer wichtigsten Aufgaben. Besonders akut ist für uns die Frage der Bauernschaft gestellt in der Armee. Glaubt Solomin im Ernst, daß jetzt, wo die unmittelbare Gefahr der Junkerherrschaft beseitigt ist und die europäische Revolution potentiell bleibt, wir die zu neun Zehnteln bäuerliche, über eine Million Mann zählende Armee unter dem Banner des Offensivkrieges, im Namen der Erkämpfung der proletarischen Revolution zusammenschließen können? Eine derartige Propaganda wäre blutleer.

Selbstverständlich denken wir keinen Augenblick daran, es vor den Werktätigen, darunter auch vor der Roten Armee zu verheimlichen, daß wir grundsätzlich immer für den revolutionären Offensivkrieg sein werden, soweit er zur Befreiung der Werktätigen in den anderen Ländern beitragen kann. Aber wer sich einbildet, daß er auf Grund dieser prinzipiellen Erklärung die entsprechende Ideologie der Roten Armee unter den gegenwärtigen Bedingungen schaffen oder „an-erziehen“ kann, der versteht weder die Rote Armee noch die gegenwärtigen Verhältnisse. In der Tat weiß jeder denkende Rotarmist, daß wir, wenn im Winter und im Sommer kein Ueberfall auf uns erfolgt, sicher nicht den Frieden stören, im Gegenteil die Atempause mit allen Kräften zur Heilung unserer Wunden ausnutzen werden. In unserem erschöpften Lande lernen wir die Kriegskunst, bewaffnen uns, bauen eine große Armee, um uns gegen einen Ueberfall verteidigen zu können. Da haben wir eine „Doktrin“, die klar, einfach und der Wirklichkeit entsprechend ist.

Gerade deshalb, weil wir im Frühling 1920 die Frage in dieser Weise gestellt hatten, lernte es jeder Rotarmist gut verstehen, daß das bürgerliche Polen uns den Krieg aufgezwungen hatte, den wir nicht gewollt, und den wir dem Volke um den Preis der äußersten Zugeständnisse er-

sparen wollten. Gerade aus diesem Bewußtsein heraus erwuchs die höchste Empörung und der Haß gegen den Feind; gerade dank dieser Sachlage konnte sich der Krieg, der als ein Defensivkrieg begann, zu einem Offensivkrieg entfalten.

Der Widerspruch zwischen der defensiven Propaganda und dem letzten Endes offensiven Charakter des Krieges ist ein „guter“, realer, dialektischer Widerspruch. Und wir haben keinen Grund, den Charakter und die Richtung unserer kriegserzieherischen Arbeit den Konfusionisten zuliebe zu ändern, mögen sie auch im Namen der „Kriegsdoktrin“ reden.

Wenn man von revolutionären Kriegen spricht, läßt man sich am häufigsten durch die Erinnerung an die Kriege der großen Französischen Revolution leiten. Dort fing man auch zunächst mit der Verteidigung an, schuf in dieser Verteidigung die Armee und ging dann zur Offensive über. Unter den Klängen der Marseillaise durchfegten die bewaffneten Sansculottes mit dem revolutionären Besen ganz Europa.

Die geschichtlichen Analogien sind sehr verlockend. Doch muß man sich ihrer mit der größten Vorsicht bedienen. Sonst kann man über die formellen Aehnlichkeitszüge die materiellen Unterschiede übersehen. Das Frankreich vom Ende des XVIII. Jahrhunderts war das reichste und das zivilisierteste Land des europäischen Kontinents. Das Rußland des XX. Jahrhunderts ist das ärmste und das zurückgebliebenste Europas. Die revolutionäre Aufgabe der französischen Armee hatte einen viel oberflächlicheren Charakter, als jene revolutionären Aufgaben, die jetzt vor uns stehen: damals ging es um den Sturz der „Tyrannen“, um die Beseitigung oder Milderung der feudalen Leibeigenschaft. Für uns dagegen geht es um die volle Vernichtung der Ausbeutung und der Klassenunterdrückung.

Aber auch bezüglich der bürgerlich-revolutionären Aufgaben zeigte sich die

Rolle der französischen Waffen, d. h. der Waffen eines Landes, das gegenüber dem zurückgebliebenen Europa fortgeschritten war, sehr beschränkt und vergänglich. Nach dem Falle des Bonapartismus, der aus dem revolutionären Kriege hervorgegangen war, kehrte Europa zu seinen Königen und Feudalen zurück.

In dem gigantischen Klassenkriege, der sich gegenwärtig abspielt, kann die Rolle der militärischen Intervention von außen nur eine begleitende, mitwirkende sekundäre Bedeutung haben. Die militärische Intervention kann die Lösung beschleunigen und den Sieg erleichtern. Dazu muß aber die Revolution nicht nur in den sozialen Verhältnissen, sondern auch im politischen Bewußtsein herangereift sein. Die militärische Intervention wirkt ähnlich wie die Geburtszange: rechtzeitig angewendet, kann sie die Geburtswehen kürzen, vorzeitig in's Werk gesetzt, kann sie nur eine Fehlgeburt zeitigen.

9. Der strategische und technische Inhalt der „Kriegsdoktrin“.

(Manövrierfähigkeit.)

Das Obengesagte bezieht sich weniger auf die Rote Armee selbst, auf ihren Bau und ihre Wirkungsmethoden, als auf die politischen Aufgaben, die der Arbeiterstaat dieser Armee stellt.

Gehen wir jetzt auf die Kriegsdoktrin in engerem Sinne des Wortes ein. Wir haben vom Genossen Solomin gehört, daß solange wir die Doktrin des revolutionären Offensivkrieges nicht festgelegt haben werden, wir zur Verwirrung und zu Mißgriffen in den organisatorischen, kriegspädagogischen und anderen Fragen verurteilt sein werden. Doch dieser Gemeinplatz macht den Kohl nicht fett. Statt zu wiederholen, daß aus einer guten Doktrin sich gute, praktische Folgerungen ergeben müssen, sollte man doch versuchen, diese Folgerungen vorzubringen!

Aber leider: Sobald unsere Doktrinäre versuchen, an die Folgerungen zu gehen, tischen sie uns entweder das hilfloseste Nachplappern der alten Binsenwahrheiten auf oder den schädlichsten selbstbereiteten Unsinn.

Am energischsten bemühen sich unsere Doktrinäre die Kriegsdoktrin in den operativen Fragen zu verankern. In strategischer Beziehung unterscheidet sich die Rote Armee, nach ihren Aktionen prinzipiell von allen anderen Armeen, denn in unserer Epoche des bewegungslosen Stellungskrieges seien die Grundzüge der Operationen der Roten Armee die des Bewegungs- und die des Offensivkrieges.

Kein Zweifel: die Operationen des Bürgerkrieges zeichnen sich durch ihre außerordentliche Beweglichkeit aus. Man muß aber genau die Frage überlegen: entspringt die Bewegungstaktik der Roten Armee ihren inneren Eigenschaften, ihrem Klassencharakter, ihrem revolutionären Geiste, ihrem Kampfschwunge oder ergibt sie sich aus den objektiven Bedingungen: aus der ungeheuren Ausdehnung der Kriegsschauplätze und aus der relativen numerischen Schwäche der kämpfenden Heere? Diese Frage hat eine wesentliche Bedeutung, wenn man die Annahme macht, daß revolutionäre Kriege nicht nur am Don und an der Wolga, sondern auch an der Seine, der Schelde und der Themse zu führen sein werden.

Aber kehren wir vorläufig zu unseren heimischen Gewässern zurück. Hat nur die Rote Armee den Bewegungskrieg angewendet? Nein, auch die Strategie der Weißen war durchweg eine Bewegungsstrategie. Ihre Truppen waren meistens numerisch und moralisch schwächer als die unsrigen, dagegen waren sie uns in Hinsicht auf die militärische Ausbildung überlegen. Daraus ergab sich die Notwendigkeit der Bewegungsstrategie vor allem für die Weißen. Wir lernten

von ihnen in der ersten Zeit diese Strategie. In der letzten Periode des Bürgerkrieges antworteten wir immer mit unseren Manövern auf ihre Manöver. Und durch die größte Beweglichkeit zeichneten sich schließlich die Operationen der Unger- und der Machnobanden aus — dieser räuberischen Entartungen des Bürgerkrieges. Welches ist die Folgerung daraus? Die Bewegungsstrategie ist nicht nur einer revolutionären Armee, sondern jedem Bürgerkriege als solchem eigen.

Die Operationen in den Nationalkriegen werden von einer Furcht vor Entfernungen begleitet. Trennt sich eine Armee oder eine Abteilung von ihrer Basis, von ihren Volksgenossen, von ihrer Muttersprache, so gerät sie in eine ihr absolut fremde Umgebung, wo sie keinen Rückhalt, keine Deckung, keine Unterstützung findet. In einem Bürgerkriege wird jede der kämpfenden Parteien hinter der Front des Gegners in größerem oder kleinerem Grade Sympathien und Unterstützung finden. Die Nationalkriege werden (oder wurden wenigstens) mit schwerfälligen Massen unter der Ausnutzung aller nationalstaatlichen Hilfsmittel der beiden Parteien geführt. Ein Bürgerkrieg bedeutet eine Entzweiung der Kräfte und der Hilfsmittel des durch die Revolution erschütterten Landes und wird, besonders in der ersten Zeit, durch die initiatorische Minderheit jedes Landes, folglich von mehr oder weniger dünnen und daher beweglichen Massen geführt, er hängt also in viel größerem Maße von Improvisationen und Zufälligkeiten ab.

Die Bewegung charakterisiert den Bürgerkrieg in beiden Lagern. Man kann also die Bewegungstaktik auf keinen Fall als einen speziellen Ausdruck des revolutionären Charakters der Roten Armee betrachten.

Im Bürgerkrieg haben wir gesiegt. Wir haben keinen Grund zum Zweifel, daß die Ueberlegenheit der strategischen Führung auf unserer Seite war. Letzten Endes je-

doch verdankten wir unseren Sieg der Begeisterung und der Selbstaufopferung der proletarischen Vorhut und der Unterstützung der Bauernmasse. Aber diese Bedingungen werden nicht von der Roten Armee geschaffen, sie sind vielmehr historische Voraussetzungen ihres Entstehens, ihrer Entwicklung und ihrer Erfolge.

Genosse Warin spricht in der Zeitschrift „Kriegswissenschaft und Revolution“ darüber, daß die Beweglichkeit unserer Truppen alle geschichtlichen Vorbilder übertrifft. Diese Behauptung ist sehr interessant. Es wäre erwünscht, sie recht sorgfältig nachzuprüfen. Es steht außer Zweifel, daß die außerordentliche Schnelligkeit der Bewegungen, die Ausdauer und Selbstaufopferung erfordert, durch den revolutionären Geist der Armee, durch den Schwung, den die Kommunisten in die Armee hineinbrachten, bedingt wurde. Für die Hörer unserer Kriegshochschule bietet sich hier eine interessante Aufgabe: die Feldzüge der Roten Armee vom Standpunkte der Schnelligkeit ihrer Bewegungen aus mit anderen geschichtlichen Beispielen, insbesondere mit den Feldzügen der Armeen der großen Französischen Revolution zu vergleichen. Andererseits wären dieselben Elemente bei den Roten und bei den Weißen in unserem Bürgerkriege zu vergleichen. Stießen wir vor, so zogen sie sich zurück und umgekehrt. Haben wir wirklich in unseren Märschen durchschnittlich größere Ausdauer gezeigt und in welchem Maße war diese Eigenschaft einer der Faktoren unseres Sieges? Daß in einzelnen Fällen die kommunistische Hefe eine übermenschliche Kraftanstrengung zuwege bringen konnte, steht außer Zweifel. Ob sich aber dieses Ergebnis an den Erfolgen der ganzen Kampagne zeigt, in deren Verlaufe sich die Schranken der physischen Leistungsfähigkeit des Organismus offenbaren mußten, — das ist die Frage, die man durch be-

sondere Untersuchungen aufklären müßte. Von einer solchen Untersuchung dürfte man freilich keine umwälzenden Folgen für die ganze Kriegslehre erwarten. Sie würde aber zweifellos unsere Kenntnis vom Wesen des Bürgerkriegs und der revolutionären Armee mit gewissen wertvollen, tatsächlichen Beiträgen bereichern.

Das Bestreben, alle die strategischen und taktischen Züge der Roten Armee, die sie im Laufe der vergangenen Periode kennzeichneten, zu einem festen Prinzip, zu einem Dogma zu erheben, könnte sehr schädlich und selbst verhängnisvoll werden. Man kann von vornherein sagen, daß die Operationen der Roten Armee auf dem asiatischen Kontinent, — falls sie auf diesem Gebiete kämpfen müßte — notgedrungen einen ausgesprochenen Bewegungscharakter trügen. Die wichtigste, in vielen Fällen auch die einzige Rolle würde die Kavallerie spielen müssen. Andererseits aber unterliegt es keinem Zweifel, daß die Kriegsoperationen auf dem westlichen Kriegsschauplatz einen viel mehr gebundenen Charakter hätten. Die Operationen auf einem national anders beschaffenen und dichter bevölkerten Territorium müßten — bei größerer numerischer Stärke der Armeen im Verhältnis zum Territorium — den Krieg zweifelsohne dem Stellungskrieg nähern und jedenfalls der Bewegungsfreiheit viel engere Schranken setzen.

Die Feststellung, daß die Rote Armee zur Verteidigung von befestigten Punkten unfähig sei (Tuchatschewski), resümiert die Lehren der vergangenen Periode im großen und ganzen richtig, sie kann aber unter keinen Umständen als unbedingte Richtlinie für die Zukunft anerkannt werden. Die Verteidigung der befestigten Punkte erfordert Festungstruppen oder richtiger, sie erfordert hochwertige, durch Erfahrung zusammengewickelte und selbstsichere Truppen. Im Laufe der vergangenen Periode häuften wir diese Eigenschaften nur an. Jedes Regiment für sich und die

Armee als Ganzes waren eine lebendige Improvisation. Man konnte den Aufschwung, den Elan sichern — und dies erreichten wir — aber man konnte die nötige Routine, die automatische Geschlossenheit, das Vertrauen der einander benachbarten Armeeteile zur gegenseitigen Hilfe nicht künstlich herstellen. Die Tradition konnte man nicht durch einen Befehl schaffen. Jetzt besteht dies alles in bedeutendem Maße und wird sich mit der Zeit immer mehr anhäufen. Dadurch werden die Voraussetzungen für eine bessere Führung von Bewegungsoperationen und nötigenfalls von Stellungsoptionen erzeugt.

Man muß auf die Versuche verzichten, eine absolute revolutionäre Strategie aus den Elementen der beschränkten Erfahrung des dreijährigen Bürgerkrieges zu bauen, da Armeeteile von einer bestimmten Qualität unter bestimmten Bedingungen kämpften. Davor hat Clausewitz sehr richtig gewarnt.

„Was ist natürlicher“, — schrieb er — als daß der Revolutionskrieg Frankreich seine eigene Weise hatte, die Dinge zu machen, und welche Theorie hätte die Eigentümlichkeit mit aufzufassen vermocht? Das Uebel ist nur, daß eine solche aus dem einzelnen Fall hervorgehende Manier sich selbst leicht überlebt, weil sie bleibt, während die Umstände sich unvermerkt verändern; das ist es, was die Theorie durch eine lichte und verständige Kritik verhindern soll.“) Und er erwähnt, daß 1806 die preußischen Generale diesem Methodismus verfielen. Leider neigen nicht nur preußische Generale zum Methodismus, d. h. zur toten Schablone.

10. Offensive und Defensive im Lichte des imperialistischen Krieges.

Für den ersten spezifischen Bestandteil der revolutionären Strategie wird die

) s. Clausewitz „Vom Kriege“ II. Buch, 4. Kap.

Offensivtaktik erklärt. Der Versuch, auf dieser Grundlage eine Doktrin aufzubauen, ist umso einseitiger, als in der Epoche, die dem Weltkrieg vorausging, die Offensivstrategie in den keineswegs revolutionären Stäben und Kriegsakademien fast aller großen Länder Europas kultiviert wurde. Trotz allem was Genosse Frunse schreibt,^{*)} war (und bleibt formell auch jetzt) die Offensive die offizielle Doktrin der Französischen Republik. Jaurès kämpfte unermüdlich gegen den Doktrinarismus der reinen Offensive, dem er den pazifistischen Doktrinarismus der reinen Defensive entgegenstellte. Eine jähe Reaktion gegen die traditionelle offizielle Doktrin des französischen Generalstabs trat infolge des letzten Krieges ein. Es wird nicht nutzlos sein, hier zwei krasse Belege dafür anzuführen. Die französische Militärzeitschrift „Revue Militaire Française“ (vom 1. September 1921, S. 366) führt folgenden Lehrsatz an, der vom französischen Generalstab dem den Deutschen entlehnten „Reglement über die Kampfoperationen mit großen Einheiten“ einverleibt wurde: „Die Lehren der Vergangenheit haben ihre Früchte gebracht: die französische Armee, zu ihren Ueberlieferungen zurückgekehrt, läßt von nun an in ihren Operationen kein anderes Gesetz außer dem der Offensive zu.“ „Dieses Gesetz — schreibt die Zeitschrift, — das seitdem in unsere Reglements für die allgemeine Taktik und für die Sondertaktik der einzelnen Waffengattungen aufgenommen wurde, sollte die Grundlage für unsere ganze Kriegslehre abgeben, die mittels der Aussprachen, der praktischen Uebungen auf der Karte oder im Gelände, und schließlich mittels der sog. großen Manöver in das Bewußtsein sowohl

*) Siehe den zitierten Artikel der „Krasnaja Nowj“.

der Hörer unseres Generalstabs, als auch unseres Armeekommandos eingepflanzt wurde.“

„Dieser Umstand, — fährt die militärische Zeitschrift fort, — rief damals eine derartige Begeisterung für das berühmte Offensivgesetz hervor, daß jeder, der es gewagt hätte, mit irgendeinem Vorbehalt zugunsten der Defensive aufzutreten, schlecht angekommen wäre. Um ein guter Hörer des Generalstabs zu sein, mußte man, sei es auch unbefriedigend, das Zeitwort „angreifen“ fortgesetzt deklinieren.“

Das konservative „Journal des Débats“ unterzieht in seiner Nr. vom 5. Oktober 1921 unter demselben Gesichtswinkel die in diesem Sommer erschienenen Satzungen für Infanteriemänöver einer sehr scharfen Kritik. „Zu Anfang dieses vorzüglichen Buches“, sagt die Zeitung, „wird eine Reihe von Prinzipien dargelegt, die als offizielle Kriegsdoktrin von 1921 aufgestellt werden. Diese Prinzipien sind vortrefflich; aber warum leisteten die Verfasser der alten Sitte Tribut, warum widmen sie die erste Seite der Lobpreisung der Offensive? Warum stellen sie auf den eminentesten Platz des Axiom: wer zuerst angreift, wirkt auf die Psychologie des Gegners durch die Aeußerung eines überlegenen Willens ein?“

Nachdem die Zeitung die Erfahrung zweier hervorragender Kampfmomente an der französischen Front analysiert hat, sagt sie weiter: „Die Offensive kann nur auf die Psychologie eines Gegners einwirken, wer keine Mittel hat oder in einem solchen Grade schwach ist, daß man damit niemals rechnen darf. Auf einen Gegner, der seiner Kraft bewußt ist, übt ein Angriff keine niederdrückende Wirkung aus. In der Tatsache der feindlichen Offensive sieht er keineswegs die Aeußerung eines überlegenen Willens. Ist die Verteidigung bewußt gedacht und vor-

bereitet, wie im August 1914 (bei den Deutschen) oder im Juli 1918 (bei den Franzosen), so glaubt der sich Wehrende im Gegenteil, daß sein Wille stärker ist, weil der Gegner in die Falle geht."

„Ihr macht einen seltsamen psychologischen Fehler, — fährt der Militärkritiker fort. — wenn Ihr die Passivität des Franzosen und seine Vorliebe für die Defensive fürchtet. Der Franzose ist immer bereit, sich als erster oder als zweiter in die Offensive zu stürzen, aber in eine gehörig organisierte Offensive. Doch erzählt ihm keine Märchen aus Tausend und eine Nacht über den Herrn, der zuerst angreift, weil er willensstärker ist. Durch die bloße Tatsache der Offensive ist der Erfolg noch keineswegs garantiert. Die Offensive ist erfolgreich, wenn man für sie die verschiedenartigsten Mittel vorbereitet, die die Mittel des Gegners übertreffen. Denn schließlich siegt immer derjenige der sich im Augenblick des Kampfes als der Stärkere zeigt."

Man kann natürlich versuchen, diesen Schluß, als dem Stellungskrieg entnommen, zu entkräften. Aber in Wirklichkeit ergibt er sich aus dem Bewegungskrieg mit noch größerer Unmittelbarkeit und Anschaulichkeit, obwohl in einer anderen Gestalt. Der Bewegungskrieg ist ein Krieg der großen Entfernungen. In dem Bestreben, die lebendige Kraft des Feindes zu vernichten, legt er auf die Entfernung keinen Wert. Seine Beweglichkeit findet ihren Ausdruck nicht nur in der Offensive, sondern auch im Rückzug, der nur eine Stellungsänderung ist.

11. Der Offensivgeist, die Initiative und die Aktivität.

Während der ersten Revolutionsperiode wichen die roten Truppen überhaupt der Offensive aus und zogen ihr die Verbrüderung und die Gespräche mit dem

Feinde vor. In der Periode, da die revolutionäre Idee sich spontan über das Land verbreitete, war diese Methode sehr wirksam. Die Weißen bemühten sich während jener Periode umgekehrt, die Offensiven zu forcieren, um ihre Truppen vor der revolutionären Zersetzung zu bewahren. Selbst nachdem die Gespräche aufgehört hatten, das wichtigste Hilfsmittel der revolutionären Taktik zu sein, zeichneten sich die Weißen auch weiterhin durch stärkeren Offensivgeist aus als wir. Nur allmählich entwickelten die roten Truppen in sich die Aktivität und Selbstsicherheit, die ihnen die Möglichkeit der entschiedenen Aktionen sicherten. Der Bewegungskrieg kennzeichnet in hohem Maße die nachfolgenden Operationen der Roten Armee. Der krasseste Ausdruck dieser Bewegungsfähigkeit sind die Reiterzüge. Diese Reiterzüge hat uns Mamontow gelehrt. Auch scharfe Durchbrüche, Umzingelungen, Operationen im Rücken des Gegners lernten wir bei den Weißen. Erinnern wir uns doch! Zunächst bemühten wir uns, Sowjetrußland gegen die Weißen durch eine Postenkette zu schützen, wobei wir uns aneinander klammerten. Erst dann lernten wir am Beispiel des Feindes, uns zu Fäusten zusammenzuballen, wir gaben dann diesen Fäusten Beweglichkeit, setzten die Arbeiter auf Pferde, lernten große Reiterangriffe machen. Schon diese kleine Erinnerung genügt, um zu verstehen, wie grundlos, einseitig, theoretisch und praktisch falsch die „Doktrin“ klingt, nach welcher einer revolutionären Armee als solcher die offensive Bewegungsstrategie eigen ist. Unter bestimmten Verhältnissen ist eine solche Strategie vielmehr einer konterrevolutionären Armee eigen, die ihre zahlenmäßige Unterlegenheit durch die Tätigkeit der ausgebildeten Kader ersetzen muß.

Gerade im Bewegungskrieg verwischt sich die Grenze zwischen der Defensive und der Offensive in außerordentlichem

Maße. Das Ziel der Bewegungsschlachten ist die Vernichtung der lebendigen Kraft des Gegners — ob sie sich nun 100 Kilometer näher oder weiter befindet. Der Bewegungskrieg verspricht uns den Sieg, sofern wir die Initiative in unserer Hand behalten. Die Hauptzüge der Bewegungsstrategie sind nicht die formelle Offensivtaktik, sondern die Initiative und die Aktivität.

Der Gedanke, daß die Rote Armee zu jedem gegebenen Zeitpunkt nur an der wichtigsten Front entschieden offensiv vorging, indem sie sich zeitweise an den übrigen Fronten schwächte, und daß eben dieser Umstand das charakteristischste Moment ihrer Strategie während des Bürgerkrieges war (Artikel des Genossen Warin), ist im Wesen richtig, aber falsch ausgedrückt, und liefert daher nicht alle notwendigen Folgerungen. Indem wir an einer Front, die wir aus politischen oder aus anderen Gründen momentan für die wichtigste hielten, angriffen, schwächten wir uns an anderen Fronten, wo wir es für möglich hielten, uns zu verteidigen und uns zurückzuziehen. Das aber bezeugt eben — sonderbarerweise bemerkt man es nicht, — daß der Rückzug ebenso in unseren operativen Gesamtplan gehörte. Jene Fronten, wo wir uns defensiv zurückzogen, waren nur Abschnitte unserer ringförmigen Gesamtfront. An diesen Fronten fochten die Teile derselben roten Armee, Kämpfer wie Führer. Wäre unsere ganze Strategie auf der Offensive aufgebaut, so ist es klar, daß die Truppen an jenen Fronten, an denen wir uns auf die Defensive beschränken, uns sogar zurückziehen, dem Zerfall und der Demoralisation verfallen müssen. Die Erziehungsarbeit in der Armee muß offenbar auch den Gedanken einschließen, daß der Rückzug keine Flucht ist, daß es strategische Rückzüge gibt, die sich aus dem Bestreben ergeben, bald die lebendige Kraft unversehrt zu erhalten, bald die Front zu

verkürzen, bald den Feind näher heranzulocken, um ihn desto sicherer zu erdrücken. Und ist der strategische Rückzug als gesetzmäßig erkannt, so ist es unrichtig, die ganze Strategie auf die Offensive zu beschränken. Dies ist besonders — um es zu wiederholen — in bezug auf die Bewegungsstrategie klar und unbestreitbar. Es ist klar, daß die Manöverstrategie eine komplizierte Kombination von Bewegungen und von Stößen, von Ungruppierungen, Märschen und Kämpfen ist, — mit dem endgültigen Zweck, den Feind zu vernichten. Wenn man aber aus der Manöverstrategie den strategischen Rückzug ausschließen will, so ist es klar, daß die Strategie einen außerordentlich starren Charakter annehmen, also aufhören wird, eine Manöverstrategie zu sein.

12. Die Sehnsucht nach stabilen Schemen.

„Welche Armee schaffen wir denn und zu welchem Zwecke schaffen wir sie?“, fragt Genosse Solomin. „Anders ausgedrückt: welche Feinde bedrohen uns und mit welchen strategischen Mitteln (Defensive oder Offensive) werden wir sie am schnellsten und „am wirtschaftlichsten“ erledigen.“ („Die Kriegswissenschaft und die Revolution“, Nr. 1, S. 19).

Diese Fragestellung bezeugt am grellsten, daß Solomin selbst, der über die neue Kriegsdoktrin doziert, vollkommen der Gefangene der Methoden und der Vorurteile des alten Doktrinarismus ist. Der österreichisch-ungarische Generalstab hatte (wie übrigens auch andere Generalstäbe) im Laufe von Jahrzehnten ausgearbeitete Kriegsvarianten: die Variante „I“ (gegen Italien) und Variante „R“ (gegen Rußland), sowie entsprechende Kombinationen dieser Varianten. Die zahlenmäßige Stärke der italienischen und der russischen Heere, ihre Bewaffnung, die Bedingungen ihrer Mobilisation, ihrer strategischen Konzentrierung und

Entfaltung, standen in diesen Varianten als feststehende oder wenigstens stabile Größen. In dieser Weise wußte die österreichisch-ungarische „Kriegsdoktrin“, auf bestimmte historische Voraussetzungen gestützt, genau, welche Feinde die habsburgische Monarchie bedrohten, und dachte Jahr für Jahr darüber nach, wie man diese Feinde „am wirtschaftlichsten“ erledigen könne. Die Gedanken der Theoretiker des Generalstabs bewegten sich in allen Ländern in dem festgelegten Flußbett der „Varianten“. Auf die Erfindung eines besseren Panzers beim zukünftigen Feind antwortete man mit der Verstärkung der Artillerie und umgekehrt. Die in dieser Tradition erzogenen Routineure mußten sich inmitten unserer militärischen Aufbauarbeit sehr unbehaglich fühlen. Welche Feinde bedrohen uns? Wo sind unsere Generalstabsvarianten für die zukünftigen Kriege? Und mit welchen strategischen Mitteln (Defensive oder Offensive) gedenken wir, die vorgezeichneten Varianten zu verwirklichen?

Wenn ich den Artikel Solomins lese, taucht unwillkürlich die humoristische Figur des lebenden Zitatearchivs der Kriegsdoktrin, des Generals des Generalstabs, Borissow, vor mir auf. Welche Frage auch zur Beratung stand, Borissow hob stets seine zwei Finger hoch, um die Gelegenheit zu haben, zu sagen: „Diese Frage kann nur im Zusammenhang mit den anderen Fragen der Kriegsdoktrin entschieden werden, man muß daher vor allem einen Chef des Generalstabs einsetzen.“ Aus dem Schoß dieses Chefs des Generalstabs mußte der Baum der Kriegsdoktrin emporschießen und alle nötigen Früchte bringen, ähnlich wie dies im Altertum mit der Tochter eines orientalischen Königs geschehen sein soll. Solomin seufzt eigentlich ebenso wie Borissow nach dem verlorenen Paradies der stabilen Voraussetzungen der „Kriegsdoktrin“, wo man zehn, zwanzig Jahre

im voraus wußte, welche Feinde, von wo und in welcher Weise sie drohten. Solomin braucht, ebenso wie Borissow, einen universalen Chef des Generalstabs, der die Scherben der zerschlagenen Gefäße sammeln, zusammenkleistern, auf das Regal stellen und die Zettel ankleben würde: Variante „P“, Variante „R“ usw. usw. Vielleicht wird Solomin bei dieser Gelegenheit auch den Universalkopf nennen, den er im Sinne hat? Was uns betrifft, so kennen wir leider keinen ähnlichen Kopf und denken sogar, daß er gar nicht existieren kann, weil seine Aufgaben ganz unerfüllbar sind.

Indem Solomin auf Schritt und Tritt von revolutionären Kriegen und von der revolutionären Strategie redet, übersieht er gerade den revolutionären Charakter der gegenwärtigen Epoche, der eine vollkommene Vernichtung der Stabilität, sowohl in den internationalen, wie in den inneren Beziehungen zur Folge hat. Deutschland existiert als Militärmacht nicht mehr. Nichtsdestoweniger ist der französische Militarismus gezwungen, mit fiebernden Augen die unbedeutendsten Vorkommnisse und Veränderungen im inneren Leben Deutschlands und an seinen Grenzen zu verfolgen: was dann, wenn Deutschland auf einmal einige Millionen Menschen auf die Beine stellt? Welches Deutschland? Vielleicht wird es das Deutschland Ludendorffs sein? Vielleicht aber wird dieses Deutschland nur den Anstoß geben, der für das heutige morsche Gleichgewicht tödlich sein muß und dem Deutschland Liebknechts und Luxemburgs den Weg ebnet? Wieviele „Varianten“ muß der Generalstab besitzen? Wieviele Kriegspläne muß man haben, um „am wirtschaftlichsten“ alle Gefahren abzuwehren?

Ich besitze in meinem Archiv nicht wenige Denkschriften, dicke, dünne und mittlere, deren gelehrte Verfasser mit liebenswürdiger pädagogischer Geduld

uns darüber aufklären, daß eine Macht, die auf sich selbst etwas hält, bestimmte, geregelte Beziehungen aufstellen, sich über ihre eventuellen Feinde von vornherein klar werden, sich entsprechende Verbündete anschaffen oder nach Möglichkeit alle Mächte, die sie nur kann, neutralisieren muß usw. Denn, — führten die Verfasser der Denkschriften aus, — man kann sich für die neuen Kriege nicht mit geschlossenen Augen rüsten: man muß gewisse Unterlagen besitzen, um die zahlenmäßige Stärke der Armee, ihre Bestände, ihre Dislokation bestimmen zu können. Unter diesen Denkschriften stand die Unterschrift Solomins, soweit es mir innerlich ist, nicht, aber seine Gedanken standen dort unzweifelhaft. Die Verfasser waren, wie zum Trotz, alle aus der Borisowschen Schule.

Die internationale Orientierung, unter anderem auch die internationale militärische Orientierung, ist heutzutage schwieriger als in der Zeit des Dreibundes und des Dreiverbandes. Aber dagegen läßt sich nichts machen: die Epoche der größten militärischen und revolutionären Erschütterungen der Weltgeschichte hat so manche Varianten und Schablonen durchbrochen. Eine stabile, traditionelle, konservative Orientierung ist heutzutage undenkbar. Die Orientierung muß wachsam, beweglich und stoßkräftig, wenn man will — manövrierfähig sein. Stoßkräftig bedeutet nicht offensiv, sondern nur, daß sie der gegenwärtigen Kombination der internationalen Beziehungen entsprechen und auf die Gegenwartsaufgabe das Maximum der Kräfte konzentrieren muß.

Die Orientierung in den heutigen internationalen Verhältnissen erfordert eine viel größere Menge qualifizierter Gedankenarbeit als die Ausarbeitung der konservativen Elemente der Kriegsdoktrin in den vergangenen Zeiten. Dafür wird diese Arbeit auch in einem viel breiteren Maßstab und unter Anwendung von viel wissenschaftlicheren Methoden ausgeführt.

Die Hauptarbeit an der Einschätzung der internationalen Lage und der sich hieraus für die proletarische Revolution und für die Sowjetrepublik ergebenden Aufgaben wird von der Partei geleistet, durch ihr kollektives Denken, das seinen Ausdruck findet in den Formen der Führung, den Parteitage und dem Zentralkomitee. Wir haben hier nicht nur die Kommunistische Partei Rußlands, sondern auch unsere internationale Partei im Sinne. Wie pedantisch erscheinen die Forderungen Solomins, einen Katalog unserer Feinde aufzustellen und zu bestimmen, ob und wen wir angreifen werden, — im Vergleich mit der Arbeit der Einschätzung aller Kräfte der Revolution und der Konterrevolution in ihrem heutigen Zustande und in ihrer Entwicklung, die vom letzten Weltkongreß der Kommunistischen Internationale geleistet wurde. Welche „Doktrin“ braucht ihr denn noch?

Der Genosse Tuchatschewski hat sich an die Kommunistische Internationale mit dem Vorschlag gewandt, bei ihr einen internationalen Generalstab einzusetzen. Selbstredend war dieser Vorschlag verfehlt, er entsprach nicht der Lage und den Aufgaben, die der Kongreß sich stellte. Konnte die Kommunistische Internationale selbst erst tatsächlich geschaffen werden, nachdem in den wichtigsten Ländern die starken kommunistischen Organisationen entstanden waren, so könnte der internationale Generalstab nur auf der Grundlage der nationalen Generalstäbe einiger proletarischer Staaten entstehen. Solange diese proletarischen Staaten nicht existieren, müßte der internationale Generalstab sich unvermeidlich in eine Karikatur verwandeln. Tuchatschewski hielt es für notwendig, seinen Irrtum noch zu betonen, indem er seinen Brief am Schlusse seines interessanten Buches „Der Krieg der Klassen“ zum Abdruck brachte. Dieser Irrtum ist einer von derselben Art wie der heftige Vorstoß des Genossen Tuchatschewski gegen das Milizheer, das ange-

lich im Widerspruch zur Kommunistischen Internationale steht. Die „ungesicherten Offensiven“ sind überhaupt, nebenbei gesagt, die schwache Seite des Genossen Tuchatschewski, eines unserer begabtesten jungen Kriegsfachleute.

Doch hat unser internationaler Kongreß auch ohne den der Lage nicht entsprechenden und darum phantastischen internationalen Generalstab als Vertretung der revolutionären Arbeiterparteien die geistige Hauptaufgabe des internationalen „Generalstabes“ vollzogen und vollzieht sie auch weiter: er machte eine Aufstellung der Freunde und Feinde, neutralisierte die Schwankenden zu dem Zweck, sie im weiteren auf die Seite der proletarischen Revolution zu ziehen, er schätzte die wechselnde Lage ein, er setzte die dringendsten Aufgaben fest und konzentrierte die Anstrengungen auf diese Aufgaben im internationalen Maßstab.

Die Schlüsse aus dieser Orientierung sind sehr kompliziert. Sie lassen sich in ein paar Stabvarianten nicht hineinzwingen. Aber unsere Epoche ist einmal so. Die Ueberlegenheit unserer Orientierung besteht eben darin, daß sie dem Charakter der Epoche und ihren Verhältnissen entspricht. Nach dieser Orientierung richten wir uns auch in unserer Kriegspolitik. Am meisten sorgen wir dabei dafür, unserer militärischen Ideologie, unseren Methoden und unserem Apparat die elastische Biegsamkeit zu sichern, die uns ermöglichen soll, bei jedem Umschwung der Ereignisse die Hauptkräfte in der Hauptrichtung zu konzentrieren.

13. *Defensivgeist und Offensivgeist.*

Aber es ist ja „unmöglich, gleichzeitig im Defensivgeist und im Offensivgeist zu erziehen“, sagt Solomin (S. 22). Das ist es eben, was wir Doktrinarismus nennen! Warum ist es unmöglich? Wer sagte, daß es unmöglich ist? Wo und wer hat es be-

wiesen? Niemand und nirgends, weil es grundverkehrt ist. Die ganze Kunst unseres militärischen (und nicht nur militärischen) Aufbaus in der Sowjetrepublik besteht eben darin, die internationalen revolutionär-offensiven Tendenzen der proletarischen Vorhut mit den revolutionär-defensiven Tendenzen der Bauernmasse und selbst der breiten Kreise der Arbeiterklasse selbst zu verbinden. Diese Verbindung entspricht der ganzen internationalen Lage. Indem wir den Sinn dieser Lage den fortgeschrittensten Elementen der Armee klarmachen, lehren wir sie dadurch, die Defensive und die Offensive richtig, nicht nur im strategischen, sondern auch im revolutionär-historischen Sinn dieser Worte, zu verbinden. Glaubt Solomin vielleicht, daß dadurch der „Geist“ getötet werde? Bei ihm wie bei seinen Gesinnungsgenossen kann man Anspielungen in diesem Sinne begegnen. Das ist aber schon das reinste Linkssozialrevolutionärturn! Die Klärung des Wesens der äußeren und inneren Lage und die aktive, „manövrierfähige“ Anpassung an diese Lage können unter keinen Umständen den Geist töten, sie können ihn nur abhärten.

Oder kann man vielleicht unter rein militärischen Gesichtspunkten die Armee unmöglich sowohl für die Defensive wie für die Offensive vorbereiten? Auch das ist Unsinn. Tuchatschewski unterstreicht in seinem Buche den Gedanken, daß die Defensive im Bürgerkriege in keinem oder in fast keinem Fall die Zähigkeit eines Stellungskrieges haben konnte. Hieraus zieht Tuchatschewski den richtigen Schluß, daß die Verteidigung unter solchen Umständen notgedrungen denselben Charakter eines aktiven Bewegungskrieges haben muß wie der Angriff. Sind wir für eine Offensive zu schwach, so bemühen wir uns, der Umklammerung durch den Feind zu entgehen, um uns dann im weiteren zu einer Faust zusammenzuballen und ihn an der schwachen Stelle anzugreifen und zu schlagen. Unrichtig bis zur Unsinnigkeit

ist die Behauptung Solomins, daß die Armee für eine Spezialität — für Defensive oder für Offensive — dressiert werden muß. In der Tat wird die Armee für den Kampf und für den Sieg ausgebildet. Die Defensive und die Offensive kommen als Wechselfaktoren in den Krieg hinein, und erst recht in einen Bewegungskrieg. Wer sich gut verteidigt, wo es auf die Verteidigung ankommt, und gut angreift, wo der Angriff nottut, der gewinnt. Das ist die einzige gesunde Erziehung, die wir unserer Armee und vor allem ihrem Kommandopersonal geben müssen. Das Gewehr mit dem Bajonett eignet sich ebenso gut für die Verteidigung wie für den Angriff. Dasselbe gilt für die Hand eines Kämpfers. Der Kämpfer selbst und der Armeeteil, dem er angehört, müssen zum Kampfe, zur Selbstverteidigung, zur Abwehr des Feindes, zur Besiegung des Feindes vorbereitet sein. Gut angreifen kann nur jenes Regiment, das sich gut zu wehren weiß. Sich gut verteidigen kann nur jenes Regiment, das angreifen will und kann. Die Satzungen müssen uns kämpfen lehren und nicht zur Offensive anreizen.

Der Revolutionarismus ist ein Geisteszustand und nicht eine fertige Antwort auf alle Fragen. Er kann den Aufschwung geben, den Elan sichern. Der Aufschwung und der Elan sind die wertvollste Kampfbedingung, aber nicht die einzige. Umsicht und Ausbildung tun not! Und die Fesseln der Doktrin müssen fort!

14. Die nächsten Aufgaben.

Heben sich aber in der komplizierten Verflechtung der internationalen Beziehungen nicht klarere und deutlichere Elemente heraus, nach denen wir uns in unserer Kriegsarbeit der nächsten Monate richten müssen?

Derartige Elemente bestehen wirklich, und sie sprechen für sich allzu laut, als daß man sie als ein Geheimnis behandeln könnte. Es sind dies im Westen Polen

und Rumänien und hinter ihrem Rücken Frankreich. Im fernen Osten ist es Japan. Um den Kaukasus herum England. Wir wollen uns hier nur bei der Frage Polens, als der brennendsten und klarsten, aufhalten.

Der französische Premierminister Briand erklärte in Washington, daß wir für den Sommer einen Angriff auf Polen vorbereiteten. Bei uns weiß nicht nur jeder militärische Führer und jeder Rotarmist, sondern auch jeder Arbeiter und Bauer, daß das der reinste Blödsinn ist. Auch Briand weiß es selbstverständlich sehr gut. Wir haben schon bisher die größeren und kleineren Banditen so teuer bezahlt, damit sie uns wenigstens zeitweilig in Ruhe lassen, daß man von einem „Plan“ unserer Offensive gegen Polen nur sprechen kann, um einen teuflischen Anschlag gegen uns zu verschleiern. Welches ist also unsere wirkliche Orientierung gegenüber Polen?

Wir beweisen den polnischen Volksmassen unzweideutig, fortwährend, nicht in Worten, sondern in Taten — und vor allem durch die strengste Erfüllung des Rigaer Vertrages —, daß wir den Frieden wünschen, und tragen dadurch am wirksamsten zu seiner Erhaltung bei.

Wird die polnische militärische Clique durch die französische Börsenclique angetrieben, sich trotz alledem im Frühjahr auf uns zu stürzen, so wird der Krieg auf unserer Seite sowohl tatsächlich, als auch im Volksbewußtsein einen wirklich defensiven Charakter tragen. Gerade dieses klare und deutliche Bewußtsein unseres Rechts in dem uns aufgezwungenen Kriege wird allen Elementen unserer Armee — dem fortgeschrittenen kommunistischen Proletarier, dem parteilosen, aber der Roten Armee ergebenen Spezialisten, dem zurückgebliebenen bäuerlichen Rotarmisten — die höchste Geschlossenheit geben und unsere Armee umso besser zur aktiven und selbstaufopfernden Offensive in diesem Verteidigungskriege vorbereiten. Wem diese unsere Politik unklar erscheint,

wer nicht begreift, „welche Armee wird vorbereiten und für welche Zwecke“, wer glaubt, daß es unmöglich ist, gleichzeitig im Defensiv- und im Offensivgeist zu erziehen, der versteht nichts, der wird besser tun, wenn er schweigt und die anderen nicht stört . . .

Wenn wir aber in der internationalen Lage so komplizierte Kombinationen der Faktoren erblicken, wie sollen wir uns dann praktisch im Armeeaufbau orientieren? Wie zahlreich muß unsere Armee sein? In welchen Formationen? Mit welcher Dislokation?

Alle diese Fragen lassen keine absolute Lösung zu. Man kann sie empirisch nur annähernd lösen und diese Lösungen je nach den Veränderungen der Lage jeweilig berichtigen. Nur hoffnungslose Doktrinäre können sich einbilden, daß die Antworten auf die Fragen der Demobilisation, der Formierung, der Ausbildung, der Erziehung, der Strategie und der Taktik auf dem deduktiven, formal-logischen Wege aus den Voraussetzungen der heiligen „Kriegsdoktrin“ gezogen werden können. Nicht magische, alleinseligmachende Formeln fehlen uns, sondern es fehlt uns eine sorgfältigere, aufmerksamere, genauere, wachsamere, gewissenhaftere Arbeit auf den Grundlagen, die von uns bereits festgelegt sind. Unsere Reglements, unsere Programme, unsere Etats sind unvollkommen. Das unterliegt keinem Zweifel. Mängel, Unrichtigkeiten, Veraltetes, Unvollendetes haben wir übergenug. Alles dies ist zu berücksichtigen, zu verbessern, exakter zu machen. Aber wie und unter welchem Gesichtspunkte?

Man sagt uns, daß wir zur Grundlage der Revision und der Berichtigungen die Doktrin des Offensivkrieges machen müßten. „Diese Formel bedeutet — schreibt Solomin, — die ausschlaggebende (!) Wendung (im Aufbau der Roten Armee); wir müssen alle (!) bei uns zur Geltung gekommenen Anschauungen einer Revision unterziehen, eine vollständige (!)

Umwertung aller Werte vom Standpunkte des Uebergangs von der rein defensiven zur offensiven Strategie vollbringen. Die Erziehung des Kommandopersonals, die Vorbildung des Einzelkämpfers . . . die Bewaffnung — all dies muß von nun an unter dem Zeichen der Offensive vonstatten gehen“ . . . (S. 22).

„Nur wenn wir einen derartigen Einheitsplan besitzen, — schreibt derselbe Solomin, — wird die begonnene Reorganisation der Roten Armee aus dem Stadium der Formlosigkeit, des Chaos, der Zusammenhanglosigkeit, des Schwankens und des Mangels an klarem Zielbewußtsein herauskommen.“ Die Ausdrücke Solomins sind, wie wir sehen, streng offensiv, aber die Behauptungen sind unsinnig. Die Formlosigkeit, das Schwanken und das Chaos bestehen in seinem eigenen Kopfe. Objektiv fehlt es in unserer Aufbauarbeit nicht an Schwierigkeiten und an praktischen Fehlern. Aber es gibt hier weder Chaos, noch Schwanken, noch eine Zusammenhanglosigkeit. Und die Armee wird den Solomins nicht erlauben, ihren organisatorischen und strategischen Blödsinn zu schreiben und dadurch Schwanken und Chaos in sie hineinzutragen.

Die Reglements und die Programme müssen nicht vom Standpunkte der doktrinären Formel der „reinen Offensive“ sondern vom Standpunkte der während der vier Jahre gemachten Erfahrungen revidiert werden. Man muß die Reglements auf den Beratungen des Kommandopersonals lesen, erörtern und nachprüfen. Man muß die noch lebendigen Erinnerungen an die großen und kleinen Kampffaktionen den Formeln der Reglements gegenüberstellen, und jeder Truppenführer muß sich überlegen, ob die Worte zu den Tatsachen passen und ob und worin sie einander widersprechen. Diese geordnete Erfahrung zu sammeln, sie zu summieren, sie im Zentrum an Hand des strategischen, taktischen, organisatorischen, politischen Kriteriums einer höheren Erfahrung abzu-

schätzen, die Programme und die Reglements von allem veralteten, überflüssigen zu entlasten, sie der Armee näherzubringen und die Armee empfinden zu lassen, wie sehr sie dieser Reglements bedarf und in welchem Maße sie ihr die Improvisation ersetzen können — da haben wir eine wirklich große und dringende Aufgabe!

★

Eine großzügige internationale Orientierung mit großem geschichtlichen Schwung besitzen wir schon. Ein Teil dieser Orientierung hat sich schon erfahrungsgemäß bewährt; ein anderer Teil wird erst nachgeprüft und besteht erst seine Probe. An der revolutionären Initiative und am Offensivgeiste mangelt es der kommunistischen Vorhut wahrlich nicht. Was wir brauchen, ist nicht das wortreiche, marktschreierische Neuerertum auf dem Gebiete der Kriegsdoktrinen und nicht die hochfahrende Verkündung der neuen Doktrinen, sondern eine Systematisierung der Erfahrung, eine Verbesserung der Organisation, die Beachtung der Kleinigkeiten.

Es wäre ein großer Fehler, wollten wir die Mängel unserer Organisation, unserer Zurückgebliebenheit und Armut, besonders in technischer Beziehung, zum Credo erheben. Im Gegenteil, wir müssen alles anbieten, um sie zu beseitigen und uns in dieser Beziehung den imperialistischen Armeen zu nähern, die allesamt verdienen, vernichtet zu werden, die aber manche Ueberlegenheit aufweisen: sie haben die hochentwickelte Luftwaffe, reichliche Verbindungsmittel, ein gut ausgebildetes, sorgfältig ausgewähltes Kommandopersonal, eine genaue Uebersicht über ihre Hilfsmittel, die Planmäßigkeit ihres Zusammenwirkens. Allerdings ist dies nur die orga-

nisatorisch-technische Hülle. Moralisch, politisch befinden sich die bürgerlichen Armeen im Zerfallprozeß oder nähern sich diesem Zustande. Der revolutionäre Charakter unserer Armee, die klassenmäßige Homogenität des Kommandopersonals und der kämpfenden Masse, die kommunistische Führung — das ist unsere mächtigste und unerschütterlichste Kraft. Diese Kraft kann uns niemand nehmen.

Die ganze Aufmerksamkeit muß jetzt nicht auf die phantastische Reorganisation, sondern auf die Besserung und die Präzisierung des Vorhandenen gerichtet werden. Den Armeeteilen ihre Verpflegung regelmäßig zustellen, die Lebensmittel nicht verfaulen lassen, gutes Essen bereiten, die Ausrottung des Ungeziefers und die physische Reinlichkeit lehren, die Uebungen richtig durchführen, und zwar möglichst wenig in verschlossenen Räumen, möglichst viel im Freien, die politischen Aussprachen vernünftig und konkret vorbereiten, jeden Rotarmisten mit einem Dienstbuch versorgen und die Vermerke systematisch führen, das Gewehrreinigen, das Stiefelschmieren, das Schießen lehren, dem Kommandopersonal helfen, die Vorschriften der Reglements über Verbindungen, Auskundschaftungen, Meldungen, Bewachung zur Regel machen, die Anpassung an örtliche Verhältnisse lernen und lehren, die Wickelgamaschen richtig wickeln, damit diese die Beine nicht wundscheuern; noch einmal die Stiefel schmieren — das ist unser Programm für das nächste Jahr und für das nächste Frühjahr.

Wer dieses sachliche Programm bei irgendeiner feierlichen Gelegenheit als eine Kriegsdoktrin wird bezeichnen wollen, dem kann man das Vergnügen lassen.

L. Trotzki.

Die politische Arbeit in der Roten Armee.

In ökonomischer und kultureller Hinsicht ist Rußland eines der zurückgebliebensten Länder Europas. Die Jahrhunderte alte Dunkelheit, die die russischen Zaren über das Land verhängt haben, der unerhörte Prozentsatz an Analphabeten, der starke religiöse Aberglaube (der Glaube an Götter und Teufel aller Arten), die barbarische Primitivität der Landbebauung, — kurz, die vielgestaltigen Erscheinungen des „Idiotismus des Landlebens“, von dem Marx geschrieben hatte, — das ist das Erbe, mit dem die russische, hundert Millionen starke Bauernmasse auf die Schwelle der Weltrevolution trat.

Acht Monate lang ließ sich diese Masse den trostlosen Hampelmann der Februarrevolution — Kerenski — gefallen, ohne den Gutsbesitzerboden anzutasten. Sie hätte ihn wahrscheinlich noch weitere acht Monate ertragen, wenn nicht das Petersburger Proletariat diesem russischen Bonapartlein das Pappschwert aus den Händen geschlagen hätte. Wieviel uralte Demut mußte noch in der Bauernschaft vorhanden sein, daß sie sich selbst nach der Revolution von 1905, nach dem imperialistischen Kriege und nach der Februarrevolution nicht entschließen konnte, die Ländereien der Gutsbesitzer anzutasten, sondern daß sie warten wollte, bis die Ländereien von der Nationalversammlung, von der man nicht wußte, wann sie zustande käme, freigegeben würden. Erst in dem Augenblick, als das Proletariat der russischen Bauernschaft das Dekret „Von der Sozialisierung des Bodens“ vorlegte, wurde der Bauer mutiger und räucherte die Gutsbesitzer aus ihren Nestern aus.

Aber zu einer Ueberwindung der Stumpfheit und der Unbildung hat das nicht geführt. Im Laufe von drei langen Jahren hat derselbe Gutsbesitzer sich auf dieselbe Bauernschaft stützen können und den Krieg um die Rückgabe der Macht, des Bodens und der Fabriken geführt. Und der Bauer hat lange Zeit fest zu ihm gehalten. Er hatte zwischen zwei Diktaturen zu wählen: zwischen der proletarischen und der des Generals und Gutsbesitzers. Der Gutsbesitzer und der General konnten den Bauern deshalb auf jede Weise betrügen, weil dieser durch die jahrhundert-

alte Sklaverei beschränkt und unwissend geblieben und deshalb stets bereit war, selbst seinen größten Feinden zu helfen.

Um mit dem Gutsbesitzer, dem General und dem Fabrikanten fertig zu werden, hat das Proletariat seine Klassenarmee schaffen müssen, — eine Armee, die seinen Klasseninteressen dient, die den Arbeiter- und Bauernstaat verteidigt und die proletarische Diktatur schützt. Die Aufgabe war ungeheuer schwer zu lösen; denn die Armee mußte aus demselben dunklen, unwissenden Bauernmaterial aufgebaut werden, das nicht einmal fähig war, zu begreifen, daß der Gutsbesitzer bei seiner Rückkehr unbedingt die ihm von der Oktoberrevolution genommenen Ländereien zurücknehmen wird. Diesen einfachen und, man könnte meinen, jedem faßbaren Gedanken mußte man Monate hindurch predigen, und dennoch glaubten uns die Bauern solange nicht, bis die Gutsbesitzer wirklich kamen und tatsächlich den Bauern den Boden fortnahmen. Solange wollte der Bauer von der Roten Armee nichts wissen, er weigerte sich, in ihr zu kämpfen, flüchtete in die Wälder und bildete dort zahlreiche „grüne“ Deserteurbanden. Er half dem Gutsbesitzer, wenn wir vordrangen, und er half uns, wenn der Gutsbesitzer die Offensive hatte, — kurz, er störte gehörig hüben und drüben. Erst nachdem er das bestialische Regime der Koltshaks und Denikins an seinem eigenen Leibe erfahren hatte, begriff der Bauer endlich die Wahrheit unserer Predigten über die Gegenrevolution der Generale und Agrarier. Von da an kam er nicht nur in die Rote Armee, sondern durch diese auch in die Reihen unserer Partei. An der Ostfront geschah das im Jahre 1919, an der Südfront 1920.

Somit war im Laufe der dreijährigen Periode des Bürgerkrieges die Grundparole: Verteidigung der Sowjetmacht, des Bodens und der Fabriken gegen die Angriffe der militär-agrarischen und bürgerlichen Gegenrevolution. Nachdem wir schließlich einen ungeheuren Apparat der politischen Arbeit in der 6 Millionen starken Roten Armee geschaffen haben, ist es uns gelungen, den Bauernköpfen das deutliche Bewußtsein der Gefahr einzuprägen, die mit der Rückkehr zur agrarisch-bürger-

lichen Macht verbunden ist. Das war nicht so leicht. Es genügte nicht, mit Menschewisten und Sozialrevolutionären zu streiten, die die Bauern und Arbeiter mit ihrem verlogenen Geschwätz von demokratischer Macht immerwährend irre machten und die eine gehässige Verleumdung gegen die Sowjetmacht betrieben, indem sie einzelne Fälle von Mißbräuchen als allgemeine Grundzüge des Sowjetprinzips hinstellten, und dies zu einer Zeit, als zwischen der proletarischen und der bürgerlichen Diktatur ein wilder Kampf tobte und die Anhänger der reinen Demokratie sich den kämpfenden Klassen an die Rockschoße hingen oder überhaupt von der Bildfläche verschwunden waren. Man mußte den Bauern auch die Rolle erklären, die die französischen, englischen und japanischen Imperialisten bei den Angriffen seitens der russischen weißgardistischen Heere spielten; man mußte eine Reihe von Fragen der inneren und äußeren ökonomischen Politik beantworten und jene Probleme, die mit dem Aufbau der Roten Armee zusammenhängen, ins rechte Licht setzen. Jede Frage, z. B. die Frage der ökonomischen Verwendung der Gewehrmunition, bekam sofort politische Bedeutung und war unmittelbar verbunden mit der Frage der generals-agrarischen Diktatur.

Die Diktatur des Proletariats kämpft gegen die Diktatur der Generale und Gutsbesitzer — nach dieser grundlegenden Parole stellten wir die gesamte politische Arbeit in der Roten Armee ein (deren Grundzüge wir bereits erwähnt haben). Das war eine ungeheure Arbeit, dieser 6 Millionen starken Masse die Grundzüge der Politik beizubringen.

Ob gut oder schlecht, aber diese Aufgabe wurde durchgeführt. Und der beste Beweis für den Erfolg dieser Arbeit sind jene 200 000 rotarmistischen Kommunisten (Bauern), die in den drei Jahren des Bürgerkrieges unserer Partei zugeströmt sind. Diese 200 000 Bauern-Kommunisten bedeuten, daß hinter ihnen noch 2 000 000 Rotarmisten stehen, die mit unserer Partei bewußt sympathisieren und ihre Verdienste dem Proletariat und der Bauernschaft gegenüber begreifen. Und hinter diesen 2 Millionen klassenbewußten Bauern und Arbeitern steht die vier Millionen starke Schicht, die zwar nicht so bewußt, nicht so fest und klar ist, die aber doch immerhin

dieses und jenes in der Armee von uns gelernt und manches begriffen hat. Wieviel unsere Partei dem Bauern während seines dreijährigen Lebens in der Roten Armee wirklich gegeben hat, läßt sich nicht genau feststellen. Vermutlich sehr viel. Eine interessante Tatsache bestätigt dies in mittelbarer Weise. Nach der Demobilisation aller älteren Jahrgänge hörte man aus einer Reihe von Gouvernements gleichlautende Berichte über die Belegung der Sowjetarbeit in den Kreisvollzugskomitees, die der Rückkehr der Demobilisierten zu verdanken sei. Also hat man in der Armee etwas Gutes gelernt, also ist die Armee für viele eine gute politische Schule gewesen.

Gleichzeitig mit der Beendigung des Bürgerkrieges stellte sich indessen heraus, daß die Arbeit der politischen Erziehung der Rotarmisten und der Umwandlung des Bauern in einen Kommunisten einseitig und ungenügend durchgeführt war, — es war ja auch gar nicht anders möglich. Von unserer ganzen Propaganda erfaßte der Bauer-Rotarmist nur das, was seiner kleinbürgerlichen Natur entsprach; für alles andere blieb er unempfänglich. Er begriff sehr gut, daß man ein für allemal der bürgerlich-agrarischen Gegenrevolution ein Ende machen müsse, damit diese ihm nicht sein Land und seine Freiheit nimmt, daß man dazu eine Armee braucht und daß die Bolschewisten-Kommunisten diese Sache am besten machen werden. Was die Weltrevolution, neue imperialistische Kriege, den Zusammenbruch des Kapitalismus und Fragen unseres wirtschaftlichen sozialistischen Aufbaues betrifft, — für alle diese Dinge war der Bauer nicht zu haben. Es gab nur eine Periode, in der er den Fragen der Weltpolitik näher trat, — das war während des russisch-polnischen Krieges. Aber in den Augen des kommunistischen Bauern-Rotarmisten war der russisch-polnische Krieg nicht ein revolutionärer, sondern ein nationaler Krieg. Für ihn kämpfte nicht das sozialistische Rußland gegen das imperialistische Polen, sondern das russische Volk gegen die Polen. Die Ausbreitung eines russischen Chauvinismus in der Roten Armee während des russisch-polnischen Krieges kann nicht angezweifelt werden. Das war der unvermeidliche Tribut der Sowjetmacht an die Bauern in der Armee.

Der bäuerliche Rotarmist war erfüllt von den Ideen des kleinbürgerlichen Demokratismus. Seit der Beendigung des Bürgerkrieges erwies sich die Bauernrevolution als vollkommen erschöpft: der Bauer hatte sein Land erhalten und es für die nächste Zukunft gegen die Angriffe der Agrarier und Generale gesichert. Er sah nur noch die eine Aufgabe: sofort an den Aufbau seiner vernachlässigten Wirtschaft zu gehen. Der kleine Eigentümer kam zum Vorschein, die Macht des Bodens und die Macht des Privateigentums nahmen ihn gefangen und richteten ihn gegen die Russische Kommunistische Partei, soweit diese nach der Beendigung des Bürgerkrieges die Politik des „militärischen Kommunismus“ noch weiter verfolgte. Auf dieser Grundlage kam es zum Kronstädter Aufstand und entwickelte sich eine Reihe gleichartiger, aber geringfügiger Symptome in der Roten Armee. Auf diesem Boden kam der Aufstand in Tambow zustande und verbreitete sich das Bandidentum in der Ukraine, das, historisch genommen, andere Wurzeln hat. Sehr charakteristisch sowohl für Kronstadt als auch für Tambow ist jener Umstand, daß an diesen kleinbürgerlichen, anarchistischen, gegenrevolutionären Bewegungen jene entwickelteren und beweglichen Elemente der Kleinbourgeoisie teilnahmen, die in der vorangegangenen Periode des Bürgerkrieges in den ersten revolutionären Reihen gekämpft haben. Die revolutionäre Rolle Kronstadts in den Jahren 1917/20 ist genügend bekannt; weniger bekannt ist, daß gerade das Tambowsche Gouvernement zur Zeit Kerenskis am energischsten gegen die Gutsbesitzer revoltierte.

Gleichzeitig mit dem Aufstand in Kronstadt und Tambow wandte sich ein Teil der Bauern-Kommunisten von uns ab, wie sich dies in den rotarmistischen Keimzellen gezeigt hat. Ein Teil verließ die Partei, ein anderer blieb zwar formell in ihrem Rahmen, aber er war im Grunde genommen gegen sie; ein dritter Teil mußte endlich von der Partei ausgeschlossen werden zum Zweck ihrer Säuberung (genaue Angaben darüber fehlen noch). Somit vollzog sich im letzten Jahre in der Partei im allgemeinen und in den rotarmistischen Zellen im besonderen eine große Umgruppierung der Kräfte für die Durchführung der neuen historischen Aufgaben.

Soweit diese Aufgabe im wesentlichen darin besteht, unsere proletarische Diktatur mit unserem inneren Kapitalismus (Spekulation auf dem Lande, kleine und mittlere Privatindustrie) und mit dem äußeren (Konzessionen) zwecks eines schnellen Aufbaues unserer staatlichen Großindustrie in Einklang zu bringen und miteinander zu versöhnen, — scheint der bewaffnete Kampf und folglich auch die Rote Armee überflüssig geworden zu sein. Aber ganz abgesehen davon, daß unsere imperialistischen „Freunde“ mit der einen Hand die mit uns geschlossenen Handelsverträge unterschreiben, mit der anderen aber Verrätern wie Ssawinkow und Petljura die Silberlinge für die Organisation von Bandenangriffen gegen uns zustecken, — dürfen wir nicht vergessen, daß das friedliche Zusammenleben mit dem Kapitalismus in Wirklichkeit ein harter, schonungsloser wirtschaftlicher und politischer Kampf ist und in Zukunft sehr leicht die Form eines neuen Krieges annehmen kann. Wann und unter welchen Umständen dies der Fall sein wird, wollen wir nicht im voraus prophezeien. Das eine aber scheint uns zweifellos klar, daß die revolutionären Kriege zwischen Sowjet-Rußland und den imperialistischen Ländern unvermeidlich sind, welchen Verlauf die fernere Entwicklung auch nehmen mag. Zu diesem Zweck müssen wir ständig eine Rote Armee bereit halten.

Eine Rote Armee für revolutionäre Kriege (defensive und offensive) ist jedoch ganz etwas anderes, als eine Rote Armee zum Zweck der Verteidigung gegen die militär-agrarische Gegenrevolution. In beiden Fällen überwiegt in der Armee das Bauernelement. Aber wenn sogar für einen Bürgerkrieg gegen die Gutsbesitzer und Generale zur Verteidigung des Bauernlandes gegen deren Angriffe eine ungeheure politische Arbeit notwendig war, um die Rote Armee kampffähig zu machen (was im Grunde genommen erst dann gelungen war, nachdem die Bauernschaft die Koltschaksche und die Denikinsche Diktatur an ihrem eigenen Leibe erfahren hatte), so fragt es sich, um wieviel größer die politische Arbeit sein muß, um diese selbe rotarmistische Bauernmasse für einen revolutionären Verteidigungskrieg kampffähig zu machen, d. h. für die Verteidigung solcher Errungenschaften der Revolution, an denen die Bauernschaft nicht unmittelbar

interessiert ist. Noch viel schwieriger wird es sein, die Bauern in der Roten Armee für den revolutionären Angriffskrieg zu gewinnen, d. h. für die Unterstützung der Errungenschaften anderer Völker, z. B. des deutschen oder englischen Proletariats. Und mit einem solchen Krieg müssen wir rechnen. Zu diesem Zweck müßte die große Masse der rotarmistischen Bauern nicht nur einseitige „Kommunisten des Bürgerkriegs“ sein, sondern wirklich echte Kommunisten der Internationale des Proletariats. Das ist eine Aufgabe von ungeheurem Ausmaße und größter Schwierigkeit.

Aber nur so und nicht anders wird die politische Arbeit in der Roten Armee Erfolg haben. Sind die Kriege nun einmal unvermeidlich und werden sie von revolutionärer Art sein, so muß die Armee zu diesen Kriegen vorbereitet werden und die gesamte Arbeit der militärischen und politischen Vorbereitung der Armee muß von einem und demselben Geiste getragen sein.

Diese Erkenntnis verbreitet sich in den leitenden militärischen und politischen Stellen der Roten Armee immer mehr; aber die Schlußfolgerungen, die manche Genossen aus dieser Erkenntnis ziehen, nehmen zuweilen die häßliche Gestalt eines „Roten Imperialismus“ an. Auf diesem Boden entsteht die Lehre von der ausschließlichen Offensivstrategie und von der Notwendigkeit, den Weg der Weltrevolution mit dem Bajonett zu ebnet; es entsteht die Lehre von revolutionären Dauerkriegen, kurz — es bildet sich eine Reihe von Einseitigkeiten heraus, die sich wohl auch aus dem ungenügenden Interesse seitens der Partei an den Fragen der militärischen und politischen Vorbereitung der Roten Armee erklären lassen. Daß das Interesse der Partei wirklich ungenügend ist, wurde in den Spalten unserer Presse wiederholt konstatiert.

Indessen ist die Aufgabe derart, daß es sich durchaus lohnt, über sie nachzudenken und für ihre Lösung zu arbeiten. Handelt es sich doch um nichts weniger, als um eine langjährige, dauernde Vorbereitung der Roten Armee zu evtl. revolutionären Kriegen, d. h. um die Verwandlung eines bedeutenden Teiles der Bauern in internationale Kommunisten, des anderen Teils aber (wenigstens der jungen Generation) in sympathisierende Anhänger der Idee eines aggressiven revolu-

tionären Krieges (der revolutionäre Verteidigungskrieg wird von der Bauernschaft viel leichter erfaßt).

Eine solche ungeheure Aufgabe kann nur mit Unterstützung der gesamten Partei und unter Mitwirkung der Gewerkschaftsverbände, des Jugendverbandes, der Frauensektionen usw. durchgeführt werden. Man denke daran, wie der deutsche Imperialismus seine Armee im Laufe von Jahrzehnten auf den Angriffskrieg dressiert hat, und man wird verstehen, wovon hier die Rede ist und welch riesige Arbeit die Partei, der Sowjetapparat, das Proletariat und das ganze Land leisten müssen.

Aber wie macht man aus dem Bauern einen Kommunisten, der bereit ist, einen revolutionären Angriffskrieg zu führen? Das scheint allen marxistischen Grundsätzen und vor allem der Klassenkampflehre zu widersprechen. Ist es nicht eine Utopie?

Diese Frage muß klar beantwortet werden: Wenn die Verwirklichung des Sozialismus in Rußland, selbst auf dem Umweg der neuen ökonomischen Politik, d. h. bei teilweisem Rückzug und unter Aenderung der Methoden, keine Utopie ist, — dann ist auch die Idee der Verwandlung eines Bauern in einen Kommunisten keine Utopie. Einstweilen aber hat noch niemand außer den Menschewisten unsere neue wirtschaftliche Politik utopistisch genannt.

Unter der proletarischen Diktatur in Rußland, unter der Voraussetzung der sich, wenn auch nur langsam entwickelnden Revolution im Westen, unter der Bedingung der Erfassung von Schule, Presse, Theater durch den Arbeiterstaat kann es durchaus nicht als unmöglich bezeichnet werden, die Bauernjugend im Zeitraum von zwei Kasernenjahren zu festen internationalen Kommunisten zu erziehen. Wenn die Zarenkaserne, die Zarenschule und Zarenpresse aus den Bauern Soldaten zu machen wußten, die fähig waren, ihre Väter und Brüder zu erschießen, — sollten wir es dann nicht fertig bringen, aus denselben Bauern eine Armee zu schaffen, die der Weltrevolution helfen könnte?

Dieser Gedanke ist durchaus nicht phantastisch. Die Erfahrung zeigt, daß der beste Teil der Bauernjugend, der durch die Rote Armee in die Reihen unserer Partei einge-

treten ist, ein fester revolutionärer Bestandteil der Partei geblieben ist. Besonders gilt das von den Roten Kursanten. Daher können wir überzeugt sein, daß wir auch weiterhin diese Aufgabe bewältigen werden. Wohl ist die Aufgabe viel schwieriger geworden; aber hieraus folgt nur, daß sowohl die Kräfte der Partei, als auch die des Staates mit doppelter Anstrengung für ihre Lösung arbeiten müssen.

Es versteht sich von selbst, daß die Arbeit der militärischen und politischen Vorbereitung zu revolutionären Offensiv- und Defensivkriegen in den Kasernen ganz besonders nachdrücklich durchgeführt werden wird. Manche vorbereitenden Schritte in dieser Richtung sind schon getan. Die Sache wird verzögert einerseits durch unsere Armut, andererseits dadurch, daß sich noch nicht alle Mitglieder der Partei über die ungeheure erzieherische Bedeutung der roten Kaserne klar geworden sind.

Praktisch vermag unsere Kaserne jährlich Hunderttausende junger Bauern zu entlassen, die die zweijährige militärische und politische Schulung durchgemacht haben. Militärisch erlangen sie damit mindestens die Kenntnisse der niedersten Befehlsstelle, politisch die Reife eines bewußten Bürgers der Sowjetrepublik, der sehr viele Dinge kennen gelernt hat, insbesondere die Grundlagen des Kommunismus. Die besonderen Verhältnisse des Kasernenlebens, aus dem, wohl gemerkt, der Drill ausgeschaltet ist, begünstigen die Durchführung dieser Aufgabe: Ausschaltung des „Idiotismus“ des Dorflebens, Zusammenleben gleicher Altersstufen, reguläre Beschäftigung nach einem ausgearbeiteten Programm, ein spezieller politischer, in dieser Sache gut ausgebauter Apparat (der durch die Demobilisation allerdings stark geschwächt worden ist), — alles das berechtigt uns zu der Annahme, daß wir wirklich fähig sein werden, einen Bauernburschen in zwei Jahren in einen qualifizierten Kämpfer der Roten Arbeiter- und Bauernarmee zu verwandeln, in einen Kämpfer, der auf den revolutionären Krieg vorbereitet ist.

Ohne auf die Einzelheiten der militärischen Ausbildung der Roten Armee näher einzugehen, möchte ich darauf hinweisen, daß der häufig erhobene Einwand gegen die Möglichkeit einer solchen Ausbildung — der Hinweis

auf die ungeheure Entwicklung der Kriegstechnik unserer Feinde, die wir im Hinblick auf unsere wirtschaftliche und technische Zurückgebliebenheit nicht einzuholen vermöchten — durchaus unrichtig ist. Wenn man die Sache nur vom militärisch-technischen Standpunkt aus betrachtet, so haben unsere Opponenten durchaus recht. Wir werden unsere Feinde nicht einholen und werden auch lange Zeit schwächer sein als sie. Aber die Frage des Kräfteverhältnisses ist zu neun Zehnteln eine militärisch-politische Frage und nur in geringem Maße eine militärisch-technische. Warum hat uns die gewaltige ausländische imperialistische Kriegstechnik bisher nicht zermalmt? Einfach deshalb, weil auch die besten und vervollkommensten Maschinen von Menschen dirigiert werden. Ist dies aber so, so beginnen sich die Chancen auszugleichen; denn bei einem revolutionären Krieg werden wir auch jenseits der Front eine genügende Anzahl von Verbündeten haben, um die Wirkung der mächtigen Technik abzuschwächen. Aber gleiche Chancen genügen uns nicht: wir müssen im Vorteil sein. Wenn unsere Gegner den technischen Vorzug haben, so sind wir ihnen in personaler Hinsicht über. Wir sind imstande (was unsere Feinde nicht können), zahlreiche Stammtruppen von wirklich qualifizierten Kämpfern (Halboffizieren) zu schaffen, von denen jeder, seinen Kenntnissen, der Initiative und Tapferkeit nach, vor allen Dingen aber mit seiner Siegesgewißheit (und diese macht schon drei Viertel des Sieges aus), ein Dutzend Durchschnittskämpfer unserer Feinde wert ist.

Die Erfahrung der während des Bürgerkrieges aus roten Kursanten gebildeten Brigaden und Divisionen ist in dieser Hinsicht sehr beachtenswert. Diejenigen, die sich für diese spezielle Frage interessieren, werden das nötige Material in anderen Aufsätzen und Büchern finden. Hier genügt der Hinweis, daß die militärische und die politische Vorbereitung des einzelnen Kämpfers unzertrennlich miteinander verbunden sein müssen; allerdings wird bei uns das „moralische Element“ bei der Kriegsführung außerordentlich überwiegen.

Wie läßt sich nun der Bauern-Rotarmist in einen Kommunisten verwandeln? Mit anderen

Worten, wie muß die politisch aufklärende Arbeit der Roten Armee beschaffen sein?

Ich möchte drei grundlegende Aufgaben hervorheben: 1. Erziehung im Geiste des Internationalismus; 2. Erziehung im Geiste der Ueberwindung der dörflichen Beschränktheit und der kleinbürgerlichen Enge; 3. Kampf mit den restaurierenden Tendenzen der Bauernschaft. — Prüfen wir jeden dieser Punkte einzeln.

Die Erziehung im internationalistischen Geiste setzt natürlich vor allen Dingen eine gründliche Bekanntmachung des Rotarmisten mit dem ABC des Kommunismus voraus. Ohne diese theoretische Grundlage kommt man nicht aus. Aber der Schwerpunkt liegt nicht in diesem abstrakten Internationalismus, sondern in dem täglichen praktischen Hineinziehen des Rotarmisten in die Interessensphäre der Weltrevolution, und zwar auf dem Boden der unmittelbaren bäuerlichen Interessen. Andernfalls wird die Arbeit umsonst sein. Ich habe schon wiederholt gesagt, daß man das Schicksal eines Bauerngrundstücks im Gouvernement Ufa mit dem Schicksal der Weltrevolution verknüpfen und einwandfrei beweisen muß, daß nur der Sieg der Weltrevolution das Recht des Bauern auf dieses Grundstück endgültig sanktionieren wird. Man muß ihm erklären, daß er diesen seinen Boden wieder verlieren wird, wenn nicht die Weltrevolution siegt. Von dem Bauerngrundstück im Gouv. Ufa bis zur Weltrevolution ist ein Weg von ungeheuren Ausmaßen, der nahezu das ganze Programm der R. K. P. umfaßt, zurückzulegen. Dieser Weg muß zurückgelegt werden, indem man dem Ufaer Bauern beweist, wo seine wirklichen Interessen liegen. Solch konkretes Material haben wir bereits; es ist die Hilfe, die das westeuropäische Proletariat uns und den Bauern während des Bürgerkrieges gewährt hat und auch jetzt bei der Hungersnot gewährt. Von hier bis zur Idee einer wechselseitigen Hilfe, bis zu dem Gedanken an die Pflicht der russischen Bauernschaft gegenüber der Weltrevolution, deren fernere Entwicklung stets neues Material liefern wird, ist nur ein Schritt. Der Erfolg hängt vom westeuropäischen Proletariat ab; es muß, will es sich eine rechtzeitige Hilfe

sichern, mit der russischen Bauernschaft in enge Fühlung treten, ganz besonders aber mit der Roten Armee.

Obwohl die Verbreitung des Internationalismus unter der rotarmistischen Bauernschaft an sich schon den Rahmen der dörflichen Beschränktheit sprengt, so muß diese Seite der Erziehung der Rotarmisten doch besonders hervorgehoben werden. Rußland ist ein Land mit 15 Millionen kleinen bäuerlichen Individualwirtschaften, die auf Grund der neuen ökonomischen Politik noch mehr im privatrechtlichen Sinne gefestigt werden. Dieser Geist des kleinen Eigentums, der den Bauern an den Boden fesselt, die veralteten Produktionsformen erhält und den erwähnten „Idiotismus“ nährt, steht in scharfem Gegensatz zum Internationalismus. Man muß dem Bauern-Rotarmisten die Kleinproduzentenideologie austreiben und ihm die Ideologie der großen Produktion einimpfen. Diese Aufgabe gehört nicht zu den leichtesten. Praktisch bedeutet sie die stetige, systematische Aufklärung des Rotarmisten über die ungeheuren Vorzüge des modernen Großbetriebes. Ich unterstreiche, daß dies systematisch geschehen muß, d. h. tagtäglich, durch Broschüren und Vorträge, durch das Kino, vermittels Exkursionen durch Fabriken und elektrische Stationen, durch landwirtschaftliche Betriebe, die mit Dampfpflügen, elektrischen Pflügen usw. arbeiten. Innerhalb zweier Jahre muß die gesamte Psychologie des Bauern geändert und er in einen Anhänger des Großbetriebes in Industrie und Landwirtschaft umgewandelt werden. Beim Kapitalismus waren die Lebensbedingungen eines Fabrikarbeiters in ökonomischer und kultureller Hinsicht um soviel günstiger als die des Landarbeiters, daß die Bauernjugend den Städten zuströmte und sich dort dauernd festsetzte. Jetzt hat der Hunger den Arbeiter ins Dorf zurückgetrieben. Aber sobald der Hunger (der Lebensmittel-, Heizmaterial- und Rohstoffhunger) überwunden sein wird, werden auch die Verhältnisse geschaffen sein für den abermaligen Zuzug der Bauern in die Städte. Indem wir jetzt schon die ungeheuren Vorzüge der Großproduktion und der städtischen Kultur gegenüber der Kleinproduktion und der dörflichen Beschränktheit betonen, bereiten wir den Boden vor für das künftige

Zuströmen der Landbevölkerung in die Städte und für die bessere Aneignung des Kommunismus durch die Bauernschaft.

Der Internationalismus ohne klares Verständnis für die Vorzüge der Großproduktion kann keine feste Basis für den Kommunismus sein. Aus diesem Grunde muß auf diese Seite der Erziehung des Rotarmisten besonderer Nachdruck gelegt werden.

Als eine besondere Teilaufgabe der Ueberwindung des „Idiotismus des dörflichen Lebens“ (auch des politischen) steht vor uns auch die Aufgabe der Bekämpfung der restaurierenden Tendenzen der Bauernschaft. Vielleicht ist diese Formel unglücklich gewählt; denn der Kampf mit den restaurierenden, auf dem Boden der Privatwirtschaft elementar erwachsenden Tendenzen der Bauernschaft ist die Aufgabe einer ganzen Epoche, — jener Uebergangsepoche, in der nach der Eroberung der Macht durch das Proletariat die Klassen noch fortfahren, zu bestehen, in der also der Klassenkampf, der Kampf zwischen der den Kapitalismus restaurierenden Bauernschaft und dem den Sozialismus aufbauenden Proletariat noch weiter geführt wird. Gegenwärtig hat dieser Kampf auf Grund der neuen ökonomischen Politik neue Formen angenommen, die das unvermeidliche Ergebnis zeitigen werden, daß unter der Parole der Menschewisten und Sozialrevolutionäre: „Zurück zum Kapitalismus!“ in einer nicht mehr fernen Zukunft ein neuer ökonomischer und politischer Aufschwung des dörflichen Spekulantentums stattfinden wird. — Diese Bewegung wird sich auf das Dorf stützen, wo es keinerlei Sozialismus gibt, dafür aber 15 Millionen kleine Privatwirtschaften, aus denen unter dem Einfluß der Sozialrevolutionäre und Menschewisten die Restauration des Kapitalismus herauswachsen wird. Diesem elementaren Prozeß des Wiederaufbaus des Kapitalismus müssen wir eine noch schnellere Entwicklung der staatlichen Industrie, den intensivsten Kampf mit den Menschewisten und Sozialrevolutionären und unseren Einfluß auf die Bauernschaft entgegenstellen (wozu wir allerdings vor allen Dingen unsern Einfluß auf die Arbeiterschaft und die Gewerkschaftsverbände festigen müssen). An dem Beispiel der anderen Revolutionen müssen wir den Bauern-Rotarmisten zeigen,

daß die bäuerliche Restauration immer zum Untergang der Errungenschaften der Revolution geführt hat, daß die Sozialrevolutionäre und Menschewisten eben diese Niederlage der Bauern erstreben, daß die Privatbewirtschaftung unweigerlich zu dem Wiederaufleben des Kapitalismus führt, der die Kleinwirtschaft aufsaugt und Millionen Bauern ruiniert, daß endlich der schmerzloseste Uebergang der Kleinwirtschaft zu der Großproduktion nur durch den Sozialismus möglich ist.

Zwei Jahre politische Arbeit in der Kaserne (und dreiviertel Jahre in den Kommandoschulen) können dem Dorfe solche Rotarmisten liefern, die hochqualifizierte Einzelkämpfer sind, fähig, mit einem Sozialrevolutionär und Menschewisten fertig zu werden, fähig, der breiten Bauernmasse eine richtige Vorstellung von dem Verhältnis zwischen der Kleinwirtschaft und der großen staatlichen Produktion zu geben. Diese Rotarmisten werden auch fähig sein, im Falle eines revolutionären Krieges (oder im Falle einer Revolution im Westen) Millionen von Bauern für die Sache zu gewinnen. Hunderttausende solcher Bauern können wir alljährlich aus unseren Kasernen entlassen. Nach drei Jahren käme im besten Fall ein solcher Agitator auf 80 bis 90 Menschen der Bevölkerung, im schlimmsten Fall aber ein Agitator auf 200 bis 300 Menschen, was auch noch nicht schlecht ist.

Die politische Aufklärungsarbeit in der Roten Armee ist jetzt eine durchaus andere als in der Epoche des Bürgerkrieges. Früher wurden die internationalen Aufgaben begreiflicherweise erst in zweiter Linie berücksichtigt, in erster Linie standen die Aufgaben nationalen Charakters, die sich aus dem Kampfe mit dem „inneren Feinde“ ergaben. Es ist wahr, diese inneren Feinde stützen sich auf die internationale imperialistische Bourgeoisie, während die proletarische Diktatur in Rußland durch das internationale Proletariat unterstützt wird. Auch in der Zeit des Bürgerkrieges gab es also genügend internationale Beziehungen und Aufgaben der Revolution. Aber der unmittelbare Kampf (mit Ausnahme des russisch-polnischen Krieges) spielte sich auf der inneren Front ab, oder, genauer, auf der russischen Linie

der internationalen Revolutionsfront. Daher stand die innere Motivierung über der internationalen.

Jetzt erhalten die internationalen Motive in der politischen Arbeit innerhalb der Roten Armee eine überwiegende Bedeutung; denn die Armee bereitet sich auf revolutionäre Kriege vor, die unter den herrschenden Umständen internationalen Charakters sein werden. Daher bekommt auch die politische Arbeit in der Roten Armee eine unmittelbare internationale Bedeutung, und sie stellt nicht nur die Russische Kommunistische Partei, sondern auch alle in die Kommunistische Internationale eingegliederten Parteien vor praktische Aufgaben von größter Bedeutung.

Es ist Zeit, über diese Aufgaben nachzudenken. Sonst riskieren wir, daß die Rote Armee bei Ausbruch der neuen revolutionären Kriege und Schlachten vollkommen unvorbereitet sein wird.

Wir dürfen aber nicht damit rechnen, daß wir unsere Armee ebenso schnell für einen revolutionären Krieg zusammenbringen werden, wie dies beim Bürgerkrieg geschah. Die jetzige Aufgabe ist viel schwieriger und erfordert eine langwierige, planmäßige Arbeit, eine Arbeit, die energisch von Tag zu Tag fortgeführt werden muß.

S. Gussew.

Nikolaj Alexejewitsch Nekrassow (1821 bis 1877).

Wenn auch der fluchwürdige Zarismus noch bis zum Jahre 1917 hinsiechte, um dann in der Rasputinschen Aera schmachvoll zusammenzubrechen, die Leibeigenschaft war schon zu Lebzeiten Nekrassows dem Untergang geweiht.

Der Hauptfaktor, welcher der Leibeigenschaft den Todesstoß gab, war die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland. Die zwangspflichtige Arbeit wurde für den Ausbeuter weniger vorteilhaft als die Mietsarbeit. Das emporgekommene industrielle Kapital verlangte freie Kräfte für sich, aber auch die in ökonomischer Hinsicht fortgeschrittensten Grundbesitzer lernten es begreifen, daß ein freier Bauer mit kleinem Landbesitz zur Ausbeutung bei weitem geeigneter war als ein geknechteter.

Der bevorstehende Umschwung, der gewaltige Schritt vom groben Feudalismus zum Kapitalismus — wengleich dieser noch sehr im Rahmen des Feudalismus steckte — war indessen für die verschiedenen Städte Rußlands keineswegs nur eine nüchterne, wirtschaftliche Frage.

Es gab wohl Leute, die von der Unrentabilität der Leibeigenschaft überzeugt waren, es gab solche Grundbesitzer und Kapitalisten, auch Staatsmänner, die erkannt hatten, daß die Leibeigenschaft der Entwicklung des Eisenbahnwesens und der militärischen Macht

Rußlands im höchsten Maße hinderlich geworden war und sich überdies in endlosen Bauernerhebungen zu entladen drohte; es gab wohl wirtschaftlich höherstehende Schichten des Bauerntums, der Groß- und Kleinwucherer, die ein schönes Geld aus der Freiheit herauszuschlagen hofften und in ihr ganz nüchtern die Voraussetzung eines wirtschaftlichen Aufblühens erblickten; es gab aber daneben auch eine Romantik, die sich qualvoll, feierlich und rührend entwickelte.

Zu dieser Romantik darf man natürlich nicht die offizielle patriotische Begeisterung zählen, die nichts als eine klägliche Rührseligkeit für den Befreier-Zaren schuf; es war aber zweifellos im Auflösungsprozeß der Leibeigenschaft selbst der Adelsstand mehr und mehr zu der schrecklichen Erkenntnis gelangt, wie ungeheuerlich das Faktum der Sklaverei an sich und im besonderen ihre überall in Erscheinung getretenen Mißbräuche waren.

Alle möglichen Formen nahm das Reuegefühl des Adels an. Schon Radischtschew schöpfte aus der Finsternis der Hörigkeit einen starken revolutionären Gedanken. Diesen Gedanken griffen später Rylejew und Pestel auf und vermittelten ihn in gewissem Maße Herzen und auch Nekrassow. Weiter sahen wir ein humangesinntes Herrentum, das von einer ganzen Reihe bedeutender Ver-

treter bis hinauf zu Turgenjew repräsentiert wurde, und es entstand endlich eine Stimmung der Reue, die, bis zu Tränen gesteigert, bewußte Ehrfurcht vor dem geprügelten Bauern und seiner uralten Lebensweisheit zeitigt. In dieser Entwicklung spiegelte sich nicht zuletzt die große Angst des Adeltums vor der eingedrungenen kapitalistischen Kultur wider. Dieses mit dem Bauern sympathisierende, reumütige Adeltum wurde von der grandiosen Figur Tolstois gekrönt.

Schon die Aufzählung dieser zum Teil recht bedeutenden Adelsnamen läßt erkennen, daß die russischen Feudalisten das Unwahre ihrer Situation tatsächlich sehr tief empfunden haben. Und hierin wurden sie noch dadurch bestärkt, daß sie sich selbst als Leibeigene fühlten. War doch der adlige Rittmeister dem Zaren genau so unterworfen, wie es der hörige Pferdeknecht dem Gutsbesitzer war. Die Adligen, die sich viel im Auslande aufgehalten und dort mit der freigeistigen Literatur bekannt geworden waren, diese hochkultivierten, mit reichen Talenten begabten Söhne einer schon zur Dekadenz neigenden, überreifen, aber um so raffinierten Gesellschaftsklasse, gestanden knirschend ihre Rechtlosigkeit vor dem Absolutismus ein; und das mußte ihnen ja die Augen darüber öffnen, wie absolutistisch sie selbst dem entrechteten Bauernstande gegenüber waren. An scharfe Opposition gewöhnt und mitunter revolutionär von oben, mußten sie die unzerreißbare Einheit von Absolutismus einerseits und Leibeigenschaft andererseits erkennen. Den Nerven dieser Leute, die schon halb zu Franzosen geworden, glänzend erzogen waren und deren künstlerische Kultur hoch entwickelt war, wurde die Nachbarschaft eines Großgrundbesitzes, der aus Gewaltmenschen und Schuften bestand, fast noch unerträglicher als ihr schwachköpfiges Oberhaupt.

Ganz anderen Schlages waren dagegen die Romantiker, die Rasnotschintzy — die Vertreter der verschiedenen freien, nicht abgabepflichtigen, aber auch nicht adligen Volksstände. — Während sich die ganz linksstehenden Gutsbesitzer, sogar die vom Herzenschen Typus, zumeist auf das Wort der Opposition beschränkten, einen direkten Appell an das bäuerliche revolutionäre Element aber fürchteten und sich nicht schlüssig werden konnten, wie dem monströsen Ungeheuer des Absolutismus beizukommen wäre, wollten jene so unmittelbar, wie sie aus dem Volke kamen, mit frischen Nerven und mit ihrem kräftigen Bauernblut, den Feind gleich bei der Gurgel packen.

Diese Vorkämpfer des Volksgedankens darf man nicht zur Bourgeoisie zählen — gerade als ob die ersten Strömungen der „bürgerlichen Revolution“ eine ganze Reihe von typischen Männern der sechziger und siebziger Jahre in den Vordergrund geschoben hätten; die Bourgeoisie war damals eher denn je bereit, mit dem Absolutismus zu paktieren. Es ist auch falsch, diese Volksvorkämpfer in das Kleinbürgertum einzureihen, von dem man weiß, daß es bewußt nur die Interessen der produzierenden und erwerbenden Stände in Stadt und Land verteidigte. — Die Fälle, daß diese Ideologie in die führenden Kreise der Volkstümpler Eingang fand, sind ganz unbedeutend und vereinzelt. Es ist endlich falsch, sie als eine zwischen den Klassen stehende Gruppe von Intellektuellen zu bezeichnen, welche in ihren unmittelbaren Interessen mit dem Absolutismus zusammengeprallt war und nun nach der Lage der Dinge in den Massen Rückhalt suchte. Alle derartigen Vergleiche treffen nicht den Kern. Natürlich mußte später aus diesem freien Volkstum die Intelligenz hervorgehen, nachdem es erst einmal in einer ganz bestimmten Gesetzmäßigkeit in den sozialen Verhältnissen einen Ruhepunkt gefunden und sich alsdann mit der gleichen Gesetzmäßigkeit infolge seines Gravitierens nach dieser oder jener Klasse hin zersplittert hatte. Aber in den Volkstümlern, den Intellektuellen des damaligen Rußlands, die im Geiste Tschernyschewskis lebten und sich an Dobroljubow ergötzten, überwog nach ihren ganzen Existenzbedingungen die ideologische Richtung durchaus ihre wirtschaftlichen Klassen- und Gemeinschaftsinteressen. Der Volkstümpler fühlte sich als wirklicher Vorkämpfer der Masse; er kannte noch nicht die ganze Trägheit, die ihr innewohnte. Er betrachtete sich noch als einen unzertrennlichen Teil des ganzen werktätigen Volkes, vornehmlich des Bauernstandes. Er, der aus dem Volke hervorgegangen, das Kind der „arbeitenden Familie“, hatte sich die Stellung einer kritisch denkenden Persönlichkeit erkämpft; jetzt, ein reifer Bürger, der dunklen Masse entstieg und organisch mit ihr verknüpft, hielt er es für seine heiligste Pflicht, der Masse seine Schuld abzutragen. Und das tat er dadurch, daß er seinen kritisch geschulten Geist als scharfe Waffe in den Dienst der Masse stellte.

Ein furchtbarer Schmerz kochte im Herzen eines solchen Menschen. Wenn er zurückblickte auf das Meer von Leiden und Erniedrigungen, die seinen ureigensten Brüdern und Eltern widerfahren waren, so drohte eine

gewaltige Hoffnung ihm die Brust zu sprengen, da er, ganz eins im Gefühl mit dem ihm ureigenen Element, es doch für durchaus möglich, für ganz selbstverständlich hielt, diese unbesiegbare, alles auf ihrem Wege vernichtende Gewalt zum Sturm gegen die Feste der Leibeigenschaft und des Absolutismus führen zu können.

Für ihn war alles möglich, und so blieb sein Geist nicht lange bei dem freiheitlichen, aber individualistischen Optimismus Pissarews stehen. Den brauchte er nur, um selbst erst festen Grund zu fassen; aber auch Pissarew forderte doch schon, vom Wort zur Tat zu schreiten: „die Dürftigen zu kleiden und die Hungrigen zu sättigen.“ Wie aber konnte man den Dürftigen kleiden und wie den Hungrigen satt machen? Wie sollte man ein Volk erziehen, das eben im tobenden Sturm seine Ketten zerrissen hat? Und wie am gerechtesten, am glücklichsten und am lichttesten?

Wo soll man die Farben hernehmen, um sich selbst und allen, die da mithelfen sollten, die Zukunft auszumalen? Doch nur bei den großen Denkern drüben im Westen, die die Sehnsucht ihrer Volksmassen verkündeten, d. h. bei den extremsten utopistischen Sozialisten, bei Owen, bei Victor Konsiderant, bei dem jungen Marx.

Ich will natürlich nicht behaupten, daß alle Volkstümler auf diese Weise die jugendliche sozialistische Vorhut des Volkes bildeten; das waren wohl ihre Führer, aber selten hatten Führer einen so großen Einfluß auf eine ganze soziale Gruppe wie zur Zeit des „Zeitgenossen“ und der „Vaterländischen Annalen“.

Darin lag ja das ganze Unglück, daß der Bauer, der nach vollzogenem Strafurteil noch eben Tränen der Erniedrigung und der Wut hinunterwürgt, daß der Bauer, dessen Töchter man als Konkubinen zum herrschaftlichen Gutshause geschleppt und seinesgleichen unter die Soldaten gesteckt hatte, geistig und wirtschaftlich noch so schwach organisiert war, daß alle Hoffnungen auf seinen Bestand vergeblich waren, das im Entstehen begriffene Proletariat aber überhaupt noch keinerlei ernste politische Rolle spielte.

Das war auch der Grund, weshalb dieser Morgen der ersten russischen Revolution, dieser erste Sturmangriff einer unscheinbaren Schar von Denkern und Kämpfern des Volkes so tragisch mit einem vergeblichen Hilferuf an die Masse enden mußte, um dann im schicksalvollen Zweikampf zwischen Volkesherrschaft und Absolutismus zu versiegen.

Dieser bedeutungsreiche Vorgang spiegelt sich in der Poesie Nekrassows auf das allerlebendigste wider.

Nekrassow war Adliger und als solcher gleichwie von einem Schicksal in eine Zwangslage hineinversetzt, so daß er alle Widersprüche des Adelstandes in sich zusammenfassen mußte. Seine Mutter war ein dunkelblonder, blauäugiger Engel, ein Sakrewskaja, eine Märchenerzählerin, die von Rittern, Heiligen und Königen Wunderdinge zu berichten wußte; eine liebliche Blüte der Adelskultur war sie, vom zarten Hauche des Westens berührt, und stand dabei doch in der tiefsten Knechtschaft eines Scheusals von Mann. Hart und bitter urteilte sie über die Hölle, die sie umgab. Sein Vater war in dieser Hölle der Teufel: Gutsbesitzer, Offizier, Polizeichef, Kartenspieler, Wüstling und der Dünkel selbst. Es scheint, als ob diese beiden Typen absichtlich dazu bestimmt waren, einen Maßstab des abgrundtiefen Unterschiedes zwischen der edlen Humanität des Adels und niedriger adliger Tyrannei in das Kinderherz Nekrassows einzupflanzen.

Auch auf dem Lande hat der junge Nekrassow gelebt und das Volk gut kennen gelernt. Da zogen in ununterbrochenem Strome die Leidensbilder des Volkes unter den Schlägen des Regimes vorbei, aber trotz alledem lugte hier eine Lebensfreude hervor, zu der das Volk wohl fähig war. Die ganze Poesie der Bauernarbeit im Schoß der breiten Wolganatur, die bäuerlichen Festtage, ihre sehnsuchtsvollen und glückestrunkenen Lieder, ihr kerniger Humor und die prächtigen, weißen und blonden Köpfchen der reizenden Dorfkinder; alle diese Eindrücke sog Nekrassow durstig in sich auf. In vielen seiner Werke blickt denn auch durch Tränen, Leid und Zorn eine hohe Lebensfreude wie ein Sonnenstrahl aus düsterem Himmel. So stark ist seine Sehnsucht nach dieser Freude; doch wenn er daran denkt, wie diese Freude, wohin die Blicke schweiften, verstümmelt und zertreten ist, so zieht sich sein Herz in unaufhörlichem Schmerz zusammen.

Das ist Nekrassow — der Edelmann, aber außerdem ist Nekrassow auch noch Volksgenosse. Und das, weil er schon in früher Jugend nach Petersburg verschlagen wird, die Unterstützung seines Vaters verliert und verarmt. Er ist so bettelarm, daß er in Herbergen oder auf einer Bank unter freiem Himmel schlafen muß, so bettelarm, daß er Hunger leidet und aus Angst vorm Hungertode einen Diebstahl begeht. Ist das nicht bezeichnend, daß seine ersten Skizzen gerade

dem Proletariat, dem Halbproletariat gewidmet sind: „Die Ecken Petersburgs“ und „Die Physiologie Petersburgs“? Er ist Volksfreund, weil er schon früh sein Brot erwerben muß, und nicht etwa mit literarischen Arbeiten, nein, mit literarischer Zwangsarbeit, mit all dem Geschreibsel, was der Markt verlangt. Er ist Volksfreund kraft seiner Natur, und die Adligen wie seine Gesinnungsgenossen verwundern sich, wie hart Nekrassow aus dieser Schule hervorgegangen war. Ein Meister der Sparsamkeit, ein Hausherr, ein Organisator, das ist Nekrassow als Literat. Er ist Volksfreund nach seinen Beziehungen: Bjelinski, Tschernyschewski und Dobroljubow sind seine engsten Freunde und Gesinnungsgenossen, seine Mitkämpfer, und all die kleinen Tschernyschewskis und all die kleinen Dobroljubows sind seine Leser und Verehrer. Er ist Volksfreund nach seinem ganzen Temperament: es reißt ihn zum Kampf, es drängt ihn, die Probleme seiner Zeit in revolutionärem Sinne zu lösen. Ob es nun seiner adligen Herkunft zuzuschreiben ist, die seinen Willen lähmte und ihn den Verlockungen des Lebens preisgab — denn diese Neigung konnte Nekrassow niemals überwinden —, ein Kämpfer ward er nicht. Daß er aber nur sang, während zwischen dem Volk und seinen Peinigern der Todeskampf entbrannt war, daß er sich diesen Luxus erlaubte, das wurde zu einer Krankheit, die innerlich an ihm fraß; eine furchtbare Disharmonie schuf diese Krankheit in Nekrassows Seele und ließ ihn selbst auf dem Totenbette nicht zur Ruhe kommen. Da noch bat er sein Volk um Verzeihung. Dieser Zug von Selbstkasteiung, weil er nicht das größte Opfer der Selbstverleugnung auf sich genommen hatte, sondern den weltlichen Versuchungen unterlegen war, und dann endlich sein Opportunismus, mit dem er oft sein Journal vor dem polizeilichen Verbot retten mußte, ergänzen sein Bild. . . . Denn schwer wie Ketten war die Pflicht, welche die Intelligenz sich aufgebürdet hatte, aber jeder konnte eben kein Recke sein, nicht jeder war fähig, „für die heilige Sache der Liebe in den Tod zu gehen“. Und viele, so viele waren der glühenden, prophetischen Verheißung gefolgt und vermochten es doch nicht, das Kreuz auf sich zu nehmen; sie waren von Reue gequält und geißelten sich.

Darin lag natürlich der Grund des Mißerfolges. Hätte sich der Wirbelsturm der Revolution erhoben, so wären wohl Nekrassow und alle die kleinen Nekrassows kopfüber in den Kampf gestürzt, aber der Sturm

erhob sich nur, um gleich wieder nachzulassen; und da schwankten sie und fügten so den bitteren Qualen um des Volkes Not noch die eigene Qual hinzu, die Scham über ihre „unbeständige“ Seele. Doch in Nekrassows Reue über seine kleine Schuld offenbarte sich eine gewaltige revolutionäre ethische Kraft.

Es wäre überflüssig, an dieser Stelle von dem dichterischen Schaffen Nekrassows im allgemeinen zu sprechen. Darüber ist schon zuviel geschrieben worden, und man kann da nur raten, sich mit Liebe in alle seine Schriften zu vertiefen; doch eines darf nicht unerwähnt bleiben: eine ästhetische Kritik hat unbedacht die Meinung verbreitet, Nekrassow sei kein besonders begnadeter Dichter gewesen und der Dichter selbst nennt seine Muse „streng“ und seine Verse „plump“. Ja, ich las da kürzlich in einem Artikel, der ihn als Jubilar feierte, folgendes Urteil: „Sein poetisches Talent war nicht besonders stark, die Form ist rauh usw. . . .“

Als nun Tschernyschewski in ferner Verbannung, wo er langsam-qualvoll hinsiechte, erfuhr, daß Nekrassow, von Gewissensbissen gepeinigt, keine Ruhe fände, sandte er ihm durch Pypin einen Brief, in dem es hieß: „Sage ihm, daß ich ihn heiß als Menschen liebe und ihm für seine gute Freundschaft danke; ich küsse ihn und glaube: sein Ruhm wird unvergänglich sein, und ewig wird die Liebe Rußlands für ihn glühen, für ihn, den genialsten und den größten unter den russischen Dichtern. Ich trauere um ihn. Er ist wirklich ein Mensch von höchstem seelischen Adel, ein bedeutender Geist, und als Dichter überragt er natürlich alle russischen Dichter.“

Nun, spricht denn aus diesem Urteil allein nur die seelische Verwandtschaft von Leuten einer Generation und einer Ueberzeugung? Vielleicht . . .! Es ist stark übertrieben, zu sagen: „Natürlich der Genialste, natürlich der Bedeutendste“. Die russische Literatur hat doch in ihren Reihen einige geniale Dichter, welche natürlich Nekrassow nicht nachstehen, doch abgesehen von der wohlgemeinten Uebertreibung ist der Rest wohl wahr. Wenn man jetzt als reifer Mensch, nachdem man die Welt und die Menschen gesehen und fast alle ihre großen Dichter gelesen hat, in Nekrassows Werken blättert, so erscheint es unverständlich, wie überhaupt von einem schwachen poetischen Talent und von einer unvollendeten Form die Rede sein kann.

Nekrassow ist ein bürgerlicher Dichter, aber er ist auch bürgerlicher Dichter, und darin liegt eben seine ganze

Kraft. Umgekehrt wollen wir schwachen Dichtern mit starkem bürgerlichen Gefühl unsere Achtung nicht versagen, doch der Gesellschaft nützen sie nur selten. Das aber vor allem: Kunst muß eben auch Kunst sein, wie Leo Tolstoi definiert: Kunst muß uns seelisches Erlebnis des Künstlers vermitteln und unsere Seele am feurigen Geiste des Künstlers entflammen. Zweierlei Voraussetzungen gehören dazu. Dieses Feuer muß in des Künstlers Seele brennen, sein Erlebnis muß stärker als das unsrige sein; d. h., der Künstler muß ein bedeutender Mensch sein. Ein unbedeutender Mensch kann kein bedeutender Dichter sein; denn er kann nicht zündend wirken. Und in alle Ewigkeit hat der Apostel Paulus Recht, der sagt: „Wenn ich mit Menschen- und mit Engelszungen redete und hätte der Liebe nicht, so wäre ich ein tönend Erz oder eine klingende Schelle.“ — Wenn ich sagte, daß der Dichter ein bedeutender Mensch sein muß, so will ich damit nicht behaupten, daß er es auch in seinem Privatleben sein muß.

Sofern Apollo den Poeten
Zum heil'gen Opfer nicht verlangt,
Ist dieser auch von Alltagsnöten
Wie jeder Sterbliche umgarnt.

Doch mehr noch: „Von allen verachteten Weltkindern ist vielleicht er das verachtetste, weil er um keinen Deut besser ist als der Durchschnittsmensch, wie Iwan Iwanowitsch, wie Alexander Sergiejewitsch, wie Nicolai Alexejewitsch. Was ist das nun, wenn eine göttliche Stimme des Dichters Geist beflügelt? Was bedeutet diese göttliche Stimme? Sie bedeutet das Menschliche. Im Augenblick des Schaffens hört der Dichter auf, ein Nicolai Alexejewitsch zu sein, dann wird er zum Verkünder von zahllosen menschlichen Gedanken, Empfindungen und Erregungen. Kommt der göttliche Geist über ihn, so ist er sich bewußt, daß er für Hunderttausende, vielleicht für Millionen Sprecher ist und als Tribun vor dem Auge seiner Zeitgenossen und vielleicht der Ewigkeit steht. Da siegt in ihm seine menschliche Persönlichkeit. Er wird ein anderer, ein neuer; jetzt erst ertönt das edle, reine Metall in der Glocke seiner Seele.

Dieser neugeborene Mensch, der soziale Mensch, eben dieser Mensch muß als Individuum bedeutend sein, damit seine Persönlichkeit auch zum bedeutenden Dichter werde. Das ist die erste Voraussetzung, und sie wird von Nekrassow ganz erfüllt. Seine Lyrik ist heiß, bitter, erhaben und tief. Er birgt eine herrliche Seele in sich. Und dann sind die

hohen Gefühle, die er erweckt, für das Gedeihen der russischen Gesellschaft so notwendig gewesen und noch heute fehlen sie ihr, denn die gleichen Aufgaben, die vor der russischen Gesellschaft der sechziger und siebziger Jahre standen, stehen jetzt noch ungelöst vor dem proletarischen Gemeinwesen des zwanzigsten Jahrhunderts.

Das genügt aber nicht, um auch bedeutender Künstler zu sein. Man kann sich wohl eine erhabene Seele denken, die von edlen Leidenschaften und göttlichen Gedanken überfließt, die aber unfähig ist, in Bildern die Seele des Dichters und die seines Lesers zu verbinden. Es kann auch einen „Raphael ohne Hände“ geben.

Ein solcher ist Nekrassow nicht. Seine Werke sind seinen Gedanken und Empfindungen durchaus ebenbürtig. Von Anfang an ist er allen verständlich, alle greifen ihn auf, alle lesen ihn, sogar der Bauer, der des Lesens kundig ist, alle lernen ihn auswendig, alle singen ihn. Nekrassow klagte niemals, wie es Tjutschew tat, daß „ein ausgesprochener Gedanke eine Lüge sei“. Hierin besteht Nekrassows Tragödie nicht; aber häufig klagt er, daß seine Verse nicht genügend aufrichtig seien — und in welchem Sinne? In dem Sinne, daß sein Leben nicht auf der Höhe seiner Verkündung stand, nicht aber in dem Sinne, daß seine Verkündung nicht die Höhe seines Gedankens erreichte.

Sind Nekrassows Verse glatt genug? Wer behauptet aber, daß die Glätte des Reimes ein unbedingter Vorzug sei? Wer will behaupten, daß man über die Schrecken im Leben des Volkes unbedingt in glatten Versen schreiben müßte? Muß nicht auch die künstlerische Prosa sich rhythmisch dem Inhalte der Erzählung anpassen? Sollte der kein wahrer Künstler sein, dessen Prosa stockt, sich krümmt, mit dem Inhalt der Erzählung steigt und fällt? Und warum sollen nicht die Verse so sein dürfen? Sollen denn die Bilder von schreiender Realität wie ein Salon-Aquarell gemalt sein? Wie unwichtig ist das. Wenn Nekrassows Verse wirklich vollkommener und melodischer wären, so würde das wie eine Lüge wirken. Wenn ein Mensch von dem Tode seiner geliebten Mutter erzählte und dabei alle Regeln der Syntax und der Stilistik befolgte, so würde das den Eindruck einer scheußlichen Heuchelei und Herzlosigkeit erwecken. Was Nekrassow selbst als Plumpheit seiner Verse bezeichnete, war in Wahrheit nur seine eigene Härte. Plump ist er, weil er monumental ist, plump ist er, weil er aufrichtig ist, und plump ist er endlich, weil

er voller Kraft ist. Es wäre schade, wenn er nur eine Spur weniger von dieser Plumpheit besessen hätte.

Warum schreibt Nekrassow nicht Prosa sondern Poesie? Weil das höchste Pathos, in dem seine Seele lebte, zum Singen drängte. Und das soll man guten Dichtern raten: kann man ihre Gedichte nicht singen, so sollen sie das Dichten lassen und in Prosa schreiben, es könnten noch gute Erzähler aus ihnen werden. Verse müssen singen, in der innersten Seele mitklingen, wenn man sie für sich liest; sie müssen selbst Rhythmus und Melodie zugleich sein, wenn man sie laut liest, und berühmte wie unberühmte Komponisten muß es packen, sie in wirkliche Musik umzusetzen. Trifft das nicht alles bei Nekrassow zu? Ich weiß wirklich nicht, ob selbst Puschkin und Lermontow eine solche Fülle von musikalischen Schöpfungen gebracht haben, wie eben Nekrassow. Welcher russische Dichter wird am meisten gesungen? Wo wäre nicht sein Wolga-Lied und sein glückatmendes Hausierer-Lied erklingen?

Ich halte mich noch immer bei Nekrassows Lyrik auf, indessen ist er Maler, Epiker; er schafft Typen, welche unauslöschlich in uns fortleben, er malt Landschaften mit unerreichter Darstellungskraft, er zeichnet Bilder, die greifbar vor den Augen stehen. Und das alles bringt er nicht nur als Realist, nein, unerschöpflich und unvergeßlich ist seine Phantasie.

Wie unvergleichlich ist doch der Flug der Phantasie, die er in seinem gewaltigen Epos bei dem Auftreten des Fürsten Moros in die

Seele des Volkes legt. Welche Weite, welche Breite, welch Dämonismus!

Wie in jener schönen Sklavin, die er selbst beschreibt, so schlummerten in Nekrassow gewaltige Fähigkeiten, und wenn ihm einmal das Wort entschlüpfte: „Mich hinderte der Kampf, ein Dichter zu sein, —“ so können wir darauf erwidern: „Nein, gerade der Kampf machte ihn zum Dichter.“ Wäre er in einer glücklicheren Zeit geboren, so hätte er wohl glückliche Lieder gesungen, und all den kleinen Kritikern wäre es aufgegangen, daß Nekrassow auch im glücklichen Liede, im Liede von Schönheit und Liebe ebenso groß, ja, vielleicht noch größer gewesen wäre; er hätte uns vielleicht noch bezauberndere Bilder geschenkt. Aber so, wie er wirklich ist, bleibt er der Größere, mit seiner gewaltigen Lehre, die er verkündigte. Weinend und drohend erhebt er unablässig seinen Ruf und steigert ihn in seinen Liedern und Erzählungen zu hoher künstlerischer Vollkommenheit.

Im kurzen Aufsatz kann man nicht den kleinsten Teil der Lehren erschöpfen, die uns Nikolai Alexejewitsch Nekrassow auf den Weg gegeben hat. So können wir denn, ohne die Altäre Puschkins und Lermontows und die kleineren, aber doch herrlichen Denkmäler Alexej Tolstois, Tjutschews, Fets, Kollzows und anderer zu entweihen, sagen: Es gibt in der russischen Literatur, in unserer ganzen heimatlichen Literatur keinen Menschen, vor dem wir uns in Liebe und Andacht tiefer neigen als vor dem Denkmal Nekrassows.

A. Lunatscharski.

Indien in der Uebergangsperiode.

(Die wirtschaftliche Entwicklung des Landes.)

Das Wachstum der Bourgeoisie.

In Indien gibt es bekanntlich keinen Feudalismus. Der Feudalismus ist in Indien nicht durch eine gewaltsame Revolution vernichtet oder richtiger ins Schwanken gebracht worden wie in Europa, sondern durch einen verhältnismäßig friedlichen und langsamen Prozeß. Der Feudalismus als Grundlage der

Sozialökonomik hat den ersten und zugleich tödlichen Schlag in den ersten Jahren der britischen Gewaltherrschaft (in der Mitte des 18. Jahrhunderts) erlitten, als die politische Macht in die Hände der Vertreter der ausländischen Handelsbourgeoisie überging. In dem Maße wie die britische Ostindische Kompanie, die das britische Handelskapital vertrat, die oberste Gewalt in Indien an sich riß, wurden die Grundlagen des Feudalsystems

ins Schwanken gebracht. Aber die Ostindische Kompanie brauchte ungefähr ein halbes Jahrhundert, um ihre Herrschaft über das ganze Land zu befestigen. Darum blieb der Feudalismus, wenn auch geschwächt — wenigstens formell — im Laufe dieser ganzen Periode weiterbestehen. Schon ganz zu Beginn der britischen Herrschaft wurde das Bodenbesitzrecht durch Gewalt oder Betrug der indischen grundbesitzenden Klasse genommen und der britischen Regierung übergeben. Mit anderen Worten, es waren statt der feudalen Machthaber die Vertreter des britischen Handelskapitals Besitzer des Bodens geworden.

Die mißlungene Revolution des Jahres 1857, die unter dem Namen des Aufstandes der Sipoy bekannt ist, hat die letzten Ueberreste der Feudalmacht endgültig zerstört. Die Revolution des Jahres 1857 war der letzte Versuch der übriggebliebenen feudalen Machthaber, die ehemalige Macht zurückzubekommen. Es war dies ein Kampf um die politische Oberherrschaft zwischen dem überlebten Feudalsystem und dem im Lande eben erst entstandenen Handelskapitalismus. Als der Feudalismus in Europa unter dem Ansturm der aufsteigenden Bourgeoisie zusammenbrach, fand dieser große soziale Kampf in Indien seinen Widerhall. Aber im Laufe der hundert Jahre, die dem Jahre 1857 vorausgegangen waren, traf die Entwicklung und Festigung der eingeborenen Bourgeoisie auf folgende Hindernisse: erstens wurde sie durch den gewaltsamen Export von mehr als 70 % der angesammelten Reichtümer Indiens durch die Ostindische Kompanie nach England behindert, wo diese Reichtümer zur Weiterentwicklung der Industrie beitrugen. Von nicht geringer Bedeutung war zweitens die bewußte Vernichtung des Handwerks und die gewaltsame Vertreibung der Handwerker in die Dörfer; auf diese Weise waren diese Handwerker verhindert, sich den Kaders der Proletarier der neuen Maschinenindustrie anzuschließen, wie dies in Europa der Fall war. Gleichzeitig wurde das Handwerk auch in Europa vernichtet; während aber in Europa das Handwerk einer höheren Produktionsform — der Maschine, die als neue soziale Macht auftrat — Platz machte, war der Prozeß der Vernichtung des Handwerks in Indien ein ge-

waltsamer und beabsichtigter. Das indische Handwerk ist nicht deshalb gestorben, um einer höheren Produktionsform im Lande Platz zu machen, sondern die indischen Handwerker waren ein Opfer der industriellen Entwicklung Englands. Wie dem aber auch sei, die historischen Resultate waren im allgemeinen die gleichen, und zwar waren sie die folgenden: die politische Macht ging in die Hände einer neuen sozialen Klasse über, die die Herrschaft über die höchsten Produktionsformen hatte, und dadurch wurde das Feudalsystem untergraben, indem ihm seine wirtschaftliche Bedeutung genommen wurde, und das Handwerk zerstört. Das ganze Land geriet nach dem Aufstand des Jahres 1857 unter die Macht des Kapitals. Die Verwaltung Indiens ging aus den Händen der Ostindischen Kompanie in die Hände der englischen Regierung über.

Gegenwärtig besteht die Bevölkerung Indiens aus vier Klassen: 1. Die Grundbesitzeraristokratie, der auch die Machthaber des sogenannten einheimischen Indiens angehören; 2. Die Bourgeoisie und Intelligenz; 3. Die Bauernschaft; 4. Die Arbeiterklasse mit Einschluß der landlosen Bauern. Von 17 328 Großgrundbesitzern sind 700 Machthaber des einheimischen Indiens. Sie heißen Vasallen und stehen unter dem Protektorat der britischen Regierung. Dieses einheimische Indien, das von den Vasallen verwaltet wird, bildet ein Drittel der ganzen Landfläche und umfaßt 709 555 Quadratmeilen. Der größte dieser einheimischen Staaten, Haiderabad oder das Besitztum Nisams, umfaßt eine Landfläche von der Größe Italiens und hat 13,5 Millionen Einwohner; der kleinste einheimische Staat besteht aus nur 5 Dörfern. Die ganze einheimische Bevölkerung Indiens beträgt 72 Millionen, etwas weniger als ein Viertel der ganzen Bevölkerung Indiens. Wegen des Vorhandenseins dieser von den Vasallen verwalteten einheimischen Staaten nannte man Indien solange ein Feudalland. In der Theorie genießen diese Vasallen die oberste Gewalt in ihren Staaten, aber in der Praxis sind sie jeglicher Macht beraubt, und es wäre darum falsch, in dieser Erscheinung die Grundlage der sozialökonomischen Struktur des Landes zu sehen. Außerdem trägt die Verwaltung dieser Staaten unter keinen Um-

ständen feudalen Charakter, und keiner der regierenden Vasallen leitet seine Herkunft von der Feudalaristokratie ab, die hier vor der Eroberung Indiens durch Großbritannien bestanden hat. Diese „Könige“ oder „Fürsten“, die nur innerhalb des beschränkten Rahmens der lokalen Verwaltung über ihre Macht verfügen, sind einfache Schachfiguren in den Händen der britischen Regierung. Die ganze politische und militärische Macht in „ihren“ Staaten gehört dem englischen Kapital, der Handel und die Industrie dagegen befinden sich in den Händen der einheimischen Bourgeoisie. In der Tat übt die einheimische Bourgeoisie einen stärkeren Einfluß auf die lokalen Regierungen dieser Staaten als auf die zentrale Regierung Indiens aus. Alle diese Staaten haben ihre eigenen gesetzgebenden Räte, in denen die lokale Handels- und Ackerbauklasse vertreten ist, während in der letzten Zeit die industrielle Bourgeoisie sich schnell in den Vordergrund zu drängen beginnt. In der Praxis liegt aber die ganze Macht in den Händen des Residenten, der Vertreter der britischen Regierung ist. Anhänglich wurden diese Residenten als Gesandte der britischen Regierung an die Höfe der indischen Fürsten entsandt, da sie aber Vertreter der fortgeschrittensten sozialen Klasse der britischen Bourgeoisie waren, so wurden diese Residenten im Laufe der Zeit zu allmächtigen Herren dieser Staaten. Obgleich also hier Reste des Feudalismus übriggeblieben sind, so gehört darum doch die ganze politische Macht der Bourgeoisie.

In der Lokalverwaltung des einheimischen Indiens tritt die fortschrittliche Tendenz der Bourgeoisie deutlicher zutage als in Britisch-Indien. In solchen Staaten wie Maissur, Travankor, Baroda, Cotschin usw. ist der Prozentsatz der Analphabeten ein viel geringerer als in Britisch-Indien. Während in dem letzteren der Anfangsschulunterricht nicht einmal unentgeltlich ist, ist er im größten Teil des einheimischen Indiens sowohl unentgeltlich als auch obligatorisch. In den letzten Jahren schritt wiederum die Industrialisierung im einheimischen Indien schneller fort als in Britisch-Indien. Die Lage der Bauern ist in beiden Indien die gleiche. Kurz, im einheimischen Indien sind ebensowenig Ueberreste des

Feudalismus vorhanden wie in Britisch-Indien.

Die Fürsten des einheimischen Indiens verstehen trotz ihrer Abhängigkeit von England sehr gut, daß ihre Existenz von einem unumgänglichen Ruin bedroht ist und daß sie nur dank der britischen Regierung ihre Macht beibehalten. Die englische Herrschaft in Indien hat sich niemals auf diese Ueberbleibsel des erloschenen Feudalismus gestützt. Ganz im Gegenteil wurde ihre Erhaltung in der sozialen Struktur Indiens künstlich von der Regierung Indiens unterstützt, die die britische Bourgeoisie vertrat. Sie wußten, daß sie ihre Existenz der englischen Regierung zu danken haben, und waren darum stets mit Leib und Seele aufseiten Englands und werden diesem zweifellos in allen schwierigen Fällen helfen, ebenso wie sie ihm in dem letzten Kriege geholfen haben.

Die übrigen 16 628 von den obenerwähnten 17 328 Großgrundbesitzern sind auch direkt oder indirekt an die Feudalmachthaber gebunden, die Indien nach dem Falle des Reiches Moguls zu regieren begannen. Zusammen mit den 700 einheimischen Fürsten bildeten sie die einheimische Aristokratie Indiens. Diese Aristokraten machen zusammen mit ihren Familien 541 175 Personen, bei einer Gesamtbevölkerung von 320 Millionen, aus. Die Zahl der von Bodenrente lebenden Personen beträgt nach der Volkszählung vom Jahre 1911 8 500 000 (für 1920/21 haben wir keine Zahlenangaben). Außer den obenerwähnten 541 175, die der Grundbesitzeraristokratie angehören, haben die übrigen acht Millionen Land in Pachtbesitz. Von der ersteren Kategorie von Grundbesitzern unterscheiden sie sich dadurch, daß die ersteren den Boden besitzen, indem sie ihn gleichsam als Lehen von der britischen Regierung erhalten haben, und daß ihr Immobilienbesitz dem feudalen Erbschaftsgesetz unterliegt, d. h. vom Vater an den ältesten Sohn übergeht. Die zweite Kategorie dagegen besitzt ihr Land auf Grund vorübergehender oder ewiger Pacht, wobei das Land als Eigentum der Regierung betrachtet wird. Die von ihnen an die Regierung zu zahlende Pacht ist manchmal ein für allemal festgesetzt, manchmal aber unterliegt sie periodischen Veränderungen, entsprechend der sich ändernden Bodenbewertung.

Diese Klasse der Pächter oder Farmer besteht bereits seit den ersten Tagen der britischen Herrschaft in Indien. Sie ist auf den Trümmern des mohammedanischen Reiches entstanden, ehe noch die britische Macht richtig Boden gefaßt hatte. Ihre ersten Repräsentanten waren die Würdenträger der letzten Periode der mohammedanischen Verwaltung. In den letzten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts machte das Land eine Reihe von Hungerjahren durch, die hervorgerufen waren durch die bewußte Zerstörung des Handwerks, durch die unbeschränkte Ausfuhr von Lebensmitteln, durch Mißernten infolge von ungünstigen klimatischen Verhältnissen, durch den Uebergang zur Kultur des Indigo und der Jute in vielen Gegenden und durch die bedeutende Verringerung der Fläche des bearbeiteten Landes, die durch den Bürgerkrieg hervorgerufen worden war. Die Folge von alledem war, daß ein bedeutender Teil der Bauernschaft in die Fesseln harter Verschuldung geriet und daß ihre Ländereien an die Dorfwohner und die Regierungsbeamten übergingen, die bedeutende Kapitalien gespart hatten. Die Ostindische Kompanie, die damals infolge der geringen Zahl des ihr zur Verfügung stehenden Menschenmaterials die aufgeregte Bevölkerung nicht mit eigenen Kräften im Zaum halten konnte, unterstützte darum das Wachstum dieser Klasse der Farmer, indem sie Land an sie verpachtete, auf welches die Regierung das Besitzrecht behielt. Auf diese Weise waren jene Elemente, aus denen sich eine einheimische Bourgeoisie hätte entwickeln können, von der Bahn ihrer natürlichen Evolution abgebracht und in die Farmerklasse verwandelt worden. Begünstigt wurde dies auch durch die Eroberung der politischen Macht durch die ausländische Bourgeoisie, an die das Recht der Ausbeutung des ganzen Landes übergegangen war. Heute aber, da die britische Regierung gezwungen ist, ihre Politik der Erdrosselung der lokalen Industrie Indiens zu ändern, sehen wir, daß die neue indische Bourgeoisie sich in bedeutendem Maße aus dieser Farmerklasse rekrutiert. Die kleinen Farmer betrachten es als vorteilhafter, sich von ihrem Land zu trennen und ihr Geld in Handels- und Industrieunternehmen anzulegen. Dieser Umstand zieht eine Konzentration des Grundbesitzes in den Hän-

den des Großkapitals nach sich. Von dieser Konzentrierung wird weiter unten ausführlicher die Rede sein.

Die zweite Schicht der indischen Bevölkerung, d. h. die Bourgeoisie und die Intelligenz, umfaßt 37 Millionen, Frauen und Kinder (20 Mill.) mit einbegriffen. In den Jahren 1918/19 war im Besitze dieser Klasse insgesamt ein Kapital von 640 Mill. Pfund Sterling, teilweise in Regierungspapieren (359 Mill.), teilweise in Aktien verschiedener Aktiengesellschaften angelegt (255 Mill. Pfund Sterl.). Außerdem waren bedeutende Kapitalien in den vor kurzem entstandenen industriellen Unternehmen angelegt worden, als da sind: 1800 Fabriken für Baumwollreinigung, Eisenverarbeitungsfabriken und Stahlgießereien, Zuckerfabriken, Gummipflanzungen, 500 Fabriken für Reisverarbeitung, Mühlen, Oelpresseereien, Druckereien, Lederfabriken usw. Vor hundert Jahren, also 1820, waren in den Händen dieser Klasse allein in Form von Regierungspapieren 20 Millionen Pfund Sterling konzentriert. Aktiengesellschaften gab es damals in Indien noch nicht.

Die indische Intelligenz, die zusammen mit den fortschrittlichen Elementen der Farmerklasse die Grundlage der lokalen Bourgeoisie bildet, ist eine Schöpfung der britischen Regierung. Schon in den ersten Zeiten ihrer Herrschaft hielt es die englische Regierung für vorteilhafter, Einheimische für den Kanzleidienst und auf weniger verantwortlichen Verwaltungsposten zu verwenden, statt zu diesem Zwecke Leute aus England kommen zu lassen. Außerdem mußten die Engländer sich im Apparat der lokalen Verwaltung eine Stütze aus einheimischen Elementen schaffen. Zu gleicher Zeit hatten auch die großen englischen Handelsfirmen in Indien Bedarf an billigen Kontoristen und anderen Angestellten. In den ersten Zeiten der englischen Herrschaft konnte man 50 Kontoristen für dasselbe Geld bekommen, das man einem einzigen englischen Kontoristen als Gehalt zahlen mußte, den man sich aus der Metropole kommen ließ. In Anbetracht dessen begann die Regierung in den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts, neue Schulen zu errichten, wodurch der Entwicklung der lokalen Intelligenz ein starker Antrieb gegeben wurde, so daß deren Zahl in kurzer Zeit alle Ver-

mutungen der fremdländischen Herrscher überstieg. Diese Intelligenz hat die medizinischen, juristischen und die Lehrberufe ganz für sich mit Beschlag belegt. Gegenwärtig sind die Engländer in diesen Berufen gänzlich durch die lokale Intelligenz verdrängt. Nach den Angaben der Volkszählung vom Jahre 1911 beträgt die Zahl der in diesen Berufen Beschäftigten und der im Verwaltungsdienst Stehenden 7 973 662 Personen. In dieser Zahl sind die Kontoristen und die Angestellten der Privatfirmen nicht mit einbegriffen. Diese Berufe stellten sich als ziemlich einträglich heraus, und in den Händen der obersten Schichten der Intelligenz begannen sich große Geldsummen anzusammeln. Im Jahre 1850 erreichte die Menge des von dieser Bevölkerungsgruppe angesammelten und in Regierungswertpapieren angelegten Geldes die Summe von 69 Millionen Pfund Sterling. Zu jener Zeit gab es keine anderen Methoden der vorteilhaften Unterbringung von Kapitalien, keine industriellen Aktienunternehmen usw. Das gesamte in die Nationalbanken eingelegte Kapital betrug damals 19 Millionen Pfund Sterling. Eine vorteilhafte Operation war auch das Pachten von Land. Zu jener Zeit verloren die Großfarmer gerade allmählich ihr Land, da sie nicht in der Lage waren, die hohen Bodensteuern zu zahlen. Dasselbe war auch bei den kleinen Farmern der Fall, die infolge starker Verschuldung ihre Rechnungen nicht mehr ins reine bringen konnten. Auf diese Weise wechselte ein bedeutender Teil des Landes seine alten konservativen Besitzer und ging an neue, fortschrittliche, aus der lokalen Intelligenz hervorgegangene Männer über. Diese Klasse der fortschrittlichen Farmer, von der ein Teil sich neben seinem Bodenbesitz noch weiter mit den ein großes Einkommen gewährenden freien Berufen beschäftigte, strömte schnell in die Reihen der eigentlichen Bourgeoisie hinein; denn in dem Maße, wie sich in den Händen dieser Farmer große Geldmittel ansammelten, brachten diese Intelligenzfarmer immer mehr und mehr die Ueberschüsse ihrer Kapitalien in industriellen Unternehmungen unter. Heutzutage begegnen wir in Indien auf Schritt und Tritt Großfarmern, die zu gleicher Zeit auch Großindustrielle sind.

In der ersten Zeit der englischen Herrschaft

bestanden zwischen den einzelnen Regenten Indiens ziemlich lebhaft Bank- und Handelsbeziehungen. Dieser Innenhandel wurde in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts durch die Einführung des neuesten Banksystems und die Errichtung britischer Handelshäuser gänzlich vernichtet. Dieser Prozeß führte dahin, daß die einstmals ziemlich bedeutende Handelsklasse Indiens bis auf die Stufe von Kleinkrämern degradiert wurde. Nach 1860 belebte sich der Innenhandel neuerdings. Diese Belebung wurde hervorgerufen durch das allmähliche Eindringen des europäischen Kapitals ins Innere des Landes — auf der Suche nach Rohstoffen und nach Absatzmärkten für die europäischen Waren — was wiederum die Entstehung einer indischen Vermittlerklasse nach sich zog. Das Wachstum des Außenhandels bereicherte diese einheimische Handelsklasse, die schnell große Kapitalien zu erwerben begann. Da der Außenhandel und das internationale Banksystem durch das ausländische Kapital monopolisiert waren, so war der indischen Handelsklasse der unmittelbare Zutritt zu diesem Gebiete versperrt. Zugänglich blieben für sie nur die industriellen Unternehmen, und darum lenkte sie auch ihre Energie und ihre Kapitalien in diese hinein. Die erste indische Baumwollfabrik ist im Jahre 1851 in Achmedabad errichtet worden.

Bis zum Jahre 1880 ging übrigens das Eindringen des indischen Kapitals in die Industrie sehr langsam vor sich. Der Prozeß der Industrialisierung dieses Landes begann eigentlich erst nach diesem Jahre. Im Jahre 1880 gab es in Indien insgesamt 58 Baumwollfabriken mit einem Gesamtkapital von 3 800 000 Pfund Sterling und 22 Jutetextilfabriken mit einem Kapital von 22 246 000 Pfund Sterling. Die Zahl der in diesen Unternehmen beschäftigten Arbeiter betrug 68 000. Außer diesen Fabriken und anderen industriellen Privatunternehmen befanden sich in den Händen der einheimischen Kapitalisten mit Einschluß des Gebietes des Innenhandels und der Banken noch 90 Millionen Pfund Sterling, die in Sparbanken und Aktiengesellschaften angelegt waren. Wir sehen also, daß zu Beginn der achtziger Jahre das indische Kapital, das sich in den Händen der Repräsentanten der freien Berufe, der indischen Farmer und

Kaufleute angesammelt hatte, sich an der Industrialisierung des Landes zu beteiligen bereit war. Gegner hiervon waren aber die Vertreter des ausländischen Kapitals, die in Indien eine Quelle für die Erwerbung von Rohstoffen und einen Absatzmarkt für fertige Fabrikate sahen. Die einheimischen Unternehmen wurden mit speziellen Steuern belegt, die ihre Entwicklung aufhielten und sie oftmals bald nach ihrem Entstehen ruinierten. Aber trotzdem entstanden sie immer wieder von neuem und befestigten ihre Existenz trotz des angestrengten Entgegenarbeitens von seiten des ausländischen Kapitals, denn auf ihrer Seite standen solche Vorteile wie die Billigkeit der lokalen Rohstoffe und die Möglichkeit der Beschäftigung billiger Lohnarbeiter.

Die Bereicherung der einheimischen Intelligenz und die Unmöglichkeit, ihr Kapital günstig unterzubringen, riefen bei ihr Unzufriedenheit mit der britischen Regierung hervor. Da sie die Beschäftigung mit Handel als unter ihrer Würde betrachtete und die industriellen Unternehmen bei jedem Schritt auf Widerstand von seiten der Behörden stießen, so war die Uebernahme von Land und Regierungspapieren der einzige Weg für die Unterbringung ihres Kapitals. Die letzteren gaben sehr niedrige Zinsen — von 3 bis 3,5 Prozent — was für die reichgewordene Intelligenz sehr wenig verlockend war. Die Landverpachtung brachte auch keine großen Einkünfte ein. Dem einheimischen Kapital war der Zutritt zum Eisenbahnbau, zum Trambahnbau, zur Ausbeutung der Minen und die Beteiligung an anderen Unternehmen versperrt, deren Entwicklung nicht von der britischen Regierung behindert wurde. Dieses ganze Industriegebiet war ein Monopol des englischen Kapitals. Die freien Berufe waren überfüllt. Als die reiche Intelligenz alle Wege für sich gesperrt sah, begann sie natürlich die englische Regierung als die Ursache hiervon zu betrachten, und entschloß sich, den Kampf mit ihr aufzunehmen. Wirtschaftliche Interessen waren es also, die die aus der indischen Intelligenz hervorgegangene Bourgeoisie veranlaßten, den politischen Kampf zu beginnen; das erste Organ dieses Kampfes war der Indische Nationalkongreß, dessen erste Sitzung in Bombay im Jahre 1885 unter dem Vorsitze

von J. S. Vanarshi, eines reichen Rechtsanwalts, stattfand, der seine ganzen Ersparnisse in industriellen und kommerziellen Unternehmen angelegt hatte. Das Ziel der neuen politischen Bewegung war klar: die Macht der britischen Regierung sollte aufgehoben oder doch zum mindesten eingeschränkt werden, da sie der wirtschaftlichen Entwicklung der lokalen Bourgeoisie Hindernisse in den Weg legte. An der Spitze dieser Bewegung standen Rechtsanwälte, Kaufleute, Fabrikanten, Aerzte usw. Kurz, es waren jene fortschrittlichen Elemente der Gesellschaft, die Freiheit für die Unterbringung ihrer Kapitalien anstrebten.

In den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts fuhr die Macht des indischen Kapitals fort, langsam aber beständig zu wachsen, dank dem Ueberflusse an freiem Kapital und dem ständig zunehmenden Proletariat, dessen Reihen durch die landlos gewordenen Einheimischen und die von ihrem Handwerk losgerissenen Handwerker vergrößert wurden; die einheimische Industrie entwickelte sich weiter trotz der ihr durch die britische Regierung in den Weg gelegten Hindernisse.



Die Großfarmer der Provinz Bengalen genießen auf Grund der im Jahre 1829 eingeführten Bestimmung besondere Privilegien. Gemäß dieser Bestimmung zahlen sie nur die ein für allemal festgesetzte Grundsteuer und unterliegen keiner anderen Besteuerung. Außerdem berechtigt der Bengalische Landbesitzakt die Großfarmer zur Veräußerung ihres Landes. Infolgedessen hat die Provinz Bengalen in landwirtschaftlicher Beziehung stets einen hervorragenden Platz eingenommen, und die Bodenrente hat hier ein sehr hohes Niveau erreicht.

Durch die Bestimmung vom Jahre 1828 war jedoch die englische Regierung verhindert, die hohe Bodenrente unmittelbar in ihrem eigenen Interesse auszunützen. Zur Beseitigung dieser „Unbequemlichkeit“ wurde im Jahre 1905 eine Teilung der Provinz Bengalen vorgenommen. Bei dieser Teilung wurde die östliche Hälfte der Provinz mit ihren reichen Reisfeldern unter die Verwaltung der neugeschaffenen Provinzialregierung gestellt, der

das Recht einer Revision des alten Steuersystems eingeräumt wurde.

So entstand ein neuer Konflikt zwischen der Regierung und der Klasse der reichen Farmer. Dieser Konflikt führte zu einem Zusammenschluß der Repräsentanten des Grundbesitzes und der einheimischen Kapitalisten zum gemeinsamen Kampfe gegen die englische Herrschaft. Im Jahre 1905 hat die politische Bewegung der indischen Bourgeoisie, die in dem Nationalkongreß ihren Ausdruck fand und von seiten der fortschrittlichen Elemente aus der Klasse der Farmer Unterstützung fand, gegen das englische Kapital die wirtschaftliche Waffe des Boykotts in Anwendung gebracht. Die 26. Sitzung des Indischen Nationalkongresses, die 1906 in Kalkutta stattfand, hat den englischen Waren bis zur Aufhebung des Gesetzes über die Trennung der Provinz Bengalen den Boykott erklärt.

Die wirtschaftliche Macht der indischen Bourgeoisie, die aus der Intelligenz, den Industriellen, Händlern und fortschrittlichen Farmern bestand, war zu jener Zeit bereits so bedeutsam, daß die einheimische Bourgeoisie gegen das Monopol des ausländischen Kapitals in den offenen Kampf eintreten konnte. Die Zahl der Fabriken war 1905 bis auf 2688 gestiegen. Von diesen wurden 1970 mit Dampf oder Elektrizität betrieben, während in nur 718 Unternehmen die Arbeit ohne Zuhilfenahme von Maschinen vorgenommen wurde.

Nach den offiziellen Angaben betrug die Gesamtsumme der in die lokalen industriellen Aktiengesellschaften eingezahlten Kapitalien 57 Millionen Pfund Sterling, d. h. fast zehn mal soviel wie im Jahre 1880, während die Summe des in Regierungspapieren angelegten Geldes, die damals 94 616 740 Pfund Sterling betrug, sich nur um 4 Millionen Pfund Sterling vergrößert hatte. Mit der Entwicklung der Industrie begannen auch Banken mit indischem Kapital zu entstehen. Im Jahre 1905 gab es derer bereits neun.

Zur Rechtfertigung des Boykotts wurde eine Theorie geschaffen, auf Grund deren die sich entwickelnde Industrie des Schutzes und Anreizes für die Vergrößerung des nationalen Reichtums bedurfte, der die einzige Quelle für die Verbesserung der wirtschaftlichen

Lage der Massen bildet. Infolge davon, daß die indische Industrie noch zu jung war, hat sie die Konkurrenz mit dem britischen Kapital nicht ausgehalten, und das Ziel des Boykotts wurde nicht erreicht. Dennoch war die britische Regierung gezwungen, die Macht der indischen Bourgeoisie anzuerkennen. 1909 wurde ein Gesetz erlassen, das der Bourgeoisie eine gewisse Beteiligung an der Verwaltung des Landes gewährte. Zum ersten Mal während der ganzen Zeit der englischen Herrschaft wurde ein Inder zum Mitglied des dem Vizekönig beigegebenen Vollzugskomitees ernannt, was dem Range eines Ministers in einer absoluten Monarchie entspricht. Die Wahl fiel hierbei auf einen der angesehensten Rechtsanwälte, der zu gleicher Zeit ein reicher Farmer war. Die Zahl der Mitglieder der gesetzgebenden Räte, sowohl des Nationalen Rates als auch der Provinzialräte, wurde vergrößert. Einer besonderen königlichen Kommission wurde die Bearbeitung der Frage der Heranziehung einer größeren Anzahl von Einheimischen in den Staatsdienst übertragen. 1911 kam die erste Phase des politischen Kampfes der indischen Bourgeoisie gegen die englische Regierung zum Abschluß: der Akt über die Teilung der Provinz Bengalen wurde aufgehoben. Dieser erste politische Sieg hat den Kampfgeist der indischen Bourgeoisie noch mehr gesteigert. Sie setzte den Kampf fort, und ein Jahr später gab die Regierung durch den Mund des englischen Königs, der Indien speziell zu diesem Zwecke aufgesucht hatte, das Versprechen, daß Indien in allernächster Zukunft die Selbstverwaltung bekommen werde.

Neben dem politischen Sieg fuhr die Bourgeoisie fort, auch auf wirtschaftlichem Gebiet Erfolge zu erlangen. Am schnellsten nahm die Zahl der den Einheimischen gehörenden Unternehmen in der Textilindustrie zu. Das auf diesem Gebiete angelegte englische Kapital, das auch bis dahin unbedeutend war, verringerte sich besonders stark nach 1905. Die Boykottbewegung hatte der Entwicklung der ganzen indischen Industrie einen starken Antrieb gegeben: es wurde eine ganze Reihe neuer Unternehmen eröffnet, die alten wurden erweitert und vervollkommnet. Außer der Textilindustrie haben sich folgende Industriezweige am stärksten entwickelt: Kohlen-

Leder-, metallurgische, Schreibwaren-, Farben-, Seifen-, Glas-, Zündhölzer-, Mehlmühlen-, Oelindustrie usw.

Einen starken Aufschwung nahm auch die eisenverarbeitende und Stahlgießereiindustrie, als 1907 die Kompanie der eisenbearbeitenden und Stahlgießereifabriken „Tata“ mit einem Kapital von 7 Millionen Pfund Sterling gegründet wurde.

Der Krieg hat für die indische Bourgeoisie eine neue Aera eröffnet. Da England gezwungen war, alle seine industriellen Kräfte für die Produktion von Kriegsmaterial zu mobilisieren, so mußte es auch einen Teil seiner Handelsflotte den Kriegsbedürfnissen anpassen. Das alles bewirkte zusammen mit dem Unterseebootkrieg, daß der englische Export nach Indien stark zurückging. Dadurch wurden die indischen Fabrikanten in eine unerwartet günstige Situation gestellt. Die für das indische Kapital verderbliche Konkurrenz des englischen Kapitals hörte mit einem Schlage auf, und vor den einheimischen Industriellen eröffnete sich ein weites Betätigungsfeld. Die englische Regierung selbst, die bisher beharrlich eine Politik der industriellen Erdrosselung Indiens betrieben hatte, hielt es jetzt für notwendig, diese Politik zu ändern. Schon seit Beginn des Jahrhunderts nahm die Unzufriedenheit in Indien immer mehr und mehr zu; in den letzten Jahren vor dem Kriege war diese Unzufriedenheit eine allgemein nationale geworden, sowohl infolge des größeren Zusammenschlusses der Massen, als auch infolge des ungeheueren Zunehmens der Arbeitslosigkeit unter der Intelligenz, für die es immer schwerer wurde, Beschäftigung zu finden. Darum flöbte die allgemeine Stimmung in Indien der Regierung schon vor dem Kriege Befürchtungen ein. Es wurden sogar Versuche gemacht, die englische Herrschaft durch bewaffnete Aufstände abzuschütteln. Anzeichen von aufrührerischem Geist machten sich auch in den Reihen der indischen Armee bemerkbar. An die politische Bewegung, die von der reichen Intelligenz begonnen worden war, schlossen sich auch die sogenannten Extremisten an, deren Reihen reichlich durch die untersten Schichten der kleinbürgerlichen Intelligenz aufgefüllt wurden. 1904 betrat die terroristischen Gesellschaften die politische

Arena. Jetzt strebten aber nicht nur die geheimen revolutionären Organisationen eine vollständige Loslösung Indiens vom Britischen Reich durch Revolution an. Dies Bestreben erstreckte sich auf einen großen Teil der Extremisten, die den linken Flügel des Indischen Nationalkongresses bildeten. Diese politische Bewegung wurde durch zwei Faktoren unterstützt: erstens durch die Verstärkung der Klasse der indischen Kapitalisten, die, nachdem sie in ihren Händen die großen Kapitalien konzentriert hatten, wenn nicht gerade das Monopol, so doch wenigstens die Beteiligung an der Ausbeutung der Naturschätze und Arbeitskräfte des Landes erreichen wollten; zweitens durch die zunehmende Not und die wachsende Arbeitslosigkeit, die durch die extensive und intensive Ausbeutung des Landes durch das ausländische Kapital hervorgerufen wurden, das die industrielle Entwicklung des Landes absichtlich hinderte. Diese zwei Faktoren wirkten der britischen Herrschaft entgegen. In sozialer Hinsicht vertraten ihre Träger Interessen, die einander diametral entgegengesetzt waren; das Vorhandensein eines gemeinsamen Feindes machte sie zu vorübergehenden Verbündeten. Alle Anstrengungen der britischen Regierung waren natürlich darauf gerichtet, dies Bündnis zu sprengen. Die englische Regierung beschloß, wenigstens einen Teil der Bourgeoisie durch politische Zugeständnisse zu bestechen. Es muß jedoch bemerkt werden, daß die indische Bourgeoisie im Jahre 1916 nicht mehr die Bourgeoisie des Jahres 1909 war; sie ließ sich bereits nicht mehr durch repräsentative politische und administrative Privilegien besänftigen, sie brauchte wirtschaftliche Zugeständnisse, die Beteiligung an der Ausbeutung des Landes.

In den ersten Kriegsjahren begann die Besitzergreifung eines bedeutenden Teiles des indischen Marktes, der früher mit englischen Waren beliefert wurde, durch Japan. Der britische Kapitalismus war jetzt außerstande, die japanischen Waren vom indischen Markte zu verdrängen. Alle diese inneren und äußeren Ursachen bewirkten, daß die englische Regierung mit der indischen Bourgeoisie ein Uebereinkommen traf. Es wurden neuerdings die Versprechungen wiederholt, Indien die Selbstverwaltung zu gewähren, wenn Indien

sich bereit erklärte, England bei der Kriegführung zu unterstützen. Da die Selbstverwaltung einen teilweisen Uebergang der Verwaltung des Landes in die Hände der Bourgeoisie bedeutete, so ist es ganz natürlich, daß dies Versprechen zu einer aktiven Unterstützung Englands durch die besitzende Klasse Indiens führte: diese Klasse stellte den politischen Kampf ein und half der englischen Regierung bei der Anwerbung des indischen Heeres. Für diesen wertvollen Dienst führte die englische Regierung 1916 einen 3½prozentigen Einfuhrzoll für Baumwollwaren ein. Dieser Schutz der Hauptindustrie Indiens war ein derart bedeutsames wirtschaftliches Zugeständnis an die industrielle Bourgeoisie, daß diese ihrerseits gern bereit war, der britischen Regierung bei der Realisation einer Anleihe von 100 Millionen Pfund Sterling in Form eines Geschenkes an England behilflich zu sein. Dank der Einführung dieses Zolles stieg das in Textilunternehmen angelegte Kapital der Aktiengesellschaften im Jahre 1917 sofort auf 24 500 000 Pfund Sterling, und die Zahl der Fabriken vergrößerte sich bis auf 276.

1917 war Indien imstande, das ganze für seine Textilindustrie notwendige Quantum an Garn und die Hälfte des notwendigen Quantums an Textilwaren selbst herzustellen, mit anderen Worten: 1917 bildete die Produktion Indiens 94,6 Prozent des Gesamtimportes, während in Vorkriegszeiten die Innenproduktion 42 Prozent des Importes nicht überstieg; 1917 produzierte Indien 1 614 126 458 Yard Baumwollgewebe im Werte von 18 000 000 Pfund Sterling.

Den wirtschaftlichen und industriellen Zustand Indiens 1917 kann man auf Grund folgender Tatsachen beurteilen. Das Eisenbahnnetz hatte eine Ausdehnung von 40 000 Meilen und gehörte fast ausschließlich dem englischen Kapital. Nicht mitgerechnet sind hier die Schmalspur- und Nebenbahnen, die hauptsächlich dem einheimischen Kapital gehörten. Die Zahl der auf den Eisenbahnen beschäftigten Arbeiter mit Einschluß der Arbeiter, die in den diese versorgenden Industrien beschäftigt waren, betrug anderthalb Millionen. Im ganzen gab es 9000 Industrieunternehmen, mit einer Gesamtzahl von 2 Millionen Ar-

beitern. 5000 von diesen Unternehmen wurden mit Dampf oder Elektrizität betrieben. Außerdem befanden sich im Lande 1800 Tee- und Kaffeepflanzungen mit 900 000 Arbeitern. Mit großer Energie wurde die Gewinnung von Kohle, Naphtha, Mangan, Glimmer, Eisen und Gold betrieben. Die Tätigkeit in den Häfen und Docks läßt sich danach beurteilen, daß in ihnen nicht weniger als eine Million Arbeiter beschäftigt waren.

Einen starken Aufschwung hat auch die Juteindustrie genommen. Das in diesem Industriezweig angelegte einheimische Kapital war seit 1904 um 311 Prozent gestiegen. Stark entwickelt hat sich auch die Woll- und Schreibwarenindustrie.

Die Kohlenförderung betrug in Indien 1917 18 200 000 Tonnen, und der Kohlenverbrauch 17 809 000 Tonnen. Im Verhältnis zu 1913 ist die Förderung um 2 Millionen Tonnen gestiegen. Der Verbrauch an Kohle in der indischen Industrie betrug 9 000 000 Tonnen. Zum Vergleiche weisen wir darauf hin, daß die japanische Industrie ohne die Handelsflotte 1917 — 10 326 000 Tonnen Kohlen verbraucht hat. Die Naphthausbeute hat ebenfalls bedeutend zugenommen.

Gleichzeitig mit der Industrie entwickelte sich auch der indische Handel. In der letzten Zeit beteiligen sich die indischen Kaufleute immer mehr und mehr am Außenhandel. Die indischen Kaufleute haben begonnen, in Holländisch-Indien, auf der Malaischen Halbinsel, in Ost-Afrika, in Afghanistan und bis zu einem gewissen Grade auch in China zu konkurrieren. Sie beliefern diese Märkte mit fertigen Baumwollfabrikaten und Halbfabrikaten. Der Export von Fertigfabrikaten aus Indien steigt, der Export von Rohstoffen, besonders von Baumwolle, geht zurück.

Daß die indische Bourgeoisie nicht gezögert hat, die günstigen Verhältnisse auszunützen, die durch den Krieg und die veränderte Wirtschaftspolitik der englischen Regierung geschaffen worden sind, ist aus der folgenden Tabelle zu ersehen, die die prozentuale Verringerung des in Regierungspapieren angelegten indischen Kapitals und das Wachstum des in industriellen Unternehmen angelegten Kapitals zeigt:

	1914	1917	1918	1919	1920
Regierungspapiere	100	70	67	74	62
Banken	100	106	112	116	137
Stadtanleihen	100	89	84	84	81
Jutefabriken	100	311	467	383	563
Baumwollfabriken	100	132	162	167	386
Wollfabriken	100	105	125	125	187
Kohlengewinnung	100	136	134	157	149
Teeplantagen	100	137	125	123	136
Mehlfabrikation	100	137	206	238	406
Eisen und Stahl	100	332	295	284	207

Die Veränderung der englischen Wirtschaftspolitik kam auch in der 1916 stattgefundenen Gründung der Indischen Industriekommission zum Ausdruck, die die besten Mittel für die Förderung der industriellen Entwicklung des Landes ausfindig machen sollte. Die Kommission bestand aus zehn Mitgliedern, unter denen vier Inder waren; der eine von diesen war der Führer des rechten Flügels des Indischen Nationalkongresses und die drei übrigen waren die größten Industriellen des Landes. Die Kommission „war beauftragt, die Möglichkeiten einer weiteren industriellen Entwicklung Indiens zu untersuchen und hierüber zu berichten“ und hierbei ihre Meinung über folgende Fragen zu äußern:

a) Können neue Quellen für die vorteilhafte Unterbringung indischen Kapitals im indischen Handel und in der indischen Industrie angeben werden?

b) Kann die Regierung die industrielle Entwicklung des Landes unterstützen und in welcher Weise: 1. durch technische Beratung? 2. durch Organisation von Musterunternehmen, die die praktische Durchführbarkeit bestimmter Industriezweige nach kaufmännischen Grundsätzen beweisen? 3. durch Gewährung direkter oder indirekter finanzieller Unterstützung industrieller Unternehmen? 4. durch irgendwelche andere Methoden, die der bestehenden Fiskalpolitik der Regierung Indiens nicht widersprechen?

Die Kommission brachte ihre Arbeiten zum Abschluß und legte 1918 einen gedruckten Bericht vor. Dies ist in allgemeinen Zügen der Inhalt dieses Berichtes:

„1. Die Regierung muß sich künftig an der industriellen Entwicklung des Landes aktiv beteiligen. 2. Indien produziert alle für dasselbe notwendigen Rohstoffe, es kann aber viele von jenen Produkten nicht herstellen, die es in Friedens- und Kriegszeiten braucht. Es ist darum von großer Wichtigkeit, daß die Regierung bei der Schaffung solcher Industriezweige in

Indien behilflich ist, deren Fehlen das Land im Kriegsfall einer großen Gefahr aussetzen würde. 3. Es müssen die neuesten Methoden in die Technik der Landwirtschaft eingeführt werden, damit die sonst unnütz vergeudete Arbeitskraft mit Nutzen für die verarbeitende Industrie verwendet werden kann. 4. Es muß die allgemeine Schreib- und Lesekundigkeit erreicht werden, wobei es ungerecht wäre, alle Unkosten der Durchführung dieser Maßnahme der Industrie aufzuerlegen, da diese Durchführung voll und ganz Pflicht der Regierung ist. 5. Die technische Fachbildung muß in weiten Kreisen verbreitet werden. 6. Es muß jene Politik der Nicht-Einmischung in wirtschaftliche Fragen aufgegeben werden, die die Regierung so lange betrieben hat. Es müssen Industriebanken gegründet werden, falls notwendig mit finanzieller Unterstützung durch die Regierung. 7. Da einerseits zweifellos die Notwendigkeit besteht, die wirtschaftliche Lage des Landes zu befestigen, und andererseits die Bevölkerung dies nicht ohne Hilfe der Regierung tun zu können scheint, so muß sich die Regierung das Prinzip der energischen Einmischung in die Industrieangelegenheiten des Landes zu eigen machen.“

Die Bereitwilligkeit der britischen Regierung zum Abschluß eines Friedens mit der indischen Bourgeoisie kam auch politisch zum Ausdruck in dem Gesetzentwurf Montagu-Jamesford. Indem die kapitalistische Klasse sich die durch den Krieg geschaffene, für sie außerordentlich günstige Situation zunutze machte, befestigte sie ihre wirtschaftliche Position derart stark, daß die britische Regierung sie bereits nicht mehr unberücksichtigt lassen konnte.

Wenn die Regierung nach dem Kriege zur alten Politik der Behinderung der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes zurückgekehrt wäre, so hätte dies die während des Krieges politisch und organisatorisch gewachsene indische Bourgeoisie veranlaßt, sich an die Spitze der revolutionären Bewegung zu stellen, die im ganzen Lande weite Kreise gezogen hatte. Das einzige Mittel zur Verhinderung dieser Katastrophe bestand darin, den politischen Bestrebungen der Bourgeoisie einen anderen Ausweg zu verschaffen. Der Krieg ging zu Ende. Die indische Bourgeoisie war der Regierung stets treu gewesen und erwartete jetzt die Erfüllung des bereits zweimal gegebenen Versprechens der Selbstverwaltung. Die Regierung beeilte sich darum, die Reform Montagu-Jamesford durchzuführen, deren Hauptzüge in folgendem bestanden: 1. Es wurden Veränderungen in der vom englischen Parlament über die indische Regierung ausgeübten Kontrolle vorgenommen.

die durch den Staatssekretär für indische Angelegenheiten ausgeübt wurde. 2. Die Zahl der indischen Mitglieder des dem Vize-König beigegebenen Vollzugskomitees wurde vergrößert. 3. Es wurden zwei gesetzgebende Kammern geschaffen, wobei sowohl die Zahl der indischen Mitglieder als auch das Prozenzualverhältnis der Zahl der gewählten Mitglieder zu dem der ernannten vergrößert wurde. 4. Das Wahlrecht wurde derart erweitert, daß alle besitzenden Klassen, die über einen bestimmten Zensus verfügten, einbegriffen wurden. 5. Die faktische gesetzgebende Macht, die bisher in den Händen des Vollzugskomitees lag, wurde teilweise den Kammern übergeben. 6. Zur Unterstützung der Provinzialresidenten wurden indische Männer bestimmt, die sich aus der Mitte der Vertreter des gemäßigten Nationalismus rekrutieren mußten. 7. Der Personalbestand und die Vollmachten der gesetzgebenden Provinzialkammern wurden vergrößert. 8. Der dritte Teil aller obersten Posten der bürgerlichen Verwaltung wurde der einheimischen Bevölkerung überlassen. 9. Der Zutritt zum Staatsdienst wurde den Einheimischen durch Examina in Indien und England erleichtert. 10. Der Unterschied des Gehaltes für die englischen und die indischen Beamten wurde beseitigt. 11. Die Stadtverwaltung wurde zum größten Teil in die Hände der lokalen Bourgeoisie gelegt.

Der wichtigste Teil dieser Reform, die, wie manche meinen, eine neue politische Aera Indiens eröffnet hat, besteht übrigens in den wirtschaftlichen Zugeständnissen, die an das indische Kapital gemacht wurden. Folgender Auszug aus der Reformverfügung wird dem Leser zeigen, worin das Wesen dieser Zugeständnisse besteht.

„In Anbetracht der Erwünschtheit der industriellen Entwicklung Indiens teilt die Regierung vollständig den Wunsch der Vertreter der indischen Industrie, jene wirtschaftlichen Vorteile sicherzustellen, zu denen die Bearbeitung des lokalen Rohstoffes an Ort und Stelle führen muß. Die englischen Theorien über die Nicht-einmischung in wirtschaftliche Angelegenheiten sind in Indien nicht anwendbar. Wir glauben, daß, wenn die Ressourcen des Landes entwickelt werden sollen, die Regierung sich hieran beteiligen muß. . . Wir sind durchaus nicht darüber verwundert, daß bei den fortschrittlichen Parteien ein Gefühl der Erbitterung der Regierung gegenüber bestehen geblieben ist. Das Volk erkennt seine Unfähigkeit, das Pro-

gramm (der industriellen Entwicklung) mit eigenen Kräften ohne Unterstützung und Leitung von seiten der Regierung durchzuführen. . . So ist eine neue Situation entstanden. Das Verbot der Einfuhr aus Feindesländern wurde in Indien mit Sympathie begrüßt, da dadurch die Möglichkeit gegeben war, die ausländischen Waren durch Produkte der einheimischen Industrie zu ersetzen. Nach dem Kriege muß die Notwendigkeit der industriellen Entwicklung sich noch mehr bemerkbar machen, wenn sich Indien nicht in einen Stapelplatz für ausländische Waren verwandeln und nicht zulassen will, daß auf seinem Territorium eine erbitterte Konkurrenz der fremden Länder um den Markt stattfindet, von dem seine politische Macht abhängt. Indien ist natürlich berechtigt, von seiner Regierung zu fordern, daß diese ihm behilflich ist, zu einem Industrielande zu werden. . .

In jeder Hinsicht ist eine progressive Wirtschaftspolitik erforderlich — nicht nur um Indien wirtschaftlich Stabilität zu verleihen, sondern auch um die Bestrebungen seiner Bevölkerung zu befriedigen, deren Wunsch es ist, daß Indien zu einem industriell entwickelten Lande werde, um das Betätigungsfeld für ihre Jugend zu vergrößern, die vorläufig nur in den Staatsdienst und in einige äußerst überfüllte Berufe gehen kann; und schließlich auch um das unproduktiv daliegende Geld zum Besten des Landes zu verwenden. . . Die Interessen des Reiches verlangen es auch, daß die Ressourcen Indiens zu voller Entwicklung gelangen. Wir können nicht ermesen, in welchem Grade die Macht des Reiches infolge der industriellen Entwicklung Indiens zunehmen wird. Die Vertreter der einzelnen Industriezweige neigen zu der Meinung, daß jede neue Fabrik ihre Einkunftsquellen verringert; jeder Reichtumszuwachs vergrößert aber die Kaufkraft des ganzen Landes. Der Krieg hat einen deutlichen Beweis dafür gegeben, wie wichtig in militärischer Beziehung die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes ist. . . Heute hängt die Produktion von Kriegsmaterial so sehr von dem Zustand der Industrie ab, daß die Ausnutzung der Naturschätze Indiens eine Kriegsnotwendigkeit ist. Wir meinen, daß diese Erwägung den politischen Parteien Indiens nicht fremd ist und daß sie den Wunsch haben, daß Indien seine Kriegsbedürfnisse selbst befriedigen könne. . . Die Regierung erkennt ihre Verantwortung in der Frage der industriellen Entwicklung Indiens. . . Die Regierung ist der Ueberzeugung, daß, sobald günstige Bedingungen geschaffen sein werden, auch das erforderliche Kapital vorhanden sein wird. Deshalb müssen Erleichterungen für die Gründung von Banken und für die Erhaltung von Kredit geschaffen werden. Der von allen geteilte Wunsch, daß das indische Kapital und die indische Arbeit zum Nutzen des ganzen Landes Anwendung finden, ist nach unserer Meinung das beste Vorzeichen.“

Wir haben dies lange Zitat angeführt, da es die Gründe enthält, die die britische kapitalistische Klasse veranlaßt haben, die indische Bourgeoisie nicht nur als einen äußerst wichtigen Faktor anzuerkennen, sondern auch ihre Entwicklung zu fördern, indem man sie

zur Ausbeutung des Landes heranzieht. Indem die englische Regierung ihre Politik veränderte, beabsichtigte sie, die indische Bourgeoisie von der allgemeinen Volksbewegung dadurch abzuspalten, daß sie ihr den Beweis lieferte, daß ihr auch unter der englischen Herrschaft ein weites Betätigungsfeld gesichert bleibt. Andererseits war auch für die indische Bourgeoisie die Befestigung ihrer wirtschaftlichen Lage das allerwichtigste, der politische Kampf dagegen war nur ein Mittel hierzu. Jene Errungenschaften, die die Bourgeoisie auf wirtschaftlichem Gebiete während des Krieges erreichte, wurden durch die neue Regierungspolitik bekräftigt, und darum beginnt seit 1918 die Blütezeit der indischen Industrie.

Die Entwicklung der Industrie wurde unter anderem auch durch den Zustrom freien Kapitals gefördert, der durch die Schließung der deutschen und österreichischen Firmen hervorgerufen worden war, die durch indische Vermittler einen Export- und Importhandel in großem Maßstabe mit Rohstoffen und Fertigfabrikaten betrieben. In den Jahren 1918 bis 1919 verringerte sich das in Handelsunternehmen angelegte Kapital bis auf ein Achtel der Vorkriegszeit.

In dem Maße, wie sich die einheimische Industrie entwickelte, traten auch wichtige Veränderungen im Charakter des Außenhandels ein. Der Maschinenimport stieg und der Import von Baumwolltextilwaren ging zurück. Es verringerte sich der Rohstoffexport. Nach den offiziellen Angaben hat sich seit 1900 der Außenhandel Indiens sechsfacht, wobei Maschinen und Petroleum die hauptsächlichste Importvergrößerung erfahren. In dem Bericht über den Außenhandel Indiens heißt es unter anderem:

„Um die Kaufkraft Indiens zu steigern, muß seine Industrie entwickelt werden. Die Fertigfabrikate und Halbfabrikate haben einen größeren Wert als die Rohstoffe. Diese Tendenz ist im Laufe der letzten Jahre beobachtet worden. Die Jute wird in Form von Fertigfabrikaten exportiert. Die Oelsamen werden an Ort und Stelle verarbeitet und das Oel exportiert. Infolgedessen war Indien in der Lage, mehr Maschinen und andere Gegenstände, die es für seine industrielle Entwicklung braucht, zu importieren.“

Die Vergrößerung des Reichtums der indischen Bourgeoisie im Laufe des Krieges und nach diesem ist nicht auf Kosten des engli-

schen Kapitals vor sich gegangen. Wir werden im nächsten Artikel sehen, daß gleichzeitig mit der Bereicherung der indischen Bourgeoisie der Zusammenschluß der breiten Massen der Bevölkerung stattfand. Im gegenwärtigen Moment stellt die Bourgeoisie Indiens zweifellos eine bedeutende Größe dar.

Indem die Regierung dies in Betracht zog und sich in Indien einer wachsenden revolutionären Bewegung gegenüber sah, wollte sie jenen Teil der indischen Bevölkerung auf ihre Seite bringen, der ihr in ihren Klasseninteressen am nächsten stand. Sie ist jetzt einverstanden, die indische Bourgeoisie zur Beteiligung an der Verwaltung und der Ausbeutung des Landes zuzulassen, aber die kapitalistische Klasse Indiens, in deren Händen sich bereits drei Viertel aller Unternehmen und ein bedeutender Teil des Handels befindet, gibt sich hiermit nicht zufrieden.

Je mehr Zugeständnisse die Regierung an die indische Bourgeoisie macht, um so mehr steigen deren Ansprüche. Sie begreift sehr gut, daß sie jetzt ein Kompromiß mit dem englischen Kapital braucht, aber sie wartet auf jenen Augenblick, da sie den Kampf um die Monopolausbeutung Indiens wird beginnen können. Sie begreift auch, daß für den Sturz des englischen Imperialismus die Hilfe der Massen notwendig ist. Um die Arbeiter für sich zu gewinnen, deren revolutionäres Bewußtsein von Tag zu Tag infolge des Zusammenschlusses der Massen und der Konzentration des Reichtums in den Händen der Bourgeoisie wächst, hat die letztere den Massen den Zutritt zum Indischen Nationalkongreß eröffnet; indem aber die indische Bourgeoisie zu gleicher Zeit den englischen Waren zum zweiten Male den Boykott erklärt hat, hat sie ihren Willen gezeigt, sich auf Kosten des Volkes zu bereichern. Es sind auch nicht wenige objektive Faktoren, die sowohl die indische Bourgeoisie als auch die indischen Massen zur Revolution treiben, aber diese zwei Teile der Bevölkerung sind durch Klasseninteressen voneinander getrennt und der Abgrund zwischen ihnen ist sehr tief und wird auch noch immer tiefer werden, in dem Maße, wie sich die indische Industrie weiterentwickeln wird. Diese beiden Mächte erstarken und vereinheitlichen sich, jede für sich selbst abgeschlossen. Die Massen

dank dem Wachstum der Gewerkschaften und der Bauernbewegung, die Bourgeoisie durch ihr politisches Organ — den Nationalkongreß. Die Tatsache, daß der Indische Nationalkongreß unter der Anführung Gandis im Laufe von drei Monaten 10 Millionen Rupien für den Nationalfonds zu sammeln vermochte, beweist die zunehmende Solidarität der indischen Bourgeoisie. Die ganze Mohammedanische Liga in Indien, die 1912 unter Mitwirkung der Regierung geschaffen worden ist, die aus den mohammedanischen Kapitalisten und der Grundbesitzeraristokratie eine politische Opposition gegen den Indischen Nationalkongreß zu schaffen hoffte (dieser bestand fast ausschließlich aus indischen Elementen mit einer sehr geringen Beimischung der mohammedanischen Intelligenz), verzichtete auf ihre ursprüngliche Rolle und schloß sich der Nationalbewegung der indischen Bourgeoisie an. Gegenwärtig stellt die indische Bourgeoisie eine wirtschaftlich und politisch eng zusammengeschlossene soziale Klasse dar, die

sich ihrer historischen Mission bewußt ist. Sie wird zweifellos in der Avantgarde jener nationalen Bewegung marschieren, die die Fremdherrschaft stürzen wird. Je mehr sie aber sich ihrer selbst als Klasse bewußt werden wird, desto schwerer wird es ihr werden, die Massen zu betrügen. Je weiter die wirtschaftliche Entwicklung des Landes fortschreiten wird, desto mehr werden sich die Klassengegensätze verschärfen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Sturz der britischen Herrschaft in Indien durch die vereinigten Kräfte der Bourgeoisie und der Massen erreicht werden wird; welche Formen aber ihr Bündnis annehmen wird, ist heute noch nicht bekannt. Es wird uns leichter werden, an diese Frage heranzutreten, wenn wir uns Klarheit darüber verschaffen, in welcher Lage sich die Massen befinden, und wenn wir verstehen, welcher Abgrund diese zwei Revolutionsfaktoren voneinander trennt.

Manabendra Nath Roy.

Die gegenwärtigen Ereignisse in Indien.

In den letzten Monaten ist in Indien eine nie dagewesene Konzentration der nationalen Energie zu beobachten, die sich anschickt, der britischen Bürokratie einen entscheidenden Stoß zu versetzen. Alle Bevölkerungsgruppen mit Ausnahme der auf seiten der herrschenden Ordnung stehenden Gemäßigten schlossen sich der Bewegung der „Ablehnung der Mitarbeit“ der Regierung gegenüber an. Diese Bewegung ist auf Initiative Gandis entstanden, um die Einführung des „Swaraj“ oder der nationalen Selbstverwaltung noch im laufenden Jahre durchzusetzen. Die agrarischen, proletarischen und nationalen Bewegungen richten sich auf ein und dasselbe Ziel, — auf die nationale Unabhängigkeit unter der Leitung des „Großindischen Nationalen Kongresses“, der gegenwärtig der allgemein anerkannte Führer im Kampfe der Inder gegen die britische Herrschaft ist.

Der Nationale Kongreß hat diese Stellung nicht in einem Tage erkämpft. Vor zwei Jahren war er lediglich eine politische Tribüne für die bürgerliche Intelligenz und die Vertreter des Kapitals. Aber die wachsende Unzufriedenheit aller Volksklassen, die durch die während des Krieges und nach ihm entstandenen ökonomischen

Verhältnisse und auch durch die Repressalienpolitik der britischen Regierung entstanden ist, weckte ein wahrhaftes Bedürfnis nach einer nationalen Führerschaft, die imstande wäre, alle unzufriedenen Elemente unter dem gemeinsamen Banner des Kampfes gegen die regierende Klasse zu vereinigen. Ein solcher Führer wurde zunächst Gandi, dem das Volk Indiens den Namen „Mahatma“ oder „Große Seele“ verlieh. Aber Gandi brauchte eine Organisation für die Verbreitung seiner Lehre, und er fand diese in dem „Großindischen National-Kongreß“. Um die Klassenisolertheit des Kongresses zu beseitigen und ihn zu einem wahrhaften Vertreter der nationalen Bestrebungen aller indischen Klassen zu machen, lud er zu der Session von 1918 4000 Bauern-Delegierte ein. Zum erstenmal wurden so die Volksmassen zu dieser Organisation zugelassen, die bisher der Wortführer lediglich des gebildeten Teils der indischen Gesellschaft war und für die sich die breiten Volksschichten überhaupt nicht interessierten.

Seit dieser Zeit begann eine rasche Konzentration der nationalen Kräfte um eine bestimmte Idee. Keine einzige Gruppe wußte weder um die

Richtung dieser Bewegung, noch um die Taktik, an die man sich halten müßte. Die Fehler und Erfahrungen einiger verflossener Jahre lehrten sie, welche Ziele sie zu verfolgen hätten und welche Mittel dem Volke zu deren Verwirklichung offen stünden.

Auf den ersten Blick erscheint Gandhi als ein irrsinniger Prophet der widerstandslosen Passivität und des unbedingten Friedens. Aber die nähere Bekanntschaft mit seiner Lehre und Taktik überzeugt uns davon, daß er bewußt den einzigen Weg gewählt hat, der den indischen Patrioten bei dem heutigen Regime der Vergewaltigung offen stand, — die Predigt der passiven Ablehnung der Mitarbeit der gegenwärtigen Regierung gegenüber. Folgendermaßen charakterisierte Lord Sydenhams in der englischen Kammer im August 1921 diese Bewegung:

„Die von Gandhi angeführte Bewegung bildet eine neue Erscheinung im Leben Indiens. Durch die Schuld Gandis sind in Indien bis jetzt schon so viele Leute umgekommen wie nicht einmal bei der Unterdrückung der ernsthaftesten der aus der Geschichte Indiens bekannten Aufstände. Der britische Einfluß sinkt. Der von Gandhi erdachte Plan, das Leben für den Europäer in Indien unmöglich zu machen, ist viel gefährlicher als ein bewaffneter Aufstand, den man immer noch mit Waffen niederschlagen kann. Das Verbrechen und die Sittenverderbnis vergrößern sich mehr und mehr, und bald werden die Massen dasjenige fordern, wonach jetzt nur die radikalen Elemente streben, — die Beseitigung der britischen Herrschaft.“

Diese Worte von britischer Seite enthalten die Anerkennung der Zweckmäßigkeit des von Gandhi erdachten Feldzugsplans. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen kann an einen bewaffneten Aufstand in Indien nicht gedacht werden. Daher bleibt nur der Versuch, den Zusammenschluß des nationalen Bewußtseins mit anderen Mitteln zu versuchen, bis jener Tag kommt, an dem seine Kraft nicht mehr zu überwinden sein wird. Gandhi selbst macht uns in seiner vor kurzem in Luknow gehaltenen Rede mit seinen Absichten bekannt:

„Es ist unsere Pflicht, die Arbeit vor allen Dingen in praktischer Richtung zu führen. Wir können nicht das Schwert ziehen, wir wären auch nicht imstande, das grausame britische Königreich mit dem Schwert zu vernichten. Die Armeen, die keine Aeroplane haben, werden zu Anhängern des Boykotts, und ein anderes Mittel, außer dem Boykott, der ohne Anwendung von Gewalt durchführbar ist, haben sie nicht. Unser Zorn und unsere Entrüstung können dieses Königreich nicht vernichten, auch die Rufe „Bande matharam“ („Es lebe die Heimat“) werden es nicht zerstören. Mittels „Swadeschi“ können wir stärker sein als die Regierung, und wenn wir „Swaraj“ haben werden, dann gibt es keine Kraft auf Erden, die uns bezwingen wird.“

Das von Gandhi ausgearbeitete Programm der nationalen Wiedergeburt enthält fünf Punkte, die von der letzten Session des „Großindischen National-Kongresses“ angenommen sind: 1. Abschaffung der Unantastbarkeit; 2. Aufhören des verdammten Verzehrens des Volkes mit Alkoholgetränken; 3. Boykott der ausländischen Kleidung und deren Ersatz durch indische selbstgefertigte oder fabrikmäßige Kleidung, die unter dem Namen „Hadder“ bekannt ist; 4. Registration aller Kongreßmitglieder und 5. Errichtung eines Nationalfonds von 10 Millionen Rupien (etwa eine Million englische Pfund) im Laufe von zwei Monaten. Der Bevölkerung Indiens wurde anheimgestellt, dieses Programm bis zur Eröffnung der nächsten Session des Nationalkongresses im Dezember 1921 mit eigenen Kräften durchzuführen. Eine bessere Darstellung der allgemeinen Ergebnisse der politischen Bestrebungen des Kongresses findet man in dem Kongreßorgan „Independent“ (erscheint täglich in Allahabad), im Leitartikel vom 10. August:

„Die Regierung verfügt über die gesamte Staatsgewalt, und wir müssen danach streben, sie in jeder Weise zu verwirren und zu diskreditieren, indem wir jede gemeinsame Arbeit mit der Regierung ablehnen und das ganze Land von der Notwendigkeit überzeugen, unserem Beispiel zu folgen. Der Kongreß besteht aus einigen tausend Menschen, die von 10 Millionen Männern und Frauen gewählt sind. Aber die Tatsache allein, daß 10 Millionen Menschen in den Listen des Kongresses enthalten sind, ist noch kein Beweis dafür, daß diese Menschen in genügendem Maße vom Glauben an den Kongreß durchdrungen oder so patriotisch gesinnt sind, um jede Mitarbeit der Regierung gegenüber ganz und ein für allemal aufzugeben. Wir wissen, daß die Mehrheit im Lande einer solchen Ablehnung nahe steht, aber die Tiefe und die Kraft dieser Strömung läßt sich nicht genau feststellen. Die englisch sprechenden Inder verbindet noch immer keine Brücke mit der Mehrheit der Bevölkerung. Obwohl die Reden auf dem Kongreß im Namen des Volkes gehalten wurden, sind doch die aufgestellten Forderungen nicht genügend unterstützt worden. Nach den Ereignissen in Satiagraha macht übrigens das gegenseitige Verständnis große Fortschritte. Im Jahre 1919 wußte niemand, in welchem Grade das Volk die Opposition der gebildeten Klassen gegen das Gesetz Raullets unterstützen wird.“

Die Vernunft Gandis gebar jetzt den erleuchteten Gedanken des „harterles“ (nationaler Streik), dem Symbol und der Waffe des Volkswillens. Der unverhoffte Erfolg des „harterles“ am 6. April hat seine Autorität außerordentlich gehoben und die Regierung sehr erschreckt. Von Zeit zu Zeit wurden dem Volke Aufgaben aufgetragen, um aufzuklären, in welchem Maße es die Politik des Kongresses unterstützt. Sowohl in großen als auch in kleinen Fragen erstrebte diese Politik eine nähere Berührung der Kongreßmitglieder

mit dem Volke und suchte den Grad des Einflusses der nationalen Ideen zu erfahren. Die Durchführung des von der Beswad-Session des Kongresses angenommenen Programms liefert den Beweis dafür, daß das Land den Aufrufen des Kongresses tatsächlich folgt. Dieses Programm beschränkt sich nicht nur darauf, dem Volke Einschränkungen aufzuerlegen, sondern es fordert auch wechselseitige Unterstützung und Unterordnung unter die allgemeine Leitung. Im Programm sind jene Bedingungen enthalten, die eintreten werden, wenn die in Städten und Bezirken tätigen Kongreßmitglieder das Vertrauen des Volkes gewonnen haben werden und sich der Autorität der Regierung entgegenstellen können. Der Kongreß ist nicht nur ein Werkzeug der Revolution, sondern auch das eines langsamen positiven Aufbaus."

Wir sehen also, daß der Kongreß den Weg zum Volkvertrauen langsam abtastet, sich eine starke Unterstützung sichert, bevor er sich entschließt, das Volk offen zu dem aufzurufen, was schon jetzt als die nächste Forderung des Programms aufgestellt wird, — d. h. zu der Gehorsamsverweigerung der Massen und zur Verweigerung der Steuern. Die Bildung einer zentralen nationalen Organisation, die in den Augen der Mehrheit der Bevölkerung eine Macht ist, der man über den Kopf der britischen Regierung hinweg Gehorsam leistet, ist an sich schon ein großer Erfolg. Die Organisation des Kongresses hat sich jetzt über das ganze Land ausgebreitet und die entferntesten Ortschaften und Dörfer erreicht. Die Organisatoren und Propagandisten des Kongresses bereisen ganz Indien und predigen nationale Solidarität und den friedlichen Widerstand gegen die britische Unterdrückung, sie arbeiten an der Vereinigung der indischen Mohammedaner, indem sie die mohammedanischen Bestrebungen nach der Einheit des Kalifats mit der nationalen Forderung nach Selbstverwaltung zur Deckung bringen.

Die Predigt der passiven Opposition wirkte, als wenn eine Hand voll Sand in die Augen der britischen Beamtschaft geworfen worden wäre: er blendete sie, schwächte ihre auf die Unterdrückung jedes revolutionären Versuchs gerichtete Aufmerksamkeit, während die Propaganda an ihrer Sache weiter fortwirkte und die Bewegung sich so verbreiterte und so tiefe Wurzeln faßte, daß sie heute nicht mehr unterdrückt werden kann. Die Inder sind bereit, alle erdenklichen Repressalien zu erdulden, wenn sie das erhoffte Ziel damit erreichen können. Gandhi ruft das Volk zur Selbstaufopferung in folgenden Ausdrücken auf:

„Wir müssen Verhaftung und Gefängnis als normale Lebenserscheinungen eines jeden Anhängers der Verweigerung der Mitarbeit ansehen. Wir müssen danach streben, wie der in den Kampf ziehende Soldat nach dem Tode strebt. Unser Erfolg wird dann gesichert sein.

wenn Tausende von Menschen hinter Gitter gesetzt werden, ohne jede Schuld ihrerseits, wie Schafe, die man zur Schlachtbank führt. Je geringer unsere Schuld ist, umso größer wird unsere Kraft und umso näher der Sieg sein. Die durchgehende Gehorsamsverweigerung der Regierung gegenüber ist eine friedliche Empörung, eine ausnahmslose Verneinung aller staatlichen Gesetze. Eine solche Verweigerung ist zweifellos gefährlicher als ein bewaffneter Aufstand. Ich bin tief davon überzeugt, daß, wenn wir es fertig bringen, den Boykott der ausländischen Kleidung erfolgreich durchzuführen, wir dann imstande sein werden, die Gehorsamsverweigerung der Regierung gegenüber in einem solchen Umfang durchzuführen, daß keine einzige Regierung mit uns fertig wird."

Der Boykott der ausländischen Kleidung war eine Vorprüfung der nationalen Solidarität, auf die die letzte Stufe des nationalen Kampfes folgen muß, die Gandhi „zivile Gehorsamsverweigerung“ nennt, zu der die Steuerverweigerung gehört, die unvermeidlich zu einem offenen Bruch mit der Regierung führen muß. Es läßt sich einatweilen noch schwer sagen, ob dieser Boykott mit größerem Erfolg zu verwirklichen sein wird als der frühere Versuch der Verweigerung der Mitarbeit und des Boykotts der Regierungsschulen. Jedenfalls sind die Volksmassen von Begeisterung erfüllt. In allen Städten und Dörfern arbeiten Kongreßkommissionen, deren Aufgabe es ist, für den Boykott zu agitieren. In allen großen Zentren werden ungeheure Scheiterhaufen errichtet, um die sich das Volk zu Zehntausenden versammelt, seine ausländischen Kleidungen in die Flammen wirft und den Schwur leistet, von jetzt ab ausschließlich den hausgewebten „Hadder“ aus indischem Garn zu tragen. Große indische Handelsfirmen verpflichten sich, keine ausländischen Waren mehr einzuführen, die Führer der Bewegung wenden sich an die indischen Fabrikanten mit der Aufforderung, aus der Volksbegeisterung keinen Nutzen zu ziehen und die Preise nicht zu steigern.

Wir haben nicht die Absicht, im vorliegenden Aufsatz die Frage zu erörtern, inwieweit der Boykott vom ökonomischen Gesichtspunkte aus gerechtfertigt erscheint und welche Faktoren seinem Erfolg entgegen stehen können. Uns interessieren weitere Perspektiven: das zweifellose Bestehen eines starken Bewußtseins der nationalen Solidarität in Indien, einer nationalen Begeisterung und des Wunsches, der herrschenden Regierungsform ein Ende zu machen; alles dies kündigt die unvermeidliche Verschärfung des Kampfes an. Nach einer Aeußerung des „Independent“ vom 9. August „hat der Boykott der ausländischen Waren nur eine negative und vorläufige Bedeutung, während das Tragen der hausgewebten Kleider eine dauernde und positive Bedeutung

hat. Die Verknüpfung der politischen Idee der Selbstverwaltung mit dem Faktor der ökonomischen Unabhängigkeit, d. h. mit dem Gedanken, alle seine Bedürfnisse aus eigenen Mitteln zu befriedigen, die unvermeidliche Verbindung von Politik und Oekonomie, tritt nicht offen zu Tage und können nicht ohne weiteres aufgedeckt werden. Wenn Indien so oder anders aufhören wird, England Vorteile zu bieten, wird die britische Macht im Lande geschwächt werden und schließlich verschwinden. England wird keinen Grund haben, ein Land mittels einer Politik in seinen Händen zu halten, die im Gegensatz zum Volkswillen steht. Wenn England zu der Einsicht kommen wird, daß das indische Reich ihm keinen Gewinn bringt, so wird es die Inder ihrem eigenen Schicksal überlassen. Der gegenwärtige Boykott ist ein ständige Maßnahme, die sich darauf richtet, alle Staaten, darunter auch England, von der Eroberung Indiens und seiner Märkte abzuhalten."

Mit diesen Worten wird der Gedanke zum Ausdruck gebracht, daß, mit der Weigerung der Inder, ausländische Kleidung zu tragen, auch deren Einfuhr aufhören und daß das Volk dann ausschließlich in Indien gefertigte Kleidung tragen wird. Man dürfte im Laufe der nächsten Monate sehen, ob sich das Volk diesem Boykott anschließen wird. Dieser Gedanke ist zum Teil ökonomischen Charakters, er drückt das Bestreben aus, die indische Industrie zu unterstützen und den englischen Handel zu schädigen. Aber er enthält auch noch einen anderen Zweck, nämlich festzustellen, inwieweit das indische Volk bereit ist, die Resolution des Kongresses zu unterstützen, mit anderen Worten: eine Prüfung der nationalen Solidarität. Nach Aeußerungen der Nationalisten ist der Boykott der ausländischen Kleidung ein neuer Maßstab, und sein Erfolg wird zeigen, daß das Land geschlossen hinter dem Kongreß steht und daß der Einfluß der Kongreßmitglieder im Lande so groß ist, daß der Kongreß nicht fehl gehen wird, wenn er die Massen zur Verweigerung des Gehorsams und der Steuern aufrufen wird. Von einem Kongreß, der es verstanden hat, in den sozialen und ökonomischen Gewohnheiten eine ganze Revolution hervorzurufen, kann man überzeugt sein, daß er jeden Augenblick imstande ist, eine politische Revolution herbeizuführen."

Der Ruf Gandis „Zurück zur Spindel" verfolgt also unmittelbar ein praktisches Ziel, wie wir auch über die Möglichkeit denken mögen, durch Handarbeit jene ungeheure Stoffmenge herzustellen, die bisher für die indische Bevölkerung eingeführt wurde. Die indischen Fabriken können gegenwärtig nur die Hälfte der erforderlichen Menge herstellen. Ähnlich wie die Predigt des

passiven Widerstandes, unabhängig von ihrem ideellen Inhalt, großen Nutzen gebracht hat, indem sie der nationalistischen Propaganda, die sonst unvermeidlich auf Repressalien gestoßen wäre, einen weiten Weg bahnte, hat auch der dem Boykott zu Grunde liegende Gedanke eine zweifache Bedeutung: einerseits hebt er die einheimische Industrie, die Einfuhr der ausländischen Waren verhindernd, andererseits bringt er in die Massen nationalistische Ideen, gibt ihnen die Durchführung praktischer Aufgaben auf, um auf dem Wege der breiten Propaganda das ganze Volk enger zusammenzuschließen.

Gerade in den Tagen, da diese Zeilen geschrieben wurden, traf der Prinz von Wales in Indien ein und seine Ankunft wurde gemäß der Kongreßresolution von seiten der indischen Nationalisten aller Klassen mit Ausnahme der Gemäßigten boykottiert. Seine Ankunft in Bombay Ende Oktober beantworteten die Arbeiter des Hafens von Bombay mit einem allgemeinen Streik, und kein einziger Inder ohne Unterschied seiner sozialen Lage nahm an den Empfangsfestlichkeiten teil. Diese Taktik wurde deshalb angewandt, weil die Ankunft des Prinzen ein politisches Ziel verfolgte — „die Wiederherstellung des verlorenen Regierungsprestiges, das der Kongreß in jeder Weise zu untergraben suchte". Die wirkliche Bedeutung des nationalen Boykotts besteht im Grunde genommen in der Prüfung, ob die ganze Nation die vom Kongreß aufgestellte Parole unterstützen wird oder nicht.

In der heiklen Frage der indisch-mohammedanischen Einheit sehen wir wiederum, daß der Kongreß eine auf den ersten Blick unerfüllbare Taktik erstrebt, in Wirklichkeit aber ein ganz bestimmtes Ziel verfolgt. In der Tat, warum unterstützt ein Volk, dessen überwiegende Mehrheit brahmanischen und buddhistischen Glaubens ist, auf einmal offen die Kalifatbewegung der Mohammedaner, die, wie ein Engländer sagte, „mit dem indischen Nationalismus ebensoviel zu tun hat wie die Bewegung der irischen Sinnfeiner mit dem tibethanischen Dalei Lama"? Bis zur letzten Zeit waren die Mohammedaner Indiens von der übrigen indischen Bevölkerung isoliert: durch die bewußte Politik der Engländer, die auf dem Prinzip aufgebaut ist: „Säe Feindschaft und herrsche". Den indischen Mohammedanern gewährt man besondere Privilegien und die provokatorische Politik der Regierungsagenten schürte fortwährend die religiösen Streitigkeiten. Jetzt haben sich die Inder und die Mohammedaner zum gemeinsamen Kampf gegen die Regierung vereinigt, und obwohl dieser Zusammenschluß auf einer auf den ersten Blick unsinnigen und sentimentalen Grundlage zustande kam — die Inder unterstützen die Kalifatbewegung, die Mo-

hammedaner dafür das indische nationalistische Programm —, war es tatsächlich eine wirklich erste Vereinigung der Führer: das „Großindische Kalifat-Komitee“ unterwarf sich freiwillig der Führung des „Großindischen Nationalkongresses“ und verpflichtete alle seine Mitglieder, den Kongreßbeschlüssen zu folgen; hervorragende Führer der muselmännischen Bewegung — wie die beiden Brüder Ali — schlossen sich der Kongreßbewegung an und folgten mit grenzenloser Ergebenheit in allem den Weisungen des „Magathma“ Gandhi. Die Aufgabe des letzteren besteht darin, die Mohammedaner von der Notwendigkeit zu überzeugen, sich vor allen Dingen für Inder anzusehen und für ein Kalifat auf dem indischen Territorium zu kämpfen. Er sagt: „Die Mohammedaner können nicht jene Erniedrigungen ertragen, denen das Kalifat ausgesetzt ist, aber der kürzeste und nächste Weg im Dienste der Sache des Kalifats ist — das „Swadeschi“. Diesem Wege folgend, wird Indien mächtig werden, die Verstärkung der Macht Indiens aber wird die Kräfte für die Verteidigung des Kalifats vermehren.“ Und Mohammed Ali erklärte in einer Massenversammlung in Luknow in Gegenwart Gandis, daß „die indischen Mohammedaner den Weg der friedlichen Verweigerung der Mitarbeit gegenüber der Regierung im Glauben daran gewählt haben, daß man auf diese Weise die Interessen seines Landes und seiner Religion am besten wahren kann.“

Auf allen Versammlungen des zentralen und der Kreis-Kalifats-Komitees wurden die Kongreßresolutionen über die Verweigerung der Mitarbeit, den Boykott der Auslandswaren usw. einstimmig angenommen. Die Mohammedaner jener Kreise, in denen die Repressalien besonders verschärft wurden, wandten sich mit der Bitte an den Kongreß, ihnen jetzt schon die Anwendung der Taktik der „zivilen Gehorsamsverweigerung“ zu gestatten, womit sie zeigten, daß sie den Kongreß als ihr Haupt betrachten. Resolutionen gegen das Schlachten des Viehs und gegen seine Opferung während der mohammedanischen religiösen Feste wurden in verschiedenen Teilen Indiens angenommen, um dem religiösen Gefühl der Inder entgegenzukommen. Und sowohl die Mohammedaner, als auch die Inder führen den Feldzug gegen die Mitarbeit mit der Regierung, mit der gleichen Energie und Entschlossenheit. Sadkat Ali erklärte in einer Rede kurz vor seiner Verhaftung, daß „die Inder und Mohammedaner sich alle Mühe geben müssen, um den Erfolg des Feldzuges gegen die Mitarbeit sicher zu stellen. Der Regierung ist die Möglichkeit gegeben, mit uns Frieden zu schließen und mit unserem Haupte Ende September zu verhandeln. Im Oktober wäre die Aussöhnung schon sehr schwierig, im Dezember

aber werden wir mit Gottes Hilfe unsere Unabhängigkeit erklären.“

Der erstaunlichste Erfolg des Kongresses war aber der, daß die für den Nationalfonds bestimmte eine Million englische Pfund im festgesetzten Zeitraum von zwei Monaten aufgebracht war; diese Summe war für die nationalistische Propaganda und für die Anschaffung von zehn Millionen Webstühlen bestimmt. Mit einer in ganz Indien organisierten Aktion riefen die Kongreßmitglieder alle Volksklassen zu Spenden auf. In allen Städten wurden besondere Kommissionen gebildet, und es gab kein noch so kleines Dorf, daß seinen Anteil nicht abgeliefert hätte. Die indischen Frauen, die in den letzten Jahren ihre abgesonderte Lebensart aufgegeben haben, beteiligten sich mit Begeisterung an der Sammlung, spendeten ihre Kostbarkeiten, teure Gewänder und Aussteuer. Reichliche Spenden flossen von den Volksversammlungen ein, die in allen Teilen Indiens einberufen wurden, und am Abend des festgesetzten Tages, genau zwei Monate nach Beginn der Sammlung, konnte der Kongreß die Erklärung abgeben, daß dieser Teil seines Programms erfolgreich durchgeführt sei: die nationale Kasse verfügte über eine Million Pfund Sterling, die von Indern aller Kasten und Glaubenssätze für den Kampf um die nationale Unabhängigkeit gespendet waren.

Ebenso erfolgreich verlief die Registrierung der Mitglieder, wobei in die Listen des Kongresses die Namen von 10 Millionen Menschen eingetragen wurden, die sich verpflichteten, die Kongreßbeschlüsse zu unterstützen. Ferner wurde zur größeren Einheitlichkeit und Zentralisation ein Vollzugskomitee aus sieben Mitgliedern gewählt. In dieses Komitee, das bis zur nächsten Session die Geschäfte des Kongresses zu führen bevollmächtigt ist, wurden die hervorragendsten Führer — Inder und Mohammedaner — gewählt. Dem allgemeinen Wunsche entsprechend, fährt Gandhi fort, in diesem Vollzugskomitee die leitende Rolle zu spielen, und in dem feindseligen Lager der Gemäßigten ertönen bereits die Stimmen gegen die „Diktatur Gandis“. Anlässlich dieser Bezeichnung sagt Herr Stox, ein amerikanischer Missionär, der sich der indischen regierungsfeindlichen Bewegung angeschlossen hat, folgendes:

„Zwei Kräfte: Bürokratie und Nationalismus, stehen sich jetzt gegenüber, vor dem letzten entscheidenden Kampf. Die nächsten Monate werden die kritischsten sein. Unsere Gegner werden wie ein Mann auftreten und handeln. Hierin war immer ihre Stärke, früher und jetzt, während unsere Schwäche immer auf Mangel an Einheitlichkeit beruhte. Das einzige Mittel für uns, bei den bestehenden Verhältnissen zur Geschlossenheit zu ge-

langen, liegt in der Einigung um die Persönlichkeit des Mahatma Gandhi. Seine Persönlichkeit, seine wirksame Willenskraft — das ist jetzt unsere Hauptstütze."

Uebrigens ist die Persönlichkeit Gandhis bei all ihrer Anziehungskraft nicht der einzige Faktor der indischen nationalen Bewegung. K. R. Das, der zum Vorsitzenden der nächsten Kongreß-Session mit überwiegender Mehrheit der Stimmen gewählt wurde, ist nicht weniger populär als Gandhi; außerdem haben die beiden Brüder All und Ladsapat Raji ebenfalls einen sehr großen Einfluß. Diese neuen Führer rückten in überraschend kurzer Zeit in den Vordergrund des indischen öffentlichen Lebens. Sie gingen aus der jüngsten und fortschrittlichsten Schicht der Mittelklasse hervor, die die revolutionäre Stimmung der Massen kriegerischer zum Ausdruck bringt und sich von dieser Stimmung immer mehr nach links treiben läßt.

Ein großer Mangel der Kongreßbewegung liegt in dem Fehlen eines wissenschaftlichen Verständnisses für die verschiedenen sozialen Kräfte, die sich wirksam zeigen. Ganz besonders kommt dies in der Taktik der Führer gegenüber den beiden wichtigsten Faktoren des indischen Lebens zum Ausdruck: dem städtischen Proletariat und der notleidenden Bauernschaft, die während der letzten vier Jahre aktives Bestreben gezeigt haben, ihre furchtbaren Existenzverhältnisse zu ändern. Die junge gewerkschaftliche Bewegung wurde von den nationalistischen Führern unbeachtet gelassen, und reaktionäre Tradeunionisten und Regierungsagenten bemächtigten sich ihrer. Während sie sich um die Verwertung der organisatorischen Kraft der indischen Gewerkschaftsbewegung nicht kümmern, suchen die Nationalisten nichtsdestoweniger die Streikbewegung der städtischen Arbeiter auszunützen: die von ihnen in die Fabriken geschickten Agitatoren veranlaßten die Arbeiter zu politischen Streiks und zwar sehr häufig unter solchen Verhältnissen, die den Streik von vornherein aussichtslos machten oder gar Menschenopfer kosteten. So war es beispielsweise beim letzten Streik der Eisenbahn- und Schiffsfahrtsarbeiter in Shampur, den die Nationalisten veranstalteten als Antwort auf die Weigerung der Eisenbahn- und Dampfschiffs-Gesellschaften, den von den Teeplantagen in Assam geflüchteten Arbeiterkulis freie Durchfahrt zu gewähren. Die Regierung zögerte ihrer Gewohnheit gemäß nicht, einzugreifen und die Interessen der Aktiengesellschaft in Schutz zu nehmen, und schickte eine bewaffnete Polizeitruppe „zur Aufrechterhaltung der gesetzmäßigen Ordnung“, d. h. mit anderen Worten, um den Streik niederzudrücken und die Arbeiter zu zwingen, die Arbeit aufzunehmen. Der Fall dieser Kulis aus Assam liefert ebenfalls

ein grelles Beispiel für die unbedachte Agitation der Nationalisten unter der schutzlosen dunklen Masse der unqualifizierten Arbeiterschaft. Die Anhänger der Arbeitsverweigerung zwangen diese Kulis, die schlecht bezahlte, gesundheitsschädliche Arbeit auf den Teeplantagen aufzugeben und in ihre heimatlichen Dörfer zurückzukehren. Es begann ein Massenabzug der Kulis; die erschreckten Plantagenbesitzer veranlaßten die Schiffahrtsgesellschaften, keine Kulis mitzunehmen, und diese mußten Hunger und Not leiden und auf den Umsteigestellen von der Eisenbahn auf die Dampfer endlos lange warten. Es verbreitete sich die Cholera unter ihnen, die einigen Hundert Menschen das Leben kostete. Auf Veranlassung der Plantagenbesitzer trieb die Polizei die unglücklichen Kulis aus dem elenden Stationsgebäude der dritten Klasse aufs offene Feld hinaus. Die Urheber dieser Bewegung mußten jetzt alle Hilfsmittel ihrer Organisation in Aktion treten lassen, um den Schaden, den sie den Kulis zugefügt, einigermaßen wieder gut zu machen; medizinische Hilfe, Lebensmittelverteilung, Geldsammlungen organisierten usw. Damals wurde auch der erwähnte Streik der Eisenbahner und Schiffsfahrtsarbeiter erklärt, der indessen mit einer Niederlage endete. Dieser ganze Vorfall ist sehr bezeichnend für jene unbedachte Taktik, der sich die Nationalisten bedienen, um die Arbeiter im Interesse ihrer Bewegung zu verwerten. Als Ergebnis einer langen Reihe von erfolglosen Streiks und Repressalien seitens der Regierung kam die Streikbewegung in Indien in Mißkredit, die Arbeiter lehnen politische Aktionen ab und wenden ihre ganze Aufmerksamkeit der Stärkung ihrer Organisationen und der Besserung ihrer ökonomischen Lage zu, die sie mittels Verhandlungen mit Unternehmern und Schiedsgerichten zu verwirklichen suchen. Die Regierungserklärung über die Arbeiterpolitik, die kürzlich in einer gesetzgebenden Versammlung in der Provinz gemacht wurde, sagt folgendes: „Bei allen industriellen Streiks richtete sich die Politik der Regierung stets auf die Aufrechterhaltung der gesetzmäßigen Ordnung und auf friedliche Vereinbarung, wenn diese möglich war. Es wird eine Untersuchung des Arbeitslohns der Industriearbeiter vorgenommen und eine Tabelle ausgearbeitet, die die Kosten der Lebenshaltung zeigt; in allen Provinzen wird ein Netz von Arbeiterbüros errichtet. Die statistischen Angaben werden die Möglichkeit geben, bei allen Konflikten darüber zu entscheiden, ob die Arbeiter den Normallohn erhalten und inwieweit ihr Arbeitslohn dem Existenzminimum entspricht, der für die Klasse, der sie angehören, angemessen ist.“ In letzter Zeit mischte sich die Regierung konsequent in alle Streitigkeiten zwischen Kapital und Arbeit ein, wobei sie die Arbeiter veranlaßte,

unvorteilhafte Vereinbarungen abzuschließen. Die Regierung veröffentlichte eine Reihe von Gesetzen gegen die Arbeiter-„Unruhen“ und wandte alle Repressalien an, die geeignet waren, jenen kriegerischen Geist bei den Arbeitern zu dämpfen, der sich bei den ersten Schritten der gewerkschaftlichen Bewegung in Indien so stark bemerkbar machte. Kürzlich wandte sich der Generalsekretär des „Nordwestlichen Eisenbahnverbandes“ an die Regierung in Indien mit der Bitte, die Entsendung von Deputierten der indischen Eisenbahner auf die Internationale Arbeiterkonferenz in Genf zu gestatten, auf der auch die Arbeiter aller anderen indischen Industriezweige vertreten waren. Der „Allindische Kongreß der Gewerkschaftsverbände“ gehört der Britischen Arbeiterpartei an.

Dasselbe ist auch hinsichtlich der landwirtschaftlichen Arbeiter zu beobachten. Bisher haben die Nationalisten in keiner Weise jenen agrarischen Kampf unterstützt, der in ganz Indien geführt wird, und alle Versuche der unglücklichen Landleute, aktive Aktionen aufzunehmen, begegneten einer mißliebigen Beurteilung seitens der Kongreßführer. Der kürzliche Aufstand in Kisan-Sabhas, in den Vereinigten Provinzen, wurde von den Regierungstruppen grausam unterdrückt, und die Kongreßvertreter wandten sich einerseits an die Soldaten, die sie von den Gewaltmaßregeln abzuhalten suchten, und gleichzeitig an die in Wut geratenen landwirtschaftlichen Arbeiter, die sie anflehten, die Gutsbesitzerhäuser nicht zu zerstören und die Ernte nicht zu verbrennen; sie predigten ihnen passive Ruhe und trösteten sie mit unbestimmten Versprechungen, indem sie auf die „zivile Gehorsamsverweigerung“ als eine der Kampfformen der Zukunft hinwiesen. Der genannte Aufstand zwang die Regierung, in dem „Gesetzgebenden Rat“ einen Gesetzentwurf über die Abänderung des Pachtgesetzes von 1886 einzubringen zum Zweck der Besserung der Lage der landwirtschaftlichen Arbeiter. Aber dieses Projekt stieß auf einen derartig hartnäckigen Widerstand von seiten der Grundbesitzer, daß fast alle die Interessen der armen Pächter wahren Aenderungen aus dem Projekt gestrichen und diesem einige neue Paragraphen hinzugefügt wurden, die die Macht der Grundbesitzer noch mehr vergrößern. So z. B. der Paragraph, der dem Eigentümer das Recht der Annullierung des Pachtvertrages gibt, wenn der Charakter des Pächters sich als „tadelnswert“ erweisen sollte. Gleich dem erwähnten Aufstand im Norden, war auch der Aufstand an der südlichen Malabarküste im August und September dieses Jahres auf dieselben Ursachen zurückzuführen. Auch hier empörten sich die schlecht bezahlten, zu unmäßiger Arbeit verurteilten Landarbeiter und Kleinbauern gegen

die Ausbeutung durch die Grundbesitzer. Während wir diese Zeilen schreiben, dauern die Kämpfe der Aufständischen mit den Regierungstruppen fort, aber die Kongreßführer unternehmen keinerlei Schritte zum Schutze der unglücklichen Arbeiter, die massenweise niedergemetzelt werden, und fahren fort, mit unbeirrter Hartnäckigkeit den passiven Widerstand zu predigen.

Die Nationalisten der Kongreßbewegung sind der Meinung, daß die Zeit für einen offenen Aufstand noch nicht gekommen sei, und fürchten, durch eine verfrühte Aktion gegen die Bürokratie, die über einen mächtigen Apparat zur gewaltsamen Unterdrückung der Aufstände verfügt, der Sache zu schaden. Die naive Idee Gandis, die gesamte Bevölkerung müsse versuchen, in die Gefängnisse zu geraten, erscheint ihnen als der einzig verwirklichtbare Plan bis zu jener Zeit, in der sich das vereinigte Volk genügend stark fühlen wird, um die bestehende Regierung offen herauszufordern. Indessen unternimmt die Regierung die energischsten Maßnahmen zur Unterdrückung der sich über das ganze Land verbreitenden Kongreßbewegung. Die Gefängnisse sind von ihr mit Anhängern überfüllt, man verhaftet sie auf die geringsten Anklagen hin oder greift sie einfach auf. Für einen in den Regierungsdienssten stehenden Inder genügt es, die Mütze „Gandi“ aufzusetzen oder ein hausgewebtes Gewand zu tragen, um seine Stellung zu verlieren oder gar ins Gefängnis zu geraten. Man unternimmt massenhafte Haussuchungen, man schließt die Zeitungen, verbietet Versammlungen, zieht die Redner für die geringste Andeutung einer Regierungsopposition zur Verantwortung usw. Sir George Lloyd, der Gouverneur der Provinz Bombay, sagte kürzlich in einer Versammlung: „Der verleumderrische Feldzug der Presse gegen die Regierung verschärft sich mit jedem Tage und nimmt einen immer zügelloseren Charakter an. Die öffentlichen Tribünen werden immer häufiger für die Predigt eines offenen Aufruhrs benützt. Die Regierung weiß, welchen Weg sie einzuschlagen hat. Ich werde Ihnen offen sagen und bitte Sie, es nicht zu vergessen, daß die Hauptpflicht der Regierung in der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung besteht und daß sie unter allen Umständen diese Pflicht erfüllen wird. Die Regierung würde ihrer Pflicht nicht entsprechen, wenn sie die ungestrafte Verletzung der Gesetze dulden und die Verbreitung der zügellosen, das Land mit Chaos und Anarchie bedrohenden Ideen nicht hindern würde.“ Die Nationalisten beantworteten dies mit folgenden Worten: „Der offene Aufruhr wird durch die Unzufriedenheit mit der bestehenden Regierung hervorgerufen. Zu unserer Zeit müßte jede Amtsperson begreifen, daß die Nation soweit erwacht ist, daß man ihren Geist

mit keinen Repressalien brechen kann. Das „Chaos“ und die „Anarchie“, in dem Sinne, wie Seine Exzellenz diese Worte gebraucht hat, werden sich kaum beseitigen lassen, denn nichts bringt soviel Chaos und Anarchie wie die Leitung der Menschen ohne deren freiwillige Zustimmung.“

Außer Repressalien wendet die Regierung noch andere Mittel an, um die auf die nationale Vereinigung gerichtete Bewegung zu unterdrücken. Unter ihrem Schutz festigt die Nebrahminische Liga ihre Position, eine Organisation, die den Zweck hat, den Haß und die Spaltung unter den verschiedenen Kasten zu schüren. Auch die Gesellschaft „Aman Sabhas“ und die „Gesellschaft gegen die Feinde der Arbeitsgemeinschaft mit der Regierung“, die gegenwärtig in allen Städten Indiens organisiert wird, verheimlichen nicht ihren offiziellen Ursprung; aber gerade dieser Ursprung und ihr künstliches Wachstum werden sie an der Erreichung ihres Ziels hindern. Die in der „Liberalen Liga“ organisierten Gemäßigten, deren Programm in der Arbeitsgemeinschaft mit der Regierung und in der langsamen Verwirklichung der Selbstverwaltung ohne Austritt aus dem britischen Reich besteht, sind der einzige Teil des indischen Volkes — abgesehen von den einheimischen Prinzen, die die Regierung offen unterstützen —, der eine reaktionäre Politik verfolgt. An den in letzter Zeit gebildeten Reformräten teilnehmend, suchen die Gemäßigten die Tyrannei der Bürokratie mit der konstitutionellen Sanktion zu decken. Folgendermaßen charakterisierte der Vorsitzende der kürzlich in Luknow abgehaltenen Konferenz der Liberalen Liga, Dr. Astan, den Standpunkt der Gemäßigten:

„Es kann nicht bestritten werden, daß die gegenwärtige Gärung in Indien ihren Ursprung ökonomischen und nicht politischen Ursachen verdankt. Wenn die Notlage der Bevölkerung

infolge der Preiserhöhung auf Brot und Kleidung sich nicht verschärft hätte, so hätten wir keine agrarischen Unruhen. Der durchschnittliche Aufständische fordert billiges Brot und billige Kleidung und verliert das Interesse für politische Doktrinen und die Regierungsordnung, hat er dies einmal erreicht. Wir drehen uns im Kreise. Die Preise sind gestiegen, daher erhöhte sich auch der Arbeitslohn, und da der Arbeitslohn höher wurde, so müssen ihrerseits auch die Preise steigen. Die Regierung muß diesem Zustand ein Ende machen. Wir Liberalen arbeiten nach Kräften, um den Erfolg dieser Reformen sicher zu stellen.“

Gerade von dieser Klasse der Inder sprach kürzlich Gandhi in einer Rede:

„Unter dem Wort Bürokratie darf man nicht nur die Engländer verstehen. Tausende von Engländern erzogene Inder gehören der indischen Beamtenschaft an. Die Regierung wendet sich in Notfällen immer häufiger an die indischen Soldaten und Beamten, wenn es gilt, die bestehende Ordnung zu verteidigen. Unsere Demoralisation hat den Höhepunkt erreicht, wenn wir uns zum freiwilligen Werkzeug in den Händen unserer Tyrannen machen. Daher sind die jetzt einsetzenden Repressalien ihrem Wesen nach für uns viel gefährlicher als alle bisherigen Verfolgungen.“

In Luknow aber unterbreitete Gandhi der hunderttausendköpfigen Volksmenge, die bei strömendem Regen seine Ankunft erwartete und seine Rede zwei Stunden andächtig anhörte, folgendes Mittel gegen die herrschenden Zustände: „Als Antwort auf die Repressalienpolitik der Regierung müssen wir in jeder Provinz eine Armee von 50 000 Arbeitern schaffen, die das Gefängnis als eine Erlösung betrachten und die keine Armee der Welt besiegen wird. Nach drei Monaten werden wir entweder die bestehende Regierung bessern oder ihr ein Ende bereiten.“

N.

Die „Internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Jugendorganisationen.“

I.

Die internationale Jugendbewegung ist ein Glied der internationalen Arbeiterbewegung und als solches in deren Schicksal einbezogen. So ist es denn kein Wunder, daß sich in ihr die gleiche Dreigliederung vollzog, daß heute neben der Kommunistischen Jugendinternationale noch die sozialpatriotische „Arbeiterjugendinternationale“ und die zentristische „Inter-

nationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Jugendorganisationen“ bestehen, deren Wurzeln in den beiden reformistischen Flügeln der Arbeiterbewegung liegen. Mit der letztgenannten sollen sich diese Zeilen beschäftigen.

Um die Entstehungsgeschichte der „Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Jugendorganisationen“ richtig würdigen zu können, muß notwendigerweise ein Stück Geschichte der kom-

unistischen Jugendbewegung betrachtet werden. Diese wurde geschaffen von den Jugendverbänden der „Internationalen Verbindung sozialistischer Jugendorganisationen“, die während des Krieges seit der Berner Konferenz Ostern 1915 tatsächlich die internationalen Pflichten sozialistischer Jugendorganisationen erfüllt hatten. Das wichtigste Ergebnis der Gründungskonferenz in Berlin (es wurde in diesen Blättern schon ausführlich behandelt) war die Schaffung eines kommunistischen Programms und der Beginn des Aufbaues einer international straff zentralisierten Organisation.

Die mit der Beendigung des Krieges sich in der Arbeiterbewegung vollziehende entscheidende Umwandlung der Auffassung über Aufgaben und Organisation der internationalen Arbeiterbewegung und die Methoden des proletarischen Klassenkampfes schuf in der proletarischen Jugendbewegung — und zwar auch in den meisten Organisationen, die auf der Gründungskonferenz der Kommunistischen Jugendinternationale noch nicht vertreten, bzw. ihr noch nicht angeschlossen waren — den Boden für die Annahme der neuen Grundsätze und Methoden. Die nach der Berliner Konferenz einsetzende rastlose und zähe Tätigkeit der Kommunistischen Jugendinternationale unter den ihr noch nicht angeschlossen Organisationen, um sie für den Anschluß zu gewinnen, fand also in gewisser Hinsicht günstige Bedingungen vor und hatte den in der Arbeiterbewegung fast einzig dastehenden Erfolg zu verzeichnen, daß die Bewegung von 14 Verbänden mit 219 000 Mitgliedern anwuchs zu der stattlichen Größe von 48 Verbänden mit etwas über 800 000 Mitgliedern.

Der Prozeß der Gewinnung der noch nicht angeschlossenen Verbände dauerte etwa ein Jahr. In diesem Zeitraum entspann sich in den betreffenden Organisationen ein heftiger grundsätzlicher Kampf um den Anschluß an die Kommunistische Jugendinternationale, der damit endete, daß sich in ihnen fast überall die große Mehrheit für die Kommunistische Jugendinternationale erklärte. Es ist natürlich klar: Mehrheitsbeschlüsse schaffen grundsätzliche Auffassungen der Minderheiten nicht aus der Welt, und da innerhalb der Kommunistischen Jugendinternationale Disziplin und Unterordnung gegenüber den internationalen Beschlüssen oberstes Gesetz ist, die Minderheiten aber gerade um dieser Disziplin willen gegen den Anschluß an die Kommunistische Jugendinternationale waren, sich also dieser Disziplin nicht fügen, sondern ihre Auffassungen weiter vertreten und verwirklichen wollten, stellten sie sich natürlich außerhalb der Reihen der Kommunistischen Jugendorganisationen

und wurden entweder ausgeschlossen oder traten selbst aus.

Aus diesen Absplitterungen bildeten sich neue Verbände, die sich praktisch und ideell an die zentristischen Parteien angliederten. In ihren Argumentationen, mit denen sie die Spaltung „be gründeten“, kehrte der gleiche Kehrreim wieder, den Dittmann, Otto Bauer, Kautsky etc. alltäglich sangen. Anfänglich, als sie, aus Furcht, die Massen zu verlieren, die ungestüm zu internationalem Zusammenschluß drängten, der Internationale beitreten wollten, bekannten sie sich beispielsweise zur Diktatur des Proletariats; später, nachdem sie erkannten, daß wir noch andere entscheidendere Forderungen (internationale straffe Disziplin etc.), stellten, die sie nicht erfüllen wollten, legten sie die letzte Maske ab und zeigten deutlich ihre geistige Blutsverwandtschaft mit den Führern der zentristischen Parteien, zeigten, daß für sie die Zugehörigkeit zu einer Internationale nur das Schild war, hinter dem sie das stürmische Drängen der Massen, das die Behäbigkeit ihres altgewohnten Trottes bedrohte, abwehren und ihre tägliche Versündigung am Befreiungskampfe des Proletariats verdecken wollten.

Damit, daß sie den hinter ihnen stehenden Jugendlichen die Unmöglichkeit, sich der Kommunistischen Jugendinternationale anzuschließen, plausibel gemacht hatten, war die Gefahr natürlich noch nicht gebannt. Geschichtliche Notwendigkeiten lassen sich nicht einfach wegdiskutieren. Sie drängen sich immer wieder in den Kreis der proletarischen Erkenntnis. Der Krieg hatte den Massen eindringlich genug die Notwendigkeit des internationalen Zusammenschlusses vor Augen geführt. Und nie hat sich der internationale Gedanke fester in die Herzen und Hirne des Jungproletariats eingegraben, nie hat er ihm strahlender geleuchtet als in jenen grauenhaften Blutjahren, da von Bern aus über alle Grenzen und Fronten hin der Ruf junger Arbeiter zu internationaler Verbrüderung aufforderte. Der durch den Krieg beschleunigte Prozeß der Hineinziehung jugendlicher Arbeiter in die Produktion, der sie zu einem ihrer wichtigen Glieder machte, hatte das außerordentlich gefördert. Und noch mehr natürlich die Nachkriegszeit, in der der Klassenkampf mit immer größerer Heftigkeit und Schärfe und in immer breiterer Front entbrannte. Die Führer jener abgesplitterten Teile der Jugendbewegung wußten nur zu gut, daß der Wille der Jugendlichen zu internationalem Zusammenschluß immer wieder die Frage der Zugehörigkeit zur Kommunistischen Jugendinternationale aufrollen würde. Dem wollten sie aus dem Wege gehen. Um das zu erreichen und um gleichzeitig das

bedrohliche Anwachsen der Kommunistischen Jugendinternationale, das in ihren eigenen Reihen immer wieder Erschütterungen bedenklicher Natur hervorrief, zu unterbinden, gründeten sie eine neue Internationale, die „Internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Jugendorganisationen.“

Der Gedanke zu ihrer Gründung ging gleichzeitig aus von Lainé, Frankreich, der mit einigen ganz unbedeutenden Gruppen aus dem französischen Jugendverband, dessen überwältigende Mehrheit sich für den Anschluß an die Kommunistische Jugendinternationale erklärte, ausschied, und von dem Verband der Sozialistischen Arbeiterjugend Oesterreichs, der, weil er während des Krieges seine internationalen Pflichten versäumte, zur Gründungskonferenz in Berlin nicht eingeladen worden war und später, weil er Programm und Richtlinien der Kommunistischen Jugendinternationale nicht anerkennen wollte, natürlich auch nicht aufgenommen wurde. In der stillen Hoffnung, daß sich eventuell auch einige der Kommunistischen Jugendinternationale angehörenden Verbände der neuen Jugendinternationale anschließen würden, ergingen auch an diese Einladungen zu der im Anschluß an die in Wien tagende Konferenz der zentristischen Parteien einberufenen Konferenz. Sie tagte vom 26. bis 28. Februar 1921 gleichfalls in Wien. Die Vertreter der kommunistischen Jugendverbände, die fast vollständig erschienen waren, hatten natürlich auf Grund ihrer Mitgliederzahl die meisten Stimmen. So kam es, daß auf dieser, von den zentristischen Jugendorganisationen einberufenen Tagung, nach heftiger grundsätzlicher Auseinandersetzung, in der die Zersplitterungsversuche der Zentristen und ihre wahre Auffassung über die Internationale entlarvt wurden, mit großer Stimmenmehrheit eine Resolution gegen die Zersplitterung der Jugendinternationale und gegen die zu gleicher Zeit tagende Konferenz der zentristischen Parteien zur Annahme gelangte. Darauf verließen die Vertreter der sozialistischen Verbände das Lokal und tagten an einem anderen Orte weiter. Dort wurde dann das neue Kind, das die Zersplitterung der Jugendbewegung, die bis dahin nur in einigen Ländern bestand, international vollbringen sollte, unter tatkräftiger Mithilfe Karl Kautskys zur Welt gebracht. Die „Internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Jugendorganisationen“, gezeugt von den Spaltern der nationalen Verbände, trippelte in die Welt, um sie zu erobern.

II.

Auf der Gründungskonferenz waren vertreten sieben Organisationen mit zusammen (nach den

eigenen Angaben der Vertreter!) etwa 60 000 Mitgliedern. Von diesen sieben Verbänden sind tatsächlich nur drei, die — ohne daß man sie zu überschätzen braucht — tatsächlich einige Bedeutung haben: Verband der sozialistischen Arbeiterjugend Oesterreichs, Sozialistische Proletarierjugend Deutschlands und der Verband der sozialdemokratischen Arbeiterjugend der Tschechoslowakei. Die übrigen sind kleine unbedeutende Gruppen, die keine Entwicklungsmöglichkeiten haben, ganz besonders dann nicht, wenn die ihnen gegenüberstehenden kommunistischen Jugendverbände tatsächlich ihren Aufgaben gerecht werden.

Der österreichische Verband umfaßt heute (nach seinen Angaben) 30 000 Mitglieder, ist also für österreichische Verhältnisse schon eine große Organisation. Er besteht noch aus der Zeit vor dem Kriege, wo er auch der „Internationalen Verbindung sozialistischer Jugendorganisationen“ angehörte. Das hinderte freilich nicht, daß die Auffassungen seiner Führer über die Jugendinternationale recht merkwürdige waren und daß sie während des Krieges ihre internationalen Pflichten einfach verleugneten. Wie im benachbarten Deutschland die Führer der „Arbeiterjugend“, so waren auch die seinigen völlig patriotisch geworden und hatten das A. B. C. des Sozialismus vergessen. Die dagegen im Verband aufkeimende Opposition der Mitglieder wurde nach langem Kampfe unschädlich gemacht, indem man sie ausschloß. Seine internationalen Pflichten „erfüllte“ der Verband dadurch, daß er die Verbreitung der „Jugendinternationale“, der internationalen Aufrufe, die Teilnahme am Internationalen Jugendtag etc. verweigerte und hintertrieb. Das alles deckte man mit dem dafür in allen Ländern gebräuchlichen Satz: „Die Jugend soll sich nicht mit Parteipolitik befassen“. In Wirklichkeit war natürlich das Treiben der Führer ganz offene Stellungnahme für die Parteipolitik der Rechten. Die Jugend sollte sich nur nicht mit den Grundsätzen der Linken bekannt machen.

Es war eine Selbstverständlichkeit, daß dieser Verband, der so offen gegen alle proletarischen Pflichten verstoßen hatte, nicht zur Gründungskonferenz der Jugendinternationale hinzugezogen wurde, ehe er nicht in sich selbst durch eine gründliche Reinigung und Umstellung gezeigt hatte, daß er ernsthaft gewillt sei, die aus der vergangenen Epoche übernommenen Auffassungen über die Internationale zu revidieren. So blieb er außerhalb unserer Reihen. Die Opposition in seiner Mitte war nur schwach. Infolge zum Teil ungeschickter Taktik gelang es dieser nicht, die Masse der Jugendlichen für die Kommunistische Jugendinternationale zu gewinnen. Sie löste sich dann vorzeitig los, ohne einen nennenswerten Erfolg verzeichnen zu können: Die Leitung des

Verbandes selbst schwankte eine Zeitlang. Erst als sie sah, daß die Kommunistische Jugendinternationale unbedingte Unterordnung unter die internationalen Beschlüsse und ein offenes Bekenntnis zu ihrem Programm forderte, wandte sie sich ab und unternahm die Versuche zur Gründung einer eigenen Internationale.

Der zweitstärkste Verband, die „Sozialistische Proletarierjugend Deutschlands“, zählt nach seinen Angaben 16 000 Mitglieder. Er hat eine sehr bewegte Vergangenheit. Während des Krieges löste sich in der sozialpatriotisch geführten „Arbeiterjugend“ Deutschlands die auf dem Boden der Jugendinternationale stehende Opposition los. Anfänglich konnte sie nur lose zusammengefaßt werden; erst mit Ende des Krieges begann der Ausbau einer festen Organisation unter dem Namen „Freie Sozialistische Jugend Deutschlands“. Mit den offen zutage tretenden Differenzen innerhalb der Unabhängigen Sozialdemokratie, die dazu führten, daß der Spartakusbund aus ihren Reihen ausschied und sich als Kommunistische Partei Deutschlands konstituierte, begannen sich auch in der „Freien sozialistischen Jugend“ die grundsätzlichen Differenzen zu zeigen. Der junge Jugendverband, der während des Kriegs schon die beste Stütze des Spartakusbundes gewesen war, stand in seiner Mehrheit hinter der neuen Partei. Seine tätigsten Mitglieder gehörten ihr als aktive Mitglieder an. Das blieb natürlich den Führern der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nicht verborgen. Sie wurden um ihren Nachwuchs besorgt und begannen dann fieberhaft zu arbeiten, um die Jugend zurückzuerobern. Zunächst gab man eine Zeitung für die Jugend heraus, um in den Reihen der Jugend selbst gegen die kommunistisch redigierte „Junge Garde“ wirken zu können. Dann wurden die verschiedenen aus der Jugendbewegung hervorgegangenen Mitglieder der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei mobilisiert, Broschüren geschrieben etc. etc. In den Reihen der Jugendlichen, die sich energisch dagegen wehrten, setzten infolge dieser hinterhältigen Tätigkeit heftige Auseinandersetzungen ein, die jede Wirkung der Bewegung unter den breiten Massen unmöglich machten. Die Leitung des Verbandes sah ein, daß das so nicht länger weiter gehen konnte, sollte nicht der ganze Verband zu Grunde gehen.

Auf der Weimarer Konferenz 1919 wurde die Entscheidung gefällt. Die Tagung nahm mit großer Mehrheit Richtlinien an, in denen der Jugendverband der Kommunistischen Partei restlose Waffenbrüderschaft gelobte und versprach, für sie und gegen die Verräter des Proletariats zu kämpfen. Darauf verließ die Minderheit den Tagungsort, wählte eine provisorische Leitung, die

eine Konferenz der auf dem Boden der Minderheit stehenden Jugendgruppen einberufen sollte.

Diese Konferenz tagte dann einige Monate später und gründete die „Sozialistische Proletarierjugend Deutschlands“. Die Unabhängige sozialdemokratische Partei machte dem neuen Kinde voller Freude die zum Zwecke der Spaltung geschaffene Zeitung zum Geschenk. In der neuen Organisation selbst waren die widerspruchsvollsten Elemente vereinigt: Kommunisten und Anhänger der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei, die die Jugendbewegung für parteineutral erklärten; Mitglieder der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei, die den Anschluß des Verbandes an diese Partei propagierten, — Anhänger und Gegner der Kommunistischen Internationale, — solche, die der Meinung waren, die Jugend müsse sich erst vorbereiten, dürfe sich deshalb nicht in die Kämpfe des erwachsenen Proletariats einmischen, und solche, die für die aktive Teilnahme an den Kämpfen waren.

Damit war das Schicksal dieser Bewegung schon von vornherein besiegelt. Kaum ein Jahr verging und diese Organisation zerbrach am gleichen Problem, das die Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands ihrer Mitglieder massen beraubte: an der Frage der Zugehörigkeit zur Internationale. Auf ihrer Reichskonferenz im November 1920 erklärte sich die Mehrheit der Delegierten für den bedingungslosen Anschluß an die Kommunistische Jugendinternationale. Damit war der Klärungsprozeß dieser Bewegung beendet. Der zurückbleibende Rest macht kein Hehl mehr daraus, daß er gegen die kommunistische Bewegung, gegen die Kommunistische Jugendinternationale und gegen die Auffassung der Kommunisten über die Rolle und die Aufgaben der Jugendbewegung sei. Und im Laufe der nun folgenden Wochen und Monate vollzog sich die Entwicklung der Bewegung zum Anhängsel der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Während man noch im November und in den darauffolgenden Wochen der Auseinandersetzungen den Nichtanschluß an die Kommunistische Jugendinternationale mit dem in Deutschland berühmt gewordenen Schlagwort „Parteineutralität“ begründete, erklärte man schon wenige Wochen danach, im Mai 1921 auf der Reichskonferenz in Gera, sein politisches Bekenntnis zur Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Damit war die Heuchelei der führenden Herrschenden endgültig demaskiert und bestätigt, was schon von Anfang ihrer Betriebsamkeit offenes Geheimnis war. Es schien, als sollte die neue Wendung noch einmal eine Erschütterung hervorrufen. Doch war die Opposition so wenig klar und im Grunde nur eine ethisch-pazifistische, mit etwas anarchistischer

Färbung eingestellte Richtung, die sich heute ganz gut mit der zentristischen Ideologie verträgt.

Der dritte größere Verband ist der „Verband der sozialdemokratischen Arbeiterjugend der Tschecho-Slowakei“. Er zählt nach seinen Angaben 10 000 Mitglieder und ist gleichfalls aus einem abgesplitterten Flügel des alten Verbandes gleichen Namens entstanden, der sich auf seinem Kongreß Anfang November 1920 gegen den Anschluß an die Kommunistische Jugendinternationale erklärte und, weil er sich der Verbandsdisziplin nicht fügen wollte, ausgeschlossen wurde.

Alle übrigen „Verbände“ sind unbedeutende Organisationen, die teilweise sogar nur auf dem Papier bestehen. Die neue „Internationale“ ist also eigentlich nur der Schatten einer solchen, und wenn wir uns hier mit ihr beschäftigen, so geschieht das nicht etwa, weil wir sie in irgend einer Weise überschätzen möchten, sondern weil wir die Tendenzen, die in ihr wirksam sind, gründlich kennen lernen müssen, um sie desto nachdrücklicher aus den Reihen des Jungproletariats und damit aus den Reihen der Arbeiterbewegung verbannen zu können. Ein Blick auf ihre Zusammensetzung zeigt, daß das gar nicht so leicht ist, denn sie ist außerordentlich widerspruchsvoll und enthält so vielerlei Schattierungen, von der bürgerlich-revolutionären bis zur sozialpatriotischen Jugend, und wieder solche, die wir bei unseren ganz „linken“ Freunden, der Kommunistischen Arbeiterjugend, den Anarchisten etc., finden können.

An sich ist das natürlich begreiflich. Die Jugendlichen stehen in einem Prozeß stetiger und stürmischer Entwicklung. Ihre Unfertigkeit läßt zunächst nicht zu, daß sie über den Problemen, die innerhalb der Arbeiterbewegung umstritten werden, zu stehen vermögen. Sie werden von ihnen gepackt und tiefinnerst aufgewühlt und ihre Entscheidung ist mehr vom Gefühl als vom klaren Abwägen diktiert. Umso notwendiger ist aber eben darum eine klare, feste Führung der Bewegung, sind klare eindeutige Richtlinien und Grundsätze, die dem Jugendlichen in jedem Augenblicke Richtungspunkt sein können.

Eine Betrachtung lehrt uns, daß die neue „Internationale“ weit davon entfernt ist, einheitlich zu sein. Nicht nur, daß die einzelnen Verbände innerlich sehr widerspruchsvolle Elemente beherbergen, sie bilden auch untereinander im internationalen Rahmen alles andere als eine einheitliche Front. Das kam besonders zum Ausdruck auf der Gründungskonferenz in Wien, wo der Vertreter des deutschen Verbandes die Erziehung der Jugendlichen zu proletarischen Klassenkämpfern durch die aktive Teilnahme am

Kampf selbst in den Vordergrund gerückt zu sehen wünschte, während die österreichischen Vertreter die eigentliche Erziehung als Vorbereitung bezeichneten. Das alles ist ja eigentlich ganz selbstverständlich. Alle dort vertretenen Verbände waren gegen den Anschluß an die Kommunistische Jugendinternationale in der Hauptsache deshalb, weil sie eine einheitliche, straff zentralisierte Jugendinternationale mit einheitlicher Tätigkeit und einer mit starken Vollmachten ausgestatteten zentralen Leitung ablehnten. Sie waren also eigentlich gegen eine einheitliche Jugendinternationale; wie konnten sie dann eine solche zu schaffen fähig sein? Und darin liegt der Charakter dieser Bewegung und ihr zukünftiges Schicksal offenbar.

III.

Die Entwicklung dieser Internationale, ihre Entstehungsursachen und ihre Zusammensetzung, sowie der Entwicklungsgang der ihr angeschlossenen Nationalverbände charakterisieren sie als Ganzes deutlich als im Interesse der zentristischen Parteien geschaffen. Noch klarer enthüllt sich das in dem auf der Gründungskonferenz geschaffenen Programm und den Richtlinien. Sie atmen den Geist der Halbheit, der diese Parteien seit ihrem Bestehen in so hohem Maße auszeichnet, und treiben mit dem Marxismus Schindluder, um die Unfähigkeit und das Dilettantentum ihrer Erzeuger zu „begründen“.

Welches sind die Grundgedanken dieses Programms? Der Weltkrieg hat die Weltwirtschaft zerstört, aber gleichzeitig die Weltrevolution geboren. In Rußland hat das Proletariat die Alleinherrschaft errichten können. In den übrigen im Kriege unterlegenen Ländern konnte es seinen Einfluß verstärken. Der Wille zur Alleinherrschaft war auch bei ihm vorhanden. Da sich aber in den Siegerstaaten die Macht der Bourgeoisie unverändert erhalten habe, und die unterlegenen Länder auf die Rohstoff- und Lebensmittelzufuhren aus den von den Siegerstaaten beherrschten Gebieten angewiesen seien, so würde dadurch die revolutionäre Tatkraft der Proletarier der besiegten Länder aufs empfindlichste gehemmt. Deshalb sei, neben der Abwehr der Konterrevolution im eigenen Lande, die Erweckung des revolutionären Bewußtseins der breiten Masse des Proletariats in den Siegerstaaten, wo die wirtschaftlich-objektiven Voraussetzungen für den Sozialismus gegeben seien, die Schaffung der objektiven Voraussetzung für den Fortschritt der Revolution in den besiegten Ländern und für die Entwicklung der Weltrevolution überhaupt.

Das ist so der Inhalt des ersten Teils. Sich damit an dieser Stelle ausführlich auseinander-

zusetzen, ist zwecklos, denn es ist ja nur ein Extrakt der widerspruchsvollen weltpolitischen Auffassungen der zentristischen Parteien, und die sind hier schon oft genug zerpfückt worden.

Dann heißt es weiter, daß in dieser Phase des proletarischen Befreiungskampfes es die Aufgabe der sozialistischen Jugendorganisationen und ihrer internationalen Verbindung sei, die heranwachsende Generation aller Länder mit dem Bewußtsein ihrer Lage zu erfüllen, sie kampffähig zu machen und zu schulen. „Diese wichtigste Funktion . . . erfüllen sie vor allem durch die sozialistische Erziehungs- und Bildungsarbeit . . . Vorträge, Diskussionen . . . Erörterung der politischen Tagesereignisse und aller mit dem Klassenkampf des Proletariats zusammenhängenden theoretischen und taktischen Fragen unter zweckdienlicher Berücksichtigung pädagogischer Gesichtspunkte . . .“ Außerdem sei die Teilnahme an den politischen Klassenkämpfen ein sehr wichtiges Erziehungsmittel, besonders müsse ein energischer antimilitaristischer Kampf geführt werden und ein Kampf gegen das Bestreben der herrschenden Klassen, die Jugend militaristisch zu verseuchen. Zu den Aufgaben der Bewegung gehöre ferner noch der Kampf um wirtschaftliche Verbesserung und eine ausgedehnte körperliche und sittliche Erziehung.

Dieser ganze Abschnitt zeigt so recht die Zwiespältigkeit dieser Bewegung. Es ist schon kurz skizziert worden, daß eine ihrer Sektionen besonderes Gewicht auf die Anteilnahme am Klassenkampf legte, während die übrigen die theoretische Bildung mehr betonten. Aus diesen scheinbar geringfügigen Gegensätzen heraus wurde dann das Kompromiß dieses Abschnitts geschrieben. Aber die darauf bezüglichen Gegensätze sind durchaus nicht so geringfügig. Die Erziehungsarbeit durch die „Erörterung“ und „Vorträge und Diskussionen gesellschaftswissenschaftlicher Natur“ ist noch vollständig sozialdemokratisch, während die andere Strömung, die die Anteilnahme am Kampfe als Erziehungsmittel betrachtet, schon — wenn auch zunächst noch unklar — instinktiv zu den neuen Methoden der kommunistischen Erziehung drängt, die in den Thesen des 2. Kongresses der Kommunistischen Jugendinternationale gänzlich neu festgelegt wurden. — Sehr lustig mutet es an, wenn in diesem Abschnitt gesagt wird, daß die taktischen Probleme „erörtert“ werden sollen. Die Jugendlichen sollen „erörtern“, aber ja nicht Stellung nehmen. Auf welche Weise und bei welcher Kampfgruppe des Proletariats dann die Teilnahme am Kampfe, die doch, nach dem Programm, ein so wichtiges Erziehungsmittel ist, ge-

schehen soll, verschweigt das Programm schamhaft, obgleich es natürlich nicht zweifelhaft ist.

So unklar wie die Erziehungsarbeit umrissen ist, so unklar ist auch die grundsätzliche Auffassung über den wirtschaftlichen Kampf und über den Antimilitarismus. Beide erscheinen im Programm nur als negative Abwehrmittel mit allerlei Einschränkungen gegen den jetzigen Zustand. Von einer klaren Perspektive über die Bedeutung der Jugendlichen bei der zukünftigen Wirtschaftsgestaltung, von dem künftig notwendigen Anteil der Jugendorganisationen an der wirtschaftlichen Erziehung, für die der heutige wirtschaftliche Kampf mit einer Vorbereitung ist, ist so wenig — und sei es auch nur eine Ahnung — zu finden, wie von einer grundsätzlichen klaren Auffassung über die Stellung dieser Bewegung zum Militarismus als Gesamtkomplex. Das Programm spricht nur in zwei Zeilen vom bürgerlichen Militarismus. Welche Stellung man zur Frage der proletarischen Armee einnimmt, wird gleichfalls schamhaft verschwiegen. Umso mehr spricht man natürlich in allgemeinen, schönen Worten von „Kultur“, „neuer Generation, die frei von den Fehlern der bürgerlichen Welt . . .“, und anderen Dingen, die uns so bekannt entgegenklingen; denn wir hören sie täglich — allerdings noch etwas aufdringlicher — auf der Seite der sozialpatriotischen Jugendverbände.

Ueberhaupt zeichnet sich das gesamte Programm, auch in seinem folgenden Teil, mehr durch das aus, was es verschweigt, als was es ausspricht. In dem Abschnitt „Stellung zu den Parteien“ wird eine lange geheimnisvolle Erklärung aller derjenigen Momente gegeben, die nach der Meinung der Verfasser das Verhältnis zwischen Jugendorganisation und Partei eines Landes bestimmen sollen. Am Ende wird aber die unbedingte Selbständigkeit betont. Zu welcher Partei der Jugendverband nun überhaupt ein Verhältnis haben soll, das bleibt Geheimnis, weil man sich immer noch scheut, die Wahrheit einzugestehen.

Das entscheidendste Kapitel ist aber der Abschnitt über die Internationale. Da heißt es: Weil die sozialistische Jugendorganisation heute vorwiegend Erziehungsgemeinschaft sei, und weil die Situation in den einzelnen Ländern verschiedene Methoden nötig mache, deshalb könne eine Jugendinternationale nicht bestimmen, zu welcher „taktischen (!) Richtung des Sozialismus“ sich die Jugendverbände bekennen sollen. Ebenso wenig könne eine Internationale darüber entscheiden, welche Methoden und Maßnahmen in den einzelnen Ländern angewendet und durchgeführt werden sollten. Das könne nur der Landesverband selbst und dürfe außerdem nicht

vom Gesichtspunkte der „Parteidoktrin“ (!) aus beurteilt werden. Dann wird erklärt, die Kommunistische Jugendinternationale rücke einseitig die „parteipolitische“ (!) Seite der Jugendbewegung in den Vordergrund und vernachlässige in höchstem Maße die „sozialistisch-pädagogischen“ Aufgaben. Später bekommt die rechtssozialistische Jugendbewegung einige sanfte Ermahnungen. Zum Schlusse aber folgt der Schlager: „... in einer Vereinigung dieser beiden Flügel der proletarischen Jugendbewegung sehen wir unser eigentliches Ziel.“

Auf welcher Grundlage diese Einigung geschehen soll, darüber besteht ja nun wohl kein Zweifel, nachdem man die Entwicklungstendenzen dieser Bewegung, ihre Zusammensetzung und ihr Programm studiert hat. Autonomie der Verbände, keine Festlegung auf eine „bestimmte taktische Richtung“ der Arbeiterbewegung und im übrigen der alte gemächliche Trott wie vor dem Kriege, so sieht das Idealbild einer Internationale aus, das die Thaller, Paul, Schröter und Lainé erschnen. Und dieses Idealbild in die Wirklichkeit dieser nackten Erde herabgeholt, sieht so aus: Autonomie der Verbände, keine Erfüllung internationaler Pflichten — Zerfallen der Internationale bei der ersten großen geschichtlichen Anforderung, wie der einst 1914. „Keine Festlegung auf eine bestimmte taktische Richtung innerhalb der Arbeiterbewegung“, daß ist wohl der interessanteste Satz im ganzen Programm. Mit einem Federstrich erklärt er die gewaltigen grundsätzlichen Differenzen innerhalb der Arbeiterbewegung in der Auffassung über den proletarischen Klassenkampf für taktische Differenzen. Dann ist allerdings die Vorstellung begreiflich, daß eine Vereinigung der verschiedenen Richtungen innerhalb der Arbeiterbewegung erfolgen könne durch Vereinbarung der Organisationsspitzen, eventuell durch Abschluß eines Vertrages. Unbegreiflich bleibt nur, weshalb unsere Freunde aus der „Internationalen Arbeitsgemeinschaft“ dann überhaupt ein neues Programm aufgestellt haben. Das Programm enthält ja bekanntlich immer die Grundsätze einer Bewegung. Da die Trennungsmomente nur taktisch sind, so wäre doch eigentlich ein neues Programm ganz unnötig gewesen. Aber dem ist ja nicht so, und deshalb schufen sie sich auf ihrer Gründungskonferenz ein Programm, überließen allerdings die Befolgung desselben dem Ermessen der Verbände. Das angenommene Statut stellt den Verbänden ausdrücklich anheim, alle Beschlüsse „je nach der Lage und den Mitteln durchzuführen.“

IV.

So zeigt sich diese Bewegung auch in ihrem Programm, genau wie ihr Gegenstück in den Reihen des erwachsenen Proletariats, als eine Bewegung voller Widersprüche und Halbheiten. Geschaffen, um die aufsteigende Entwicklung der Kommunistischen Jugendinternationale, die zu einer Gefahr für die zentristischen Parteien wurde, aufzuhalten und um diesen Parteien einen genügenden Nachwuchs zu sichern, wird sie versuchen, sich den in sie gesetzten Hoffnungen würdig zu erweisen. Für die Kommunistische Gesamtbewegung erwächst damit die Pflicht, aufmerksam ihre Entwicklung zu verfolgen, zu verhindern, daß sie ihr bisheriges Rekrutierungsgebiet verbreitert, und alles zu tun, um ihr dort, wo sie schon existiert, den Boden abzugraben. Das geschieht am besten durch die rückhaltlose Stärkung der eigenen Jugendorganisationen, ihre genügende Unterstützung bei allen Kampagnen, die sie gegen die Zersplitterung der einheitlichen Jugendbewegung führt.

Es ist ganz klar, gänzlich beseitigen werden wir diese Bewegung nicht mehr, solange zentristische Parteien bestehen, denn jede Partei sorgt um ihren Nachwuchs, und in jeder existieren Menschen, die nicht so recht an der nüchternen, praktischen täglichen Parteilinie mittun mögen, und die dann in einer zur Partei gehörenden Jugendbewegung schaffen und leiten, ganz gleich, ob sie Wurzel faßt, sich genügend verbreitert oder nicht.

Aber eine Entwicklungslinie läßt sich für die der Internationalen Arbeitsgemeinschaft angeschlossenen Organisationen schon jetzt vorausbestimmen, das ist ihre Verschmelzung mit der rechtssozialistischen „Arbeiterjugendinternationale“. Nach dieser Richtung wird der im Programm mit so großem Pathos verkündete Satz wohl Erfolg haben. Denn auf der Basis der Autonomie werden die dort organisierten Verbände bereit sein, alle revolutionären Verzerrungen des Programms, die zur Uebertölpelung der breiten Massen der Jugendlichen geschrieben wurden, mit in Kauf zu nehmen. Und um der Einigkeit willen werden jene gern bereit sein, auch noch die Scheu abzustreifen, die Scheu vor dem Zorn der ehrlichen Jugendlichen in ihren Reihen, die sie heute noch daran hindert, einen offenen Pakt mit denen abzuschließen, die während des Krieges durch ihre Presse und durch Vorträge dem Militarismus Freiwillige zutrieben, die dem Kapitalismus Zuhälterdienste leisteten und die heute noch bereit sind, ähnliches, wenn auch unter vorsichtigeren Formen zu tun.

Die Kommunisten aber, junge und alte, müssen dafür sorgen, daß dieser Entwicklungsprozeß, der die revolutionären Masken endgültig herunterreißt, unter den Jugendlichen wie unter den Erwachsenen, beschleunigt wird. Gerade in dieser Richtung muß es sich zeigen, wie weit Partei und

Jugendverband fähig sind, gemeinsam zu arbeiten, sich gegenseitig zu unterstützen und gemeinsam den Feind zu schlagen. Die Front ist einheitlich, und sie ist die nächste Front, weil sie die Front in unserem Rücken ist.

Otto Unger.

Ueber die Tätigkeit des Internationalen Frauensekretariats.

Im Zusammenhang mit der neuen Bedrohung Sowjetrußlands durch die imperialistischen Staaten rückte die Frage nach der Festigung der Macht und der Erweiterung der Einflußsphäre der Kommunistischen Internationale in den Vordergrund. Die Politik der bürgerlichen Mächte wird Sowjetrußland gegenüber um so vorsichtiger sein, je größer das Mitgefühl und die moralische Unterstützung sein werden, die die Kommunistische Internationale erhält. Aber damit die Kommunistische Internationale zum faktischen Leiter des Gedankens und des Willens des Weltproletariats wird, muß eine planmäßige, im weiten Maßstabe organische Arbeit nicht nur unter dem männlichen Teil des Proletariats, sondern auch unter den Arbeiterinnen einsetzen. Diese Aufgabe erfüllt das Internationale Frauen-Sekretariat (I. F.-S.) der Kommunistischen Internationale. Der Jahrhunderte alten Passivität, Ergebenheit und Demut der Frauen ein Ende zu machen, ihre selbständige Tätigkeit, den Glauben an die eigenen Kräfte und ihre revolutionäre Aktivität zu wecken, die Arbeiterinnen in die geschlossenen Reihen des Weltproletariats einzugliedern, das ist das Ziel des I. F.-S.

Obwohl das I. F.-S. schon über ein Jahr besteht (seit Oktober 1920), ist seine Tätigkeit doch erst nach dem II. Internationalen Frauen-Kongreß, der im Juni dieses Jahres stattfand, wirklich planmäßig geworden.

Das I. F.-S. setzt sich aus 6 Sekretärinnen zusammen: Zetkin und Sturm (Deutschland), Colliar (Frankreich) und drei der Exekutive der Kommunistischen Internationale in Rußland angehörende Sekretärinnen — Kollontay, Lilina, Kasparowa; eins der Mitglieder des Sekretariats — Kollontay — ist gleichzeitig Mitglied der Exekutive.

Die Arbeit ist folgendermaßen unter die Sekretäre verteilt: Instruktion und Leitung der Arbeit in Zentral-Europa übernehmen die Genossinnen in Deutschland, den Osten leitet Genossin Kasp-

rowa, die Länder des nördlichen Europas, England, Rußland und Amerika — Kollontay und Lilina.

Die Leitung der Agitationsarbeit unter den Arbeiterinnen der roten Gewerkschaftsverbände und die Aufrechterhaltung der Beziehungen zwischen der Gewerkschaftsinternationale und dem I. F.-S. wird einem Delegierten des Sekretariats übertragen.

Die grundlegende Arbeit des I. F.-S. besteht in der Leitung und Instruktion der Frauenabteilung der verschiedenen Länder, in der Durchführung politischer und sonstiger Kampfkaktionen der Kommunistischen Internationale im Weltmaßstabe unter Heranziehung breiter Frauenmassen, in der Festigung des Kontaktes zwischen den Arbeiterinnen aller Länder des Ostens und Westens, in der Durchführung einer mündlichen und schriftlichen Propaganda unter der arbeitenden weiblichen Bevölkerung.

Die laufende Arbeit in derselben Richtung, die bereits im vorigen Jahre eingeschlagen wurde, weiter fortführend, machte sich das neugebildete Sekretariat an die Erweiterung seiner Tätigkeit auf den verschiedensten Gebieten zur Aufgabe. Ausgehend von der Einsicht, daß die Arbeit des Sekretariats nur dann fruchtbare Ergebnisse zeitigen wird, wenn es über die Lage der arbeitenden Frauen eines jeden Landes auf das beste informiert ist, und in der Ueberzeugung, daß der Kampf um eine wirkliche und allseitige Entsklavung der Frauen von dem allgemeinen Kampfziel des Weltproletariats nicht getrennt geführt werden kann, faßte das I. F.-S. den Beschluß, eine besondere Kommission für die Prüfung der ökonomischen und rechtlichen Lage der Frauen aller Länder, sowohl des Westens als auch des Ostens, einzusetzen. Die Kommission hat in Moskau schon mit der Sammlung des notwendigen Materials begonnen. Zu den Aufgaben der Kommission gehört die Schaffung einer fundamentalen

Bibliothek über die Lage und Bewegung der Arbeiterinnen, Ausarbeitung grundlegender und populärer Literaturlisten usw.

Die Hauptaufgabe des I. F.-S. ist gegenwärtig die Organisation der Kräfte des internationalen Frauenproletariats und deren Konzentration in zwei Richtungen: zum Zweck der Hilfeleistung an der hungernden Bevölkerung Rußlands, in erster Linie den Kindern und nährenden Müttern, und zweitens zum Zweck der Organisation eines Arbeiterinnenprotestes gegen die neue Intervention der bürgerlichen Mächte, gegen einen neuen Feldzug gegen Sowjetrußland.

Der Hunger ist eine den Proletariern aller Länder bekannte Erscheinung; er ist die ständige Not des Arbeitsvolkes. Daher weckt das Hungern der Kinder und Mütter in Sowjetrußland nicht nur ein unwillkürliches Mitgefühl des Proletariats, sondern auch lebhaften Widerhall und ein Gefühl der Solidarität. Gerade um diese Frage der Hilfeleistung lassen sich die mit Sowjetrußland sympathisierenden Kräfte der Arbeiterinnen am leichtesten gruppieren. Durch seine Berliner Abteilung wandte sich das I. F.-S. bereits im August mit einem Aufruf an die Arbeiterinnen der ganzen Welt, indem eine planmäßige große Hilfsaktion für die Organisation der internationalen Hilfe enthalten war. In einer ganzen Reihe von Ländern führen die Kommunistinnen auf diesem Gebiete eine sehr energische Arbeit durch. So sind z. B. die Genossinnen der Kommunistischen Partei Schwedens mit Moskau in Beziehung getreten, um die Verpflegung eines Kinderheims für Kinder der hungernden Gouvernements und die damit verbundene Arbeit zu übernehmen. Die Frauensektion Deutschlands veranstaltet Sammlungen, Vortragsabende usw. zugunsten der Hungernden. Die gesamte Arbeit der Hilfsaktion des I. F.-S. wird im engen Kontakt mit der Kommission der Exekutive und mit der Zentralkommission des Allrussischen Zentralkomitees durchgeführt. Genossin Kasparowa ist Mitglied der Moskauer Kommission der Exekutive der K. I. An der Spitze der Zentralkommission steht Genossin Zetkin.

Als Ergänzung zu den von der Kommunistischen Internationale auf dem Gebiete der Hungerhilfsaktion geplanten Maßnahmen — Spenden des eintägigen Arbeitslohns, Arbeiteranleihe usw. — hat das I. F.-S. die Durchführung von rein praktischen Maßnahmen in Aussicht genommen, im Hinblick darauf, daß es die größte Sorge der Arbeiterinnen aller Länder sein muß, das Leben der Kinder einer Sowjetrepublik zu erhalten und den Bauern- und Arbeitermüttern die Qualen des Hungers zu ersparen.

Das I. F.-S. erklärte sich entschieden gegen die Evakuierung von Kindern in bürgerliche Länder, es

hält eine solche Maßnahme für unzweckmäßig, sowohl vom technischen als auch vom pädagogischen und politischen Gesichtspunkte aus. Statt dessen schlägt das I. F.-S. vor, daß die Frauensektionen aller Länder die Verpflegung von ganzen Gouvernements, oder wenigstens einer bestimmten Anzahl von Kinderheimen, Kostanstalten, Kinderkrippen usw. übernehmen. Wenn die Arbeiterinnen Frankreichs, Englands, Schwedens oder eines anderen Landes wissen werden, daß die Kinderheime eines bestimmten Gouvernements mit so und soviel Kindern von ihnen verpflegt werden, daß die Linderung der Leiden der Kinder von ihrer Energie abhängt, so werden sie sich natürlich die größte Mühe geben, um diese Heime zu erhalten.

Ein von schwedischen Arbeiterinnen verpflegtes Kinderheim, ein Heim für Mütter, das von den Arbeiterinnen Frankreichs oder Deutschlands versorgt wird, eine durch die Energie der amerikanischen oder englischen Proletarierinnen geschaffene Speiseanstalt — werden überdies eine ungeheure agitatorische Bedeutung haben, werden lebendige Beziehungen zwischen Arbeiterinnen bürgerlicher Länder und Rußlands entstehen lassen, gleichzeitig aber auch den Zustrom von Spenden nach Rußland vergrößern. Dieses Beginnen wird zweifellos gelingen, wenn das I. F.-S. eine regelmäßige und genaue Information der von ausländischen Frauensektionen verpflegten Einrichtungen führen werden und wenn die Kommunistinnen des Auslandes ihre Vertreterinnen nach Rußland entsenden, damit sie selbst sehen, womit und auf welche Weise man den Kindern und Müttern des werktätigen Rußland helfen kann.

Die zweite von dem I. F.-S. auf diesem Gebiete in Aussicht genommene Maßnahme ist eine internationale Organisation der Kinder unter der Parole: „Kinder — den Kindern“. Ein solcher Feldzug läge im Interesse des Kommunismus, denn einerseits wird dadurch die Initiative der proletarischen Kinder, andererseits das Gefühl der internationalen Brüderlichkeit geweckt. Es wäre z. B. sehr leicht durchzuführen, daß die Kinder in ihrer eigenen Mitte Sammlungen von Gegenständen veranstalteten, auch von solchen, die schon im Gebrauch waren: Bleistifte, Federn, Hefte usw. Damit würde der Zufluß dieser für den Schulgebrauch so notwendigen Gegenstände vergrößert werden, andererseits das Bewußtsein in der kameradschaftlichen Zusammengehörigkeit und internationalen Solidarität geweckt werden.

Dasselbe Ziel verfolgt auch die von dem I. F.-S. empfohlene Organisation von Arbeiterinnen-Sonnabenden, an denen aus getragenen Kleidern der Erwachsenen Kinderbekleidung genäht werden soll.

Gleichzeitig mit der Organisation der Hilfsaktion für die Hungernden nimmt das I. F.-S. auch die Durchführung einer Protestkundgebung seitens der Arbeiterinnen aller Länder gegen die Intervention auf.

Auch eine andere äußerst wichtige Aufgabe steht vor dem I. F.-S.: Ausarbeitung der Maßnahmen für den Kampf gegen die in allen Ländern wachsende Arbeitslosigkeit, die vor allen Dingen auf die Schultern der Arbeiterinnen fällt. Die Lösung dieser Frage ist höchst dringend und fordert die ernsthafteste Behandlung seitens des Sekretariats.

Die laufende Propaganda der kommunistischen Ideen unter den breiten Schichten der arbeitenden Frauen führt das I. F.-S. mittels der periodischen Zeitschrift „Die Frauen-Internationale“ durch, die von April an in Berlin in deutscher Sprache erscheinen wird.

In nächster Zeit werden das von dem I. F.-S. in vier Sprachen übersetzte Protokoll des II. Kommunistinnen-Kongresses und eine Reihe von Flugschriften erscheinen, die mit den auf dem Kongreß erörterten Fragen in Zusammenhang stehen (über den Schutz der Frauenarbeit, Mutterschutz, soziale Erziehung usw.).

Die Belebung der Tätigkeit des I. F.-S. kommt auch in jenem Kontakt zum Ausdruck, der zwischen dem Moskauer Teil des Sekretariats und den Arbeiterinnen des Ostens sich anzubahnen beginnt. Zwecks Festigung dieses Kontaktes entsandte das Sekretariat einen besonderen Delegierten nach dem Osten.

Im nahen Osten wird der erste Internationale Frauen-Kongreß der östlichen Völker vorbereitet.

Im Hinblick auf die Ausbreitung der Tätigkeit des I. F.-S., verglichen mit seiner Arbeit in dem ersten Monat seines Bestehens, läßt sich mit Befriedigung feststellen, daß die Kommunistische Internationale in diesem Jahre in der Masse des Frauenproletariats tiefe und dauerhafte Wurzeln gefaßt hat.

Die Arbeit der kommunistischen Parteien unter den Frauen wird nach dem II. Internationalen Kongreß immer lebhafter, und die Annahme ist durchaus begründet, daß die Wirksamkeit des I. F.-S. der Kommunistischen Internationale helfen wird, unter dem weiblichen Proletariat aller Länder aktive Verteidigerinnen und Anhängerinnen der großen Aufgabe der Befreiung der Arbeiter für die Kommunistische Internationale zu gewinnen.

A. Kollontay.

Bibliographischer Teil.

Zur Einführung.

Schon früher wurde in den Zeitschriften im Anschluß an frühere Veröffentlichungen (Drahn: „Führer durch das Schrifttum des deutschen Sozialismus“ u. a.) eine monatlich fortgesetzte „Bibliographie des Sozialismus und Kommunismus“ geboten, die über Kreise der engeren Parteigenossen hinaus sich größter Beachtung bis hinein in die bürgerliche Gelehrtenwelt zu erfreuen hatte. Diese systematische Arbeit wird nun in unserer Zeitschrift ihre Fortsetzung finden. In gesonderten Abschnitten werden monatlich die „Parteiliteratur“, die der sozialistischen Parteien und Gewerkschaften, der K. A. P., des Anarchismus und die uns interessierenden Neuerscheinungen des bürgerlichen Buchhandels unter besonderer Berücksichtigung des „Antibolschewismus“ aufgezeichnet werden. Daran anschließend werden Besprechungen besonders interessierender Werke aus allen Parteilagern breiten Raum finden, Einzelne Gebiete der Literatur werden in zusammenfassenden Aufsätzen Behandlung finden, auch wird biographischen Forschungen Gelegenheit zur Veröffentlichung geboten werden. Am Schluß des Teiles werden jeweilig kurze Notizen aus dem Buchwesen gebracht werden. Um diesen Plan zur Ausführung zu bringen, bedarf es der Mitarbeit der Parteigenossen in allen Kulturländern. Nicht nur

die Verleger mögen deshalb durch Mitteilung von Neuerscheinungen die Redaktion unterstützen, sondern auch alle, die im Rahmen unseres Programms kurze Besprechungen, Notizen usw. zu bieten haben, wollen willkommene Mitarbeit leisten.

Hegels

Philosophie der Geschichte.
(Georg Lasson: *Hegel als Geschichtsphilosoph.* Leipzig, Verlag Felix Meiner, 1920, VI, 180 S.)

Als Veranstalter einer Neuausgabe Hegelscher Werke hat sich Georg Lasson den Ruf eines gründlichen und exakten Kenners der Hegelschen Philosophie erworben, und seine Verdienste um die Belebung des allgemeinen Interesses für die Hegelsche Philosophie sind in der Tat unbestreitbar. Nunmehr läßt er eine separate Abhandlung über Hegel als Geschichtsphilosophen erscheinen, die als Einleitung zu dessen „Vorlesungen über die Philosophie der Weltgeschichte“ gedacht ist. Die Vorlesungen selbst,

deren erster Band bereits vorliegt, erwarteten schon längst eine Neuauflage. Die Gestaltung, die ihnen Michelet gab, der sie nach alten Kollegienheften verschiedener Provenienz zusammenstellte, ließ manches zu wünschen übrig, und so blieb gerade derjenige Teil Hegels geistiger Erbschaft, der wohl als der bei weitem Wertvollste bezeichnet werden muß, in sozusagen rumpfhafem Zustande. Die Lassonsche Neuauflage schafft eine willkommene Abhilfe, und es darf mit gutem Rechte festgestellt werden, daß sie gründliche Textrevision mit muster-gültiger Zusammenstellung der überlieferten Materialien in wahrhaft Hegelschem Geiste vereinigt hat.

Anders ist es um die Lassonsche Einleitung bestellt. Sie ist ein mißglückter Versuch, Hegels Nachlaß in rein idealistischem Sinne aufzufassen und darzustellen. Ja, noch mehr: sie geht an Hegels Leistung mit einer solchen theoretischen Unbefangenheit heran, daß man mitunter anzunehmen geneigt ist, sie sei wohl vor etlichen Jahrzehnten, beileibe aber nicht vom Standpunkte eines durch die ganze nachhegelsche Entwicklung bereicherten Nachdenkens aus verfaßt worden. Gewiß wird dadurch gegen den Geist der Hegelschen Philosophie selbst schwer gesündigt. Denn Hegel, der den Ehrgeiz hatte, die ganze Gedankenarbeit seiner Zeit in Begriffe zu fassen, hätte sich nie und nimmer entschließen können, seine Philosophie in unverändertem Gewande, ohne auf die neuen Errungenschaften des Geistes und der Forschung zu achten, vorzutragen.

Das Mißlingen der Lassonschen Einleitung ist um so bedauerlicher, als er selber die Bedeutung der Geschichtsphilosophie in Hegels Gesamtsystem vollkommen zu würdigen weiß. „Die Geschichtsphilosophie hat Ausgang und Ziel seiner philosophischen Methode gebildet“, bemerkt Lasson mit Recht (S. 2), um unmittelbar darauf mit eben demselben Rechte hinzuzufügen: „Die geschichtliche Wirklichkeit ist der Gegenstand, auf den sich sein Nachdenken von Anfang an gerichtet hat. Noch ehe er daran ging, systematisch zu philosophieren, hat er sich um das Verständnis geschichtlicher Prozesse bemüht.“ Dieser Hinweis auf historische Quellen des Hegelschen Philosophierens und auf seine historische Schulung ist ungemein wertvoll. Nur zu lange litt das Verständnis der Hegelschen Philosophie unter dem verbreiteten Vorurteil, als sei sie abstraktes Schema und Kompendium methodologischer Kunstgriffe, welches die reale geschichtliche Wirklichkeit auf die leichte Achsel nehme. Die sogenannte Hegelsche Linke (Bruno und Edgar Bauer, Arnold Ruge, Ludwig Feuerbach) war an der Entstehung dieses unseligen Vorurteils fast ebenso sehr beteiligt wie der rechtsstehende Nachtrah des Meisters (Michelet, Gans, Rosenkranz). Dort, ebenso wie hier, fehlte das Verständnis für Hegels tiefgehende geschichtsphilosophische Leistung, hier, ebenso wie dort ward der Kampf in

der Hauptsache nur um die Feststellung der methodischen Prinzipien oder um die Gestaltung der philosophischen Systematik geführt, ohne daß man sich über die allgemeinen Richtungslinien der Hegelschen Philosophie — und namentlich seiner Philosophie der Geschichte — klare Rechenschaft ablegte. Erst die Zuwendung des rein philosophischen Interesses zum Sozialen und Politischen veranlaßte, daß das Augenmerk sich auch auf die geschichtsphilosophische Leistung Hegels richtete. Diese Wendung geschah bei jenem Teil der Hegelschen Linken, der durch die Feuerbachsche Philosophie und den französischen Utopismus in den sich immer mehr aufrrollenden Klassenkämpfen des bürgerlichen Zeitalters auch praktisch-eingreifend und nicht nur theoretisch-nachsinnend mitwirken wollte. Marx und Engels waren die Träger dieser Wendung, und die Abhandlung des ersteren „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“ (1844) ist gleichzeitig das Pronunziamento einer ganz eigenartigen kritischen Betrachtungsweise der Hegelschen Philosophie: von innen heraus, als das Aufheben ihrer absoluten Systematik vermittelt ihrer eigenen geschichtsphilosophischen Tendenz.

Die bürgerliche Geschichtsschreibung hat Hegels geschichtsphilosophische Bedeutung geflissentlich übersehen wollen. Das geschah nicht von ungefähr. Das Wort, welches Herzen einst über die Hegelsche Dialektik prägte: sie sei die Algebra der Revolution, und das auf Hegels Philosophie überhaupt angewendet werden kann, mag auch den Unmut der bürgerlichen Fachforschung erklären, der sich gegen das geschichtsphilosophische Werk Hegels richtete und dessen gelindeste Form eben Totschweigen war. Wenn nun Lasson heutigentags Hegels „Verständnis geschichtlicher Prozesse“ mit Nachdruck hervorhebt und die geschichtsphilosophische Seite seines Nachlasses besonders scharf beleuchten möchte, so ist dies durchaus berechtigt. Wenn überhaupt, so kann die Hegelsche Philosophie der modernen Wissenschaft in erster Linie nur als Geschichtsphilosophie entgentreten, und als solche wird sie ihren befruchtenden Einfluß wohl nie verlieren.

Allein, was Lasson selbst über diese Philosophie äußert, ist weit davon entfernt, diesen befruchtenden Einfluß zu fördern. Wir haben schon eingangs bemerkt, daß die Hegelsche Philosophie ihm in der Hauptsache ausschließlich als die idealistische Philosophie schlechthin erscheint. Indem er sie als eine solche interpretiert, behält er unversehens nur ihre zufällige Schale bei, ohne ihren lebendigen Kern zu beachten. Gewiß wird man einer Einleitung nicht grundsätzliche Polemik zumuten wollen und ihr Bestreben, sowohl die Ausdrucksweise als auch die Gedankengänge des Meisters

mit in die eigene Darstellung zu nehmen, vollauf zu würdigen wissen. Nichtsdestoweniger sollte man das Studium Hegelscher Philosophie nur vom Standpunkte der modernen Geisteswissenschaft aus unternehmen. Anderenfalls wird man nur zu leicht auf Irrwege gelangen.

Um es rund heraus zu sagen: die nachhaltige Wirkung und die Bedeutung Hegels erhellen nur dann, wenn man sein Erbe an der ganzen nachherigen Entwicklung der Geisteswissenschaften mißt. Wenn der Siegeslauf des Marxismus die gleichzeitige Wiedererweckung Hegelscher Denkrichtung bedeutete, so war das ein wichtiger Fingerzeig für die Brauchbarkeit der Hegelschen Philosophie als des Werkzeugs, das die klassische Philosophie der späteren Wissenschaft hinterließ, um deren Errungenschaften systematisch zu ordnen und zu erfassen.

Auf dem Gebiete der Historie leistete Hegel Epochemachendes und Bahnbrechendes. Als der eigentliche Schöpfer neuzeitlicher Geschichtswissenschaft, als der Förderer moderner Soziologie erwarb er sich unsterbliche Verdienste. Wenn die materialistische Geschichtsauffassung einerseits den Rationalismus der Geschichtsforschung der Restaurationsperiode (Thierry, Guizot u. a. m.) überwinden, andererseits die Grundlage zu einer exakten Gesellschaftslehre legen konnte, die alle Kinderkrankheiten des Utopismus und Positivismus (Saint-Simon, Comte, Spencer) leicht abschüttelte, so verdankt sie solches in erster Linie dem Hegelschen Geiste, aus dem sie zu einem sehr bedeutenden Grade entstanden ist. Der wissenschaftliche Sozialismus, der die Verdichtung exakter Soziologie zu philosophischer Weltanschauung bedeutet, indem er gleichzeitig die Errungenschaften sämtlicher Geisteswissenschaften in seinen Bereich mit hinübernimmt, wäre nie und nimmer ohne vorherige Hegelsche Schulung möglich, und in diesem Sinne darf man auch den Verfasser der „Phänomenologie des Geistes“ zu den Begründern der modernen geisteswissenschaftlichen Richtungen überhaupt zählen.

Seine Philosophie der Geschichte ist hierfür das überzeugendste Beispiel. Freilich darf man dabei nicht mit jener Unbeholfenheit an sie herantreten, die das Verhalten Lassons kennzeichnet. Denn leider kann man keine anderen Ausdrücke für die Behandlungsweise, die er Hegels geschichtsphilosophischen Gedankengängen angedeihen läßt, mit Berechtigung wählen. Hegels absoluter Idealismus betrachtete bekanntlich den Geist als solchen, als den eigentlichen Träger der universellen Wirklichkeit. Hier ist nicht der Ort, um die Entwicklungswege des Geistesbegriffes auseinanderzusetzen, wie sie schließlich zu der Hegelschen Formulierung führten. Allein man würde den eigentlichen Kernpunkt Hegelscher Philosophie

vollständig verfehlen, wollte man seinen Geistesbegriff demjenigen der idealistischen Philosophie überhaupt gleichsetzen. Der Begriff „Geist“ ist bei Hegel ebenso prinzipiell verschieden von dem idealistischen Geistesbegriff, wie der Begriff „Gott“ bei Spinoza von dem theologischen Gottesbegriff verschieden ist. Und ebenso wie der spinozistische „Gott“ aus dem Bereich der Theologie und des Deismus überhaupt hinausführt, wie es bereits die Enzyklopädisten sehr gut begriffen haben, — ebenso führt auch der Hegelsche „Gott“ aus dem Bereiche des Idealismus hinaus.

Lasson setzt sich mit dem Hegelschen Geistesbegriff wie folgt auseinander: „So bildet der Geist (bei Hegel), der Denken und Wille, Vernunft und Idee zugleich ist, Anfang, Mitte und Ende, Zweck und Mittel, Form und Inhalt aller Wirklichkeit.“ (S. 27.) Diese allumfassende Bedeutung, die Hegel dem Geiste einräumte, bedarf nun ihrerseits einer Klarlegung. Denn nicht ohne weiteres wird man sie gelten lassen können. Sofort drängt sich nämlich die Frage auf: in welchem Sinne und auf welche Weise kann der Geist als Zweck und Mittel, Form und Inhalt, Denken und Wille verstanden werden? Wenn die Hegelsche Philosophie nichts anderes als die Aufrollung des Geistesbegriffes darstellt, so ist sie zugleich die fortlaufende Darstellung des Geistesbegriffes in einer ganz neuen, der vorhergehenden idealistischen Philosophie völlig ungewohnten Fassung. Der absolute Geist, der die objektive Grundlage jeglichen Geschehens bildet, der sämtliche Attribute des Subjekt-Objekts umfaßt, ist eben nichts anderes als das gesetzmäßige Geschehen selbst, sofern es gesetzmäßig ist, oder, mit anderen Worten, die Gesetzmäßigkeit schlechthin. Wenn Hegel in der „Phänomenologie des Geistes“ die Erscheinungen des geistigen Lebens aus sich selbst sich entwickeln läßt und den Widerspruch von Denken und Sein in der dialektischen Bewegung der absoluten Idee auflöst, wenn er in der „Logik“ die Selbstentwicklung der Begriffe dartut, so haben wir es überall mit einer gesetzmäßigen notwendigen Entwicklung zu tun, mit einer Gesetzgebung, die allem Sein schlechthin immanent ist.

Dieser Begriff der Gesetzmäßigkeit, der auf den Begriff der Notwendigkeit zurückgeführt wird, liegt der Hegelschen Philosophie zu Grunde und ist Hegels eigentliche Tat. Erst auf diesen Begriff passen die Worte, die Lasson in Ansehung der Hegelschen Geistesbegriffe schlechthin fallen läßt: „Mit diesem Begriff ist Hegel in die philosophische Bewegung seiner Zeit hineingetreten.“ (S. 27.) Und zwar so, daß nicht der Begriff des Geistes zu

Hegels bahnbrechender Leistung gerechnet wird, sondern eben jene Aufdeckung der gesetzmäßigen Notwendigkeit als der eigentlichen Sphäre des Geistes.

Hegels Philosophie der Geschichte ist eben darum ein großartiger Gedankenwurf, weil sie den ersten Versuch darstellt, die Gesamtheit der welthistorischen Begebenheiten als einen ständigen Fluß gesetzmäßig-notwendigen Geschehens darzustellen. Um einen Ausdruck Feuerbachs anzuwenden, kann man sagen, daß sie das „Geheimnis“ der Hegelschen Philosophie aufdeckt. Die absolute Idee, die in der Phänomenologie und in der Logik ein rein-begriffliches Dasein führt, nimmt in der Geschichte ihre wahre Gestalt an, als die Notwendigkeit des Weltgeschehens. Somit bedeutet die Hegelsche Geschichtsphilosophie nichts anderes als einen genialen Versuch, die Weltgeschichte wissenschaftlich zu erfassen und ihre Gesetzgebung methodologisch darzustellen. In diesem Sinne hat sich eben in seiner Philosophie Schillers berühmter Ausspruch bewahrheitet: „Die Weltgeschichte ist ein Weltgericht“.

Was man an der Lassonschen Darstellung sehr vermißt, ist eben das Verständnis für diese innerste Tendenz Hegelscher Geschichtsphilosophie. Wenn er die Bewegung des Geistes, die sich in der Geschichte dartue, buchstäblich nimmt, so wandelt er damit in den Fußtapfen jener unmittelbar auf Hegel folgenden Generation, die — ähnlich den russischen Slawophilen — Hegels Lehre nicht dialektisch, sondern metaphysisch, nicht als eine Methode, sondern als eine festgeronnene Bestimmung aufgefaßt wissen wollte. Denn der Weltgeist, der die Weltgeschichte ausfüllt, ist eben nichts anderes als die Gesetzmäßigkeit der Weltgeschichte selbst, die sich als solche erkannt hat.

„Der Zusammenhang der Weltgeschichte — schreibt Lasson — läßt eine Entgegensetzung erkennen, die rein aus der Identität des Geistes hervorgeht und sic manifestiert. Es ist die Reihe der konkreten Volksgeister, die sich zu einer von der Idee durchwalteten Einheit zusammenschließen. Jeder dieser Volksgeister bezeichnet eine bestimmte Stufe des freien Selbstbewußtseins und ist, insofern er diese Stufe darstellt, endlicher Geist, der als natürliche Gestalt wird und vergeht, wächst, reißt und stirbt.“ (S. 83, Sperrdruck des Verfassers W. R.) Diese Vorstellung eines allgemeinen Weltgeistes, an dem die einzelnen Volksgeister teilnehmen, war in der Hegelschen Geschichtsphilosophie allerdings tief verankert. Sie bildete gleichsam den Ausgangs- und zugleich auch den Schlußpunkt seiner Betrachtung. Allein nähere Prüfung ergibt, daß jener Weltgeist, in dem sich die einzelnen Volksgeister äußern, nur das Beieinandersein eben dieser Volksgeister darstellt, so-

fern die Entwicklung von Volk zu Volk, von Nation zu Nation, von Staat zu Staat als gesetzmäßig und notwendig aufgefaßt werden soll, wird diese gesetzmäßige Notwendigkeit als absolute Idee außerhalb der Geschichte gesetzt, um dann die Geschichte als die Entwicklung dieser absoluten Idee erscheinen zu lassen. Diese Hegelsche Behandlungsweise der Weltgeschichte bedeutete einen gewaltigen Fortschritt zu einer Zeit, da die Geschichtsschreibung alle Weltbegebenheiten entweder auf Gott oder aber auf den Zufall zurückführte.

An diese grundlegende Tendenz der Hegelschen Geschichtsphilosophie knüpft nun die materialistische Geschichtsauffassung ihre Betrachtungen. Sie hatte sich zunächst mit dem Begriff des Weltgeistes auseinanderzusetzen, um darauf zu kommen, was ihre eigentliche Stärke ausmacht: auf die Idee der materiell bedingten historischen Entwicklung; wenn man nämlich die Konzeption von einer gesetzmäßigen Notwendigkeit des Weltgeschehens beibehält und die abstrakte Vorstellung eines Weltgeistes, in dem sie sich aufrolle, fallen läßt, so kommt man sozusagen von selbst zu der Einsicht, daß die historische Notwendigkeit innerhalb der Weltgeschichte bedingt sein muß. Indem die materialistische Geschichtsauffassung in der Oekonomie der Gesellschaft diese Bedingung aufgedeckt hat, hat sie den innersten Kern Hegelscher Geschichtsphilosophie fruchtbar weiter entwickelt oder, um mit Marx zu sprechen, diese Philosophie „auf die Füße gestellt“.

Wenn nun Lasson sie wieder in den Kopfstand versetzt, so bedauern wir den großen Aufwand seiner Gelehrsamkeit, der dabei schmähhch vertan wird. Was uns heutigentags an Hegel interessiert, ist seine lebendige Beziehung zu der späteren Geistesentwicklung. Hingegen müssen Versuche, die darauf hinauslaufen, seine Erbschaft wie toten Ballast unserem Wissen aufzubürden, unerbittlich abgewiesen werden.

Kennzeichnend für die Lassonsche Behandlungsweise der Geschichtsphilosophie Hegels ist sein völliges Unvermögen, die methodologische Eigenart Hegels zu fassen. Indem Hegel die Weltgeschichte als die Entwicklung der absoluten Idee auffaßt, legt er zugleich auch das entscheidende Prinzip dieser Entwicklung dar: Der Widerspruch sei das Fortleitende, sagt er. Diese Entwicklung aus dem Widerspruch, der die eigentliche Triebfeder der Weltgeschichte ausmacht, bildet das Hauptmoment in der Hegelschen Methodologie der Geschichtsforschung. Die treibende Kraft entgegengesetzter Bestimmungen, die dem gesellschaftlichen Sein innewohnen, verwickelt erst die Entwicklung des Weltgeistes. Er würde sich demnach nie äußern können außerhalb dieser widerspruchsvollen Natur des historischen Geschehens. Worin offenbart sich aber diese wider-

spruchsvolle Natur? In der Umwälzung. Indem Hegel den Begriff der Umwälzung, des Umschlagens einer Bestimmung in ihren Gegensatz, der Philosophie der Geschichte einverleiht, gibt er ihr einen sicheren Leitfaden im Labyrinth mannigfaltiger historischer Begebenheiten. Nun weiß aber Lasson mit diesem Begriff gar nichts anzufangen. Oder er versucht, ihn vielmehr aus der Hegelschen Geschichtsphilosophie geflissentlich heraus zu komplimentieren. Er tut so, als ob Hegel bestrebt gewesen wäre, den bereits stattgehabten Umwälzungen eine Erklärung zu geben, ohne zu beachten, daß Hegel im Gegenteil die Umwälzung als ein Erklärungsmittel in seine Geschichtsauffassung einfügt.

Wie schief die Lassonsche Auffassung dieses ganzen Sachverhalts ist, zeigt die nachstehende Betrachtung. „Wenn . . . gewaltsame Konflikte und zerstörende Katastrophen dem Geschichtsverlaufe so notwendig sind wie Gewitterstürme dem atmosphärischen Leben, so sind in höherem Sinne berechtigt und zukunftsreich nur solche Umwälzungen, in denen das Bewußtsein der Freiheit als Triebkraft wirkt und der Mensch in seiner Unabhängigkeit von dem sinnlichen Bedürfnisse sich als Diener eines höheren Zwecks betätigt. Das ist der Grund, weshalb bei Hegel zwar viel von Kriegen, aber nur selten von Revolutionen die Rede ist“. (S. 167. Gesperrt von mir. B. K.) Demgegenüber wäre wohl zunächst anzumerken, daß Kriege überhaupt eine öfter auftretende Erscheinungsweise der geschichtlichen Umwälzungen darstellen, so daß uns nicht wunder nehmen darf, wenn sie auch in der Hegelschen Darstellung einen breiteren Platz einnehmen als Revolutionen, die bei weitem seltener stattfinden. Das aber nur nebenbei. Viel wichtiger ist, daß Hegel Kriege nur insofern an seine Betrachtung heranzieht, als es notwendig ist, um die stoßartige Entwicklung der Weltgeschichte darzutun. In dieser Hinsicht hat Hegel also die Kriege den Revolutionen nicht nur nicht entgegengesetzt, sondern im Gegenteil sie eben als revolutionäre Entladung historischer Widersprüche betrachtet, als welche sie auch in der Tat fungieren. Wenn man vollends bedenkt, wie nahe die Napoleonische Epoche die Begriffe „Krieg“ und „Revolution“ zusammengebracht hat, so wird man die Beachtung, die Hegel den Kriegen in seiner Geschichtsphilosophie widmete, richtig einzuschätzen wissen. Er, der 1864 in sein Tagebuch die Worte setzte: „Ich habe den Weltgeist reiten gesehen“, — womit der große Korsikaner gemeint war —, hat eben die revolutionäre Bedeutung der Kriege stets im Auge behalten, wie es übrigens die ganze Generation, die die Erfahrungen von 1793 nicht umsonst gemacht hat, gleichfalls tat.

Freilich hat es damit bei Lasson eine ganz eigene Bewandnis. Ihm ist es natürlich nicht um die Erfahrungen von 1793, sondern vielmehr um jene von 1914 zu tun. Und da er von der Hegelschen Philosophie nur die Schale verstanden und nur die äußerliche Ausdrucksweise übernommen hat, so verflacht sie ihm unter der Hand plötzlich zu trivialer Parteiverbissenheit niederster Gattung. Und dann gibt er den folgenden Kundgebungen Raum: „Der Umsturz vollends, der jetzt in Begleitung d. Weltkrieges eine Reihe von Staaten bereits aufgelöst hat und andere noch mit Auflösung bedroht, wird sich je länger je mehr als ein bloßes Zwischenspiel in der ungeheuren Auseinandersetzung herausstellen, die zwischen den Weltmächten auf Erden begonnen hat. Das wahrhaft umwälzende Ereignis ist zweifellos der Weltkrieg selbst; er hat heute noch nicht einmal seine erste Phase durchlaufen, und niemand kann sagen, ob er nicht noch Jahrhunderte währen wird. Denn sein Ende wird nicht früher eintreten, als bis das Volk, dem von der Vorsehung der Beruf geworden ist, das Prinzip der wahren sittlichen Kultur in der Menschheit aller Erdteile heimisch zu machen, zu der physischen Macht und geistigen Reife erstarkt sein wird, daß ihm die Mächte nicht mehr widerstehen können, die heute noch mit ihren minderwertigen Prinzipien den Erdball zu unterjochen sich berechtigt wähnen.“ (S. 172.) Das also war des Pudels Kern! Dazu soll also die Hegelsche Geschichtsphilosophie herhalten. Nun, so billig sollte man sie immerhin nicht nehmen. Und der Fall Lasson ist wohl der beste Beweis für die Richtigkeit der alten Engelschen Behauptung, daß in dem Maße, „wie die Spekulation aus der philosophischen Studierstube auszog, um ihren Tempel zu errichten auf der Fondsbörse“, in demselben Maße auch „die offiziellen Vertreter dieser Wissenschaft (der Philosophie) zu unverhüllten Ideologen der Bourgeoisie geworden sind“. Das ist nur zu wahr. Lassons Leistung bleibt wertvoll und ernst, solange es sich um mechanische Gelehrsamkeit, gediegene Textversion handelt. Dort aber, wo er den revolutionärsten Denker der Glanzzeit des bürgerlichen Zeitalters selbständig darzustellen versucht, verwandelt er sich sofort in einen „unverhüllten Ideologen der Bourgeoisie und des bestehenden Staates“. Da aber die Bourgeoisie inzwischen dem Verwesungsprozeß anheimfiel, so öffnet sich zwischen ihren einstigen Denkern und nunmehrigen Ideologen ein immer tiefer gehender Abgrund. „Und nur bei der Arbeiterklasse besteht der deutsche theoretische Sinn unbekümmert fort. Die deutsche Arbeiterklasse ist die Erbin der deutschen klassischen Philosophie.“ In dieser Eigenschaft hat sie auch Hegels geistigen Nachlaß getreulich zu verwalten gewußt. Das Unvermögen bürgerlicher Forschung, dem großen Philosophen

auch nur beiläufiges Verständnis entgegenzubringen, wirkt angesichts dieser Tatsache umso auffälliger.

W. Rud.

P. F. Brissenden.

Die Industriearbeiter der Welt. Untersuchung des amerikanischen Syndikalismus (The study of Amerikan Syndikation). New York, 1919, 432 Seiten.

Dieses Buch ist der Geschichte der „Industriearbeiter der Welt“ (I. W. W.) gewidmet und betrachtet sie hauptsächlich von ihrer faktischen Seite aus. Der Autor stellte sich nicht die Aufgabe einer Analyse der Philosophie der I. W. W., obwohl seiner eigenen Meinung nach die Notwendigkeit dazu besteht. Obwohl der Autor von Zeit zu Zeit einzelne Tatsachen kommentiert und sehr wertvolle Bemerkungen unterlaufen läßt, so tut er dies nur nebenbei; im allgemeinen läßt der chronographische, historische Teil des Buches keinen Versuch aufkommen, alle jene Seiten der I. W. W., ideellen oder organisatorischen Charakters, die diese Bewegung zum Beispiel von dem französischen „revolutionären Syndikalismus“ spezifisch unterscheidet, hervorzuheben; ebensowenig wird versucht, die Geschichte der I. W. W. und die spezifischen Züge dieser Bewegung mit den amerikanischen sozialen Verhältnissen in causalen Zusammenhang zu bringen. Indessen hebt der Autor selbst ganz richtig jene Tatsache hervor, daß die wichtigsten Ideen dieser Bewegung amerikanischen, nicht französischen Ursprungs sind und daß die amerikanischen Tendenzen von den französischen durchaus verschieden sind, obwohl die Literatur der I. W. W. bis zu einem gewissen Grade die Phraseologie des französischen Syndikalismus übernommen hat.

Das Buch gliedert sich in 14 Kapitel, das Vorwort, das wir besonders erwähnen werden, und den Anhang mit historischen oder statistischen Tabellen und offiziellen Programmen nicht mitgerechnet; der Anhang enthält außerdem eine ausführliche Bibliographie und eine Liedersammlung. Alle Mitteilungen stützen sich ausschließlich auf Quellen. Wie der Autor selbst bemerkt, überläßt er es den Mitgliedern der I. W. W., ihre eigene Geschichte mittels Interviews, Reden, Protokollen, Kongressen, offiziellen Dokumenten und Flugschriften zu schreiben. Auch wenn der Autor in seinem analytischen Teil diese oder jene Ansicht ausspricht, so bringt er keine eigenen Beweise bei, sondern beruft sich auf die Meinung anderer, diese Frage berührende Autoren.

Mit Ausnahme des ersten, den Vorläufern der I. W. W. gewidmeten Kapitels von rein historischer

Art, bringen die nächsten Kapitel bald die Geschichte der Organisation, d. h. die Chronologie des Kampfes der Strömungen, die zu Spaltungen führten, bald vorwiegend Fragen des inneren organisatorischen Aufbaus (Kap. VI, XIII). Darauf werden wieder Fragen taktischen Charakters erörtert, wobei der Autor keine Parallelen zieht zwischen der Taktik der I. W. W. und der Taktik der Amerikanischen Arbeits-Föderation, zu deren Bekämpfung die erstere im Grunde genommen entstanden ist; er illustriert ihre spezifische Eigenart mit der Schilderung von charakteristischen Episoden aus dem Streikampfe der I. W. W. (Kap. VIII, XII).

Seinem allgemeinen Charakter nach bietet das Buch das Material, das zu einer kritischen Geschichte der I. W. W. notwendig wäre. So wertvoll dieses historische Material ist, bei dessen Auswahl der Autor die größte Gewissenhaftigkeit gezeigt hat, so wertvoll auch die kritischen Bemerkungen des Autors über einzelne Autoren und Tendenzen der Bewegung sein mögen, so füllt das Buch durchaus nicht die Lücke in der Literatur aus, die durch das Fehlen eines Werkes entsteht, das die Philosophie des amerikanischen Syndikalismus kritisch behandelt und damit das Verständnis des Syndikalismus überhaupt erleichtert. Eine solche Arbeit wäre gerade jetzt besonders notwendig, da die russische Revolution und die ihr folgende Entwicklung der kommunistischen Bewegung im internationalen Maßstabe eine ganze Reihe von Fragen aufgeworfen haben, die früher ein Gegenstand des Streites zwischen Sozialdemokraten und Syndikalisten waren. Daß die Kommunisten eine Umwertung der Werte vorgenommen haben, daß unsere Beurteilung einzelner Fragen des politischen und ökonomischen Kampfes des Proletariats wesentlich von dem alten Kanon der Sozialdemokratie abweicht, das wird jedem ernsthaften Kommunisten klar geworden sein. Folgt aber daraus, daß die moderne kommunistische Theorie diese Aenderungen der syndikalistischen Ideologie entlehnt hat? Wohl kaum. In dieser Hinsicht könnte eine Analyse des amerikanischen Syndikalismus schon deshalb in diese interessante Frage Klarheit bringen, weil der amerikanische Syndikalismus den politischen Kampf und die politische Organisation des Proletariats als gesonderte Klasse durchaus nicht ablehnt.

Aber kehren wir zu dem Buch zurück. Die kritische Beurteilung des Buches stößt auf Schwierigkeiten, die nicht nur in Einzelheiten, sondern auch in der Methode des Buches begründet sind. Dieser Umstand macht sich gleich bei dem ersten Kapitel fühlbar. Der Autor vertritt die Ansicht, daß die Ideen der I. W. W. eine große Ähnlichkeit mit denjenigen der englischen Chartisten haben; diese Ähnlichkeit findet er in den scharfen

Ausfällen der beiden Bewegungen gegen die Politik und politische Leute überhaupt und auch in dem Bestreben, sich auf die breitesten Schichten der Arbeiterklasse mit besonderer Betonung des ökonomischen Faktors zu stützen. Indessen bringt der Autor selbst keinerlei Beweise für seine Meinung, sondern beruft sich lediglich auf die Ansichten von zwei anderen amerikanischen Schriftstellern, von denen der eine, Andree Triton, dieser Bewegung den politischen Charakter nicht abspricht und außer seiner Behauptung keine Beweise anführt. Die Schwierigkeit der kritischen Beurteilung der historischen Arbeit des Autors liegt darin, daß er die allgemeine charakteristische Bewegung an keiner Stelle umfassend formuliert. Wenn er einerseits den Massencharakter der Bewegung betont, der alle Kasten einteilung des Proletariats zu beseitigen sucht und die Notwendigkeit des Massenkampfes des Proletariats — als Klasse in den Vordergrund stellt (wobei die ökonomischen Parolen der Bewegung häufig eine große Rolle spielen), so charakterisiert er an einer anderen Stelle diesen „neuen Unionismus“ als eine Idee der „ökonomischen Befreiung des Proletariats“ mittels ökonomischer Methoden im Gegensatz zu politischen, welche Befreiung durch alle Arbeiterschichten erreicht werden kann, und zwar viel eher in einem industriellen, als in einem politischen Staate“. Der Autor meint, daß diese Idee schon zu Anfang des 19. Jahrhunderts mit aller Deutlichkeit ausgesprochen war, unter anderm von Robert Owen. Indessen verwechselt der Autor durchaus zu Unrecht einerseits die Frage des „industriellen Staates“ mit der Frage jener Bevorzugung von ökonomischen Kampfmethoden, im Gegensatz zu politischen, andererseits mit der Frage des Charakters eines Massenkampfes.

Ferner verwandelt sich die Frage der Massenbewegung — infolge der Besonderheiten der amerikanischen Arbeiterbewegung, bei der der Streikampf an der ersten Stelle steht — in die Frage des Massencharakters der ökonomischen Organisationen und weiterhin in die Frage der industriellen Grundlage als die Basis des Aufbaus der ökonomischen Organisation des Proletariats. Aber der Autor läßt den Umstand außer acht, daß gerade jene Organisation, die, wenn auch nicht die faktische, so doch jedenfalls die ideelle Gründerin der Bewegung I. W. W. war — „der Sozialistische Gewerkschaftliche Verband“ mit De Leon an der Spitze — in ihrer Ideologie das Programm des „industriellen Staates“ mit der Anerkennung der Notwendigkeit der Erziehung des politischen Bewußtseins bei den Arbeitern und überhaupt der klassenpolitischen Organisation des Proletariats verband.

Die Frage der ideellen Grundlage der I. W. W. hat in der Darstellung des Autors überhaupt keine

Klärung gefunden. Indessen gab ihm gerade dieses Thema die Möglichkeit, sich mit Fragen zu beschäftigen, die bisher noch nirgends beleuchtet worden sind. Es läßt sich aber dabei nicht sagen, daß der Autor dieses Problem nicht gesehen hat. Im Vorwort bezeichnet er seine Arbeit als „historische Uebersicht über die gegenwärtige Strömung vom parlamentarischen zum industriellen Sozialismus“, ohne jedoch darauf hinzuweisen, auf welcher ideellen Grundlage diese Strömung beruht. An einer anderen Stelle, wo er auf die brutale, gewaltsame Politik der Kapitalisten und die unversöhnliche Einstellung des Kleinbürgers gegenüber den I. W. W. hinweist, lenkt der Autor die allgemeine Aufmerksamkeit auf die unbefriedigende Stellungnahme der Liberalen, die gegen solche Gewaltmaßnahmen protestieren und behaupten, daß die I. W. W. eine soziale Krankheit sei, die geheilt werden müsse. Er bemerkt, daß eine Besserung der Existenzbedingungen der am meisten ausgebeuteten Arbeiterschichten die Agitationsform der I. W. W. zwar mildern, aber nicht die Bewegung selbst beseitigen könne. Diese habe tiefere Wurzeln und sei mit solchen Fragen verknüpft wie der nach dem relativen Nutzen eines zunftmäßigen, massenhaften industriellen Unionismus, den Mängeln der politischen Demokratie und deren möglicher Umgestaltung in der Zukunft usw. Es erscheint glaubwürdig, daß der Autor auch deshalb auf die Frage nicht näher eingegangen ist, weil er sich selbst nicht genügend klar ist und keine Antwort darauf weiß. Aber nicht allein der theoretische Teil des Buches ist ungenügend beleuchtet; auch einige Tatsachen, die in der Geschichte der I. W. W. eine sehr bedeutende Rolle gespielt haben, werden nicht aufgeklärt. Die erste Spaltung der I. W. W. erwähnend, als sich die Gruppe Sharemans ablöste, gibt der Autor keinerlei Hinweise, aus denen wir die Rolle ersehen könnten, die die Sozialistische Partei dabei gespielt hat. Ebenso findet sich keine Erklärung für die Politik der Westlichen Bergarbeiter-Föderation in der Zeit, als sie zur Organisation der I. W. W. gehörte. Noch erstaunlicher ist die Tatsache, daß der Autor jene Erscheinung in der Chicagoer Gruppe der I. W. W. nicht bemerkt hat, daß die zweifellos überwiegende Mehrheit dieser gewöhnlich als „anarcho-syndikalistisch“ bezeichneten Gruppe (auch der Autor nennt sie so) der opportunistischen sozialistischen Partei angehörte; daß eines der hervorragendsten Mitglieder dieser Gruppe eine zeitlang sogar Mitglied des Zentralkomitees dieser Partei war. Es werden sich kaum viele „anarcho-syndikalistische“ Verbände finden, deren Mitglieder aktive Funktionäre einer parlamentarischen sozialistischen Partei sind, und an einer solchen Tatsache unbeachtet vorübergehen, heißt die interessantesten Besonder-

heiten des amerikanischen Syndikalismus nicht begreifen.

Es muß indessen anerkannt werden, daß der Autor viel zu gewissenhaft sein Material gesammelt hat, um nicht zu bemerken, daß die gegenwärtige Organisation der I. W. W. trotz der vorangegangenen mehrfachen Spaltungen immer noch nicht eine einheitliche Masse bildet. Das XIII. Kapitel schildert die widersprechenden Tendenzen der gegenwärtigen Organisation, den Kampf des „Westens“ und des „Ostens“ und sogar die vorkommenden Versuche, diese verschiedenen Tendenzen mit jenen der Umgebung in Einklang zu bringen. Wenn wir nach der Schlußbemerkung des Autors schließen wollen, so sieht er den Weg, den die I. W. W. beschreiten muß, wenn sie lebensfähig werden will, in einer positiven organisatorischen Arbeit. Die organisatorische Frage ist eins der wichtigsten Probleme der I. W. W., und in dieser Hinsicht bietet dieses Buch sehr wertvolles Material.

Es ist schwer, in einer kurzen Besprechung alle jene Fragen zu berühren, die sich bei der Lektüre des Buches von Brissenden aufdrängen. Wie erklärt sich z. B. jene Tatsache, daß jene Organisationen, die sich auf breite Massen stützen wollten, eine nach der andern verschwinden mußten oder zu einer trostlosen Existenz verurteilt waren? Wie ist jene Tatsache zu erklären, daß die Verbände der Amerikanischen Arbeits-Föderation, die die Interessen der Arbeiterschaft auf Schritt und Tritt verraten, sich zu gewaltigen Organisationen entwickeln konnten ungeachtet der gegen sie gerichteten Agitation seitens der revolutionären Verbände? Stimmt jene Behauptung Försters und der anderen amerikanischen revolutionären Gewerkschaftsführer, nach der die wichtigste Ursache für den Konservatismus der Arbeits-Föderation in der Flucht der Revolutionäre aus den „alten“ Gewerkschaftsverbänden und in ihrem Versuch, rivalisierende Organisationen zu schaffen, zu suchen sei? Ist die Behauptung der Mitglieder der I. W. W. richtig, daß alle von den alten Verbänden angewandten ökonomischen Kampfmethoden das Proletariat als Ganzes schädigen, und wendet die Organisation der I. W. W. nicht einige dieser Methoden an, sobald es ihr gelingt, irgendwo ihren organisatorischen Apparat einzurichten? Die Kapitel VIII, XIII und XIV bieten wertvolles Material zu solchen Fragen wie die „Kontrolle der Arbeitsstätten“ und der Kontrakte mit den Unternehmern.

Dies sind alles praktische Fragen der Bewegung. Aber es sind auch theoretische Fragen, die mit der Geschichte der I. W. W. verknüpft sind und die jetzt, im Hinblick auf die Erfahrung der russischen Revolution eine besondere Beleuchtung erfahren haben.

So arm die Erfahrung der russischen Revolution auch ist, soweit es sich um sozialistische Verwaltungsmethoden der Industrie handelt — was bei dem Rückgang der Industrie während der Revolutionsperiode nur zu begreiflich ist —, so hat sie dennoch einige wertvolle Hinweise auf die relative Bedeutung einiger Gegenwartsprobleme, wie z. B. der demokratischen Verwaltung der Industrie und der Bedeutung der Produktionsverbände gegeben. Man mag sich allein an den Kampf um die Frage der kollegialen und individuellen Verwaltung erinnern und auch an die Frage des „Zusammenschweißens“ der wirtschaftlichen Landesorgane mit den Produktionsverbänden. Nur der, der das amerikanische Leben kennt, wird ermaßen können, wie verwandt diese Fragen mit denen der amerikanischen Arbeiterbewegung sind. Denn nirgends hat die Frage über die Rolle der Produktionsverbände in der zukünftigen Organisation von Staat und Wirtschaft eine solche Bedeutung gewonnen wie in den Vereinigten Staaten. Zu jener Zeit, vor einigen Jahren, als noch die allgemein verbreitete sozialdemokratische Ansicht über die Rolle der Gewerkschaftsverbände sich auf den Hinweis ihrer Bedeutung als einer vorbereitenden Schule für den politischen Kampf und damit für den Sozialismus selbst beschränkte, und als in Frankreich der Marxist Guesde den Gewerkschaftsverbänden jede revolutionäre Bedeutung überhaupt absprach, machte sich in der Arbeiterbewegung der Vereinigten Staaten die Ansicht geltend, daß die Gewerkschaften berufen seien, eine sehr wesentliche revolutionäre Rolle nicht allein als Organisatoren der künftigen Wirtschaft zu spielen, sondern auch bei dem Aufbau des neuen Staates, des „industriellen Staates“. Wie es kam, daß ein Land mit der konservativsten Arbeiterschaft den Grundstein zu der revolutionärsten Theorie legte, die gegenwärtig eine weite Verbreitung findet, das ist eine Frage, die das erwähnte Buch überhaupt nicht berührt und die noch auf eine erschöpfende Antwort wartet.

*Bulletin des Büros zum
Studium der Arbeitsfragen.
(Bulletin of the Labour Research Department)
London, England Nr. 1.*

Indem wir die vorliegende Notiz über das Bulletin des englischen Labour Research Department veröffentlichen, richten wir an alle Genossen die dringende Bitte, uns ähnliche informatorische, in anderen Ländern erscheinende Veröffentlichungen zu Rezensionszwecken einzusenden.
Die Redaktion.

Obwohl die Autoren des Bulletins darauf hinweisen, daß es in aller Eile, ohne genügendes Material und ohne die erforderliche Leitung eines er-

fahrenen Fachmanns herausgegeben wurde, verdienen sie nichtadestoweniger für diese außerordentliche Arbeit volle Anerkennung. Wenn man in Betracht zieht, daß wir erst das erste Heft des Bulletins vor uns haben, und daß es den Autoren zweifellos gelingen wird, die von ihnen beklagten Hindernisse zu beiseitigen, so wird mit Bestimmtheit zu erwarten sein, daß die nachfolgenden Hefte noch interessanter und nützlicher sein werden.

Leider schenkte die Redaktion im ersten Heft der Wirksamkeit der Arbeiterparteien in England nicht die erforderliche Aufmerksamkeit. In dem Teil „In der Welt der Arbeit“ finden wir eine außerordentliche Statistik der Arbeitslosigkeit, sehr wertvolle Mitteilungen über den Kongreß der Gewerkschaftsverbände und sogar über die Tätigkeit der größten Föderationen der Gewerkschaftsverbände, wie z. B. der Transportarbeiter, der Eisenbahner usw. Was die Arbeiter-Partei, die Unabhängige Arbeiter-Partei und andere Parteien betrifft, so finden sich im Bulletin darüber keinerlei Angaben, außer der Resolution der Arbeiter-Partei über die Arbeitslosigkeit. Diese Lücke muß in den nachfolgenden Nummern ausgefüllt werden. Das Bulletin bietet reichliches authentisches und objektives Material über die ökonomische und politische Lage Englands und ebenfalls über die Gewerkschaftsbewegung, und wenn eine ebensolche Uebersicht über die Tätigkeit der Arbeiterparteien gegeben wäre, so wäre das Mißverhältnis zwischen der tatsächlichen Lage des Landes und der Rolle der Arbeiterparteien greifbar gegeben. Das Fehlen einer solchen Uebersicht springt daher besonders in die Augen.

Was die Form anbelangt, so läßt das Bulletin nichts zu wünschen übrig. Die Redaktion des Bulletins wählte sehr geschickt die Form des Regierungsorgans „Labour Gazette“. Das Vorwort zum Bulletin liefert sozusagen das Resumé des ganzen Materials und zeichnet in knappen Zügen ein vollständiges Bild der Lage des Landes. Diejenigen, die sich für Einzelheiten interessieren, finden sie unter den entsprechenden Rubriken im Bulletin selbst.

Um ein Beispiel zu liefern, geben wir das Vorwort zu der Rubrik „In der Welt der Arbeit“ vollständig wieder.

Die in dieser Rubrik niedergelegten Fakta und Zahlen bringen den Ernst der ökonomischen Situation Englands zum Ausdruck. Diese Fakta und Zahlen zerfallen in folgende drei Gruppen: 1. Arbeitslosigkeit, 2. Verminderung des Arbeitslohnes, 3. Einfluß der einen und der anderen Tatsache auf die Arbeiter a) in ökonomischer und b) in politischer Hinsicht.

„Arbeitslosigkeit. Nach den offiziellen Angaben der Handelskammer ist die Arbeitslosigkeit im Juli im Vergleich zum Juni

zurückgegangen. Das erklärt sich zum Teil dadurch, daß die Welle der vorübergehenden Arbeitslosigkeit nach dem Bergarbeiterstreik ihren Höhepunkt erreicht hat. Das plötzliche Abebben im Juli, verglichen mit Juni, spiegelt lediglich die Tatsache der Rückkehr jener Arbeiter wider, die zeitweilig, dank dem Streik, aus der Produktion ausgestoßen waren. Die geringfügige Verminderung der Arbeitslosenzahl (annähernd um 200 000) im August, verglichen mit Juli, erklärt sich hauptsächlich dadurch, daß viele Arbeitslosenversicherungen aufgehört haben. Die Gesamtzahl der versicherten Arbeiter beträgt 12 190 790. Nur die versicherten Arbeiter erhalten die Arbeitslosenunterstützung, aber das Gesetz über die Arbeitslosenversicherung setzt Beiträge von seiten der Arbeiter voraus. Die Nichtzahlenden erhalten keine Unterstützung. Jene Arbeiter, die das Recht auf Unterstützung verlieren, werden gemäß dem Versicherungsgesetz in die offiziellen Berichte über die Arbeitslosigkeit nicht aufgenommen. Im August (am 26.) betrug die Zahl der Arbeitslosen, die das Recht auf Unterstützung eingebüßt haben, 209 000, von denen nur die Hälfte in den offiziellen Berichten registriert war. Verglichen mit März weisen die Arbeitslosenzahlen Ende August eine Vermehrung der versicherten Arbeiter um 248 163 Personen auf. Außerdem enthielt das offizielle Register 159 000 Personen. Daraus ist ersichtlich, daß die Gesamtsituation hinsichtlich des Arbeiterbedarfs keineswegs besser geworden ist, ungeachtet dessen, daß die Regierung und die kapitalistische Presse Beweise dafür beizubringen suchen, daß die Arbeitslosigkeit sich angeblich verringert hat.

Verminderung des Arbeitslohns. Der Arbeitslohn verringerte sich in allen Produktionszweigen. Die Angaben der Handelskammer schließen die landwirtschaftlichen Arbeiter, die Büroangestellten und andere weniger bedeutende Gruppen nicht ein. Ueber die erste ist zu sagen, daß seit jener Zeit, da die Kommission für die Regulierung des Arbeitslohns in der Landwirtschaft aufgehört hat zu existieren, der Arbeitslohn der schwächer organisierten Arbeiter bei sehr geringem Widerstand seitens der letzteren verringert worden ist. Im allgemeinen verläuft der Prozeß der Verringerung des Arbeitslohnes, der sogar nach den bei weitem unvollständigen Angaben 3,5 Millionen Pfund Sterling wöchentlich im Vergleich mit dem Arbeitslohn zu Anfang dieses Jahres beträgt, in den letzten drei Monaten vom Standpunkt der Arbeitgeber aus, schmerzlos, ohne auf einen wesentlichen Widerstand von seiten der organisierten Arbeiter zu stoßen.

Wie wirkten die Arbeitslosigkeit und die Verminderung des Arbeitslohnes in ökonomischer und politischer Hinsicht auf die Arbeiter? Die Arbeiter-Partei ist in der Arbeitslosenfrage mit dem folgenden Programm hervorgetreten:

1. Arbeit oder Unterstützungen.

2. Ausarbeitung von Plänen für öffentliche Arbeiten, sowohl in lokalem als auch in allgemein nationalem Maßstabe. Diese Arbeiten müssen so durchgeführt werden, daß die Arbeitslosigkeit reguliert werden kann. Öffentliche Arbeiten im nationalen Maßstabe müssen

von der Regierung mittels Subsidien und Anleihen finanziert werden.

3. Einrichtung von Gemeindeorganisationen für die Arbeitsvermittlung.

4. Ausarbeitung von Plänen für Kredite für die Ausfuhr von Waren zum Zweck einer Belebung des Handels auf dem Auslandsmarkt.

Die Arbeiter-Partei ist bestrebt, dieses Programm mittels Entsendung von Deputationen an die Minister, mittels Verhandlungen mit den entsprechenden Regierungsorganen und Forderungen nach Einberufung des Parlaments zu verwirklichen.

Was die Stellungnahme der Führer der Gewerkschaftsverbände zu der Verringerung des Arbeitslohns anbelangt, so trägt sie im allgemeinen einen Kompromißcharakter. Sie umgehen schweigend die Argumente der Kapitalisten, die zu beweisen suchen, daß die „Produktion nicht imstande ist, mehr zu zahlen“. Ein solches Verhalten der Gewerkschaftsführer trat auch auf dem Gewerkschaftskongreß zu Tage, wie es aus der Resolution über die Washingtoner Konferenz und aus den Diskussionen über die Sinnfeiner-Arbeiter ersichtlich ist.

In manchen Fällen griffen die Arbeiter, unabhängig von den Gewerkschaftsführern, zu selbständigen Aktionen. Die Mitglieder einer Stadtverwaltung machten einen Schritt vorwärts in der Richtung radikaler Maßnahmen. Innerhalb der Gewerkschaftsverbände entwickelte sich eine aktive Opposition gegenüber den reaktionären Führern in der Föderation der Transportarbeiter; die Kundgebungen der Arbeitslosen in London, in Sheffield, Liverpool und anderen Orten führten zu Unruhen und Zusammenstößen mit der Polizei. Das Ergebnis davon waren Verhaftungen. Die aktiven Kampfaktionen der Arbeiter tragen einen spontanen Charakter und führen zu nichts infolge mangelnder Initiative seitens der Gewerkschaftsführer.“

Das ist das Vorwort zu dem Teil des Buches, betitelt „In der Welt der Arbeit“, in dem das Zahlenmaterial so geschickt und systematisch angeordnet ist, daß der Leser ohne überflüssigen Zeitverlust eine klare Vorstellung von der Arbeitslosigkeit, von der Arbeitslosenbewegung und vom Sinken der Arbeitslöhne gewinnt und sich darüber klar wird, wie die Führer der Gewerkschaftsverbände und die Arbeiter auf diese Erscheinung reagieren. Leider finden wir, wie schon oben bemerkt, in diesem Teil keinerlei Angaben über die Tätigkeit der Arbeiterparteien.

Was den der „imperialistischen Politik“ gewidmeten Teil des Bulletins betrifft, so finden wir hier eine bemerkenswerte Zusammenfassung des grundlegenden Materials über die Washingtoner Konferenz. Schritt für Schritt eröffnet uns der Autor sehr eingehend die ökonomischen und politischen Gegensätze zwischen den in Washington versammelten Gruppen, die sich angeblich mit der Erörterung von Abrüstungstragen beschäftigen, in Wirklichkeit aber sich anschicken, den Stillen Ozean und den Fernen Osten, Sibirien mitinbegriffen, in Einflußsphären zu gliedern und unter sich zu verteilen. Diese Uebersicht verdient es, in

jedem beliebigen kommunistischen Organ abgedruckt zu werden, natürlich mit entsprechenden Schlußfolgerungen. Und es ist wiederum zu bedauern, daß sich im Bulletin fast keinerlei Material über die Stellungnahme der Arbeiterparteien zu der Washingtoner Konferenz findet. Wir finden nur eine Resolution der Gewerkschaftsverbände über diese Frage, aber das genügt nicht. Es läßt sich überhaupt sagen, daß das Bulletin ein unersetzliches Informationsorgan über die englische Bewegung werden wird, wenn es von jedem bedeutenden Zweig aus dem Gebiete des ökonomischen und politischen Lebens des Landes ein Material liefern wird, das nicht nur die Stellungnahme der Gewerkschaftsverbände, sondern auch die der Arbeiterparteien beleuchtet. Hierbei sind alle Einzelheiten äußerst wichtig.

Die Kapitel über die Finanzlage Englands, ferner über die Produktion, Ausfuhr usw. sind sehr eingehend und außerordentlich interessant. Auch der Gedanke, bibliographisches Material über alle Neuerscheinungen in Fragen der Arbeiterbewegung usw. zu bringen, ist sehr zu begrüßen.

Es wäre wünschenswert, daß auch in anderen Ländern diesem Beispiel gefolgt und ähnliche informatorische Bulletins veröffentlicht würden.

M. Borodin.

S. I. Gussew: Die Lehren des Bürgerkrieges.

(Bd. XIV der Bibliothek der Kommunist. Internationale. Mk. 2.50.)

Die Schrift von Gussew will die Grundzüge der revolutionären Strategie lehren. Sie ist eine Anleitung für das Proletariat für die Zeit nach der Eroberung der Macht. Sie gibt vor allem die Antwort auf die Frage: Wie verteidigt die Arbeiter-schaft die proletarische Diktatur militärisch gegen den inneren und äußeren Feind? Manche Kommunisten haben davon eine ganz merkwürdige Vorstellung. Man brauche nur, so denken sie, eine Anzahl wilhelminischer Generale gut bezahlen, und sie werden dann schon ein kommunistisches Heer führen. Mit solchen primitiven Vorstellungen räumt Gussew gründlich auf, indem er die praktischen Erfahrungen der K. P. R. schildert und uns ihre wichtigsten Heereserlasse über die revolutionäre Disziplin mitteilt. Da entsteht allerdings ein anderes Bild, als es sich manche von uns so wunderschön einfach denken, aber auch ein ganz anderes Bild, als es die antibolschewistischen Blätter aller Parteien zeichnen. Nichts bleibt mehr übrig von dem vielbeschriebenen „Kadavergebor-sam“. Jeder einzelne Rotgardist ist ein Teil der kommunistischen Zellen, aus denen sich der Körper

der Roten Armee aufbaut. Wohl kann in manchen Situationen auch einmal ein weißgardistischer General die strategische Leitung übernehmen, wenn er eine außerordentliche militärische Befähigung besitzt. Aber hinter ihm muß die proletarische Disziplin stehen, die von jedem einzelnen die äußerste Wachsamkeit über seine Umgebung und die äußerste Aktivität fordert — nicht nur im Nahkampf, sondern auch im Ausharren. Denn das Heer ist ein Agitationsfeld, und der Kommunismus ist es, der alle Teile zusammenhält.

So entsteht eine Form der Kampforganisation, wie sie seit der Pariser Kommune zum ersten Mal in Rußland wieder auflebte, wie sie keine bürgerliche Revolution kannte und wie keine nationale Stimmungsmache sie zustande bringt.

Gussew betont — was in Deutschland besonders nötig ist — den Unterschied zwischen einem bürgerlichen Heer und einer Roten, auf die Arbeiterschaft sich stürzenden Armee.

F. S.

Bücherchronik.

Das „Handwörterbuch der Staatswissenschaften“ erscheint seit einiger Zeit in einer Neuauflage bei Gustav Fischer in Jena. Bis jetzt sind drei Lieferungen des I. Bandes und die erste Lieferung des V. Bandes erschienen. Besonders sei darauf hingewiesen, daß der in der letzten Lieferung begonnene Artikel: „Anarchismus“ gegenüber den früheren Ausgaben eine wesentliche Erweiterung und Vertiefung erfahren hat, während der Abschnitt der Lieferung „Agrarreform in Rußland“ besonders in seinem letzten Teil: „Die Agrarreform in der Revolution“ kaum den Ansprüchen modern-wissenschaftlicher Forschung genügt. Schon das Literatur-Verzeichnis zu diesem Artikel deutet darauf hin, daß der Verfasser W. D. Peyer seiner Aufgabe, das Neue schnell und sicher aufzufassen und zu verarbeiten, kaum gewachsen ist. In der ersten, zweiten und vierten Lieferung ist bei dem Thema „Aktiengesellschaften“ ein geradezu überwältigendes Zahlenmaterial geboten. Das gleiche ist von den Thematika „Alkoholismus“ und „Analphabeten“ zu sagen, doch sind hier neuere Zahlen über Rußland leider nicht gegeben.

Geschichtstabellen.

Kawerau, Dr. Siegfried: *Synoptische Geschichtstabelle für die Zeit von etwa 1500–1920.*

(64 Doppelseiten. Franz Schneider Verlag, Berlin 1921. Querfolio in Halbheinen, geb. Mk. 45.—)

Im Jahre 1913 brachten Arthur Herz und Dr. Willy Brände ein Werk: „Tabellen der gesamten Kulturgeschichte“ im Selbstverlage in München heraus und schufen damit, bei den frühesten Zahlen und Daten beginnend, eine Stütze für jeden, der sich mit historischen Dingen zu befassen hat. Die Angaben beschränkten sich damals auf ganz kurze Namen und Sachangaben mit den dazu gehörigen Daten. In 15 Abteilungen waren alle Kultur-Länder und Völker mit ihren Herrschern, Kriegen, Politikern, in Kunst, Wissenschaft und Technik bis in die letzten Jahre hinein berücksichtigt. Ein Namensregister erleichterte die Orientierung. Natürlich setzte der Gebrauch des Leitfadens von damals eine Menge Wissen voraus, aber es gab darin Anregungen in Menge. Das Kawerausche Werk: „Synoptische Geschichtstabellen“ hat engere Ziele und kann darum im einzelnen reichhaltiger sein. Es will dem Lehrer ursächliche Zusammenhänge für den Geschichtsunterricht an die Hand geben, alle sich entwickelnden Strömungen und sich verknüpfenden Fäden des wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Lebens im nationalen und Weltgeschehen, auch die inner- und außenpolitischen Bestrebungen und Auswirkungen darlegen. Es ist aus dem Gesichtspunkt entstanden, daß erst das Zusammengehen all dieser untereinander sich beeinflussenden und verbundenen Kanäle ein wahrhaft historisches Bild gibt. Im Grunde ist diese Art der historischen Arbeitsmethode nichts anderes als die viel gelästerte „Materialistische Geschichtsauffassung“ von Karl Marx; denn bei gründlicher Anwendung wird schließlich keine andere Erkenntnis zustande kommen als die, die man in der Jetztzeit schon mit Händen greifen kann, daß le tz t e n Endes die wirtschaftlichen Verhältnisse alle treibenden Kräfte des geschichtlichen Werdens beeinflussen und immer beeinflusst haben. Der Verfasser, der Fritz Ausländer, Heinrich Reintjes und Fritz Wessing, also auch Sozialisten, zur Mitarbeit herangezogen hat, ist allerdings vorsichtig und läßt nur in dem kleinen Satz des Vorwortes seine Meinung durchblicken, in dem er sagt: „Vor allem erwarten wir, daß man sich dem Zwange der Tatsachen . . . in der Behandlung der Kriegsgeschichte einfach nicht wird entziehen können, daß man sie endlich als katastrophale Entladung wirtschaftlich - sozialer Spannungen, daß man sie soziologisch behandelt.“

Um das Programm des Buches zu erledigen, hat Kawerau etwa zur Zeit der Entwicklung Amerikas begonnen. Wie mir scheint mit Recht, denn erst seit dieser Zeit ist es möglich, einigermaßen sichere Wirtschaftsgeschichte zu vermitteln und sonst eine historische Basis zu finden. Ebenso wie Herz stellt nun Kawerau die Staaten untereinander, doch gibt er durchaus nicht immer schematisch

abgezielte Räume; seine knappe, aber gut orientierende Behandlung der verschiedenen nebeneinander gesetzten Begriffe: „Wirtschaftliche Entwicklung“, „Soziale Zustände und Bewegungen“, „Geistiges Leben“, „Innerstaatliche Organisation“, „Auswärtige Politik“, bieten die Möglichkeit, sich schnell und leicht ein Gesamtbild vom „Geist der Zeit“ zu veranschaulichen. Natürlich setzt das Vermögen, dies zu tun, eine tüchtige Geschichtskennntnis im weiteren Sinne voraus oder veranlaßt den, der sie entbehrt, sich eine solche zu verschaffen. Da ist nun leider das Literatur-Verzeichnis am Anfang des Bandes doch so knapp gehalten, daß der Benutzer gleich aus weiteren Quellen zu schöpfen gezwungen sein wird. Die Benutzbarkeit des durchaus zweckmäßigen Werkes würde entschieden bei einer Neuauflage gewinnen, wenn ein Namenregister angefügt würde. Desgleichen wären einige Kartenskizzen im Rahmen des Buches sehr instruktiv. Hoffen wir, daß sich bald Gelegenheit bietet, solche Verbesserungen vorzunehmen, die sich auch auf den Text erstrecken könnten, da manche Daten durch Kalendertag und Monat wünschenswert zu ergänzen wären.

Karl Radek.
In den Reihen der deutschen
Revolution 1918-1919.

Gesammelte Aufsätze und Abhandlungen. Kurt Wolff Verlag, München, 1921. Geh. 60 Mark, geb. 75 Mark. Oktav. 464 Seiten.

Der neben Lenin und Trotzki bekannteste und wohl der geistreichste und geschickteste Journalist und Publizist aus den Reihen der russischen Kommunisten hat hiermit eine reiche Auswahl seines literarischen Schaffens aus einer zehnjährigen Periode seines teils legalen, teils illegalen Aufenthaltes in Deutschland veröffentlicht. Es mag ihm nicht leicht geworden sein, diese Auswahl zu treffen, denn seine Artikel in der „Bremer Bürgerzeitung“, der „Neuen Zeit“, Stuttgart, den „Lichtstrahlen“, der „Arbeiterpolitik“ sind hunderte an Zahl. Auch hier zeigt sich in der Beschränkung der Meister, der mit sicherem Griff das Bleibende von dem für den Tag Geschriebenen sondert, und so einen äußerst wertvollen Band liefert. Hervorgehoben mag unter dem vielen des Gebotenen sein, daß unser Genosse schon vor dem Kriege der von der alten Sozialdemokratie in den Jahrzehnten nach Friedrich Engels Tode so arg vernachlässigten Außenpolitik sein besonderes Interesse widmete und dieser Materie einen breiten Raum in seiner Sammlung einräumt. Ungefähr die Hälfte des

Bandes ist gefüllt mit vor dem Weltkriege publiziertem Material, während der übrige Teil aus dem Weltkriege und der Zeit der Revolution stammt. Besonders darum verlangt diese Artikel-Serie unsere Beachtung, weil die Blätter, in denen sie zuerst erschienen sind, nur in wenigen kompletten Exemplaren sich in Büchereien vorfinden. Zu der Sammlung schrieb Genosse Paul Frölich ein würdiges Vorwort, aus dem wir folgende Sätze nur zustimmend zitieren können: „Dies Buch will kein beschauliches Versenken in die Vergangenheit sein. Sein Verfasser ist so eingestellt auf das Heute und Morgen, daß es für ihn das Erledigte, Ueberwundene, Tote nicht mehr gibt. Er ist so voller Aktion, so erfüllt von dem Streben, alle Kräfte für den Kampf der Gegenwart mobil zu machen, daß es ihm als ein Verbrechen erscheinen müßte, die Streiter abzulenken. Dies Buch dient ausschließlich dem Kampf von heute.“

Notizen.

Die bekannte Marx-Biographie von Franz Mehring wird von dem Genossen Jan Romein-Amsterdam in das Holländische übersetzt. Durch ein biographisches Vorwort über Franz Mehring und ein eingehendes Namen- und Sachregister vermehrt, wird das neue Buch eine besondere Note erhalten. Das Werk erscheint demnächst in Rotterdam bei W. L. Brusses Nitgevers-Maatschappij.

Durch die Vermittlung des Genossen N. Rjasow wird jetzt eine vollständige deutsche Uebersetzung der „Beichte Bakunins“ hergestellt und, vermehrt durch das dokumentarische Material über die Hochverratsprozesse gegen Bakunin in Deutschland, Oesterreich und Rußland, von Professor Dr. Carl Grünberg in dem „Archiv für Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung“ veröffentlicht werden.

Der bekannte Volkswirtschaftler Julian Borchardt arbeitet an einer „Deutschen Wirtschaftsgeschichte“, die in einem Parteiverlage erscheinen wird. (Inzwischen in Fa. „Viva“-Berlin erschienen. Der Verlag.)

Ein Jahrbuch der „Roten Gewerkschaftsinternationale“ wird noch in diesem Herbst herausgegeben werden.

Karl Radek ist mit der Fertigstellung einer „Geschichte der deutschen Revolution“ beschäftigt. Das Werk wird sich auf das gesamte dokumentarische und publizistische Material der Zeit stützen.

Professor Kushida vom Sozialwissenschaftlichen Institut in Osaka (Japan) hält sich schon seit Monaten in Deutschland auf, um den Einkauf einer großen Bibliothek sozial-

wissenschaftlicher Werke zu erledigen. Angeblich stehen ihm dafür eine Million Mark zur Verfügung. Als einen besonderen Erfolg kann er verzeichnen, daß es ihm gelungen ist, sich die Bibliothek des Prof. Dr. Eltzbacher zu sichern. Diese Sammlung enthält in seltener Vollständigkeit Werke und Zeitschriften des Anarchismus von der Frühzeit bis hinein in die 90er Jahre. Besonders sind darin die vollständigen Reihen französischer Zeitschriften wertvoll.

„Briefe Friedrich Engels an Mutter und Geschwister“, mitgeteilt von Gustav Mayer, sind jetzt in dem August-Heft in der „Deutschen Revue“, Stuttgart, erschienen. Die Veröffentlichungen begannen im November 1920.

„Dichterbriefe des Vormärz“, Georg Weerth an Mutter und Brüder, bringt, herausgegeben von Ernst Drahn, im neuen Jahrgang die „Junge Garde“, Berlin.

„Telegramme der ungarischen Räterepublik“ werden, vollständig gesammelt und mit einem historischen Vorwort versehen, in Kürze erscheinen.

Die „Sammlung zum Studium der Kriegswirkungen“ in Kopenhagen, die während des Weltkrieges von Parvus gegründet und unterhalten wurde, ist im Begriff, nach Deutschland überzusiedeln. Die umfangreiche Bibliothek (ca. 15 000 Buchbände, ohne Zeitungen und Zeitschriften gerechnet) soll einer staatlichen Sammlung angegliedert werden. Unter den Beständen befinden sich eine Reihe seltener russischer

Publikationen aus der Zeit der Revolution. — Der Leiter der Sammlung ist der frühere Genosse Döhring aus Bremen.

Biographische Arbeiten über alte Kommunisten werden jetzt häufig als Doktordissertationen gewählt. So wird „Carl Schappers Lebensbild“ von einem Studierenden an der Berliner Universität, „Stephan Borns Tätigkeit in der Berliner 48-er Arbeiterbewegung“, von einem Studierenden einer anderen Hochschule untersucht.

Das Osteuropa-Institut an der Universität Breslau interessiert sich neuerdings für die revolutionäre russische Gesetzgebung und beabsichtigt, die Gesetzsammlungen der R. S. F. S. R. in der Originalsprache vollständig zu erwerben.

Marx Kapital wird jetzt auch in die ukrainische Sprache übersetzt und wird nach Erledigung aller Vorarbeiten von Dr. M. Bardach herausgegeben werden.

Die „Auskunftsstelle für sozialistische und revolutionäre Literatur“ befindet sich jetzt in der Preußischen Staatsbibliothek Berlin W., Unter den Linden, Zimmer 308 (Treppe B, III. Stock). Auskünfte werden erteilt Dienstags und Freitags 12—2 Uhr, oder schriftlich gegen Rückporto.

Einsendungen für den „Bibliographischen Teil“ unserer Zeitschrift, für die Rezensionen, Biographien, Notizen etc. werden erbeten an Ernst Drahn, Berlin-Steglitz, Forststraße 5, III.

IM VERLAGE DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE SIND ERSCHIENEN:

N. L E N I N u n d G. S I N O W J E W

Gegen den Strom. Aufsätze aus den Jahren 1914-1916

Preis Mk. 60.—, geb. 80.— 536 Seiten (Organ. Mk. 30.—, geb. 45.—)

M . P H I L I P S P R I C E

Die russische Revolution/Erinnerungen aus den Jahren 1917—1919

Preis Mk. 44.—, geb. 50.— 495 Seiten (Organ. Mk. 18.—, geb. 35.—)

G S I N O W J E W

Alte Ziele — neue Wege. (Über die proletarische Einheitsfront)

Inhalt: Vor einer neuen Welle Um die Frage der Einheitsfront Der Stand
der Frage in den verschiedenen Ländern / Auf die Gefahren achten!

Preis Mk. 2.— 31 Seiten (Organ. Mk. 1.50)

CLARA ZETKIN und HENRI WALECKI

Dem Reformismus entgegen (Reden auf dem Parteitag der
Sozialistischen Partei Italiens in Mailand)

Preis M. 6.— 72 Seiten (Organ. Mk. 4.50)

E. B R A N D u n d H. W A L E C K I

Der Kommunismus in Polen/Drei Jahre Kampf auf vorgeschobenem
Posten

Preis M. 7.— 85 Seiten (Organ. Mk. 5.—)

ALMANACH DES VERLAGES

DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

Mit Beiträgen von Rosa Luxemburg, Karl Liebkrecht, N. Lenin, G. Sinowjew,
L. Trotzki, Karl Radek, N. Bucharin, E. Varga, Arthur Ransome, John Reed,
Upton Sinclair, O. W. Kuusinen, S. J. Gussew, S. A. Kataja, Paul Werner u. a.
Mit 39 ein- und mehrfarbigen Bildern.

Preis Mk. 45.— 331 Seiten (Organ. Mk. 18.—)

**AUSFÜHRLICHES VERZEICHNIS
DER VERÖFFENTLICHUNGEN DES VERLAGES DER
KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE**

(III. Auflage)

44 Seiten

Preis M. 1.—